

**Die Aktivisten der ersten Stunde.  
Die Antifa 1945 in der sowjetischen Besatzungszone  
zwischen Besatzungsmacht und Exil-KPD**

**Dissertation  
Zur Erlangung des akademischen Grades  
Doctor philosophiae (Dr. phil.)**

**Vorgelegt dem Rat der Philosophischen Fakultät  
der Friedrich-Schiller-Universität Jena**

**von M.A. Jeannette Michelmann**

**Gutachter**

1. ....
2. ....
3. ....

**Tag des Kolloquiums: .....**

## **Erklärung**

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Dissertation gemäß § 4.3 der PromO der Philosophischen Fakultät angefertigt habe und keine anderen als der hier aufgeführten Hilfsmittel verwendet habe.

Weimar, den

Inhaltsverzeichnis	Seite
Einleitung	5
1 Deutschlandpolitische Planungen der Sowjetunion und der Exil-Führung der KPD	23
1.1 Die Einheits- und Volksfrontkonzepte der Komintern	24
1.1.1 Politische Reaktionen der Komintern und ihrer Sektionen auf den Faschismus/Nationalsozialismus	24
1.1.2 Die kommunistische Volksfrontstrategie nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion	31
1.2 Die Konferenz von Jalta	38
1.2.1 Die Alliierten Nachkriegsplanungen	38
1.2.2 Die Europa-Politik Stalins	43
1.2.3 Die Planungen der Exil-Führung der KPD vor und nach Jalta	45
1.3 Deutschlandpolitische Planungen der Sowjetunion und Besatzungsvorbereitungen	53
1.3.1 Allgemeine sowjetische Nachkriegspläne für Deutschland	53
1.3.2 Besatzungspolitische Direktiven für die sowjetisch besetzte Zone	59
1.3.3 Besatzungsvorbereitungen	63
1.3.4 Die KPD-Richtlinie vom 5. April 1945	69
1.4 Die Gründung der SMAD und der KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945	74
1.5 Resümee	78
2 Die Gruppe Ulbricht	82
2.1 Die Gruppe Ulbricht in Berlin	82
2.1.1 Sowjetische Besatzungsmacht und antifaschistische Ausschüsse in Berlin	84
2.1.2 Die Integration der Rathauskommunisten in die Berliner Bezirksverwaltungen	91

2.1.3	Die Funktionärskommunisten und der Aufbau der KPD- Parteiorganisation	97
2.1.4	Weitere Integrationsangebote an die Antifa	105
2.1.5	Die Gruppe Ulbricht zwischen Roter Armee und GlawPURKKA	109
2.2	Die Gruppe Ulbricht in der Provinz Brandenburg	110
2.2.1	Die „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“ Forst	115
2.2.2	Vom Ostskomitee zum „Antifaschistischen Kartell“ Hohen Neuendorf	118
2.2.3	Die Ausschüsse in Brandenburg/Görden	121
2.2.4	Zur Auflösung der Antifa in der Provinz Brandenburg	125
2.3	Resümee	127
3	Die Gruppe Ackermann oder die Eroberung des sächsischen „Königreiches“	130
3.1	Dresden	136
3.1.1	Die Antifa-Gruppen in Dresden und der Aufbau der Stadtverwaltung	138
3.1.2	Die Normalisierung des Lebens	154
3.1.3	Der Aufbau der antifaschistischen Parteien	159
3.1.4	Weitere Integrationsangebote	170
3.1.5	Resümee	172
3.2	Die Antifa in der Provinz	175
3.2.1	Görlitz und die „Vertreter der Freiheitsbewegung von General Seidlitz“	177
3.2.2	„Rot Front!“ in Pirna	188
3.2.3	Die „Zivilkommissare“ des „Sozialistischen Komitees“ Schmiedeberg	195
3.2.4	Die Kommunistische Stadt-Partei Meißen	206
3.2.5	Resümee	219
3.3	Die „Antifaschistische Front Chemnitz“	221
3.3.1	Chemnitz zwischen amerikanischer und sowjetischer Besatzung	222

3.3.2	Zeit der „Doppelherrschaft“	225
3.3.3	Die Antifaschistische Front Chemnitz	232
3.3.4	Die Rolle der Exil-Kommunisten	248
3.3.5	Die Profilierung des Antifaschistisch-demokratischen Blocks Chemnitz	253
3.3.6	Resümee	256
4	Die Antifa im Niemandland und in der „westlichen Besatzungszone der SBZ	260
4.1	Das Niemandsland	260
4.1.1	Stollberg	260
4.1.2	Der Bezirksausschuss des Landkreises Aue- Schwarzenberg	264
4.1.3	Der Schneeberger Drei-Männer-Ausschuss	268
4.1.4	Der Beratende Bürgerausschuss der Stadt Aue	271
4.1.5	Resümee	279
4.2	Antifaschistische Bürgerinitiativen in Magdeburg	281
4.2.1	Magdeburg unter westalliiertes Besatzung	283
4.2.1.1	Allgemeiner Gewerkschaftsbund und Industrierat	283
4.2.1.2	Politische Aktivitäten in und um Magdeburg - Das Magdeburger Volksfrontkomitee	290
4.2.1.3	Resümee	298
4.2.2	Magdeburg nach dem Besatzungswechsel	300
4.2.2.1	Die „Verordnung über die Ausübung der örtlichen Gewalt im Gebiet der Provinz Sachsen“ vom 25. April 1945	300
4.2.2.2	KPD und SPD	304
4.2.2.3	Resümee	307
5	Die Gruppe Sobottka	309
5.1	Die Gruppe Sobottka und die sowjetische Besatzungsmacht in Mecklenburg-Vorpommern	309
5.1.1	Die Arbeit der Exil-KPD	309
5.1.2	Die sowjetische Besatzungsmacht	320
5.1.3	Die Antifa	323

5.2	Das Rostocker Ordnungskomitee	327
5.2.1	Die Stadtkommandantur	328
5.2.2	Die Kommunalverwaltung Rostocks	329
5.2.3	Das „Ordnungskomitee“ der Stadt Rostock und seine Nachfolgeorganisationen	332
5.2.4	Der „gemeinsame Arbeitsausschuss zwischen KPD und SPD Rostock“	340
5.2.5	Resümee	345
5.3	Das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in Greifswald	347
5.3.1	Das NKFD Gruppe Greifswald und die Übergabe der Stadt	347
5.3.2	Der Greifswalder Stadtrat	353
5.3.3	Das „Politbüro der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion Greifswald“	362
5.3.4	Resümee	365
5.3.4	„Besatzungswechsel“ in Waren	366
6	Zusammenfassung	374
	Anhang	397
	Abkürzungsverzeichnis	
	Archive	
	Literaturverzeichnis	

## Einleitung

„Vor 8 Wochen gab es noch keinen Oberbürgermeister, d.h., er war schon da, aber er hatte noch keine Gewalt in den Bezirken draußen. Dort bildeten sich Ausschüsse. Sie fingen an mit dem nichts, versuchten aber, die Aufgaben zu meistern, so gut sie konnten. Dabei sind natürlich Fehler entstanden. Trotzdem möchte ich besonders hervorheben, dass die Verdienste dieser Ausschüsse sehr groß sind. (...) Es ist auch das Verdienst dieser Ausschüsse, dass die Ernährung sichergestellt wurde. Wir haben diese Ausschüsse politisch in die Stadtverwaltung übernommen, indem wir ihre Aufgaben und einen Teil des Personals übernommen haben. Bei den Menschen, die wir übernommen haben, handelt es sich um höchst wertvolle Mitarbeiter.

Es muss aber nun ein geordneter Geist eintreten. Ich möchte sagen, dass alte revolutionäre Reiterleben, dass man in den ersten Wochen geführt hat, muss ein Ende haben und einem disziplinierten infanteristischen Schritt weichen.“<sup>1</sup>

Diese Worte richtete Walter Weidauer, im Mai selbst Mitglied eines Antifa-Komitees in einem der Dresdner Stadtteile, Mitte Juli 1945 an die Mitarbeiter des Dresdner Wohnungsamtes. Er war als einer der Bürgermeister in die Stadtverwaltung der sächsischen Landeshauptstadt berufen worden, während sich ein Großteil seiner früheren Mitstreiter mit untergeordneteren Positionen in der Stadt- und den Stadtteilverwaltungen begnügen musste. Sie waren die „Aktivisten der ersten Stunde“<sup>2</sup>, die die Alltagsprobleme der unmittelbaren Nachkriegszeit unbürokratisch und in der Regel unkonventionell zu lösen versuchten. Zu ihnen gehörten ehemalige Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder von Gruppierungen, die sich vor 1933 sowohl mit der KPD als auch mit der SPD kritisch auseinandergesetzt hatten, und Gewerkschaftsführer, aber auch Vertreter bürgerlicher Parteien und Linksintellektuelle. Parteipolitische Animositäten aus der Zeit vor 1933 spielten bei der Problembewältigung eine untergeordnete Rolle. Verbindlich wirkten vielmehr die Notwendigkeit des Handelns und die antifaschistische Einstellung zur unmittelbaren

---

<sup>1</sup> StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 120, Blatt 4. Über die „übers Ziel hinaus geschossenen Aktionen“ war nichts Näheres in Erfahrung zu bringen.

Zur Rechtschreibung ist anzumerken, dass fehlerhafte Quellen stillschweigend korrigiert und abgekürzte Quellen mit eckiger Klammer vervollständigt wurden. Die vorliegende Arbeit ist nach den Regeln der neuen Rechtschreibung geschrieben, die verwendeten Quellen und Zitate wurden jedoch in ihrer Schreibweise beibehalten.

<sup>2</sup> Benser 1985; Merker/Schreckenbach (Hg.) 1989.



Vergangenheit. Westdeutsche Forschungen der 1970er Jahre<sup>3</sup> belegen, dass die Mitglieder dieser antifaschistischen Aktionsausschüsse und Komitees, kurz Antifa<sup>4</sup>, ähnlich wie die Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 nur selten über eine eigene Programmatik verfügten, die sie auf Dauer befähigt hätte, konstruktiv die weiteren Geschicke der Nachkriegsgesellschaft zu lenken. Der notwendige politische Willensbildungsprozess hätte nur unmittelbar vor Ort geführt werden können und einige Zeit in Anspruch genommen. Dazu kam es weder in der SBZ noch in den westlichen Besatzungszonen. In den westlichen Zonen wurden diese spontan auftretenden und lokal begrenzt wirkenden Ausschüsse mit dem Hinweis auf das allgemeine Verbot politischer Tätigkeit aufgelöst.<sup>5</sup> Die Besatzer störten sich vor allem an der zahlenmäßigen Stärke früherer Kommunisten, die die Ausschüsse in der Regel dominierten. Außerdem wurde eine Art Doppelherrschaft von städtischer Verwaltung und Antifa befürchtet. Da die Mitglieder der Antifa jedoch über für die Besatzer nützliche Ortskenntnisse verfügten, wurden sie zunächst als Informationsquelle abgeschöpft und - ihnen gegebenenfalls Hilfstätigkeiten - übertragen, bevor die Besatzungsmächte diese Organisationen verboten<sup>6</sup>. Versuche der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, die Antifa in ihren Zonen im Herbst 1945 wieder zu beleben, scheiterten, weil sich die Mehrzahl der Antifa-Mitglieder angesichts der Besatzungspolitik resigniert aus der politischen Öffentlichkeit zurückgezogen hatten, während nur ein geringer Teil von ihnen mit Ämtern in den neuen Kommunalverwaltungen betraut worden war.<sup>7</sup>

Vergleichbare Studien zu den antifaschistischen Ausschüssen und Komitees der SBZ von DDR-Historikern fehlten. In zahlreichen historischen Darstellungen zur SBZ und zur Gründung der DDR wurde nur auf die „Aktivisten der ersten Stunde“ verwiesen und ihre Arbeit dankend gewürdigt.<sup>8</sup>

---

<sup>3</sup> Während die Autoren der „Arbeiterinitiative“ die Aktivitäten der Antifa für die westlichen Besatzungszonen untersuchten, wertete Bouvier das in der BRD zugängliche Material für Antifa-Ausschüsse in der SBZ aus. Dabei stützte sie sich neben den DDR-Publikationen auf die Erinnerungsberichte von Sozialdemokraten, die in die Westzonen bzw. die BRD übergesiedelt waren. Niethammer u.a. 1976; Bouvier 1976.

<sup>4</sup> Die Antifaschistischen Ausschüsse, Aktionsausschüsse oder Komitees wurden aufgrund ihres häufigsten Namenbestandteils von den amerikanischen und britischen Besatzern kurz „Antifa“ genannt. Vgl. Niethammer u.a. 1976, S. 11; Brandt 1985, S. 209; Borsdorf/Niethammer (Hg.) 1995, S. 107 ff.

<sup>5</sup> Niethammer u.a. 1976, S. 12.

<sup>6</sup> Borsdorf/Niethammer (Hg.) 1995.

<sup>7</sup> Niethammer u.a. 1976, S. 12.

<sup>8</sup> Erste Hinweise zu antifaschistischen Ausschüssen und Komitees sind den von den Bezirksleitungen der SED herausgegebenen Schriften zum 15. Jahrestag der Gründung der

Eine erste historische Analyse lieferte Günter Benser erst 1978, als die „Arbeiterinitiative“ des Autorenkollektivs um Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt bereits zwei Jahre vorlag.<sup>9</sup> Benser fasste alle bisherigen Kenntnisse und diesbezüglichen Aussagen, die bis dato von DDR-Historikern über die antifaschistischen Ausschüsse vorlagen, zusammen. Er setzte sich gemäß der damals herrschenden marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung mit den Thesen seiner westlichen Kollegen auseinander, ohne diese argumentativ widerlegen zu können. Neben einer Typologisierung der Antifa lieferte Benser erste Daten über die mögliche Anzahl von Aktionsausschüssen, über ihre Mitgliederstärken insgesamt sowie über deren Zusammensetzung. Im Hinblick auf die westlichen Forschungsergebnisse sprach er sich dafür aus, die Antifa-Ausschüsse nach ihren Entstehungsorten zu differenzieren. Hier verwies er vor allem auf die Unterschiede zwischen der sowjetischen und der westalliierten Besatzungspolitik im Umgang mit der Antifa.<sup>10</sup> Während er das von den amerikanischen und britischen Truppen ausgesprochene Verbot der Antifa hervorhob, blieb die Darstellung der sowjetischen Besatzungspraxis in der SBZ verschwommen bzw. wurde sie überhaupt nicht vorgenommen.<sup>11</sup> Stattdessen übernahm Benser die schon in den sechziger Jahren von DDR-Historikern formulierte Begründung, dass die Auflösung notwendig wurde, um die Kräfte der Antifaschisten „nicht in Komiteearbeit zu verschleißen.“<sup>12</sup> Die Auflösung selbst wurde als ein „reibungloser Prozeß“ proklamiert und geschlussfolgert: „Die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone belegt, dass die Festigung der

---

SED zu entnehmen. Vgl. hierzu beispielhaft Annweiler 1961, Der Wille zur Einheit siegte (1961). Ebenfalls Anfang der sechziger Jahre erschien die Monographie zum Niemandsland von Werner Gross, der den Bezirksausschuss von Schwarzenberg näher untersuchte. (Gross 1961) In den siebziger und achtziger Jahren wurden zahlreiche Darstellungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der SBZ/DDR verfasst, deren Autoren ebenfalls auf antifaschistische Ausschüsse verwiesen. Vgl. Fuchs 1967; Emmerich 1976; Wahl 1976, Kornow 1984, Matthias 1986. Weitere unveröffentlichte Forschungsarbeiten von DDR-Historikern in den 60er und 70er Jahren bei Foitzik 1999, S. 482, Anm. 5.

<sup>9</sup> Benser 1978.

<sup>10</sup> Annweiler hatte schon 1961 darauf hingewiesen, dass die Bedeutung der Antifa unter sowjetischer und amerikanischer Besatzung weder gleichzusetzen noch mit gleichem Maßstab gemessen werden könne. Über die damit implizierten Unterschiede und entsprechenden Unterscheidungskriterien äußerte sie sich jedoch nicht. Annweiler 1961, S. 20 f; dies. 1971.

<sup>11</sup> Benser 1978.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 799.

Schon Urban hatte 1959 die Schwächen der Antifa geschildert: „Sie (die Antifa – J.M.) bedeuteten eine Zersplitterung der demokratischen Kräfte, wobei sie sich, örtlich bedingt, unterschiedliche Aufgaben stellten und durch ihre Zusammensetzung nicht immer eine konsequente antifaschistisch-demokratische Politik garantierten.“ Vgl. Urban 1959, S. 1546.

antifaschistischen Einheit nicht an das Fortbestehen von Antifa-Ausschüssen gebunden war, daß eine ‚basisdemokratische‘ Ausschußbewegung nicht jene für eine erfolgreiche antifaschistisch-demokratische Umwälzung notwendige Gruppierung der Volkskräfte bewirkt hätte.“<sup>13</sup> Zwar wurde die Arbeit der Antifa-Komitees, wie bereits erwähnt, in nahezu allen von DDR-Historikern publizierten Forschungsarbeiten über den „antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau“ 1945/46 gewürdigt, doch scheuten sie sich, eigene Schlussfolgerungen über die Bedeutung der Antifa und über die Bedeutung der Auflösung dieser basisdemokratischen Organe zu ziehen. Vielmehr übernahmen sie unkommentiert die Äußerung Ulbrichts, diese Organisationsformen hätten die Antifaschisten daran gehindert, „schnell neue, demokratische Staatsorgane zu organisieren und von der festen und beständigen Position der Macht her die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen.“<sup>14</sup>

Auch wenn Rolf Badstübner 1989 auf die Auflösung der Antifa nicht weiter einging, so hob er hervor, dass die KPD-Gruppen um Anton Ackermann, Walter Ulbricht und Gustav Sobottka *gemeinsam* mit den Mitgliedern der Antifa-Ausschüsse und Komitees die neuen Auftragsverwaltungen<sup>15</sup> für die sowjetische Besatzungsmacht aufbauten. Diese betrachtete die Antifa als Kaderreservoir, „aus dem sich die Mitarbeiter einer neuen Verwaltung, die verantwortlichen Leiter für von ihren Besitzern verlassene Betriebe, die Angehörigen einer neuen Polizei, die Funktionäre der künftigen legalen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen rekrutieren konnten.“<sup>16</sup>

Für westdeutsche Historiker blieb ein Großteil der DDR-Archive bis 1989 verschlossen. Somit waren sie bis auf wenige Ausnahmen<sup>17</sup> auf die Darstellungen ihrer ostdeutschen Kollegen angewiesen, die, wie bereits erwähnt, keine kritische Auseinandersetzung zur Auflösung der Antifa in der

---

<sup>13</sup> Benser 1978, S. 802.

<sup>14</sup> Ulbricht 1955, S. 62. Zur Kritik an der DDR-Historiographie Vgl. Keiderling 1997, S. 17 ff.

<sup>15</sup> Dass gerade 1989 der Begriff der „Auftragsverwaltungen“, die 1945 in der SBZ eingerichtet wurden, eingeführt wurde, ist auf die gemeinsamen Tagungen von west- und ostdeutschen Historikern in den 1980er Jahren zurückzuführen. Badstübner räumt mit der Verwendung dieses Begriffes den sehr begrenzten Handlungsspielraum dieser Verwaltungen ein und hebt die Bedeutung der sowjetischen Besatzungsmacht hervor, die bis dato von den DDR-Historikern zwar als gegeben, jedoch nicht als entscheidend betrachtet worden war. (Siehe unten)

<sup>16</sup> Badstübner 1989, S. 18.

SBZ lieferten. Deshalb lagen bis zur Wende 1989/90 außer den Monographien zum „Niemandland“<sup>18</sup> und zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ Leipzig keine weiteren vergleichbaren Studien zu den Antifa-Ausschüssen in der SBZ vor.<sup>19</sup>

Nach der Wende 1989/90 revidierte Benser seine ursprünglichen Positionen und bezeichnete die Auflösung der Antifa mit ihren basisdemokratischen Impulsen als einen Fehler.<sup>20</sup> Nur für das „Niemandland“ wurde der Versuch unternommen, neuere Erkenntnisse zur Antifa zusammenzutragen.<sup>21</sup>

Diese spontan auftretenden, sich trotz des regional begrenzten Wirkungskreises weitgehend homogen zusammensetzenden und ähnliche Aufgaben wahrnehmenden Ausschüsse beabsichtigten 1945 die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Sie bildeten sich ähnlich wie die Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 oder die „Runden Tische“ 1989 in der DDR in einer Übergangszeit, in der die alte Herrschaftsform durch eine neue abgelöst wurde, um das aufgrund des Übergangs vom nationalsozialistischen Regime zur Besatzungsherrschaft entstehende Machtvakuum<sup>22</sup> vorübergehend zu füllen. Die Mitglieder in den verschiedenen Ausschüssen stellten gegenüber dem Gros der Bevölkerung, die sich in der neuen Situation und den neuen, noch nicht eindeutigen politischen Verhältnissen abwartend und passiv verhielt, zahlenmäßig zwar eine Minderheit dar, doch scheinen Ausschüsse oder ähnliche Gremien in politischen Übergangszeiten brauchbare

---

<sup>17</sup> Schmollinger 1976.

<sup>18</sup> Mit „Niemandland“ ist das Gebiet Deutschlands gemeint, dass im Mai 1945 weder von amerikanischen noch von sowjetischen Truppen besetzt worden war. Es lag südlich von Chemnitz und erstreckte sich bis zur tschechischen Grenze. Die Amerikaner machten an der Mulde halt, während die Rote Armee nur noch Annaberg besetzte. Bekannt wurde diese Region vor allem durch die literarische Bearbeitung von Stefan Heyms „Schwarzenberg“ (1. Auflage Berlin 1990); Siehe Kapitel 5.

<sup>19</sup> Gross 1961.

<sup>20</sup> Benser 1993, S. 34-45, ders. 1997, S. 214-226.

<sup>21</sup> Cerny 1997.

<sup>22</sup> Die Zeit, die als Macht- oder auch Herrschaftsvakuum bezeichnet werden kann, umfasst die Zeitspanne zwischen der Besetzung Deutschlands, die mit der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 abschloss, und der alliierten Erklärung vom 5. Juni 1945 „Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.“ (Deuerlein 1961, S. 338.) Die „geschäftsführende Reichsregierung“ war zuvor, am 22. Mai 1945, als deutsche politische Führungsspitze verhaftet worden. Vgl. Diepenthal 1974, S. 27 f.

Organisationsmuster zu sein, um partielle Bevölkerungsinteressen zu vertreten.<sup>23</sup>

Die vorliegende Arbeit stellt sich das Ziel, den antifaschistischen Ausschüssen und Komitees vom April/Mai 1945 in der SBZ in ihrem Spannungsverhältnis zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und Exil-KPD nachzugehen. Das Spannungsverhältnis ergibt sich zum einen daraus, dass die Exil-KPD und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ bis zum Februar 1945 die Bildung von Volksausschüssen propagierten, die, wenn sie sich schon nicht gegen Hitler erhoben, so doch für eine kampflose Übergabe ihrer Städte an die Alliierten eintreten sollten. Diese Zielstellung wurde über den Sender „Freies Deutschland“ verbreitet. Widerstandskämpfer innerhalb des Reiches hörten diese Sendungen oder hatten durch Flugblätter vom NKFD und den geplanten Volksausschüssen erfahren. Dass diese Propaganda nach der Jaltaer Konferenz obsolet geworden war, nahmen jedoch infolge der Kriegereignisse die wenigsten wahr, d.h. sie setzten ihre Tätigkeit in den bereits von ihnen gegründeten Komitees fort oder initiierten unmittelbar vor und nach Kriegsende solche Ausschüsse und Komitees. Da die Volksfrontausschüsse und das NKFD nach Jalta von der sowjetischen Führung fallen gelassen wurden, ist noch einmal nach den in Jalta getroffenen alliierten Vereinbarungen und ihren Folgen zu fragen.

Zum anderen bewegte sich die Antifa in der unmittelbaren Nachkriegszeit – gemeint ist hier der Zeitraum zwischen dem 8. Mai und Ende Juli 1945 – aufgrund des anfangs ausgesprochenen politischen Betätigungsverbots allein zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und der Exil-KPD, die der Roten Armee untergeordnet war. Gründe für die Auflösung der Antifa können sowohl von Seiten der Sowjetunion als auch von Seiten der Exil-KPD zahlreich angeführt werden. Sie reichen von Vorwürfen des Sektierertums über die Furcht vor Doppelherrschaft bis zur Sicherung von Machtsphären der Besatzungsmacht, der Exil-KPD sowie der kommunalpolitischen Aufsichtsbehörden wie Landes- und Provinzialverwaltungen oder Landratsämter. Ziel der Arbeit ist es, das politische Muster darzustellen, nach

---

<sup>23</sup> Auch in Frankreich hatten sich unmittelbar vor und nach der Befreiung von der deutschen Besatzungsherrschaft sogenannte Befreiungskomitees und Patriotische Milizen gebildet, die die Verwaltungen personell neu besetzten und die Normalisierung des weiteren Lebens sicherten. Vgl. Volk 1984, S. 147 ff.

dem die Auflösung der Antifa vor Ort erfolgte, zumal diese Auflösung ähnlich unspektakulär vor sich ging wie in den westlichen Zonen. Bleibt also die Frage, ob die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr legitimierte Exil-KPD die Antifa in den Städten und Gemeinden ebenso wie die amerikanische und britische Besatzungsmacht schlichtweg verboten und somit potentielle Partner für den Wiederaufbau verprellten, oder ob sie eine geschickte Integrationspolitik betrieben, der sich mühelos die Mitglieder der Antifa-Ausschüsse, Überlebende von nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern sowie „Bürgerliche“ und Parteilose in der unmittelbaren Nachkriegszeit anschließen konnten.

Deshalb werden noch einmal wesentliche Antifa-Gruppen untersucht. Mit der Schilderung der Auflösung der Antifa erfolgt außerdem eine Darstellung der Arbeit der Besatzungstruppen und ihrer „deutschen Helfer“, der Exil-KPD. Ansatzweise gelingt es so, die tatsächlich praktizierte Politik von sowjetischer Besatzungsmacht und Exil-KPD für den angegebenen Zeitraum vom 8. Mai bis Ende Juli, teilweise sogar bis zum Herbst 1945 nachzuzeichnen. Obwohl diese Politik bewusst nur anhand der Auflösung der Antifa und deren Folgen analysiert wird, werden verallgemeinernde Aussagen möglich, weil die Auflösung der Antifa verschiedener ostdeutscher Städte betrachtet wird. Die Städteauswahl orientiert sich an der „Arbeiterinitiative“ von Niethammer, Borsdorf und Brandt, die vorrangig Antifa-Ausschüsse von industriellen Großstädten im Hinblick auf ihre Zusammensetzung, ihre Tätigkeit und die Ursachen ihres Scheiterns untersuchten, geht jedoch darüber hinaus, indem auch Antifa-Erscheinungen in der Provinz, in mittleren und Kleinstädten komparatistisch erfasst werden sollen.

Bevor die Arbeit der Antifa in der SBZ und deren Auflösung durch die sowjetische Besatzungsmacht und die Exil-KPD untersucht wird, ist nach den Kontinuitäten und Diskontinuitäten innerhalb der Nachkriegsplanungen zu fragen, die sowohl von sowjetischer Seite als auch von der Exil-KPD unternommen wurden, um die Diskrepanzen zwischen Intentionen und Wirklichkeit hervorzuheben.<sup>24</sup> Da Stalin die politischen und sozialen

---

<sup>24</sup> Die Planungen und Konzepte des innerdeutschen Widerstands und der Exil-Gruppen, die nicht im sowjetischen Exil lebten, spielen für den Betrachtungsgegenstand eine untergeordnete Rolle, da die „Moskauer“ KPD die politischen Verhältnisse in der SBZ von Anfang an dominierte. Vgl. Kühnl/Spoo (Hg.)1995.

Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Mai 1945 und 1947/48 weitgehend offen ließ<sup>25</sup>, indem er sich nicht explizit zu ihnen äußerte, soll anhand der antifaschistischen Ausschüsse und Komitees gezeigt werden, wie sich die „offene Situation“ in den Städten der sowjetisch besetzten Zone unmittelbar nach Kriegsende gestaltete und mit welchen politischen Mitteln sie im Gleichgewicht gehalten wurde. Diese Frage wird vor dem Hintergrund der Ulbrichtschen Parole untersucht, mit der er im Mai 1945 seine Mitarbeiter dazu aufforderte, bei der Besetzung der Berliner Bezirksverwaltungen den demokratischen Schein zu wahren, dass aber die Kommunisten im Hintergrund jedoch die Fäden zu ziehen hätten.<sup>26</sup>

Die Arbeit der KPD-Gruppen, die den Truppen der Roten Armee unterstützend zur Seite gestellt worden waren, wurde bislang nur von Manfred Keiderling am Beispiel der Arbeit der „Gruppe Ulbricht“ in Berlin analysiert.<sup>27</sup> Um die diesbezüglichen Forschungsdesiderate für die übrige Besatzungszone zu schließen<sup>28</sup>, soll mittels des komparatistischen Ansatzes die Arbeit und Auflösung der Antifa in den Regionen beschrieben werden, in denen die drei KPD-Gruppen um Ulbricht, Ackermann und Sobottka tätig waren, womit gleichzeitig die Arbeitsweise dieser drei KPD-Gruppen verglichen wird.

Die Arbeit der einzelnen KPD-Gruppen, die bewusst nicht als Initiativgruppen bezeichnet werden, denn die Initiative für die Gestaltung des Nachkriegslebens lag eben nicht nur bei den Exil-Kommunisten<sup>29</sup>, wird an Städtebeispielen beschrieben, in denen sich antifaschistische Ausschüsse und Komitees gebildet hatten. Die Städtebeispiele folgen jedoch nicht nur dem ursprünglichen Territorium der SBZ, also den Gebieten, die von den Truppen der Roten Armee unmittelbar besetzt worden waren, sondern beziehen die Kleinstädte des „Niemandlandes“ und Magdeburg stellvertretend für die Städte ein, die nicht besetzt worden waren bzw. bis Juni/Juli 1945 entweder unter amerikanischer und britischer Verwaltung standen. Magdeburg soll auch für die thüringischen Städte stehen, die zuerst amerikanisch besetzt waren, obwohl zu Thüringen

---

<sup>25</sup> Loth 1994a, ders. 1994b.

<sup>26</sup> Leonhard 1992, S. 440.

<sup>27</sup> Keiderling 1993.

<sup>28</sup> Vgl. Erler 1998, S. 252.

<sup>29</sup> Die aus Moskau remigrierten Kader der KPD werden im Folgenden entweder als Vertreter der Exil-KPD, als „Moskauer“ oder als „Gesandte“ der jeweiligen KPD-Gruppen, die nach ihrem Leiter benannt wurden, bezeichnet. Die Autorin will sich wegen der Lesbarkeit des Textes nicht auf eine Bezeichnung festlegen.

noch keine die Antifa zusammenfassende Darstellung vorliegt. Die Thüringer Antifa-Aktivitäten waren schon Ende der 60er Jahre in den Blickpunkt der DDR-Geschichtsschreibung gerückt. Dabei wurde der Antifa eine etwas bedeutendere Rolle zugesprochen, weil sie sich gegen die amerikanische Besatzungsmacht behaupten musste.<sup>30</sup> Nach 1989 begannen umfangreiche Forschungsprojekte zur amerikanischen Besatzung in Thüringen<sup>31</sup> und damit zusammenhängend zu den lokalen Antifa-Ausschüssen<sup>32</sup>. Dabei kristallisierte sich der Thüringen-Ausschuss, der im Mai 1945 aus dem von den politischen Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald gegründeten Thüringen-Komitee hervorging, als „Kleinstausgabe des Landtages“ heraus, der dem designierten Landepräsidenten Hermann L. Brill zuarbeitete und die Arbeit der thüringischen Antifa-Komitees koordinierte.<sup>33</sup>

#### *Zur Quellenlage*

Die Antifa-Ausschüsse werden in zahlreichen neueren Studien zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte und zur Entstehung der SBZ oft nur als Marginalien erwähnt.<sup>34</sup> Ein Grund dafür könnte die prekäre Aktenlage sein, denn oftmals hatten die Mitglieder der Antifa-Ausschüsse 1945 Wichtigeres zu tun, als akribisch ihre Arbeit festzuhalten. Die umfangreichen Akten der „Antifaschistischen Front Chemnitz“ bilden die Ausnahme, zumal ihre Aufzeichnungen erst Ende Mai 1945 begannen, als die Antifa in der übrigen sowjetischen Zone bereits aufgelöst waren. Aufgrund des an dieser Stelle grob verallgemeinerten Tätigkeitsfeldes - Parteiarbeit und Übernahme und/oder der Kontrolle der Stadtverwaltung - wurde für die vorliegende Arbeit zum einen in die Bestände der ehemaligen Bezirksarchive der SED, die in den Hauptstaatsarchiven der neuen Bundesländer und teilweise in deren Außenstellen lagern, und zum anderen Unterlagen diverser Stadtverwaltungen, Magistrate und Landratsämter eingesehen. Diese Notwendigkeit ergab sich, weil zahlreiche Berichte zu den parteipolitischen Anfängen und zur Arbeit der Antifa in der Regel retrospektiv angefertigt wurden. Die entsprechenden

---

Zu den Bezeichnungen der Exil-KPD Vgl. Erler 1998, S. 231 ff.

<sup>30</sup> Vgl. Fuchs 1966, ders. 1968; Raschke 1966; Büchner/Freundlich 1972; Wahl 1976.

<sup>31</sup> Fügner 2000; Bahr 1996; John 1995; Mohr u.a. 1995; Kuhlbrodt 1995; Wahl 1992.

<sup>32</sup> Stutz 1995.

<sup>33</sup> Wahl 1997; Overesch 1993; ders. 1992.



Berichte, die sich vor allem in den Akten der SED-Parteiarchive befinden, stammen meist aus dem Frühjahr 1946, als die Vereinigung von KPD und SPD unmittelbar bevorstand. Je nach Berichterstatter, d.h., ob er ein Lokalfunktionär oder ein Vertreter der Exil-KPD war, wurde die Arbeit der Antifa und der lokalen Parteigruppen der KPD gewürdigt oder die anfangs existierenden sektiererischen Ansichten der Lokalkommunisten kritisiert. Schon damals war erkennbar, dass die Exil-KPD, obwohl sie die Auflösung der Antifa wesentlich vorantrieb, deren Arbeit für sich vereinnahmte, indem sie die kommunistischen Initiativen besonders hervorhob. Die Sozialdemokraten hingegen bezogen sich in ihrer Berichterstattung kaum auf die Arbeit der Antifa. Das hing wohl damit zusammen, dass die in der Antifa mitwirkenden Sozialdemokraten hauptsächlich aus den ehemaligen Splittergruppen kamen, die sich bis 1933 in kritischer Auseinandersetzung von der Sozialdemokratie abgespalten hatten und nach Kriegsende auf neue Betätigungsmöglichkeiten in der Antifa hofften. Das Gros der früheren Sozialdemokraten soll vor allem den Antifa-Gruppen kritisch gegenübergestanden haben, die eine Einheitspartei von KPD und SPD schon im Mai/Juni 1945 praktizierten.<sup>35</sup> Zwar wurden in den ehemaligen Parteiarchiven der SED auch Erinnerungsberichte zu den verschiedenen historischen Ereignissen der deutschen Arbeiterbewegung angelegt. Doch deren Aussagekraft ist eher beschränkt, da oft nur wenige Geschehnisse detailliert geschildert und stattdessen allgemeine Ansichten zur DDR-Geschichte pauschal übernommen wurden. Die im Archiv demokratischer Sozialisten liegenden Erinnerungsberichte der Sozialdemokraten, die in den 50er und 60er Jahren in die BRD übersiedelten, wurden bereits 1976 durch Beatrix Bouvier ausgewertet.<sup>36</sup>

Mit Hilfe der Bestände der Stadt- und Kreisarchive, deren Unterlagen für die Zeit zwischen Mai und September 1945 zwar nur sehr spärlich, jedoch frei von jeglichem parteipolitischen Impetus sind, wurden die KPD-gefärbten Berichte aus den Bezirksparteiarchiven der SED verglichen.

Es wurden jeweils zwei Archivbestände untersucht. Für die administrative Ebene betraf das auf deutscher Seite die Bestände der Innenministerien der

---

<sup>34</sup> Benz (Hg.) 2000; Schmeitzner 2000; Erler 1998; Keiderling 1997; ders. 1993; Malycha 1996; Staritz 1976; Sywottek 1973.

<sup>35</sup> Vgl. Malycha 2000.

<sup>36</sup> Bouvier 1976.

jeweiligen Landes- und Provinzialregierungen der SBZ, die ab Juli 1945 zentrale Forderungen an die Städte und Gemeinden zur Auflösung der Antifa stellten; für die sowjetische Seite die Akten der SMAD, die vom Gossudarstwenny archiw Rossijskoi Federazii (GARF, Staatsarchiv der Russischen Föderation) in Moskau verwaltet werden. Die bislang zugänglichen Akten zur SMAD beinhalten jedoch oft nur eine knappe Einschätzung der Antifa, nahmen die Besatzungsoffiziere der SMAD doch erst nach dem 1. Juni 1945 ihre Tätigkeiten in den Städten der SBZ auf. Die Berichterstattung über die Anfänge der jeweiligen Militäradministraturen in den Ländern und Provinzen erfolgte ebenfalls retrospektiv aus dem Jahr 1948, so dass die unmittelbaren Nachkriegsereignisse nur relativ kurz dargestellt sind. Eine Kurzbezeichnung „Antifa“, wie sie von den amerikanischen Besatzungsbehörden gebraucht wurde, fand sich nicht. Die Besatzungsoffiziere fassten 1948 ihre bisherige Tätigkeit zu einem Zeitpunkt zusammen, als sämtliche Versuche einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit zwischen den Alliierten in der Behandlung Deutschlands gescheitert waren. Die sowjetischen Offiziere hoben ihre Bemühungen um einen demokratischen Verwaltungsaufbau hervor, möglicherweise als Rechtfertigung für die gescheiterte Kooperation im alliierten Kontrollrat. Aber sie verwiesen auch auf die sich als gesellschaftsverändernde Maßnahmen auswirkenden Entscheidungen, sodass sich der in der Forschung vorherrschende Eindruck einer „Sowjetisierung“<sup>37</sup> der SBZ von Anfang an zu bestätigen scheint. Über die tatsächlichen Intentionen der sowjetischen Besatzungsmacht verraten diese Akten jedoch nichts.

Die Akten über die Arbeit der ersten Besatzungsoffiziere, die unmittelbar aus den Reihen der Roten Armee rekrutiert wurden, befinden sich im Archiv Wooruschennich Sil Rossijskoi Federazii (Archiv der Verteidigungskräfte der

---

<sup>37</sup> Seit Peter Nettl 1951 diesen Begriff als Muster für die Entwicklung in der SBZ einführte, wird unter Sowjetisierung die „Angleichung an das sowjetische Vorbild“ verstanden. Dieses Verständnis birgt jedoch den methodischen Kurzschluss, dass nahezu alle Entwicklungen in der SBZ „mit der Durchführung und Umsetzung sowjetischer Politik“ identifiziert wurden und werden. Auch heute noch beschreibt die Sowjetisierung die Installation des sowjetischen Systems in anderen Ländern, vorrangig in Osteuropas, zum Zweck einer umfassenden Kontrolle dieser Länder.

Foitzik (1999) kritisiert diesen Begriff, weil der damit gemeinte „höchst komplexe, durch Interdependenz und sogenannte periphere Attitüden gekennzeichnete Prozess“ Transparenz suggeriere, „ohne sie leisten zu können.“

Siehe Nettl 1953; Bonwetsch u.a. 1997, S. IX; Jaraus/Siegrist (Hg.) 1997, S. 11-48; Kaiser 1997, S. 111-136; Lemke (Hg.) 1999; Foitzik 1999, S. 492.

Russischen Föderation) in Podolsk, das keine Akteneinsicht gewährte. Deshalb musste hierfür ebenfalls auf die Stadt- und Kreisarchive zurückgegriffen werden, in denen sich vereinzelt Akten unter dem Titel „Zusammenarbeit mit dem Kommandanten“ u.ä. fanden. Diese ermöglichten einen ersten Einblick in die Arbeit der Besatzungsoffiziere der Roten Armee und Sowjetischen Militäradministration vor Ort.<sup>38</sup>

Für die parteipolitische Ebene wurden, um die Ansichten der Exil-KPD über die Antifas zu vervollständigen, die Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv Berlin eingesehen. Den Schwerpunkt bildete der Nachlass Ulbrichts, der 1945 zahlreiche Hinweise zu den Antifa-Gruppen in der sowjetischen Besatzungszone sammelte. Die Nachlässe von Pieck und Ackermann sowie zahlreiche Erinnerungsbestände von Parteiveteranen wurden ergänzend hinzugezogen. Es erfolgte auch ein Rückgriff auf die bereits publizierten Quellen zur KPD-Programmatik von 1944<sup>39</sup> und über die Treffen der KPD-Führung bei Stalin.<sup>40</sup> Zahlreiche Berichte, vor allem von Ackermann, fanden sich in den Beständen des Parteiarchivs der WKP(B), die im Rossijski Zentr Chranenija i Isutschenija Dokumentow Nowejschei Istorii (RZChiIDNI, Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neueren Geschichte) in Moskau. Hier wurden vor allem die Bestände der Abteilungen Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B) und Internationale Information des ZK der WKP(B) eingesehen. Die dort archivierten Quellen sind Originalberichte vom Mai/Juni 1945 und oftmals Übersetzungen aus dem Deutschen, die die Mitarbeiter der genannten Abteilungen von den Offizieren der GlawPURKKA erhalten hatten.

### *Zum Forschungsstand*

Die DDR-Historiker hatten die Geschichte der SBZ und der DDR selbstbewusst als Initiativen und Maßnahmen deutscher Stellen, konkret der KPD/SED beschrieben. Sie schätzten die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht für den Machtausbau der KPD durchaus als begünstigend

---

<sup>38</sup> Vgl. hierzu auch Naimark 1995.

<sup>39</sup> Erler u.a. (HG.) 1994.

<sup>40</sup> Badstübner/Loth 1994.

ein, doch nahmen sie dieselbe als eine Selbstverständlichkeit wie umgekehrt ihre Unterstützung der Besatzungsmacht.<sup>41</sup> Die sowjetische Besatzungsmacht übernahm aus Sicht der ostdeutschen Historiker vor allem Rechtsetzungsfunktionen „zur Verwirklichung grundlegender alliierter Beschlüsse und für die demokratische Neugestaltung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Lebens“, Kontrollfunktionen „zur Durchsetzung dieser Rechtsetzungsakte“ sowie Schutzfunktionen „zur Sicherung der gesellschaftlichen Entwicklung“.<sup>42</sup>

War dieses Selbstverständnis schon in den 70er Jahren von westdeutschen Historikern in Frage gestellt worden<sup>43</sup>, beschäftigt sich die „vereinte“ Forschung seit der Öffnung der Archive der DDR und der partiellen Öffnung sowjetischer Archive erneut mit diesem Problem.<sup>44</sup> So hinterfragte Jochen Laufer den „gewollten staatlichen Neuanfang“, dessen Zäsur die Staatsgründung der DDR war, und verwies dabei auf die Interessenidentität von sowjetischer Besatzungsmacht und KPD/SED.<sup>45</sup> Wilfried Loth analysierte anhand von SED-Grundsatzpapieren die deutschlandpolitischen Absichten der sowjetischen Regierung. Die zuvor als Mehrgleisigkeit interpretierte

---

<sup>41</sup> In der DDR-Historiographie wurden die Aufgaben der Gruppe Sobottka beispielsweise wie folgt zusammengefasst: *Erstens* organisierten die Mitglieder der Sobottka-Gruppe groß angelegte Versammlungen, auf denen sie die Bevölkerung über die Ursachen der „nationalen Katastrophe“ aufklärten, Auswege hieraus zeigten und sie für den Neuaufbau des Landes mobilisieren“ mussten. *Zweitens* leiteten und kontrollierten die „Moskauer“ den Aufbau der neuen, sogenannten „antifaschistisch-demokratischen“ Selbstverwaltungen. *Drittens* oblag es der Gruppe, die Kommunisten zu schulen, deren eventuelle Aktivitäten hinsichtlich einer sofortigen Parteigründung zu zügeln und nach dem Erlass der Parteizulassung die Gründung der KPD rasch voranzutreiben. Außerdem sollten sich die Mitglieder der Sobottka-Gruppe für die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten einsetzen und den Aufbau freier Gewerkschaften protegieren. Erst an 4. Stelle nannten die DDR-Historiker die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsbehörden, obwohl sowohl die sowjetischen als auch die deutschen Quellen als wichtigste Aufgabe der KPD-Gruppen die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht ausdrücklich aufführen. Es kann bei dieser Einschätzung nur vermutet werden, dass sich die Aufzählung der Bedeutung der Arbeit der Sobottka-Gruppe hier an der tatsächlichen Chronologie orientierte und der vierte Punkt der Ordnung halber ebenfalls erwähnt werden musste.

Es verdeutlicht das Selbstverständnis der KPD/SED, die sich vermutlich nicht nur im nachhinein als Hauptakteur der historischen Ereignisse nach dem 8. Mai 1945 in der SBZ verstanden wissen und somit Unabhängigkeit gegenüber der Besatzungsmacht demonstrieren wollten.

Vgl. Voßke 1966; Krüger 1966a, S. 56 ff; Kornow 1984, S. 30. Ähnliche Ansichten auch bei Mühlfriedel/Wiegand 1979, Heitzer 1980.

Schon in den 60er und 70er Jahren war die Führungsrolle der KPD hervorgehoben und der SMAD ein „peripherer Rang“ zugewiesen worden. Vgl. Foitzik 1999, S. 483.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 484.

<sup>43</sup> Fischer 1975, Weber 1966.

<sup>44</sup> Kocka/Sabrow 1994, Loth 1994b.

<sup>45</sup> Laufer 1994.

Deutschlandpolitik der Sowjetunion<sup>46</sup> beschrieb er als ein Offensein nach allen Richtungen. Loth zufolge war Stalin an einem „parlamentarisch-demokratischen“ Gesamtdeutschland „nach westlichen Maßstäben“, sofern er diese verstand, gelegen, weshalb er an einer vordergründigen Sowjetisierung der SBZ zunächst kein Interesse gezeigt habe.<sup>47</sup> Diese sei vielmehr von den deutschen Exil-Kommunisten, allen voran Walter Ulbricht<sup>48</sup>, langsam aber stetig betrieben worden.

Am heftigsten widersprach Gerhard Wettig der Lothschen These und räumte gleichzeitig mit der „westlichen Logik“ auf, „daß sich die Leiter der sowjetischen Politik bezüglich Deutschlands vor die Entscheidung gestellt sahen, entweder auf eine Einführung ihres Systems hinzuwirken oder um der Ost-West-Kooperation und der deutschen Einheit willen eine demokratische Ordnung bzw. wenigstens entscheidende Elemente derselben langfristig zu akzeptieren.“<sup>49</sup> Seiner Meinung nach musste Stalin nicht zwischen diesen Alternativen entscheiden. Vielmehr ging es darum, „die Machtrelationen unter den Deutschen massiv zugunsten kommunistischer Schützlinge zu beeinflussen, um diesen von vornherein bestmögliche Ausgangspositionen in dem vorgesehenen lang dauernden Kampf um die Herrschaft zu verschaffen.“<sup>50</sup> Die Arbeitsweise der sowjetischen Besatzungsmacht beschrieben Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugow und Norman M. Naimark zuerst am Beispiel der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland.<sup>51</sup> Mit der Studie von Jan Foitzik über den strukturellen Aufbau der SMAD vervollständigt sich das Bild über die SMAD zunehmend.<sup>52</sup> Georgij P. Kynin und Jochen Laufer publizierten 1996 erstmals die Dokumente des sowjetischen Außenministeriums, die sich mit deutschlandpolitischen Fragen während des Zweiten Weltkriegs befassten. Endet der erste Band mit der Kapitulation der Wehrmacht, so setzt der nun erschienene zweite

---

<sup>46</sup> Fischer 1975, Schwarz 1980.

<sup>47</sup> Loth 1994b.

<sup>48</sup> Zur Biographie Ulbrichts vgl. Stern 1963, Podewin 1995, Kaiser 1997; Müller-Enbergs 2000, S. 868 f; Frank 2001.

<sup>49</sup> Wettig 1995, S. 170; ders. 1996, S. 101-123; ders. 1999.

<sup>50</sup> Ebenda.

<sup>51</sup> Bonwetsch u.a. 1994, dt. Ausgabe 1997.

<sup>52</sup> Foitzik 1999, ders. 1995.

Dokumentenband dort an und gewährt einen Einblick in die außenpolitischen Planungen der „Sowjets“<sup>53</sup> bis ins Frühjahr 1946.<sup>54</sup>

Norman M. Naimark beschrieb den Einfluss der Sowjets auf verschiedene Bereiche des ostdeutschen Nachkriegslebens zwischen 1945 und 1949.<sup>55</sup> Er konstatierte, dass eine „Sowjetisierung“ bzw. „Bolschewisierung“ der SBZ von sowjetischer Seite zwar nirgends festgeschrieben worden war, die Besatzungsoffiziere aber keine anderen Erfahrungen in Fragen eines Gesellschaftsaufbaus als die ihren hatten.<sup>56</sup>

Stefan Kreuzberger unternahm den Versuch, „die bislang nur sehr schwer nachweisbare direkte sowjetische Einflussnahme und den spezifischen Anteil der SMAD bei der Herausbildung und Ausgestaltung des politischen Systems der sowjetischen Besatzungszone für die Jahre 1946 bis 1948/49 herauszuarbeiten.“<sup>57</sup> Dabei kam er zu der Schlussfolgerung, dass die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht bereits seit 1945 auf ein kommunistisch dominiertes Nachkriegsdeutschland mit prosowjetischer Orientierung ausgerichtet war. Die historische Debatte um die sowjetische Deutschlandpolitik<sup>58</sup> hält also noch immer an und ist in den seltensten Fällen frei von politischer Emotionalität.

Einen raschen Überblick über Parteien, staatliche Verwaltungen und gesellschaftliche Organisationen in der Zeit von 1945 bis 1949 in der sowjetischen Besatzungszone ermöglichen das bereits 1990 erschienene SBZ-Handbuch von Martin Broszat und Hermann Weber<sup>59</sup> sowie das kürzlich von Wolfgang Benz herausgegebene Besatzungshandbuch, in dem die

---

<sup>53</sup> An dieser Stelle soll darauf verwiesen sein, dass mit der Verwendung des Begriffs der „Sowjets“ keine Abwertung der Politik der Sowjetunion oder ihrer Vertreter in der SBZ beabsichtigt ist. Vielmehr wird im Folgenden der Begriff der „Sowjets“ immer dann verwendet werden, wenn für die Autorin nicht eindeutig klar war, wer von sowjetischer Seite im Einzelnen agierte. Vielleicht ist es auf diese Weise möglich, diesen Begriff, der die undurchsichtigen politischen Entscheidungsträger auf sowjetischer Seite ausdrückt, dem Sprachgebrauch des „Kalten Krieges“ zu entheben und sukzessiv zu neutralisieren. Dies scheint solange notwendig, wie die Bestände der sowjetischen Archive nur partiell einsehbar sind und deshalb zahlreiche Entscheidungsträger im Dunkeln bleiben.

<sup>54</sup> Kynin/Laufer 1996, diess. 2000.

<sup>55</sup> Naimark 1995, dt. Ausgabe 1997. Ein adäquates Buch zur amerikanischen Besatzungspolitik legte Henke vor. Vgl. Henke 1995; Gimbel 1968; Latour/Vogelsang 1973; Krieger 1987.

<sup>56</sup> Naimark 1995, S. 583 ff.

<sup>57</sup> Kreuzberger 1996.

<sup>58</sup> Vgl. hierzu auch Mai, G. 1995.

<sup>59</sup> Broszat/Weber (Hg.) 1990.

Besatzungspolitik in allen vier Okkupationszonen Deutschlands einander gegenübergestellt und verglichen werden.<sup>60</sup>

Neben den zahlreichen Erinnerungsbänden an das Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone<sup>61</sup> wurden hauptsächlich die Reorganisation der Parteien und Massenorganisationen<sup>62</sup> und die Entnazifizierung<sup>63</sup> untersucht. Das Interesse begründet sich vor allem aus dem Umstand, dass bis 1989 keine SED-unabhängige Darstellungen zu den Block-Parteien vorlagen. Heute gerät oftmals aus dem Blickfeld, dass auch bei den Mitgliedern der SPD, der CDU und der LDP in den Monaten zwischen Mai und Juli/August 1945 die Bereitschaft für eine gemeinsame Politik mit der KPD bestanden hat. Stattdessen stehen fast ausnahmslos die Indoktrination der Exil-KPD sowie die oftmals repressiven Einflussnahmen der sowjetischen Besatzungsoffiziere im Mittelpunkt der Parteienforschung. Je nach Betrachter werden die Ereignisse als Sowjetisierungsabsichten und als beginnender Transformierungsprozess<sup>64</sup> erklärt bzw. mit dem totalitären Charakter des sowjetischen Systems begründet und diskutiert.<sup>65</sup> Doch scheinen all diese Erklärungsmodelle zum Verständnis der tatsächlichen Nachkriegsereignisse wenig geeignet, wenn berücksichtigt wird, dass die KPD trotz der ihr unterstellten Sowjetisierungs- bzw. Transformationsabsichten und ihres in Ansätzen bereits vorhandenen totalitären Charakters<sup>66</sup> in den ersten Nachkriegsmonaten einen enormen Mitgliederzulauf verzeichnete.<sup>67</sup>

---

<sup>60</sup> Benz (Hg.) 2000.

<sup>61</sup> Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) 1995; Schmitz 1995.

<sup>62</sup> Der SED-Forschungsverband der FU Berlin publizierte 1994 die Quellen zur KPD-Programmatik aus dem Jahre 1944/45 (Erler u.a. (Hg.) 1994). 1998 folgte eine Sammlung spezieller Einzelanalysen zum Aufbau der KPD, deren Gewerkschaftskonzept, zur Kirchenpolitik u.a. (Schroeder 1994). Weitere Literatur zur KPD/SED: Broszat/Weber 1990, Keiderling 1993, ders. 1997, Herbst u.a. (Hg.) 1997; Podewin/Teresiak 199; Malycha 1996b. Für die SPD: Malycha 1993, Bouvier 1991, dies. 1996, Hurwitz 1997.

Für die CDU: Wilde 1998; Richter/Rissmann (Hg.) 1995. Für die FDJ: Mählert 1995.

Für die bürgerlichen Parteien insgesamt: Fröhlich (Hg.) 1994; Wentker 1999, S. 188-214

<sup>63</sup> van Melis 1999, Kappelt 1997, Schwabe 1994, Rößler 1994, Wille 1993, Eckart 1991.

Die umfassendste Arbeit von DDR-Historikern zur Entnazifizierung in der SBZ ist die Dissertation von Wolfgang Meinicke. Meinicke veröffentlicht davon 1984 in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ einen Aufsatz, der 1991 von Rainer Eckert, Alexander von Plato und Jörn Schüttrumpf neu herausgegeben wurde. Vgl. Eckert u.a. (Hg.) 1991, S. 33-52.

<sup>64</sup> Weber (Hg.) 1982; Erler u.a. (Hg.) 1994; Schroeder (Hg.) 1994 .

<sup>65</sup> Arendt 1955; Backes, Jesse 1992; Jesse 1994; Meuschel 1992; Sywottek 1993; Glæßner 1995.

<sup>66</sup> Zur Stalinisierung der KPD/SED vgl. Malycha 1996b; ders. 2000.

<sup>67</sup> Im August hatte die KPD bereits 148 834 Mitglieder und im Oktober 1945 stiegen die Zahlen auf 248 817 Mitglieder. Vgl. Benser 1985, S. 276; Braun 1999, S. 163-187.

Die Interpretation der sowjetischen Deutschlandpolitik als „Sowjetisierung“, „Stalinisierung“ oder „Bolschewisierung“ verdecken außerdem die Absichten aller Alliierten, Deutschland zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren und zu demokratisieren. Auch die sowjetische Besatzungsmacht trat offiziell mit der Option der Demokratisierung ihres Besatzungsgebiets an die Öffentlichkeit, die sich beispielsweise in dem Wiedereinsetzen der Gesetze der Weimarer Republik und einer scheinbar pluralistischen Gesellschaft, vertreten durch vier Parteien, widerspiegeln sollte. Da diese Maßnahmen jedoch auch als Normalisierung des Nachkriegslebens gewertet werden können, ist die Art und Weise der Demokratisierung durch die sowjetische Besatzungsmacht noch immer unklar, die von der westlichen Welt in der Regel als „Stalinisierung“ bzw. „Sowjetisierung“ wahrgenommen wird. Das hängt offenbar mit den unterschiedlichen Demokratieverständnissen zwischen westlicher Welt und Sowjetunion zusammen. Die Amerikaner und Briten verstanden die Demokratisierung nicht als Herrschaftsform, sondern als Methode, d.h. die Menschen sollten Demokratie im Alltag praktizieren, so demokratische Regeln einüben und Kompromisse finden. Wesentliche Merkmale dieses Demokratieverständnisses bestehen u.a. in der Garantie bürgerlicher Grundrechte und dem rechtsstaatlichen Schutz des einzelnen vor staatlicher Willkür, in Partizipationsrechten sowie im Wahlrecht.<sup>68</sup>

Die Sowjets und die aus Moskau kommenden deutschen Exil-Kommunisten, obzwar sie kaum Erfahrungen mit demokratischen Spielregeln hatten, planten hingegen, der deutschen Bevölkerung in ihrer Zone Demokratie „von oben“ her zu geben, indem sie bestimmten, was demokratisch sei. Ausgehend von der Übersetzung aus dem Griechischen proklamierten sie die „Herrschaft, der Mehrheit, der Vielen“ als die „Herrschaft des Volkes“. Damit versuchten sie, nicht nur die Interessen der Arbeiter zu artikulieren, sondern auch die der Angestellten und anderer Berufsgruppen. Die von der Exil-KPD verbreitete Propaganda, dass die Herrschaft künftig vom Volk ausgehen sollte, kaschierte geschickt das traditionelle Demokratie-Verständnis, nach dem die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht und durch das Volk selbst ausgeübt wird, das damit seine eigenen Interessen vertritt. Die Exil-KPD griff nur wenige demokratische Kriterien auf, wie das Grundrecht auf Privateigentum und Meinungs- und

---

<sup>68</sup> Vgl. Nohlen u.a. (Hg.) 1998, S. 112.



Religionsfreiheit. Außerdem schien sie geglaubt zu haben, es genüge, eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie zu proklamieren und dafür Teilkriterien, wie beispielsweise vier Parteien, formal zu übernehmen. Doch Selbstständigkeitsbestrebungen einzelner politischer Gruppen, wie anfangs der Antifa, dann der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien, wurde durch eine geschickte Integrationspolitik bei gleichzeitiger rigider Personalpolitik Einhalt geboten. Hauptmerkmal dieser „Nachkriegsdemokratie“ in der SBZ war der proklamierte Antifaschismus<sup>69</sup>, dem sich alle Politiker oftmals aus dem politischen Verantwortungsgefühl heraus beugten.

Die Exil-KPD musste auf die bürgerlich-parlamentarische Demokratie verweisen, weil sie nach Kriegsende ihre Machtansprüche nicht sofort anmelden konnte. Lenin zufolge hielt die bürgerlich-parlamentarische Demokratie die besten Voraussetzungen für eine Machtübernahme durch die Kommunisten bereit, deshalb beugten sich die deutschen Kommunisten den sowjetischen Interessen, mit dem Ziel, diese bürgerlich-parlamentarische Demokratie so zu gestalten - indem sie „demokratisierte“ - dass sich die Machtübernahme durch die Exil-Kommunisten gesetzmäßig ergebe.

Doch zuerst werden die sowjetischen Interessen für die Nachkriegszeit und für Deutschland untersucht, um ein Erklärungsmodell für die sowjetische Nachkriegspolitik in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu finden.

---

<sup>69</sup> Werner Müller spricht von einer „antifaschistischen Demokratie“. Vgl. Müller 1998, S. 207.

## 1 Deutschlandpolitische Planungen der Sowjetunion und der Führung der Exil-KPD

Zunächst werden die deutschlandpolitischen Planungen der sowjetischen Staatsführung und der Exil-Führung der KPD erörtert. Diese Notwendigkeit ergibt sich, um im empirischen Teil mögliche Diskrepanzen zwischen den Planungen und der tatsächlich praktizierten Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und der Exil-KPD aufzeigen zu können.

Die kommunistischen Parteien Europas waren 1919 der Komintern beigetreten, die aufgrund der revolutionären Ereignisse in Russland von der WKP(B) dominiert wurde. Es soll untersucht werden, ob die politische Führung der Sowjetunion und die KPD im Mai 1945 auf politische Konzepte der zwanziger und dreißiger Jahre zurückgriffen, die sich in irgendeiner Weise immer auch zum Faschismus/Nationalsozialismus positionierten.

Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 trat die sowjetische Führung drei Monate später in ein Militärbündnis mit den USA und Großbritannien. Damit stellt sich die Frage, ob sich die Alliierten auf ihren Konferenzen, die der Koordinierung ihrer militärischen Aktionen und der Vorbereitung einer dauerhafteren Friedensregelung dienen sollten, auf Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Behandlung des besiegten Deutschlands einigen konnten und wie sie das gesellschaftspolitische Nachkriegsleben zu gestalten beabsichtigten, zumal die Entscheidungen von Jalta offensichtlich eine Wende in der sowjetischen Deutschlandpolitik nach sich zogen.

Die deutschlandpolitischen Planungen der Exil-KPD waren eng mit den Ansichten der Sowjetunion verbunden, wozu Georgi Dimitroff<sup>1</sup> die exilierte KPD-Führung im Frühjahr 1944 aufgefordert hatte. Eine direkte Unterstellung der deutschen Polit-Emigranten unter die sowjetischen Interessen ist also nahe liegend. Im Folgenden sollen die KPD-Nachkriegsplanungen untersucht werden, die Hinweise zu jener Organisationsform enthalten, die nach Kriegsende energisch bekämpft wurde: zu den Ausschüssen.

---

<sup>1</sup> Georgi Dimitroff (1882-1949), 1902 Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, 1919 Bulgarische KP, 1924 Kandidat des EKKI, 1929 Leiter des Westeuropäischen Büros der KI in Berlin, 1933 Verhaftung unter Beschuldigung der Reichstagsbrandstiftung und Freispruch im Reichstagsbrandprozess in Leipzig, 1934 Ausreise in die UdSSR, 1935 Generalsekretär der KI, 1943 nach KI-Auflösung Leiter des Informationsbüros beim ZK der KPdSU(B), November

Nach Jalta beschloss die sowjetische Führung, je drei Gruppen von KPD-Funktionären zur Unterstützung der Roten Armee in die sowjetische Zone zu entsenden. Daher agierte die „Moskauer“ KPD nach der Kapitulation der Wehrmacht als Bindeglied zwischen der Besatzungsmacht und der deutschen Bevölkerung. In dieser Funktion musste sie immer die Balance zwischen beiden Seiten halten, sich der allgemeinen sowjetischen Außenpolitik unterordnen und trotzdem gegenüber dem deutschen Volk eine eigenständige Haltung einnehmen, um Autorität und Handlungslegitimation aufzubauen sowie eigene Interessen durchzusetzen.

Es greift meiner Meinung nach zu kurz, das gesamte Handeln der remigrierten Kommunisten als Taktikspiele zu beschreiben bzw. ihnen die Verantwortung für ihr Auftreten und für Entscheidungen abzunehmen, indem man sie schlicht zu Gehilfen der sowjetischen Besatzungsmacht degradiert. Vor allem die KPD-Aussagen über die Volksausschüsse werden Eigeninteressen der KPD-Führung erkennen lassen.

## 1.1 Die Einheits- und Volksfrontkonzepte der Komintern

### 1.1.1 Politische Reaktionen der Komintern und ihrer Sektionen auf den Faschismus/Nationalsozialismus

Nachdem die sozialdemokratisch geprägte II. Internationale im Ersten Weltkrieg versagt hatte, gründeten im März 1919 die von Lenin geladenen Vertreter sozialistischer und kommunistischer Parteien in Moskau die III. Internationale.<sup>2</sup> Erklärtes Ziel der Kommunistischen Internationale oder Komintern, wie die III. Internationale ebenfalls bezeichnet wurde, war die Weltrevolution nach sowjetischem Vorbild.

Mit dem Faschismus setzten sich die Sektionen der Komintern bis zu Hitlers Machtantritt konzeptionell kaum auseinander, auch wenn der Antifaschismus „seit Beginn der zwanziger Jahre ein Grundelement des Kommunismus und der

---

1945 Rückkehr nach Bulgarien, 1946 Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien. Vgl. Keiderling 1993, S. 111 f; Dimitroff 2000.

<sup>2</sup> Lenin hatte schon 1917 die Errichtung einer neuen Internationale gefordert, die betont im Gegensatz zur II. Internationale stehen sollte. Dieser war es 1914 nicht gelungen, den Ersten Weltkrieg zu verhindern, weil sich die meisten Sozialdemokraten hinter ihre jeweiligen

Arbeiterbewegung“ war.<sup>3</sup> Der Faschismus wurde lediglich als eine Spielart der Demokratie und somit als eine von vielen Formen der Diktatur des Kapitals verstanden.<sup>4</sup> Deshalb konzentrierten sich die kommunistischen Parteien zunächst auf einen Sturz der parlamentarischen Demokratien durch eine Weltrevolution. Diese sollte 1923 „auf dem Höhepunkt der Nachkriegskrise“ durch die „deutsche Revolution“ ausgelöst werden, daraufhin „den revolutionären Umbruch in Mittel- und Westeuropa einleiten und die Isolierung der Sowjetunion durchbrechen.“<sup>5</sup> Dafür wurde bis 1923/24 das Konzept der Einheitsfront propagiert. „Ziel war die Herstellung einer punktuellen oder dauerhaften Aktionseinheit der heterogenen Arbeiterbewegung und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Fraktionen im nationalen und internationalen Rahmen.“<sup>6</sup> Eine Grundvoraussetzung war „die uneingeschränkte Freiheit der gegenseitigen Kritik aller beteiligten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bzw. Arbeiterparteien“.<sup>7</sup> Die so verstandene Einheitsfront, die sich gleichzeitig gegen die verhärteten Organisationsstrukturen der Sozialdemokraten richtete, sollte vor allem eventuelle Koalitionen mit bürgerlichen Parteien und Organisationen ausschließen.

Nachdem jedoch der Oktoberaufstand 1923 in Deutschland<sup>8</sup> und damit einhergehend die kommunistische Weltrevolution<sup>9</sup> abgesagt worden waren, wurde das Konzept der Einheitsfront zwar formell beibehalten, jedoch nicht mehr praktiziert. Stattdessen distanzierten sich die Kommunisten mehr und mehr von den Sozialdemokraten. Höhepunkt dieser Entwicklung war die 1928/29 publizierte „Sozialfaschismus“-These, nach der die Sozialdemokraten zum Hauptfeind der Kommunisten avancierten, indem sie als „Steigbügelhalter“ des Faschismus bezeichnet wurden.<sup>10</sup> Das bedeutete eine

---

Regierungen gestellt hatten. Lenin kritisierte vor allem, dass nationale Bindungen der Mitglieder der II. Internationale stärker gewirkt hatten als die Klassenzugehörigkeit.

<sup>3</sup> Bayerlein 1996, S. 107.

<sup>4</sup> Furet 1998, S. 274.

<sup>5</sup> Bayerlein 1996, S. 108.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 106.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Abgesehen von den versehentlich begonnenen und fehlgeschlagenen Erhebungen in Hamburg.

<sup>9</sup> Die KPD konnte sich mit dieser Absage nur schwer abfinden. In ihren Programmen vertrat sie noch bis 1928 die Idee der Weltrevolution.

<sup>10</sup> Stalin hatte dabei den Kampf gegen die Menschewiki innerhalb der Sowjetunion auf die internationale Situation übertragen. Ebenda, S. 110.

endgültige Absage an die Einheitsfront und an eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, die bis 1933 nicht revidiert wurde.<sup>11</sup> Politisch bewirkte dieser Standpunkt die weitgehende Isolierung der europäischen Kommunisten von anderen Parteien. Diese Isolation wurde dadurch verstärkt, dass Stalin als Lenins Nachfolger die Komintern sukzessiv für seine Interessen vereinnahmte, die hauptsächlich im Schutz seiner innenpolitischen Macht und in der Beeinflussung anderer kommunistischer Parteien bestanden. 1933 waren die Sektionen der Komintern deshalb mit der Konzeption des „Sozialismus in einem Lande“ beschäftigt, das im eigentlichen Sinne die defensive „Verteidigung der Sowjetunion“ beinhaltete.<sup>12</sup> Diesem Ziel, das den Mittelpunkt aller kommunistischen Betrachtungen bildete, ordnete sich auch die Faschismusfrage unter. So wurde die Komintern von der nationalsozialistischen Machtübernahme und deren Folgen überrascht, denn damit waren der wichtigste Bundesgenosse im defensiven Verteidigungskonzept, die KPD, und „das gesamte deutsch-russische Netzwerk sozialer, kultureller, wissenschaftlich-technischer Einrichtungen, Verbindungen und Organisationen (...) akut bedroht.“<sup>13</sup> Nicht nur die deutsche Sektion der Komintern, sondern auch die französische, spanische und die einiger osteuropäischer Länder waren über den Machtantritt Hitlers schockiert, was einen starken antifaschistischen Reflex nach sich zog. Auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 korrigierte Dimitroff die bisherige Faschismus- und Nationalsozialismus-Einschätzung. Er definierte den Faschismus nun als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ und den Nationalsozialismus als die „reaktionärste Spielart des Faschismus“.<sup>14</sup> Die Komintern erfasste jedoch nur den Teil der nationalsozialistischen Ideologie, der auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Konzentrationslager und den Krieg gegen die

---

<sup>11</sup> Zwar waren nach Komintern-Vorgaben noch Einheitsfrontaktionen „von unten“, d.h. an der unmittelbaren Basis erlaubt, doch sie blieben für die Bündelung antifaschistischer Kräfte weitgehend bedeutungslos. Ebenda, S. 111.

<sup>12</sup> Defensiv war dieses Konzept deshalb, weil sich die Aktionen der Kommunistischen Parteien, vor allem der KPD, auf Wohlverhalten gegenüber der NSDAP sowie in diversen, jedoch in ihrer Wirkung beschränkten Sabotageakten ausgerichtet war. Auch in der Diplomatie verhielt sich die sowjetische Außenpolitik weitgehend konzilient. Ebenda, S. 113.

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup> Meuschel 1992, S. 29.

Sowjetunion zielte.<sup>15</sup> Die Kommunisten unterschieden jetzt zwischen liberaler Demokratie und Faschismus; was Koalitionen mit Hitlergegnern, die aus allen gesellschaftlichen Schichten kamen, innerhalb der Volksfront ermöglichte.<sup>16</sup> Das Konzept der Einheitsfront wurde 1935 qualitativ zur Volksfront erweitert, in dem die kommunistischen Parteien nun in größere demokratische Blöcke eintreten sollten, die sie bisher abgelehnt hatten.<sup>17</sup> Die Notwendigkeit derartiger Koalitionen wurde durch den Verweis auf den Antifaschismus unterstrichen und legitimiert. Da das Volksfrontkonzept nicht im Widerspruch zur Einheitsfront stand, vertraten die Sektionen der Komintern künftig die „Politik der Einheits- und Volksfront“.<sup>18</sup>

Auch die KPD hatte das Konzept der Volksfront auf der Brüsseler Konferenz im Oktober/November 1935 angenommen.<sup>19</sup> Fortan galt es, alle deutschen Hitlergegnern in einer überparteilichen Vereinigung zusammenzufassen und das antifaschistische Potential zur Wiederherstellung ähnlicher politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse wie in der Weimarer Republik zu fokussieren. Mit dem Eintreten für die Wiedereinführung bürgerlich-demokratischer Freiheiten aus der Weimarer Republik wollte die KPD Bevölkerungsmehrheiten für ihre eigenen Ziele mobilisieren. Statt einer Weltrevolution wurde der Sturz Hitlers zum Hauptanliegen und daran anschließend eine mögliche Regierungsbeteiligung in einer „demokratischen Republik“<sup>20</sup>, deren Initiatoren die Einheits- und Volksfront sein sollte<sup>21</sup>. Diese Vorstellungen bekräftigte die KPD 1939 auf der Berner Konferenz noch einmal: Eine breite Volkserhebung sollte Hitler stürzen und „die revolutionär-demokratische Herrschaft der Arbeiter und Bauern begründen, die keine

---

<sup>15</sup> Die rassenideologischen Elemente blieben deshalb unberücksichtigt, weil den Kommunisten die Rassentheorie der Nationalsozialisten und deren Theorie fremd waren, „das in der Natur herrschende Recht des Stärkeren auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen“. Vgl. Luks 1996, S. 78.

<sup>16</sup> Zurückzuführen ist dieses Aktionsbündnis der Mitte auf die Erfahrungen „des erfolgreichen gemeinsamen Widerstands französischer Kommunisten, Sozialisten und linksbürgerlicher Radikaler gegen den Februar-Putsch rechtsextremistischer Elemente in Paris. Vgl. Stern, 1963, S. 82.

<sup>17</sup> Sywottek unterscheidet zwischen einer von den Kommunisten geführten Volksfront als Massenbewegung, ein Konzept, das 1935 und 1938/39 vertreten wurde, und der Volksfront als Koalition aller Parteien, wie das Konzept 1936/37 verstanden wurde. Vgl. Sywottek 1971, S. 153.

<sup>18</sup> Bayerlein 1996, S. 114.

<sup>19</sup> Sywottek 1971, S. 37 ff, Staritz 1976, S. 44 ff.

<sup>20</sup> Sywottek 1971, S. 42.

<sup>21</sup> Staritz 1976, S. 47.

Diktatur des Proletariats sei und auch Kapitalisten und Großbauern einbeziehen werde“.<sup>22</sup>

Zahlreiche sozialistische Organisationen nahmen das Volksfront-Konzept positiv auf, mussten sie doch ebenfalls auf den Machtantritt Hitlers reagieren. Unabhängig von der proklamierten Volksfront der Kommunisten, bemühten sie sich um eine Rückkehr zur Einheitsfrontpolitik. Vor allem die Parteien der Sozialistischen Internationale waren zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit.<sup>23</sup> Volksfrontaktionen waren in Spanien (1934-1936) und Frankreich (1936-1938) erfolgreich, teilweise auch in der Tschechoslowakei und in Belgien, wobei die kommunistischen Parteien nicht immer von Anfang an die Hauptakteure waren. In Frankreich erreichten die Kommunisten 1936 sogar eine Regierungsbeteiligung.<sup>24</sup> In Deutschland hingegen war die seit 1933 im Untergrund tätige KPD in den dreißiger Jahren wegen der „Sozialfaschismus-These“ politisch noch immer isoliert. Den nach Paris emigrierten Kommunisten gelang es deshalb nicht, eine erfolgreiche Volksfrontpolitik zu betreiben.<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> Um noch einmal zu unterstreichen, dass der KPD auch 1939 keine Diktatur des Proletariats vorschwebte, versprachen die Berner Beschlüsse wie schon vorher die der Brüsseler Konferenz die Zusicherung von Glaubens- und Gewissensfreiheit als zwei der Grundvoraussetzungen für ein liberales Demokratieverständnis. Mocek 1995b, S. 178.

<sup>23</sup> Bayerlein 1996, S. 115.

<sup>24</sup> Sywottek 1971, S. 63 ff ;Bayerlein 1996, S. 115; Furet 1998, S. 409.

<sup>25</sup> Der Versuch einer Einheitsfront zwischen KPD und einem Teil des nach Prag emigrierten SPD-Vorstands scheiterte am Misstrauen der Sozialdemokraten gegenüber den kommunistischen Einheitsfront- und Demokratievorstellungen.

In Paris hingegen kam es 1937 zu einem Arbeitsausschuss, in dem emigrierte parteilose Bürgerliche und Intellektuelle, Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der KPD und Sozialdemokraten, auch wenn letztere nicht ihre Partei vertraten, zusammenarbeiten wollten. Das versuchte Miteinander im Kampf gegen Hitler scheiterte zum einen an den unterschiedlichen Demokratievorstellungen bürgerlicher und sozialdemokratischer Vertreter und denen Ulbrichts, der vor allem am Führungsanspruch seiner Partei festhielt, so dass ihm Nichtkommunisten vorwarfen, eine eigene, ihm unterstehende Volksfront initiieren zu wollen. Ein weiterer Grund für das Scheitern lag in den Forderungen der SAP, die wesentlich weitreichender waren als die der KPD, und somit von dieser Seite Gefahr für den kommunistischen Führungsanspruch drohte.

Diese Gründung stellte im Gegensatz zu den Arbeiter- und Soldatenräten von 1918/19 keine Basisinitiative dar. Es handelte sich auch eher um ein Bündnis der Einheits- als der Volksfront, da die parteilosen Bürgerlichen und Intellektuellen vermutlich links standen. Ein weiteres Problem war, dass dieser Arbeitsausschuss außerhalb des eigenen Landes ins Leben gerufen wurde und somit nahezu losgelöst von Volk und Heimat versuchte, tätig zu werden. Er hätte bei einer erfolgreichen Kompromissfindung unter allen Beteiligten und einer anschließenden fruchtbringenden Politik nach seiner Rückkehr nach Deutschland vor allem bei der Bevölkerung um Rückhalt werben müssen. Einzige Legitimationsgrundlage bildete der Wille zum Antifaschismus, der die Basis für dieses erste Zusammenkommen darstellte. Wie die Auflösung dieses Arbeitsausschusses jedoch belegt, war die Klammer „Antifaschismus“ 1937/38 für gemeinsame Aktionen aller Hitlergegner noch nicht bindend genug. Außerdem ist davon auszugehen, dass die KPD-Führer und viele ihrer Mitglieder den Volksfrontkurs nicht verstanden oder ihn sogar völlig ablehnten.

Eine grundlegende Revision erfuhr die Volksfrontpolitik nach dem im August 1939 geschlossenen Hitler-Stalin-Pakt<sup>25</sup>. Schon seit dem Frühjahr 1939 wurde wieder mehr ein von möglichen politischen Partnern isoliertes Vorgehen der kommunistischen Parteien propagiert. Mit dem sogenannten Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion verlagerte sich die kommunistische Ideologie wieder auf den allgemeinen Kampf gegen den „Imperialismus“, womit die 1935 vorgenommene Trennung zwischen faschistischen, imperialistischen und demokratischen Regierungen erneut aufgehoben wurde. Für die nationalen kommunistischen Parteien bedeutete dies, dass sie erneut innerhalb ihrer Länder gegen die eigenen Regierungen und gegen den sich abzeichnenden Krieg tätig werden sollten.<sup>26</sup> Die KPD schloss sich widerspruchslos der von der Komintern vorgegebenen Agitation an, womit sie ihre Mitglieder innerhalb Deutschlands ein weiteres Mal isolierte und potentiellen politischen Partnern ihre Abhängigkeit von der Komintern bzw. der WKP(B) verdeutlichte.

Ein Grund für die widerspruchslose Hinnahme des Hitler-Stalin-Pakts von Seiten der Komintern und der KPD lag in den Erfahrungen der Säuberungspolitik Stalins, die 1934 mit der Ermordung Kirows begonnen und 1937/38 mit den Schauprozessen gegen Mitglieder der KPdSU ihren Höhepunkt erreicht hatte.<sup>27</sup> Ausgangspunkt für den „Großen Terror“, dem fünf Prozent der sowjetischen Bevölkerung zum Opfer fielen, war, „dass der Stalinsche Machtzirkel die radikal destruierte und kollektivierte Gesellschaft zwar beherrschte, aber noch immer nicht steuern konnte.“<sup>28</sup> Der „Große Terror“ richtete sich vor allem gegen den eigenen Partei- und Staatsapparat. So wurde 1936/37 „die 1917 zur Macht gekommene und im Laufe der Zwanziger schon völlig umgewälzte Partei der Bolschewiki im Zuge der Säuberungen der

---

Vgl. Staritz 1976, S. 47 ff; Stern 1963, S. 88 ff; Sywottek 1971, S. 70 sowie zur SAP Sandvoß, 1994, S. 81; Bayerlein 1996, S. 117.

<sup>25</sup> Bayerlein verweist darauf, dass Trotzki schon 1933 ein deutsch-russisches Abkommen nicht ausschloss, weil mit dem Verbot der KPD 1933 zahlreiche deutsch-russische Einrichtungen sozialer, kultureller und wissenschaftlicher Art weggebrochen waren. „Was lag im Rahmen der Stalinschen Logik und Defensivstrategie näher, als ein Bündnis mit Hitler anzustreben?“ Vgl. Bayerlein 1996, S. 113; Furet 1998, S. 410; Koenen 1998, S. 301 ff.

<sup>26</sup> Sywottek 1971, S. 101 ff, Furet 1998, S. 409 f.

<sup>27</sup> Weber/Mählert 1998; Koenen 1998; Wehner 1996.

<sup>28</sup> Koenen 1998, S. 215.



dreißiger Jahre weitgehend *ausgelöscht* und *neu konstituiert*.<sup>29</sup> Einen ähnlichen Personalaustausch verzeichnete die Stalinsche Regierung.<sup>30</sup> Damit einher ging die weitgehende Vernichtung der Komintern und der Moskauer Vertretungen der Mitgliedsparteien. Ein Grund für die Säuberung der Komintern, die noch von Altbolschewiki wie Sinowjew und Radek geführt wurde, lag offensichtlich in ihrer Haltung zum Spanischen Bürgerkrieg. Sie forderten die Aufgabe der Nicht-Interventionspolitik, der sich die sowjetische Führung im Juli 1936 angeschlossen hatte, sowie eine „grundsätzliche Erneuerung des revolutionären Marxismus“.<sup>31</sup> Deshalb wurde den Altbolschewiki der Verrat an der Volksfront vorgeworfen: „Wer die Volksfront nicht als taugliches antifaschistisches Mittel ansehe, mache notwendigerweise mit dem Faschismus gemeinsame Sache“.<sup>32</sup>

Die inzwischen verbotenen kommunistischen Parteien Osteuropas waren besonders von den Säuberungen betroffen. „Nahezu alle historischen Führer der ungarischen, polnischen und jugoslawischen Partei, die sich in Moskau aufhielten, kamen dort um.“<sup>33</sup> Im April 1938 befanden sich mehr als 70 Prozent der im sowjetischen Exil lebenden deutschen Kommunisten in Haft. Die von der Tschistka<sup>34</sup> nicht erfassten Funktionäre wurden in der Regel angehalten, in den eigenen Reihen aufmerksam auf Spione und Konterrevolutionäre Acht zu geben.<sup>35</sup> Somit kursierte die ständige Angst, der Tschistka ebenfalls als Volksfeind oder westlicher Spion zum Opfer zu fallen. Diese Säuberung zog vor allem die bedingungslose Unterordnung unter sowjetische Forderungen nach sich.

Stalin ließ die Komintern nicht nur personell säubern, sondern beschnitt spätestens seit ihrem VII. Weltkongress 1935 ihre Kompetenzen. 1939 stellte sie nicht mehr als eine „Koordinierungsstelle“ für eine erklärtermaßen

---

<sup>29</sup> Nahezu drei Viertel der Delegierten des 1934 abgehaltenen Parteitags der KPdSU, sämtlicher Parteisekretäre der mittleren und unteren Kaderebene und des ZK des Komsomol wurden ausgewechselt. Koenen 1998, S. 224 f.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 225 ff.

<sup>31</sup> Bayerlein 1996, S. 118.

<sup>32</sup> Dies war die Argumentation der Stalinschen Richter. Vgl. Ebenda.

<sup>33</sup> Koenen, S. 250.

<sup>34</sup> Tschistka (russ.: „Säuberung“)

<sup>35</sup> Eine Erklärung für das radikale Vorgehen gegen die Mitglieder der europäischen Sektionen der Komintern wäre, dass Stalin sich vor den mit den aus Westeuropa kommenden Emigranten „osmotischen Einflüssen“ der bürgerlich-kapitalistischen Welt fürchtete, denn obwohl die sowjetischen Kommunisten propagandistisch dem Internationalismus huldigten, war kaum einer ihrer Führer jemals im Ausland gewesen. Koenen, S. 216.

freiwillige und kritiklose Übernahme sowjetischer Politikinteressen dar.<sup>36</sup> Mit dem Beginn des Krieges in Europa, der in den meisten Ländern wegen ihrer Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt ein Verbot der kommunistischen Parteien nach sich zog, waren zahlreiche kommunistische Funktionäre nach Moskau emigriert. Damit verlor die Komintern weiter an Bedeutung, denn nun waren hohe Exilfunktionäre vor Ort, die interne Arbeiten, Instruktionen und Interpretationen sowjetischer Politik übernehmen konnten.

### 1.1.2 Die kommunistische Volksfrontstrategie nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wurden alle Erklärungsversuche kommunistischer Parteien zum Hitler-Stalin-Pakt und die damit zusammenhängende Zurückhaltung antifaschistischer Propaganda obsolet. Hatte Stalin bis 1941 kaum Interesse daran gezeigt, dass die kommunistischen Parteien in den von Hitler besetzten Ländern entsprechend der Volksfrontkonzepte von 1935 politische Bündnispartner suchten, so erklärte Dimitroff nach einem Gespräch mit Molotow auf einer Komintern-Sitzung am 22. Juni 1941: „In allen Ländern, die von deutschen Truppen besetzt seien, müßten ´nationale Befreiungsbewegungen gegen den Faschismus´ und in Deutschland selbst müßte der antifaschistische Kampf organisiert werden.“<sup>37</sup> Weiter führte der Kominternvorsitzende aus, dass es nun weder um den Sturz des Kapitalismus in den einzelnen Ländern noch um die Weltrevolution ginge, sondern um den Kampf für die nationale Freiheit, der durch den Krieg ein Kampf gegen Hitler wurde. Rückgreifend auf die Volksfrontidee von 1935 sollten „jene Kreise der Kleinbourgeoisie, der Intelligenz und der Bauernschaft“ in diesen Kampf, der nun von den Kommunisten geführt werden müsse, einbezogen werden, „die ehrlich hinter der nationalen Befreiungsbewegung stehen“.<sup>38</sup> Dimitroff propagierte im Kampf gegen den deutschen Faschismus einheitliche nationale Fronten aller Kriegsgegner unabhängig ihrer politischen Richtung. Ferner wies er darauf hin,

---

<sup>36</sup> Sywottek 1971, S. 101.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 112.

<sup>38</sup> Ebenda.

dass die Kommunisten die Frage ihrer Führung in der besagten nationalen Front nicht stellen müssten.<sup>39</sup> Diese Weisung des Kominternvorsitzenden hatte, wie noch gezeigt werden wird, offenbar bis 1945 und darüber hinaus Gültigkeit.

Zu den letzten Maßnahmen der Komintern hatte es offensichtlich gehörte, Propagandarichtlinien und Organisationsformen für die nationalen Befreiungsbewegungen vorzubereiten. Nach Abschluss dieser Vorbereitungen und nachdem die für die einzelnen Länder propagierten nationalen Befreiungsbewegungen organisatorische Formen angenommen hatten<sup>40</sup>, wurde die Komintern 1943 aufgelöst und somit das innerkommunistische Bündnis zugunsten der Volksfront aufgegeben. Auf internationalem Terrain war Stalin schon im Oktober 1941 in die Anti-Hitler-Koalition eingetreten. Mit der Auflösung der Komintern signalisierte er den alliierten Bündnispartnern, dass auch er im Kampf gegen Hitler nationale Interessen vertrat und ursprünglich kommunistische Ziele einer Weltrevolution vollständig in den Hintergrund traten.<sup>41</sup>

Die kommunistischen Parteien erhielten nach der Auflösung der Komintern die Anweisung, gemeinsam mit den Hitlergegnern ihrer Nation in der Sowjetunion bzw. den von Deutschland besetzten europäischen Staaten nationale antifaschistische Komitees<sup>42</sup> zu konstituieren, sich nach Möglichkeit, den jeweiligen nationalen Widerstandsbewegungen anzuschließen und „Nationale Aufstände“ gegen die Deutschen vorzubereiten.<sup>43</sup> Diese antifaschistischen Komitees sollten jedoch keine rein kommunistischen Organisationen sein, sondern – entsprechend der Volksfront – angesehen

---

<sup>39</sup> Unklar ist, ob sich diese Frage aufgrund des kommunistischen Selbstverständnisses nicht stellte oder ob sie dem taktischen Kalkül der Integration breiter Volksschichten folgte. Vgl. Lebedeva/Narinskij 1998, S. 115 f.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 113; Diepenthal 1974, S. 15.

<sup>41</sup> Furet 1998, S. 417 und S. 437; Diner 1999, S. 125.

<sup>42</sup> So gründeten Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs und Charles de Gaulle am 3. Juni 1943 das Französische Komitee zur Nationalen Befreiung. In Italien wurde das Nationale Befreiungskomitee im September 1943 gegründet, in dem sowohl Kommunisten und Sozialisten als auch Bürgerliche und Christdemokraten zusammenarbeiteten.

Es soll nicht ausgeschlossen werden, dass die Weisung zur Bildung von Nationalen Befreiungskomitees von den Sowjets aufgenommen wurde, nachdem Tito in Jugoslawien mit dem im November 1942 gegründeten Antifaschistischen Volksbefreiungskomitee die deutschen Okkupationstruppen erfolgreich bekämpfte.

<sup>43</sup> So trat die KPF beispielsweise in ein Bündnis mit de Gaulle ein, und die tschechischen Kommunisten schlossen sich dem bürgerlichen Widerstand, der vor allem von Intellektuellen dominiert wurde, an. Fetjő 1972, S. 101, Volk 1984.

antifaschistisch eingestellte Kriegsgefangene integrieren<sup>44</sup> bzw. auf nationaler Ebene mit nichtkommunistischen Widerstandsgruppen zusammenarbeiten.<sup>45</sup> Die Betonung, dass ausschließlich nationale antifaschistische Komitees zu gründen seien, unterstrich noch einmal die Aufgabe dieser Organisationen, die auf die Befreiung ihres Landes von der deutschen Wehrmacht zielten und damit die Sowjetunion unterstützen sollten.

Die „Nationalen Aufstände“, die zum Sturz Hitlers führen sollten, waren durch sogenannte Befreiungskomitees, in denen Vertreter verschiedener Widerstandsgruppen, Parteien und Gewerkschaften zusammenarbeiten sollten, vorzubereiten. Weitere Aufgaben bestanden darin, während der Aufstände die Macht neuer Lokalbehörden zu sichern und die neu eingesetzten Verwaltungen zu beraten.<sup>46</sup> Sie sollten jedoch nur der Wiederherstellung der politischen Strukturen, die vor der deutschen Okkupation existiert hatten, dienen; gesellschaftsverändernde Maßnahmen etwa nach sowjetischem Vorbild einzuleiten, wurde ihnen von sowjetischer Seite nicht zugestanden, auch sollte kein kommunistischer Führungsanspruch angemeldet werden. Denn im sowjetischen Interesse lagen die eigene Sicherheit und nicht die Weltrevolution.

Nach ähnlichen Kriterien begann auch das am 12./13. Juli 1943 gegründete Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zu arbeiten<sup>47</sup>, dass sich in der Folge in

---

<sup>44</sup> In Folge dessen kam es beispielsweise zur Gründung des „Verbandes polnischer Patrioten“ und am 12./13. Juni 1943 zur Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD). Zum NKFD: Weinert 1957; Sywottek 1971; Fetjō 1972, Niethammer u.a. 1976, Keiderling 1993, S. 112 f, Heider 1993, Scheurig 1995; Ueberschär 1995; Bungert 1997.

<sup>45</sup> Adubekow 1997, S. 200.

<sup>46</sup> Dies waren die Aufgabengebiete für die in Frankreich gegründeten Befreiungskomitees. (Vgl. Volk 1984, S. 102) Ähnliche Aufgaben formulierte Wilhelm Florin auf der KPD-Versammlung in Moskau am 20. Juni 1944, auf der er über „die gegenwärtige Lage in Deutschland und die sich daraus ergebenden Aufgaben“ referierte. Zuerst hob auch er die nun nötige Einheits- und Volksfront hervor, die durch Volksausschüsse unterstützt werden sollten. Die zum Sturz Hitlers notwendige Volkserhebung deklarierte er als den gemeinsamen „Volkskampf der in der nationalen Einheitsfront verbundenen Volksmassen aus allen Schichten des Volkes für die Demokratie“. Die nationale Einheitsfront sollte durch Volksausschüsse unterstützt werden, die in Stadt und Land Vertreter aller Bevölkerungsschichten vereinen und zusätzlich von Wehrmachtsgruppen, Betriebskampfgruppen, illegalen Parteigruppen und Organisationen Unterstützung erfahren sollten. Florin übertrug den Volksausschüssen die Aufgabe, „den zerbrechenden faschistischen Staatsapparat zunächst“ zu ersetzen, die Provisorische Regierung zu unterstützen sowie die Exekutivgewalt, um dringende Probleme zu lösen. Damit galten diese Volksausschüsse als die geeigneten Körperschaften, dem erwarteten Chaos bei Kriegsende zu begegnen. Vgl. Erler 1994, S. 188-197.

<sup>47</sup> Das Manifest beinhaltete einen Aufruf an die Wehrmacht und an das deutsche Volk, den Krieg zu beenden, Hitler zu stürzen und ein demokratisches Deutschland aufzubauen. (Vgl. Keiderling 1993, S. 113.) Um diese Ziele zu realisieren, warben führende Mitglieder des

einem Unterstellungsverhältnis zur GlawPURKKA befand.<sup>48</sup> In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die KPD-Führer von dieser Aufgabe erst erfuhren, als das Manifest des künftigen NKFD bereits formuliert war.<sup>49</sup> Möglicherweise war das die Antwort der WKP(B) darauf, dass die deutschen Exil-Kommunisten noch immer sektiererische Ansichten vertraten und sie auf diese Weise „erzogen“ werden sollten.<sup>50</sup> Die Hinzuziehung der GlawPURKKA<sup>51</sup>, die für die „Zersetzung der gegnerischen Heere“ zuständig war, gibt Aufschluss über die Funktion des geplanten Nationalkomitees. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten emigrierte KPD-Spitzenfunktionäre, die jedoch nicht in ihren Parteifunktionen auftraten, kommunistische Schriftsteller und Künstler, kriegsgefangene Soldaten sowie einige wenige

---

NKFD mit Aufrufen in der Zeitung des NKFD bzw. in Rundfunksendungen des Senders „Freies Deutschland“, illegale Ausschüsse analog der Bewegung „Freies Deutschland“ oder „Volksausschüsse“ zu gründen. Hauptaufgabe dieser Ausschüsse sollte es sein, den Widerstand in Deutschland gegen Nationalsozialismus und Krieg zu organisieren und die deutsche Volkserhebung, die zum Sturz Hitlers führen sollte, zu initiieren, um im Nachhinein ein demokratisches Deutschland aufzubauen. (Weinert 1957, S. 21, Ueberschär 1995, S. 267.) Pieck zufolge sollte das NKFD die Voraussetzungen für eine Volksfrontregierung schaffen und sich für die Erhaltung des Reiches einsetzen. Mit der Option auf eine Regierungsbildung stellte das NKFD bis Mitte 1944 für die sowjetischen Institutionen einen potentiellen Verhandlungspartner für einen möglichen Separatfrieden dar. Niethammer 1976, S. 199; Sywotek 1971, S. 141, Müller-Enbergs 1995, S. 100; Bernikow 1995, S. 113.

<sup>48</sup> Die KPD hatte offenkundig schon am 3. April 1943 einen „Vorschlag zur Bildung eines deutschen Komitees zum Kampfe gegen Hitler und Nazityrannei“ eingereicht. (Erler 1994, S. 64.) Unklar ist, ob dieser Vorschlag von Stalin aufgenommen wurde. Manuilskij, der der sowjetischen „Militärkommission angehörte, die wiederum die politische Arbeit der Roten Armee koordinierte, unterstützte den KPD-Vorschlag. Schtscherbakow, der Chef der GlawPURKKA, informierte ihn Ende Mai/Anfang Juni 1943 über die Genehmigung des NKFD. Vgl. Müller-Enbergs 1995, S. 94.

<sup>49</sup> Das Manifest des Nationalkomitees hatten Alfred Kurella und Rudolf Herrnstadt verfasst, zwei Journalisten bürgerlicher Herkunft und weniger bekannte KPD-Funktionäre. Beide hatten sich bereits während der Weimarer Republik wiederholt in der Sowjetunion aufgehalten und Arbeiten für Parteiinstitutionen der WKP(B) übernommen. Mit der Wahl beider Journalisten sollte offensichtlich unterstrichen werden, dass das NKFD keine rein kommunistische Organisation sei. Außerdem war es wohl auch eine Reaktion auf die gescheiterten Erfahrungen der Pariser Volksfront. „Beide hatten, aufgrund ihrer Abstammung, ein anderes Deutschlandbild als die KPD-Führung; geopolitische Gedankengänge waren ihnen nicht fremd(...) Beide boten somit für die Rote Armee u.a. die Gewähr, einen Neuanfang beim Werben um die deutschen Gefangenen wagen zu können, sowie eine pragmatische und nicht sektiererische Bündnispolitik verfolgen zu können“. Vgl. Müller-Enbergs 1995, S. 93-103, hier S. 97 f.

<sup>50</sup> Das belegt eine Mitteilung Dimitroffs vom Mai 1943. Vgl. Lebedeva; Narinskij 1998, S. 375.

<sup>51</sup> Die GlawPURKKA (Glawnoje Polititscheskoje Uprawlenije Rabotsche-Krestjanskoj Krasnoj Armii = Politische Hauptverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee) war eine Abteilung im ZK der WKP(B). Unmittelbar nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion wurde die 7. Abteilung aufgebaut, deren Aufgabe in der Propaganda und Gegenpropaganda bei den deutschen Soldaten an der Front und in den Kriegsgefangenenlagern bestand. Diese Abteilung bestimmte ferner den Einsatz der NKFD-Frontbevollmächtigten. Vgl. Keiderling 1993, S. 129, Naimark 1997, S. 26 ff.

Offiziere. Obwohl alle gesellschaftlichen Schichten repräsentiert waren, „fehlte bei der Gründung des Nationalkomitees die überragende militärische und zivile politische Prominenz“. Die Einbindung der militärischen Prominenz gelang erst mit der Gründung des Bundes Deutscher Offiziere.<sup>52</sup> Damit erinnerte das überparteiliche Nationalkomitee „eher an einen Arbeiter- und Soldatenrat“<sup>53</sup>. Ein organisatorischer oder politisch-ideologischer Führungsanspruch der KPD wurde nicht formuliert.<sup>54</sup>

Die Vertreter der kommunistischen Parteien, die sich nicht im sowjetischen Exil aufhielten, waren nur unzureichend über die sowjetischen Pläne informiert.<sup>55</sup> Dass es den Sowjets hauptsächlich um ihre eigene Sicherheit ging, wurde in den einzelnen europäischen Ländern mit relativ starken kommunistischen Parteien wie Frankreich oder Jugoslawien kaum wahrgenommen. Deshalb erweiterten sie die Funktionen der Befreiungskomitees nach ihren eigenen Vorstellungen. Nach Vorstellungen der KPF beispielsweise sollten die Befreiungskomitees den allgemeinen Widerstand organisieren und leiten. Ferner erarbeiteten sie für diese Befreiungskomitees einen Aktionsplan für den Nationalen Aufstand, „um dann bei der Befreiung die Macht zu übernehmen“.<sup>56</sup> Die Mitglieder der französischen Befreiungskomitees sollten das Personal der regionalen und lokalen Verwaltungen ernennen<sup>57</sup> und gemeinsam mit den Komitees der Nationalen Front bis zur Wahl einer neuen verfassungsgebenden Nationalversammlung als „Organe einer realen und tätigen Demokratie“ arbeiten.<sup>58</sup>

In Frankreichs zeigte sich, dass diese Befreiungskomitees und deren bewaffnete Gruppen<sup>59</sup> von der neuen Regierung de Gaulles nicht kontrollierbar waren und sich vor allem in Südfrankreich für eine politische und soziale

---

<sup>52</sup> Müller-Enbergs 1995, S. 100f.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 100.

<sup>54</sup> Sywottek 1971, S. 131.

<sup>55</sup> Die in ihren Ländern gebliebenen Kommunisten erfuhren über die sowjetischen Pläne und die Ziele ihrer Parteien nur durch sowjetische Rundfunksendungen, Kurierdienste und Flugblätter. Es ist davon auszugehen, dass die von den Kurierdiensten überbrachten Flugblätter aufgrund der Reisedauer oftmals schon nicht mehr aktuell waren, wenn die Kuriere an ihrem Bestimmungsort antrafen, sofern sie nicht mit Fallschirmen im Feindesland absprangen.

<sup>56</sup> Volk 1984, S. 103.

<sup>57</sup> Ähnliche Aufgaben hatten die jugoslawischen Volksbefreiungskomitees ausgeübt, die von sogenannten Antifa-Räten geleitet wurden, die wiederum nach Tito die einzig legalen jugoslawischen Regierungen seien. Fetjō 1972, S. 87.

<sup>58</sup> Vgl. Schuler 1973, S. 127 f.

<sup>59</sup> Das waren die sogenannten Patriotischen Milizen.

Revolution rüsteten. Zwar waren das eher Wunschvorstellungen einzelner kommunistischer Parteigänger, doch gelang es ihnen, eine Zeit lang neben den Behörden de Gaulles zu bestehen.

Aufgrund des alliierten Militärbündnisses und des Sicherheitsinteresses konnte die sowjetische Führung derartige Eigenmächtigkeiten der französischen Inlandskommunisten nicht dulden. Deshalb kehrte Maurice Thorez im November 1944 mit der Mission, die Befreiungskomitees aufzulösen, nach Frankreich zurück. Er verkündete damit die seit 1941 geltende sowjetische Politik, die angeblich auch im Interesse der französischen Kommunisten läge, dass der Hitlerfaschismus in Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften besiegt werden müsse. Die Auflösung der französischen Befreiungskomitees erfolgte im Januar 1945 über deren personelle Integration in die lokalen und regionalen Verwaltungen, und die „Patriotischen Milizen“ wurden in die militärischen Einheiten der neuen französischen Armee überführt.<sup>60</sup>

Auch die in Moskau lebenden deutschen Kommunisten hatten in ihren 1944 formulierten Programmen und den von ihnen redaktionell betreuten Rundfunkberichten des Senders „Freies Deutschland“ in diesem Zeitraum auf die Funktion der Volksausschüsse/Befreiungskomitees verwiesen, die, wenn ihre Gründung nicht aus dem Landesinneren gelang, von außen, durch Frontbevollmächtigte des NKFD, initiiert werden sollten.<sup>61</sup> Die Exil-Kommunisten riefen vor allem im Herbst 1944 über den Sender „Freies Deutschland“ zur Bildung von Volksausschüssen auf. Bis zum Jahreswechsel 1944/45 und vor allem ab Februar 1945 wurden diese Aufforderungen zunehmend allgemeiner und beschränkten sich auf Sabotage und Desertion, auf die kampflöse Übergabe der Städte und Gemeinden, auf die Übernahme der Verwaltungen und die Sicherung der Ernährung.<sup>62</sup>

---

<sup>60</sup> Volk 1984, S. 157 ff; Schuler 1973, S. 122.

<sup>61</sup> Vgl. Rede-Disposition Wilhelm Florins „Die gegenwärtige Lage in Deutschland und die sich daraus ergebenden Aufgaben“ (Erlar 1994, S. 188-197) sowie Schreiben Wilhelm Piecks an Dimitroff am 13. Juli 1944 (Keiderling 1993, S. 179.)

<sup>62</sup> An diesen Sendungen orientierten sich zahlreiche KP-Kader im Reich. Ob sie die ab Anfang bis Mitte 1945 ausbleibende Agitation zu den Volksausschüssen als einen Bruch in den Nachkriegsplanungen ihrer Exilführung werteten und wahrnahmen, muss dahin gestellt bleiben. Da der Sender „Freies Deutschland“ die Bildung von Volksausschüssen nicht explizit untersagte, sondern nur geringfügige Nuancen in der Propaganda änderte, werden sich die Kommunisten im Reich nach den bisher ausgestrahlten Richtlinien der Exil-KPD gerichtet haben. Niethammer u.a. 1976, S. 198-202; Weinert 1957.

In den verschiedenen Fassungen des Aktionsprogramms des „Blocks der kämpferischen Demokratie“<sup>63</sup> werden die Volksausschüsse nur im Ackermann-Entwurf erwähnt. Die einzelnen Fassungen enthalten lediglich den Passus, dass „alle Organisationen, Parteien, Gruppen und Personen“ in den genannten Block integriert werden sollten, die für die „Aufrichtung eines demokratischen Volksregimes“ zu kämpfen bereit waren. Diese Aufgabe hatten vor allem die „Organe des Blocks der kämpferischen Demokratie“ zu übernehmen, konkrete Ausführungen über Aufbau und Aufgaben dieser Organe fehlen. Die einheitliche Arbeiterbewegung sollte innere Geschlossenheit demonstrieren und die ihr zukommende wichtige Rolle im Block, d.h. dessen Führung, garantieren.

Ackermanns Programmentwurf<sup>64</sup> hingegen verwies auf die Funktion der Volksausschüsse bezüglich einer Regierungsbildung. Um das neue Regime zu manifestieren und zu legitimieren, sollten die bis dahin illegal arbeitenden Volksausschüsse in die staatlichen Verwaltungen überführt und somit integriert werden, so wie es dann Thorez in Frankreich im Januar 1945 anregte. Für eine Regierungsbildung in Deutschland sah Ackermann den „Block der kämpferischen Demokratie“ vor, den neue Volksorgane legitimieren sollten, d.h. andere als die bis dahin illegal tätigen Volksausschüsse. Ihnen wurden Exekutivfunktionen und die Sorge um die Beteiligung der Volksmassen an der Staatsverwaltung, also in erster Linie Mobilisierungsaufgaben, übertragen.<sup>65</sup> Die mit der Errichtung eines Volksregimes implizierte Auflösung der illegal tätigen Volksausschüsse und die nun erwogene Bildung von Volksorganen verdeutlichen, dass die bis dahin geäußerte Idee, den Volksausschüssen nach Kriegsende Exekutivgewalt zu übertragen, fallen gelassen worden war. Nach den Erfahrungen mit den Befreiungskomitees in Jugoslawien und Frankreich, die in der Regel nur schwer von außen, d.h. von Moskau zu kontrollieren waren und gleichzeitig mit sozialistischen und kommunistischen Revolutionsforderungen auftraten, sah die WKP(B)-Führung offenbar in ihnen

---

<sup>63</sup> Erler 1994, S. 89 - 99 sowie Dokumente Nr. 26, 27, 28 und 31 in Keiderling 1993, S. 131 - 134. Die Exil-KPD begann mit den konzeptionellen Ausarbeitungen zum „Block der kämpferischen Demokratie“ im Februar 1944. Hierzu muss erwähnt werden, dass vom 28. November bis 1. Dezember 1943 die erste große Konferenz der Alliierten in Teheran stattgefunden hatte.

<sup>64</sup> Staritz 1976, S. 55.

<sup>65</sup> Erler 1994, S. 293.



nicht mehr die geeigneten Aktionsformen, um die weitere Zusammenarbeit mit den Alliierten zu gewährleisten.

Doch die Propaganda zu den Volksausschüssen, die in Deutschland die politische Initiative im Kampf gegen Hitler übernehmen sollten, wurde noch bis Anfang Februar 1945 ausgestrahlt.

## 1.2 Die Konferenz von Jalta

### 1.2.1 Die Alliierten Nachkriegsplanungen

Anliegen aller Alliierten war es, Deutschland nachhaltig zu entmilitarisieren und sein Wirtschaftspotential auf ca. ein Drittel zu minimieren, um eine erneute deutsche Kriegsgefahr langfristig zu bannen.<sup>66</sup> Auf ihren gemeinsamen Konferenzen<sup>67</sup> einigten sich die Alliierten neben der Entnazifizierung und Entmilitarisierung auf die Demokratisierung Deutschlands, die als zentrale Integrationsformeln der gemeinsam proklamierten politischen Kriegsziele gegenüber Deutschland galten. Eine offizielle und für alle Koalitionspartner verbindliche Konkretisierung des Demokratie-Begriffs erfolgte nicht. Entsprechende Planungen richteten sich vielmehr nach den nationalen Gesamtinteressen und Zielvorstellungen der einzelnen Partner, womit eventuellen Demokratie-Vorbereitungen ein nachgeordneter Charakter zukam.<sup>68</sup> Da die sowjetische Führung über keine eigenen stringenten politischen Konzepte für Nachkriegsdeutschland verfügte, erkannte sie nahezu alle westalliierten Vorschläge hierfür an.<sup>69</sup>

Die Vereinbarungen der Jaltaer Konferenz, die vom 4. bis 11. Februar 1945 auf der Krimhalbinsel stattfand, stellten einen Wendepunkt für die sowjetische

---

<sup>66</sup> Loth 1994, S. 16.

<sup>67</sup> Meissner 1993, S. 7-28.

<sup>68</sup> Niethammer (Hg.) 1976, S. 107.

<sup>69</sup> Eine Ausnahme bildete der Vorschlag, in jeder Besatzungszone militärische Kontingente allerallierter Truppen zu stationieren, was von sowjetischer Seite abgelehnt wurde. Statt dessen plädierte sie dafür, dass in jeder Zone nur die Truppen einer Besatzungsmacht stationiert werden sollten. Denkbar ist, dass sich die Sowjetunion somit ein Optimum an Handlungsautonomie für ihre Zone wahren wollte. Möglich ist aber auch, dass sich die verschiedenen militärischen Truppen bei ihrer gemeinsamen Besetzung einer Zone gegenseitig behindert hätten und die Frage der obersten Verantwortungsverantwortung zusätzlich hätte geregelt werden müssen. Ebenda, S. 122.

Politik dar<sup>70</sup>, da erstmals die Regierungsfrage für Nachkriegsdeutschland erörtert wurde. Roosevelt und Churchill wollten noch in der ersten Konferenzsitzung von Stalin wissen, ob die russische Führung eine „Sowjetisierung“ der bereits besetzten deutschen Gebiete plane, was dieser unumwunden verneinte.<sup>71</sup> Allein die Frage der westlichen Alliierten verdeutlicht, dass *sie* die „Sowjetisierung“ Deutschlands bereits im Februar 1945 befürchteten, waren die Erfahrungen aus dem Vorgehen der Roten Armee in Polen doch erst knapp ein halbes Jahr alt.<sup>72</sup>

Stalin hingegen interessierte die künftige Regierungsform für Deutschland, d.h. ob es eine „Zentralregierung“ oder nur eine Administration geben werde. Außerdem wollte er wissen, ob es im Falle einer Aufteilung Deutschlands<sup>73</sup> ebenso viele Regierungen wie Teile Deutschlands geben würde. Er befürwortete, es den Deutschen mitzuteilen, „wenn die Alliierten Deutschland aufzuteilen gedächten.“<sup>74</sup> Churchill lehnte diesen Vorschlag ab, während Roosevelt den damit einhergehenden möglichen positiven Effekt zumindest in Erwägung zog. Stalins Frage nach einer deutschen Zentralregierung wich der

---

<sup>70</sup> Eden hatte Stettinius gegenüber ebenfalls geäußert, dass er überzeugt davon sei, dass sich in Moskau nach Jalta „irgend etwas ereignet habe“. Diese Äußerung bezog sich offenbar auf die sowjetische Bereitschaft zur Einhaltung demokratischer Spielregeln. Vgl. Fejtö 1972, S. 101.

<sup>71</sup> Roosevelt und Churchill erhofften sich Aufschluss über die sowjetischen Ziele, indem sie nach den infrastrukturellen Plänen fragten. Stalin erwiderte darauf, dass die Infrastruktur nur dort den sowjetischen angepasst wird, wo es für die Versorgung der sowjetischen Truppen unumgänglich ist. Jedoch stünden diese Maßnahmen nicht im Vordergrund. (Vgl. Fischer 1975, S. 98 f; Teheran, Jalta, Potsdam (Bd. 2) 1986, S. 49.) Fischer schätzt außerdem ein, dass Stalin nicht den Eindruck erweckte, „als wolle er die in Rumänien oder in Polen praktizierten Herrschaftsmethoden auch auf die europäische Mitte ausdehnen.“ Fischer 1985, S. 121.

<sup>72</sup> Vgl. Fejtö 1972; Gibianskij 1997.

<sup>73</sup> Auf der Konferenz von Jalta wurden zwei Teilungsvarianten erörtert: Bereits in Teheran hatte Roosevelt vorgeschlagen, Deutschland in fünf Gebiete zu teilen. Churchill schlug den Russen im Oktober 1944 auf einem informellen Treffen eine Zweiteilung vor. Die Briten sprachen sich für einen preußischen Staat mit seinen Provinzen und für Bayern aus, wohingegen das Ruhrgebiet und Westfalen international kontrolliert werden sollten. Churchill befürwortete eine Zweiteilung entlang der Main-Linie und wollte eine Donauföderation unter Einschluss Süddeutschlands. Diese Pläne lehnte Stalin jedoch ab, weil er bei der Donauföderation um die Integration Ungarns und Rumäniens fürchtete. In Jalta favorisierte Churchill Preußen und einen süddeutschen Staat mit Wien als Hauptstadt; die deutsche Bevölkerung sollte entsprechend aufgeteilt werden. Außerdem schlug der britische Premier vor, eine alliierte Kommission zu bilden, die die Teilungsmöglichkeiten abwägen sollte. Für Stalin stand schon 1941 fest, dass aufgrund der Verschiebung der sowjetisch-polnischen Grenze nach Westen hin Polen eine Kompensation für die Gebietsabtretungen entlang der Curzon-Linie erhalten sollte. Deshalb sollte Polen nach dem Krieg Ostpreußen erhalten, was teilweise in der Forschung bereits als Teilungsabsichten der UdSSR interpretiert wurde. Vgl. Meissner 1993, S. 10 f; Teheran, Jalta, Potsdam, (Bd. 2) 1986, S. 56; Fischer 1985, S. 107; Benz 1992, S. 27 ff.

<sup>74</sup> Teheran, Jalta, Potsdam (Bd. 2), S. 55; Fischer 1985, S.107. In diesem Zusammenhang muss möglicherweise auch die Pieck-Notiz vom 4.6.1945 gesehen werden, die festhielt, dass es zwei Deutschlands geben werde. Badstübner/Loth (Hg.) 1994; Bodensieck 1993, S. 29-55.

amerikanische Präsident jedoch aus. Er schlug vor, dass im Falle einer Aufgliederung Deutschlands „in jedem Teil eine dem entsprechenden Oberkommando der Alliierten unterstehende Verwaltung existieren“ sollte.<sup>75</sup>

Die Frage der Aufteilung Deutschlands wurde von der sowjetischen Seite „lediglich als äußerstes diplomatisches Druckmittel gegen Deutschland“ erörtert und während einer Zusammenkunft der European Advisory Commission (EAC) im März 1945 ad acta gelegt. Die sowjetische Führung favorisierte einen deutschen Einheitsstaat, dessen sozioökonomische Ordnungsgrundlage der Weimarer Republik entsprechen sollte.<sup>76</sup>

Einen weiteren Diskussionspunkt in Jalta bildeten die Modalitäten der Kapitulationsbedingungen und -erklärung. Die Alliierten einigten sich zwar auf die Kapitulationsbedingungen gegenüber Deutschland, allerdings legten diese nichts Konkretes für einen neuen nachkriegsdeutschen Staatsaufbau fest.<sup>77</sup>

Stalins Frage nach der Regierungsform für das künftige Deutschland beinhaltete auch die Nachfrage an die westlichen Alliierten, ob sie eine eigene deutsche Exil-Regierung aufgestellt oder ob deutsche Politiker in der britischen oder amerikanischen Emigration bei den Alliierten die Anerkennung als Exil-Regierung beantragt hätten. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte die Sowjetunion diese von den Westalliierten protegierte deutsche Exil-Regierung ähnlich wie die tschechische oder französische vermutlich anerkannt<sup>78</sup> und sich damit das Zugeständnis der Amerikaner und Briten gesichert, diese Regierung um führende deutsche Kommunisten zu erweitern. Da die Westalliierten die Frage nach einer deutschen Regierung nicht beantworteten, wollte Stalin wissen, wie die Alliierten mit den Gruppen verfahren wollten, die erklärten, sie hätten die nationalsozialistische Regierung gestürzt und eine neue gebildet. Stalin interessierte vor allem, ob die Alliierten mit einer solchen Regierung, ähnlich wie sie es in Frankreich, Italien<sup>79</sup> und Jugoslawien<sup>80</sup> praktiziert hatten,

---

<sup>75</sup> Teheran, Jalta, Potsdam, (Bd. 2) 1986, S. 59. Bei Fischer ist dies als Frage formuliert: „Wenn Deutschland aufgegliedert werde, werde es dann in jedem seiner Teile eine Verwaltung geben, die einer entsprechenden alliierten Kommandostelle unterstellt sein werde?“ Fischer 1985, S.112.

<sup>76</sup> Foitzik 1999, S. 42.

<sup>77</sup> Fischer 1975, S. 122.

<sup>78</sup> Fejtö 1972, S. 99 ff.

<sup>79</sup> In Frankreich hatte sich die kommunistische Partei in den wichtigsten Fragen den nationalen Widerstandsgruppen um de Gaulle unterstellt, um gemeinsam mit allen Hitlergegnern ihr Land zu befreien. Auch in Italien gelang es den Kommunisten zusammen mit anderen politischen Gruppen, die jedoch nicht so stark wie die von de Gaulle waren, gegen die Deutschen zu kämpfen. Vgl. Schuler 1973; Volk 1984; Keller 1997.

in Verhandlungen treten würden.<sup>81</sup> Die britische Regierung bemerkte hierzu, dass die Alliierten in einem solchen Fall diesen Gruppen die von der EAC erarbeiteten Kapitulationsbedingungen *dann* vorlegten, wenn die neue Regierung als solche für würdig gehalten würde. Daraus ergab sich aber, dass nach der Unterzeichnung der Kapitulationsbedingungen von deutscher Seite die neue deutsche Regierung als aufgelöst zu betrachten war und die Alliierten von der Aufgabe befreit waren, sich mit ihr auseinander zu setzen. Nahe liegend ist, dass sich die Alliierten aufgrund dieser Vereinbarung nicht genötigt sahen, die antifaschistischen Ausschüsse und Komitees als Verhandlungspartner für Nachkriegsdeutschland zu akzeptieren bzw. sie hierfür überhaupt in Betracht zu ziehen. Hätten die Westalliierten diese aus dem Landesinneren kommenden Widerstandsgruppen als Verhandlungspartner akzeptiert, wäre es der Sowjetunion wie in Frankreich und Italien und wie bei den Exil-Regierungen möglich gewesen, kommunistische Vertreter bzw. prokommunistische Mitglieder des NKFD in diese Gruppen zu integrieren. Diese Integrationsabsicht war vor allem der Furcht vor einer erneuten weltpolitischen Isolation der nationalen kommunistischen Parteien und somit der Sowjetunion analog der Situation nach dem Ersten Weltkrieg geschuldet. Außerdem bedeutete die kommunistische Regierungsbeteiligung in den jeweiligen europäischen Ländern einen zusätzlichen Schutz für die Sowjetunion.

Für die Sowjetunion beinhaltete die Absage der Westalliierten an die innerdeutschen Widerstandsgruppen außerdem, dass die westlichen Alliierten nicht bereit waren, beispielsweise polnische Verhältnisse, d.h. die Installierung einer Exil-Regierung durch die Sowjets, zuzulassen.<sup>82</sup> Die bis dahin zwischen der russischen Seite und den deutschen Kommunisten erwogenen Volksfrontkomitees sollten Aufstände zum Sturz Hitlers vorbereiten und durchführen. Diese Volksfrontkomitees wären im Gegensatz zu den

---

<sup>80</sup> Fejtö 1972, S. 74 ff.

<sup>81</sup> Teheran, Jalta, Potsdam, (Bd. 2) 1986, S. 57; Fischer 1985, S. 109.

<sup>82</sup> Fejtö 1972, S. 61 ff; Fischer 1975, S. 121; Niethammer (Hg.) 1976, S. 111ff; Hurwitz 1990, S. 112; Gibianskij 1997, S.37 ff, 51 ff.

An dieser Stelle sei auf die Ausnahme des Falls Polen verwiesen. Das polnisch-sowjetische Verhältnis war von alter Feindschaft geprägt. Die polnische Exilregierung, die in London residierte, verlor die westalliierte Unterstützung, als sie versuchte, die Koalitionspartner gegen die Sowjetunion zu polarisieren. In der Folge des Warschauer Aufstands vom Juni 1944 verlor die Exil-Regierung den wichtigsten innenpolitischen Partner, den innerpolnischen Widerstand.

französischen oder jugoslawischen keine autonomen deutschen Gruppen gewesen, sondern durch die Frontbevollmächtigten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) geschaffen worden, die im Moskauer Interesse agierten. Eine solche Gruppe, die sich möglicherweise als neue Regierung präsentiert bzw. sich nach Kriegsende freiwillig dem in der Sowjetunion initiierten Nationalkomitee „Freies Deutschland“ unterstellt hätte, wäre für Deutschland, das wurde in Jalta deutlich, weder von den Amerikanern noch von den Briten akzeptiert worden.<sup>83</sup>

Alle Maßnahmen, die die Alliierten für die ersten Monate der Besetzung Deutschlands planten und dann auch in die Realität umsetzten, waren geprägt von den drei großen Zielen Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung. Zugleich standen diese Aufgaben immer unter dem Primat der militärischen Sicherheit für die Besatzungstruppen. In Jalta wurden wesentliche Fragen zur Behandlung Deutschlands in einer Weise geklärt, dass für die Sowjetunion nach Abschluss der Konferenz deutlich wurde, dass ihre bisherigen politischen Pläne zur Integration der nationalen kommunistischen Parteien aufgrund der fehlenden westalliierten Entscheidungen hinsichtlich einer künftigen deutschen Regierung nicht griffen. Weil die Briten und Amerikaner die Frage einer deutschen Regierung offen ließen, schien auch das Konzept der Volksausschüsse und des NKFD zunächst hinfällig zu sein, zumal der Sieg über die deutschen Truppen absehbar war.

### 1.2.2 Die Europa-Politik Stalins

Seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion prägten Sicherheitsinteressen deren Politik. Wichtigster Garant für die außenpolitische Sicherheit der Sowjetunion war, als sich das Ende des Krieges im Januar und Februar 1945 abzeichnete, der Fortbestand der Anti-Hitler-Koalition. Um diese nicht zu gefährden, wurden die französischen Befreiungskomitees, die sozialpolitische

---

Somit war es der sowjetischen Führung ein Leichtes, ihnen genehme polnische Politiker zu protegieren.

<sup>83</sup> Die Briten hatten das in der Sowjetunion gegründete NKFD 1943/44 als ein Mittel der psychologischen Kriegsführung betrachtet und als einen Trumpf, damit die Westalliierten eine Zweite Front eröffneten. Die Amerikaner dagegen hatten lange Zeit befürchtet, dass die Sowjets mit dem NKFD auf einen deutsch-sowjetischen Separatfrieden abzielten. Vgl. Bungert 1997, S. 57, S. 61 und S. 64.

Reformen forderten, aufgelöst, während die französische Exil-Regierung de Gaulles widerspruchslos anerkannt wurde.

Ebenfalls aus Sicherheitsgründen wollte Stalin entlang der sowjetischen Westgrenze zu Europa Verbündete in Osteuropa gewinnen. Diese Vorkehrungen, die auf eine „Allianz der slawischen Völker“ zielten, waren in seinen Augen notwendig, um für etwaige militärische Auseinandersetzungen mit dem „Kapitalismus“ gewappnet zu sein, die er in etwa 15 bis 20 Jahren erwartete.<sup>84</sup>

Weil es vorerst jedoch galt, die Anti-Hitler-Koalition aufrechtzuerhalten, passte er sich vor und nach der Jaltaer Konferenz der internationalen Lage und damit konkret den Positionen seiner gegenwärtigen Allianzpartner an. Deshalb ließ er in Osteuropa statt kommunistischer vielmehr linkszentristische Regime errichten. Diese enthielten Attribute parlamentarischer Demokratien und basierten zunächst auf der Gewaltenteilung. Gleichzeitig sicherten sie den kommunistischen Funktionären in den osteuropäischen Staaten, in denen ihr Organisationsgrad relativ schwach war, eine verhältnismäßig große Anzahl von Mandaten im neuen Staatsapparat und somit Einflussmöglichkeiten<sup>85</sup>, sie erhielten jedoch nirgends unumschränkte Macht. Umgekehrt erlegten die Sowjets ihren Parteifreunden dort Zurückhaltung und Unterordnung unter international anerkannte Exil-Regierungen auf, wo sie traditionell stark waren.<sup>86</sup> Ideologisch wurden diese Staats- und Regierungsbildungen mit Begriffen wie „Volksdemokratie“ oder „neuer Demokratie“ bezeichnet. Die sowjetischen Ideologen propagierten Ende 1944/Anfang 1945 den Weg zum Sozialismus nicht mehr nur über das sowjetische Modell, sondern boten andere staatspolitische Formen hierfür an, wie z.B. die demokratische Republik oder die konstitutionelle Monarchie wie in Rumänien.<sup>87</sup> Begünstigend für die Art der Regierungsneubildungen in Osteuropa wirkte der starke Drang nach umfassender Modernisierung, der „sich in einer Welle linker

---

<sup>84</sup> Gibianskij 1997, S. 33; Geyer 1985, S. 51 und S. 57.

<sup>85</sup> Die Kommunistischen Parteien Polens, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens waren verhältnismäßig schwache Parteien. Vgl. Gibianskij 1997.

<sup>86</sup> So war es in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien. Auch in Frankreich wurde die aus dem Widerstand gestärkt hervorgehende KPF durch ihre Einbindung in die de Gaulle - Regierung geschwächt, denn sie gab innerparteilichen Bestrebungen nach umfangreicheren gesellschaftsverändernden Maßnahmen zugunsten des sowjetischen Sicherheitsdenkens nicht nach.

<sup>87</sup> Fetjö 1972; Gibianskij 1997, S. 33 ff.

Grundstimmungen und Erwartungen“ manifestiert hatte.<sup>88</sup> Bei der Etablierung der osteuropäischen Nachkriegsregierungen wurden sozial-ökonomische Kräfte, das Niveau der innergesellschaftlichen Widersprüche sowie bestimmte Verhaltensstereotypen der Bevölkerung, die sich in der Neigung zum linken Radikalismus bzw. in radikaler Ablehnung desselben ausdrücken konnten, berücksichtigt. Ferner maß die sowjetische Führung aber auch der Rolle der Widerstandsbewegung während des Krieges und ihrem Einfluss unter der Bevölkerung und anderen politischen Richtungen, national-territorialen Problemen zwischen der Sowjetunion und dem jeweiligen Staat, dem Ansehen der Sowjetunion und der Bündnispartner der Anti-Hitler-Koalition große Bedeutung bei.<sup>89</sup> Die Rücksichtnahme auf diese Faktoren verdeutlicht, dass der kommunistische Machtaufbau in diesen Staaten, der in den ersten Nachkriegsmonaten nicht im Vordergrund zu stehen schien, zwar gewollt war, sich jedoch zuerst durch eine Anzahl demokratischer Maßnahmen in den Augen der Bevölkerung legitimieren sollte. Diese Politik sollte außerdem einer erneuten politischen Isolation der kommunistischen Parteien wie nach dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg vorbeugen.

In der Folge wird nun zu prüfen sein, welche Auswirkungen die von der Sowjetunion praktizierte Politik für die deutschen Exil-Kommunisten und für die SBZ hatte.

### 1.2.3 Die Planungen der Exilführung der KPD vor und nach der Konferenz von Jalta

Die Funktionäre der KPD-Exilführung wurden Anfang 1944 von Dimitroff aufgefordert, Planungen für die Nachkriegszeit einzureichen. Dabei orientierten sie sich, wie das Aktionsprogramm des „Blocks der kämpferischen Demokratie“ zeigte, an den politischen Aktivitäten anderer

---

<sup>88</sup> Diese wurden dadurch begünstigt, dass kommunistische Nachkriegspolitik durch die Erfolge der Roten Armee einen Garant gegen die „faschistische Gefahr“ darstellte. Der große Zuspruch der Völker zum Antifaschismus und zur Sowjetunion resultierte vor allem aus deren integrativen Ausstrahlung. Zwar drückte er auch eine politische Haltung aus, doch konnte mit dem Begriff des Antifaschismus „das vorherrschende Gefühl der Völker, die den Zweiten Weltkrieg überlebt“ hatten, sowie „das moralische Urteil, das ihnen daraus erwuchs“, ausgedrückt werden. Vgl. hierzu Gibianskij 1999, S. 34f; Furet 1998, S. 445 ff, sowie S. 464; Diner 1999, S. 125.

europäischer kommunistischer Parteien, die ihre Interessen den sowjetischen untergeordnet hatten.

Obwohl Dimitroff den nationalen kommunistischen Parteien 1941 die Direktive gegeben hatte, in den Nationalen Fronten der jeweiligen Länder den kommunistischen Führungsanspruch nicht zu artikulieren, proklamierte ihn Wilhelm Pieck noch im Januar 1945 vor den Hörern der KPD-Abendschule Nr. 12 in Moskau. Die einheitliche Kampffront, der Aufbau Nachkriegsdeutschlands und die Bewegung „Freies Deutschland“ sollten ausschließlich unter der Hegemonie der KPD stehen.<sup>90</sup> Die Volksfrontausschüsse, die in Deutschland den Sturz Hitlers vorbereiten sollten, waren zwar im Oktober 1944 in wichtigen Dokumenten wie dem Aktionsprogramm für den „Block der kämpferischen Demokratie“ nicht mehr erwähnt worden, doch KPD-intern wurden sie weiterhin in Erwägung gezogen. Pieck sprach sich in der erwähnten Rede vor der KPD-Abendschule Nr. 12 sowohl für Volksausschüsse als auch für Betriebs- und Soldatenkomitees sowie für bewaffnete Partisanengruppen aus, die sich mit Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen verbünden sollten, um die Volkserhebung gegen Hitler vorzubereiten. Realisierbar schien das, da die Frontbevollmächtigten des NKFD, denen in den KPD-Parteischulen der aktuelle politische Kurs vermittelt worden war, die Ausschüsse gründen sollten.

Den für den Deutschlandeinsatz ausgesuchten Kriegsgefangenen kam außerdem die Aufgabe zu, die ehemaligen KPD-Mitglieder im Lande so zu schulen, dass der Aufbau einer „innerlich gefestigten – auf den bewaffneten Kampf eingestellten ... Partei“ bewältigt werden konnte.<sup>91</sup> Der künftigen Partei oblag es, „die besten, fortschrittlichsten Kräfte der Massenbewegung“, also auch die Mitglieder der Volksausschüsse, zu erfassen und zu schulen, was einer Elitesuche gleichkam. Des Weiteren sollte die neue Partei die zukünftige Einheitspartei der Werktätigen sein und somit den größten Einfluss auf die „Massenbewegung“ ausüben, verstand sie sich doch als *beste* Interessenvertreterin des Volkes.

---

<sup>89</sup> Zur Typologisierung der Volksdemokratien Osteuropas vgl. Ebenda, S. 36-58.

<sup>90</sup> Keiderling 1993, S. 143.

<sup>91</sup> Ebenda, S. 158, Unterstreichung im Original.



Auch die vom 1. Februar 1945 datierten KPD-„Richtlinien für die Propaganda in Deutschland“<sup>92</sup> erwähnten Volksausschüsse, Betriebsausschüsse, Kampfgruppen und Freischärler, die die Basis für die Kampfgruppen der Bewegung „Freies Deutschland“ bilden sollten.<sup>93</sup> In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Bewegung „Freies Deutschland“ nicht „im Gefolge der Roten Armee und der Verbündeten nach Deutschland“ kommen würde.<sup>94</sup> Ziel war laut Propagandarichtlinien eine innerdeutsche Bewegung: Die Bewegung „Freies Deutschland“ musste „zur Kampf Bewegung aller antifaschistischen demokratischen Kräfte in Deutschland werden“, mit ihrer Basis in einzelnen Truppenteilen der Wehrmacht und in städtischen Betrieben, aus denen sich eine breite demokratische Organisation bilden sollte.<sup>95</sup> Mit der expliziten Erwähnung, dass Truppenteile der Wehrmacht sowie Betriebsgruppen die Basis der nationalen Bewegung sein sollten, lehnte sich die KPD an die Räteerfahrungen von 1918/19 an. Ferner wollte sie unterstreichen, dass diese Bewegung eine nationale sei und eigene Interessen verfolgte. Dem deutschen Volk wurde der Eindruck von Eigenständigkeit vermittelt. Doch entsprach diese Propaganda exakt den sowjetischen Vorgaben.

Noch einmal wurden die Aufgaben der Volksausschüsse genannt: Zunächst sollten diese Ausschüsse den Volkswillen gegen Hitler schüren und alle Hitlergegner einen.<sup>96</sup> Trotz der bekannten Schwierigkeiten der illegalen Arbeit der Volksausschüsse, sollten sie sich um die Entstehung weiterer Ausschüsse bemühen, also eine Multiplikatorenfunktion ähnlich der früheren Räte ausüben.

---

<sup>92</sup> Ebenda, S. 169 - 177.

<sup>93</sup> Wer und was die Bewegung „Freies Deutschland“ aber darstellen sollte, wurde nicht genannt. Nahe liegend scheint es sich hierbei, obwohl es nicht eindeutig geklärt ist, um das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zu handeln. Vgl. Keiderling 1993, S. 172.

<sup>94</sup> Da es sich hierbei um Propagandarichtlinien handelte, ist davon auszugehen, dass der Verweis, die Bewegung „Freies Deutschland“ komme nicht im Gefolge der Roten Armee, vor allem Propagandazwecken geschuldet war. Tatsächlich unterstanden alle NKFD-Mitglieder, die zusammen mit den KPD-Gruppen um Ulbricht, Ackermann und Sobottka nach Deutschland kamen, entweder einzelnen Truppenteilen der Rote Armee oder der GlawPURKKA.

<sup>95</sup> Vgl. Keiderling 1993 S. 173.

<sup>96</sup> Hauptschwerpunkt lag nach wie vor in der Propaganda: „An alle Erscheinungen der Not, des Mangels, der Verluste, des Wohnungselends, der Ungerechtigkeit, der Korruption ist anzuknüpfen, um die Unzufriedenheit gegen die Naziführer zu lenken und Haß gegen sie zu erzeugen. Überall muß es heißen: Hitler ist schuld! Oder: Die Nazis sind schuld!“ Nach den Propagandaschwerpunkten, die vor allem der Aufklärung des Volkes dienen sollten, erfolgte die Hauptlösung: „Nehmt durch die Schaffung von Volksausschüssen selbst die Verwaltung der Städte und Dörfer, die Leitung der Industrie und des Transportes in die eigenen

Die im Folgenden aufgeführten Aufgaben der Volksausschüsse entsprachen im Wesentlichen denen von Florin im Sommer 1944 in einer Parteiversammlung geäußerten. Ziel war es noch immer, das Volk zu einem Aufstand oder wenigstens zu einem Teilaufstand zu bewegen.

Nach Abschluss der Jaltaer Konferenz wurden diese Pläne der KPD-Führung durch die neuen Anweisungen Dimitroffs und seines Stellvertreters Panuschkin Makulatur. Schon am 6. Februar 1945 hatte Dimitroff dem Führer der Exil-KPD mitgeteilt, dass sich zuerst das Regime der Roten Armee manifestieren müsse, ehe an die Bildung von Volksausschüssen zu denken sei. Sämtliche Pläne für eine neue deutsche Regierung wurden zurückgestellt. Als Zugeständnis gestattete die sowjetische Seite KPD-Gruppen, die im Gefolge der Roten Armee in den besiegten deutschen Gebieten tätig werden sollten. Die WKP(B) ordnete an, die bisherige Arbeit des NKFD, kam es doch als potentielle Regierung nicht mehr in Frage, einzuschränken.<sup>97</sup> Am 17. Februar instruierte Panuschkin die Exil-KPD über die Arbeit der KPD-Gruppen, die die Rote Armee unterstützen sollten.<sup>98</sup> Ihre Aufgaben bestünden darin, kommunistische, sozialdemokratische und Gewerkschaftskader ausfindig zu machen und über bestehende Parteiorganisationen zu berichten. Erst in der zweiten Etappe der Besetzung sollten KPD-Gruppen und Volksausschüsse gegründet werden, die jedoch nicht als Fortsetzung des NKFD verstanden würden, sondern unter Kontrolle der Besatzungsbehörden wirtschaftliche und politische Aufgaben zu übernehmen hätten.

Dimitroff unterstrich Panuschkins Ausführungen am 19. Februar noch einmal. Danach sollten alle Organe, die in Deutschland gebildet werden bzw. nach der Kapitulation entstünden, die Rote Armee unterstützen. In diesen Organen, die nun als provisorische deutsche Ortskommissionen bezeichnet wurden, sollten deutsche Kommunisten und Emigranten aus der Sowjetunion, Kriegsgefangene, deutsche Kommunisten aus dem Besatzungsort sowie

---

Hände! Trefft Maßnahmen zur Sicherung der Volkseinheit!“ Die Moskauer KPD wandte sich an die gesamte Bevölkerung. Vgl. Ebenda.

<sup>97</sup> Ebenda.

<sup>98</sup> Einen ähnlichen Vorschlag hatte Pieck am 13. Juli 1944 Dimitroff schon einmal unterbreitet. Antifaschistische Kriegsgefangene sollten in kleinen Gruppen in deutsche Bezirks- und Industriestädte geschickt werden, damit beauftragt, Vertrauensleute in wichtigen Rüstungsbetrieben einzusetzen und in Verbindung mit einflussreichen Hitlergegnern der Stadt zu treten, um einen städtischen Volksausschuss ins Leben zu rufen. „Diese Volksausschüsse können eine große Hilfe der Besatzungsbehörde sein im Kampf um die Säuberung des Staatsapparates und für die Umerziehung des deutschen Volkes.“ Keiderling 1993, S. 107.

Antifaschisten aus der Bevölkerung zusammenarbeiten.<sup>99</sup> Auch die Mitglieder lokaler antifaschistischer Aktive waren in diese Organe, denen „geprüfte Kommunisten“ vorstehen sollten, zu integrieren. Zu einem späteren Zeitpunkt könnten sich dann möglicherweise auch antifaschistische demokratische Komitees, bestehend aus Kommunisten und Antifaschisten<sup>100</sup>, konstituieren, ohne dass deren Aufgaben bereits festgelegt wurden.

Hatten die deutschen KPD-Funktionäre die ersten Anweisungen der WKP(B) nicht ernst genommen oder nicht verstanden<sup>101</sup>, so legten sie schon am 18. Februar 1945 einen neuen Maßnahmeplan der KPD für die Arbeit in den besetzten Gebieten Deutschlands vor.<sup>102</sup> Der Maßnahmeplan sprach nicht mehr von Frontbevollmächtigten des NKFD, sondern von Mitgliedern des Auslandsbüros der KPD. Auch die Aufgabenstellungen wurden entsprechend den Anweisungen des ZK der KPdSU abgewandelt: Den Mitgliedern des KPD-Auslandsbüros oblag es nun, Informationen über in Deutschland bestehende KPD-Organisationen sowie über mit der KPD sympathisierende Antifaschisten zu sammeln und eine Kommission zur Vorbereitung der KPD-Neugründung zu bilden. Zudem war die Situation der Sozialdemokraten, der früheren Gewerkschaften, der Intelligenz, der Katholiken und Protestanten zu prüfen und mit ihnen Vorverhandlungen über einen späteren städtischen Volksausschuss zu führen. In diesem Zusammenhang fand erstmals in einem KPD-Programm die Bildung dreier, später als Initiativgruppen bezeichnete KPD-Arbeitsgruppen, die der Roten Armee unterstützend zur Seite gestellt

---

<sup>99</sup> Zu den Aufgaben dieser ersten, von der Besatzungsmacht initiierten Organe gehörte die Registrierung der in den Orten lebenden Antifaschisten und die Namhaftmachung aktiver Nationalsozialisten. Des Weiteren sollten sie die Militärkommandanturen bei der Umsetzung von Anordnungen, bei der Organisation der Kommunalwirtschaft und der Versorgung, bei der Durchführung kleiner ziviler Gerichtsprozesse sowie im Schul- und Bibliothekswesen unterstützen. Keiderling 1993, S. 228 f, S. 232 f.

<sup>100</sup> Als Antifaschisten wurde hier die breite Masse der Nazigegner gemeint. Dass Kommunisten auch Antifaschisten waren, lag im kommunistischen Selbstverständnis begründet, aber sie waren eben noch mehr als „nur“ Antifaschisten“, sie waren „Kommunisten“ und somit zur Führung der übrigen Bevölkerung bestimmt.

<sup>101</sup> Bevor Dimitroff Pieck die neuesten politischen Richtlinien vermittelte, hatte am 17. Februar eine KPD- Leitungssitzung stattgefunden. Pieck notierte dazu Folgendes: „1) Entfaltung einer breiten Massenbewegung zur Bildung von lokalen und gebietlichen Volksausschüssen, die sich stützen auf die Bewegung „Freies Deutschland“ als der breitesten Zusammenfassung aller fortschritt[lichen] Kräfte, wobei wir die feste Arbeiter-Einheitsfront der Komm[unisten], soziald[emokratisch] und gewerkschaftlich org[anisierten] Arbeiter anstreben.“ Die lokalen und gebietlichen Volksausschüsse waren folglich beibehalten worden, um mit der Besatzungsbehörde zusammenzuarbeiten, diese zu unterstützen, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und die Kommunalwirtschaft zu verwalten. Keiderling 1993, S. 191.

<sup>102</sup> Abgedruckt in Keiderling 1993, S. 208-215.

wurden, Erwähnung<sup>103</sup>. Neben den bereits genannten Aufgaben sollten die Mitglieder dieser Arbeitsgruppen, ehemalige Kommunisten und Antifaschisten erfassen und überprüfen, die später für eine Aufnahme in die KPD geeignet waren. Zu den „weiteren Aufgaben“ gehörten die „Unterstützung der Roten Armee bei der Durchführung ihrer Aufgaben“ sowie Propaganda, die im Namen der Bewegung „Freies Deutschland“ geführt wurde. Unter den aufgelisteten propagandistischen Hauptlosungen folgte die Aufforderung zur Bildung von Volksausschüssen, um mit ihrer Hilfe den Krieg zu beenden, thematisch an dritter Stelle.<sup>104</sup> Dem Aufruf zur Bildung von Volksausschüssen schlossen sich immer wieder Aufforderungen an, den Krieg zu beenden und dafür bewaffnete Kampfgruppen zu schaffen. Weitere Schwerpunkte, denen sich die Genossen nach der Erledigung erst genannter Aufgaben zuzuwenden hatten, bildeten die Schaffung der Parteiorganisation der KPD und die Herausgabe antifaschistisch-demokratischer Zeitungen.<sup>105</sup>

Auch wenn das Auslandsbüro der WKP(B) die Bildung von Volksausschüssen in weite Ferne rückte, hatte die KPD den Gedanken daran zunächst nicht ganz aufgegeben, sondern konkretisierte deren Aufgaben. Das bedeutete, dass die deutschen Kommunisten nach wie vor davon ausgingen, dass politische Organisationen nach der Besetzung durch die alliierten Truppen arbeiten könnten.<sup>106</sup> Städtische Volksausschüsse<sup>107</sup> sollten aus dem „Kern eine(r) feste(n) Arbeitereinheitsfront“ in Schlesien, in der Lausitz, in Brandenburg und in Pommern entstehen. Obwohl die Volksausschüsse im Rahmen der Verordnungen der Besatzungsbehörden tätig werden sollten und zu deren Unterstützung gedacht waren, legte die KPD die Hauptaufgaben exakt fest.<sup>108</sup>

---

<sup>103</sup> Benser 1985, S. 62.

<sup>104</sup> Dem ging die Feststellung voran, dass Hitler der Hauptschuldige sei und sein Sturz die Rettung Deutschlands bedeute sowie der Hinweis, dass die Alliierten nicht das deutsche Volk, sondern die Naziherrschaft vernichten würden. Keiderling 1993, S. 208 ff. (Unterstreichung im Original)

<sup>105</sup> Vgl. dazu auch Sywottek 1971, S. 180 f.

<sup>106</sup> Ebenda, S. 181.

<sup>107</sup> Im Folgedokument auch als „Provisorische deutsche Ortskommissionen“ bezeichnet. Vgl. Übersicht über die Aufgaben in besetzten Gebieten, 18.2.1945, abgedruckt in Keiderling 1993, S. 216 ff.

<sup>108</sup> Als erstes galt es, die Bevölkerung über Hitlers Kriegsschuld aufzuklären, auf die Mitverantwortung und somit auf die Wiedergutmachungspflicht der Deutschen zu verweisen. Ein zweiter Punkt richtete sich darauf, eventuelle Sabotageversuche untergetauchter Nazis zu verhindern und faschistische Untergrundtruppen aufzulösen. Es folgten als weitere Schwerpunkte die Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung, die Wiederaufnahme der Produktion, entsprechend alliierter Anweisungen, der Wiederaufbau der Kommunalwirtschaft, die Lösung der Wohnraumnot und die Umgestaltung des Bildungswesens.

Vergleicht man diese Pläne mit den später tatsächlich wirksam werdenden und sich unabhängig von der KPD gründenden Antifa-Ausschüssen vor Ort, wird deutlich, dass sich die Arbeitsschwerpunkte der Antifa und der Exil-KPD kaum voneinander unterscheiden, mit Ausnahme der im KPD-Maßnahmeplan an erster Stelle genannten Propagandaarbeit, die vermutlich eine Maßnahme zur Umerziehung darstellen sollte.<sup>109</sup> Außerdem wird mit dieser Gewichtung der Propagandatätigkeit erkennbar, dass die Volksausschüsse nun nicht mehr als „Kampforgane“ konzipiert waren, sondern auf erzieherische und aufklärende Funktionen begrenzt wurden, um sie als Organisationsform für die Mobilisierung des Volkes zu erhalten.

Auch wenn man in früheren Dokumenten Hinweise auf ein anvisiertes Mehrparteiensystem für Nachkriegsdeutschland findet, so sollten doch antifaschistisch demokratische Wohnorganisationen<sup>110</sup>, Volksausschüsse und antifaschistische Massenorganisationen zunächst den politischen Schwerpunkt in der sowjetisch besetzten Zone bilden. Durch Einbindung der Gewerkschaften und anderer von ihnen initiierten Massenorganisationen in den „Block der demokratischen Organisationen“ sahen die in Moskau lebenden Kommunisten die Möglichkeit, die Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen.<sup>111</sup> Der Inhalt des KPD-Maßnahmeplans zeigt die ambivalente Haltung der KPD zu den Anweisungen der sowjetischen Genossen. Die Bildung von Volksausschüssen stellte für die Moskauer KPD-Funktionäre noch immer einen Arbeitsschwerpunkt für das umkämpfte Deutschland dar, auch wenn sie diesen Ausschüssen mit dem Schwerpunkt Propagandatätigkeit nun eine andere Funktion zuschrieben. Denkbar ist, dass den sowjetischen Behörden mit der Verschiebung der Aufgabenstellung hin zur Propaganda und somit zur

---

<sup>109</sup> Nur wenige antifaschistische Ausschüsse äußerten sich in den ersten Nachkriegswochen über das Wesen des Nationalsozialismus und versuchten aufklärerisch tätig zu werden. Verwiesen sei hier lediglich auf Chemnitz, auf Aue und auch Meißen. In den anderen deutschen Städten der SBZ war es den lokalen Antifaschisten auch gar nicht möglich, in diesem Sinne tätig zu werden, da keinerlei Presseerzeugnisse erscheinen durften.

<sup>110</sup> Der Begriff des antifaschistischen Wohnausschusses taucht erst sehr spät in ihren Programmentwürfen auf. Da die KPD die Bildung von Volksausschüssen trotz Intervention Moskaus nicht aufgeben wollte, nannte man diese nun Antifa-Wohnausschuss. So wird die von der KPD angestrebte Dominanz in den Ausschüssen immer deutlicher, erinnert der Wohnausschuss doch indirekt an die Organisationsform der „Zelle“, wenn diese auch eine betriebliche Organisationsform war. Aber aufgrund des zu erwartenden Produktionsstillstands schien der KPD-Aufbau in Zellen ohnehin schwierig. Vgl. Übersicht über die Aufgaben in besetzten Gebieten, 18.2.1945, abgedruckt in Keiderling 1993, S. 216 ff, hier S. 218.

<sup>111</sup> Im Gegensatz dazu rechneten sie für die westlichen Gebiete Deutschlands mit der gleichzeitigen Zulassung verschiedener Parteien.

Umerziehung der Deutschen die gewünschte Ausschussform noch einmal empfohlen werden sollte. Möglich ist auch, dass die Spitzenfunktionäre der Exil-KPD die neuen Anweisungen (noch) nicht verstanden hatten. Oder sie versuchten mit dem Festhalten an dieser Organisationsform, tatsächliche Eigenständigkeit gegenüber der WKP(B) zu demonstrieren.

Die KPD-Spitzenfunktionäre befanden sich nicht nur in einem parteipolitischen Unterstellungsverhältnis zur WKP(B), sondern auch in einem militärischen zur GlawPURKKA. Diese hatte aufgrund des Kriegsverlaufs einen bedeutenden Machtgewinn verzeichnet, der auch den deutschen Kommunisten kaum verborgen blieb. Opportunistische Gründe sollen nicht ausgeschlossen werden, wenn sie mit dem Festhalten an den Volksausschüssen die Ansichten eines Teils des sowjetischen Militärs transportierten. Einen Tag nach dem vorgelegten neuen KPD-Maßnahmeplan sah sich Dimitroff noch einmal veranlasst, darauf zu verweisen, dass Volksausschüsse nicht mehr auf Initiative der NKFD-Frontbevollmächtigten entstehen sollten. Vielmehr würde die Rote Armee selbst provisorische deutsche Ortskomitees „bestehend aus überprüften Kommunisten u[nd] Antifaschisten“ einsetzen. Deren Aufgabenstellung wurden allgemein formuliert: „Hilfe erweisen im Leben der Gemeinden.“ Gleichzeitig gab er bekannt, dass die Zeitung „Freies Deutschland“ sowohl in der Auflage als auch im Umfang eingeschränkt werden würde und nur noch für die Kriegsgefangenen und für die Front gedacht sei. Mit dieser Ankündigung Dimitroffs rief der Sender „Freies Deutschland“ am 19. Februar 1945 letztmalig zur bewaffneten Volkserhebung gegen Hitler auf.<sup>112</sup>

Die WKP(B) muss die Funktionäre der KPD dann doch im Februar und März 1945 auf die veränderten Bedingungen, herbeigeführt durch die Jaltaer Beschlüsse und damit zusammenhängend, auf die zu erwartende Besatzungszeit umfassend eingeschworen haben. In einer Rede auf der Moskauer KPD-Abendschule Nr. 12 im März 1945 hob Pieck zwar nach wie vor den Aufbau und auch die zu erwartende Führungsrolle der Partei hervor, die übrigen Ziele, wie „Schaffung eines freien demokratischen Deutschlands“ verloren ihre „aktuelle Bedeutung“, da Deutschland zunächst eine „Übergangsperiode der militärischen Besetzung“ bevorstand.<sup>113</sup> Die Arbeit politischer Parteien wurde trotzdem nicht ausgeschlossen, auch wenn das aus

---

<sup>112</sup> Sywottek 1971, S. 173; Benser 1990, ders. 1995, S. 110.

der Weimarer Republik bekannte verworrene Parteiensystem nicht wieder entstehen sollte. Konkret kalkulierte die KPD die Entstehung der Sozialdemokratie, des Zentrums und einer deutsch-nationalen Partei ein.<sup>114</sup> Gemeinsam mit der SPD, die von der Notwendigkeit der Einheitsfront zu überzeugen war, wollten die deutschen Kommunisten die führende Rolle beim Neuaufbau Deutschlands übernehmen.

In KPD-internen Parteidokumenten wurde der kommunistische Führungsanspruch immer wieder formuliert und betont. Das könnte ebenfalls ein Hinweis auf den Selbstständigkeitsanspruch der deutschen Exil-Kommunisten sein. Die WKP(B)-Funktionäre tolerierten das offenbar solange, wie die KPD noch nicht wieder im eigenen Land war.

### 1.3 Die deutschlandpolitischen Planungen der Sowjetunion und Besatzungsvorbereitungen

#### 1.3.1 Allgemeine sowjetische Nachkriegspläne für Deutschland

---

<sup>113</sup> Keiderling 1993, S. 246 (Unterstreichung im Original).

<sup>114</sup> Bereits auf der erwähnten KPD-Abendschule vom Januar 1945 hatte Pieck erwähnt, dass Umgruppierungen und Neuformierungen innerhalb der Bevölkerung zu erwarten seien, die das Entstehen neuer Organisationen und Parteien nach sich ziehen würden. Die faschistische Organisation galt es zu zerschlagen, aber „darüber hinaus werden wir die Bildung anderer Parteien und Organisationen zulassen müssen.“ Pieck spricht in diesem Zusammenhang von einer konservativen und einer liberalen Partei sowie von einer katholischen. Die Sozialdemokraten wurden nicht erwähnt, vielleicht sah die KPD deren Mitglieder zum damaligen Zeitpunkt in der eigenen Partei. Auf der Zusammenkunft Piecks, Ulbrichts und Ackermanns am 17. Februar 1945 äußerten sich die drei Spitzenfunktionäre der KPD nach dem Gewerkschaftsaufbau, der Bildung von Betriebsräten, dem Verweis auf die Notwendigkeit einer breiten antiimperialistischen Jugendorganisation und einem Landarbeiter- und Bauernbund auch zu den Sozialdemokraten und Demokraten. Dabei kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Kommunisten bei der Neugründung der SPD und einer demokratischen Partei energisch Hand anzulegen gedachten: „Unterstützung u[nd] Anleitung fortschrittlich[er] sozialdemokratischer Kräfte zur Schaffung einer sozialdemokratischen Parteiorganisation, die fest auf dem Boden der Bewegung „Freies Deutschland“ steht. „Unterstützung u[nd] Anleitung fortschrittlich[er] bürgerlich[er] Kräfte zur Schaffung einer demokratischen Partei, die fest auf dem Boden der Bewegung „Freies Deutschland“ steht.“ Sowohl bei den zu bildenden Volksausschüssen als auch bei der SPD und der demokratischen Partei schienen die Kommunisten Inszenierungen zu planen, die nur ein Ziel verfolgten, die Hegemonie der KPD im Nachkriegsdeutschland zu sichern. Die ziemlich diffuse Bewegung „Freies Deutschland“ sollte diese KPD-Ziele vertuschen. Es bleibt in diesem Zusammenhang zu fragen, ob sich die KPD hier auf Erfahrungen der anderen kommunistischen Parteien Osteuropas stützten, deren Positionen im Februar 1945 weitaus gefestigter waren. Vgl. Ebenda, S. 158 sowie 203, (Unterstreichung im Original).

Obwohl die UdSSR bis Kriegsende keine konkreten Nachkriegspläne für Deutschland vorlegte, was vor der EAC mit der besonderen Kriegsbeanspruchung erklärt wurde, hatte bereits am 25. Juni 1941, also nur kurze Zeit nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion, das Sowjetische Büro für militärische Propaganda seine Arbeit aufgenommen. Dieses Büro wurde vom Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (Glaw-PURKKA) befehligt und war mit allgemeinen sowjetischen Nachkriegsplanungen beauftragt.<sup>115</sup> Ab September 1943 analysierte das Büro die Besatzungspraktiken der anglo-amerikanischen Militärverwaltung auf Sizilien. Verschiedene Maßnahmen der westlichen Alliierten wie die Übernahme der im Lande vorgefundenen administrativen Strukturen wurden, wie die spätere sowjetische Besatzungspolitik zeigt, als durchaus praktikabel eingeschätzt. Andere, z.B. die Unterstellung des Militärgouverneurs unter den Chef der Zivilverwaltung, in der Regel ein Offizier für Zivilangelegenheiten, wurden nicht zur Nachahmung empfohlen. Weitere Kritikpunkte waren die Isolation der Besatzungsverwaltung von den Massen, die von den Alliierten verordnete politische Abstinenz der Bevölkerung sowie die Distanz der Besatzungsmacht gegenüber den italienischen Antifaschisten.<sup>116</sup>

Parallel dazu beschäftigten sich ab 1942/43 verschiedene Fachabteilungen des ZK des WKP(B), angeleitet durch die GlawPURKKA, mit ähnlichen Aufgaben. Auch verschiedene sowjetische Regierungsministerien erarbeiteten im letzten Kriegshalbjahr Pläne für die Zeit nach der Besetzung Deutschlands.<sup>117</sup> Doch es gelang weder die Konzepte der Ministerien mit denen des Propagandabüros noch die der Ministerien untereinander zu einem einheitlichen Konzept zusammenzuführen.<sup>118</sup>

---

<sup>115</sup> Weitere Mitglieder dieses Büros waren der EKKI-Sekretär Manuilski, der Stellvertretende Volkskommissar des Äußeren Losowski, der Leiter der Presseabteilung des Volkskommissariats des Äußeren Palgunow, Journalist Krutschkow sowie als Berater Eugen Varga. Burzew 1985, S. 35 f; Foitzik 1999, S. 35 f.

<sup>116</sup> Foitzik 1999, S. 40 f.

<sup>117</sup> So wurden im September 1943 beim Volkskommissariat für Auswärtige Beziehungen mehrere Expertenstäbe eingerichtet: eine Kommission zur Vorbereitung der Verhandlungen in der EAC, eine Kommission zu Fragen der Friedensverhandlungen und der Nachkriegsordnung sowie eine Kommission für Reparationsfragen. Schon im August 1943 hatte sich beim Staatlichen Verteidigungskomitee ein Komitee zur Wiederherstellung der Volkswirtschaften in den befreiten Gebieten angesiedelt, das ab 1945 dem Rat der Volkskommissare unterstellt wurde. Vgl. Foitzik 1999, S. 38 f ; Kynin/Laufer 1996.

<sup>118</sup> Ob dies überhaupt angestrebt wurde, ist den Quellen nicht zu entnehmen. Semjonow 1995.



Nach der Auflösung der Komintern 1943 und Dimitroffs Übernahme der Abteilung Internationale Information des ZK der WKP(B) hielt die „Auslandsabteilung“, wie Dimitroffs Abteilung auch genannt wurde, die Verbindung zwischen den aus Europa emigrierten Kommunisten und der WKP(B). Während Dimitroff Grundsatzfragen entschied, leitete Manuilskij<sup>119</sup> die Arbeit unter den Kriegsgefangenen.<sup>120</sup> Wichtigste Zuarbeiter für diese Abteilung waren die Moskauer Exilvertretungen der jeweiligen nationalen kommunistischen Parteien.<sup>121</sup> Dimitroff beauftragte die deutschen Exilkommunisten ab dem Frühjahr 1944, Konzepte für ein nach-faschistisches Deutschland vorzulegen.

In den Jahren zwischen 1941 und 1943 wurde der GlawPURKKA und der Komintern enge Zusammenarbeit bescheinigt<sup>122</sup>. Die KPD-Programme und die Arbeitsweise des NKFD bezogen auf die Propaganda um die Volksausschüsse lassen jedoch Konflikte zwischen beiden Einrichtungen vermuten. Diese lagen in der Auflösung der Komintern und dem Bedeutungsgewinn der GlawPURKKA begründet. Dimitroff hielt als Chef der „Auslandsabteilung“ des ZK der WKP(B) die Verbindung zur GlawPURKKA und bemühte sich seit 1944 um eine Eingrenzung von deren Kompetenzen.<sup>123</sup>

Auch auf Regierungsebene vertraten einige Ministerien unterschiedliche deutschlandpolitische Ansichten: Der Chef des NKWD, Berija<sup>124</sup>, befürwortete

---

In diesem Zusammenhang sei auch auf ähnliche Schwierigkeiten bei den amerikanischen und britischen Nachkriegsplanungen verwiesen. Roosevelt lagen beispielsweise verschiedene Konzepte zur Besetzung vor, doch er schob die Festlegung auf ein bestimmtes Konzept hinaus, weil er erst die konkrete Besetzung Deutschlands abwarten wollte. Vgl. Benz 1999, S. 33 f sowie S. 48 ff.

<sup>119</sup> Dimitri S. Manuilskij (1883-1959), ab 1922 Mitarbeiter der Komintern, 1928-1943 2. Sekretär des EKKI und WKP(B)-Vertreter bei der Komintern, gleichzeitig leitender Mitarbeiter des ZK der WKP(B) und der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, ab Juli 1944 bis 1953 Stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare/ Stellvertretender Ministerpräsident und Volkskommissar des Äußeren der Ukrainischen SSR, trotzdem weiterhin im ZK und in der GlawPURKKA tätig. Vgl. Foitzik 1999, S. 35.

<sup>120</sup> Burzew 1985.

<sup>121</sup> Foitzik 1999, S. 35-38, hier S. 38.

<sup>122</sup> Keiderling 1993, S. 129.

<sup>123</sup> Bereits zum Jahresende 1944 hatte sich Dimitroff dafür ausgesprochen, dass die 7. Abteilung der GlawPURKKA der gegenwärtigen Lage angepasst wird und das NKFD seine Tätigkeit begrenzen sollte, was gleichzeitig eine Trennung von GlawPURKKA und NKFD bedeutete. Dimitroff begründete seinen Vorschlag damit, dass die im NKFD tätigen Kommunisten und Antifaschisten künftig bei der Herausgabe von deutschen Zeitungen gebraucht würden. Vgl. Naimark 1997, S. 28.

Die Kompetenzen wurden ferner durch die Auflösung des NKFD im September 1945 beschnitten und mündeten schließlich in der Umstrukturierung der GlawPURKKA 1946.

<sup>124</sup> Lawrenti P. Berija (1899-1953), ab 1921 führende Position in sowjetischen Sicherheitsorganen, ab 1934 Mitglied des ZK der WKP(B), 1938 –1945, März bis Juli 1953

eine gemäßigte Politik, worin er von Malenkow<sup>125</sup> unterstützt wurde.<sup>126</sup> Berija plante, neben einer zurückhaltenden Außenpolitik vor allem nichtkommunistische Kräfte in Deutschland zur Zusammenarbeit mit den Besatzern zu gewinnen. Ende Dezember 1944 hatte Stalin Berija, dem bereits seit 1943 mit seinem Ministerium die Kontrolle über die „befreiten Gebiete“ oblag, auch die entsprechenden Kompetenzen für Osteuropa übertragen. Berija schien sich darauf konzentriert zu haben, die vom Büro für militärpolitische Propaganda genannten Kritikpunkte an der westalliierten Besatzungspolitik in den Ländern Osteuropas und später auch in der SBZ den Gegebenheiten entsprechend zu berücksichtigen. Seine Position wurde in der SBZ vom Oberkommandierenden der SMAD, Shukow, dessen Stellvertreter, Sokolowski<sup>127</sup>, sowie dessen Ersten Berater, Semjonow, vertreten. Diese Gruppe, die vor und nach der deutschen Kapitulation die Politik der SBZ bestimmte<sup>128</sup>, versprach sich nur sehr wenig von einer Sowjetisierung Gesamtdeutschlands und ebenso wenig von einem sowjetischen Satellitenstaat in Deutschland.

Shdanow<sup>129</sup> lehnte das von Berija vertretene gemäßigte Konzept ab. Es gelang ihm im Sommer 1945, seinen Interessenvertreter Tjulpanow in der SBZ als Chef des Referats für Agitation und Propaganda einzusetzen. Beide befürworteten eine expansive Deutschland- und Europapolitik.<sup>130</sup>

Zwischen diesen beiden Positionen lavierte der russische Außenminister Molotow<sup>131</sup>. Die Mitarbeiter seines Volkskommissariats waren zwar 1943/44 mit zahlreichen deutschlandpolitischen Planungen beschäftigt<sup>132</sup>, doch diese fanden offenbar während des Krieges kaum Beachtung, und es fehlte ein

---

Volkskommissar bzw. Minister des Innern, 1945 Marschall, ab 1946 Mitglied des Politbüros der WKP(B), 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Vgl. Foitzik 1999, S. 39.

<sup>125</sup> Georgi M. Malenkow (1901-1988) ab 1934 Leiter der Abteilung Parteiorgane beim ZK, 1939-46, 1948-53 Sekretär des ZK der WKP(B), 1939-47 Mitglied des Politbüros der WKP(B). Vgl. Ebenda, S. 37 f.

<sup>126</sup> Strunk, 1991, S. 172.

<sup>127</sup> Zur Biographie von Shukow und Sokolowski vgl. Foitzik 1998, S. 124 ff.

<sup>128</sup> Kynin/Laufer 2000, S. 14.

<sup>129</sup> Andrei A. Shdanow (1896-1948), ab 1927 ZK-Sekretär, 1932 Mitglied des ZK, 1938 Leiter des Außenpolitischen Ausschusses des Obersten Sowjets der UdSSR sowie Leiter der ZK-Abteilungen für Außenpolitik und Kultur. Vgl. Foitzik, S. 25.

<sup>130</sup> Strunk zufolge erlangte die Gruppe um Shdanow erst 1946 Einfluss auf die sowjetische Deutschlandpolitik. Vgl. Strunk 1991, S. 173 f.

<sup>131</sup> Zu den Planungen des Volkskommissariats des Äußeren vgl. Kynin/Laufer (HG) 1996, diess. 2000. Beide Bände, die die Planungen des sowjetischen Außenministeriums sowie dessen Politik nach dem 8. Mai 1945 dokumentieren, verdeutlichen, dass das Außenministerium kaum Einfluss auf die sowjetischen Deutschlandplanungen nehmen konnte.

entsprechender Apparat für ihre Verwirklichung. Somit entstand der Eindruck, dass Molotow selbst kein erkennbar klares Deutschland-Konzept verfolgte. Er war vor allem sowohl an umfangreichen Reparationsleistungen aus dem besiegten Deutschland interessiert, als auch, allerdings erst ab Juli 1946, an der Akzeptanz der Sowjetunion durch die deutsche Bevölkerung. Mikojan, der die Ansichten Molotows teilte, besuchte am 9. Mai 1945 Berlin und sicherte damit der Molotow-Gruppe eine Machtposition. Die Gruppe, die aus Militärs und Zivilisten bestand, wurde auf Anordnung Stalins Ende April 1945 bei den Stäben der 1. und 2. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front tätig. Ihr ist es offenbar zuzuschreiben, dass den sowjetischen Militärs in außenpolitischen Fragen versierte Fachleute und Diplomaten zur Seite gestellt wurden, um der Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten gewachsen zu sein.<sup>133</sup> Ihre Aufgaben bestanden darin, über die Lage in der SBZ zu berichten und die Kommandanten der einzelnen Fronten bei der Verwaltung der besetzten Territorien zu unterstützen.<sup>134</sup> Dabei griffen sie nicht auf ihre eigenen deutschlandspezifischen Ausarbeitungen zurück, sondern sollten den Oberkommandierenden der Fronten die Beschlüsse der EAC vermitteln.<sup>135</sup>

Die Rolle des Pragmatikers Stalin ist nach wie vor nur sehr schwer auszumachen. Er war wie sein Außenminister an allumfassenden außenpolitischen Sicherungsmaßnahmen und an umfangreichen Reparationen interessiert. Diesen globalen Interessen widersprach die von Berija, Shukow, Sokolowski und Semjonow praktizierte Politik in keiner Weise. Somit scheint Stalins Billigung der von Berija vertretenen Politik nicht undenkbar, zumal Staatssicherheit und Militär durch die militärischen Erfolge einen nicht unbedeutenden Einfluss und Machtgewinn innerhalb des sowjetischen Systems verzeichneten. Und doch bewilligte Stalin im Sommer 1945 die Ernennung Tjulpanows zum Chef der Propagandaabteilung der SMAD. Damit leitete er den allmählichen Beginn einer aggressiveren Politik mit Tendenzen zur Transformierung des sowjetischen Systems in der SBZ ein. Nicht belegt werden konnte, dass er diesen Richtungswechsel im August 1945 bereits ins Kalkül gezogen hat. Viel näher liegt die Vermutung, dass er zunächst die

---

<sup>132</sup> Kynin/Laufer 1996; diess. 2000, S. 14.

<sup>133</sup> Strunk 1991, S. 172.

<sup>134</sup> Kynin/Laufer 2000, S. 15 f.

<sup>135</sup> Ebenda.

Macht Shukows in der SBZ und somit die Berijas in seinem Land reduzieren wollte, womit er nicht nur die Position des Militärs, sondern auch die des Geheimdienstes im eigenen Land schwächte und die kommunistische Partei stärkte. Mit der Besetzung zweier miteinander konkurrierender Vertreter politischer Positionen bewahrte sich Stalin die Handlungsfreiheit, in der jeweiligen Situation reagieren zu können und somit die letzte Entscheidungsbefugnis in seinen Händen zu haben.<sup>136</sup>

Da vor allem die von den Deutschen zu leistenden Reparationen<sup>137</sup> für die sowjetische Regierung den Schwerpunkt bei den alliierten Verhandlungen in Jalta bildeten, ist davon auszugehen, dass die sowjetischen Deutschlandplanungen trotz der Analyse der westalliierten Besatzungspolitik in Sizilien, konkret die des demokratischen Neuaufbaus ebenso wie in den anderen alliierten Ländern nur eine nachgeordnete Bedeutung einnahmen. Außerdem erwarteten einige wenige sowjetische Politiker, dass sich die Deutschen aus eigener Initiative gegen Hitler erheben, diesen stürzen und eine proletarische Revolution hervorbringen würden.<sup>138</sup> Möglicherweise unterbreitete die sowjetische Führung auch aufgrund dieser Erwägungen ihren Koalitionspartnern bis zum Kriegsende keine eigenen konkreten Nachkriegspläne.<sup>139</sup>

Andererseits muss in Betracht gezogen werden, dass die Reparationsforderungen nur dann erfolgreich umgesetzt werden konnten, wenn die Anti-Hitler-Koalition Bestand hatte, zumal die Russen auch Anspruch auf Reparationen aus der amerikanischen und der britischen Zone anmeldeten. Mit einer sofortigen Sowjetisierung der eigenen Zone hätte die sowjetische Führung dort in der Folgezeit alle Ansprüche verloren.

Die sowjetische Regierung verfügte also über kein stringentes politisches Konzept für die ihr zur Kontrolle übertragene deutsche Zone.<sup>140</sup> Ferner hatte Jalta klar gemacht, dass sich die in Osteuropa praktizierte Politik nur in sehr modifizierter Weise auf Deutschland übertragen ließ. Die Politik der Integration deutscher Kommunisten in eine von den westlichen

---

<sup>136</sup> Vgl. Schwarz 1980, S. 262 ff.

<sup>137</sup> Zur Reparationsfrage vgl. Karlsch 1993.

<sup>138</sup> So Maiskij in einer Denkschrift vom Januar 1944, ähnliche Argumentation bei Smirnow, dem Chef der für Deutschland zuständigen 3. Abteilung im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten. Vgl. Possekel 1998, S. 22 f.

<sup>139</sup> Foitzik 1999, S. 35.

Koalitionspartnern anerkannte Regierung, die entweder aus dem Exil oder aus dem innerdeutschen Widerstand kam, konnte nicht greifen, weil es keine potentielle deutsche Regierung gab und eine solche von den Westalliierten in absehbarer Zeit nicht vorgesehen war. Die Variante des polnischen „Lublimer Komitees“, dessen Position das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in Deutschland hätte einnehmen können, wurde von den Koalitionspartnern nicht toleriert. Andere Politikstrukturen wie etwa der „Block“ wurden zunächst nicht offiziell erwogen.

Denn die Sowjetunion ging eher von einem deutschen Bündnis mit Westeuropa<sup>141</sup> aus als von deutscher Neutralität. Das Festhalten an der Anti-Hitler-Koalition implizierte für die Sowjetunion außenpolitische Sicherheitsgarantien, denen sich die gesamte sowjetische Deutschlandpolitik unterordnete. Somit sollte die Anti-Hitler-Koalition die von den Sowjets erwartete Allianz Westeuropas mit Deutschland hinausschieben. Neben dem Sicherheitsdenken spielten bei der deutschen Nachkriegspolitik der Sowjets vor allem die Reparationsleistungen aus ganz Deutschland die wesentliche Rolle. Dieser Aspekt wiederum, der eng mit dem Weiterbestehen der Allianz zusammenhing, war von den Besatzungsmaßnahmen der Russen abhängig und davon, ob sich die sowjetische Besatzungspolitik in allgemeiner Übereinstimmung mit der der westlichen Alliierten befand. Ganz allgemein propagierte die Sowjetunion für die Nachkriegssituation in ihrer Zone die rasche Normalisierung des täglichen Lebens.<sup>142</sup>

### 1.3.2 Besatzungspolitische Direktiven für die sowjetisch besetzte Zone

Nach der Jaltaer Konferenz rückten praktische Aspekte der künftigen Besatzung Deutschlands in den Mittelpunkt sowjetischer Betrachtungen. Schon vor Jalta sprachen sich sowjetische Expertenkommissionen für die Fortführung deutscher staatlicher Macht- und Verwaltungsstrukturen im Interesse einer gemeinsamen alliierten Okkupationspolitik gegenüber Deutschland aus.<sup>143</sup>

---

<sup>140</sup> Ebenda; Loth 1994, S. 17.

<sup>141</sup> Gibianskij 1997, S. 33.

<sup>142</sup> Vgl. Possekel 1998, S. 53 sowie empirischer Teil der Arbeit, Auswertung von Kommandanturbefehlen einzelner Städte.

<sup>143</sup> Foitzik 1999, S. 42.

Nicht geklärt werden konnte, inwieweit die Pläne dieser Expertenkommissionen von der sowjetischen Regierung wahrgenommen bzw. berücksichtigt wurden.

In Jalta war deutlich geworden, dass die westlichen Koalitionspartner keine Pläne für eine deutsche Regierungsbildung hatten und sowjetische Varianten nicht akzeptieren würden. Die sowjetische Seite hatte ihrerseits sofort reagiert, indem sie sich nun rigide in die Konzepte der KPD einmischte. Im Resultat der Aussprachen vom 17. und 19. Februar 1945 zwischen dem Leiter des Auslandsbüros, seinem Stellvertreter und dem KPD-Führer übersandte Dimitroff Ende März 1945 dem sowjetischen Volkskommissar für Äußeres, Molotow, Ausarbeitungen „über die politische Arbeit in Deutschland“<sup>144</sup>. Dimitroff verwies ausdrücklich darauf, dass diese Aufzeichnungen in Zusammenarbeit mit den deutschen Kommunisten entstanden sind und Informationsmaterialien der GlawPURKKA berücksichtigt wurden. Inhaltlich beschäftigte sich das Papier mit Fragen der Propagandaarbeit in den von den Truppen der Roten Armee besetzten Gebieten, die einmal von den zuständigen Organen der Roten Armee selbst und zum anderen von deutschen Antifaschisten geleistet werden sollte, und es gab direkt die Anweisungen wieder, die Pieck Mitte Februar 1945 von der Auslandsabteilung der WKP(B) erhalten hatte. Obwohl Dimitroff und Panuschkin Mitte Februar den deutschen Kommunisten eine Absage an die Volksausschüsse erteilt hatten, sollten die mit der Roten Armee nach Deutschland geschickten deutschen Antifaschisten die deutsche Bevölkerung „zur sofortigen Beendigung der militärischen Handlungen gegen die Rote Armee und die Armeen der Verbündeten, zum bewaffneten Kampf gegen Hitler, zur Sabotage“ sowie „zur Bildung von Kampftruppen“ aufrufen, was Zugeständnisse an das sowjetische Militär vermuten lässt.<sup>145</sup>

Ferner schlug Dimitroff zur Unterstützung der sowjetischen Militärbehörden Hilfsorgane vor, die aus deutschen Kommunisten und anderen Antifaschisten gebildet werden und in den für die Sowjetunion wichtigsten deutschen Zentren

---

<sup>144</sup> Bonwetsch u.a. 1997, S. 3-7. Die Datumsangabe ist freigelassen. In einer russischen Dokumentensammlung von 1997 wird das Datum „29. März 1945“ angegeben. Vgl. Lebedew; Narinskij 1997, S. 483-486, Dok. Nr. 205.

<sup>145</sup> Bonwetsch 1997, S. 4 f.

des Besatzungsgebietes arbeiten sollten.<sup>146</sup> Außerdem verwies Dimitroff darauf, dass ein prinzipieller Beschluss hinsichtlich der Schaffung von Verwaltungsorganen benötigt wird, der u.a. auch die Herausgabe der Zeitungen, Übertragungen des Rundfunks und den Einsatz der KPD-Gruppen regeln sollte.<sup>147</sup>

Allgemeines Anliegen der Alliierten war es, das Leben in Deutschland nach der Kapitulation der Wehrmacht so rasch wie möglich zu normalisieren. Auch wenn es den sowjetischen Institutionen nicht gelang oder sie hierfür kein Interesse aufbrachten, grundsätzliche Entscheidungen für den deutschen Verwaltungsaufbau zu treffen, so galt die Reorganisation der Kommunalverwaltungen nach dem Vorbild der Weimarer Zeit als vorteilhaft. Deshalb hielten es sowjetische Parteiideologen ab Anfang April 1945 für erforderlich, in der Parteipresse zur Schonung der deutschen Zivilbevölkerung aufzurufen.<sup>148</sup> Am 20. April 1945 erließ das sowjetische Oberkommando an die Oberkommandierenden und Kriegsräte der 1. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front eine „Direktive zur Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung“. Das sowjetische Oberkommando befahl, die Haltung gegenüber deutschen Zivilisten und Kriegsgefangenen zu ändern, um vor allem deutschen Vorbehalten gegenüber der Roten Armee keine Nahrung zu geben, den Widerstand gegen die Rote Armee zu brechen. Neben dem allgemeinen Fraternisierungsverbot wurde auf den Neuaufbau deutscher Verwaltungen hingewiesen sowie auf den Einsatz neuer Bürgermeister; Aussagen über die

---

<sup>146</sup> Dimitroffs zufolge sollten die deutschen Hilfsorgane, „versteckte Faschisten“ aufspüren und Sabotage verhindern, die kommunale Verwaltung organisieren, Aufräumungsarbeiten unterstützen und an der allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung mitwirken. Ferner sollten die deutschen Antifaschisten der Hilfsorgane „bei der Einrichtung von Gerichten für kleinere Zivilangelegenheiten, des Schul- und Bibliothekswesens, der Versorgung, insbesondere beim Ausfindigmachen von Nahrungsmittelvorräten wie auch von Vermögen, das der Beschlagnahme unterliegt“ mitwirken. Zuletzt wurde auf die Erfassung und Überprüfung „von Kommunisten und Antifaschisten aus den Reihen der örtlichen Bevölkerung“ verwiesen. Zu den deutschen Genossen, die für die Arbeit in den Hilfsorganen vorgeschlagen wurden, gehörten - in dieser Reihenfolge – Ackermann, Ulbricht, Friedrich Wolf, Erwin Hoernle, Peter Florin, Gustav Sobottka, Anton Switalla, Wolfgang Leonhard, Hermann Matern und Fritz Kahmann. Diese Ausarbeitungen machten den ersten Teil der KPD-Richtlinie vom 5. April 1945 aus. Vgl. Ebenda, S. 5 f.

<sup>147</sup> Lebedeva, Narinskij 1997, S. 483 ff.

<sup>148</sup> Possekel 1998, S. 51.

Bis dahin war vor allem Ija Ehrenburgs „Ubi!“ unter den sowjetischen Soldaten verbreitet worden, ein Propagandafeldzug, der vor allem die Kampfmoral der Soldaten anregen sollte und zu unzähligen Plünderungen, Gewalttaten und Vergewaltigungen derjenigen Deutschen führte, die in Ostpreußen und Oberschlesien lebten. Vgl. Foitzik 1999, S. 52-68; Naimark 1997, S. 91-180.

Ressortverteilung innerhalb der deutschen Verwaltungen unterblieben jedoch.<sup>149</sup>

Kurze Zeit später sprach sich Berija gegenüber Stalin dafür aus, den Frontbefehlshabern eine „Militäradministration für Zivilangelegenheiten“ zur Seite zu stellen analog der amerikanischen und britischen Besatzungspraxis auf Sizilien. Doch im Gegensatz zur westalliierten Besatzungspraxis sollte die Funktion eines *stellvertretenden* Frontoberbefehlshabers für Zivilangelegenheiten geschaffen werden. In dessen Hände wurde die Einrichtung örtlicher deutscher Verwaltungen, deren Beobachtung sowie die Kontrolle darüber, wie die Deutschen „die Anordnungen der sowjetischen Militärführung“ erledigten, gelegt.<sup>150</sup>

Wie bereits erwähnt, war das sowjetische Innenministerium seit 1943 über die Besatzungspraktiken der westlichen Alliierten informiert. Ende März 1945 händigten die amerikanischen und britischen Behörden Stalin die Handbücher ihrer Militärregierung aus. Weil offenbar keine eigenen Planungen über den Aufbau deutscher Verwaltungen existierten, griff Berija deren Praxis auf, vorhandene „örtliche deutsche Verwaltungen (Polizei, Gerichte, städtische Stadtverwaltungsorgane, Finanz- und Steuerbehörden usw.)“ für die sowjetische Besatzungspolitik zu nutzen und sie unter Anleitung und Kontrolle der Frontabteilung für zivile Angelegenheiten zu stellen.<sup>151</sup>

Aus Berijas Vorschlägen resultierte am 2. Mai 1945 der „Beschuß des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 8377ss zur Einrichtung der Funktion eines Stellvertreters des Frontoberbefehlshabers für zivile Angelegenheiten“, der in der Regel von der 7. Abteilung der GlawPURKKA gestellt werden sollte. Seine Aufgaben umfassten die Unterstützung der deutschen Bevölkerung beim Aufbau der Kommunalverwaltungen, die sich in der Auswahl und Ernennung von Bürgermeistern, Polizeichefs, Gemeindevorstehern und Staatsanwälten sowie auf „die Kontrolle über die Tätigkeit der deutschen örtlichen Behörden“ hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie der Erfüllung der Anordnungen des Kommandanten erstrecken sollte.<sup>152</sup>

---

<sup>149</sup> Possekkel 1998, S. 67.

<sup>150</sup> Ebenda, S. 53 sowie S. 180 f, Dok. 21.

<sup>151</sup> Ebenda, S. 54 sowie S. 180 f, Dok. 21.

<sup>152</sup> Ebenda, S. 185 f, Dok. 23.



Diese Beschlüsse fasste die sowjetische Regierung erst in den letzten Kriegstagen, als ein Teil Deutschlands bereits von der Roten Armee besetzt war, weshalb deren Umsetzung in der SBZ noch eine Weile auf sich warten ließ. Die mit den Besatzungsaufgaben betrauten sowjetischen Kommandanten mussten aber vor Ort in der Regel sofort Entscheidungen treffen. So bleibt nun, deren Vorbereitungen auf diese sehr schwierige Aufgabe zu untersuchen.

### 1.3.3 Besatzungsvorbereitungen

Während des Zweiten Weltkrieges erfuhr das sowjetische Militär ab 1942/43 aufgrund seiner Erfolge gegen die deutsche Wehrmacht einen enormen Bedeutungszuwachs. Dieser vergrößerte sich durch den Umstand, dass nur die Truppen der Roten Armee erste besatzungspolitische Funktionen im besetzten Deutschland wahrnehmen würden, weil sie im Zuge der Kampfhandlungen sofort vor Ort waren. Um diese Aufgaben ebenso erfolgreich lösen zu können, bedurfte es jedoch spezieller Vorbereitungen. Diese begannen ab Sommer 1944, als sowjetische Offiziere und Fachleute hinsichtlich ihrer zu erwartenden Tätigkeit im Besatzungsgebiet geschult wurden.<sup>153</sup> Um die künftigen Besatzungsoffiziere mit ihrer Arbeit vertraut zu machen, beauftragte Dimitroff u.a. Vertreter der Exil-KPD zweimal wöchentlich vor Mitarbeitern des ZK der WKP(b), des diplomatischen Dienstes, der politischen Abteilungen der Roten Armee und anderer Dienststellen über spezifisch deutsche Probleme zu referieren.<sup>154</sup> Ab November 1944 wurden zusätzlich Einmonatslehrgänge für die für politische Kriegsführung zuständigen Politoffiziere der 7. Abteilung der GlawPURKKA durchgeführt. Als Ausbilder fungierten fronterfahrene Propagandaoffiziere, sowjetische Hochschullehrer sowie loyale deutsche Politemigranten.<sup>155</sup> Die Unterrichtseinheiten, die Landes- und Volkskunde, einen historischen Abriss, das faschistische Deutschland, den deutschen Antifaschismus sowie Fragen der Neugründung der KPD umfassten, sollten „den angehenden Besatzungsoffizieren deutlich machen, auf welche *Gegner* und *provokatorischen Gruppen* aus dem sozialdemokratischen, trotzkistischen oder kirchlichen Milieu sie voraussichtlich in der ersten Zeit nach der

---

<sup>153</sup> Russische und deutsche Quellen datieren den Schulungsbeginn für sowjetische Offiziere auf den Herbst 1944. Da die Vorbereitungskurse für die KPD bereits im Sommer 1944 begannen, datierten die Amerikaner die Schulungen für die Offiziere der Roten Armee zurück. Vgl. Foitzik 1999, S. 45.

Im Vergleich dazu sei erwähnt, dass ein Großteil der Angehörigen der Civil Affairs Division, die im besetzten Deutschland die Besatzungsaufgaben wahrnehmen sollten, zwischen 1942 und 1944 diverse Vorbereitungskurse in den USA und in Großbritannien absolviert hatten, auf denen sie Kenntnisse über die wirtschaftlichen, politischen und verwaltungstechnischen Strukturen ihrer Bestimmungsregion oder der Großstädte erwarben. Über diese Maßnahmen war beispielsweise auch Berija informiert, der Stalin im April 1945 mitteilte: „Das alliierte Kommando realisiert die Verwaltung des besetzten deutschen Territoriums durch einen ihm unterstellten Apparat einer Militäradministration mit 3.000 Personen, die an speziellen Schulen ausgebildet worden sind, wo Offiziere und Personen mit Erfahrung in Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen aufgenommen wurden.“ Possekel 1998, S. 53; Vgl. Benz 1999, S. 33.

<sup>154</sup> Creuzberger 1996, S. 22.

<sup>155</sup> Ebenda.

Kapitulation des *Dritten Reiches* treffen würden.“<sup>156</sup> Die Lehrgänge versuchten außerdem, das erworbene Wissen sowjetischer Offiziere, die in den besetzten osteuropäischen Ländern tätig waren, zu vermitteln, lagen doch spätestens ab Januar 1945 intensive Erfahrungen beim Aufbau von Militärverwaltungen aus diesen Ländern vor.<sup>157</sup>

Trotz dieser Lehrgänge, der sich anschließenden Deutschkurse und der Besetzungserfahrungen aus Osteuropa stand im April/Mai 1945 nur wenig geschultes Personal für die Besetzungsaufgaben in Deutschland zur Verfügung.<sup>158</sup> Daran änderte auch der Umstand nichts, dass ab September 1944 emigrierte Kommunisten und angeworbene kriegsgefangene Kommunisten Vorbereitungskurse für die künftige Arbeit in der SBZ absolvierten, und zur gleichen Zeit damit begonnen wurde, deutsche Mitarbeiter der GlawPURKKA, die mit der Roten Armee in Deutschland einrücken würden, zu schulen.<sup>159</sup>

Einige Offiziere erhielten erst im Februar 1945 den Auftrag, den Aufbau von Kommandanturen in deutschen Städten zu übernehmen. Andere Truppenoffiziere wurden aus der Situation heraus zu Ortskommandanten berufen, die aufgrund ihrer Teilnahme an den Kampfhandlungen keine der erwähnten Schulungen besucht hatten. Oft musste die Besatzungsarbeit ohne weitere Instruktionen übergeordneter Stellen bewältigt werden. Somit ist es nahe liegend, dass auch das russische Militär ebenso wie das amerikanische<sup>160</sup> mit dem Aufbau ziviler Verwaltungen in der SBZ völlig überfordert war. Erschwerend kam der häufige Standortwechsel der sowjetischen Truppen in den ersten Besatzungsmonaten hinzu, der fast immer einen Kommandantenwechsel für die jeweilige deutsche Gemeinde oder Stadt nach sich zog.

Warum erst im Verlaufe des Jahres 1944 begonnen wurde, sowjetische Offiziere für ihre Besetzungsaufgaben in Deutschland vorzubereiten, die Amerikaner und Briten taten das bereits seit 1942<sup>161</sup>, liegt noch immer im

---

<sup>156</sup> Hervorhebung im Original, Ebenda, S. 22 f.

<sup>157</sup> Vgl. Fejtö 1972, Diepenthal 1974, Gibianskij 1997.

<sup>158</sup> Über die Anzahl der geschulten Offiziere der Roten Armee liegen keine Angaben vor, um diese mit entsprechendem Material für die amerikanische oder britische Zone vergleichen zu können.

<sup>159</sup> Foitzik 1999, S. 46.

<sup>160</sup> Vgl. hierzu Niethammer 1976, Henke 1995, Benz 1999.

<sup>161</sup> Die amerikanischen und britischen Besatzungsoffiziere wurden zwar seit 1942 ausgebildet, doch waren die theoretischen Ausführungen dieser Schulungen 1945 auf die realen

Dunkeln. DDR-Historiker äußerten, dass die sowjetische Regierung bis dahin auf eine innerdeutsche Volkserhebung gegen Hitler, angeregt durch entsprechende Propaganda des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, hofften<sup>162</sup>, so ist der Gedanke eines möglichen Separatfriedens mit dem deutschen Militär, dass sich gegen Hitler stellte, ebenfalls nicht auszuschließen. Aber nicht nur die künftigen Besatzungsoffiziere wurden verhältnismäßig spät ausgebildet. Auch die wichtigsten Besatzungsaufgaben, die den Aufbau einer funktionierenden deutschen Stadtverwaltung und andere damit verbundene Maßnahmen betrafen, wurden spät formuliert. Die Truppen der Roten Armee erhielten entsprechende Ausarbeitungen im März 1945, also sechs Wochen vor Kriegsende. Da erfolgte die notwendige Instruktion der Kriegskommandanten und ihrer Mitarbeiter, die im Einsatzgebiet der 1. Ukrainischen und 2. Belorussischen Front, d.h. in Sachsen, Brandenburg und Teilen der Provinz Anhalt, tätig werden sollten. Der Chef der 7. Abteilung der Politischen Verwaltung der 1. Ukrainischen Front referierte am 23. April 1945 vor den Politoffizieren der aufzubauenden Kommandanturen seiner Front darüber, „daß die Funktion der Ortsältesten, Bürgermeister und der deutschen Verwaltungen vor allem in der Sicherstellung der Erfüllung der Befehle der sowjetischen Kommandanten sowie in ihrer Unterstützung bestehe; außerdem hätten sie im kommunalen Bereich zur Normalisierung des öffentlichen Lebens beizutragen.“<sup>163</sup> Es erging ein striktes Fraternisierungsverbot, das nur dienstliche Kontakte zur deutschen Zivilbevölkerung erlaubte. Ferner wurden von den Deutschen „Demut und die akkurate Erfüllung der Aufgaben des Kommandanten“ verlangt.<sup>164</sup>

Ob die ersten Ortskommandanten diese Direktive des Oberkommandos vom 20. April 1945 noch rechtzeitig erhielten, ist nicht bekannt. Inhaltlich könnte diese Direktive den Fronttruppen der Roten Armee durch den Tagesbefehls Nr. 5 des Kriegsrates der 1. Belorussischen Front vom 23. April 1945 übermittelt

---

Verhältnisse in Deutschland kaum anzuwenden. Über die Qualität der Schulungen sowjetischer Besatzungsoffiziere liegen noch keine Hinweise vor. Vgl. Henke 1995, S. 211ff.

<sup>162</sup> Welsh 1989, S. 23.

<sup>163</sup> Ebenda, S. 334 sowie S. 63.

<sup>164</sup> Diese Anordnungen an die Offiziere der 1. Ukrainischen Front entsprach inhaltlich einer EAC-Direktive. Welche konkreten Aufgaben die Kommandantur und somit der jeweilige Kommandant ausüben sollte, war keinem der Dokumente zu entnehmen. Vgl. Foitzik 1995, S. 34 sowie S. 63.

worden sein.<sup>165</sup> Darin wurden Stadt- und Kreiskommandanturen des Militärkommandos der Roten Armee als Verwaltungsgewalt in Deutschland festgelegt und bestimmt, dass deutsche Exekutive, d.h. Bürgermeister und Ortsälteste, für die Umsetzung der Befehle und Anordnungen verantwortlich sind. Alle leitenden Mitarbeiter der deutschen Verwaltung sind von Kommandanten auszuwählen, die übrigen in ihrem Amt zu bestätigen. Bekanntmachungen deutscher Behörden bedurften künftig einer Bestätigung durch die sowjetische Kommandantur.

Nach einer Beratung im April 1945 erließen die Kriegsräte der drei im besetzten Deutschland zum Einsatz kommenden Fronten gemeinsame Richtlinien.<sup>166</sup> Diese basierten auf dem Dimitroff-Papier von Ende März 1945 sowie auf den Anordnungen des Kriegsrates und der Politischen Verwaltung an die Ortskommandanten der für den Süden Mitteldeutschlands zuständigen 1. Ukrainischen Front vom 13. Mai 1945. Hatte das Dimitroff-Papier zunächst nur propagandistische Aufgaben formuliert, so enthielten die Richtlinien der drei Kriegsräte auch Hinweise zum deutschen Verwaltungsaufbau, die einen Rückgriff auf die Kommunalstrukturen der Weimarer Republik darstellten. Die sowjetischen Behörden haben sich vermutlich weniger an Vorstellungen der Exil-KPD orientiert, als vielmehr an den Handbüchern zur Besatzungspolitik ihrer alliierten Koalitionspartner. Lediglich die Abteilungen „Aufklärung“ und „Schutz der [öffentlichen] Ordnung und Personalwesen“ könnten sowjetische Ansichten widerspiegeln.<sup>167</sup>

Diese Anordnungen verdeutlichen, dass in der SBZ nicht wie in Osteuropa verfahren werden sollte, wo die Kommunisten mittels politischer Initiativtaktik die bisherigen Verwaltungsstrukturen „durch spontane Formen national-revolutionärer Selbstorganisation (Nationalausschüsse, Nationalräte u.ä.)“ ablösten oder eine „Doppelherrschaft“ alter und neuer Behörden installierten. In der SBZ galt es vielmehr, nach Kriegsende die alten Verwaltungsstrukturen

---

<sup>165</sup> Vgl. Semirjaga 1995, S. 23.; Foitzik 1995, S. 35.

<sup>166</sup> Foitzik 1999, S. 331.

<sup>167</sup> Die KPD-Richtlinien vom 5. April 1945 legten die Bildung folgender Abteilungen fest: Wohnung, Ernährung, Städtische Betriebe, Gewerbe, Handwerk und Handel, Volksbildung- und Volksfürsorge sowie Finanzen. (Vgl. BA, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 4 f.) Die Anordnungen des Kriegsrates der 1. Ukrainischen Front beinhalteten die Abteilungen Industrie und Handwerk, Handel und Versorgung, Kommunalbetriebe, Finanzen und Steuern, Gesundheitswesen, Aufklärung, soziale Sicherheit und Schutz der [öffentlichen] Ordnung und Personalwesen. Vgl. Foitzik 1999, S. 331.

aus der Weimarer Republik zu restaurieren.<sup>168</sup> Somit wurde statt der in Osteuropa verwendeten Politikmuster auf diejenigen zurückgegriffen, die auch in Frankreich und Italien praktiziert wurden.<sup>169</sup> Diese Politik war dem Umstand geschuldet, dass der sowjetischen Regierung an einer einheitlichen Behandlung Deutschlands durch die Alliierten gelegen war und die westlichen Alliierten ebenfalls bekannte Organisationsstrukturen beim Verwaltungsaufbau bevorzugten. Außerdem stellte der Rückgriff auf den Weimarer Verwaltungsaufbau eine Möglichkeit dar, das Nachkriegsleben in Deutschland rasch zu normalisieren.

Wenige Tage vor Kriegsende verabschiedete das sowjetische Staatskomitee für Verteidigung eine Direktive, die festlegte, dass die deutschen Verwaltungsbeamten aus antifaschistischen Kreisen ausgewählt werden sollen. Die sowjetische Seite hatte vor allem Mitglieder von Gruppen im Auge, die während des Nationalsozialismus Repressionen ausgesetzt waren bzw. eine loyale Haltung zur Sowjetunion einnahmen. Obwohl jeder Stadtkommandant für die Amtshandlungen der deutschen Behörden verantwortlich gemacht wurde, oblag es den zur Entlastung des Kommandanten zur Seite gestellten Stellvertretern für zivile Angelegenheiten, die örtlichen Verwaltungen zu organisieren, Bürgermeister, Polizeichefs, Gemeindevorsteher und Mitarbeiter von Gerichten und Staatsanwaltschaften zu ernennen.<sup>170</sup> Ob und auf welche Weise die Stadtkommandanten und Politoffiziere der 1. Bjelorussischen und 1. Ukrainischen Front über diese am 2. Mai 1945 verabschiedete Direktive informiert wurden, ist nicht bekannt.

Waren die Offiziere der 1. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front bereits seit März/April 1945 über ihre künftigen Besetzungsaufgaben informiert worden, gab ein Vertreter des Volkskommissariats für Staatssicherheit erstmals am 18. Mai 1945 in Stettin den neu ernannten Kommandanten und den Sicherheits- und Politoffizieren der Region Mecklenburg/Vorpommerns konkrete Anweisungen.<sup>171</sup>

---

<sup>168</sup> Foitzik 1999, S. 334.

<sup>169</sup> Vgl. Schuler 1973, Volk 1984, Keller 1997.

<sup>170</sup> Foitzik 1999, S. 79; Naimark 1997, S. 22 f.; Possekel 1998, S. 185 f.

<sup>171</sup> Naimark 1997, S. 22 f.

Mit dieser vom 2. Mai 1945 datierten Direktive, die den Einsatz von stellvertretenden Kommandanten regelte, wurde in erster Linie die allgemeine Macht des Militärs eingeschränkt, unterstanden doch die stellvertretenden Kommandanten für zivile Angelegenheiten dem Innenministerium Berijas. In zweiter Hinsicht konnten auf diese Weise auch die Kompetenzen der Kommandanten eingeengt werden, wenn sie zwar für die Amtshandlungen der deutschen Behörden verantwortlich waren, die entsprechende Personalauswahl jedoch ihren Stellvertretern überlassen mussten. Der jeweilige Stadtkommandant schien lediglich Repräsentativfunktionen wahrzunehmen, während sein Stellvertreter, dem die Personalauswahl oblag, der eigentliche Initiator der Nachkriegspolitik in der SBZ war.

Neben den persönlichen Ansichten der Kommandanten und den fehlenden zentralen sowjetischen Anweisungen zur Arbeit der Kommandanturen mag ein weiterer Grund, weshalb die jeweiligen Angelegenheiten in den Städten oft recht unterschiedlich geregelt wurden, darin zu suchen sein, dass sich einige Kommandanten der beschriebenen faktischen Machtlosigkeit nicht beugen wollten. Deshalb entsteht der Eindruck, dass die sowjetischen Kommandanturen in den deutschen Städten und Gemeinden in den ersten Nachkriegswochen genauso unkoordiniert und unkontrolliert arbeiteten wie die zu untersuchenden antifaschistischen Ausschüsse und Komitees. Dies betrifft hauptsächlich die Tagesaufgaben, die in den ersten Nachkriegswochen ohnehin nur schwer von übergeordneter Stelle zu kontrollieren waren. Wenn, wie im empirischen Teil der Arbeit gezeigt, allgemeine Aufgaben der Besatzung gelöst werden mussten, wurde im Großen und Ganzen auf die vorgegebenen Richtlinien zurückgegriffen. In Detailfragen jedoch verfahren die Kommandanten nach Gutdünken. So war beispielsweise der Umgang mit den antifaschistischen Ausschüssen nur dahingehend geregelt, dass die in den Städten und Gemeinden lebenden Antifaschisten in das Nachkriegsleben integriert werden sollten. Da über die Art und Weise der Integration jedoch keine konkreten Aussagen vorlagen, ließen einige Kommandanten die Mitglieder dieser Gruppen gewähren. Ferner ist anzunehmen, dass es den Besatzungskommandeuren schwer fiel, die antifaschistischen Ausschüsse hinsichtlich ihrer Verwaltungsarbeit oder als Hilfsorgane zu unterscheiden,

erfüllte die Antifa in den ersten Nachkriegswochen doch meist beide Funktionen.

#### 1.3.4 Die KPD-Richtlinie vom 5. April 1945

Die Exil-Führung der KPD hatte nach Jalta die Aufgabe, KPD-Gruppen auf ihren Einsatz vorzubereiten, die die Rote Armee bei der Besetzung deutscher Gebiete unterstützen sollten. Dafür erarbeiteten die deutschen Funktionäre die „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in den von der Roten Sowjetarmee besetzten deutschen Gebieten“.<sup>172</sup> Inhaltlich stimmte dieses KPD-Papier, das auf den 5. April 1945 datiert, mit dem Dimitroff-Papier von Ende März überein. Verantwortlich für diese Richtlinie zeichnete, wie aus einer zweiten Fassung hervorgeht, Walter Ulbricht. Sie war das Resultat der Arbeit „einer Kommission des Politbüros der KPD“, der Ulbricht vorstand.<sup>173</sup>

Gleich zu Beginn wurde auf die Unterordnung der nach Deutschland entsandten KPD-Funktionäre unter die Besatzungsbehörden verwiesen. Sie sollten der deutschen Bevölkerung vermitteln, dass die Befehle und Anweisungen der Besatzungsmacht im eigentlichen Interesse der Bevölkerung lägen und deshalb unbedingt umgesetzt werden müssten. Weitere Aufgaben waren die „Herstellung der Ordnung, Schaffung der Bedingungen des täglichen Lebens der Bevölkerung, Unterstützung der Roten Armee bei der Liquidierung der nazistischen Terror- und Provokationsnester und Organisierung des Kampfes für die politisch-moralische Ausrottung des Nazismus, Militarismus aus dem Leben des deutschen Volkes.“<sup>174</sup>

---

<sup>172</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 1-6; Laschitzka 1969, S. 247 ff; Sywottek 1971, S. 183 ff; Stöbel 1985, Teil 1, S. 8; Benser 1995, S. 112.

<sup>173</sup> Die zweite Fassung erwähnt außerdem, dass sich die von Ulbricht geleitete Kommission mit Mitgliedern des NKFD über den Inhalt der Richtlinie abgestimmt hatte. Ob es sich hierbei um NKFD-Mitglieder handelte, die ebenfalls der KPD angehörten oder um Vertreter des Bundes der Offiziere, ist nicht bekannt. (BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851)

Jedoch schien es den KPD-Funktionären vorteilhaft zu sein, die Richtlinie dem noch existierenden Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zumindest vorzulegen, nicht nur weil es sich bei den „antifaschistischen Kriegsgefangenen“ fast ausschließlich um Mitglieder des NKFD handelte, sondern auch um sich deren Unterstützung bei der künftigen Arbeit innerhalb Deutschlands zu sichern.

<sup>174</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 1.



Doch statt konkrete Aufgaben aufzulisten, die die deutschen Kommunisten im besiegten Deutschland wahrnehmen sollten, wie die Richtlinie impliziert, ergingen zunächst umfassende Propagandahinweise.<sup>175</sup>

Der dritte Punkt der Richtlinien beschäftigte sich mit der Besetzung der kommunalen Verwaltung. Dafür wurden neben dem vom Ortskommandanten ernannten Bürgermeister fünf bis sieben Antifaschisten benötigt, die die bisherigen Abteilungsleiter der einzelnen Ämter, denen die Mitgliedschaft in der NSDAP unterstellt wurde, ersetzen sollten. Weil diese KPD-Richtlinie in Zusammenarbeit mit sowjetischen Behörden entstand, die ebenso wie die Westalliierten vorhandene Verwaltungsstrukturen übernehmen wollten, waren Hinweise auf einen Neuaufbau der Kommunalverwaltungen nicht zu finden. Ebenso fehlten Anweisungen zum Aufbau übergeordneter Behörden. Die Beschränkung auf die personelle Neubesetzung der Kommunalverwaltungen<sup>176</sup> ist darauf zurückzuführen, dass zunächst die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und die rasche Normalisierung des Lebens die Hauptschwerpunkte der unmittelbaren Besatzungspolitik der Roten Armee und der ihr unterstellten Moskauer KPD-Gruppen bildeten. Außerdem sei darauf verwiesen, dass sich,

---

<sup>175</sup> So wurde die Herausgabe der „Deutschen Volkszeitung“ (DVZ), die Inbetriebnahme antifaschistischer Rundfunksendungen und die Verbreitung antifaschistischer und fortschrittlicher Literatur erwähnt. Die DVZ, die zunächst in Dresden und Cottbus erschien, sollte die Bevölkerung „für die Überwindung der Not mobilisieren im Sinne der Herstellung der Ordnung, Sicherung einer notdürftigen Ernährung, Unterbringung der Wohnungslosen, Inangsetzung der städtischen Versorgungsbetriebe und eines Notverkehrs.“ Das bedeutete zunächst, dass die Bewältigung von dringenden Sachzwängen im Mittelpunkt jeglicher Arbeit stand. Hierfür war die Akzeptanz der Anordnungen der Roten Armee *und* der Gemeindeverwaltungen im Volke notwendig. Um diese herbeizuführen, sollte das Volk umfassend über die „Ursache der Katastrophe“ und die „Kriegsschuld Deutschlands“ aufgeklärt und zum „Haß gegen Nazismus, Militarismus und Reaktion“ erzogen werden. „Durch grundsätzliche Aufsätze ist die allgemeine antifaschistische Umerziehung zu fördern, besonders die Aufklärung über das Wesen des deutschen Imperialismus, des preußischen Militarismus und des Rassismus.“ Auch der letzte Teil dieses Abschnitts widmete sich rein propagandistischen Maßnahmen, wie die Erfüllung von Wiedergutmachungsbedingungen, die „Liquidierung des Nazismus“ und die Abkehr vom der nationalsozialistischen Ideologie, die konsequente Demokratisierung des Denkens und Handelns sowie ein freundschaftliches Verhalten zur Sowjetunion und anderen demokratischen Ländern.

Sollten die erstgenannten Propagandaaufgaben innenpolitischen Zielen wie beispielsweise der Denunziation bekannter Nationalsozialisten dienen, so stellte die Umsetzung dieser Aufgaben die Voraussetzung für die „würdige Existenz des deutschen Volkes und für die spätere Rückkehr in die Gemeinschaft der Völker“ dar. Die Organisation von Rundfunksendungen verfolgte nahezu dieselben Ziele wie die Herausgabe der DVZ. Die Redaktionstätigkeit lag in der Regel bei einem Mitglied der aus Moskau kommenden KPD-Gruppen, während namhafte Persönlichkeiten und Gemeindevertreter offizielle Artikel über ihre Stadt verfassen oder persönlich in Rundfunksendungen auftreten sollten. Vgl. BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 2.

<sup>176</sup> Sywottek 1971, S. 185.

wie die Jaltaer Konferenz gezeigt hatte, die Alliierten über den weiteren Staatsaufbau Deutschlands noch nicht einig waren.

Betriebsvertrauensleute und die in Wohngebieten geplanten Block- und Straßenvertrauensleute sollten die Kommunalverwaltung unterstützen. Der im Idealfall aus dem sowjetischen Exil kommende Chef des Personalamts der Kommunalverwaltung hatte sämtliche ehemalige KPD-Funktionäre zu registrieren. Als potentielle Mitarbeiter der Stadt- und Gemeindeverwaltungen wurden aufgezählt: Antifaschisten, die schon vor 1933 einer antifaschistischen Organisation angehört hatten und während der Hitlerzeit „standhaft“ geblieben waren; Werktätige, die gegen Hitler in irgendeiner Form gekämpft hatten; „verantwortungsbewußte, entwicklungsfähige Kräfte der Intelligenz“, die weder Mitglieder der HJ noch der NSDAP gewesen waren. Im Amt bleiben bzw. ebenfalls zur Einstellung kommen sollten diejenigen Intellektuellen, Ingenieure, Ärzte und Lehrer, die zwar ein Mitgliedsbuch der NSDAP besaßen, aber keine nachweisbar politische Tätigkeit ausgeübt hatten.<sup>177</sup> Somit wurde der Kreis der deutschen Bevölkerung, der aktiv den Nationalsozialismus unterstützt hatte, immer kleiner und die Integrationsangebote der Besatzungsmacht und der aus Moskau heimgekehrten KPD gleichzeitig immer umfassender. Ausgeschlossen waren „aktive“ Mitglieder der NSDAP. Im Gegensatz zu den Anweisungen und politischen Praktiken in west- und osteuropäischen Ländern, mit ehemaligen Politikern anderer Parteien zusammenzuarbeiten, wurden diese und eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit in den Richtlinien nicht einmal erwähnt. Derartige sektiererische Ansichten hatte die Exil-KPD, wie bereits dargestellt, schon mehrfach vertreten. Es greift wohl zu kurz, diese Ansichten als ein Nichtverstehen der sowjetischen Anordnungen zu interpretieren, weshalb nicht ausgeschlossen werden soll, dass die Funktionäre der KPD-Führung damit eigene Ziele und Interessen formulierten.

Nachdem ein weiterer Absatz der Direktive die unmittelbaren Aufgaben der neuen Stadtverwaltungen nach der Besetzung wiedergab, wurden im letzten Abschnitt die Aufgaben „der in das besetzte deutsche Gebiet entsandten Genossen und antifaschistischen Kriegsgefangenen“ erwähnt.<sup>178</sup> Die leitenden

---

<sup>177</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 3.

<sup>178</sup> An erster Stelle stand die Überzeugungsarbeit, dass das Volk die Anweisungen der Besatzungsmacht als im eigenen Interesse liegend umsetzte. Den Militärbehörden war bei der

KPD-Funktionäre nahmen ihre Tätigkeit „von der Basis beim Stab der 1. belorussischen Front“ auf, der für die Organisation der Zeitungen, des Rundfunks und die Herausgabe von Broschüren zuständig war. Zu den Hauptaufgaben der leitenden KPD-Funktionäre gehörte es, die wichtigsten von der Roten Armee besetzten Städte aufzusuchen, „um die Durchführung der Richtlinien anzuleiten“. Jeder Gruppe der KPD-Führungsfunktionäre wurde ein sowjetischer Offizier „für die Mitarbeit und Verbindung“ zugeteilt. Weiter wurde festgelegt, dass den Frontstäben der Roten Armee für Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Halle-Merseburg je eine aus drei Funktionären bestehende Arbeitsgruppe zur Seite stehen sollte, um „als Instruktoren bei der Organisation der Stadtverwaltungen“ zu helfen. Von den übrigen Exil-Kommunisten und Antifa-Kriegsgefangenen sollte ein Teil in vorher festgelegten Bezirks- und Kreisstädten arbeiten, während der andere Teil in den kleineren Städten und Gemeinden die Kommunalverwaltung einrichten und kontrollieren sollte, „ob die geschaffenen Gemeindeverwaltungen aus zuverlässigen Antifaschisten bestehen und wirklich im Sinne der Richtlinien“ handelten.<sup>179</sup>

Frühere Darstellungen implizieren, dass die Hinweise zum Einsatz der KPD-Gruppen im angeführten Dokument zuerst genannt wurden und sich alle anderen Aufgaben und Anweisungen diesen unterordneten<sup>180</sup>. Doch tatsächlich wurden *erst* Fragen der Propaganda und der Neubesetzung der Stadtverwaltungen, die sich sogar noch in Anweisungen für die einzelnen Abteilungen untergliederten, gegeben, bevor der eigentliche Kadereinsatz der deutschen Kommunisten und Antifa-Kriegsgefangenen thematisiert wurde. Möglicherweise hing das mit der Zeit und den Umständen der Entstehung dieser Richtlinie zusammen: Während, wie dargelegt, in den ersten Punkten bereits Entscheidungen sowjetischerseits vorlagen, musste Dimitroff das Außenministerium erst auf die Notwendigkeit hinweisen, dass auch die kommunalen Fragen bei der Besetzung Deutschlands dringend einer Entscheidung bedurften. Damit wird die Abhängigkeit der deutschen

---

Namhaftmachung und Festsetzung von Kriegsverbrechern, Saboteuren und deren Hintermännern zu helfen, indem Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, der Wehrmacht und des Volkssturmes registriert wurden. Außerdem war sämtlichen Aufrufen der Besatzungsmacht zu Arbeitseinsätzen und anderen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachzukommen. BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 3 f.

<sup>179</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 6, Sywottek 1971, S. 183 f.

Exilkommunisten von Entscheidungen der WKP(B) und den Politabteilungen der jeweiligen Front offenbar. Die verwaltungstechnische Fragen betreffenden sowjetischen Beschlüsse wurden den deutschen Kommunisten demnach erst kurz vor Fertigstellung der genannten Richtlinie bekannt gegeben und bilden deshalb deren Abschluss. Das würde auch erklären, weshalb konkrete Aspekte, wie die Auswahl der Kriegsgefangenen und der Städte, in denen sie ihre Tätigkeit aufnehmen sollten sowie die Frage ihrer Handlungslegitimation nicht erörtert wurden.

Es ist nicht zwingend, dass die Ausführung des Auftrags durch die deutschen Kommunisten und deren Abhängigkeit von den sowjetischen Institutionen eine Interessenidentität zwischen der Politik der künftigen Besatzungsmacht und der der KPD voraussetzte<sup>181</sup>. Den Funktionären der KPD war ihre Subordination unter die sowjetischen Ziele zwar stets bewusst, inwieweit sie deren Ziele als die eigenen anerkannten, ist unbekannt. Im Fall der nach Deutschland zu entsendenden KPD-Gruppen hatten sie einen konkreten Auftrag erhalten, von dessen korrekter Erfüllung sie sich Vorteile versprachen, vor allem für ihre eigenen politischen Ziele. Dass diese mit denen der Sowjetunion übereinstimmen mussten, wurde bisher nur aus dem bestehenden Abhängigkeitsverhältnis geschlossen. Könnte aber nicht gerade die Situation der ständigen Subordination der KPD unter die WKP(B) ein Indiz dafür sein, dass, wenn die exilierten deutschen Kommunisten in ihr Land zurückkehrten, sie auch an Voraussetzungen und Möglichkeiten für die Durchführung eigener politischer Ziele interessiert waren?

Über die Vorbereitungen für die Arbeit der KPD-Gruppen, die die Rote Armee im besetzten Deutschland unterstützen sollten, liegen widersprüchliche Aussagen vor.<sup>182</sup> Da die KPD-Gruppen erst Mitte Februar 1945 von der sowjetischen Seite bewilligt wurden, ist davon auszugehen, dass notwendige Instruktionen frühestens ab März 1945 erfolgen konnten.<sup>183</sup> Die Schulungen der KPD-Gruppen begannen jedoch tatsächlich erst am 15. April 1945. Im Mittelpunkt der insgesamt sechs Seminare standen vorrangig Alltags- und

---

<sup>180</sup> Sywottek 1971, S. 183f; Benser 1985, S. 61ff.

<sup>181</sup> Sywottek 1971, S. 184.

<sup>182</sup> Erler 1998, S. 254 ff.

<sup>183</sup> Vermutlich begannen die Vorbereitungen erst, nachdem die Handbücher der amerikanischen und britischen Militärregierungen vorlagen. Vgl. Possekel 1998, S. 54.

Verwaltungsfragen.<sup>184</sup> Leonhard<sup>185</sup> zufolge trafen sich die ausgewählten Mitglieder bis zu ihrer Abreise einmal wöchentlich zu Vorträgen mit anschließender Diskussion. Es ist davon auszugehen, dass die künftigen Instrukteure nicht nur über die Geschichte Deutschlands und der KPD, sondern auch über neue Fragen der Landwirtschaft, des Gewerkschaftsaufbaus und dann ab Anfang April, nachdem die KPD-Richtlinien vom 5. April 1945 vorlagen, über den Aufbau der Kommunalverwaltungen unterrichtet wurden.<sup>186</sup>

#### 1.4 Die Gründung der SMAD und der KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945

Es dauerte nach Kriegsende knapp drei Wochen, bis eine sowjetische Behörde zur Verwaltung der deutschen Besatzungszone gegründet wurde. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Gründung der SMAD deshalb so lange hinauszögerte, weil die sowjetische Regierung eine deutsche Regierungsbildung, die von allen Alliierten akzeptiert worden wäre, noch im Mai 1945 für möglich hielt. Auffällig ist, dass unmittelbar, nachdem die Regierung Dönitz<sup>187</sup> von den Alliierten verhaftet worden war, die deutschen Exil-Funktionäre meldeten, dass die Antifa-Büros geschlossen und entsprechende Komitees und Ausschüsse aufgelöst worden seien.<sup>188</sup> Somit schien die sowjetisch besetzte Zone eine politische „tabula rasa“ zu sein, ebenso wie die westalliierten Zonen, in denen ebenfalls kaum noch Antifa-Komitees existierten. Doch die Westalliierten zeigten nach wie vor kein Interesse an einer deutschen Regierung und etablierten stattdessen ihre Militärbehörden, weshalb sich die Sowjets zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen sahen.

---

<sup>184</sup> Erler 1998, S. 250.

<sup>185</sup> Leonhard, der als Jüngster der Ulbricht-Gruppe angehörte, erwähnte, dass er Mitte April 1945 von seiner Nominierung für die Rückkehr nach Deutschland erfuhr. Über eine konkrete und ausführliche Schulung über die Arbeit, die sie in Deutschland erledigen sollten, ist diesen Darstellungen nichts zu entnehmen. Lediglich während des letzten Abends in Moskau, an dem Pieck zu einer kleinen Abschiedsfeier geladen hatte, „wurde zwar hier und da auch über die zukünftige Arbeit gesprochen, aber nicht in dem parteioffiziellen Direktiven-Stil, sondern frei, mit eigenen Worten.“ Leonhard 1992, S. 409.

<sup>186</sup> Leonhard 1992, S. 398 ff.

<sup>187</sup> Diepenthal 1974.

<sup>188</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Walter Ulbricht an Genossen Dimitroff, Telegramm 9.5.45 (Übersetzung).

Die Notwendigkeit zur Gründung einer den Kommandanturen übergeordneten sowjetischen Behörde unterstrichen auch die Mitarbeiter des sowjetischen Außenministeriums, die die Arbeit der Besatzungsoffiziere und der aus den Reihen der Roten Armee berufenen Kommandanten im April und Mai 1945 kontrollierten und sich ein Bild über die dortigen politischen Verhältnisse verschafften.<sup>189</sup> Die Beauftragten Molotows schätzten Ende Mai 1945 ein, dass „das bisherige Besatzungsregime dringend veränderungsbedürftig sei.“<sup>190</sup> Smirnow und Semjonow sandten dem sowjetischen Außenministerium am 25. Mai 1945 den Entwurf über eine unverzüglich einzurichtende sowjetische Kontrollkommission, die neben der Umsetzung der Deutschland auferlegten Kapitulationsbedingungen auch „eine verbesserte Besatzungsordnung gewährleisten“ sollte.

Dieses im Einzelnen sehr detaillierte Schreiben, das sich an einem Entwurf der EAC vom 14. November 1944 orientierte, sollte die Phase der Besatzungs improvisation möglichst schnell beenden.<sup>191</sup>

Anzunehmen ist, dass sich die sowjetischen Institutionen mit ihrer Entscheidung, die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) zu errichten, auch an diesem Schreiben orientierten. Am 29. Mai wurde Marschall Shukow durch eine Direktive des Stabes des Oberkommandos der sowjetischen Bewaffneten Kräfte zum Oberkommandierenden der „Gruppe der Sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland“ berufen.<sup>192</sup> Der Befehl Nr. 1 gab Anfang Juni 1945 die Gründung der SMAD bekannt.<sup>193</sup> Doch die Phase der Besatzungs improvisation, die hiermit beendet werden sollte, dauerte in den meisten Fällen bis zum Spätsommer 1945, weil sich der Aufbau der entsprechenden Administrationen für die Länder und Provinzen nicht weniger schwierig gestaltete wie vorher der der Kommandanturen.

Aufgrund des Desinteresses der Westalliierten an einer deutschen Regierung lag es nun bei Stalin, dafür die Initiative zu übernehmen, in der Hoffnung, die Westalliierten würden diese Regierungsform akzeptieren. Deshalb ließ er Ende Mai 1945 durch den Rat der Volkskommissare die Zulassung antifaschistischer

---

<sup>189</sup> Vgl. Kynin/Laufer (Hg.) 2000.

<sup>190</sup> Kreuzberger 1996, S. 26 sowie Kynin/Laufer (Hg.) 2000.

<sup>191</sup> Ebenda, S. 26 f.

<sup>192</sup> Kynin/Laufer 2000, S. 18.

<sup>193</sup> Ebenda, S. 28 ff; Weitere Literatur zum Aufbau der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland: Foitzik 1995, ders. 1999, S. 75 ff; Naimark 1997, S. 23ff; Semirjaga 1995.

deutscher Parteien genehmigen und das Block-Konzept durch die KPD vorstellen; Maßnahmen, die sich offenbar als Angebote an die westlichen Partner zur Aufrechterhaltung der Anti-Hitler-Koalition verstanden.

Der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 regelte die Zulassung antifaschistischer politischer Parteien in Deutschland. Konkret rechnete die sowjetische Seite mit der kommunistischen, der sozialdemokratischen und der Zentrumspartei. Diese sollten ähnlich wie in den osteuropäischen Ländern und wie in Frankreich bzw. Italien innerhalb eines Blocks einvernehmlich zusammenarbeiten.

Aber auch andere Ereignisse waren dem SMAD-Befehl Nr. 2 vorausgegangen: Die Instrukteure der aus Moskau kommenden KPD-Gruppen trafen Anfang Mai 1945 in den seltensten Fällen auf einen unpolitischen Raum, den sie nach ihren Vorstellungen formen konnten. Da jedoch - entsprechend alliierter Vereinbarungen - politische Aktivitäten nicht erlaubt waren, lösten die KPD-Gruppen um Ackermann, Ulbricht und Sobottka die lokal und spontan entstandenen KPD-Parteigruppen und Antifa-Komitees auf. Die irritierten Genossen, die sich in der Regel dieser Auflage nicht widersetzen, wurden auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Trotzdem zeigte sich vor allem Ulbricht beunruhigt, vermutete er doch, dass die ehemaligen Kommunisten wieder an die Öffentlichkeit treten, wenn sich sozialdemokratische Ortsgruppen konstituierten, die nicht ohne weiteres mit dem Verweis auf allgemeine Parteidisziplin aufgelöst werden konnten. Aus diesen und ähnlichen Erwägungen heraus muss sich Ulbricht bereits Anfang und Mitte Mai 1945, d.h. kurz nach Beginn der Tätigkeit seiner KPD-Gruppe, bei Moskauer Behörden direkt für die Zulassung politischer Organisationen wie Parteien oder Massenorganisationen ausgesprochen haben, um die politischen Interessen der deutschen Nachkriegsgesellschaft kanalisieren zu können.<sup>194</sup> Sowjetische Offiziere der GlawPURKKA unterstützten Ulbrichts Anliegen<sup>195</sup>, zumal sie die westalliierte Besatzungspraxis des politischen Betätigungsverbots auf Sizilien kritisiert hatten.

In Vorbereitung auf die Parteienezulassung flogen die Leiter der drei KPD-Gruppen, Anton Ackermann, Gustav Sobottka und Walter Ulbricht am 4. Juni 1945 nach Moskau, um sich in verschiedenen Gesprächen mit den

---

<sup>194</sup> BA Berlin NY 4036/734a, Vgl. Fühlbert 1994, S. 119.

sowjetischen Genossen über die weiteren Politikangebote an die deutsche Bevölkerung zu beraten.<sup>196</sup> Als sie am 10. Juni 1945 nach Deutschland zurückkehrten, hatten sie einen in seinen Forderungen liberalen Parteiaufruf im Gepäck. Der KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 vermied jedwede gesellschaftsverändernden Maßnahmen, die über die Beseitigung des Nationalsozialismus hinausgegangen wären, und enthielt keine Anhaltspunkte zu einem sozialistischen Neuaufbau.<sup>197</sup> Inhaltlich beschränkte sich der Aufruf auf kommunale Maßnahmen, „die auf die Restauration von Einrichtungen der Weimarer Republik zielten“<sup>198</sup> sowie auf die wirtschafts- und vor allem sozialpolitischen Forderungen, die teilweise schon in den zwanziger Jahren debattiert worden waren.<sup>199</sup> Der KPD-Aufruf war weniger ein politisches Grundsatzpapier, das im Vergleich zu anderen Parteiprogrammen hätte analysiert werden können, sondern vielmehr ein „Programmvorschlagn für eine – innerhalb liberaler Traditionen gesehen(e) – Koalition“.<sup>200</sup> Um eine erneute Isolation in der deutschen Parteienlandschaft nach dem Krieg zu vermeiden,

---

<sup>195</sup> Ebenda.

<sup>196</sup> Ackermann, Ulbricht und Sobottka sollen noch am 4. Juni 1945 direkt von Stalin empfangen worden sein und danach Wilhelm Pieck über diese Besprechung berichtet haben. (Bodensieck 1993, S. 38) Ackermann hingegen hatte in seinen Erinnerungen vermerkt, dass sie zuerst dem KPD-Führer über ihre Arbeit in Deutschland unterrichtet hätten. (BA SAPMO SgY 307129/2, Blatt 416) Bei den Notizen Piecks vom 4. Juni 1945 soll es sich nach Badstübner und Loth um das Resultat aus beiden Gesprächsrunden handeln Badstübner/Loth 1994, S. 52, Anm. 2.

Ulbricht hatte am 7. Juni 1945 einen weiteren Termin bei Stalin (Foitzik 1999, S. 250, Anm. 179.) und gemeinsam mit Ackermann und Sobottka eine Besprechung mit Dimitroff (Lauer 1996). Nur über die Besprechung zwischen den drei Leitern der KPD-Gruppen, die der Roten Armee unterstützend zur Seite gestellt worden waren, existiert ein Protokoll, dem zu entnehmen ist, dass die deutschen Funktionäre über ihre Arbeit in der SBZ und u.a. über die Antifa berichteten. Bei dieser Zusammenkunft war es nicht Ulbricht, sondern Ackermann vorbehalten, ausführlich seine Arbeit in Sachsen darzustellen. Es ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass Ulbricht schon vorher ausreichend Gelegenheit zur Berichterstattung gehabt hat. Wolkow 2000, S. 25.

<sup>197</sup> Beispielsweise abgedruckt in: Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945-1956, 1965, S. 1-8.

<sup>198</sup> Sywottek 1971, S. 202.

<sup>199</sup> Der KPD-Aufruf lässt sich in verschiedene Forderungsgruppen einteilen: Die erste Gruppe spiegelte den Konsens der Alliierten hinsichtlich sämtlicher Maßnahmen zur Liquidierung nationalsozialistischer Überreste wider, die in Teheran und Jalta beschlossen worden waren, in Potsdam noch angenommen wurden und in den Gesetzen und Direktiven des Alliierten Kontrollrates ihre Umsetzung fanden. Die zweite Forderungsgruppe widmete sich dringlichen Tagesproblemen wie der Normalisierung des Lebens und dem Wiederaufbau. Die dritte Gruppe der KPD-Forderungen beinhaltete die bündnispolitischen Absichten. So überwog die artikulierte Interessenvertretung der Bauern, der Intelligenz, der Gewerbetreibenden, kleinen und mittleren Unternehmer die der Arbeiter und Angestellten. Die vierte Forderungsgruppe umfasste die Maßnahmen, die strukturelle gesellschaftliche Veränderungen beinhalteten; so die Schaffung neuer Verwaltungen, die Erneuerung der Justiz und des Bildungswesens sowie die „Herausbildung eines vergesellschaftlichten Sektors der industriellen Produktion“. Vgl. Benser 1995, S. 107 f; Hurwitz 1997; Staritz 1976; Sywottek 1971.



wurde weder ein kommunistischer Führungsanspruch formuliert, noch sprach sich die KPD von allgemeiner Schuld frei. Damit sollten gleichzeitig auch die sozialen Schichten gewonnen werden, die traditionell nicht zur Arbeiterklasse gehörten.

Der am 11. Juni 1945 der deutschen Öffentlichkeit vorgestellte Aufruf der KPD verdeutlicht, dass die seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion geltende Politik des nationalen Kampfes gegen den Faschismus/Nationalsozialismus zugunsten der außenpolitischen Sicherheit der Sowjetunion auch nach Kriegsende fortbestand. Das sowjetische Sicherheitsinteresse hatte dahingehend eine Modifizierung erfahren, dass die Aufrechterhaltung der Anti-Hitler-Koalition mit einbezogen wurde. Das schien zunächst dadurch gewährleistet, indem die kommunistischen Parteien Europas vehement für die Beseitigung des Nationalsozialismus in ihren Ländern eintraten und grundlegende gesellschaftsverändernde Maßnahmen nicht propagierten.

### 1.5 Resümee

Die Komintern und mit ihr die europäischen kommunistischen Parteien hatten sich bis 1933 nur wenig mit dem Faschismus auseinandergesetzt, definierten sie ihn doch als eine weitere Spielart der Demokratie und der „Diktatur des Kapitals“. Für die Kommunisten Europas galt es vielmehr die Weltrevolution vorzubereiten. Dieses Konzept und die Verleumdung der Sozialdemokratie führten zu einer weitgehenden politischen Isolation zahlreicher kommunistischer Parteien. Das weltrevolutionäre Ziel wurde durch die außenpolitischen Sicherheitsinteressen der sowjetischen WKP(B) abgelöst, die zunehmend die Komintern dominierte.

Der Machtantritt Hitlers führte zur Aufhebung der Gleichsetzung von Demokratie und Faschismus und ermöglichte den kommunistischen Parteien, breite politische Bündnisse einzugehen. Diese Volksfronten sollten von außen zur Sicherheit der Sowjetunion beitragen. Doch der sowjetischen Führung schienen diese Bündnisse für die eigene Sicherheit nicht auszureichen, weshalb

---

<sup>200</sup> Sywottek 1971, S. 201.

sie im August 1939 den Hitler-Stalin-Pakt abschloss, die Volksfrontpolitik einfror und die europäischen Kommunisten erneut nachhaltig politisch isolierte.

Diese brauchten nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, der die Volksfront-Idee wieder ins politische Zentrum rückte, ca. zwei Jahre, um gemeinsam mit den Hitlergegnern aus anderen politischen Lagern in „Nationalen Fronten“ wirkungsvoll zusammenzuarbeiten. Dafür mussten die europäischen Kommunisten ihren Führungsanspruch aufgeben und sich den nationalen Widerstandskreisen wie in Frankreich und Italien unterordnen. Zur Unterstützung des antifaschistischen Widerstands sollten Befreiungskomitees oder Volksfrontausschüsse initiiert werden, um die Basis zu mobilisieren. Die Befreiungskomitees in Jugoslawien und in Frankreich ab Mitte 1944 demonstrierten nach erfolgreichen Aktionen Eigenständigkeit, indem sie sozialrevolutionäre Forderungen formulierten. Da es nach wie vor nicht vorgesehen war, den Sozialismus auch in anderen Ländern Europas einzuführen, wurden die französischen Befreiungskomitees im Januar 1945 durch die KPF aufgelöst.

Die KPD ordnete sich in ihren Programmen ab 1944 teilweise den sowjetischen Auflagen unter. Doch Volksausschüsse sollten bis Februar 1945 inszeniert werden, um so die innerdeutsche Volkserhebung gegen Hitler zu mobilisieren. Das Festhalten an der Propaganda um diese Volksausschüsse kann entweder als Beweis für die sektiererische Einstellung der Exil-KPD gewertet werden oder als opportunistische Unterordnung unter das durch den Krieg erstarkte sowjetische Militär.

International war die Sowjetunion ebenfalls ein Volksfrontbündnis mit Großbritannien und der USA eingegangen und hatte im Gegenzug dazu 1943 die Komintern aufgelöst. Die sowjetische Politik gegenüber den nationalen kommunistischen Parteien war in der Folgezeit eine Politik des Ausgleichs: verhältnismäßig schwache kommunistische Parteien wurden gestärkt und traditionell starken Parteien wurde politische Zurückhaltung auferlegt. Die Konferenz von Jalta hatte gezeigt, dass die sowjetischen Politikmuster, die in Ost- und Westeuropa Anwendung gefunden hatten, für Deutschland nicht griffen, zumal weder Amerikaner noch Briten eigene Vorstellungen für eine deutsche Regierungsbildung unterbreiteten. Da es keine deutsche Exil-

Regierung gab, konnte Stalin diese nicht anerkennen und als Preis dafür eine kommunistische Regierungsbeteiligung fordern. Umgekehrt waren die westalliierten Verbündeten nicht bereit, eine aus der Sowjetunion kommende Exil-Regierung, gebildet aus dem NKFD, zu akzeptieren.

In der Folge wurde sowohl die für Deutschland geltende Propaganda der Bildung von Volksausschüssen eingestellt als auch die Arbeit des NKFD eingeschränkt. Die KPD versuchte, die Organisationsform Volksausschüsse, die bisher „Kampforgane“ sein sollten, nun als „Erziehungsorgane“ beizubehalten. Die sowjetische Führung sicherte sich die Loyalität der Exil-KPD, indem sie es gestattete, dass drei kommunistische Funktionärsgruppen die Rote Armee bei der Übernahme der Besatzungsaufgaben unterstützen sollten. Die KPD-Richtlinien vom 5. April 1945 offenbarten die Unterstellung unter die sowjetische Führung vollständig. Nur in einem Punkt gelang es der KPD, noch Eigenständigkeit zu demonstrieren, indem sie sich (bewusst) nicht zu den Politikern anderer deutscher Parteien positionierte.

Obwohl das sowjetische Militär durch den Krieg an Bedeutung gewann, gelang es ihm nicht, die Macht zu erhalten, weil das Militär versäumte, sich ausreichend auf die künftige Besatzung in Deutschland vorzubereiten. Zu wenige Offiziere waren wirklich umfassend für ihre Aufgaben in Deutschland geschult worden. Direktiven für eine Besatzungspolitik wurden erst formuliert, nachdem die Besatzungshandbücher der Westalliierten im März 1945 eingetroffen waren. Eine einheitliche Besatzungspolitik sollte dadurch gesichert werden, indem nun auch die sowjetische Führung die Fortführung der Verwaltungsstrukturen aus der Weimarer Republik proklamierte. Viele Besatzungsdirektiven erreichten die Kommandanten oft erst, nachdem sie bereits mit der Regulierung des Nachkriegslebens in Deutschland begonnen hatten, weitere Direktiven wurden erst im Mai verabschiedet.

Die sowjetische Nachkriegspolitik ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie die Kritikpunkte der westalliierten Besatzungspraxis auf Sizilien berücksichtigt: Die Offiziere für Zivilangelegenheiten wurden in der SBZ den Stadt- und Gebietskommandanten untergeordnet. Auch die politische Abstinenz der italienischen Bevölkerung war bemängelt worden, weshalb Stalin Ende Mai 1945 antifaschistische Parteien in seiner Zone zuließ. Gleichzeitig sollte diese Maßnahme offenbar dazu dienen, eine deutsche

Regierungsbildung vorzubereiten. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 zeigt noch einmal, dass der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt an einer Fortführung der Anti-Hitler-Koalition gelegen war, um eigene Sicherheitsinteressen zu befriedigen. Gesellschaftsverändernde Maßnahmen, die auf eine Sowjetisierung der SBZ schließen ließen, wurden nicht propagiert. Das beweist, dass die 1941 nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion von Dimitroff proklamierte Politik, den Nationalsozialismus nachhaltig in jeder Nation zu bekämpfen, um so zur sowjetischen Sicherheit beizutragen, im Mai 1945 noch gültig war.

In Deutschland musste sich die KPD in der Nachkriegsöffentlichkeit den sowjetischen Interessen unterordnen, zumal schon ab Mai 1945 sukzessiv die Macht des sowjetischen Militärs eingeschränkt wurde. Doch im empirischen Teil soll gezeigt werden, dass es den Exil-Funktionären gelang, eigene Interessen, die immer mit einem Führungsanspruch verbunden waren, zu demonstrieren und somit allmählich den Boden für eine langsame aber stetige Übernahme sowjetischer Verhältnisse vorzubereiten. Darin wurden sie nicht selten durch die sowjetischen Kommandanten und ihre Stellvertreter unterstützt, die zwar offiziell für eine Demokratisierung eintreten sollten, aber mit dem „westlichen“ Demokratie-Konzept nicht vertraut waren.

## 2 Gruppe Ulbricht

### 2.1 Gruppe Ulbricht in Berlin

Die zur Gruppe Ulbricht vorliegenden Publikationen beschreiben nur selten ausführlich die tatsächliche Tätigkeit der Politremigranten und wenn, dann vor allem die Arbeit der KPD-Instrukteure in der Hauptstadt Berlin.<sup>1</sup> Der Arbeit der KPD-Instrukteure und NKFD-Angehörigen, die in der Provinz Brandenburg agierten, wurde bisher kaum Beachtung geschenkt. Ulbricht setzte alle ihm unterstellten KPD-Mitglieder in der Hauptstadt ein. Zu ihnen gehörten neben Walter Ulbricht Richard Gyptner, Otto Winzer, Hans Mahle, Gustav Gundelach, Karl Maron, Walter Köppe, Fritz Erpenbeck, Wolfgang Leonhard sowie der technische Sekretär Otto Fischer.<sup>2</sup> Die unter den deutschen Kriegsgefangenen für die Arbeit in Deutschland ausgewählten Mitglieder des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ kamen separat in einem zweiten Flugzeug zur Frontlinie. Ulbricht übertrug ihnen die Arbeit in den Kreisverwaltungen.<sup>3</sup> Während des Monats Mai wurde die Ulbricht-Gruppe nochmals um KPD-Funktionäre aus dem Moskauer Exil und Mitglieder des NKFD erweitert, aber auch überlebende politische Häftlinge aus deutschen Konzentrationslagern und Zuchthäusern wurden in diese Arbeit einbezogen. Nachdem die Mitglieder der Gruppe Ulbricht ihr erstes Quartier in Bruchmühle, einem 30 Kilometer östlich von Berlin entfernt gelegenen Ort, bezogen hatten, bekamen sie zur Legitimation ihrer künftigen Tätigkeit ein Dokument, das vom Chef der Politischen Verwaltung der 1. Belorussischen Front, General Galadshijew unterzeichnet war. Weiterhin erhielten sie eine am 28. April 1945 ausgestellte Kommandierung vom Stellvertretenden Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, dieser Abteilung waren die

---

<sup>1</sup> Leonhard 1992, S. 412-479; Keiderling 1993, S. 74; Keiderling 1997; Eler 1994; Podewin; Teresiak 1996.

<sup>2</sup> Zur Charakteristik dieser Mitglieder Vgl. Leonhard 1992, S. 412-418; Keiderling 1997, S. 58.

<sup>3</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Telegramm Ulbrichts an Dimitroff am 9. Mai 1945.

Leonhard schilderte, dass die Mitglieder der Gruppe Ulbricht auf ihrem Flug nach Deutschland in Minsk zwischenlandeten. Dort trafen sie auf die ehemaligen Kriegsgefangenen, die ebenfalls für die Arbeit in Deutschland bestimmt worden waren. Ulbricht forderte seine Mitarbeiter auf, sich nicht mit den Absolventen der Antifa-Schulen bekannt zu machen, sondern unter sich zu bleiben, um den Kriegsgefangenen die hierarchischen Strukturen zu demonstrieren. Leonhard 1992, S. 420 f.

Mitglieder der Ulbricht-Gruppe direkt unterstellt<sup>4</sup>, sowie einen vom Militärkommandanten der Stadt Berlin unterzeichneten Passierschein.<sup>5</sup>

Von Schulungen, die unmittelbar vor der Abreise aus Moskau bzw. nach der Ankunft bei den Truppen der 1. Belorussischen Front stattgefunden haben, wurde nichts überliefert.<sup>6</sup> Ulbricht war nach seiner Ankunft sofort nach Berlin gefahren und erklärte danach seinen Genossen die anstehenden Aufgaben. Die Gruppenmitglieder sollten in den einzelnen Berliner Stadtbezirken die Antifaschisten ausfindig machen, die sich für den Aufbau einer neuen deutschen Verwaltung eigneten, denn darin bestünde die zunächst wichtigste Arbeit.<sup>7</sup>

Da jedoch die Ulbricht-Gruppe erst um den 1. Mai 1945 ihre Tätigkeit in Berlin aufnehmen konnte, einzelne Stadtteile aber schon seit dem 22. bzw. 23. April 1945 von der Roten Armee besetzt waren, trafen hier wie in anderen Städten der SBZ auch zuerst die Offiziere der Besatzungstruppe auf die Mitglieder der Antifa, die ihnen ihre Hilfe anboten.

Im Folgenden soll noch einmal das Zusammentreffen der sowjetischen Besatzungsoffiziere mit den Berliner Antifa-Gruppen dargestellt werden, dem sich eine Analyse der Berliner Antifa anschließt hinsichtlich ihres Entstehungszeitraums, ihrer Zusammensetzung und ihrer Anliegen. Es soll überprüft werden, ob nicht auch Ulbricht und seine Mitstreiter eine ähnliche Einteilung der vorhandenen Antifa-Gruppen vornahmen und sie dann entsprechend auflösten. Für die Provinz Brandenburg werden stellvertretend zu der Einteilung der Berliner Antifa Lokalbeispiele folgen.

---

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> BA Berlin SAPMO, NY 4080/13.

<sup>6</sup> Leonhard, der als Jüngster der Ulbricht-Gruppe angehörte, erwähnte, dass er Mitte April 1945 von seiner Nominierung für die Rückkehr nach Deutschland erfuhr. Über eine konkrete und ausführliche Schulung über die Arbeit, die sie in Deutschland erledigen sollten, ist diesen Darstellungen nichts zu entnehmen. Lediglich während des letzten Abends in Moskau, an dem Pieck zu einer kleinen Abschiedsfeier geladen hatte, „wurde zwar hier und da auch über die zukünftige Arbeit gesprochen, aber nicht in dem parteioffiziellen Direktiven-Stil, sondern frei, mit eigenen Worten.“ Leonhard 1992, S. 409.

<sup>7</sup> Leonhard, 1992, S. 428f.

### 2.1.1 Sowjetische Besatzungsmacht und antifaschistische Ausschüsse in Berlin

Nachdem die Truppen der Roten Armee Berlin straßenweise erobert hatten, begannen die nachfolgenden Frontkommandos entsprechend dem Tagesbefehl Nr. 5 des Oberbefehlshabers der 1. Belorussischen Front vom 23. April 1945 mit der Errichtung von Militärkommandanturen in den besetzten Stadtteilen. Dieser Tagesbefehl legte fest, dass die neu eingesetzten Militärkommandanten Bürgermeister und Ortsälteste als „vollziehende Gewalt“ bestimmen sollten, „welche für die genaue Durchführung aller Befehle und Anordnungen dem Militärkommando persönlich verantwortlich sind.“<sup>8</sup>

Den Kommandanten oblag es jedoch nicht nur, Bürgermeister und Bezirksälteste einzusetzen, sie hatten zusätzlich Haus- und Straßenableute zu bestimmen, die als verlängerter Arm der Kommandanturen mit Registrierungs- und Normalisierungsaufgaben betraut wurden. Da, wie bereits erwähnt, die Mitglieder der Gruppe Ulbricht noch nicht an ihrem Einsatzort eingetroffen waren, mussten die Kommandanten die Personalauswahl in den letzten Kriegstagen allein bewältigen.<sup>9</sup> Hierbei standen ihnen Frontbevollmächtigte des NKFD zur Seite.<sup>10</sup> Hinweise darüber, inwieweit sie mit dem Berliner Stadtgebiet und der allgemeinen Situation dort vertraut waren, liegen nicht vor. Ein Großteil der Berliner Bevölkerung soll sich der Roten Armee gegenüber loyal verhalten haben, was die GlawPURKKA auf die Arbeit von Widerstandsgruppen zurückführte.<sup>11</sup>

Die einfachste Lösung zur Normalisierung des Lebens schien für die sowjetischen Kommandanturen darin zu liegen, die ihnen von deutschen Antifaschisten angefragte Hilfe und Mitarbeit anzunehmen. So konnten sich die Offiziere der Roten Armee, die nun Besatzungsaufgaben wahrnahmen, vor allem in organisatorischen Fragen auf die aus dem Untergrund heraustretenden Antifa-Komitees und Ausschüsse stützen. Die Mitglieder der Antifa wurden

---

<sup>8</sup> Keiderling 1997, S. 42; Semirjaga 1995, S. 23.

<sup>9</sup> RZChiIDNI f. 17, op. 125, d. 321, list 38; f. 17, op. 125, d. 319, list 56.

<sup>10</sup> Ernst Kehler war am 29. April 1945 zusammen mit den Truppen der 1. Belorussischen Front in Berlin eingetroffen. Der sowjetische Kommandant für Berlin Mitte beauftragte ihn mit der Einrichtung eines Bürgermeisteramts für den Bezirk. Vgl. Hanauske 1995, S. 40.

<sup>11</sup> Die Mitarbeiter der GlawPURKKA hatten zahlreiche Flugblätter von Widerstandsgruppen gefunden, in denen die Einwohner Berlins dazu aufgefordert wurden, sich der Besatzungsmacht gegenüber loyal zu verhalten. Vgl. RZChiIDNI f. 17, op. 125, d. 321, list 10 ff.

entweder selbst mit den Aufgaben der Bezirksverwaltungen beauftragt oder sollten ihnen für diese Tätigkeiten geeignet erscheinende Bürger benennen. Die Offiziere bedienten sich ihrer außerdem als Hilfspolizisten, bei Aufräumarbeiten, bei der Verhaftung namhafter Nationalsozialisten, bei der Versorgung von Kranken und Verwundeten und anderen die Besatzungsmacht unterstützenden Maßnahmen.<sup>12</sup>

Erst nachdem ein Großteil dieser Aufgaben angelaufen und zum Teil bereits erfüllt war und nachdem die Mitglieder der Gruppe Ulbricht ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, begannen die Militärkommandanten der einzelnen Stadtbezirke, die lokalen Antifa-Gruppen aufzulösen. Sie ging in der Regel damit einher, dass die Antifa-Mitglieder nun versuchten, nicht nur verwaltungstechnische, sondern auch politische Maßnahmen wie Kundgebungen zum 1. Mai, Parteiversammlungen der KPD oder andere öffentliche Auftritte ihrer Organisationen vorzubereiten. Den Stellvertretern der Kommandanten für zivile Angelegenheiten war es vorbehalten, die Leiter und Mitglieder antifaschistischer Organisationen politisch darüber aufzuklären, dass ihre wichtigste Aufgabe lediglich in der unbedingten Unterstützung der jeweiligen Besatzungsmacht lag, die Ausschmückung öffentlicher Räume mit Leninbildern u.ä. oder die Einführung von Russisch-Sprachkursen dagegen zu unterbleiben hatten.<sup>13</sup> Gleichzeitig erging an die Antifa der allgemeine Befehl, „sich nicht vor der Bevölkerung zur Schau zu stellen.“<sup>14</sup> Kamen die Antifa-Gruppen den Anweisungen der Besatzungsmacht nicht umgehend und allumfassend nach, wurde ihre Auflösung unverzüglich angeordnet. Außerdem verbot es sich das Militär, dass deutsche Kommunisten auf öffentlichen Veranstaltungen Befehle und andere Maßnahmen der Bezirkskommandanten kritisierten.<sup>15</sup>

Obwohl sich die Mitglieder der Antifa-Gruppen den allgemeinen Anweisungen der sowjetischen Kommandanten zu beugen schienen, registrierten sie, dass sich die in die sowjetischen Truppen gesetzten Hoffnungen, hinsichtlich einer nun erfolgenden revolutionären sozialistischen Veränderung, die vor allem von Gruppen des kommunistischen Widerstands gehegt worden waren, nicht

---

<sup>12</sup> Ebenda sowie Creuzberger 1993.

<sup>13</sup> Creuzberger 1993, S. 1275 ff, Landesarchiv Berlin, Rep. 146/1, 59.

<sup>14</sup> Creuzberger 1993, S. 1276.

<sup>15</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629, Mitteilung von Oberstleutnant Selsnow (aus Berlin) vom 10.-26.6.1945.



erfüllten. Nicht jeder sowjetische Kommandant empfing die Antifa-Mitglieder. Oftmals äußerten Mitglieder der Antifa ihr Unverständnis darüber, dass die von ihnen verhafteten und der Besatzungsmacht übergebenen Nationalsozialisten wieder entlassen wurden.<sup>16</sup> Im Juni 1945 konstatierten Berliner Kommunisten: „Die Struktur der Roten Armee ist nach fünf Jahren Krieg politisch nicht so, wie wir das wünschen und dementsprechend ist auch die Haltung der einzelnen Kommandanten. Eine reibungslose Durchführung unserer Maßnahmen ist daher unmöglich.“<sup>17</sup>

In der Hauptstadt selbst hatten sich wie in anderen deutschen Städten auch Antifaschisten unterschiedlicher politischer Richtungen in verschiedenen Formen der Antifa zusammengefunden. Sie widmeten sich den für die Antifa üblichen Aufgaben<sup>18</sup>, die sich ganz allgemein für Berlin wie folgt zusammenfassen lassen: Verhaftung und Übergabe ehemaliger Nationalsozialisten an die jeweiligen Kommandanturen, Aufbau einer lokalen Polizei oder eines Ordnungsdienstes, Hausdurchsuchungen unter der Zivilbevölkerung, Sammlung und Abgabe versteckter Waffen; Aufräumarbeiten, die sogenannte Freiwillige Hilfsdienste leisteten oder diese Arbeiten ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und deren Familienangehörigen als Strafarbeit und/oder als Wiedergutmachung übertrugen; vollständige Übernahme der Kompetenzen von Bezirksverwaltungen bzw. personelle Vorschläge für die neu aufzubauenden Kommunalverwaltungen, Registrierung von Einwohnern und Verteilung von Bezugsscheinen, Registrierung und Neuverteilung von Wohnraum, Fürsorge für die Opfer des Faschismus bzw. Nazismus, die sowohl überlebende politische Häftlinge von Konzentrationslagern und Zuchthäusern als auch Juden und Ausländer erreichen sollte; Kundgebungen sowie die Herstellung und Verteilung von Flugblättern, die auf die Umerziehung der Bevölkerung zielten. Zwar gelang es auch einigen, vor allem kommunistisch dominierten Antifa-Gruppen, ehemalige KPD-Mitglieder zu registrieren, doch von ihnen einberufene KPD-Versammlungen oder gar Bezirkskonferenzen wurden in den ersten beiden

---

<sup>16</sup> RZChiIDNI f. 940/c, op. 2, d. 96, list 205.

<sup>17</sup> Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/3/8/86.

<sup>18</sup> Vgl. Niethammer 1976; Brandt 1985.

Wochen nach Kriegsende von Mitarbeitern der Besatzungsmacht meist aufgelöst.<sup>19</sup>

Man kann die Berliner Antifa-Gruppen nach zwei allgemeinen Kriterien unterscheiden: nach dem Zeitpunkt ihrer Entstehung sowie hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und damit verbunden ihrer Anliegen.<sup>20</sup>

Hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Entstehung können die Antifa danach unterschieden werden, dass einige bereits vor Kriegsende existiert hatten, auf nicht unbeträchtliche Erfahrungen im illegalen Widerstandskampf zurückblicken konnten und deshalb kurz nach Ende der Kampfhandlungen in den jeweiligen Berliner Bezirken ihren Führungsanspruch für das gesamte Stadtgebiet anmeldeten.<sup>21</sup> Ihre Zentralen wurden in der Regel sofort von den Politoffizieren der Roten Armee bzw. von den Instruktoren der Ulbricht-Gruppe aufgelöst. Da diese Antifa-Gruppen jedoch häufig über ein Netz von Unterorganisationen verfügten, konnten diese Untergruppierungen, deren Zugehörigkeit für Außenstehende nicht immer klar erkennbar war, in der einen oder anderen Form weiterbestehen. Die zweite Gruppe der Antifa bildete sich erst unmittelbar im Zuge der letzten Kampfhandlungen oder direkt danach. Für die von der Besatzungsmacht und den aus Moskau heimkehrenden Politemigranten spielte der Entstehungszeitpunkt der Antifa-Gruppen keine Rolle bei ihren Auflösungsbestrebungen.

Für die Mitglieder der Gruppe Ulbricht galt es vielmehr, die Antifa in einer Weise aufzulösen, in der den lokalen Antifaschisten Integrationsangebote unterbreitet wurden, nachdem ihre Aufgaben übernommen bzw. verboten worden waren. Daraus ergibt sich die zweite Differenzierungsmöglichkeit: Ein erster Organisationstyp der Antifa, über dessen Zusammensetzung keine Aussagen gemacht werden können, begann, das Nachkriegsleben auf administrativem Wege zu regeln, um noch größeres Chaos in der zerstörten Stadt zu vermeiden. Die zweite Form der Antifa war vor allem kommunistisch dominiert und bemüht, die kommunistische Partei entsprechend den bekannten

---

<sup>19</sup> Vgl. Kreuzberger 1993.

<sup>20</sup> Jedoch sei darauf verwiesen, dass es immer zu Überschneidungen bezüglich ihrer Aufgaben kam und die von mir im nachhinein gezogenen Grenzen fließend waren.

<sup>21</sup> Führungsansprüche für Gesamtberlin meldeten das „Komitee der sozialistischen deutschen Arbeiter- und Soldatenräte“ unter der Leitung Spallingers sowie die OSDA an. So vereinigte die OSDA nicht nur ihre Ableger in den einzelnen Stadtteilen, sondern konnte auch die Mitglieder einiger Komitees „Freies Deutschland“ in ihre Organisation aufnehmen. Vgl.

Organisationsmustern von vor 1933 wieder aufzubauen. Im dritten Antifa-Typ fanden sich nicht nur ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch Intellektuelle und/oder andere Bürgerliche zusammen, um die notwendigsten Probleme parallel zur offiziellen Verwaltung zu lösen und diese somit direkt zu unterstützen.<sup>22</sup>

Auf diese Strukturen stießen die Mitglieder der Ulbricht-Gruppe bei ihrer Suche nach geeignetem Personal für die Kommunalverwaltungen, wobei die „Rathauskommunisten“ und „Funktionärskommunisten“, also der erste und der zweite Antifa-Typ, die Mehrheit der Antifa darstellten. Diese sollten in den folgenden Monaten in funktionierende Verwaltungen zusammengeführt werden. Oft existierten in den einzelnen Stadtbezirken mehrere zunächst voneinander unabhängige Antifa-Gruppen, von denen jede administrative und/oder politische Verantwortung übernehmen wollte. Es kam nicht selten zu Kompetenzstreitigkeiten und zu Konkurrenzen zwischen diesen Gruppen. Zum einen bestimmten politische Differenzen das Konkurrenzverhalten beider, zum anderen spielten aber auch ganz banale Motive wie persönliche Aversionen oder Neid dabei eine Rolle. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass die Kommunisten bis 1933 immer die Opposition gestellt und sich teilweise rigoros gegen die Übernahme von Verantwortung in politischen und kommunalen Ämtern verwehrt hatten. Somit verfügten sie nahezu über keinerlei Erfahrungen in der Verwaltungsorganisation, weshalb anzunehmen ist, dass dort, wo die Kommunisten ihre neu errungene Macht als Verwaltungsbeamte oder –angestellte demonstrierten, sie auf Reserviertheit und Ablehnung bei der Bevölkerung stießen.<sup>23</sup> Zu diesen Streitigkeiten kamen noch Fragen der Aufwandsentschädigungen hinzu. Während die Verwaltungsmitarbeiter zunächst Gehalt bezogen, erfolgte die alltägliche Parteilarbeit in der Regel ehrenamtlich.<sup>24</sup>

Im Ortsteil Berlin-Karolinenhof, der dem Verwaltungsbezirk Köpenick unterstand, hatten beispielsweise zwei Kommunisten, die vom Kommandanten der Roten Armee zum Bürgermeister und stellvertretenden Bürgermeister

---

Creuzberger 1993, S. 1270ff; Keiderling 1993, S. 408 sowie S. 467; Kuby 1965, S. 281; Leonhard 1992, S. 450ff.

<sup>22</sup> als Beispiel sei auf die „Soziale Hilfe“ in Treptow und auf die „Notgemeinschaft Freie Scholle“ in Berlin-Reineckendorf verwiesen. Vgl. Rubinstein 1986.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu auch Keiderling 1997, S. 174.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 175.

ernannt worden waren, ihre Arbeitsräume im ehemaligen Parteihaus eingerichtet. Sie arbeiteten ehrenamtlich und genossen bei der Bevölkerung angeblich großes Ansehen. Nach der Parteilassung erfolgte wenig später die Absetzung des Bürgermeisters und kurz darauf auch die seines Stellvertreters, die vom Bezirksleiter der KPD des 16. Verwaltungsbezirks ausgesprochen wurde. Am 11. Juli 1945 verfassten „Karolinenhofer Antifaschisten“ ein Schreiben an den Bezirksbürgermeister, in dem sie sich über die Absetzung ihres Bürgermeisters beschwerten und sich in keiner Weise mit dem neuen Bürgermeister, der auch von der KPD kam, einverstanden zeigten. „Die Bevölkerung von Karolinenhof – bis auf wenige Verleumder und Denunzianten – fordert einstimmig die Rückberufung Jägers als Amtsvorsteher oder Ortsältester für Karolinenhof, um endlich wieder geordnete und geregelte Verhältnisse herzustellen.“ Der neue Bezirksbürgermeister begründete die Absetzung des Stellvertretenden Bürgermeisters damit, dass dieser sich unrechtmäßig als Kommunist ausgegeben habe, obwohl er kein offizielles Mitglied der KPD war. Außerdem hatte der Stellvertretende Bürgermeister an seine Wohnung ein Schild mit der Aufschrift „KPD-Sekretariat“ anbringen lassen<sup>25</sup>, was in den Augen der „wahren“ Genossen sowohl eine Anmaßung aber auch eine Irritation für andere Kommunisten darstellte.

In Berlin Treptow existierten eine sogenannte „Gruppe Leo“, ein „Komitee unter alliierter Flagge“, ein „Nationalkommunistisches Freiheitskomitee“ sowie verschiedene, offenbar nicht zusammenarbeitende Komitees des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in den Ortsteilen Steglitz, Rötgenthal und Niederbarnim. Außerdem hatten Antifaschisten auf Anregung des Ortskommandanten eine „Soziale Hilfe“ gegründet.<sup>26</sup> Am 30. Mai 1945 notierte ein KPD-Instrukteur Ulbrichts die Liquidierung verschiedenster „Organisöschens“ im Verwaltungsbezirk Charlottenburg, ohne einzelne, wie z. B. die „Antifaschistische Front“ oder den Kampfbund „Freies Deutschland“, konkret zu nennen.<sup>27</sup>

Es konkurrierten aber nicht nur die verschiedensten Antifa-Gruppen eines Berliner Stadtbezirks untereinander. Einzelne Gruppen versuchten,

---

<sup>25</sup> Vgl. Landesarchiv Berlin, Rep. 146/1, 35.

<sup>26</sup> Vgl. Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/2/28, Rubinstein 1986.

<sup>27</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 184f; Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/2/57; Keiderling 1997, S. 66; Creuzberger 1993, S. 1274.

organisatorische Ableger in jedem Stadtbezirk aufzubauen. Die „Antifaschistische Front“ beispielsweise soll neben dem Büro in Charlottenburg eines im Prenzlauer Berg und in Buckow-Ost unterhalten haben.<sup>28</sup> Ebenso existierte die „Organisation Sowjet-Deutscher Aktivisten“ (OSDA) in Berlin-Wilmersdorf, in Tempelhof und in Kreuzberg.<sup>29</sup>

Etlliche der Antifa-Gruppen, die bereits während des Krieges bestanden hatten, versuchten nun ihre bis Kriegsende illegale Existenz zu legalisieren, wozu sie sich aufgrund der geleisteten Widerstandstätigkeit auch berechtigt fühlten. Die bereits erwähnte Vielfalt dieser Gruppen war vermutlich ebenfalls ein Resultat der Illegalität, da die Mitglieder von Widerstandsgruppen aus Sicherheitsgründen nur in sehr kleinen Formationen (drei bis fünf Mann) agieren konnten. Während der Illegalität zählte für die meisten Mitglieder nur die rigorose Gegnerschaft zum Nationalsozialismus; für programmatische Diskussionen über den Aufbau Deutschlands nach Kriegsende fehlte zum einen die Zeit und zum anderen die Möglichkeit eines offenen Gedankenaustausches. Verwiesen sei hier auf die „Gruppe Leo“, auf die OSDA sowie auf die Gruppe „Ernst“ der Bewegung „Freies Deutschland“.<sup>30</sup>

Für keine andere Stadt in der SBZ sind derartige Vorgänge, die sich zudem nur schwer chronologisch beschreiben lassen, dokumentiert. Deshalb war sich Ulbricht als Leiter der Berliner KPD-Gruppe sehr schnell darüber im Klaren, dass die Mitglieder der spontanen Antifa seine „hehren“ Aufgaben eher behinderten als dass sie ihm nützten. Und trotz seines Gebots, sämtliche spontanen Gruppen aufzulösen, musste auch er Kompromisse eingehen. Am leichtesten war das bei den Antifa-Komitees, die sich der administrativen Verwaltungsarbeit zugewandt hatten und nur noch offiziell, so sie denn den Vorstellungen der Ulbricht-Gruppe entsprachen, als Verwaltung anerkannt zu werden brauchten.

---

<sup>28</sup> Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/3/7/84; KPD-Bezirksleitung I/3/9/92.

<sup>29</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 169f, Blatt 177; Keiderling 1997, S. 66; Creuzberger 1993, S. 1271ff.

<sup>30</sup> Vgl. Creuzberger 1993.

### 2.1.2. Die Integration der Rathauskommunisten in die Berliner Bezirksverwaltungen

Nachdem sich Ulbricht einen Überblick über die Situation in der Stadt verschafft hatte, formulierte er bereits am 6. Mai 1945 „Vorschläge für die Organisierung der Arbeit der Bezirksverwaltungen“. Die KPD-Instrukteure hatten zudem rasch erkannt, dass eine generelle Entlassung aller während des Nationalsozialismus tätigen Beamten den völligen Zusammenbruch der durch Flucht leitender Beamten ohnehin geschwächten Verwaltungen bedeutet hätte. Deshalb war es in ihren Augen „notwendig, in den Bezirksverwaltungen eine enge Zusammenarbeit zwischen den früheren Beamten, die nicht Nazi-Mitglieder waren, und den in die Verwaltung eingegliederten Antifaschisten herbeizuführen.“<sup>201</sup> Außerdem sollten Mitglieder der Antifa, die in den Augen der Moskauer KPD-Instrukteure für die Kommunalarbeit geeignet waren, in die neuen Verwaltungen integriert werden. Zunächst wurden die neuen Verwaltungsangestellten ehrenamtlich eingesetzt, ihre notwendige Verpflegung aber sichergestellt. Die postulierte Ehrenamtlichkeit sollte den Moskauer Instrukteuren die komplikationslose Entlassung bei sich zeigender Nichteignung für diese Aufgaben ermöglichen und gleichzeitig neue Abhängigkeitsstrukturen etablieren. In den folgenden Ausführungen über die notwendigen Unterabteilungen der Bezirksverwaltungen orientierte sich Ulbricht im Wesentlichen an der KPD-Richtlinie vom 5. April 1945.<sup>202</sup> Ferner verwies er auf die vorzunehmende Gliederung der Stadtteile in Häuserblocks, denen Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter vorstehen sollten. Deren Aufgabe war es, bekannte Mitglieder der NSDAP anzuzeigen, die Einwohner zu registrieren und Arbeitseinsätze zur Trümmerbeseitigung zu organisieren. In den Betrieben sollten ebenfalls Vertrauensmänner bestimmt werden, die die gleichen Aufgaben wie die Haus- bzw. Blockvertrauensmänner wahrzunehmen hatten. Außerdem sollten „alle aktiven Nazigeegner“ erfasst und „systematisch für verantwortliche Arbeit“ eingesetzt werden.<sup>203</sup> Die den Haus- und Blockvertrauensmännern vorbehaltenen Aufgaben hatten, dort wo Antifa-Komitees bestanden, diese bereits übernommen. Dass Ulbricht nicht auf die

---

<sup>201</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 27.

<sup>202</sup> Hanauske 1995, S. 32f.

<sup>203</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 28.

Antifa zurückgreifen wollte, hing wohl damit zusammen, dass er aufgrund des der Antifa eigenen, spontanen Elementes weitere Schwierigkeiten mit deren Mitgliedern, vor allem aber deren Unkontrollierbarkeit fürchtete. Da waren ihm die zentral angeordneten und nach bestimmten Regeln ausgewählten Hausvertrauensleute lieber, die weniger spontan agierten als sich vielmehr an offizielle Vorschriften hielten.<sup>204</sup>

Nach der Besetzung aller wichtigen Funktionen innerhalb der Verwaltungen plante Ulbricht eine umfassende antifaschistische Schulung der Verwaltungsmitarbeiter, die von den KPD-Instrukteuren zu leisten war.

Zur Information der Bevölkerung sollten Merkblätter zu den unterschiedlichsten Themen erscheinen. Mit Gewerbetreibenden, Ingenieuren und Ärzten waren sowohl anstehende praktische Aufgaben als auch politische Fragen zu besprechen, wobei es bei der Besprechung politischer Fragen hauptsächlich darum ging, die Zielgruppe davon zu überzeugen, dass die Kommunisten keinerlei weitreichende Sozialisierungsmaßnahmen anstrebten. Auch die Vertrauensleute in den Betrieben waren politisch zu schulen und eine Vorauswahl für mögliche Gewerkschaftskader zu treffen. Abschließend verwies Ulbricht darauf, nationalsozialistische Losungen durch antifaschistische Propaganda zu ersetzen.<sup>205</sup>

Als erfolgreiches Exempel wurde am 24. Mai 1945 ein Bericht aus Wilmersdorf eingereicht, wo der „demokratische Unterbau der Bezirksverwaltung“ bereits entsprechend der eben genannten Ulbricht-Vorgaben bestand und arbeitete. Der stellvertretende Bürgermeister, ein Antifaschist, hatte in dem Stadtteil Haus-, Straßenob- und Blockmänner eingesetzt und bekundete seine Bereitschaft, eine ähnliche Aufteilung in den Betrieben des Stadtbezirks zu veranlassen. Die eigentliche Macht innerhalb des Stadtbezirks soll jedoch seit dem 3. Mai 1945 in den Händen des kommissarischen Sicherheitsdienstes gelegen haben, der von einem Kommunisten geleitet wurde. Ein Mitarbeiter Ulbrichts schlug dem Kommandanten ihm geeignet erscheinende Antifaschisten als Bürgermeister und dessen Stellvertreter sowie die Absetzung des Chefs des besagten Sicherheitsdienstes vor. Der Kommandant berücksichtigte zwar die Personalvorschläge für die Bezirksverwaltung, ließ aber den in den Augen des

---

<sup>204</sup> Vgl. zu den Obleuten Keiderling 1997, S. 211-219.

KPD-Instrukteurs unliebsamen Chef des Sicherheitsdienstes im Amt; vielleicht, weil dieser auf eine Verurteilung zu acht Jahren Zuchthaus wegen der Beteiligung an der Verschwörung des 20. Juli 1944 verweisen konnte<sup>206</sup> oder weil er sich in den Augen des Kommandanten im Stadtbezirk bereits bewährt hatte.

Da die Hauptaufgabe der Gruppe Ulbricht in erster Linie im Aufbau funktionierender Bezirksverwaltungen und nicht im Aufbau der KPD bestand, führte Ulbricht ab dem 20. Mai, also einen Tag nach der öffentlichen Vorstellung und Amtseinführung des Berliner Magistrats<sup>207</sup>, vermutlich wöchentlich Beratungen mit je einem Vertreter der Verwaltungsbezirke durch, bei denen kommunalpolitische Fragen im Mittelpunkt standen. Die einzelnen Stadtbezirke wurden in der Regel jedoch von kommunistischen Mitarbeitern vertreten, somit kamen diese Besprechungen indirekten Parteizusammenkünften ziemlich nahe<sup>208</sup>, auch wenn der Bericht vom 20. Mai 1945 hervorhob: „Es wurde nur die Arbeit der Bezirksverwaltungen besprochen.“ Gleichzeitig begründete Ulbricht, ohne ins Detail zu gehen, noch einmal, „warum die Funktionäre der in der Illegalität geschaffenen Komitees in die Arbeit der Bezirksverwaltungen überführt werden und die Komitees ihre Arbeit beenden sollen.“<sup>209</sup> Auch „Arbeiterräten“, die sich in einigen Betrieben organisiert hatten, erteilte Ulbricht eine Absage und orientierte stattdessen auf die bereits erwähnten Betriebsvertrauensleute. Auch wenn Ulbricht keine konkreten Argumente für die in seinen Augen notwendige Auflösung der Antifa in den Protokollen anführte, galt seine Hauptsorge, wie er Dimitroff gegenüber am 7. Juni 1945 ausführte, doch einer sich eventuell aufbauenden Doppelherrschaft aus „alte(m) Apparat plus spontan entstehende(n) Organisationen. Diese spontan entstehenden Organisationen erfüllten die Aufgaben der Erfassung der Bevölkerung, der Verteilung von Lebensmittelkarten, d.h. alle Arbeiten, die der Verwaltungsapparat zu erledigen hatte. Durch diese Doppelherrschaft entstand die Gefahr, daß bei Vorhandensein von Organisationen, die die gleiche Arbeit

---

<sup>205</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 28.

<sup>206</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 143f.

<sup>207</sup> Hanauske 1995, S. 44; Keiderling 1997, S. 168ff.

<sup>208</sup> Keiderling nennt diese Zusammenkünfte auch Funktionärssitzungen, Vgl. Keiderling 1997, S. 167.

<sup>209</sup> Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/2728, Blatt 1.



der örtlichen Apparate ausführen, es überhaupt keine Ordnung mehr gibt.“<sup>210</sup> Mit der Akzeptanz der Antifa-Ausschüsse, die sich aufgrund der Nachkriegssituation gebildet hatten und teilweise parallel zu den alt bekannten Verwaltungen tätig wurden, wäre die Bedeutung der deutschen Arbeiterbewegung zweifelsohne gestiegen, was ein Großteil der deutschen Bevölkerung besorgt aufgenommen hätte, kursierte doch unter ihr schon die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg ähnlich wie 1918/19.<sup>211</sup> Somit hätte Ulbricht seinen Parteiauftrag, alles zur Normalisierung und Beruhigung des Nachkriegslebens beizutragen, nicht erfüllen können, weshalb er eine rigorose Auflösung der Antifa betrieb.

Auf der folgenden Beratung der Bezirksverwaltungen vom 27. Mai 1945 wurde die Auflösung der unliebsamen Komitees noch einmal besprochen. Ulbricht brauchte nun keine Überzeugungsarbeit mehr über die Notwendigkeit der Auflösung zu leisten, sondern nahm vielmehr die Erfolgsmeldungen über aufgelöste Komitees entgegen. Während acht Vertreter von Bezirksverwaltungen - aus welchen Gründen auch immer - auf die Tätigkeit von Antifa-Ausschüssen und ähnlichen Organisationen gar nicht eingingen, vermeldeten immerhin neun Bezirksverwaltungen Ende Mai 1945, dass die verschiedenen Formen von Antifa-Gruppen „liquidiert“ worden sind. Einige Vertreter räumten ein, die Auflösung der Komitees zwar angeordnet zu haben, jedoch über keinerlei Kontrollmöglichkeiten zu verfügen, ob die Anweisungen auch umgesetzt wurden.<sup>212</sup>

Anders als in den übrigen deutschen Städten der sowjetisch besetzten Zone, wo sich, wie noch dargestellt werden wird, die Zusammensetzung der Kommunalverwaltung - wenn auch teilweise nur pro forma - an der parteipolitischen Zusammensetzung des Magistrats bis 1933 orientierte, war Ulbricht in Berlin daran gelegen, Bezirksverwaltungen, in denen nur wenige Kommunisten mitarbeiteten, personell durch Hinzuziehung weiterer KPD-Mitglieder zu stärken. In die Verwaltungen, in denen nur Kommunisten tätig waren, sollten zwar auch Sozialdemokraten, aber vor allem Parteilose integriert werden. Dass auch Vertreter ehemaliger bürgerlicher Parteien

---

<sup>210</sup> So äußerte sich Ulbricht am 7. Juni 1945 gegenüber Dimitroff. (Vg l. Laufer 1996, S. 364ff.)

<sup>211</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629, Einwände von Arbeitern und bürgerlichen Elementen gegen KPD.

<sup>212</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 168 bis 177.

Funktionen innerhalb der Bezirksverwaltungen übernehmen sollten, spielte eine nahezu untergeordnete Rolle. So lässt sich dem Protokoll der Besprechung Ulbrichts mit den Vertretern der Bezirksverwaltung vom 27. Mai 1945 entnehmen, dass nur in Tiergarten-Moabit und in Wittenau Bürgerliche als Bezirksbürgermeister eingesetzt worden waren. In vier Verwaltungsbezirken waren Sozialdemokraten zum Bezirksbürgermeister berufen worden und in Charlottenburg, Köpenick, Neukölln, Reineckendorf, Schöneberg und Wedding führten Kommunisten die Verwaltung an.<sup>213</sup> Aufgrund der schon erwähnten Ulbricht-Vorschläge „für die Organisierung der Arbeit der Bezirksverwaltungen“ ist davon auszugehen, dass in den sechs Verwaltungsbezirken, in denen Bürgerliche und Sozialdemokraten das Amt des Bürgermeisters innehatten, Kommunisten deren Stellvertreter waren. Nur in seltenen Fällen wurden Sozialdemokraten in den kommunistisch verwalteten Stadtbezirken mit der Funktion des Stellvertretenden Bürgermeisters bedacht. Die Instrukteure der Ulbricht-Gruppe konzentrierten sich, wie bereits erwähnt, vielmehr auf die Hinzuziehung loyaler Parteiloser in die Verwaltungsarbeit. Dies erfolgte aller Wahrscheinlichkeit nach unter der auf Ulbrichts Vorstellungen basierenden Option, dass die spätere Partearbeit von den Verwaltungen ausgehen sollte. Außerdem wollte Ulbricht vor allem unter den Parteilosen spätere Mitglieder für seine Partei werben.<sup>214</sup>

Im Herbst 1945 war die Konsolidierungsphase der Bezirksverwaltungen vorerst abgeschlossen. Nun stellten in acht von 20 Verwaltungseinheiten die Kommunisten den Bezirksbürgermeister, sechs waren parteilos, je zwei gehörten der SPD und der CDU an, einer war Mitglied der LDP.<sup>215</sup> Ulbricht bewilligte nur in den ausgesprochen „bürgerlichen“ Gebieten, Bürgerliche als Bezirksbürgermeister. Auch in den von den westlichen Alliierten besetzten Stadtteilen wurde auf kommunistische Bezirksbürgermeister verzichtet.<sup>216</sup>

Ab August/September 1945, als der Berliner Magistrat weitgehend funktionstüchtig war, ließ das Interesse der sowjetischen Besatzungsmacht am innerdeutschen Verwaltungsaufbau nach. Damit erweiterten sich für die

---

<sup>213</sup> Für drei weitere Verwaltungsbezirke, Spandau, Steglitz und Tempelhof, wurden keine konkreten Angaben gemacht. Vgl. BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 168 bis 177.

<sup>214</sup> Verwiesen sei hier noch einmal auf die Konzepte der KPD zur Mitgliederwerbung nach Kriegsende im Kapitel 1.2.3.

<sup>215</sup> Vgl. Keiderling 1997, S. 197.

<sup>216</sup> Leonhard 1992, S. 356; Keiderling 1997, S. 198.

„Moskauer“ Kommunisten die Möglichkeiten des Machtausbaus in den Kommunalverwaltungen, überließ die Besatzungsmacht ihnen nun lästige Personalentscheidungen, zumal das Personalamt im Magistrat von einem Mitglied der Ulbricht-Gruppe geführt wurde.

Der Machterhaltungswille der Berliner KPD wurde im August 1945 noch einmal von Pieck während einer Parteiversammlung unterstrichen. Er ließ keinen Zweifel daran, dass, trotz der von der Sozialdemokratie ab Juli 1945 geforderten Parität in der Ämterbesetzung der Stadtverwaltungen<sup>217</sup>, die von Kommunisten besetzten Schlüsselpositionen „niemals aus der Hand“ gegeben werden. Die Frage der Parität sollte nicht zu eng aufgefasst werden, und in die Führungsqualitäten der Kommunisten setzte Pieck vollstes Vertrauen. „Es wird sich schon rausstellen, wer fähiger ist. Es liegt an unsern Genossen, an ihren Leistungen, ob sie das Vertrauen der Arbeiterklasse erringen.“<sup>218</sup> Gleichzeitig formulierte der KPD-Vorsitzende damit eine der künftigen Aufgaben seiner Partei.

Hinsichtlich der Besetzung der Berliner Kommunalverwaltungen gilt also, dass die Administrationen in den Verwaltungsbezirken vorwiegend kommunistisch regiert und dominiert wurden. Der für die gesamte Stadt zuständige Magistrat wurde entsprechend den auch für andere Städte der SBZ geltenden scheinpluralistischen Vorgaben besetzt. Die Zusammensetzung des Berliner Magistrats basierte zwar auf den gleichen Vorgaben wie der Aufbau der Bezirksverwaltungen, doch waren die Mitglieder der Ulbricht-Gruppe auf wesentlich mehr Zugeständnisse an die sozialdemokratische und bürgerliche Adresse bedacht. Es entstand eine „breite antifaschistische ‘Koalition‘“, die wie in anderen deutschen Großstädten und Städten auch, auf Mitglieder der aus Moskau remigrierten KPD-Gruppen zurückgriffen.<sup>219</sup> Diese bildeten zwar nicht die Mehrheit im Berliner Magistrat, doch hatten sie entsprechend den KPD-Vorstellungen über die Macht wesentliche Posten im Verwaltungsapparat übernommen.<sup>220</sup> Nach dem 10. Juni 1945 und der damit erfolgten Parteizulassung waren sieben der 18 Magistratsmitglieder parteilos, sechs Mitglied der KPD, drei gehörten der SPD an und zwei traten der CDU bei.

---

<sup>217</sup> Keiderling 1997, S. 202.

<sup>218</sup> Zit. nach Hanauske 1995, S. 54.

<sup>219</sup> Hanauske 1995, S. 33.

<sup>220</sup> Ebenda, S. 52.

Infolge einiger Rücktritte verschob sich die Zusammensetzung gänzlich zugunsten der Arbeiterparteien. So bildeten zum Jahresende 1945 sieben Parteilose, sechs Kommunisten und fünf Sozialdemokraten den Berliner Magistrat.<sup>221</sup> Damit befand sich die Zusammensetzung des Berliner Magistrats in relativer Übereinstimmung mit den Kommunalverwaltungen anderer deutscher Städte, in denen im Verlaufe der zweiten Jahreshälfte 1945 immer mehr Bürgerliche aus ihren Ämtern gedrängt und wenn möglich, die Oberbürgermeister-Posten mit Kommunisten besetzt wurden.<sup>222</sup> Letzteres war für Berlin jedoch nicht ohne weiteres möglich, da die deutsche Hauptstadt von Vertretern aller Alliierten regiert und kontrolliert wurde.

### 2.1.3 Die Funktionärskommunisten und der Aufbau der KPD-Parteiorganisationen

Den „Rathauskommunisten“ standen in Berlin die „Funktionärskommunisten“ gegenüber, die sich vor allem als kommunistische Sammlungsbewegung verstanden.

Im Stadtbezirk Friedrichshain, der in den 20er Jahren eine Hochburg der Sozialdemokratie gewesen und dann von den Nationalsozialisten nach Horst Wessel benannt worden war, riefen ehemalige Kommunisten am 1. Mai 1945 zu einer ersten öffentlichen Veranstaltung. Diese war zwar von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht genehmigt worden, weil keine entsprechende Anmeldung vorlag, doch für die Friedrichshainer Antifaschisten blieb es lediglich bei einer Belehrung.<sup>223</sup> Ungeachtet dessen erschien am 2. Mai die erste Ausgabe der Zeitung „Roter Osten – Organ der Kommunistischen Partei“. Dieses Blatt publizierte die für die Verleger wichtigsten Nachrichten in schlagwortartigen Meldungen zum Tagesgeschehen. Voraussetzung hierfür war, dass sie wahrscheinlich alliierte Sender abhörten. Unter der Angabe einer Lokaladresse sollten sich vor allem Dolmetscher mit Russischkenntnissen

---

<sup>221</sup> Von den Parteilosen tendierten zumindest zwei Magistratsmitglieder ebenfalls zur KPD. Zwei der fünf sozialdemokratischen Magistratsmitglieder traten dann im April 1946 der SED bei. Die übrigen parteilosen Magistratsmitglieder waren politisch nicht aktiv, gehörten aber aller Wahrscheinlichkeit nach dem Bürgertum an. Ebenda, S. 52; S. 54; Keiderling 1997, S. 168 ff.

<sup>222</sup> Vgl. Dresden, Chemnitz. u.a.

melden.<sup>224</sup> Über die politischen Ansichten derjenigen, die das Blatt lektorierten, verriet die Ausgabe jedoch nichts.

Der Verwaltungsbezirk Pankow wurde zum Anlaufpunkt für Überlebende von Todesmärschen und Konzentrationslagern, zumal er der nördlichste der Berliner Bezirke war und die Rote Armee ihn bereits zwischen dem 21. und 23. April 1945 besetzt hatte. Etwa 100 Überlebende des Zuchthauses Brandenburg-Görden hielten sich hier auf, hinzu kamen Überlebende von Todesmärschen aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen. Einige Kommunisten des Zuchthauses Brandenburg-Görden gründeten am 2. Mai 1945 ein „Volkskomitee für den Wiederaufbau“. Diesem Komitee sollen sich auch viele Nichtkommunisten angeschlossen haben, obwohl die Hauptinitiatoren u.a. für ein Rätedeutschland bzw. für Arbeiter- und Soldatenräte eintraten. Aufgrund des großen Zulaufs zu diesem Komitee gründeten wiederum Kommunisten eine kommunistische Partei, die das Volkskomitee führen sollte, zumal sich nur wenige Tage später, am 5. Mai 1945, ein weiteres Volkskomitee konstituierte.<sup>225</sup>

Die Mitglieder und Stadtteileiter der Antifaschistischen Front im Prenzlauer Berg wurden in einem Rundschreiben nach dem 14. Juni dazu aufgefordert, „nicht mehr unter dem Sammelsurium der Antifaschistischen Front“ zu werben, sondern jetzt offen als Kommunistische Partei aufzutreten. Die Mitgliederregistrierung für die antifaschistische Front sollte fortan unterbleiben und Werbeplakate für diese Antifa-Gruppe eingezogen werden. Nun sollte nur noch für die KPD, und zwar „nur in dazu bestimmten Büros“, sowie für den Block antifaschistischer Parteien geworben werden.<sup>226</sup>

In Berlin-Mitte sollen neben vier Antifa-Komitees zwei KPD-Organisationen bestanden haben, deren Mitglieder verschiedenen Widerstandskreisen angehörten. Nachdem sie voneinander erfahren hatten, trafen sie sich zu einer gemeinsamen Aussprache, in deren Resultat sie sich zu einer KPD-Gruppe vereinigten und von der Besatzungsmacht geduldet wurden.<sup>227</sup>

Aus dem Stadtbezirk Wedding wurde von der Existenz zweier von einander unabhängiger Gruppen berichtet: Eine widmete sich der Bezirksverwaltung

<sup>223</sup> Podewin 1993, S. 10.

<sup>224</sup> Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/3/2/62.

<sup>225</sup> Keiderling 1997, S. 47f.

<sup>226</sup> Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung. I/3/9/92.

<sup>227</sup> Keiderling 1997, S. 52f.

und die andere dem Parteaufbau. Am 6. Juni 1945 fand eine gemeinsame Funktionärssitzung statt, an der ca. 40 Genossen teilnahmen. Nur zehn von ihnen waren sogenannte „Funktionärskommunisten“. Über die frühere Mitgliedschaft aller Anwesenden urteilte der Ulbricht-Mitarbeiter, dass sie je zur Hälfte schon vor 1933 der KPD bzw. dem KJV angehört hatten.<sup>228</sup> Diese Versammlung, zu der der Leiter der Bezirksverwaltung eingeladen hatte, sollte die Positionen beider Gruppen klären, zumal sie sich gegenseitige Ausgrenzung vorwarfen. Der offizielle KPD-Instrukteur kritisierte, dass die in der Bezirksverwaltung arbeitenden Genossen es versäumten, „den Aufbau der Parteiorganisation nach den von uns gegebenen Anweisungen in die Hände zu nehmen. Von ihrer Seite sind offenbar nur 2-300 Mitglieder für die Partei registriert worden“<sup>229</sup>, wo hingegen die andere Gruppe, wenn auch ohne vorangegangene Überprüfung, 3000 Mitglieder erfasst hatte. Der Hinweis des Ulbricht-Mitarbeiters auf das Versäumnis der Weddinger Bezirksverwaltung unterstreicht die bereits geäußerte Annahme, dass die „Moskauer“ Kommunisten planten, den Parteaufbau von den Verwaltungen aus zentral zu lenken, was bis dahin eine unübliche Organisationsmethode war.

Die Weddinger „Funktionärskommunisten“ reagierten unterschiedlich auf das Referat der offiziellen KPD. Während ihr Leiter die politischen Ausführungen des KPD-Instrukteurs anerkannte, erklärte einer seiner Mitstreiter, dass die zentralen „Ausführungen nichts neues enthalten“, dass die aus Moskau zurückgekehrten Kommunisten den Wedding nicht kannten, und deshalb die hiesige Lage falsch einschätzten, „dass der Wedding antifaschistisch ist und dass die Arbeiterschaft auf dem Wedding ihr Klassenbewußtsein nicht verloren hat“.<sup>230</sup> Damit wehrte ein Lokalfunktionär der KPD öffentlich die Diffamierung der Exil-KPD ab, aufgrund des Krieges und ihres Lebens in Deutschland nicht auf der Höhe der Zeit, konkret auf der Linie der Moskauer Kommunisten zu sein. Der Mitarbeiter Ulbrichts erkannte, dass ein Teil der Lokalkommunisten „... ohne es offen auszusprechen – unsere Strategie als ein Manöver hin (stellten) und in bezug auf die Schaffung einer KP erklärten (...), dass die Schaffung einer kommunistischen Partei Sache der Bevölkerung ist und daran keine Befehle, selbst kein Shukow und kein Stalin etwas ändern

---

<sup>228</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 200.

<sup>229</sup> Ebenda.

<sup>230</sup> Ebenda, Blatt 200f.

könnten.<sup>231</sup> Auch wenn Ulbrichts Mitarbeiter in seinem Bericht beteuerte, dass die Mehrheit der Weddingener KPD-Gruppe diese Ansichten nicht teilte, so wird doch das Spannungsfeld deutlich, in dem sich die Berliner Kommunisten und auch die aus Moskau kommenden Instrukteure damals bewegten. Zumal die „Moskauer“ Instrukteure zwischen allen Stühlen saßen. Einerseits mussten sie die Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht umsetzen und erfüllen, andererseits mussten sie ihre Politik den Genossen im Lande bei- und vor allem nahe bringen.

Einen weiteren Diskussionspunkt bildete die Anerkennung der von der KPD-Gruppe zusammengestellten Unterbezirksleitung, die in dieser Form, da sie die „Rathauskommunisten“ nicht einbezog, von der Ulbricht-Gruppe nicht anerkannt wurde. Die Funktionäre trennten sich mit dem Beschluss, dass zwei Mitglieder jeder Gruppe einen Organisationsausschuss bilden und entsprechende Maßnahmen zur Gründung einer Parteigruppe einleiten sollten.

Um die einzelnen KPD-Gruppen in den Berliner Stadtbezirken an die offizielle KPD-Linie anzubinden, bestritten Richard Gyptner, Gustav Gundelach, Wolfgang Leonhard und Paul Schwenk in der Zeit zwischen dem 4. und dem 12. Juni nicht weniger als 17 Funktionärsversammlungen in Berliner Stadtbezirken<sup>232</sup>; zu einer Zeit also, in der sich die Leiter der KPD-Gruppen gerade in Moskau aufhielten und erst dort über die unmittelbar bevorstehende Parteizulassung in der SBZ instruiert wurden. Nach ihrer Rückkehr, am 10. Juni 1945, teilte Ulbricht den in das „Lokal Rose“ in der Prinzenallee geladenen 60 Parteifunktionären, von denen 35 aus den Berliner Bezirken kamen, die von der SMAD bewilligte Zulassung demokratischer Parteien und Organisationen mit und verlas anschließend den in Moskau verfassten Aufruf des Zentralkomitees. Danach wurde die Zusammensetzung der KPD-Bezirksleitung für Groß-Berlin bekannt gegeben. Dieser standen mit Ottomar Geschke und Waldemar Schmidt zwei Überlebende nationalsozialistischer Konzentrationslager und Zuchthäuser vor, die durch Walter Köppe von der

---

<sup>231</sup> Ebenda, Blatt 201.

<sup>232</sup> Gyptner hielt sieben KPD-Veranstaltungen ab, Gundelach sechs, Leonhard drei und Schwenk eine. Keiderling datiert den Zeitraum der Funktionärskonferenzen auf den 3. bis 10. Juni 1945. Da aber auch noch nach dem 10. Juni 1945 inhaltlich gleiche KPD-Veranstaltungen stattfanden, ist die Datierung bis 12. Juni 1945 angemessen. Vgl. Keiderling 1997, S. 84f und S. 96ff; Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/2715.

Gruppe Ulbricht als Sekretär für Agitation und Propaganda unterstützt wurden.<sup>233</sup> Möglicherweise fiel die Wahl auf Geschke und Schmidt nicht nur wegen ihrer in nationalsozialistischen Lagern verbüßten Haft, sondern auch, weil sie sich in den 20er Jahren ein oder mehrmals in Moskau aufgehalten und diverse Schulen besucht bzw. internationalen kommunistischen Gremien angehört hatten<sup>234</sup> und so mit deren Organisations- und Befehlsstrukturen vertraut waren.

Die von Leonhard vorliegenden Berichte über die Stimmung im Saal, nachdem Ulbricht die Zulassung der Parteien und anschließend den Inhalt des KPD-Aufrufes bekannt gegeben hatte, erwähnen diesbezüglich keinerlei Überraschtheit vom Umstand der Parteizulassung; vielmehr war der Großteil der anwesenden KPD-Mitglieder über den liberalen Duktus des nun vorliegenden KPD-Aufrufs erstaunt.<sup>235</sup> Daraus kann geschlossen werden, dass viele der anwesenden Kommunisten aus den Stadtbezirken und der Region auf die bevorstehende Parteizulassung vorbereitet waren, zumal ein Tagesordnungspunkt der zwischen dem 4. und 12. Juni 1945 abgehaltenen Funktionärskonferenzen die Bestätigung arbeitsfähiger KPD-Leitungen in den einzelnen Verwaltungsbezirken festgeschrieben hatte.<sup>236</sup> Die aus den Bezirken kommenden Kommunisten verstanden die Bestätigung der KPD-Leitung, auch wenn sie in einigen Fällen ausdrücklich nur „kommissarisch“ erfolgt war, durchaus als Gründungs- bzw. konstituierende Veranstaltungen.<sup>237</sup> Diese wurden weder von der übergeordneten KPD-Leitung und Ulbricht noch von den auf den erwähnten Funktionärsitzungen anwesenden KPD-Instrukteuren beanstandet. Eine Deutungsvariante wäre, dass, obwohl keine offizielle

---

Vgl. Landesarchiv Berlin, KPD-Bezirksleitung I/2/15.

<sup>233</sup> Keiderling 1997, S. 92.

<sup>234</sup> Ottomar Geschke beispielsweise vertrat Anfang der zwanziger Jahre den Thälmannschen Kurs gegen die „Ultralinken“ und „Rechtsoportunisten“. Seit 1922 war er Mitglied des Führungsgremiums der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI). „Auf dem VI. Kongreß der KI wurde er ins Exekutivkomitee (EKKI) gewählt und war 1926/27 Vertreter der KPD beim EKKI in Moskau.“ (Vgl. Keiderling 1997, S. 93.)

Waldemar Schmidt hatte zwischen 1932 und 1934 die Leninschule in Moskau besucht. (Ebenda, S. 94.)

<sup>235</sup> Leonhard 1992, S. 486, Leonhard 1992a, S. 124.

<sup>236</sup> In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass Ulbricht Dimitroff bereits am 7. Juni 1945, also während diese Veranstaltungsreihe unter den deutschen Kommunisten noch lief, mitteilte: „Bezüglich der Parteiorganisation kann ich folgendes sagen: In allen Berliner Stadtbezirken sind Leitungen zum Aufbau von Parteiorganisationen geschaffen worden. Es haben Versammlungen der Funktionäre stattgefunden über die Arbeit und die Neuregistrierung der Parteimitglieder“. Vgl. Laufer 1996, S. 367.

<sup>237</sup> Keiderling 1997, S. 84.



Gründungsveranstaltung für die gesamte Hauptstadt stattfand, diese entweder zentral oder eben auf lokaler Ebene vorgesehen war.<sup>238</sup> Es könnte aber auch ein Zugeständnis der Ulbricht-Gruppe an die Lokalkommunisten gewesen sein, die auf einen offiziellen Gründungsakt ihrer jeweiligen Parteigruppe Wert legten, nachdem sie zum einen im Mai erste Parteiaktivitäten zurückstellen und sich zum anderen von ihren Vorstellungen über ein Rätedeutschland oder über den nun rasch erfolgen sollenden Aufbau des Sozialismus verabschieden mussten. Schwierigkeiten bereitete, wie erwähnt, der Passus des KPD-Aufrufs über die Beibehaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform, der die unmissverständliche Absage an den sozialistischen Neuaufbau beinhaltet. Um allen Mitgliedern den Inhalt verständlich zu machen und um sicher zu gehen, dass ihn alle zur Kenntnis nahmen, erfolgte in der zweiten Juniwoche eine erneute Welle von Funktionärssitzungen.<sup>239</sup>

Auch im Wedding fand eine solche Zusammenkunft statt, doch unter einem ganz anderen Vorzeichen, als es sich die „Moskauer“ wünschten. Nach dem Bekanntwerden des KPD-Aufrufes, vereinigten sich offenbar die beiden schon erwähnten KPD-Gruppen der „Rathauskommunisten“ und der Parteigruppe unter Einbeziehung prominenter Persönlichkeiten zu einer „Antifaschistischen Einheitspartei“. Dem Vorstand dieser Bewegung gehörten ca. 60 Mitglieder an, die, um sich somit zentrale Anerkennung durch die Gruppe Ulbricht zu sichern, bestrebt waren, auch einen „Moskauer“ mit einzubeziehen.<sup>240</sup> Ihrem Programm ist zu entnehmen, dass sich diese Antifa-Gruppe als Sammlungsbewegung für „alle schaffenden Deutschen“ verstand, mit deren Hilfe die notwendigen Maßnahmen zur Entnazifizierung und zum Wiederaufbau eingeleitet werden sollten. Der KPD-Aufruf war durchaus bekannt, denn immer wieder wurde der allgemeine Passus „schaffendes Volk“ verwendet: „Darüber hinaus muß das schaffende deutsche Volk den Weg beschreiten, den ihm die demokratischen, antifaschistischen Parteien und die ‚Antifa‘-Bewegung aufzeigen. Die Antifa steht auf dem Boden der wahren Demokratie im Kampf gegen den

---

<sup>238</sup> Für Keiderling stellte die 1. Funktionärskonferenz am 25. Juni 1945 in Berlin so etwas wie die „verspätete“ bzw. nachgeholte Gründungsversammlung der Gesamtpartei dar. Nur wenige Tage später fanden ähnliche KPD-Versammlungen in den von der Roten Armee besetzten Ländern und Provinzen statt. Vgl. Keiderling 1997, S. 85 sowie S. 104.

<sup>239</sup> Ebenda, S. 86.

<sup>240</sup> Sie versuchten Hans Mahle zu gewinnen. Vgl. BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851, Blatt 245.

Faschismus.<sup>241</sup> Ein weiterer Programmpunkt definierte die Antifa als „Wegweiser (...) für die demokratische Freiheit und Gleichberechtigung zum Platz der deutschen Völkerfamilie unter allen friedliebenden Nationen“. Auch wenn der häufige Verweis auf das „schaffende Volk“ von der Kenntnis des KPD-Aufrufes zeugt, so ließen es sich die Autoren nicht nehmen, andere und vor allem konkretere Ziele zu formulieren.<sup>242</sup>

Demzufolge passte dieses Programm nicht in die vorgegebene offizielle Parteilinie, zumal diese Bewegung innerhalb kürzester Zeit schon 30 000 Mitglieder erfasst haben wollte. Ein KPD-Instrukteur verhandelte am 18. Juni 1945 mit dem Vorsitzenden, der bereits vor 1933 der KPD angehört hatte. Der KPD-Instrukteur verwies den Vorsitzenden darauf, „dass es für einen Kommunisten unmöglich ist, eine solche Organisationsgründung vorzunehmen, ohne sich zuvor mit der Partei in Verbindung zu setzen“<sup>243</sup>. Der Vorsitzende versuchte zwar, diese Zurechtweisung abzuwehren, indem er unterstrich, dass diese Antifa schon vor seiner Mitarbeit bestanden habe und er die Mitarbeit in dieser Bewegung aufgrund seines Selbstverständnisses nicht ablehnen konnte und wollte. Nachdem er jedoch seine Bereitschaft erklärt hatte, „sich den Entschlüssen und Entscheidungen der Partei unterzuordnen“, verlangte der offizielle Parteiarbeiter bis zu einem Gespräch mit Ulbricht und der Anerkennung durch die Kommandantur den sofortigen Abbruch jeglicher organisatorischen und agitatorischen Arbeit.

Der Partei-Instrukteur glaubte besonders schlau vorgegangen zu sein, indem er jede weitere Aktivität der Weddinger Antifa untersagte und gleichzeitig dem Vorsitzenden gegenüber die Adresse Ulbrichts verschwie, den die Vertreter der Weddinger Antifa wegen ihrer Bestätigung aufsuchen wollten. Außerdem charakterisiert dieser Bericht ein gewisses Überlegenheitsgefühl des KPD-Instrukteurs den lokalen Antifa-Mitgliedern gegenüber. Gleich zu Anfang erwähnte er, bereits „über die Trauerveranstaltung im Wedding“ berichtet zu

---

<sup>241</sup> Ebenda, Blatt 248f.

<sup>242</sup> Sie bekräftigen ihre Bereitschaft zum Wiederaufbau und zur Zusammenarbeit mit den Alliierten, die Notwendigkeit der „Ausrottung aller Faschisten“ und die „Einrichtung von Volksgerichten“. Ferner sollten die Opfer des Faschismus betreut, Arbeitsbeschaffungs- und andere Fürsorgemaßnahmen getroffen werden. Die Jugend sollte im antifaschistischen Sinne erzogen, Kleinrenten und die allgemeine Altersversorgung sichergestellt sowie Religionsfreiheit gewährt werden. Privater Großgrundbesitz war zugunsten einer „Besserstellung der Landwirte und Bauern“ aufzuteilen und auch andere lebenswichtige Güter und der Warenaustausch sollten gerecht verteilt werden. Ebenda.

<sup>243</sup> Ebenda, Blatt 246.

haben. Ferner zog er die Mitgliedschaft des Antifa-Vorsitzenden in der KPD vor 1933 in Zweifel und schüchterte ihn letztlich mit dem Verweis auf eine erneute Mitgliedschaft in der KPD und der sich daraus ergebenden unbedingten Parteidisziplin ein. Der vorgesetzten Parteiinstitution gegenüber hob der KPD-Berichterstatte jedoch unterwürfig hervor: „Ich bin ... (dem Antifavorsitzenden – J.M.) gegenüber sachlich aufgetreten, weil ich durch die Erzählung Mahles nicht sicher war, ob Genosse Ulbricht bereits von der Sache unterrichtet ist und welche Maßnahmen beabsichtigt sind.“<sup>244</sup>

Eine gewisse Vorarbeit für den raschen Neuaufbau der Partei war in Berlin durch die Haus- und Blockvertrauensmänner und die Kommunalverwaltungen geleistet worden.<sup>245</sup> „In der Rekonstruktionsphase dominierten Straßen- und Wohngruppen. Bedingt durch die allgemeinen Verkehrsverhältnisse, war der Zusammenhalt im Wohngebiet besonders eng. Hier hatte seit Ende April 1945 die Reaktivierung der Mitglieder stattgefunden; hier spielte sich auch weiterhin der Hauptteil des geordneten Parteilebens ab: Versammlungen, Schulungen, Mitgliederwerbung, öffentliche Kundgebungen, Arbeitseinsätze und anderes.“<sup>246</sup>

Während sich die Schaffung von KPD-Betriebsgruppen nur schleppend gestaltete, da die Arbeiter vorerst an der Wahrung ihrer gewerkschaftlichen Rechte interessiert waren, vollzog sich die Konstituierung von behördlichen Parteigruppen in den Verwaltungen, in die Ulbricht ja verhältnismäßig viele Kommunisten integriert haben wollte, viel rascher.<sup>247</sup> Möglicherweise hatte Ulbricht mit Reorganisationsproblemen auf Betriebsebene gerechnet, weshalb er u.a. unmittelbar nach Kriegsende großen Wert darauf legte, möglichst viele Kommunisten mit Funktionen und untergeordneten Posten in den Bezirksverwaltungen zu betrauen, um den Parteaufbau beispielhaft von hier ausstrahlen zu lassen.

So wie viele Antifa-Mitglieder in die Bezirksverwaltungen integriert wurden, erfolgte nun, nach der offiziellen Parteeinzulassung, die Einbindung

---

<sup>244</sup> Ebenda, Blatt 247.

<sup>245</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/631, Bericht über das Verhältnis KPD-SPD in Berlin von Kaderabteilung des ZK der KPD, Oktober 1945

<sup>246</sup> Keiderling 1997, S. 98.

<sup>247</sup> Ebenda, S. 99.

kommunistischer und kommunistisch orientierter Antifaschisten in die Parteileitungen und die Parteigruppen.

Die Auflösung der Antifa-Komitees gestaltete sich keineswegs so einfach, wie dass ein Großteil der Vertreter der Bezirksverwaltungen im Mai 1945 glauben machen wollte und wie dies Ulbricht auch Dimitroff am 7. Juni 1945 gegenüber ausführte.<sup>248</sup> Die OSDA beispielsweise bestand noch im Juli 1945, obwohl auch der 7. Abteilung der GlawPURKKA mitgeteilt worden war: „Am 16. Mai wurde das Zentrum der OSDA liquidiert.“<sup>249</sup> Erst im Oktober 1945 konnte die KPD-Bezirksleitung für Groß-Berlin konstatieren: „Jetzt sind in allen Bezirken die Antifa-Büros und auch die Gruppen liquidiert. Treten noch hier und da Gruppen auf, so sind sie wenig von Bedeutung und werden von der Partei schnell abgetan.“<sup>250</sup> Zwar mussten sich nach der Zulassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien nicht mehr die Bezirksverwaltungen um die Auflösung vereinzelter Antifa-Gruppen kümmern, doch die Subordination dieser Gruppen unter die offizielle KPD-Linie dauerte mindestens bis zum Herbst 1945 und die bisher aufgeführten Integrationsangebote in die Kommunalverwaltungen und die Parteigruppen der KPD schienen für das spontane Aktionspotential der Arbeiter nicht auszureichen.

#### 2.1.4 Weitere Integrationsangebote an die Antifa

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Mitglieder etlicher Antifa-Ausschüsse nach deren Auflösung in unterschiedlichster Weise in das von der Gruppe Ulbricht gestaltete Nachkriegsleben einbezogen wurden, so in bestimmte Funktionen der Bezirksverwaltungen, u.a. als Bezirksbürgermeister, in die Polizei oder als Haus- und Vertrauensobmänner u.ä. Eine zweite Integrationsform war die Beteiligung an Funktionen innerhalb der sich etablierenden KPD-Parteileitungen in den Stadt- und Wohnbezirken bzw. in den Betrieben.

---

<sup>248</sup> Vgl. Laufer 1996, S. 364ff.

<sup>249</sup> Kreuzberger 1993, S. 1272.

<sup>250</sup> Landesarchiv Berlin, BPA I/2/030, Keiderling, 1997, S. 66.

Aber es waren auch die Antifa-Gruppen aufzulösen, in denen beispielsweise Kommunisten und Sozialdemokraten neben den für die Antifa gemeinhin üblichen Tätigkeiten einvernehmlich die Gründung *einer* Arbeiterpartei vorbereiteten. Dies betraf z. B. die „Notgemeinschaft ‚Freie Scholle‘“ in Berlin-Reineckendorf, die sich am 2. Mai 1945 aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen gebildet hatte und sich als „Sammlungspunkt aller antinazistischen Kräfte“ verstand. In einem ebenfalls am 2. Mai 1945 erschienenen Aufruf umriss die Notgemeinschaft ihr Aufgabenfeld. Priorität genossen die Sicherstellung der dringenden Lebensbedürfnisse, der Schutz von Wohnungen sowie die Wiederherstellung „geordneter Zustände“.<sup>251</sup> Auch in Tegel existierte eine „Notgemeinschaft Freie Scholle“, in der hauptsächlich Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenarbeiteten. Entsprechend ihres Selbstverständnisses bildeten sie am 25. Mai 1945 die „Sozialistische Arbeitsgemeinschaft“, deren Ziele ein „sozialistisches Deutschland“, „Freundschaft zur Sowjetunion“ sowie die geeinte „sozialistische Arbeiterschaft“ waren.<sup>252</sup>

Die „Moskauer“ Kommunisten boten nach der offiziellen Parteizulassung und dem beträchtlichen Organisationsvorsprung ihrer Partei diesen und anderen Organisationen, die sich für *eine* Arbeiterpartei aussprachen, die Zusammenarbeit in sogenannten Einheits- bzw. Aktionsausschüssen an. Auf diese Weise sollten auch die Sozialdemokraten, deren Angebote zur Zusammenarbeit von Ulbricht anfangs äußerst reserviert aufgenommen worden waren<sup>253</sup>, eingebunden werden. Gleichzeitig galt es, mit diesen Einheits-, Block- oder auch Aktionsausschüssen das Konzept der „neuen Staatlichkeit“ zu instrumentalisieren.<sup>254</sup>

Diese Einheitsausschüsse sollten ursprünglich der Klärung ideologischer Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten dienen. Doch schon bald wurde offensichtlich, dass vorwiegend „praktische Fragen der Verwaltung, der Versorgung, der Aufräumung und des Wiederaufbaus der

---

<sup>251</sup> Vgl. Podewin/Teresiak 1996, S. 10f.

<sup>252</sup> Vgl. Keiderling 1997, S. 135.

<sup>253</sup> Stellvertretend sei hier das im Ulbricht-Nachlass abgelegte Referat von Max Fechner erwähnt, in dem dieser darauf hinwies, dass Ulbricht auf die ersten Kontaktaufnahmen führender Berliner Sozialdemokraten äußerst reserviert reagierte. Vgl. BA Berlin, SAPMO NY 4182/858.

<sup>254</sup> Ebenda.

Wirtschaft“ in ihnen sowie in den Blockausschüssen diskutiert wurden.<sup>255</sup> Die Einheits- und Blockausschüsse sollten die bestehenden Verwaltungen bei der Lösung dieser Probleme nicht ersetzen, sondern ausschließlich beratende und unterstützende Funktionen wahrnehmen. Es oblag ihnen, eine „feste Verbindung“ und somit den Kontakt zwischen Verwaltung und Bevölkerung herzustellen.<sup>256</sup> Weiterhin sollte mit ihnen eine politische Leerstelle gefüllt werden, die aufgrund der fehlenden Stadtparlamente entstanden war.

Da in Berlin aber neben den Antifa-Komitees, in denen vorwiegend Sozialdemokraten und/oder Kommunisten tätig geworden waren, auch „bürgerliche“ Antifa-Gruppen, wie die Gruppe „Ernst“ der Bewegung „Freies Deutschland“<sup>257</sup>, existierten und etliche Komitees vor ihrer Auflösung Antifaschisten aus allen Bevölkerungsschichten registriert hatten, sah sich Ulbricht schon Ende Mai 1945 veranlasst, dem Berliner Magistrat Bürgerausschüsse oder ähnliche Gremien zur Seite zu stellen. Ziel war es, „die Last des Neuaufbaus durch die Heranziehung breiter Bevölkerungskreise besser zu verteilen, vor allem aber, sich mit diesen quasi-parlamentarischen Institutionen neben Obbleutesystem und Ausschüssen einen weiteren verwaltungspolitischen Bonus zu verschaffen.“<sup>258</sup> Auch diese Körperschaft sollte der „lebendige(n) Verbindung“ zwischen Bezirksverwaltungen und Massen dienen. Als Vertretungskörperschaften der Bürger geplant, sollten sie vor allem beratende und scheinbar kontrollierende Funktionen wahrnehmen sowie gleichzeitig das Vertrauen der Bürger in die Tätigkeit der Bezirksverwaltungen stärken. Doch anders als bei den Einheitsausschüssen, deren Konstituierung zentral von den oberen Parteiinstitutionen angeordnet werden konnte, gestaltete sich die Einsetzung der Bürgerausschüsse weit schwieriger. Das hing möglicherweise damit zusammen, dass die Blockausschüsse, die die Vertreter aller vier zugelassenen antifaschistischen Parteien und somit eigentlich auch alle sozialen Schichten vereinten, nach ähnlichen Prinzipien arbeiteten.<sup>259</sup> In ihrem Drang, das Volk in ihm vertrauten Organisationsstrukturen zu führen, bot die Exil-KPD der deutschen Nachkriegsbevölkerung eine Vielzahl von den Ausschüssen ähnlichen

---

<sup>255</sup> Ebenda, S. 136.

<sup>256</sup> Ebenda, S. 219 f.

<sup>257</sup> Kreuzberger 1993, S. 1274 f.

<sup>258</sup> Keiderling 1997, S. 229.

<sup>259</sup> Ebenda, S. 230 f.

Organisationen und Institutionen an, die für die Bürger im Sommer 1945 offensichtlich unüberschaubar wurden. Außerdem drückten die Antifa-Ausschüsse ja auch nicht den Bürgerwillen aus, sondern gingen ihm vielmehr voraus und wollten ihn mobilisieren<sup>260</sup>. Dieses wenn auch nicht explizit so formulierte Ziel der Antifa versuchte sich die Exil-KPD anzueignen. Dabei stieß sie jedoch auf das entweder noch nicht erwachte oder schon wieder erlahmte Bürgerinteresse an öffentlicher Partizipation; vielleicht, weil die von der KPD vorgegebenen Gremien nicht die der Bürger waren, vielleicht, weil sich die „Aktivisten der ersten Stunde“ aufgrund der von der KPD demonstrierten Allmacht von der Ausschussarbeit zurückzogen.

In Treptow beispielsweise regten die Offiziere der Roten Armee die bei der Kommandantur vorsprechende Gruppe von Kommunisten an, eine „Soziale Hilfe“<sup>261</sup> zu gründen, die nicht nur als Verhandlungspartner von sowjetischer Seite anerkannt war, sondern gleichzeitig auch die notwendigen Verbindungen zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung herstellen sollte. Die Mitglieder der „Sozialen Hilfe“ widmeten sich, wie in anderen Stadtteilen auch, den allgemein bekannten Aufgaben der Antifa. Nachdem im Bezirk Treptow eine arbeitsfähige Verwaltung geschaffen worden war, übernahm diese die Aufgaben der „Sozialen Hilfe“, während letztere in die Produktionsgenossenschaft „Sozia“ umgewandelt wurde.<sup>262</sup> Mit verschiedenen Gewerken wie Schneiderei, Putzmacherei, Tischlerei, Schmiede und Schlosserei diente sie auch weiterhin der Versorgung der Bevölkerung.

In Friedrichshagen wurde im Juni 1945 eine Hilfs- und Auskunftsstelle eingerichtet, um die verschiedenen Abteilungen der Bezirksverwaltung zu entlasten. „Die Hilfs- und Auskunftsstelle entstand in der Absicht, praktische, unmittelbare und möglichst sofortige Hilfe zu schaffen, in Fällen, in welchen der antifaschistische Teil der Bevölkerung Friedrichshagens einer solchen bedarf... In keinem Fall darf unsere Arbeit den Anschein erwecken, als wenn wir uns Befugnisse der Verwaltung anmaßen oder eine behördliche Stelle ersetzen können. Wir stellen keine Bescheinigungen aus, mit dem

---

<sup>260</sup> Niethammer 1999, S. 263.

<sup>261</sup> Rubinstein 1986. Eine ähnliche Organisation existierte beispielsweise in Adlershof. Vgl. Landesarchiv Berlin Rep. 145/1, 145.

<sup>262</sup> Rubinstein 1986, S. 5.

Wohlfahrtsamt (...) und Bahnhofsmision können und dürfen wir nicht verwechselt werden, und doch erfüllen wir nur durch freiwillige Zusammenarbeit und auf gänzlich unbürokratische Weise große Teile der Aufgaben, welche diese Institutionen ausübten.<sup>263</sup> Der Leiter dieser Sozialeinrichtung, der während des Nationalsozialismus zehn Jahre im Konzentrationslager und Zuchthaus verbracht hatte, betonte immer wieder, dass die Hilfs- und Auskunftsstelle „durch Hilfe und Auskunft dazu beitragen [soll], der Bevölkerung Mut zum Leben zu geben, Ordnung zu schaffen und zum Neuaufbau Deutschlands beizutragen und damit die antifaschistische Einheit zu stärken.“

Es wurden bereits auch die Komitees erwähnt, in denen Überlebende aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern tonangebend waren. Um deren aus der nationalsozialistischen Hafterfahrung resultierenden Führungsanspruch in der unmittelbaren Nachkriegszeit gerecht zu werden, regte Ulbricht die Bildung der sogenannten „Opfer des Faschismus“-Ausschüsse an, die als Suborganisation der Wohlfahrtsabteilungen den Bezirksverwaltungen unterstellt wurden. Die OdF-Ausschüsse sollten jedoch weniger gestaltend als vielmehr aufklärend wirken, indem zum einen sämtliche Verfolgte des NS-Regimes registriert und zum anderen nationalsozialistische Verbrechen aufgeklärt werden sollten.<sup>264</sup>

All diese Ausschüsse sollten durch die Einbeziehung breiter Bevölkerungsteile den Anschein einer „wahrhafte(n) Demokratie“ erwecken.

### 2.1.5 Die Gruppe Ulbricht zwischen Roter Armee und GlawPURKKA

Nur wenige Aussagen können zum Verhältnis der Ulbricht-Gruppe zu den sowjetischen Institutionen gemacht werden, doch sie sind nicht unbedeutend. Wie aus den bereits erwähnten Kommandierungen hervorgeht, unterstanden die Mitarbeiter Ulbrichts direkt der Politischen Verwaltung der 1. Belorussischen Front. Damit sie sich jedoch im Berliner Stadtgebiet frei

---

<sup>263</sup> In der Folge betreute die Hilfs- und Auskunftsstelle die Volksbibliotheken, schulte ihre Mitarbeiter, die sich aus Pfarrern, Ärzten und Lehrern zusammensetzten, verteilten aber auch Gegenstände des täglichen Bedarfs an Hilfsbedürftige. Landesarchiv Berlin, Rep. 146/1, 34.

<sup>264</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629 sowie Reuter; Hansel 1997.



bewegen konnten, wurden sie zusätzlich dem für Berlin zuständigen Stadtkommandanten Bersarin unterstellt. Für Ulbricht wog die erste Attachierung schwerer, denn er wandte sich bei allen Problemen an General Galadshijew, den Chef der Politischen Verwaltung der 1. Belorussischen Front.<sup>265</sup>

Das sowjetische Militär kritisierte vor allem, dass Ulbricht auch dann mit der PUR verhandelte, wenn es um Schwierigkeiten mit den Bezirkskommandanten ging. In ihren Augen sollte Ulbricht diesbezüglich beim Stadtkommandanten vorstellig werden, da die Bezirkskommandanten Bersarin direkt unterstellt waren. Und hier stellt sich wiederum die Frage, inwieweit die GlawPURKKA und ihre Nachfolgegliederungen nicht schon unmittelbar nach Kriegsende darum bemüht waren, die Macht des Militärs, konkret der kämpfenden Truppe, aus der sich die einzelnen Kommandanten ja rekrutierten, einzuschränken versuchten. Unterstrichen wird dieser Eindruck durch Ulbrichts Erfolgsmeldung an Pieck schon im Mai 1945: „Jetzt ist es schon so, dass die Kommandanten in verschiedenen Stadtteilen, wenn komplizierte Fragen sind, sich telefonisch an uns wenden und einen Instrukteur anfordern, der hilft, die Fragen zu klären und den Verwaltungsapparat richtig aufzubauen.“<sup>266</sup>

## 2.2 Gruppe Ulbricht in Brandenburg

Die Provinz Brandenburg gehörte zu den Ländern und Provinzen der SBZ, die 1945 den größten Gebietsverlust hinnehmen musste, nachdem über ein Drittel ihrer bisherigen Kreise im Zuge der Westverschiebung der polnischen Grenze unter polnische Verwaltung gestellt worden war. Brandenburg war ebenso wie Mecklenburg-Vorpommern eine Agrar-Region. Konnte die Provinz noch vor dem Krieg bis zu 90 % seiner Agrar-Güter exportieren, so war nach Kriegsende die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht mehr sichergestellt.<sup>267</sup> Der Krieg hatte zudem verhältnismäßig große Zerstörungen an

---

<sup>265</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629; Mitteilung von Oberstleutnant Selesnow (aus Berlin) vom 10.-26.6.1945.

<sup>266</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629, Ulbricht an Pieck 17. Mai 1945.

<sup>267</sup> Benz 1999, S. 391.

Industrieanlagen hinterlassen, auch wenn im Herbst 1946 schon 88,2 % dieser Anlagen, sofern sie nicht demontiert worden waren, wieder arbeiteten.<sup>268</sup>

Es wurde bereits erwähnt, dass Ulbricht die ihm unterstellten KPD-Mitglieder zunächst für die wichtigsten Aufgaben in der Hauptstadt behielt. Die seiner Gruppe obliegende Arbeit der Kaderauswahl übernahmen die den Truppen der Roten Armee unterstellten Mitglieder des NKFD. Unklar ist, ob Ulbricht tatsächlich über diese ehemaligen Kriegsgefangenen verfügen konnte oder ob er sich hier Anweisungen der GlawPURKKA fügte, die ehemaligen Kriegsgefangenen in der Provinz Brandenburg einzusetzen.<sup>269</sup> Der bekannteste unter ihnen dürfte der ehemalige Wehrmachtsmajor Bernhard Bechler gewesen sein. Über das direkte Auftreten der NKFD-Beauftragten fanden sich in den Quellen jedoch nur wenig Hinweise, was den Umstand erklären könnte, weshalb bislang nur wenig Literatur über deren Tätigkeit vorliegt.

In der Provinz Brandenburg hatte die Rote Armee in den Kriegsgefangenlagern Antifa-Schulen eingerichtet, in denen während der letzten Kampfhandlungen in Gefangenschaft geratene deutsche Soldaten, die der ehemaligen KPD oder SPD angehört hatten bzw. parteilos waren, umgeschult wurden. So hielt Richard Gyptner Ende Mai 1945 vor Antifa-Schülern in Rüdersdorf ein Referat über die „Schaffung der Stadtverwaltung und ihre Aufgaben“. Die Antifa-Schüler wurden dahingehend instruiert, die Selbstverwaltungen von unten her zu schaffen, was zwar Einschränkungen, offenbar hinsichtlich der Kontrollierbarkeit mit sich bringen, andererseits den Selbstverwaltungen jedoch zu großer Selbständigkeit verhelfen würde. Die neuen Verwaltungen seien demokratische Organe, und die kapitalistische Gesellschaftsordnung blieb vorerst bestehen, da die Alliierten den Krieg gegen Deutschland nur geführt hätten, um den Nationalsozialismus zu beseitigen. Deshalb sollte das deutsche Volk, das zwölf Jahre Krieg hinter sich hatte, erst einmal zum normalen Leben zurückfinden. Die Zusammensetzung der Stadt-

---

<sup>268</sup> Benz 1999, S. 391 ff.

<sup>269</sup> Die Aussagen Ulbrichts hierzu sind nicht eindeutig. An Dimitroff berichtete er, wie oben schon erwähnt, die zehn ehemaligen Kriegsgefangenen für die Arbeit in den Kreisverwaltungen bestimmt zu haben. (BA Berlin, SAPMO NY 4182/851, Telegramm Ulbrichts an Dimitroff, 9.5.1945) Wilhelm Pieck gegenüber begründet er am 17. Mai 1945 die Notwendigkeit weiterer Kader aus dem sowjetischen Exil: „Du musst berücksichtigen, dass wir bis jetzt erst in den 22 Berliner Stadtbezirken gearbeitet haben, aber noch nicht in der Provinz Brandenburg. Dort gibt es eine Reihe alter Funktionäre, die jetzt aus den Gefängnissen entlassen sind (...), aber wir konnten bisher diesen Genossen keine Anleitung geben.“ BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629, Ulbricht an Pieck 17. Mai 1945

und Bezirksverwaltungen hatte sich an der antifaschistisch-demokratischen Einstellung der Bevölkerung zu orientieren und sowohl Antifaschisten aus allen früheren Parteien sowie Parteilose in die Verwaltungsarbeit einzubeziehen.<sup>270</sup> In den Lektionen dieser Antifa-Schulen wurde immer wieder ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung unmittelbar nach dem Krieg nicht möglich sei, weil es zum einen nicht in der Absicht der Alliierten stünde und zum anderen, weil Hitler nicht vom deutschen Volke gestürzt worden war.<sup>271</sup>

Diese umfangreiche Agitation für die Wiederherstellung eines politischen Systems, das an die Zeit vor 1933 anknüpfte, hing offenbar mit dem Wirken von Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein in Berlin und Brandenburg in den Jahren 1943 und 1944 zusammen. Saefkow, Jacob und Bästlein war es gelungen, ein sehr weitgefächertes Netz von Widerstandsgruppen aufzubauen und dieses mit programmatischen Schriften zu versorgen. Die Führer der Inlands-KPD hatten zwar der allgemeinen Politik des in der Sowjetunion gegründeten NKFD zugestimmt, doch hatten sie auch keinen Zweifel daran gelassen, dass diese Volksfrontpolitik in ihren Augen einem politisch-taktischen Kalkül folge und eine Übergangsphase darstellen würde, der sich eine revolutionäre Umgestaltung Deutschlands anschliesse.<sup>272</sup> Auch wenn über zwei Drittel der Mitglieder der Saefkow-Gruppe ab Juni 1944 verhaftet und z.T. hingerichtet worden waren, wirkten deren programmatische Äußerungen bei denen weiter, die untergetaucht waren. Außerdem hatten Saefkow und Jacob auch mit politischen Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen in Kontakt gestanden und politische Ansichten ausgetauscht, die von den Überlebenden in der Nachkriegszeit umzusetzen versucht wurden.<sup>273</sup>

Noch Mitte 1945 wurde im „Bericht über die Parteiorganisation in der Provinz Brandenburg“ festgehalten: „Die tatsächliche innere Einstellung der Parteimitglieder zu einer breiten Politik des ZK gestaltete sich anfangs sehr zögernd in der konkreten Auswirkung der Arbeit, oftmals auch heute noch.

---

<sup>270</sup> BA Berlin, SAPMO NY 4080/9.

<sup>271</sup> Ebenda sowie Brandenburg-LHA, Ld Br. Rep. 333, Nr. 3, Provinzbesprechung aller Parteileiter der Provinz Brandenburg am 27.6.1945 in Berlin; Brandenburg, LHA, Ld Br. Rep. 330, Nr. 77.

<sup>272</sup> Vgl. Hochmuth 1998.

<sup>273</sup> Ebenda.

Viele glaubten anfangs diese breite Volkspolitik der Partei wäre irgendein Manöver. Erst infolge der Diskussion und durch den Aufruf des ZK trat allmählich die Erkenntnis ein, dass entsprechend dem Entwicklungsstadium in Deutschland dieses der einzige richtige Weg ist. Obwohl auch heute noch Genossen anzutreffen sind, welche innerlich noch nicht überzeugt sind davon. Ihre Zustimmung zur Partei und ihrer Politik wird hauptsächlich getragen durch ihr großes Vertrauen zum ZK.<sup>274</sup> Die Hinnahme von Beschlüssen der Parteispitze war unter Saefkow, Jacob und Bästlein bereits trainiert worden. Zwar sollen damals Diskussionen in den Dreiergruppen über die Ansichten der KPD-Inlandsleitung stattgefunden haben und divergierende Meinungen toleriert worden sein, jedoch hatten Saefkow, Jacob und Bästlein immer wieder darauf hingewiesen, dass die illegale Tätigkeit einen zentralistischen und autoritären Führungsstil erfordere, was von den übrigen Mitgliedern akzeptiert wurde. Nahe liegend ist, dass die Mitglieder der Gruppe Ulbricht nach Kriegsende auf diese während des Kriegs habitualisierten und den KPD-Mitgliedern vertrauten Verhaltensmuster zurückgreifen konnten, als es darum ging, die ehemaligen Mitglieder mit der aus Moskau mitgebrachten Parteilinie vertraut zu machen, zumal die Repräsentanten der KPD-Inlandsleitung von der Gestapo hingerichtet worden waren und die Exil-KPD oberste Leitungsansprüche übernahm.

So wie in Thüringen die überlebenden politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald programmatisch das politische Nachkriegsleben zu gestalten versuchten<sup>275</sup>, waren es in der Provinz Brandenburg die Überlebenden der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück sowie des Zuchthauses Brandenburg/Görden. Diese regten nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatstädte und –gemeinden fast immer das politische Leben wieder an, indem sie, um Gleichgesinnte zu sammeln und um die Bevölkerung über die NS-Zeit aufzuklären, antifaschistische Ausschüsse gründeten, so z. B. in Forst und Brandenburg. Ihre Arbeit wurde insofern

---

<sup>274</sup> Brandenburg. LHA Ld. Br. Rep.330, Nr. 5.

<sup>275</sup> Thüringer HStA Weimar, SED-BPA II/1-001, Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald; BA Berlin, SAPMO, SgY 30, NL 4182/856 Rundschreiben des Anti-Nazi-Komitees Weimar-Land; Zur Gründung eines Volksfrontkomitees im Konzentrationslager Buchenwald: Gedenkstätte Buchenwald Archiv 32885-6; 32/50; zum Thüringer-Komitee: Gedenkstätte Buchenwald 32/III-2 Bd., Wahl 1997.

erleichtert, als vor allem ehemalige Kommunisten bereits lose wieder zusammenarbeiteten, hauptsächlich indem sie wichtige Funktionen innerhalb der neu einzurichtenden Kommunalverwaltungen oder als „Rote Milizen“ u.ä. übernahmen. Nicht selten gründete sich zusätzlich zu den lose bestehenden kommunistischen Parteigruppen nach Rückkehr der KZ-Häftlinge ein Antifa-Komitee wie beispielsweise in Forst und in Werder.<sup>276</sup> Da die Offiziere der sowjetischen Besatzungsmacht angewiesen waren, den Überlebenden nationalsozialistischer Lager Achtung und Respekt entgegenzubringen und sie mit verantwortlichen Funktionen in der Nachkriegsgesellschaft zu betrauen<sup>277</sup>, konnten diese Antifa-Ausschüsse, die ebenso wie in Berlin und anderen deutschen Städten sowohl unter unterschiedlichen Namen auftraten als auch unterschiedlich zusammengesetzt waren, in der unmittelbaren Nachkriegszeit verhältnismäßig lange unbehelligt existieren und arbeiten.

Forst soll stellvertretend für jene Städte stehen, in denen ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten sich darüber einig waren, dass nach dem Krieg nur *eine* Arbeiterpartei existieren könne, machten sie doch die Spaltung der beiden Arbeiterparteien für den Machtantritt Hitlers verantwortlich.

In Hohen Neuendorf gründeten sich eine kommunistische und eine sozialdemokratische Ortsgruppe, die dann in einem „Antifaschistischen Kartell“ die Zusammenarbeit versuchten. Interessant ist hierbei, dass die für das Kartell erhobenen Grundsätze der Zusammenarbeit gleichzeitig auch in einem Berliner Stadtteil von Reinickendorf galten.

In Brandenburg-Görden kam es innerhalb der Kommunalverwaltung zu einer sogenannten Fraktionsarbeit der Kommunisten, die von dort aus weitere Zellen aufbauten.

---

<sup>276</sup> Brandenburg. LHA Ld. Br. Rep. 330, Nr. 146, Bericht über die bisherige Parteiarbeit der Ortsgruppe Werder/H. vom 2.8.1945.

<sup>277</sup> Garf, f. 7707, op. 1, d. 16; f. 7301, op. 7, d. 1; RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40.

### 2.2.1 „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“ Forst

Bereits seit Mitte Februar 1945 standen die Truppen der Roten Armee an der Oder-Neiße-Linie in Forst, einer Tuchmacherstadt in der Niederlausitz. Ende März erklärte die Wehrmacht die Stadt zur Festung, lag sie sich doch unmittelbar an der Neiße. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Stadt zu verlassen, sodass „Anfang April (...) Forst eine tote Stadt“ war. Nur etwa 160 Bürger hatten sich den Evakuierungsmaßnahmen entzogen und erlebten die Kämpfe um die Stadt zwischen dem 16. und 18. April 1945.<sup>278</sup> Die Kampfhandlungen zerstörten ca. 38 % der Gebäude – überwiegend Fabriken und Wohnungen - völlig bzw. 50 % teilweise. Lebensmittelvorräte und Verkehrsmittel waren in den letzten Kriegstagen abtransportiert worden. Die in der Stadt gebliebenen Forster Bürger begannen nach Beendigung der Kämpfe damit, die wichtigsten Betriebe, darunter das Wasserwerk, das Elektrizitätswerk und einige Tuchfabriken, aufzuräumen und wieder zu produzieren.<sup>279</sup>

Am 21. April 1945 setzte der sowjetische Stadtkommandant einen neuen Oberbürgermeister, einen Bürgermeister und einen Stadtsekretär ein, die sich weitere Angestellte selbst auswählen konnten. Während der Oberbürgermeister ein Bürgerlicher war, kam der Bürgermeister aus den Reihen der Arbeiter, die in der Stadt geblieben waren.<sup>280</sup> Vermutlich wechselten die Oberbürgermeister und Bürgermeister mit jedem neuen Kommandanten, denn es wurde vermerkt: „Mit der Einrichtung einer geordneten Stadtverwaltung wurde im Juni begonnen.“<sup>281</sup>

Schon Mitte Mai 1945 kamen Arbeiter zusammen, um über Möglichkeiten der Gründung *einer* Arbeiterpartei zu beratschlagen. Diese Idee nahm konkrete Konturen an, als am 25. Mai 1945 der Kommunist Willi Rescher aus dem Zuchthaus Brandenburg zurückkehrte. Zuerst knüpfte er Kontakte zu ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten, um mit ihnen einen

---

<sup>278</sup> Ihlo/Scholze 1972, S. 10.

<sup>279</sup> Ebenda, S. 30 ff.

<sup>280</sup> Ebenda, S. 33.

<sup>281</sup> Als erster Oberbürgermeister wurde ein Herr Schwarz erwähnt, dessen Bürgermeister Fritz Gischke war. Im Juni 1945 fungierte Georg Mahling als Oberbürgermeister, der dem Kommandanten acht neue Dezernenten für die Stadtverwaltung vorschlug. Zum Bürgermeister wurde Alfred Altman berufen, ein in der Niederlausitz bekannter KPD-Funktionär. Ebenda, S. 33 f. sowie S. 37.

Antifaschistischen Aktionsausschuss zu gründen. Dieser setzte sich unter dem Vorsitz Reschers paritätisch aus je zehn Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen, die sich offiziell am 3. Juni 1945 erstmals berieten.<sup>282</sup> Dieser Ausschuss bestand parallel zur Stadtverwaltung und sollte hauptsächlich die Antifaschisten registrieren, die der geplanten Einheitspartei beitreten wollten. Neben weiteren organisatorischen Vorbereitungen sollte auch Kontakt zur Kommandantur hergestellt werden. Die Mitglieder des Ausschusses verstanden sich jedoch nicht nur als Registrierungsstelle für Antifaschisten, sondern wollten auch die allmählich in die Stadt zurückkehrende Bevölkerung über den Nationalsozialismus aufklären. So fand am 6. Juni 1945 eine entsprechende Versammlung statt, an der ca. 4000 Einwohner teilnahmen. Redner waren der aus dem Zuchthaus zurückgekehrte Rescher und der sozialdemokratische Landrat.

Vom Befehl Nr. 2 der SMAD erfuhren die Mitglieder des antifaschistischen Aktionsausschusses vom Kommandanten. Dieser beauftragte den Vorsitzenden, entsprechende Vorbereitungen für das politische Leben in der Stadt zu treffen. Am 17. Juni 1945 tagte der Antifa-Ausschuss, dem inzwischen 40 Mitglieder angehörten, zum letzten Mal, und am 21. Juni 1945 konstituierte sich die „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“. An dieser Veranstaltung nahmen 200 Mitglieder beider Parteien teil, die beschlossen, sich „an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei und an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei mit der dringenden Forderung [zu wenden], unter allen Umständen die Vereinigung beider Parteien im ganzen Reich herbeizuführen.“ Bis zur Realisierung dieser Forderung sollte die Vereinigung vorläufigen Charakter tragen, „um sich dann der Vereinigten Arbeiterpartei von Deutschland, ganz gleich, welchen Namen sie trägt“, anschließen und bedingungslos einreihen zu können.<sup>283</sup>

Die KPD-Bezirksleitung Brandenburg war über derartige Entwicklungen alles andere als glücklich, zumal sich in Forst erst im Herbst 1945 eine sozialdemokratische Ortsgruppe gründete. Auch in Luckenwalde, wo bis 1933 die SPD den größeren Anteil an der Arbeiterbewegung gestellt hatte, waren die

---

<sup>282</sup> Ebenda, S. 39 f.

<sup>283</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4182/853. Resolution der vereinten Sozialistischen Parteien von Forst (Lausitz) KPD, 20. Juni 1945; Ihlo/Scholz 1972, S. 41.

Sozialdemokraten nahezu geschlossen in die KPD eingetreten<sup>284</sup>, ebenso in Eberswalde und Werder/Havel. Auch in den Städten, in denen sich eine SPD konstituiert hatte, traten von der Notwendigkeit *einer* geeinten Arbeiterpartei überzeugte ehemalige Sozialdemokraten den kommunistischen Ortsgruppen bei, so in Brandenburg, Königswusterhausen und Frankfurt/Oder.<sup>285</sup> Ganz unterschiedlich war bei diesen Übertritten das Verhalten der Kommunisten. In Werder beispielsweise sollten sich die Antifaschisten, die der Volksfront beigetreten waren und nach dem 10. bzw. 11. Juni 1945 noch nicht in die eine oder andere Arbeiterpartei eingetreten waren, entscheiden. In Schwedt bestand Ende Juni noch immer keine SPD- Gruppe, und die Kommunisten beschlossen, ehemalige Sozialdemokraten einfach in ihre Partei aufzunehmen.<sup>286</sup> In Berlin und in den Städten und Gemeinden Brandenburgs wurde deutlich, dass die Kommunisten an der Basis in der Regel nur sich selbst und ihre Parteiarbeit wahrnahmen. Über die Sozialdemokraten und deren Aktivitäten waren sie, sofern diese nicht in die KPD eingetreten waren, entweder nicht informiert oder nahmen sie einfach nicht zur Kenntnis. Es fanden sich nirgends Hinweise darüber, dass Kommunisten es für notwendig erachteten, die Spaltung der Arbeiterparteien zu überwinden, indem sie der SPD beitraten. Stattdessen stellten die Mitglieder der Ulbricht-Gruppe fest: „Wo SPD und andere Parteien bestehen, gehen unsere Genossen zögernd und schwerfällig an die Bildung antifaschistischer Blockarbeit.“ Wobei gleichzeitig beteuert wurde, dass das Verhältnis zur neugebildeten SPD im Allgemeinen gut sei.<sup>287</sup>

Für Ulbricht und seine Instrukteure schienen die Sozialdemokraten und deren Ortsgruppen in der unmittelbaren Nachkriegszeit kein wesentliches Problem darzustellen. Ulbricht führte Ende Juni auf der Besprechung der Parteileiter kurz aus, dass in den Gemeinden, wo Parteigruppen der SPD bestünden, mit ihnen zusammengearbeitet werden sollte.<sup>288</sup> Dass die Kommunisten dafür Sorge tragen sollten, dass nun unbedingt in jeder Ortschaft eine

---

<sup>284</sup> BA Berlin, SAPMO, Ry 1/I/371-2/114, Protokoll über die erste konstituierende Sitzung zur Wiederaufnahme der politischen Arbeit, Luckenwalde 7.6.45.

<sup>285</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 5, Bericht über die Parteiorganisation in der Provinz Brandenburg.

<sup>286</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 3, Provinzbesprechung aller Parteileiter der Provinz Brandenburg am 27.6.1945 in Berlin.

<sup>287</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 5, Bericht über die Parteiorganisation in der Provinz Brandenburg.

<sup>288</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 3, Provinzbesprechung aller Parteileiter der Provinz Brandenburg am 27.6.1945 in Berlin.





Birkenwerder teilgenommen hat. Auf dieser Zusammenkunft der KPD führte der KPD-Leiter und Bürgermeister von Hohen Neuendorf aus, dass sämtliche Neuerungen, wie die Parteischule, die Konsum- und Genossenschaftsabteilung für Handel, Handwerk und Einkauf sowie das Volksbildungsamt auf der Grundlage des „Demokratischen Zentralismus wie in Russland, dem Rätestaat“ eingerichtet worden waren.<sup>291</sup> Damit einhergehend begründete er den Verzicht auf einen eigenen politischen Staat, „bis wir der Welt durch restlose Beseitigung des Faschismus und Militarismus bewiesen haben, dass wir vollwertige Mitglieder der Staaten sein wollen. Wenn wir als Kommunisten tätig sind, werden wir schneller Räte-Deutschland.“<sup>292</sup> Das bedeutete nichts anderes, als dass die Kommunisten Hohen Neuendorfs die Politik des ZK der KPD, wie viele andere Lokalkommunisten, lediglich als taktisches Kalkül verstanden auf dem Weg zur deutschen Räterepublik. Diese Vorstellung äußerte sich auch in der Namensgebung für das „Antifaschistische Kartell“, das ein befristetes Bündnis zwischen KPD und SPD darstellen sollte.<sup>293</sup> Für diese Kartellarbeit schlug die KPD der SPD Hohen Neuendorfs folgende fünf Punkte der Zusammenarbeit vor: erstens die Registrierung und Entlassung der Mitglieder der NSDAP aus der Kommunalverwaltung, den Betrieben und öffentlichen Organisationen; zweitens gemeinsame Kundgebungen, um Aufklärungsarbeit zum Faschismus zu leisten und die Bevölkerung zur Mitarbeit am demokratischen Neuaufbau zu motivieren, drittens die Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung, viertens gemeinsame Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften sowie fünftens gemeinsame „Funktionärsversammlungen zur Klärung ideologischer Fragen“.<sup>294</sup>

Die gleichen Vereinbarungen waren bereits am 25. Juni 1945 zwischen der KPD-Bezirksleitung Reineckendorf und der Sozialdemokratischen Kreisleitung Reinickendorf verabschiedet worden.<sup>295</sup> So ist davon auszugehen, dass die in den ersten Nachkriegswochen oft konstatierte Isolation lokaler Gruppen bereits Ende Juni 1945 in der Provinz Brandenburg teilweise überwunden schien, zumal die KPD Hohen Neuendorfs bereits mit der Parteigruppe in Bernau in

---

<sup>290</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 139.

<sup>291</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 141.

<sup>292</sup> Ebenda.

<sup>293</sup> Ebenda.

<sup>294</sup> Ebenda.

<sup>295</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 155.

Verbindung stand.<sup>296</sup> Möglicherweise hatte ein Genosse, der nach Hohen Neuendorf kam oder der offizielle KPD-Instrukteur selbst diese Programmpunkte, die denen des von der Exil-KPD avisierten Aktionsausschusses zwischen KPD und SPD entsprachen, mitgebracht. Über solche und ähnliche Verbindungen könnte auch die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten angeregt bzw. angewiesen worden sein. Denn an einer fruchtbringenden Zusammenarbeit, die, wie beispielsweise in Forst oder Luckenwalde, aus vollster Überzeugung beider Parteien angestrebt wurde, war den Hohen Neuendorfer Funktionären offenbar nicht gelegen.

Die SPD von Hohen Neuendorf verstand das von der KPD angestrebte Kartell als eine Organisationsform der „Antifaschistischen Front“.<sup>297</sup> Da sich in der Gemeinde aber auch Bürger in der Liberaldemokratischen Partei zusammenfanden, wurde weder ein Antifa-Kartell noch eine Antifaschistische Front, sondern der Block antifaschistischer Parteien gegründet, der nach den oben genannten fünf Punkten arbeiten sollte.<sup>298</sup>

Im Allgemeinen konstatierten die Hohen Neuendorfer Kommunisten, dass sich die Zusammenarbeit mit den Liberaldemokraten wesentlich besser gestaltete als mit der SPD. „Wir mussten nun feststellen, dass der SPD-Vorstand die Beschlüsse [des Blocks –J.M.] sabotierte und nur Lippenbekenntnisse abgab.“<sup>299</sup> Offenbar zeigten sich die Sozialdemokraten zunehmend selbstbewusster und forderten immer wieder die paritätische Besetzung aller Rathausämter. Die KPD verwies darauf, dass immerhin zwei Dezernate an Sozialdemokraten vergeben waren und sie auch in anderen Abteilungen des Magistrats mitarbeiteten. In diesem Zusammenhang hob sie hervor: „Der übergroße Teil der Magistratsarbeiter ist antifaschistisch und parteilos. Kein ehemaliges Mitglied faschistischer Organisationen befindet sich im Rathaus. Durch alle diese Tatsachen ist für uns die Parität hergestellt.“

Doch die Sozialdemokraten beanspruchten die Einhaltung der Parität im wortwörtlichen Sinne und nicht in der eben dargestellten Interpretation der Hohen Neuendorfer Lokalkommunisten. Unterstützung erhoffte sich die sozialdemokratische Ortsgruppe von außerhalb, vom Landrat aus Bernau.

---

<sup>296</sup> Ebenda.

<sup>297</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 155.

<sup>298</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 139.

<sup>299</sup> Ebenda.

Diesem und dem Kommandanten ließen sie beispielsweise ihre Vorstellungen über einen neuen Bürgermeister sowie eine Kritik über die Lebensmittelsituation und –verteilung zukommen. Die KPD Hohen Neuendorfs sah sich in übelster Weise verleumdet, während der Kommandant der Nichtbeachtung seiner Befehle Einhalt gebot, schließlich bedurfte jeglicher Schriftverkehr seiner Erlaubnis. Die Sozialdemokraten mussten in der Folge nicht nur die Kritik des Kommandanten ertragen, sondern räumten in einer Antifa-Sitzung reuevoll ein, für Hohen Neuendorf nur das Beste zu wollen, weshalb sie die Resolution zu den Ernährungsproblemen zurückzogen.

### 2.2.3 Die Beiräte in Brandenburg/Görden

Die Stadt Brandenburg/Havel wurde am 1. und 2. Mai 1945 besetzt. Der erste Militärkommandant, Oberst Wolkow, ernannte am 2. Mai einen Sozialdemokraten zum Bürgermeister der Stadt, der in den ersten Tagen von zwei ehemaligen Sozialdemokraten bei seiner Amtsausübung unterstützt wurde. Über Aushänge und Plakate informierten sowohl der Stadtkommandant als auch die Bürgermeisterei die städtische Bevölkerung über dringende Probleme.<sup>300</sup> Die Aushänge des Stadtkommandanten regelten die Sperrfristen, gestatteten der Bevölkerung, sämtliche Rundfunk- und Fotoapparate zu behalten und verpflichtete ehemalige NSDAP-Mitglieder zur Registrierung. Diese Maßnahme wurde Ende Mai 1945 jedoch erst relativ spät angeordnet.<sup>301</sup>

#### *Brandenburgs Oberbürgermeister und die Beiräte*

Am 22. Mai bestätigte der Stadtkommandant die Konstituierung des neuen Brandenburger Magistrats. Als Oberbürgermeister fungierte Max Herm von der KPD, den 1. und 2. Bürgermeister stellten die Sozialdemokraten, die schon seit dem 2. Mai 1945 die Verwaltungsgeschäfte geführt hatten. Insgesamt gehörten dem Magistrat fünf Kommunisten, fünf Sozialdemokraten, fünf

---

<sup>300</sup> So wurden die Mitarbeiter der Stadtwerke am 3. Mai aufgefordert, sich beim Bürgermeister zu melden, Lebensmittelgeschäfte sollten notwendige Vorbereitungen für den Verkauf treffen. Am 11. Mai wurde die Brandenburger Bevölkerung mittels Aufruf zu Arbeitseinsätzen verpflichtet. Vgl. Heß/Richter 1995, S. 201 f.

<sup>301</sup> Ebenda, S. 202.

Parteilose und ein Pfarrer an.<sup>302</sup> Vier der 15 neuen Magistratsmitglieder verfügten bereits über Verwaltungserfahrungen aus der Zeit vor 1933. Mit Max Herm<sup>303</sup> stand ein gebürtiger Brandenburger an der Spitze der Stadtverwaltung, der nicht nur dem sowjetischen Kommandanten genehm war, sondern auch von den Sozialdemokraten und der übrigen Bevölkerung unterstützt wurde. Außerdem besaß er bereits Verwaltungserfahrungen und konnte sich zusätzlich durch seine Hafterfahrungen während des Nationalsozialismus legitimieren. Schon auf der konstituierenden Sitzung umriss Herm die wichtigsten Aufgaben des neuen Magistrats: „Säuberung der Verwaltung und Betriebe von aktiven Nazis, Beseitigung der Trümmer und Ingangbringung des wirtschaftlichen Lebens, Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigsten.“<sup>304</sup> Zur Unterstützung dieser breit gefächerten Aufgaben ernannte der Magistrat am 14. Juli 15 Stadtbezirksobleute und deren Stellvertreter, denen die Straßenobleute zuarbeiten sollten. Sie waren Verwaltungsbeauftragte und das Bindeglied zwischen Verwaltung und Bevölkerung.<sup>305</sup>

Als ein weiteres öffentliches Gremium beschloss der Magistrat die Zulassung eines Stadtbeirates, so die Bevölkerung noch umfassender in die Aufbauarbeit einbeziehend. Dieser Beirat bestand aus je 15 Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürgerlichen, die sich einmal monatlich trafen. Er besaß Kontroll- und Vorschlagsrecht gegenüber dem Magistrat und soll das Vertrauensverhältnis zwischen der Kommunalverwaltung und der Bevölkerung befördert haben. Aufgrund des Vorschlagsrechts gegenüber dem Magistrat gliederte sich der Beirat in diverse Unterausschüsse, die sich mit der Sicherung des alltäglichen Lebens, der Entnazifizierung und der Wiederaufnahme der Produktion beschäftigten.<sup>306</sup>

---

<sup>302</sup> Die KPD stellte die Dezernenten für das Personalamt und die allgemeine Verwaltung, für Volksbildung, für das Sozialwesen und die Polizei; die Sozialdemokraten besetzten das Nachrichtenwesen, die Finanzabteilung und die Abteilung städtische Betriebe. Ein Kaufmann war für Ernährungsfragen zuständig, ein Fabrikant für die Abteilung Industrie und Handel, vermutlich ein Architekt für Wohnungs- und Bauwesen, während ein Mediziner die Abteilung Gesundheitswesen übernahm. Der Pfarrer wurde als Beirat für Kirchenfragen hinzugezogen. Vgl. Ebenda, S. 204.

<sup>303</sup> Max Herm (1899-1982), 1927-1933 Stadtverordneter in Brandenburg, 1932/33 Reichstagsabgeordneter, nach 1933 Konzentrationslager Sonnenburg, Lichtenburg, Buchenwald und Sachsenhausen. Ebenda.

<sup>304</sup> Ebenda, S. 205.

<sup>305</sup> So waren im Sommer 1945 ehrenamtlich 15 Bezirks-, 310 Straßen und 1200 Hausobleute in Brandenburg tätig. Vgl. Ebenda.

<sup>306</sup> Dieser Beirat gliederte sich nicht nur analog zur Stadtverwaltung, sondern auch analog zu

Als eine der letzten Maßnahmen als Brandenburger Oberbürgermeister ließ Max Herm, der im September 1945 in die Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge berufen wurde, einen Schlichtungsausschuss einrichten, um die in seinen Augen sehr gute Magistratsarbeit auch künftig fortgeführt zu wissen. Je zwei Vertreter der Parteien und des Magistrats sollten auftretende Streitigkeiten und Differenzen innerhalb der Stadtverwaltung untersuchen und klären. Mit dem Vorsitz wurde der Leiter des Personalamtes, ein Kommunist, betraut. Ferner sollte der Ausschuss notwendige Personalfragen und Entnazifizierungsmaßnahmen klären.

Nachdem Herm schon im August 1945 seine Abberufung bekannt gegeben hatte, machten sich die Brandenburger Gedanken über seine Nachfolge. Sie favorisierten einen der Sozialdemokraten, der bereits in den ersten Nachkriegstagen aktiv in der Stadtverwaltung mitgearbeitet hatte, der somit „ein Repräsentant für die begonnene demokratische Entwicklung in der Stadt“ war und über die notwendige Sachkompetenz verfügte.<sup>307</sup>

Die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg bestimmte jedoch den Kommunisten Fritz Lange zum neuen Oberbürgermeister Brandenburgs. Diese für die Ortsansässigen völlig unverständliche Entscheidung führte zu ersten Missstimmungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten. Weitere folgten aufgrund des Leitungsstils Langes, der es beispielsweise nach seinem Amtsantritt ständig versäumte, auch den von seinem Vorgänger eingerichteten Stadtbeirat zu den öffentlichen Verwaltungssitzungen einzuladen. Der Stadtbeirat sah sich, um sich besser vertreten zu können, deshalb veranlasst, einen eigenen Vorstand zu wählen. Vermutlich weil der Schlichtungsausschuss von einem KPD-Mitglied geführt wurde, fiel die Wahl des Vorsitzenden des Stadtbeirates auf einen Sozialdemokraten, um weiteren Konflikten vorzubeugen. Unverständnis rief außerdem die von Lange angeordnete Entlassung des ersten Bürgermeisters, einem alten SPD-Mitglied hervor.

---

den herkömmlichen antifaschistischen Ausschüssen. So arbeiteten Kommissionen für Bauwesen, Finanzen, kommunale Betriebe, Volksbildung, Ernährung, Arbeitseinsatz, Wohnungswesen, Gesundheitswesen, Polizei, Personalfragen sowie Industrie und Handel.

Ebenda.  
<sup>307</sup> Ebenda, S. 211.

*Die Antifa in Brandenburg/Görden*

Während sich im Brandenburger Stadtteil Görden ein Teil ehemaliger Kommunisten unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen für die Übernahme einiger Amtsgeschäfte der Bürgermeisterei zur Verfügung stellte, erhielt ein anderer Teil der Genossen vermutlich von einem KPD-Mitglied aus einem anderen Stadtteil die Aufgabe, „eine Zelle der Partei aufzuziehen“. Diese Zelle nannte sich fortan „Antifa“, beschäftigte sich mit der Waffenerfassung und stand in engem Kontakt zur Bezirksbürgermeisterei.<sup>308</sup> Zu jeder protokollierten Zellensitzung referierte ein KPD-Mitglied über zentrale Anweisungen und Richtlinien, die er tags zuvor selbst bekommen hatte. Auf der ersten Sitzung, am 15. Mai 1945, sprach beispielsweise der Leiter des späteren Personalamtes der Stadtverwaltung. Sein Anliegen war es, vor allem die Zeit der Illegalität zu würdigen und den Nationalsozialisten den „rücksichtslosen Kampf“ anzusagen. Auf dieser Zusammenkunft gründete sich die „Zelle Görden“, die zwar aufgrund des Parteienverbots offiziell keine Parteigruppe darstellte, sich aber am ihr bekannten Organisationsmuster der KPD vor 1933 orientierte<sup>309</sup>, wozu die Verabschiedung mit „Rot Front!“ gehörte. Schon auf der zweiten Zusammenkunft, am 19. Mai 1945, wurde die Gördener Antifa umorganisiert. Ein anderer Genosse, der ebenfalls nicht aus dem Gördener Stadtteil kam, lobte zunächst die bisherige Arbeit der Antifa und verkündete dann ein Konglomerat aus offizieller Propaganda der Moskauer-Exil-KPD und vermutlich eigenen Ansichten über die Zukunft Deutschlands.<sup>310</sup> Zur Moskauer KPD-Propaganda gehörte das Bekenntnis zur Mitschuld am Krieg, die in den nächsten zwei bis drei Jahren abzuarbeiten war. Hierfür sollten sich die alten, erfahrenen Genossen, die deutsche Arbeiterschaft in die „Antifaschistische Front“, wie die Antifa nun genannt wurde, eingliedern. Die bisher praktizierte Arbeitsweise wurde in der „Antifaschistischen Front“ beibehalten, ihr unterstanden anfangs 10 später dann 14 Zellen.

---

<sup>308</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 61, Tätigkeitsbericht der „Antifa“ Brandenburg/Görden im Mai 1945.

<sup>309</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 61, Zellensitzung am 15.5.1945.

<sup>310</sup> Die Identität dieses Genossen konnte nicht geklärt werden. Entweder war er ein Angehöriger des NKFD oder ein ehemaliger politischer Häftling, der sich im Konzentrationslager oder Zuchthaus mit Gleichgesinnten ebenfalls Gedanken über die deutsche Zukunft gemacht hatte.

Über den Vorgang der Auflösung der Antifa wurde nichts dokumentiert. Nahe liegend ist, dass diese antifaschistische Front im Zuge der Parteienzulassung aufgelöst wurde.

Brandenburg steht beispielhaft für die Kleinstädte, in denen sich verhältnismäßig viele Ausschüsse und Gremien konstituierten, die für die Belange der Stadt eintraten. Es scheint ein Ausdruck dafür zu sein, dass auch Verwaltungsangestellte nach Alternativen suchten, um der durch das Kriegsende verursachten allgemeinen Notlage und dem drohenden Chaos zu begegnen. Es fanden sich keine Hinweise darüber, dass die offizielle Stadtverwaltung versuchte, Antifa-Gruppen in den Stadtteilen aufzulösen. Vielleicht erachteten die Brandenburger Kommunalpolitiker dies nicht für nötig, da die Görden Antifa beispielsweise die Arbeit der Stadtverwaltung eher unterstützte als behinderte. Oder die Stadtverwaltung Brandenburg wusste nichts über die Existenz der Görden Antifa, was jedoch unwahrscheinlich ist, denn die einzelnen Stadtteile standen, wie gezeigt, untereinander in Kontakt.

#### 2.2.4 Zur Auflösung der Antifa in der Provinz Brandenburg

Ulbricht und die ihm unterstellten Instrukteure waren auch in den Städten und Gemeinden der Provinz Brandenburg an der Auflösung sämtlicher Antifa-Gruppen interessiert. Während er Anfang Juni 1945 Dimitroff gegenüber in Moskau mitteilte, dass die Antifaschistischen Ausschüsse in der Hauptstadt weitgehend aufgelöst waren, musste er sich mit denen in der Provinz noch mindestens bis Ende Juni auseinandersetzen. Auf der Besprechung aller Parteileiter der Provinz Brandenburg am 27. Juni 1945 griff er die Frage der Antifa, die in seinen Augen sektiererische Tendenzen barg, noch einmal auf. „Es wurde die Frage des antifaschistischen Ausschusses gestellt. Wir sind nicht für solche Organe. Wenn die Partei eine richtige Politik treibt, dann bleibt für die anderen antifaschistischen Sekten kein Platz mehr.“<sup>311</sup> Deshalb sollten die besten Antifaschisten in die KPD aufgenommen bzw. für Funktionen innerhalb



der Kommunalverwaltung vorgeschlagen werden. Anders als in Berlin, wo die Auflösung der Antifa zuerst über deren Integration in die Stadtteilverwaltungen geschah, sollte dies in der Provinz durch die Aufnahme in die KPD stattfinden. Das hing offensichtlich mit der veränderten Situation zusammen, seit dem 10. Juni 1945 Parteien von der SMAD offiziell zugelassen waren. Somit brauchte Ulbricht nicht mehr den Umweg über die Kommunalverwaltungen zu gehen, um für seine Partei geeignete Kader zu rekrutieren. Außerdem waren von dieser Auflösung hauptsächlich die Antifa-Gruppen betroffen, die parteiähnlich arbeiteten und sich bis dato einer Auflösung entziehen konnten. Die Absage an die Antifa konnte er noch einmal unterstreichen, als Potsdamer Genossen den Tempoverlust hinsichtlich des Parteaufbaus kritisierten: „Das liegt an der Rummurkserei mit der Antifa.“<sup>312</sup>

Für die konkrete Parteiarbeit ordnete Ulbricht an, dass die KPD-Versammlungen künftig weder mit dem alten KPD-Gruß „Rot Front!“ eröffnet noch geschlossen werden sollten. Statt sozialistischer Losungen und Symbole wie Hammer und Sichel waren in den Versammlungsräumen antifaschistische Losungen allgemeiner Natur anzubringen. „Der Raum muß anständig aussehen. So daß die Leute, die hinkommen, den Eindruck haben, daß wir wirklich die wichtigste Partei in diesem Ort sind.“ Außerdem sollte auf diese Weise vermieden werden, dass die Bevölkerung der KPD vorwarf, „Propaganda für die Sowjets zu machen.“<sup>313</sup> In jeder Stadt und jeder Gemeinde sollte sich die KPD im ehemaligen Gebäude der NSDAP niederlassen.

Hatte in den ersten Nachkriegswochen das Hauptaugenmerk der Ulbricht-Gruppe auf der Sammlung von kommunistischen Kadern für die Verwaltungsarbeit gelegen, so konzentrierten sich die Instrukteure nach der Partienzulassung auf die Parteiarbeit. Der KPD-Instrukteur Bruno Brockhoff kritisierte Mitte Juli 1945 diejenigen KPD-Mitglieder, die sich voll auf die Verwaltungsarbeit stürzten und die notwendige Parteiarbeit vernachlässigten. Stattdessen forderte er, „den Weitblick nicht (zu) verlieren. Es ist ein falscher Standpunkt, wenn unsere Genossen denken, dass es allein wichtig ist, in den wichtigsten Stellen der Verwaltung zu sitzen. Es ist nicht nötig, dass unsere

---

<sup>311</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 3, Provinzbesprechung aller Parteileiter der Provinz Brandenburg am 27.6.1945 in Berlin.

<sup>312</sup> Ebenda.

<sup>313</sup> Ebenda.

besten Genossen alle in der Verwaltung sind. Die fähigsten Köpfe von uns müssen in die politische Leitung.“<sup>314</sup>

Ulbricht war zwar an der raschen Auflösung dieser Organisationsform gelegen, doch zeigte er sich auch hier, wie schon in Berlin, kompromissbereit. Sämtliche Gruppen, die sich nach der Anweisung zur Bildung des Blocks antifaschistischer Parteien als antifaschistische Aktionsausschüsse o.ä. bezeichneten<sup>315</sup>, konnten diesen Namen oftmals bis zum Jahreswechsel 1945/46 und darüber hinaus weiterführen. Gleiches traf wohl auch für die Einheitsausschüsse von SPD und KPD zu.

Die Integrationsangebote an die in der Antifa tätigen Bürger gingen nicht nur an die Arbeiter. Für die voreilig geschaffenen Jugendorganisationen in der Provinz Brandenburg, die beispielsweise in Brandenburg, Luckenwalde und Bernau existierten und angeblich „sektiererischen Charakters“ waren, bot sich ab 25. Juni 1945 die Möglichkeit, in „antifaschistischen Jugendausschüssen“ mitzuarbeiten.<sup>316</sup>

Zur gleichen Zeit kündigte Ulbricht eine Organisationsform für Intellektuelle und Künstler an: „Die Intellektuellen werden in nächster Zeit die Gelegenheit haben, sich im ‘Kulturbund für die demokratische Erneuerung Deutschlands’ zusammenzuschließen. Dann brauchen wir für diese Gruppe keine andere Organisation mehr.“<sup>317</sup>

### 2.3 Zusammenfassung

Es wurde gezeigt, dass sich die Berliner Bezirkskommandanten der sowjetischen Besatzungsmacht nach Beendigung der Kampfhandlungen der aus der Illegalität heraustretenden oder unmittelbar nach Kriegsende sich gründenden Antifa-Gruppen zunächst bedienten, um die Normalisierung des Nachkriegslebens einzuleiten und voranzubringen. Die Auflösung der Antifa

---

<sup>314</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 77.

<sup>315</sup> In Luckenwalde konstituierte sich am 7.6. 1945 die „Antifaschistische Aktion“ (Brandenburg, LHA, Ld Br. Rep. 330, Nr. 120). In Straußberg bestand noch im September 1945 ein „Antifaschistischer Aktionsausschuß“ aus Sozialdemokraten und Kommunisten (Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 187.) Am 14.7.1945 fand in Rüdersdorf die Sitzung des „Kampfblocks antifaschistischer Verbände“ statt, der noch im September tätig war. (Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 24 und Nr. 25.)

<sup>316</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 5; Mähler 1995, S. 35 ff.

erfolgte erst, nachdem diese Normalisierungsmaßnahmen angelaufen waren und nachdem die Gruppe Ulbricht ihre Tätigkeit in der Hauptstadt aufgenommen hatte. Etwa zeitgleich mit der Gruppe Ulbricht wurden auch die Stellvertretenden Kommandanten für Zivilangelegenheiten, die aus dem Personal der Politischen Abteilungen der Fronten rekrutiert wurden, eingesetzt. Mit Hilfe ihrer Autorität wurden, wie dargestellt, zahlreiche Antifa-Gruppen aufgelöst. Oft war es nicht mehr zu rekonstruieren, ob die Auflösung der Antifa erfolgte, weil ein Teil von ihnen nach den Anfangsaufgaben zur Normalisierung ab Anfang/Mitte Mai 1945 parteipolitische Ambitionen äußerte und er deshalb der sowjetischen Besatzungsmacht suspekt wurde oder weil Ulbricht und seine Mitarbeiter aus Furcht vor einer zweiten Macht die Auflösung der Antifa betrieben. Der Informationsbericht der GlawPURKKA vom 27. Juli 1945 hob hervor, dass die Antifa-Ausschüsse von ihren Mitarbeitern, den Stellvertretenden Kommandanten für Zivilangelegenheiten, aufgelöst wurden.<sup>318</sup> Denkbar ist, dass der Anteil Ulbrichts an dieser Maßnahme den sowjetischen Behörden gegenüber deshalb nicht erwähnt wurde, weil die deutschen Exil-Kommunisten der GlawPURKKA unterstellt waren. Es ist ferner festzuhalten, dass sich Ulbricht der Autorität der sowjetischen Besatzungsmacht bediente, um sein Anliegen umzusetzen, die drohende Doppelherrschaft von Exil-KPD und Antifa, die wegen des spontaneistischen Elements kaum kontrollierbar war, zu beseitigen.

Die Berliner Antifa wurde jedoch nur dann mit der Autorität der Stellvertretenden Kommandanten konfrontiert, wenn sie unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen, oder nachdem ein Teil der Normalisierungsmaßnahmen angelaufen war, parteipolitisch agierten. Die Antifa-Gruppen, die parallel zu den Bezirksverwaltungen tätig wurden, erhielten Integrationsangebote, in den Verwaltungen mit zu arbeiten. Ferner regte Ulbricht, wie dargestellt, noch eine Reihe anderer Gremien wie Block-, Bürger- und Stadtteilausschüsse an, um breite Bevölkerungsteile, die sich von der Antifa nicht angesprochen gefühlt hatten, in das Nachkriegsleben einzubinden.

Die Auflösung der Berliner Antifa erfolgte sukzessiv: Zuerst wurden die spontanen Parteibüros der Lokalkommunisten geschlossen, mit dem Hinweis, dass politische Parteien noch nicht zugelassen waren. Ulbrichts Berichte

---

<sup>317</sup> Brandenburg, LHA, Ld. Br. Rep. 330, Nr. 3.

vermitteln den Eindruck, dass diese Liquidation weitgehend widerspruchslös erfolgte. Doch die von ihm angeregten anderen Gremien, die den Verwaltungen entweder zuarbeiten oder sie beraten sollten, lassen den lokalen Eigensinn der Antifa vermuten. Auch mit der Integration der Antifa, die parallel zu den Verwaltungen arbeiteten, in dieselben, schienen das Spontaneitätsproblem und die Unkontrollierbarkeit der Antifa für Ulbricht noch nicht gelöst. Die von ihm angeregten Gremien bei den Bezirksverwaltungen begannen erst ab Mitte/Ende Mai bzw. ab Juni - und dann auch nur sehr schwerfällig - tätig zu werden.

Das Tätigkeitsfeld der Ulbricht-Gruppe umfasste zunächst nur die Stadt Berlin. Einige Mitglieder übernahmen Funktionen im neuen Berliner Magistrat, während die anderen als Instrukteure die einzelnen Stadtbezirke politisch betreuten. In dieser Funktion lösten sie nicht nur Antifa-Gruppen auf, sondern bemühten sich um eine rasche Wiederaufnahme der Arbeit der Bezirksverwaltungen, indem sie unter der Bevölkerung nach geeignetem Personal suchten. Erst nachdem die Verwaltungen der Stadtbezirke funktionstüchtig waren und nach der Zulassung politischer Parteien bereisten einige Instrukteure Ulbrichts und auch er selbst Städte in der Provinz Brandenburg, um dort auf Parteikonferenzen die Inhalte des KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 zu verbreiten.

Unmittelbar nach Kriegsende waren die Städte und Landkreise der Provinz Brandenburg vorwiegend von den Vertretern des NKFD betreut worden, die mit den Truppen der Roten Armee in die Städte kamen. Über die Zusammenarbeit zwischen der Ulbricht-Gruppe und den Mitgliedern des NKFD in der Provinz Brandenburg ist nach wie vor kaum etwas bekannt, weil auch keine Kontakte zwischen beiden Gruppen dokumentiert sind. Auch die Mitglieder des NKFD wurden vor Ort kaum erkennbar. Entweder traten sie nicht als NKFD-Mitglieder in Erscheinung oder sie integrierten sich erfolgreich in das politische Nachkriegsleben der einzelnen Kommunen.

---

<sup>318</sup> Kreuzberger 1993.

### 3 Die Arbeit der Gruppe Ackermann oder die Eroberung des sächsischen „Königreiches“<sup>d</sup>

#### *Die Gruppe Anton Ackermanns*

Ackermanns KPD-Gruppe unterstand der 7. Abteilung der Politischen Verwaltung der 1. Ukrainischen Front. Er traf am 1. Mai 1945 gemeinsam mit den ihm unterstellten Mitgliedern auf einem provisorischen Flugplatz der Roten Armee nahe Sagans ein. Dort empfing sie der Beauftragte des Außenministeriums der UdSSR beim Oberkommandierenden der 1. Ukrainischen Front, Wladimir Semjonow, und der Leiter der zur 1. Ukrainischen Front gehörenden GlawPURKKA.<sup>2</sup> Letztere instruierte die Mitglieder der Ackermann-Gruppe noch einmal entsprechend der Mitte April bis Anfang Mai 1945 ergangenen Hinweise zur Arbeit in den befreiten Gebieten.<sup>3</sup> Ackermann hingegen erhielt einen Wagen und suchte auf der Fahrt nach Dresden in der Zeit vom 2. bis 8. Mai 1945 die Städte Weißwasser, Görlitz, Bautzen, Luckau, Cottbus und Senftenberg auf. Der spätere Einsatz der einzelnen Gruppenmitglieder konzentrierte sich zum einen auf Industrie- und Bevölkerungszentren und zum anderen auf die zuvor bereisten Städte.<sup>4</sup>

Hermann Matern übernahm die Leitung der in Dresden eingesetzten Mitglieder der Ackermann-Gruppe, der Kurt Fischer, Heinrich Greif sowie Helmut Welz angehörten. Die übrigen Mitglieder nahmen in verschiedenen Städten Sachsens und zum Teil im späteren Sachsen-Anhalt ihre Arbeit auf: Georg Wolf[f] und Erich Sonnet in Cottbus, Rudolf Rutzen und Hans Weiß in Senftenberg, in Riesa Karl Baust und Paul Speiser, Kurt Tannenberg in Freiberg, Herbert Oehler und Artur Hofmann in Görlitz, Ferdinand Greiner in Weißwasser sowie Peter Florin und Rudolf Zieler in Wittenberg. Egon Dreger oblag als „Sekretär“ Ackermanns die Registratur und Verteilung des Personals, Fritz Larew fungierte als Redakteur der von der

---

<sup>1</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629, An Ackermann, 22.5.(1945)

<sup>2</sup> Ackermanns Ausführungen zufolge fand das erste Gespräch nur zwischen ihm und Semjonow statt, in dem sie sich über die zunächst wichtigsten Aufgaben austauschten.

Welche die wichtigsten Aufgaben waren, darüber äußerte sich Ackermann in seinen Darlegungen nicht. (BA Berlin, SAPMO, NY 4109/51, S. 13.) Denkbar ist, dass sich die Aufgaben an den Anordnungen orientierten, die der Kriegsrat der 1. Ukrainischen Front im März/April 1945 den zukünftigen Kommandanten mitgeteilt hatte. Vgl. Foitzkik 1999, S. 34.

<sup>3</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 75.

<sup>4</sup> Ackermann 1966, S. 78f.

Politverwaltung der Ukrainischen Front für die deutsche Bevölkerung herausgegebenen Zeitung, und Edmund Kaiter betreute die Antifa-Schulen unmittelbar hinter der Front.<sup>5</sup> Nach 14 Tagen verstärkten weitere Polit-Emigranten die Ackermann-Gruppe.<sup>6</sup> Ackermann bezog gemeinsam mit der „Dresdner Gruppe“ ein Quartier in Radebeul in unmittelbarer Nähe zum Sitz der 7. Abteilung der Politischen Verwaltung der 1. Ukrainischen Front. Seine Aufgabe bestand nach dem Einsatz der ihm unterstellten KPD- und NKFD-Mitglieder darin, die Verbindung zu den Instrukteuren aufrechtzuerhalten, mit den unabhängig von den „Moskauern“ entstandenen Verwaltungen Kontakt aufzunehmen sowie darin, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern und Probleme mit sowjetischen Kommandanturen zu klären.<sup>7</sup>

In den Städten und Landkreisen, in denen die aus Moskau eingeflogenen Funktionäre ihre Arbeit aufnahmen, entstanden kaum größere und langlebigere Antifa-Komitees oder Ausschüsse. Die Verwaltungstätigkeit übernahmen die von den „Moskauern“ ausgesuchten KPD-Mitglieder, die während der NS-Zeit im Lande geblieben waren. Die „Moskauer“ wählten aber nicht nur ehemalige Genossen ihrer Partei für die vielfältigen Verwaltungsarbeiten aus, sondern wandten sich auch an namhafte und bekannte Lokalfunktionäre der SPD und der bürgerlichen Parteien. Diese übernahmen oftmals repräsentative Aufgaben wie die Funktion des Oberbürgermeisters oder Bürgermeisters, wurden aber auch für fachspezifische Tätigkeiten als Stadtkämmerer u.ä. eingesetzt. Damit versuchte die aus Moskau zurückgekehrte KPD-Gruppe, ihre Präsenz und ihren zwar nicht ausgesprochenen, so doch latent vorausgesetzten Führungsanspruch zu verschleiern.<sup>8</sup> Funktionäre der

---

<sup>5</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 74ff; BA Berlin SAPMO, NY 4036/734a, Panuschkin an Pieck 19. Mai 1945.

<sup>6</sup> Zu ihnen gehörten Fritz Schälike, Georg Schneider, Helmut Gennys, Käthe Wald, Jenny Matern sowie Gertrud Balzer. Vgl. Matern 1966, S. 304.

<sup>7</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4109/51, S. 16.

Ackermanns Berichten waren zwar keine Unstimmigkeiten zu entnehmen, doch auszuschließen sind sie deshalb nicht. Vor allem die in Görlitz eingesetzten KPD-Instrukteure berichteten immer wieder über Auseinandersetzungen mit den Kommandanten hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung. Diese wurde entweder aufgrund fehlender Grundnahrungsmittel verzögert oder weil die Besatzungstruppen wichtige Betriebe wie Molkereien und Bäckereien beschlagnahmt hatten. Die vom Kommandanten dann zugesicherte Rückgabe verlief selten reibungslos. Ein weiterer Konfliktherd waren plündernde und gewalttätige Besatzungstruppen. Vgl. Kapitel 3.2.1.

<sup>8</sup> In einem Diskussionspapier „Über die Arbeit der Kommunisten in Dresden“ wird die Notwendigkeit erläutert, repräsentative Stellen mit Parteilosen und/oder Sozialdemokraten zu

KPD besetzten fast immer das Personalamt, das für diese Partei das wichtigste Amt überhaupt darstellte.

Die einzelnen Mitglieder der in Sachsen eingesetzten KPD-Gruppe waren zur regelmäßigen Berichterstattung gegenüber Ackermann verpflichtet. Dieser musste den Leiter der 7. Abteilung der GlawPURKKA, die Verwaltung des Oberkommandierenden, das ZK der WKP(B) und die Auslandsabteilung Dimitroffs über die Tätigkeit seiner Gruppe informieren.<sup>9</sup> Am 26. Mai 1945, an dem Tag, als der Rat der Volkskommissare der Parteienezulassung in der SBZ zustimmte, erhielten diese sowjetischen Behörden einen vom 16. Mai 1945 datierten Bericht Ackermanns, der eine Auflistung über den Einsatz der KPD-Instrukteure enthielt. Ackermann forderte darin neues Personal an, denn 20% der Mitglieder waren für die Politverwaltung der Ukrainischen Front tätig.<sup>10</sup> Die Arbeit der Gruppe gestaltete sich nach Ackermanns Aussage zufriedenstellend. „Ungeachtet großer Schwierigkeiten ist nirgendwo eine niedergedrückte Stimmung spürbar.“<sup>11</sup> Ohne konkrete Beispiele anzuführen, verwies er auf personelle Fehlentscheidungen beim Aufbau der Stadtverwaltungen, die er hauptsächlich den fehlenden Deutschkenntnissen der Kommandanten zuschrieb. Weiterhin beklagte er den Personalmangel, weshalb nicht in jeder Stadt ein Instrukteur der Exil-KPD eingesetzt werden konnte.

### *Die Besatzungsmacht*

Informationen über die sowjetische Besatzungsmacht sind recht spärlich und stammen vorwiegend aus dem Jahre 1948. Man ist also auch hier wieder auf die Aussagen von Mitgliedern der Ackermann-Gruppe angewiesen, die unmittelbar nach Kriegsende übergeordneten Institutionen Bericht erstatteten. Ackermann selbst bemerkte in dem bereits erwähnten Bericht vom 16. Mai 1945, dass der Beschluss des Kriegsrates der Front über die Schaffung deutscher Selbstverwaltungsorgane

---

besetzen, „damit wir Kommunisten nicht so kraß in Erscheinung treten.“ StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister 120, Blatt 31.

<sup>9</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 73-80.

<sup>10</sup> Wie sich deren konkrete Aufgabe gestaltete, ist aufgrund der Aktenlagen nach wie vor unbekannt. Es kann gemutmaßt werden, dass diese 20% von der Politverwaltung nach ähnlichen Gesichtspunkten in deutschen Städten zum Einsatz kamen, wie die übrigen Ackermann-Mitglieder. Einziger Unterschied war, dass Ackermann nicht über sie verfügen konnte, was seinen Handlungsspielraum auf gewisse Weise einschränkte.

<sup>11</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 75.

zwar richtig war, die Ortskommandanten jedoch darüber noch keine Anweisungen erhalten hatten, weshalb sie „nach eigenem Gutdünken oder gar nicht“<sup>12</sup> handelten. Um diesen Zuständen Abhilfe zu verschaffen, schlug Ackermann eine Zusammenkunft der Stellvertretenden Kommandanten, d.h. der Politoffiziere, vor. Die Politabteilungen der Kommandanturen sollten Voraussetzungen dafür schaffen, dass nicht nur gute praktische Arbeit, sondern auch umfassende politische und propagandistische Arbeit von den Selbstverwaltungen geleistet wurde. Deshalb sollte zur Rechenschaftslegung der Selbstverwaltungen vor Ort eine Abteilung für Information und Propaganda eingerichtet werden.<sup>13</sup> In den Anordnungen des Kriegsrates und der Politischen Verwaltung an die Ortskommandanten der 1. Ukrainischen Front vom 13. Mai 1945<sup>14</sup> war ein solches Amt nicht vorgesehen, das dann im Sommer 1945 eingerichtet wurde. Nicht auszuschließen ist, dass es Ackermann damit gelang, eigene Parteiinteressen durchzusetzen, galt es doch die „Abenteurer und zweifelhaften Subjekte“ in der eigenen Partei zu kontrollieren.<sup>15</sup> Diese Maßnahme, die durchaus als eine „Sowjetisierung“ verstanden werden kann, lag weniger im Interessenbereich der sowjetischen Besatzungsmacht als vielmehr in dem der Exil-KPD.<sup>16</sup>

Die Unterlagen der Sowjetischen Militäradministration Sachsens (SMAS) aus dem Jahre 1948 heben größtenteils die Verdienste der Mitarbeiter der 7. Abteilung der 1. Ukrainischen Front und dann später der 7. Abteilung der Panzerarmee hervor, die Großes „bei der Entlarvung der Goebbels-Propaganda und bei der Überwindung der Furcht der deutschen Bevölkerung vor der Sowjetarmee“ geleistet hätten.<sup>17</sup> An anderer Stelle heißt es über die Politstellvertreter der Ortskommandanten: „Diese nahmen sehr aktiv an der Herstellung der Besatzungsordnung, an der Ernennung der ersten Organe der Selbstverwaltung, an der Entfaltung der Tätigkeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und ebenfalls an der Ingangsetzung der Arbeit der Kommunaleinrichtungen, der Betriebe

---

<sup>12</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 76.

<sup>13</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 76.

<sup>14</sup> Foitzik 1999, S. 331.

<sup>15</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 76.

<sup>16</sup> Gibianskij verweist darauf, dass auch in anderen Ländern Osteuropas, die unter sowjetischer Besatzung standen oder von der Roten Armee befriedet worden waren, die Kommunisten dieser Länder ähnliche „Sowjetisierungen“ vorwegnahmen. Gibianskij 1999.



und der Versorgung der örtlichen Bevölkerung teil.<sup>17</sup> Auch in den Bereichen der Aufklärungsarbeit über die NS-Ideologie und deren Verbrechen schienen die Kommandanten auf die Unterstützung ihrer Politoffiziere angewiesen zu sein: „Gleichzeitig leisteten die Kommandanten und ihre Stellvertreter der Politabteilung unter den komplizierten und schwierigen Bedingungen der ersten Tage der Besetzung innerhalb der deutschen Bevölkerung eine große Arbeit bei der Erklärung der Ziele und Aufgaben der Sowjetunion im Verhältnis zum besiegten Deutschland und zum deutschen Volk und ebenfalls bei der Entlarvung der faschistischen Propaganda, die die wahren Absichten der Sowjetunion und der Sowjetarmee entstellte und Panik säte.“<sup>18</sup> Völlig unberücksichtigt blieb bei dieser Art der Darstellung, dass der Politstellvertreter des Kommandanten teilweise erst nach dem Aufbau der Kommandanturen eingesetzt wurde.<sup>20</sup>

Für unseren Untersuchungsgegenstand der antifaschistischen Ausschüsse und Komitees in der sowjetisch besetzten Zone ist es interessant, dass die vorliegenden SMA-Unterlagen die spontanen Komitees zumindest kurz erwähnen: „Als erste Organe der Selbstverwaltung nach dem Zusammenbruch und der Zerschlagung der Hitlerstaatsmaschinerie waren spontan in den Orten antifaschistische Komitees entstanden, die schnell nach Beendigung der Kampfhandlungen mit Hilfe der Kommandanturen daran gingen, in den Dörfern und Städten elementare Ordnung zu schaffen. Aus den Kreisen dieser antifaschistischen Komitees ernannten die Kommandanturen die Bürgermeister, welche sich in erster Linie zusammen mit den Kommandanturen mit Fragen der Versorgung beschäftigten.“<sup>21</sup> An anderer Stelle verweisen diese Unterlagen auf die mit dem Vormarsch der Roten Armee einhergehende Wiederbelebung alter bzw. Gründungen neuer Widerstandsgruppen und auf die unmittelbar nach der Kapitulation einsetzende Konstituierung neuer, lokal beschränkter Gruppen, die sich „Antifaschistischer Block“, Komitee „Freies Deutschland“, „Kommunal-komitee“, „Aktionskomitee“ u.ä. nannten. Außerdem verzeichnete die Besatzungsmacht die Existenz örtlicher KPD-Gruppen, die nur aus

---

<sup>17</sup> GARF, f. 7212, op. 1, d. 185, Bd.1, Blatt 3.

<sup>18</sup> GARF, f. 7212, op. 1, d. 185, Bd.2, Blatt 344.

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> Das Staatliche Verteidigungskomitee beschloss erst Anfang Mai 1945 die Funktion des Politstellvertreters in den Ortskommandanturen einzurichten. Vgl. Possekel 1998, S. 185 f.

ehemaligen Kommunisten, aus ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten oder ausschließlich aus ehemaligen Sozialdemokraten bestanden.<sup>22</sup> Über die Auflösung der genannten Gruppen ist aus der Retrospektive des Jahres 1948 nichts zu erfahren. Im Folgenden werden Städte einander gegenübergestellt, in denen einerseits Mitglieder der Ackermann-Gruppe das gesamte Nachkriegsleben organisierten und sich andererseits Antifaschisten aller politischen Richtungen in Antifa-Ausschüssen zusammenfanden, um diese Aufgaben zu übernehmen. Zur ersten Gruppe gehören die Städte Dresden und Görlitz. An diesen Städten lässt sich die Arbeit der Ackermann-Gruppe in den Monaten Mai bis August 1945 beispielhaft rekonstruieren. Im Vergleich dazu werden die Aktivitäten der Antifaschisten in Chemnitz, Pirna, Schmiedeberg und Meißen betrachtet. Mit der Beschreibung der „Antifaschistischen Front Chemnitz“ erfolgt außerdem ein Vergleich der Nachkriegsentwicklung zweier industrieller Großstädte im südlichen Sachsen. Die Stadt Görlitz bildete aufgrund des Kriegsverlaufes und der alliierten Verhandlungen nach Beendigung der Kampfhandlungen nunmehr ein Grenzgebiet zu Polen und der Tschechoslowakei. Die Kleinstädte Meißen, Pirna und Schmiedeberg lagen alle im Umkreis von ca. 20 bis 25 Kilometer Entfernung zur Landeshauptstadt Dresden. Diesen Städten schenkten die Mitglieder der Ackermann-Gruppe zunächst kaum Aufmerksamkeit, vermutlich weil in Dresden selbst gravierende Probleme gelöst werden mussten oder weil sie auf den Vorbildcharakter ihrer Arbeit für die umliegende Region hofften?

---

<sup>21</sup> GARF, f. 7212, op.1, d. 185, Bd.1, Blatt 94.

<sup>22</sup> Ebenda, Blatt 5. Ortsbeispiele wurden jedoch nicht angeführt.

### 3.1 Dresden

Die sächsische Landeshauptstadt hatte vor dem Krieg zwischen 640 000 und 625 000 Einwohner. Sie war das größte Fertigungsindustriegebiet Europas. Zwischen dem 13. und 15. Februar 1945 wurde Dresden von den amerikanischen und britischen Luftstreitkräften mehrfach bombardiert.<sup>23</sup> Diesen Angriffen fielen über 35 000 Menschen zum Opfer, Wasser-, Strom- und Gasversorgungsnetze waren zerstört<sup>24</sup>, fast die gesamte Altstadt lag in Trümmern. Von ursprünglich 26 Stadtbezirken waren sechs innerstädtische nicht mehr bewohnbar. Die Kriegsschäden Dresdens waren wesentlich größer als die Berlins.<sup>25</sup> Hier nahm zu Kriegsende das Kommando der 1. Ukrainischen Front seinen Sitz, von hier aus arbeiteten die Mitarbeiter der Politischen Abteilung der 1. Ukrainischen Front und die Mitglieder der Ackermann-Gruppe. Das Verhältnis letzterer zu den lokalen Antifa-Gruppen soll im Folgenden untersucht werden.

Bis zum 9. Mai 1945 verzeichnete die Rote Armee Kampfhandlungen, da der deutsche Stadtkommandant die von sowjetischer Seite vorgeschlagene kampflose Übergabe der Stadt ablehnte.<sup>26</sup> Erst danach stand die Stadt offiziell unter der Besetzung der von Generaloberst Shadow befehligten 5. Gardearmee der 1. Ukrainischen Front. Oberst Gorochow, der ein Gebäude in der Riesaer Straße bezog<sup>27</sup>, war in der Zeit vom 8. bis 20. Mai 1945 Dresdner Stadtkommandant und setzte die neue Stadtverwaltung ein. Sein Nachfolger wurde Generalleutnant Lebedenkow, der bis dahin als Stellvertreter Gorochows fungiert hatte. Er wurde im August 1945 durch General Dubrowolski abgelöst. Aber der dritte Kommandant

---

<sup>23</sup> Förster 1985, S. 153, 162, 174.

<sup>24</sup> Vgl. Weidauer 1946, S. 7 ff; Dietze 1961, S. 7ff; Kleine Dresden Chronik 1945-1949, S. 5; Tittmann 1980, S. 141f; Förster 1985, S. 174; Bergander 1994; Pommerin 1998, S. 227-246.

<sup>25</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 78.

<sup>26</sup> Obwohl sich die deutsche Niederlage bereits abzeichnete, hatte Hitler Dresden am 13. April 1945 zur „Festung“ erklären lassen. Vgl. Tittmann 1980.

<sup>27</sup> Förster 1985, S. 181 und 184f.; Wehner 1974, S. 41; Wehner; Gräfe 1975, S. 11.

Dresden war nicht nur die sächsische Landeshauptstadt. Nach der Besetzung der Stadt durch die Rote Armee wurde Dresden bis zur Bildung der Sowjetischen Militäradministration gleichzeitig Sitz der 1. Ukrainischen Front und danach residierte dort die SMA für Sachsen. Somit waren die Bürger der Stadt immer mit unterschiedlichen militärischen Entscheidungsträgern konfrontiert. Vgl. hierzu auch Foitzik 1999.

war nur wenige Wochen im Amt. Im September 1945 wurde Oberst Ilja I. Spiridonow als neuer Stadtkommandant eingesetzt.<sup>28</sup>

Zu den wichtigsten Aufgaben der Kommandantur gehörte die Sicherung der öffentlichen Ordnung. So wies sie die Entwaffnung versprengter Einheiten der Wehrmacht, der Waffen-SS und der Polizei sowie die Verhaftung mutmaßlicher Kriegsverbrecher und aktiver NSDAP-Mitglieder an. Eine zweite wichtige Maßnahme bestand in der Benennung und Bestätigung neuer Selbstverwaltungen. Die „Kommunalen Hilfsstellen“, wie die ersten Selbstverwaltungen in Dresden genannt wurden, sollten für die rasche Normalisierung des Alltags sorgen.<sup>29</sup>

Aufgrund gravierender Engpässe in der Lebensmittelversorgung beschloss der Kriegsrat der 1. Ukrainischen Front Mitte Mai 1945, diese selbst zu übernehmen.<sup>30</sup>

Die zentrale Stadtkommandantur richtete zunächst 13 Rayonkommandanturen ein. Da deren Arbeit mit der der Stadtbezirke koordiniert werden musste, ließ sie General Lebedenkow am 25. Mai 1945 den deutschen Verwaltungsstrukturen angleichen<sup>31</sup>. Auf diese Weise wurden größere Schwierigkeiten in der Verwaltungstätigkeit und Kompetenzrängeleien zwischen den Kommandanturen ausgeräumt.

Mit der von der Gruppe Frölich-Eckardt vorgeschlagenen Bestellung des Sozialdemokraten Rudolf Friedrichs als Oberbürgermeister, die auch von den Mitgliedern der Ackermann-Gruppe unterstützt wurde, zeigte sich die Kommandantur einverstanden. Am 10. Mai 1945 beauftragte der Stadtkommandant, wie noch dargestellt werden wird, Dr. Rudolf Friedrichs mit den Geschäften des Dresdner Oberbürgermeisteramts. Damit schien der Status quo ante in der Besetzung des Oberbürgermeisters wiederhergestellt, denn die

---

<sup>28</sup> Haritonow 1995, S. 46.

<sup>29</sup> Wehner 1974, S. 40f.

<sup>30</sup> Das war das Resultat eines Gesprächs zwischen den von der Roten Armee eingesetzten Stadtoberhäuptern, Oberbürgermeister Dr. Rudolf Friedrichs, seinem Stellvertreter Kurt Fischer und Hermann Matern, dem Leiter der Dresdner KPD-Gruppe Ackermanns, und dem Oberbefehlshaber der 1. Ukrainischen Front, Marschall Konew. Bei diesem Gespräch war auch Mikojan anwesend. (Anastas I. Mikojan (1895-1978), 1936-49 Volkskommissar/ Minister für Außenhandel, 1935-1955 Mitglied des Politbüros des ZK, Mitglied des Komitee zur Wiederherstellungen der Volkswirtschaften in den befreiten Gebieten. Vgl. Foitzik 1999, S. 39); Kleine Dresden Chronik, S.7; Matern 1966, S. 307.

<sup>31</sup> Wehner 1974, S. 42.

Sozialdemokraten hatte schon 1919 die Mehrheit bei Kommunalwahlen erlangt und diese bis 1933 inne.<sup>32</sup>

### 3.1.1 Die Antifa-Gruppen Dresdens und der Aufbau der Stadtverwaltung

Im Folgenden werden zunächst die Antifa-Ausschüsse und Komitees Dresdens untersucht, die sich unmittelbar vor und nach Kriegsende gebildet und die ersten Maßnahmen zur Normalisierung des Lebens eingeleitet hatten. Es gilt herauszuarbeiten, inwieweit die antifaschistischen Komitees in die offizielle Stadtverwaltung, d.h. in die von der Besatzungsmacht sanktionierte, eingebunden wurden. Weil die Mitglieder der Ackermann-Gruppe über den engsten Kontakt zur örtlichen Besatzungsmacht verfügten, ist deren Rolle hierbei darzustellen.

Dem wird sich der Aufbau der Stadtverwaltung anschließen. Da einige Mitglieder der Antifa-Gruppen in die neue Kommunalverwaltung integriert wurden, ist ihr weiteres Verhältnis zu den sich teilweise nur schwer einzugliedernden Antifas zu untersuchen.

#### *Die Kommunalen Hilfsstellen*

In fast allen Dresdner Stadtteilen sollen sich unmittelbar vor und nach dem Einmarsch der Roten Armee illegale antifaschistische Gruppierungen gegründet haben.<sup>33</sup> Seit 1944 hielten Elsa Frölich (KPD) und Hermann Eckardt (SAP) zu ungefähr 50 Gleichgesinnten, unter ihnen Mitglieder der KPD, der SAP, des KJVD, der SPD und Parteilose, illegale Verbindungen. Im Dresdner Stadtgebiet soll außerdem eine illegale Gruppe des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ existiert haben, deren ca. 30 Mitglieder sich um Franz und Hilde Lehmann sammelten.<sup>34</sup>

Bürgerlich sozialisierte Nazigegner gruppierten sich um Professor Dr. Rainer Fetscher und arbeiteten nach einem ähnlichen Programm wie die in der Sowjetunion

---

<sup>32</sup> Förster 1985, S.119ff.

<sup>33</sup> So berichtet man zumindest von Antifa- Ausschüssen in Coschütz, Gittersee, Leuben, Löbtau, Mickten, Neustadt, Pieschen, Laubegast, Rochwitz, Seidnitz, Striesen, Strehlen, Trachenberge und Trachau. In der vorliegenden Literatur zur unmittelbaren Nachkriegszeit finden die Aktivitäten dieser Gruppen allerdings keine Berücksichtigung. Vgl. Als Dresden neu geboren wurde, Dresden 1967, S. 51; Förster 1985, S. 180; Tittmann 1980, S. 136; Schneider 1987, S. 461.

initiierte Bewegung „Freies Deutschland“. Sie sollen zahlreiche Verbindungen zu anderen Gruppen u.a. der Frölich-Eckardt-Gruppe unterhalten haben.<sup>35</sup> Neben Widerstandsaktionen wie Sabotage, Aufklärungs- und Schulungsarbeit und der Kontaktaufnahme zu anderen illegalen Gruppen planten die Antifaschisten um Frölich und Eckardt Maßnahmen nach dem Ende des Krieges. So favorisierten sie den Sozialdemokraten Rudolf Friedrichs als künftigen Oberbürgermeister der Stadt Dresden und Professor Fetscher für ein weiteres Amt innerhalb der neuen Stadtverwaltung.<sup>36</sup> Über weiterreichende programmatische Aspekte für die Nachkriegszeit liegen keine Informationen vor.

Nachdem am 7. Mai die Besetzung Dresden-Neustadts durch die Rote Armee bekannt wurde, beschlossen die Gruppen um Frölich, Eckardt und Fetscher der Roten Armee die Übergabe der Stadt anzubieten, womit der Vertretungsanspruch für die Dresdner Nazigegner abgeleitet werden kann. Auf ihrem Weg zur provisorischen Kommandantur in Dresden-Neustadt wurden Eckardt und Fetscher von fliehenden SS-Leuten angegriffen, wobei Fetscher ums Leben kam.<sup>37</sup> Eckardt wurde für den 9. Mai erneut auf die Kommandantur bestellt, vermutlich um ihn mit den Mitgliedern der Ackermann-Gruppe bekannt zu machen.<sup>38</sup>

Auch in anderen Stadtteilen waren Hitlergegner aktiv. So kamen in den Morgenstunden des 8. Mai 1945 in Dresden-Rochwitz ca. 80 Personen zusammen. Die bereits lose bestehenden Verbindungen sollten entsprechend den Weisungen des Senders „Freies Deutschland“ und den Flugblättern des NKFD in einem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zusammengefasst werden. Als Wortführer fungierten der ehemalige sozialdemokratische Stadtrat Hans Neuhof und Gerhard Grabs.<sup>39</sup> Als sich die Rochwitzer am Abend des 8. Mai ein zweites Mal trafen, konstituierten sie einen sogenannten „Neuner-Ausschuss“, der sich vermutlich aus je drei Vertretern der KPD, der SPD und einer bürgerlichen Gruppierung zusammensetzte und sich selbst als Ortssowjet verstand. Ein Mitglied dieser Gruppe

---

<sup>34</sup> Tittmann 1980, S. 136.

<sup>35</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 80.

<sup>36</sup> Frölich/Gute 1960, S. 60 f; Meyer/Pech 1985, S. 133 ff; Wehner 1974, S. 28; Tittmann 1980, S. 136.

<sup>37</sup> Frölich/Gute 1960, S. 60f. Tittmann 1980, S. 136.

<sup>38</sup> Tittmann 1980, S. 136.

<sup>39</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 80.

bat auf der Straße zwei Offiziere der Roten Armee, zu den Versammelten zu sprechen. Schon am nächsten Tag, am 9. Mai 1945, bestellte die Ortskommandantur Hans Neuhof zum Bürgermeister von Rochwitz-Loschwitz und ließ eine Kommunale Hilfsstelle einrichten, die am selben Tag ihre Arbeit aufnahm. Neuhof sprach eigenen Angaben zufolge mindestens zweimal täglich zwecks neuer Anweisungen beim Kommandanten vor.<sup>40</sup> Die Mitarbeiter der Hilfsstelle begannen einen Ordnungsdienst einzurichten sowie Waffen und militärische Ausrüstungen zu sammeln. Außerdem kontrollierten sie Lebensmittelgeschäfte und sorgten für eine geordnete Verteilung der Nahrungsmittel. Panzersperren und Bombenschäden wurden beseitigt. Um die Wohnungsnot aufgrund der zahlreichen Flüchtlinge zu mildern, richteten sie ein Wohnungsamt ein. Die dem ehemaligen Stadtrat Neuhof unterstehende Stadtteilverwaltung funktionierte wahrscheinlich als erste und fand bei der Bevölkerung Anerkennung.<sup>41</sup>

Im Dresdner Stadtteil Trachau berief die Bezirkskommandantur einen kommunistischen Bürgermeister.<sup>42</sup> Er wurde beauftragt, eine Kommunale Hilfsstelle aus Antifaschisten zu bilden. Deshalb lud er ihm bekannte Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose<sup>43</sup> in das Restaurant „Zur Eiche“, wo sie eine aus vier Bürgern bestehende provisorische Leitung<sup>44</sup> wählten. Im Anschluss an diese Versammlung beschlagnahmten sie das Gebäude der Deutschen Arbeitsfront, in dem große Vorräte an Lebensmitteln, Kleidungsstücken und anderen Bedarfsgegenständen lagerten. Der Verbindungsoffizier der Roten Armee ordnete an, Ausschüsse für Arbeitseinsätze, für Betriebe und für die Verteilung von Lebensmitteln zu bilden.<sup>45</sup> Nach den Ausführungen des Bürgermeisters gab die Rote Armee sämtliche Anweisungen zur Normalisierung des Lebens. Über eigene

---

<sup>40</sup> Neuhof 1960, S. 63-66.

<sup>41</sup> Ebenda; Wehner 1974, S. 174-187; Tittmann 1980, S. 137; Schneider 1985, S. 458; Donth 1995, S. 26.

<sup>42</sup> In diesem Zusammenhang konnte nicht geklärt werden, weshalb die sowjetischen Behörden Alfred Werner als Stadtteilbürgermeister bestellten. Entweder war Werner den Mitgliedern der Ackermann-Gruppe noch aus der Vorkriegszeit bekannt und sie hatten ihn ausfindig gemacht und den Besatzungstruppen vorgeschlagen oder Werner war selbst bei der Stadtteilkommandantur vorstellig geworden, um seine Mitarbeit anzubieten.

<sup>43</sup> Den Unterlagen war nicht zu entnehmen, welchem sozialen Milieu die „Parteilosen“ angehörten, ob es sich um parteilose Arbeiter, um linke Intellektuelle oder andere Bürgerliche handelte.

<sup>44</sup> Über die frühere Parteimitgliedschaft äußerte sich Werner nicht. Vgl. Werner 1960, S. 71-76.

<sup>45</sup> Ebenda.

Initiativen berichtete er nichts. Ungeklärt ist, weshalb sich die Gruppe nach seiner Aussage erst „Kommunale Hilfsstelle“ und nach der Konstituierung der Stadtverwaltung „Antifaschistischer Ausschuß“ nannte, da zumindest die Mitglieder der Ackermann-Gruppe eine solche Namensgebung vermieden. Nicht auszuschließen ist, dass beide Bezeichnungen nebeneinander existierten. Möglich ist aber auch, dass die gemeinsamen Arbeitsausschüsse von KPD und SPD antifaschistische Ausschüsse<sup>46</sup> genannt wurden.

Gegen die von den Deutschen vorgenommene personelle Besetzung der Kommunalen Hilfsstelle erhob die Kommandantur keine Einwände.

Es wurden auch Machtkämpfe zwischen den Antifa-Gruppen registriert. So soll in der Weinerstraße 8 eine „Kommandantur“ eröffnet worden sein, in der sich sowohl Arbeiter als auch Intellektuelle zu angeblich „antifaschistischen Sitzungen“ und „wilden Orgien“ trafen.<sup>47</sup> Diese Gruppe soll sich mit Schießübungen, Entlassungen von ehemaligen nationalsozialistischen Funktionsträgern und Beschlagnahmen beschäftigt haben. Angeblich tolerierten Offiziere der Roten Armee diese Gruppe. Als deren Leiter von der neuen Stellung Eckardts erfuhr, soll er drei seiner Mitarbeiter bewaffnet zu ihm geschickt haben, um ihn zu „verhaften und zu hängen“. Die Arbeiter führten den „Befehl“ jedoch nicht aus, nachdem Eckardt sie über seine Funktion aufgeklärt hatte. In diesem Zusammenhang wurde angeblich auch bekannt, dass ein Attentat auf den Oberbürgermeister vorbereitet sei, das nun vereitelt werden konnte.

Solche Zwischenfälle, über deren Wahrhaftigkeit keine Gegenquellen vorliegen, unterstrichen in den Augen Ackermanns die Notwendigkeit, diese illegalen Gruppen aufzulösen, um so allen „Erscheinungen der Willkür und Anarchie“ zu begegnen.<sup>48</sup>

Hermann Matern machte es sich zur Aufgabe, die Arbeit der einzelnen Gruppen im Sinne der Moskauer KPD-Vorstellungen zu koordinieren. Bereits am 11. Mai 1945 beraumten Matern und Fischer ein Treffen von Antifa-Ausschuss- und Komitee-Vorsitzenden an, um ihnen „die Bedeutung des Sieges der Sowjetunion und die

---

<sup>46</sup> Es wurde schon darauf hingewiesen, dass der Name der Organisation oder des Gremiums den Mitgliedern der KPD-Gruppen nebensächlich zu sein schien, solange diese Gremien nach den zentral, von der Exil-KPD vorgegebenen Anweisungen tätig wurden. Vgl. Kapitel 3.

<sup>47</sup> Vgl. hierzu und im Folgenden RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 80.

<sup>48</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 80.



nächsten Aufgaben der Antifaschisten“ zu erläutern.<sup>49</sup> Matern beauftragte Erich Glaser<sup>50</sup>, die im Einvernehmen mit der Roten Armee als Kommunale Hilfsstellen bezeichneten Gruppen zusammenzufassen, ihre Arbeit zu koordinieren und sie anzuleiten. Zentraler Anlaufpunkt wurde ein ehemaliges Bankgebäude in der Bautzener Straße 2. Nicht selten forderte die sowjetische Kommandantur direkt von hier Arbeitskräfte an. Gemeinsam mit Elsa Frölich und Erich Schäfer richtete Glaser eine Tagesküche für die zahlreichen Flüchtlinge ein. Um die Versorgung der Dresdner zu gewährleisten, erstellten die Mitarbeiter in kürzester Zeit eine Übersicht über die Einwohnerzahlen in den einzelnen Stadtgebieten. Bereits am 15. Mai erfolgte, basierend auf diesen Listen, die Verteilung von ersten neuen Lebensmittelkarten.<sup>51</sup> Außerdem kümmerten sich die Mitarbeiter der Kommunalen Hilfsstelle um die Sicherstellung der Energieversorgung und begannen mit der Beseitigung von Kriegsschäden.<sup>52</sup>

Auch in den einzelnen Stadtteilen entstanden Kommunale Hilfsstellen, die ähnliche Aufgaben wahrnahmen.<sup>53</sup> Ihr Personal bestand in der Regel aus den Mitgliedern der Antifa-Ausschüsse, die in den einzelnen Stadtteilen tätig waren. Auf diese Weise gelang es Matern, einen Großteil der Dresdner Antifa-Gruppen geschickt aufzulösen und deren Mitglieder zu integrieren. Eine zweite Stufe der Integration stellt die Überführung der Kommunalen Hilfsstellen in die Stadtbezirksämter dar, die nur wenige Wochen später erfolgte. Das bereits erwähnte antifaschistische Komitee „Freies Deutschland“ in Dresden-Rochwitz erhielt nach der Konstituierung des Dresdner Stadtrates die Bezeichnung „Verwaltungsausschuß Rochwitz-Loschwitz, Kommunale Hilfsstelle beim OB zu Dresden“. Der Antifa-Vorsitzende Hans Neuhof wurde zum Bürgermeister des 2. Verwaltungsbezirkes bestellt, so sowjetische Personalentscheidungen berücksichtigend.<sup>54</sup>

---

<sup>49</sup> Kommunale Hilfsstellen befanden sich Glasers Angaben zufolge in den Dresdner Stadtteilen Löbtau, Johannstadt, Loschwitz, Neustadt, Krippendorf und Mickten. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, V/2.041/002, S. 259; Tittmann 1980, S. 138.

<sup>50</sup> Erich Glaser ist vermutlich ein ehemaliger Häftling eines Konzentrationslagers oder Zuchthauses, der wenige Tage nach Kriegsende in Dresden eintraf.

<sup>51</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, V/2.041/002, S. 260.

<sup>52</sup> Tittmann 1980, S. 137, Schneider 1985, S. 461.

<sup>53</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, V/2.041/002, S. 259.

<sup>54</sup> Schneider 1985, S. 461.

Schon die Bezeichnung „Kommunale Hilfsstelle“ demonstrierte ihre Stellung und Funktion in den Stadtteilen. Matern begründete diese Unterordnung unter die neu aufzubauenden Verwaltungen mit dem Verweis darauf, dass die lokalen Kommunisten und Sozialdemokraten der kommunalen Verwaltungsarbeit, die von den Kommunalen Hilfen ebenfalls geleistet wurde, „ohne jede Erfahrung“ gegenüberstanden.<sup>55</sup>

Trotzdem waren sie für ihn „die ersten gesellschaftlichen Organe nach dem Zusammenbruch“<sup>56</sup>. Die führende Rolle der kommunistischen Partei untermauernd, hob Matern immer wieder hervor, dass die Kommunisten die Hauptinitiatoren dieser Gruppen gewesen seien. Die provisorischen Verwaltungen seien Organe der Massen, „obwohl sie nicht gewählt worden“ waren. Außerdem stützte sich Matern beim Aufbau der neuen Stadtverwaltung auf die Mitarbeiter der Kommunalen Hilfsstellen: „In dem Maße, wie die Stadtverwaltung arbeitsfähig wurde, gingen die Kommunalen Hilfsstellen in ihren unmittelbaren Arbeitsbereich über und sie wurden umfunktioniert bzw. abgelöst.“<sup>57</sup> Das bedeutete, dass die zur Erleichterung der Arbeit vorgenommene Einteilung in Ressorts bzw. Unterausschüsse in die Stadt- und Stadtbezirksverwaltungen überführt wurden, wie das Beispiel der Gruppe Neuhof in Dresden-Rochwitz belegt. Am 6. Juni hatte Hermann Matern Hans Neuhof zusammen mit anderen Leitern der Kommunalen Hilfsstellen als Leiter des 2. Verwaltungsbezirks eingesetzt. Neuhofs Stellvertreterin wurde damit beauftragt, die Kommunalen Hilfsstellen in die neuen Verwaltungsorgane zu überführen. Die erfolgreiche Integration dieser Gruppe wurde jedoch erst für den 1. Juli 1945 gemeldet.<sup>58</sup>

Wie dargestellt, begannen die Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse unmittelbar nach Einmarsch der Roten Armee, die kommunalen Selbstverwaltungen personell und institutionell aufzubauen und ihre Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten.<sup>59</sup> Aufgrund ihres Eigenlebens, ihrer Eigendynamik und nicht zuletzt der bis Februar

---

<sup>55</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, V/2.041/002, S. 259.

<sup>56</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, V/2.041/002, S. 259.

<sup>57</sup> Ebenda.

<sup>58</sup> Wehner 1974, S. 178.

<sup>59</sup> Schneider 1985, S. 461.

1945 ausgestrahlten Propaganda, in Deutschland Volksausschüsse zu bilden, standen die Mitglieder der Ackermann-Gruppe auch in Dresden vor der Aufgabe die Antifa-Ausschüsse aufzulösen. Deshalb berichtete Ackermann schon am 16. Mai 1945, dass seine Mitarbeiter alles daran setzen, die „zutage getretenen Gruppen, Organisationen und „Parteileitungen““ aufzulösen.<sup>60</sup> Es habe sich als richtig erwiesen, dass die Organisation der Stadtverwaltung zunächst in den Mittelpunkt jeglicher Aktivitäten gerückt worden war. Das wichtigste Argument, die illegalen Antifa-Gruppen aufzulösen, war der Verweis darauf, dass diese Provokateuren und Betrügern Unterschlupf bieten würden und so „positive und negative Elemente ... soweit ineinander (gingen), dass man sie nur bei ganz sorgfältigem Studium erkennen“ könnte. Für Letzteres fehlte die Zeit, ging es den „Moskauern“ doch darum, rasche Erfolge bei der Normalisierung des Nachkriegslebens zu vermelden.

Trotzdem waren die Mitstreiter Ackermanns bemüht, „Schafe und Ziegen zu trennen und tatsächliche aktive Antifaschisten dieser Gruppen auf verantwortliche Posten in der Stadtverwaltung zu stellen“, erwiesen dieselben sich doch als die „beste(n) Helfer“.<sup>61</sup> Aus dem selben Grund wurden auch einige Mitglieder der Fetscher-Gruppe, die sich am Programm des NKFD orientiert hatte, in die Stadtverwaltung integriert, die Gruppe selbst hingegen wurde „entsprechend den Anweisungen aufgelöst“.<sup>62</sup>

Die sowjetische Anweisung, deutsche Antifaschisten in die neu aufzubauenden Verwaltungen einzubeziehen, muss für die Mitglieder der KPD-Gruppen unausgesprochen die Auflösung der Antifa-Ausschüsse und Komitees beinhaltet haben.

#### *Der Aufbau der Stadtverwaltung im Mai/Juni 1945*

Am 8. und 9. Mai 1945 trafen die Mitglieder der Ackermann-Gruppe in Dresden ein.<sup>63</sup> Zunächst galt es, eine funktionierende Stadtverwaltung und Bezirksverwaltungen aufzubauen, so zur Normalisierung des Lebens beitragend und gleichzeitig um das Vertrauen innerhalb der Bevölkerung werbend. Weiterführende

---

<sup>60</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 79

<sup>61</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 79.

<sup>62</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 79.

Aufgaben bestanden in vorbereitenden Maßnahmen zum Aufbau der sächsischen Landesverwaltung und in organisatorischen Vorarbeiten für die zunächst ausgesetzte Parteineugründung.<sup>64</sup>

Nachdem Matern und Ackermann auf der Kommandantur Elsa Frölich und Hermann Eckardt kennen gelernt hatten, sollten beide eine Zusammenkunft mit ehemaligen Genossen organisieren. Ob sich diese Einladung nur an Genossen der KPD oder aber auch an Sozialdemokraten richtete, blieb unklar. Infolge des Belagerungszustandes und der Ausgangssperre trafen sich am 10. Mai 1945 nur ca. 35 der 50 aktiven Genossen. Neben Matern und Fischer war auch der Politoffizier der Kommandantur, Generalleutnant Lebedenkow anwesend. Fischer und Matern gaben nicht nur Anweisungen über die nächsten notwendigen Arbeiten, sondern berücksichtigten zum Teil auch die Vorstellungen der im Lande gebliebenen Genossen. So griffen sie den Vorschlag auf, Rudolf Friedrichs zum Oberbürgermeister zu bestellen<sup>65</sup>, schließlich kannten die Dresdner Antifaschisten einander und personelle Angelegenheiten bedurften einer raschen Klärung.<sup>66</sup> Es schien eine glückliche Fügung zu sein, dass die Dresdner Antifaschisten einen ehemaligen Sozialdemokraten vorschlugen, der so ganz den Vorstellungen der Ackermann-Gruppe und der Besatzungsmacht entsprach.<sup>67</sup>

Friedrichs wusste von den Vorstellungen der Antifa-Gruppen und willigte nach Materns Besuch ein, den Posten des Dresdner Oberbürgermeisters zu übernehmen. Der Umstand, dass nicht die Antifa, sondern Matern ihn aufforderte, Oberbürgermeister zu werden, war für Friedrichs vermutlich kein Problem, da Matern im Auftrage der Besatzungsmacht vorsprach und somit die Legitimationsgrundlage sicherte. Am 10. Mai 1945 ernannte Stadtkommandant Oberst Gorochow Rudolf Friedrichs zum Oberbürgermeister Dresdens<sup>68</sup> und

---

<sup>63</sup> Donth 1995, S. 25.

<sup>64</sup> Mielke 1995, S. 18ff.

<sup>65</sup> Matern 1960, S. 6ff.

<sup>66</sup> Frölich; Gute 1960, S. 60 f.

<sup>67</sup> Einer anderen Darstellung zufolge waren drei ortsansässige Kommunisten mit der Suche „nach einer repräsentanten Figur als Oberbürgermeister ... betraut (worden), die mehrere Kandidaten zur sowjetischen Stadtkommandantur brachten. Hermann Matern führte mit jedem Einzelnen persönliche Gespräche. Die Wahl fiel schließlich auf Friedrichs, der Materns Kriterien -„Kenner, Könner und [...] Antifaschist“ – angeblich am besten erfüllte. Vgl. Richter; Schmeitzner 1999, S. 49.

<sup>68</sup> StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 1, Blatt 1.

forderte ihn auf, wie aus einer Bekanntmachung vom 12. Mai 1945 hervorgeht, die städtische Selbstverwaltung aufzubauen. Friktionen zwischen Friedrichs, der sich in der Weimarer Republik langjährige Verwaltungserfahrungen angeeignet hatte, und den „Moskauern“, die in den zwanziger und dreißiger Jahren nur selten Erfahrungen ähnlichen Ausmaßes gesammelt und im sowjetischen Exil ganz andere politische Spielregeln verinnerlicht hatten, gab es unmittelbar nach Kriegsende nicht. Vielmehr trafen sich beide Seiten in ihrem Bestreben, die spontane Antifa-Bewegung aufzulösen.

Friedrichs wies in der erwähnten Bekanntmachung ausdrücklich darauf hin, dass die von ihm geleitete Stadtverwaltung die *einzig*e Zivilgewalt Dresdens darstelle.<sup>69</sup> Diese öffentliche Positionierung richtete sich gegen die in den einzelnen Stadtteilen agierenden Antifa-Ausschüsse und kündigte bereits deren von nun an konsequent betriebene Auflösung von Seiten der Stadtverwaltung an. Abschließend appellierte er an die Bevölkerung, die Wiederherstellung normaler und geordneter Verhältnisse zu unterstützen.

Am 10. und 11. Mai 1945 verhandelten „Vertreter öffentlicher Gruppen der Stadt Dresden“<sup>70</sup> über die Zusammensetzung der Stadtverwaltung.<sup>71</sup> Diese sollten der Sozialdemokrat Rudolf Friedrichs, fünf Kommunisten, drei Bürgerliche sowie ein Vertreter der ehemaligen SAP leiten. Mit Friedrichs stand ein ehemaliger Regierungsrat des sächsischen Innenministeriums an der Spitze der Stadtverwaltung. Auch Matern verkörperte als ehemaliger Reichstagsabgeordneter und Mitglied des preußischen Landtags Kontinuität. Ferner sollten zwei Rechtsanwälte, ein ehemaliger Stadtrat, ein Mediziner, ein ehemaliger Schauspieler, ein früherer Wehrmachtsmajor und ein Buchdrucker mitarbeiten.

Friedrichs schlug den Kandidaten noch am selben Tag vor, die künftige Stadtverwaltung in acht Abteilungen zu gliedern. Die vorgesehenen Ressorts

---

<sup>69</sup> Ebenda.

<sup>70</sup> Wie die Zusammensetzung zeigt, muss es sich bei den Vertretern „öffentlicher Gruppen“ um die Antifa-Gruppen Frölich und Eckardt sowie um die „progressiv-demokratische Gruppe“ Fetschers gehandelt haben. RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 80.

<sup>71</sup> Die Bevölkerung informierte man allerdings erst am 21. Mai 1945 in einem entsprechenden, von Oberbürgermeister Friedrichs verfassten Aufruf über den Inhalt dieser Besprechungen. StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 305.

entsprachen denen in der KPD-Richtlinie vom 5. April 1945 aufgelisteten.<sup>72</sup> Offensichtlich trafen sich hier Friedrichs Vorstellungen mit denen der „Moskauer“, beide Seiten zeigten sich kompromissbereit und legten einen Konsens vor. Nicht auszuschließen ist auch, dass sich Friedrichs nicht an den Vorstellungen der Exil-KPD störte, weil sie im Wesentlichen den aus Weimar bekannten Strukturen entsprachen.

Die Stellvertreter des Oberbürgermeister wurden Kurt Fischer<sup>73</sup> als 1. Bürgermeister und ständiger Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Dr. Meißner als 2. Bürgermeister und Dr. Albrecht als 3. Bürgermeister.<sup>74</sup> Stadtschreiber und Antifa-Mitglied Hermann Eckart, der der Verwaltungs- und Personalabteilung Materns untergeordnet war, sollte künftig Bürger für die Arbeit in den Stadtteilen vorschlagen.<sup>75</sup>

Alle vier Mitglieder der Ackermann-Gruppe waren im neuen Dresdner Stadtrat vertreten. Die von den „Moskauern“ gebilligte Auswahl der übrigen Mitglieder, die der Zustimmung der sowjetischen Kommandantur bedurften, orientierte sich an der beruflichen Qualifikation, an ihrer gesellschaftlicher Stellung und ihrer Haltung zu Sowjetunion. Außer den „Moskauern“ kamen fast alle Mitglieder der neuen Stadtverwaltung aus der Antifa. Die ausgewählten Bürgerlichen hatten zuvor der Fetscher-Gruppe angehört oder ihr nahe gestanden. Sie übernahmen zusammen mit den „Moskauern“ die Leitungen der unterschiedlichen Ressorts. Sozialdemokraten waren in untergeordneteren Funktionen, so z. B. als Schulrat u.ä. tätig. Damit schien, ganz im Sinne der Besatzungsbehörden, mit der nun im Mai 1945 eingesetzten

---

<sup>72</sup> Vgl. Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten“ vom 5. April 1945 sowie Spezialdirektive des sowjetischen Oberkommandos vom 20. April, Anordnungen der 1. Ukrainischen Front vom 13. Mai 1945. Matern (KPD) sollte die Allgemeine Verwaltungs- und Personalabteilung leiten, Stadtrat Dr. Karl Albrecht als Mitglied der Fetscher-Gruppe die Abteilung Versorgungswesen (Ernährung, Verkehr und Transport). Dr. Gerhard Meißner übernahm als Stadtkämmerer die Abteilung Steuern und Finanzen. Die Abteilung Handwerk, Industrie und Handel wurde unter der Verantwortung des Dresdners Dr. Rudolph Pollack gestellt. Der „Moskauer“ Helmut Welz (NKFD) wurde Stadtrat für Kommunale Betriebe und Hans Greif (NKFD) Stadtrat für Bildung und Schule. Die personelle Besetzung der Abteilungen Gesundheitswesen und Soziale Verwaltung stand bis Ende Mai noch aus, dann wurden diese Ämter Dr. Grube (Antifa) und Elsa Fenske (KPD) übertragen. Elsa Fenske war erst einige Tage zuvor zur Gruppe Ackermann gestoßen. Während des Nationalsozialismus war sie im Zuchthaus Jauer inhaftiert gewesen.

<sup>73</sup> Zur ausführlichen Biografie Fischers vgl. Richter; Schmeitzner 1999, S. 66-99; Müller-Enbergs 2000, S. 212.

<sup>74</sup> StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 305.

<sup>75</sup> Ebenda.

Stadtverwaltung der status quo ante von vor 1933 wiederhergestellt.<sup>76</sup> Die bürgerliche Fraktion und die der Arbeiterparteien hielten sich nahezu die Waage, wenn auch letztere immer eine einfache Mehrheit aufbringen konnten.

Obwohl auch Walter Weidauer<sup>77</sup>, Hans Neuhof, Fritz Dämmig, Egon Rentzsch<sup>78</sup>, Hermann Krause, Richard Leppi und Otto Wagner die „Aktivisten der ersten Stunde“<sup>79</sup> und als Mitglieder bzw. Leiter der antifaschistischen Komitees der Stadtteile bekannt waren, wurden sie zunächst nicht in führende Positionen der ersten Stadtverwaltung Dresdens einbezogen. Ihr Wirkungskreis war und blieb die Basis. Die Kommandantur und die „Moskauer“ integrierten sie als Leiter der Bezirksverwaltungen.<sup>80</sup>

Nachdem die Stadtverwaltung ihre Arbeit aufgenommen hatte, musste die Arbeit in den Stadtteilen koordiniert werden. Es galt, einer beträchtlichen Anzahl von Gruppen die KPD-Richtlinien vom 5. April 1945 nahe zu bringen und die Wirkung der Propaganda um die Volksausschüsse zu korrigieren. Die Legitimation der neu geschaffenen Bezirksverwaltungen erfolgte am 27. Mai auf Weisung des Oberbürgermeisters.<sup>81</sup> Mit diesem Schreiben bestätigte Friedrichs als Vertreter der deutschen Exekutive einen Teil der von den sowjetischen Besatzungstruppen eingesetzten Bürgermeister. Da aber bis Ende Mai fast doppelt so viele Stadtteile

---

<sup>76</sup> In den 20er Jahren hatten meistens die Sozialdemokraten die einfache Mehrheit in der Stadtverwaltung. 1924 musste diese zwar an die bürgerlichen Fraktionen abgegeben werden, konnte bei der Folgewahl 1926 aber mit den Stimmen von SPD und KPD wieder erlangt werden. Förster 1985, S. 146.

<sup>77</sup> Walter Weidauer (1899-1986), 1922 Eintritt in die KPD, 1925-1929 Stadtverordneter in Zwickau, ab 1932 Mitglied der Landesregierung, nach 1933 mehrmals inhaftiert, führender Funktionär der illegalen Grenzarbeit, 1941 in Kopenhagen verhaftet, 1942 zu 15 Jahren Zuchthaus durch den Volksgerichtshof verurteilt, bis Mai 1945 im Zuchthaus Waldheim. Ab 11. Mai Leiter des Antifa-Komitees Dresden-Strehlen, ab 26. Mai 1945 Bürgermeister des 7. Verwaltungsbezirks, ab 22.6. Stadtrat, ab Juli 1945 1. Bürgermeister. Zwischen 1946- und 1958 Oberbürgermeister der Stadt Dresden, ab 1958 bis 1961 Vorsitzender des RdB. Vgl. StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 32; Schneider 1985, S. 462; Weidauer 1961, S. 88- 91; Müller-Enbergs 2000, S. 897.

<sup>78</sup> Egon Rentzsch (1915-1992) Kaufmann, SAJ, 1930 KJVD, 1933-1936 Zuchthaus Bautzen, KZ Sachsenburg, April 1937- 1939 KZ Sachsenburg, Sachsenhausen, Buchenwald, bis 1945 als Lagerist und Monteur in Dresden, nach 1945 Leiter der KPD-Parteischule Ottendorf, 1946-1948 Stadtrat für Volksbildung in Dresden, bis 1950 Mitarbeiter des ZK der SED, 1953 Amts enthoben, bis 1955 Sekretär für Kultur bzw. 2. Sekretär der SED-BL Rostock, Müller-Enbergs 2000, S. 695 f.

<sup>79</sup> Förster 1985, S. 185.

<sup>80</sup> StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 1.

<sup>81</sup> Tittmann 1980, S. 139.

bestanden, als später Bezirksverwaltungen gebildet wurden, schieden einige Bürgermeister aus. Die Kriterien für die personelle Besetzung dieser Posten sind heute nicht mehr zu rekonstruieren. Bei der Bestätigung von Hans Neuhoﬀ spielten offensichtlich seine beruflichen und kommunalpolitischen Erfahrungen eine wesentliche Rolle, während Walter Weidauer, Egon Rentzsch und Richard Leppi ehemalige Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager und Zuchthäuser waren und sich in den letzten Kriegstagen Antifa-Komitees angeschlossen bzw. diese mit initiiert hatten.<sup>82</sup>

Die Konstituierung und Arbeitsweise der Stadtbezirksverwaltungen gestaltete sich keineswegs reibungslos. Immer wieder mussten sich die Mitglieder der Stadtverwaltung in Ratssitzungen mit Schwierigkeiten bei der Umstrukturierung der Verwaltungen auseinandersetzen. So beschloss die Sitzung vom 30. Mai 1945, alle Behörden und Stellen aufzulisten, die in irgendeiner Weise Verwaltungsaufgaben wahrnahmen. Die nicht erfassten Behörden oder Büros galten danach „als illegale Organisationen ... und (waren) entsprechend zu behandeln“<sup>83</sup>, d.h. aufzulösen. Oberbürgermeister Friedrichs forderte die Unterstützung dieser Maßnahme.

Auch wenn über ihre eigentliche Arbeit kaum Unterlagen existieren, ist davon auszugehen, dass sich die Antifa-Ausschüsse und Komitees den Zentralisierungsbemühungen der Stadtverwaltung jedoch nicht widerspruchslos fügten. In der Sitzung der Stadtverwaltung vom 7. Juni 1945 beschäftigte sich der Stadtrat erneut mit der Arbeit in den Stadtbezirken: „Es gibt noch eine Anzahl im Stadtbereich tätiger Stellen,(...), die noch nicht an die Stadtverwaltung angegliedert sind und aus eigener Machtbefugnis arbeiten. Das bedeutet ein Nebeneinander- und Durcheinanderarbeiten, welches sofort eingestellt werden muß.“<sup>84</sup>

Oberbürgermeister Friedrichs unterbreitete mehrere Vorschläge: Diese eigenständig arbeitenden Stellen sollten entweder in die Bezirksverwaltungen übernommen, ihre Arbeit als ehrenamtlich deklariert oder gänzlich abgebaut werden. Um die zentrale Verwaltung zu gewährleisten, beschloss der Stadtrat, die Aufgaben der Stadtverwaltung nur noch von amtlichen Behörden bearbeiten zu lassen. Dazu war es

---

<sup>82</sup> BA Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1656.

<sup>83</sup> StA Dresden, Oberbürgermeister, Nr. 1010, S. 172.

<sup>84</sup> StA Dresden, Oberbürgermeister, Nr. 1010, S. 168 f.



notwendig, die bestehenden Ausschüsse und Kommissionen in die Stadtbezirksverwaltungen einzugliedern. In Fällen, wo dies nicht möglich war, sollten die Abteilungen der Stadtverwaltung die Ausschüsse mit ehrenamtlichen Aufgaben betrauen. Voraussetzung hierfür war die Bereitschaft der Ausschussmitglieder nach den Richtlinien der Zentralverwaltungsstellen und unter Aufsicht der Leiter der sieben Bezirksverwaltungen zu arbeiten.<sup>85</sup>

Im Juli existierten noch immer Antifa-Ausschüsse. Ein vom 10. Juli 1945 datierter Bericht aus dem Hauptamt Materns vermerkt, dass eine zentralisierte Arbeit der Stadtverwaltung durch die zerstörten Verwaltungsgebäude nahezu unmöglich war. Deshalb waren sieben Verwaltungsbezirke gebildet worden, die jedoch nach weitreichender Selbständigkeit strebten. „Diese Tendenzen traten nach dem Einmarsch der Roten Armee selbst in den kleinsten Stadtgebieten (Stadtbezirken und Ortsteilen) zu Tage und sind dort bis zum heutigen Tage noch nicht ganz verschwunden.“<sup>86</sup> Einzelne Stadtbezirksverwaltungen hatten Ämter eingerichtet, die von der zentralen Stadtverwaltung nicht vorgesehen waren. Nicht selten ignorierten diese Ämter die Anweisungen der zentralen Stadtverwaltung oder passten sie den örtlichen Gegebenheiten an. Das wertete das Hauptamt als Versuch, Einfluss auf zentrale Stellen zu nehmen, Zustände, die nicht geduldet werden konnten: „Es muß grundsätzlich daran festgehalten werden, daß die Bezirksverwaltungen und die Stadtbezirke keine eigenen Anordnungen zu treffen haben, sondern sie nur im Rahmen der ihnen von zentralen Stellen erteilten Aufträge tätig werden.“<sup>87</sup> Das Hauptamt sah vor allem die Einheitlichkeit der städtischen Anweisungen und die übereinstimmende Handhabung der Verwaltungsgeschäfte gefährdet, was sich negativ auf das ohnehin nur unzureichend gefestigte Vertrauen der Bevölkerung auswirken konnte. Letzterem maßen die Kommunisten große Bedeutung bei, zumal es ihr erklärtes Ziel war, sich darüber potentielle Wählerstimmen zu sichern, auch wenn Wahlen noch gar nicht zur Disposition standen. Um sowohl den Zentralisierungsbemühungen als auch den örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu

---

<sup>85</sup> Ebenda; Richter 1974, S.10.

<sup>86</sup> StA Dresden , Dezernat Oberbürgermeister , Nr. 305.

<sup>87</sup> Ebenda. Wie aus den eingesehenen Akten hervorging, wurde man diesem Ansinnen nicht gerecht. Noch im Februar 1946 wandte man sich an alle sieben Bezirksverwaltungen, um Stadtausschüsse einzurichten. Siehe unten.

tragen, wurde den Leitern der Bezirksverwaltungen - unter Vorbehalt übergeordneter Behörden - das Recht zu selbständigen Entscheidungen eingeräumt. Da ein Großteil des Verwaltungsaufbaus jedoch beibehalten und nur die Abteilungsleiterposten, wenn überhaupt, in den Stadtbezirken neu besetzt wurden, ist davon auszugehen, dass Lokalverwaltungen ähnlich wie während des Ersten Weltkrieges einen Bedeutungszuwachs erhielten, der so schnell nicht aufgehoben werden konnte. Außerdem stand die rasche Normalisierung im Mittelpunkt der Nachkriegsaufgaben, sodass es unablässig war, dass das tägliche Leben nach wie vor den Regelungen kommunaler Fachverwaltungen unterworfen blieb.<sup>88</sup> Trotzdem kündigte die Dresdner Stadtverwaltung Zentralisierungs- und Kontrollmaßnahmen an. So sollte den Leitern der Bezirksstellen wöchentlich aus den einzelnen Stadtteilen berichtet werden. Um die Selbständigkeitsbestrebungen einzudämmen, riet das Hauptamt, die „Bezirksverwaltungen“ in „Stadtbereiche“ umzubenennen, „damit schon in dieser Bezeichnung die Abhängigkeit von der zentralen Verwaltung zum Ausdruck kommt.“<sup>89</sup> Abschließend wurde vorgeschlagen, nur der zentralen Stadtverwaltung das Recht einzuräumen, Aufrufe und Bekanntmachungen an die Bevölkerung zu erlassen.

Nachdem Walter Weidauer im Zuge der Umbesetzung der Stadtverwaltung Anfang Juli 1945 zum 1. Bürgermeister bestellt wurde, sprach er sich in der Ratssitzung vom 24. Juli 1945 dafür aus, die Arbeit der Antifa-Ausschüsse rückwirkend zu vergüten. Weidauer, selbst ehemaliges Mitglied des Antifaschistischen Komitees in Dresden-Strehlen<sup>90</sup>, war im Zuge der Eingliederung der Antifa-Komitees zum Leiter der dortigen Bezirksverwaltung ernannt worden. Er verwies darauf, dass die Antifaschisten bisher entschädigungslos gearbeitet hätten und forderte eine Aufwandsentschädigung, so die Arbeit der Antifa anerkennend. Er hielt einen Tagessatz von 7.50 RM, der von den Bezirksverwaltungen rückwirkend ausbezahlt war, für angemessen.<sup>91</sup> Dieser Vorschlag stellte eine Vermittlung zwischen den Zentralisierungsbemühungen der von den „Moskauern“ dominierten Stadtverwaltung

---

<sup>88</sup> Vgl. Schulz 1987, S. 48.

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Weidauer 1961, S. 88- 91.

<sup>91</sup> StA Dresden , Oberbürgermeister, Nr. 1010, S.153.

und dem Selbständigkeitsstreben der aus den Antifa-Ausschüssen hervorgegangenen Bezirksverwaltungen dar.

Bereits wenige Tage zuvor, am 15. Juli 1945, hatte sich Weidauer ähnlich vermittelnd gegenüber den Angestellten des Wohnungsamtes Dresdens, wo offenbar ebenfalls zahlreiche Mitglieder der Antifa mitarbeiteten, geäußert. Weidauer lobte die Arbeit der Ausschüsse, relativierte das Lob durch den Verweis auf entstandene Fehler und forderte die Angestellten auf, dem „revolutionären Reiterleben“ den „disziplinierten infanteristischen Schritt“ folgen zu lassen. Besonders nachdrücklich appellierte Weidauer an die Anwesenden, künftige Einzelaktionen zu unterlassen, wären diese doch oft auch „über’s Ziel hinaus geschossen“.<sup>92</sup>

In späteren Ratssitzungen war das Integrationsproblem der antifaschistischen Ausschüsse nicht mehr Gegenstand der Auseinandersetzungen, woraus gefolgert werden kann, dass es der Stadtverwaltung nach hartnäckigem Insistieren gelungen war, diese Ausschüsse aufzulösen und ihre Mitglieder in die Institutionen der Stadtverwaltung zu integrieren.

#### *Die Stadtverwaltung Dresdens ab Juli 1945*

Anfang Juli 1945 wurde ein Teil der Stadtverwaltung mit den Regierungsgeschäften des Landes Sachsens betraut. Im Zuge dessen erhielt der Jurist Dr. Johannes Müller am 5. Juli 1945 die Ernennungsurkunde zum neuen Oberbürgermeister Dresdens.<sup>93</sup> Diese vermutlich durch die „Moskauer“ lancierte Ernennung eines Demokraten erfolgte, um die politischen Grundsätze des bald zu gründenden antifaschistisch-demokratischen Blocks nach außen hin zu demonstrieren. Außerdem erfolgte diese Besetzung nach denselben Kriterien wie die von Friedrichs Anfang Mai 1945: Sozialdemokraten und Bürgerliche übernahmen Repräsentativfunktionen. Mit der Einbindung Walter Weidauers als ehemaligen Häftling des Zuchthauses Waldheim und Friedrichs als Sozialdemokraten und vormaligen Oberbürgermeister in diese Entscheidung sicherten die „Moskauer“ ihre Personalpolitik nach den für sie wichtigsten Seiten ab: Das Integrationsangebot blieb aufrechterhalten und den im

---

<sup>92</sup> StA Dresden , Dezernat Oberbürgermeister , Nr. 120, Blatt 4.

Lande gebliebenen Kommunisten und den Sozialdemokraten wurde das Gefühl eines Mitspracherechts vermittelt.

Mit der Ernennung Walter Weidauers zum 1. Bürgermeister konnten gleich zwei Interessengruppen zufrieden gestellt werden: Zum einen die Gruppe der aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückgekehrten Kommunisten, die aufgrund ihrer Lagererfahrungen einen Führungsanspruch innerhalb der neu aufzubauenden Verwaltung anmeldeten.<sup>94</sup> Zum anderen erfolgte stellvertretend die Integration der Antifa in die zentrale Stadtverwaltung.<sup>95</sup>

Nach dem 5. Juli 1945 setzte sich die vom Stadtkommandanten genehmigte Stadtverwaltung wie folgt zusammen: Dr. Müller amtierte als Oberbürgermeister und Weidauer als 1. Bürgermeister. Dr. Albrecht rückte zum 2. Bürgermeister auf, und der „Moskauer“ Welz übernahm das Amt des 3. Bürgermeisters.<sup>96</sup> Dr. Goslar löste den ausscheidenden Dr. Meißner als Stadtkämmerer ab.

Die Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Müller währte allerdings nur wenige Monate. Am 26. Oktober 1945 betraute Kurt Fischer als 1. Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen Walter Weidauer mit der kommissarischen Führung der Geschäfte des Oberbürgermeisters. Fischer erachtete die Absetzung Müllers als dringend, nachdem dieser in einer öffentlichen Versammlung Kritik an den Besatzungsbehörden geübt hatte. Er wertete die Kritik<sup>97</sup> als reine Provokation und sah die „gute Zusammenarbeit mit der SMA“ gefährdet. Die Absetzung Müllers als Oberbürgermeister erfolgte „im Einverständnis mit dem Chef der SMA des Bundeslandes Sachsen“.<sup>98</sup> Anfang des Jahres 1946 wurde Walter Weidauer offiziell zum Oberbürgermeister der Stadt Dresden bestellt und übte dieses Amt bis 1958 aus, um dann für drei Jahre den Vorsitz des Rates des Bezirkes zu übernehmen.

Auch die Sozialdemokraten hatten das Angebot erhalten, einen eigenen Kandidaten für den Oberbürgermeister aufzustellen. Otto Buchwitz favorisierte hierfür den aus

---

<sup>93</sup> Dr. Johannes Müller durfte während der NS-Zeit nicht als Jurist arbeiten, weil er sich nicht von seiner jüdischen Ehefrau getrennt hatte. Den Kommunisten war er als alter Verwaltungsbeamter bekannt. StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 321.

<sup>94</sup> Niethammer 1994.

<sup>95</sup> Vgl. StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 321.

<sup>96</sup> StA Dresden, Oberbürgermeister, Nr. 651.

<sup>97</sup> Müller äußerte sich in einer öffentlichen Versammlung am 22.10.1945 im Stadtteil Strehlen über die unzureichende Kohleversorgung, die er auf die Tätigkeit der Besatzungsbehörden zurückführte. StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 306.

Freital stammenden und dort sehr populären Arno Hennig. Doch Hennig, der den Einheitsbestrebungen der KPD äußerst skeptisch gegenüberstand, lehnte nach einer Bedenkzeit mit den Worten ab: „Jetzt nicht - in zwei Jahren ist die KPD abgewirtschaftet!“<sup>99</sup> Nach dieser recht barschen Absage war der Weg für Weidauer ins Amt des Oberbürgermeisters frei.

Bis zum Jahreswechsel 1945/46 hatte sich die Zusammensetzung des ersten Stadtrates vom 12. Mai 1945 nahezu grundlegend geändert. Am 5. Juli 1945 hatten Friedrichs, Fischer, Matern und Greif die Regierungsgeschäfte des Landes Sachsen übernommen, bis Oktober 1946 schieden fünf weitere Mitglieder der „ersten“ Stadtverwaltung aus.<sup>100</sup>

### 3.1.2 Die Normalisierung des Lebens

Neben der Neubesetzung der Ämter der Stadtverwaltung genoss die „Normalisierung des Lebens“ oberste Priorität für die sowjetische Besatzungsmacht. Für die Mitglieder der Ackermann-Gruppe, die in Dresden eingesetzt wurden, war es sehr vorteilhaft, dass sie die Stadt kannten. Obwohl ihr Einsatz relativ kurzfristig von den sowjetischen Behörden festgelegt wurde, waren die Leitungsmitglieder auf die sie in Deutschland erwartenden Aufgaben vorbereitet. Sie übernahmen vor Ort einfach die zuvor den Volksausschüssen zugedachten Aufgaben. Dazu zählten die Entlassung von NSDAP-Mitgliedern aus öffentlichen Ämtern<sup>101</sup>, der Aufbau einer neuen Polizei sowie Maßnahmen zur Regelung des täglichen Lebens<sup>102</sup>. Diese Aufgaben versuchten parallel zu den „Moskauern“ auch die Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse und Komitees zu lösen. Es bleibt zu untersuchen, ob und in welchen Fällen es zu Friktionen zwischen diesen beiden Interessengruppen

---

<sup>98</sup> Ebenda.

<sup>99</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4076/ 37.

<sup>100</sup> Die Gründe für das Ausscheiden Dr. Meißners, des „Moskauers“ Welz, Else Fenskes, Dr. Grubes und Dr. Pollacks aus dem Stadtrat sind nicht rekonstruierbar. StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister, Nr. 321.

<sup>101</sup> Vgl. Programm des Blocks der kämpferischen Demokratie, beispielsweise abgedruckt in Erler u.a. (Hg.) 1994.

kam oder ob es der aus Moskau heimgekehrten KPD gelang, die Antifa in ihrem Sinne zu integrieren.

Die sowjetische Besatzungsmacht ordnete für die Mitglieder der NSDAP und deren Folgeorganisationen nur eine allgemeine Registrierungspflicht an. Entsprechende Ausführungen in den Tageszeitungen verwiesen auf die allgemeine Entnazifizierungsabsicht der Alliierten, konkrete Handlungs-anweisungen erfolgten zunächst nicht.<sup>103</sup>

Die Entlassung nationalsozialistischer Funktionsträger lag nicht nur im Interesse der Ackermann-Gruppe, sondern entsprach auch den Vorstellungen der Antifa-Mitglieder. Auf der Stadtratssitzung vom 30. Mai 1945 wurde vorgeschlagen, dass Matern als Leiter des Personalamts grundlegende Richtlinien zur Entlassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder ausarbeiten sollte, so ein einheitliches Vorgehen sichernd. Bereits zehn Tage später veröffentlichte die „Tageszeitung für die Dresdner Bevölkerung“ die „Grundsätze über die Entlassung der den Wiederaufbau störenden Kräfte in der Stadtverwaltung“.<sup>104</sup> Danach sollten alle NSDAP-Mitglieder entlassen werden, die vor dem 30. Januar 1933 in die Partei eingetreten waren. Bei den zu entlassenden Angehörigen der SS spielte der Beginn der Mitgliedschaft keine Rolle, während von den SA-Männern vorwiegend jene Mitglieder zwischen 1932 und 1934 des Amtes enthoben werden sollten. Für die Mitglieder der NSKK und NSFK waren die Säuberungskriterien weniger eindeutig und blieben dem Ermessensspielraum der einzelnen Personalabteilungen überlassen.<sup>105</sup> Ebenfalls entlassen werden sollten Denunzianten, die im Auftrag von Gestapo und NSDAP politisch Andersdenkende angezeigt hatten. Um allen Interessen - den eigenen, denen der aus den Konzentrationslagern zurückgekehrten Häftlinge und denen der Bevölkerung - gerecht zu werden und um keinen mutmaßlich Schuldigen zu vergessen, enthielt diese Direktive den allgemeinen Passus, „besonders aktive und

---

<sup>102</sup> Vgl. ebenfalls das Programm des Blocks der kämpferischen Demokratie (Oktober 1944) sowie die „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Sowjetarmee besetzten deutschen Gebieten“ vom 5. April 1945.

<sup>103</sup> Vollnhals 1991, S. 166.

<sup>104</sup> „Tageszeitung für die Dresdner Bevölkerung“ vom 9.6.1945, Zit. nach Sächs. HStA Dresden, LRS, Ministerium der Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 683, Blatt 18.

verantwortliche Funktionäre der NSDAP und ihrer Gliederungen“ zu entlassen. Mit der entschädigungslosen Entlassung der genannten Gruppen erloschen auch alle mit dem Amt verbundenen Ansprüche.<sup>106</sup> Abschließend erging an alle Behörden, öffentliche Betriebe, unter öffentlicher Kontrolle stehende Betriebe und an die Privatwirtschaft die Auflage, nach dieser Richtlinie zu verfahren. Für die, die sich persönlich schuldig gemacht hatten, wurde eine Bestrafung gefordert. Diejenigen hingegen, die sich an der deutschen Katastrophe „nur“ mitschuldig gemacht hatten, sollten Trümmer räumen und sich am Wiederaufbau beteiligen, um so „einen Teil ihrer Schuld abzutragen“.<sup>107</sup>

Neben der Kontrolle der Antifa-Komitees und der Entlassung ehemaliger Nationalsozialisten lag auch der Aufbau der Dresdner Polizei in den Händen Hermann Materns. Aufgrund gravierender Unzulänglichkeiten in der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hatte sich Matern am 15. Mai 1945 mit dem Stadtkommandanten über die Notwendigkeit einer Dresdner Stadtpolizei verständigt.<sup>108</sup> Im Anschluss daran beauftragte er zunächst den Leiter der späteren Wirtschaftsabteilung der Polizei, die materiellen Voraussetzungen für eine 500 Mann starke Truppe zu schaffen. Ein Mitglied des Moskauer NKFD<sup>109</sup> richtete in den Kellerräumen der Stadtverwaltung das erste Wachlokal ein. Hier erhielten Mitglieder der Antifa-Ausschüsse, die von ihren Komitees zum Ordnungsdienst eingeteilt worden waren, in den Nachmittagsstunden des 15. Mai 1945 erste Anweisungen von Matern über den Aufbau und die Aufgaben der Polizei.<sup>110</sup> Den Antifa-Mitgliedern wurden ehemalige Kriegsgefangene zur Seite gestellt, die hinter der Front

---

<sup>105</sup> Hier sollten die entlassen werden, die vor dem 30. Januar 1933 Mitglied und danach aktive Funktionäre gewesen waren.

<sup>106</sup> Tittmann 1980, S.139.

<sup>107</sup> „Tageszeitung für die Dresdner Bevölkerung“ vom 9.6.1945, Zit. nach Sächs. HStA Dresden, LRS, Ministerium der Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 683, Blatt 18.

<sup>108</sup> Die Kriminalität wie Diebstähle, Plünderungen, Schwarzmarktgeschäfte, Vergewaltigungen u. a. nahm infolge der chaotischen Nachkriegszustände auch in Dresden zu. Vgl. Tittmann 1980, S. 140.

<sup>109</sup> Hermann Vogt geriet als Hauptfeldwebel oder Major in sowjetische Kriegsgefangenschaft und schloss sich dort dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ an. Er besuchte zwei Frontschulen und soll längere Zeit in der 2. Ukrainischen Front tätig gewesen sein. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/043; RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 78.

<sup>110</sup> Opitz 1960, S. 48-58.

eine Antifa-Schule besucht hatten.<sup>111</sup> Erste Aufgaben umfassten die Bewachung der Dresdner Wasserwerke und die beginnende Tätigkeit des Einwohnermeldeamtes.<sup>112</sup> Mit dem Befehl Nr. 3 vom 11. Juni 1945 legalisierte der Stadtkommandant eine städtische Ordnungspolizei, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verkehrsregelung, für die Bekämpfung von Diebstahl und Belästigung auf den Straßen verantwortlich war. Der Stadtkommandant übertrug dieser Polizei weiterhin die Bearbeitung der Straftaten, die von Deutschen begangen wurden. Bis dahin hatte der Ordnungsdienst schwarz-gelbe Armbinden getragen, dem sollte nun eine neue Uniform folgen. Die Truppen der Rote Armee erhielten die Anweisung, die Arbeit der neuen deutschen Ordnungskräfte nicht zu behindern, sondern zu unterstützen.<sup>113</sup> Lebedenkow beauftragte den aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen heimgekehrten Kommunisten Max Opitz mit der Leitung der Polizei, womit er einen Vorschlag Ackermanns berücksichtigte. Dieser hatte sich in seinem Bericht vom 16. Mai 1945 dafür ausgesprochen, jemanden mit der Position des Polizeileiters zu betrauen, der in der Stadt bekannt war.<sup>114</sup> Ob auch Mitglieder der lokalen Antifa Anspruch auf dieses Amt anmeldeten, ist nicht bekannt. Doch scheinen sie mit der Besetzung Opitz' einverstanden gewesen zu sein, brachte dieser doch aufgrund seiner KZ-Haft einen hohen Legitimationsanspruch mit. Auch andere ehemalige Häftlinge von Konzentrationslagern und Zuchthäusern wurden in die mittlere Funktionsebene der Verwaltung, hier konkret der Polizei, integriert.<sup>115</sup> Die unter der Losung „Ordnung, Sicherheit und Hilfe“ arbeitenden Mitglieder des neuen Ordnungsdienstes rekrutierten sich in folgender Hierarchie: aus den aus dem Moskauer Exil heimgekehrten Emigranten, aus ehemaligen Mitgliedern des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, ehemaligen Häftlingen von Konzentrationslagern und Zuchthäusern und in den Bezirksverwaltungen aus Mitgliedern der Antifa-Ausschüsse, die an der Basis tätig wurden.

---

<sup>111</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 78.

<sup>112</sup> Opitz, S. 49.

<sup>113</sup> Ebenda, S. 50.

<sup>114</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 78

<sup>115</sup> So wurde beispielsweise Fritz Männchen, der bis zum April 1945 im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert gewesen war, im Juni mit dem Aufbau der Kriminalpolizei beauftragt. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/043.



Nicht nur mit Entnazifizierungsrichtlinien und dem Aufbau einer neuen Polizei versuchte die Ackermann-Gruppe der Bevölkerung den Eindruck „normaler Verhältnisse“ zu suggerieren. Großes Engagement verwendeten sie auf die Normalisierung des Alltags und damit auf die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas. Bereits Ende Mai versorgten einige sächsische Kraftwerke die Stadt wieder mit Strom. Trümmer mussten von den Straßen geräumt werden, um den Straßenbahnverkehr wieder aufnehmen zu können.<sup>116</sup> Im Zuge der Aufräumungsarbeiten waren am 23. Mai 1945 84 Kilometer des 185,5 km langen Streckennetzes befahrbar und einen Monat später bereits 132,5 km. Satt der zerstörten Brücken sorgten Fährbetriebe in Pillnitz, Laubegast, Pieschen und anderen Stadtteilen für regelmäßige Verbindungen zwischen den Dresdner Stadtteilen.

Mit dem Rückgriff auf die Lebensmittelbestände der Roten Armee wurde die Landeshauptstadt notdürftig mit Nahrungsmitteln versorgt. Ab dem 21. Mai erfolgte die Belieferung von Geschäften. Wegen des immensen Flüchtlingsstroms wurde Anfang Juli die Ausgabe von Lebensmittelkarten auf die Einwohner, die bereits vor dem 1. September 1939 in die Stadt gezogen waren, beschränkt.<sup>117</sup>

Noch bevor die erste Tageszeitung erschien, forderte Oberbürgermeister Friedrichs am 15. Mai die Pastoren dazu auf, wieder Gottesdienste durchzuführen. Die Geistlichen waren darüber so verblüfft, dass sie sich sofort zusätzlich bereit erklärten, die Kirchenämter hinsichtlich mutmaßlicher NSDAP-Mitglieder zu überprüfen und sich an den Aufräumungsarbeiten zu beteiligen.<sup>118</sup>

Ab dem 22. Mai erschien die „Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung“.<sup>119</sup> Gleichzeitig verhandelte die Dresdner Stadtverwaltung mit den Besatzungstruppen über die Wiedereröffnung des Dresdner Theaters, das am 30. Mai 1945 der

---

<sup>116</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 77.

<sup>117</sup> Tittmann 1980, S.142f.

<sup>118</sup> Diese Zusammenkunft war zwar auf Einladung des Oberbürgermeisters zustande gekommen, doch waren auch Vertreter der Ackermann-Gruppe anwesend, die über die Pfarrer referierten, die sich in Kriegsgefangenschaft der Bewegung „Freies Deutschland“ angeschlossen hatten. BA Berlin, SAPMO, NY 4036/734, Blatt 85-89; RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40.

<sup>119</sup> Die Mitglieder des ZK der KPD in Moskau hatten Fred Oelßner als Redakteur für eine Zeitung für die deutsche Bevölkerung vorgesehen. Ob er diese Funktion übernahm, ist zweifelhaft, da er bald nach Berlin abberufen wurde. (BA Berlin, SAPMO, NY 4182/851.) Die Dresdner „Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung“ wurde von der Politverwaltung der 1. Ukrainischen Front herausgegeben. Der Redaktionsstab setzte sich sowohl aus sowjetischen Offizieren und Kriegsberichterstatern als auch aus deutschen Antifaschisten zusammen. Vgl. Förster 1985, S. 189.

deutschen Stadtverwaltung zurückgegeben wurde und bereits Mitte Juli Lessings „Nathan der Weise“ aufführte. Für allgemeine Unterhaltung sorgte außerdem die Künstlerspielgemeinschaft Dresden-West. Am 1. Juni gab es die erste Varietévorstellung in einem Kino.<sup>120</sup>

### 3.1.3 Der Aufbau der Parteien

Diskussionen unter den früheren Mitgliedern der Arbeiterparteien, mit dieser oder jener Partei zu kooperieren, wenn nicht gar sich mit ihr zu vereinigen, gab es sowohl unter den Kommunisten als auch unter den Sozialdemokraten. Eine der wichtigsten Fragen waren die nach der „Einheitspartei“ bzw. die nach der „Volksfront“. Letztere wurde zentral mit der Konstituierung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien beantwortet. Die Reflexion auf diesen Block erfolgt, weil er die faktische und praktische Fortführung des Antifa-Gedankens bedeutete, wenn auch mit der Einschränkung, dass die früheren Antifa-Mitstreiter nun Block- und Parteimitglieder waren.

#### *Zur KPD*

Im Folgenden wird auf die Gründung der KPD in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden eingegangen, wobei zunächst parteipolitische Intentionen der in den Antifa-Ausschüssen tätigen Kommunisten eine Rolle spielen. Dem schließen sich die Maßnahmen der Ackermann-Gruppe an, die an einer raschen Auflösung parteipolitisch arbeitender und kommunistisch dominierter Antifa interessiert war. Außerdem existiert eine Einschätzung für die Dresdner KPD, die weder von den lokalen Antifaschisten noch von Mitgliedern der Ackermann-Gruppe verfertigt wurde. Den Abschluss der Betrachtungen bilden die Versuche Hermann Materns, ab Juni 1945 zum Ersten Parteisekretär der KPD Sachsens avanciert, sich mit den Mitgliedern der antifaschistischen Ausschüsse und Komitees, die in seine Partei eingetreten waren, zu arrangieren.

---

<sup>120</sup> Tittmann 1980, S.141.

Die Vorstellungen der in Dresden ansässigen Kommunisten über eine neue kommunistische Partei sind kaum dokumentiert, ebenso fehlen Aussagen über eine künftige Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Walter Weidauer berichtete über die Zerrissenheit seiner Genossen in Dresden-Strehlen hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der SPD. Nach einer Aussprache am 20. Mai 1945 einigten sich die Strehleener Kommunisten, frühere Sozialdemokraten in die allgemeinen Aufgaben mit einzubeziehen, wobei offen blieb, ob die Arbeit im Antifa-Ausschuss bzw. in der Kommunalen Hilfsstelle gemeint war oder die konkrete Parteiarbeit. Der zuständige sowjetische Offizier befürwortete die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.<sup>121</sup>

Die Mitglieder der Ackermann-Gruppe nahmen die Antifa-Komitees vorwiegend als kommunistische Parteigruppen wahr, denen sich „auch“ Antifaschisten anschlossen. Die „Moskauer“ wollten die antifaschistischen Ausschüsse deshalb auflösen, weil „Betrüger und Provokateure“ sowie „zahlreiche Abenteurer“ und „gut maskierte Feinde“ „ehrliche Arbeiter vom Wege abzubringen (versuchen) und sie für eigene Ziele nutzen“.<sup>122</sup> Ackermann berichtet am 16. Mai 1945, dass alle aus der Illegalität auftretenden Gruppen aufgelöst und sie über die politische Notwendigkeit dieser Maßnahme aufgeklärt wurden. Worin diese jedoch bestand, erläuterte er nicht. Die Ackermann-Gruppe versuchte, der Antifa zu suggerieren, „dass diese Maßnahmen mit den Interessen aller ehrlichen Antifaschisten“ übereinstimmten. Intensiv wurde agitiert, dass die alleinige Existenz der KPD, die einige Gruppen und „Parteileitungen“ forderten, unmöglich ist und sie deshalb aufgelöst wurden. Diese Agitation erfolgte wiederum mit dem Hinweis auf mögliche „Feinde“, weshalb Parteien noch nicht zugelassen waren. Ackermann stellte stolz fest: „Argumente ähnlicher Art werden sofort von ehrlichen ehemaligen Mitgliedern der KPD aufgenommen“.<sup>123</sup>

Ein Dokument verweist auf eine dritte bis dahin unbekannte Gruppe, die neben den lokalen Antifaschisten und den Mitgliedern der Ackermann-Gruppe existiert haben muss. Obwohl das Diskussionspapier über die „Arbeit der Kommunisten in

---

<sup>121</sup> Weidauer 1960, S. 90.

<sup>122</sup> Vgl. hierzu und im Folgenden RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 79.

<sup>123</sup> RZChiIDNI, f 17, op. 128, d.40, Blatt 79.

Dresden“ weder datiert noch autorisiert ist, scheint eine Festlegung auf vereinzelte kommunistische Widerstandskämpfer, die bis 1944 in Kontakt mit der Berliner Saefkow-Jacob-Gruppe gestanden haben könnten, und/ oder auf zurückgekehrte KZ-Häftlinge möglich. Denn zahlreiche politische Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und der Führung der Exil-KPD wurden generell gerechtfertigt. Die Auflösung der Komintern wurde gar als „genialer Schritt Stalins“ interpretiert, der den einzelnen kommunistischen Sektionen nun „freie Hand“ ließ.<sup>124</sup> Ein weiterer Hinweis auf die Autorenschaft dieser dritten Gruppe ergab sich aus der Unterscheidung der kommunistisch dominierten Antifa-Ausschüsse in „rechte“ und „linke“ Abweichungen.

Der Autor bezweifelte die Richtigkeit der sowjetischen Politik nicht, gab jedoch zu erkennen, dass er diese Politik als rein taktisches Kalkül verstand. Nach dieser Übergangsphase, die so kurz wie möglich sein sollte, stünde dem Aufbau eines Rätedeutschlands nach sowjetischem Vorbild nichts mehr im Wege. Bis dahin hatte die Antifa-Bewegung die deutsche Nachkriegsgesellschaft zu führen.<sup>125</sup> Zu ihren Aufgaben gehörten der Kampf gegen den Faschismus und die daraus resultierende Einflussnahme auf die lokalen Verwaltungsorgane, in denen sich kommunistische Fraktionen bilden sollten. Der Autor verstand auch die Antifa-Arbeit als reines Taktikspiel, um die, wie auch immer verstandenen, kommunistischen Interessen umzusetzen. Des Weiteren sollte die Antifa Agitations- und Propagandaaufgaben mittels Flugblätter, Zeitungen und Versammlungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisten. Ein drittes Aufgabengebiet umfasste die Registrierung ehemaliger NSDAP-Mitglieder, gegebenenfalls deren Bestrafung sowie deren Arbeitseinsatz. „Alle diese Aufgaben mit dem Endziel der Erreichung einer konsequenten Volksfrontregierung.“<sup>126</sup> Wie die „Moskauer“ auf dieses Papier reagierten, ist unbekannt. Es fand sich in den Handakten des Stellvertretenden Oberbürgermeisters Kurt Fischer, der es offenbar zur Kenntnis nahm. Die Autoren erhielten wegen ihrer

---

<sup>124</sup> StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister Nr. 120, Blatt 26.

<sup>125</sup> Die Inlandskommunisten waren über einige KPD-Forderungen aus dem sowjetischen Exil und über Forderungen des NKFD informiert. Sie vertraten in der Regel jedoch radikalere Positionen als die Moskauer KPD, die „durch die direkten Erfahrungen des Kampfes“ bedingt waren. Sowohl Jacob als auch Saefkow begründeten noch 1944 ihr Eintreten für eine Diktatur des Proletariats, die ja in den programmatischen Äußerungen der Exil-KPD in Moskau schon seit Mitte der dreißiger Jahre nur eine untergeordnete Rolle spielte. Vgl. Tüchel 1998, S. 30.

Zugehörigkeit zu den innerdeutschen Widerstandsgruppen aus den Jahren 1943 und 1944 möglicherweise eine Aufgabe im mittleren Verwaltungsapparat und/oder einen Lehrgang, um mit den aktuellen politischen Zielen der Exil-KPD bekannt gemacht zu werden.

Obwohl die erste offizielle KPD-Versammlung in Dresden auf den 13. Juni 1945 datiert<sup>127</sup>, kam es bereits am 21. Mai 1945 zu einer größeren von Hermann Matern geleiteten Funktionärsversammlung, auf der Anton Ackermann „über die Lage und die Aufgaben der Antifaschisten beim Aufbau einer neuen Ordnung“ referierte.<sup>128</sup>

Auf der KPD-Versammlung am 13. Juni 1945 informierte Hermann Matern die Anwesenden über den Befehl Shukows und über den daraufhin erfolgten Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. Die allgemein gehaltenen Aussagen des KPD-Aufrufs begründete Matern seinen Genossen damit, dass so die Möglichkeit erhalten bliebe, auch in der amerikanisch und britisch besetzten Zone als kommunistische Partei aufzutreten. Matern charakterisierte die KPD als *die* Interessenvertretung der Werktätigen. Zudem sei sie die einzige Partei, die „die wirklich nationalen Interessen Deutschlands und des deutschen Volkes vertreten kann“, so den gesamtdeutschen Anspruch unterstreichend.<sup>129</sup>

Matern erläuterte die einzelnen Punkte des KPD-Aufrufs und ging auf spezielle Probleme der Gewerkschaften und des Parteaufbaus ein. In diesem Zusammenhang ordnete er an, das Vermögen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) den kommunalen Selbstverwaltungen und der Landesverwaltung zu übergeben, um dem Eindruck der Bevölkerung zu begegnen, die neuen Gewerkschaften seien nichts anderes als eine Fortsetzung der Deutschen Arbeitsfront, deren Gebäude ebenfalls übernommen wurden.

Nachdem Matern über die wirtschaftlichen Aufgaben und die Rolle des antifaschistisch-demokratischen Blocks referiert hatte, wies er die Genossen unmissverständlich darauf hin, dass es ihre Aufgabe sei, „das Leben in den täglichen Fragen (zu) lenken und (zu) leiten“.<sup>130</sup> In diesem Zusammenhang erteilte er den

---

<sup>126</sup> StA Dresden, Dezernat Oberbürgermeister Nr. 120, Blatt 27.

<sup>127</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4076/50; Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A.001.

<sup>128</sup> Kleine Dresden Chronik 1945-1949, S. 7.

<sup>129</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/001.

<sup>130</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/001.

„linken“ Kritikern, die den Sozialismus sofort wollten, eine nochmalige Absage und warf ihnen vor, die Interessen des Volkes außer Acht zu lassen. Ziel der „Moskauer“ KPD sei zwar auch der Sozialismus, doch Matern zufolge sollten erst die dafür erforderlichen ökonomischen und politischen Grundlagen geschaffen werden. Außerdem würde das „Gerede von Sozialismus“ die Arbeiter verwirren.<sup>131</sup>

Für den Wiederaufbau der KPD war es laut Matern wichtig, dass kleine sektiererische Gruppen aufgelöst werden und sich die Partei allgemein einer breiten Masse öffnet. Dass die künftigen Mitglieder von Anfang an Kommunisten waren, wurde nicht zur Voraussetzung für die Aufnahme in die Partei erhoben. Alle Mitglieder sollten sich einer Überprüfung unterziehen und die Organisation in Betriebsgruppen sei beizubehalten. Die neuen Parteileitungen wurden als Provisorien betrachtet, die durch spätere Wahlen zu bestätigen waren. Grundvoraussetzung für Wahlen sei jedoch die Einführung des „demokratischen Zentralismus“. Die provisorischen Parteileitungen ermöglichten es den „Moskauern“ außerdem, „unzuverlässige“ Genossen, die den Vorstellungen des ZK nicht in allen Punkten folgten, rasch und komplikationslos auszuschließen.

Zum Schluss hob Matern hervor, dass die KPD sich nicht mehr als Oppositionspartei verstehe, sondern künftig Einfluss und damit Macht auf allen Gebieten ausüben wolle. Hierzu sei es nötig, dass die Parteileitungen alle eventuell auftretenden Probleme bereits im Vorfeld bedenken und entsprechende Lösungen entwickeln. Die Exil-Kommunisten formulierten also ihren Avantgarde-Anspruch, das deutsche Volk nicht nur zu leiten, sondern auch für das Volk zu denken.

Auf der erweiterten Sitzung der KPD-Bezirksleitung des Landes Sachsen, die am 25. September 1945 stattfand, referierte Hermann Matern erneut. Er setzte sich thematisch mit den „aktuellen Aufgaben der Partei“ auseinander<sup>132</sup>. Nach kommunistischer Art war es notwendig, auf die in den letzten vier Monaten geleistete Parteiarbeit einzugehen. In diesem Zusammenhang lobte er die während der

---

<sup>131</sup> Darüber, ob und in welchem Maße der KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 die Parteimitglieder irritierte, fanden sich keine konkreten Hinweise. Trotzdem sind Irritationen nicht auszuschließen. Wann immer Probleme bestanden, wurde erst mit dem Vermelden ihrer Bewältigung darauf hingewiesen. Dann allerdings in so allgemeiner Form, dass im Nachhinein keine konkreten Aussagen mehr möglich sind.

Zusammenbruchphase tätigen antifaschistischen Ausschüsse und Komitees, die durch ihre „aufopfernde Arbeit ...in den verschiedensten Formen und auf den verschiedensten Gebieten des Lebens“ dazu beigetragen hatten, dass der deutschen Bevölkerung rasch geholfen worden war. Matern würdigte die Rolle der Antifa noch einmal; wahrscheinlich gehörte ein Teil der Anwesenden diesen frühen Organisationen an und die Antifa war nun endgültig in die politische Nachkriegsgesellschaft integriert.<sup>133</sup> Auch wenn er über die „zartfühlende“ und von Rachedgedanken freie Tätigkeit der Antifaschisten sprach, wollte er die Antifaschisten von „damals“ noch einmal an die offizielle KPD-Politik binden. Offensichtlich handelte es sich hierbei um ein Zugeständnis an die deutschen Antifaschisten, für das sich Walter Weidauer bereits im Juni/Juli eingesetzt hatte. Die sächsische KPD-Bezirksleitung wollte eine Hinwendung der ehemaligen Antifa-Mitglieder zur sich angeblich erhebenden „Reaktion“ verhindern.<sup>134</sup> Deshalb erkannte die KPD-Bezirksleitung die antifaschistischen Ausschüsse als die nach dem Zusammenbruch einzig existierenden Organe an, auf die die Rote Armee nach dem Zusammenbruch zurückgegriffen hatte. Obwohl den antifaschistischen Ausschüssen und Komitees einige Verdienste zugesprochen wurden, war es trotzdem die Rote Armee, die die Verantwortung für das Nachkriegsleben übernommen hatte und – ein konkretes Beispiel anführend - für die Lebensmittelversorgung aufgekommen war.

*Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Dresden*

Die Exil-Funktionäre erkannten relativ bald, dass die deutsche Bevölkerung trotz der mit dem Kriegsende einhergehenden Zusammenbruchssituation an politischer Betätigung interessiert war. Zum einen bot sich nach Kriegsende erstmals nach 12 Jahren die Möglichkeit zur offenen Meinungsäußerung überhaupt, da drohende und Angst einflößende Institutionen wie Gestapo und Konzentrationslager aufgelöst waren. Zum anderen war der Gedankenaustausch notwendig, um sich über die

---

<sup>132</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/001. Matern stellte folgende Probleme in den Mittelpunkt der „aktuellen Aufgaben“: die Bodenreform, Aufbau der Ernährungswirtschaft, der Industrie, des Handels und des Handwerks, den Wiederaufbau der zerstörten Städte.

<sup>133</sup> Erinnert sei an dieser Stelle noch einmal an die Arbeit der Ulbricht-Gruppe, die die weitgehende Auflösung der Antifa ebenfalls im September/Oktober 1945 vermeldete. Vgl. Kapitel 2.1.

<sup>134</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/001. Welche politischen Lager die „Reaktion“ bildeten, läßt Matern allerdings im Unklaren. Nicht auszuschließen ist, daß er die ab Herbst 1945 erstarkende SPD im Auge hatte. Siehe unten.

künftige Rolle Deutschlands zu verständigen und den Besatzern zu signalisieren, dass man zu einer Art geistiger Wiedergutmachung sowie zu einem Neuanfang im Sinne des Antifaschismus bereit war. Aus diesen und ähnlichen Motiven versammelten sich nicht wenige Dresdner Bürger in Antifa-Komitees. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit lagen zunächst in der Lösung alltäglicher Probleme, während parteipolitische Animositäten aus der Vorkriegszeit zurückgestellt wurden. Da diese Ausschüsse vor allem spontan agierten und, wenn überhaupt, nur selten zu kontrollieren waren, wurde ihre Auflösung von den Moskauer KPD-Gruppen um Ackermann und Ulbricht betrieben. Die Auflösung der als KPD-Gruppen an die Öffentlichkeit tretenden Antifa-Komitees gestaltete sich weitgehend reibungslos. Ackermann und Ulbricht erkannten aber, dass das Antifa-Potential damit nicht ausgelöscht war, zumal sich zahlreiche ehemalige Sozialdemokraten und Mitglieder anderer Parteien der Weimarer Republik der Antifa angeschlossen hatten. Deshalb sprach sich Ulbricht vor sowjetischen Behörden wenige Tage nach seiner Ankunft in Berlin für eine antifaschistische Massenorganisation aus.<sup>135</sup> Am 10. Juni 1945 erfolgte die Parteienzulassung und am 11. Juni der KPD-Aufruf, der den übrigen Parteien eine Zusammenarbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien anbot. Um den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien konstituieren zu können, bedurfte es der Existenz mindestens dreier der in der Parteienlandschaft der sowjetisch besetzten Zone zugelassenen Parteien.<sup>136</sup>

Die Dresdner KPD hatte sich, wie bereits erwähnt, am 13. Juni 1945 zu einer ersten öffentlichen Versammlung zusammengefunden und war von Matern über den Inhalt des Aufrufes vom 11. Juni 1945 informiert worden.

Führende ehemalige Sozialdemokraten, unter ihnen der Dresdner Oberbürgermeister, besprachen erst nach dem Befehl Nr. 2 in Friedrichs Privatwohnung die nun notwendig werdende Parteigründung. An der sozialdemokratischen Basis, die eng mit ehemaligen Kommunisten in der Antifa zusammenarbeitete, wurde die Ansicht vertreten, die Spaltung der Arbeiterschaft durch die Konstituierung einer einheitlichen Arbeiterpartei so rasch wie möglich zu

---

<sup>135</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629, Rekonstruierte Notizen aus einem Bericht des Gen. Walter Ulbricht an Gen. Dimitroff vom 17. Mai 1945; NY 4036/734a, Telegramm von der 1. Belorussischen Front vom 26.5.1945.



überwinden bzw. sich nach erfolgter Parteizulassung der KPD anschließen.<sup>137</sup> Mehrmals wurden die Dresdner Sozialdemokraten von zentralen Behörden wie der sowjetischen Kommandantur oder dem früheren SPD-Mitglied und jetzigen Oberbürgermeister sowie von führenden KPD-Funktionären zur Gründung ihrer Partei aufgefordert.<sup>138</sup> Erst am 25. und 26. Juni 1945 wurden vorbereitende Maßnahmen zur Konstituierung der sächsischen Sozialdemokraten getroffen. Bekannte Lokalfunktionäre, unter ihnen Otto Buchwitz<sup>139</sup>, Felix Kaden, Albert Meyer, Paul Gärtner, Hugo Klare, Clemens Dölitzsch und Gerhard Förster<sup>140</sup>, erarbeiteten einen Aufruf an die sächsische Bevölkerung. Dieser orientierte sich deshalb nur teilweise an dem des Berliner Zentralausschusses der SPD, weil letzterer den Dresdner Sozialdemokraten nur auszugsweise vorlag. Neben einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten wurde beschlossen, mit dem Berliner Zentralausschuss Kontakt aufzunehmen, Mitgliedskarten zu entwerfen und die Gründung von Ortsgruppenleitungen propagandistisch und organisatorisch vorzubereiten.

Die Demokratische Partei<sup>141</sup> Sachsens gründete sich etwa zeitgleich mit der SPD Ende Juni 1945. Nur zögernd übernahm sie den in Berlin geprägten Namen „Liberal-Demokratische Partei“. Erst nach Rücksprache mit der Berliner Parteileitung der

---

<sup>136</sup> Suckut 1986.

<sup>137</sup> Hermann Matern äußerte sich beispielsweise in einer KPD-Funktionärskonferenz am 1. Juli 1945 darüber, dass zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter eigentlich in die KPD eintreten wollten. Diese beschwor er, sich zu einer SPD zusammenzuschließen, damit die sozialdemokratischen Kritiker der KPD und der Sowjetunion nicht die Oberhand bekämen. BA Berlin, SAPMO, NY 4076/37; Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A-021; SED-BPA I/001.

<sup>138</sup> So soll auch der Stellvertreter für Zivilangelegenheiten Generalmajor Dubrowski der SMAS die Dresdner Sozialdemokraten zur Bildung ihrer Partei angeregt haben (BA Berlin, SAPMO, NY 4076/37). Auch Hermann Matern hob in seinen Erinnerungen immer wieder hervor, vor allem Otto Buchwitz, der erst Anfang Juni 1945 nach Dresden kam, hinsichtlich der Gründung der SPD und der Übernahme des Parteivorsitzes unterstützt zu haben (Matern, Das Aktionsprogramm der KPD wies uns den Weg, S. 58) Elsa Fenske regte Buchwitz ebenfalls zur Gründung der Dresdner Sozialdemokratie an, beide verbanden Hafterfahrungen nationalsozialistischer Konzentrationslager. (Beginn 1960, S. 22; Zimmermann 1984)

<sup>139</sup> Otto Buchwitz (1879-1964) Metalldrucker und Eisendreher, 1898 SPD, 1907-1913 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär des Deutschen Textilarbeiterverbands, Sekretär für das Chemnitzer Landgebiet, 1919 Stellvertretender Landrat von Görlitz, hauptamtlicher Sekretär, 1920-1923 Politischer Sekretär des SPD-Bezirksvorstands Niederschlesien, 1921- 1925 Abgeordneter im Preußischen Landtag, 1924-1933 Abgeordneter des Deutschen Reichstags, ab 1933 Exil in Dänemark, 1940 Verhaftung und Auslieferung nach Deutschland, 1941-1945 Zuchthaus Brandenburg-Görden und KZ Sonnenburg. Vgl. Müller-Enbergs 2000, S. 120 f.

<sup>140</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA II/A/1.001/1, Malycha 1996, S. XLIX sowie S. 54 f ; Richter/Schmeitzner 1998, S. 52

<sup>141</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA II/A/1.002/1.

Liberal-Demokraten konnte auch in Dresden die Gleichschaltung der antifaschistisch-demokratischen Parteien greifen. Der Rechtsanwalt und Professor Dr. Hermann Kastner<sup>142</sup> und Johannes Dieckmann<sup>143</sup> leiteten die Liberalen. Einer KPD-Einschätzung vom September 1945 nach soll die LDP vor allem um Einfluss in den Dörfern bemüht gewesen sein<sup>144</sup>, um sich der Stimmen der Bauern zu versichern.

Die christlich-demokratische Partei<sup>145</sup> konstituierte sich wahrscheinlich erst im September 1945. Die Initiatoren waren den Dresdner Kommunisten anfangs weitgehend unbekannt. Katholische und evangelische Geistliche traten kaum in Erscheinung, da die jeweils vorgesetzten Kirchenbehörden politische Zurückhaltung angeordnet hatten.<sup>146</sup>

Die Blockbildung erfolgte in Dresden „von oben“, d.h. führende Repräsentanten von KPD und SPD trafen sich erstmals am 3. Juli 1945, die weitere gemeinsame Arbeit besprechend. Ziel war neben der Gründung eines Aktionsausschusses die Vorbereitung der Zusammenarbeit im antifaschistisch-demokratischen Block.

An dieser ersten Sitzung nahmen von der SPD-Seite Otto Buchwitz, Felix Kaden, Albert Meyer, Fritz Heinicke und Hugo Klare teil, während Hermann Matern, Arthur Schliebs, Richard Leppi, Olga Körner, Fritz Schällicke<sup>147</sup> und Erich Glaser die KPD vertraten. Somit wurde die KPD von drei „Moskauern“, einem ehemaligen KZ-Häftling und zwei Antifa-Mitgliedern repräsentiert. Die Anwesenden beschlossen, dass künftig immer fünf Vertreter einer Partei an den Zusammenkünften teilnehmen. In der Praxis waren es jedoch nur drei: für die SPD Otto Buchwitz, Felix Kaden und Arno Haufe.

---

<sup>142</sup> Hermann Kastner (1886-1957) Jurist, 1918 DDP, Vorsitzender von Ostsachsen, 1922-1933 Abgeordneter des Sächsischen Landtags, ab 1933 Verbindung zur Widerstandsgruppe Reiner Fetschers, mehrmals inhaftiert. Vgl. Müller-Enbergs 2000, S. 412.

<sup>143</sup> Johannes Dieckmann (1893-1969) November 1918 DVP, Vorsitzender eines Soldatenrates, 1919 Generalsekretär des DVP Osnabrück, ab 1922 in Dresden, 1929-1933 Abgeordneter des Sächsischen Landtags, 1944 im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 unter Beobachtung der Gestapo, Juni 1945 Mitbegründer der späteren LDPD, 1948-1950 Minister für Justiz in Sachsen, 1949 Präsident des Provisorischen Volkskammer. Vgl. Müller-Enbergs 2000, S. 151.

<sup>144</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA II/A/1.002/1.

<sup>145</sup> Ebenda.

<sup>146</sup> Ebenda.

<sup>147</sup> Fritz Schällicke (1899-1963) Kaufmann, 1919 Freie Sozialistische Jugend, 1920 KPD, 1921-1930 Leiter der KJI in Berlin, 1931 Übersiedlung nach Moskau, 1931-1939 Mitarbeiter des EKKI, 1941 Leiter des deutsch-sprachigen Jugendsenders „Sturmadler“, 1942/43 Angestellter des EKKI, 1943-1945 Mitarbeiter des Instituts 205, Deutscher Volkssender, Mai 1945 Rückkehr nach Deutschland als Mitglied der Ackermann-Gruppe, Herausgeber der „Sächsischen Volkszeitung“, 1946-1962 Leiter des Verlags Neuer Weg in Berlin, Müller-Enbergs 2000, S. 731.

Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei waren nicht zu diesem Treffen geladen. Möglicherweise waren KPD und SPD über deren Parteibildung nicht informiert, was angesichts des kommunistischen Informationsmonopols unwahrscheinlich ist. Denkbar ist, dass die KPD daran interessiert war, zunächst mit der SPD allein wichtige Fragen zu diskutieren, um in späteren Zusammenkünften aller Parteien die Geschlossenheit der Arbeiterparteien demonstrieren zu können. Nachdem die Landesverwaltungen ab 1. Juli 1945 per Erlass Marschall Shukows gebildet wurden, fand am 14. Juli die erste Sitzung des Landesausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien statt<sup>148</sup>, an der nun auch die Liberal-Demokraten teilnahmen.

Die Kommunisten lobten die gute und weitgehend reibungslose Zusammenarbeit im Block, in dem besonders die Demokraten auf die Einhaltung demokratischer Spielregeln achteten. Der Arbeitsausschuss traf sich einmal wöchentlich zur Koordinierung anstehender Arbeiten. Zusätzlich fanden Besprechungen mit der Landesverwaltung statt, um über deren nächsten Schritte informiert zu sein und um auf diese Weise die Funktion eines Ersatz-Parlaments wahrzunehmen. So wurden ein Bank-Gesetz und die Verordnung über die Reinigung der öffentlichen Verwaltung von Mitgliedern der NSDAP und deren Gliederungen einvernehmlich verabschiedet. Außerdem beschloss der Block einheitliche Richtlinien für die Aufnahme neuer Parteimitglieder.<sup>149</sup>

Ob auch in den Stadtteilen Dresdens Unterausschüsse des antifaschistisch-demokratischen Blocks entstanden, ist ungeklärt. Es sei hierbei auf den Umstand verwiesen, dass Dresden gleichzeitig Landeshauptstadt war. Ebenso wie die Ortsgruppen von KPD und SPD anfangs sowohl Landesinteressen wahrnahmen als auch Stadtleitungen darstellten, trifft diese Doppelfunktion wahrscheinlich auch auf den Block zu.

Weil die meisten Antifa-Ausschüsse bereits unter Kontrolle der KPD bzw. der Stadtverwaltung standen, war ihre Überführung in den antifaschistisch-demokratischen Block, wie es in anderen Städten üblich war<sup>150</sup>, nicht so zwingend.

---

<sup>148</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4076/37; Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A -021

<sup>149</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A -021

<sup>150</sup> Vgl. Chemnitz, Aue, Gotha.

Vermutlich wurden einige Antifa-Mitglieder, sofern sie der KPD angehörten und noch nicht in anderen Positionen untergekommen waren, zum Zweck ihrer Integration für die Mitarbeit im Block bestimmt. Hinweise, dass alle Mitglieder eines Antifa-Komitees fortan die Mitglieder des Blocks bildeten, fanden sich nicht.

Für die Umgebung von Dresden wird angenommen, dass die KPD in den Anfangsmonaten keinen Wert auf die zentral vorgegebene Namensgebung „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ legte. Sie gab sich zufrieden, wenn, sofern vorhanden, alle vier Parteien in einem Ausschuss oder einem „Block“ nach den Richtlinien des antifaschistisch-demokratischen Blocks zusammenarbeiteten. So fanden sich nicht selten Hinweise über antifaschistische Aktionsausschüsse, die jedoch nichts mehr mit der ursprünglichen Antifa gemein hatten. In den Anwesenheitslisten war die Parteizugehörigkeit der Teilnehmer vermerkt, und der Vorsitz wechselte in der Regel monatlich.

#### 3.1.4 Weitere Integrationsangebote

Obwohl bereits die Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks beratende Funktionen gegenüber den Kommunalverwaltungen wahrnahmen, regte die sächsische Landesregierung im Oktober 1945 die Bildung von Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüssen mit der gleichen Funktion an. Über die personelle Zusammensetzung dieser Ausschüsse bestanden lange Zeit Unklarheiten, denn diese Gremien konstituierten sich erst ab Februar 1946. Sie sollten sich aus den Vorstandsmitgliedern der zugelassenen politischen Parteien, die von den Parteien selbst zu benennen waren, und aus nicht vorbelasteten Sachverständigen und Fachkräften aus Industrie, Handel und Landwirtschaft zusammensetzen. Den jeweiligen Behördenleitern war es vorbehalten, die Größe des Ausschusses zu bestimmen und die Mitglieder zu berufen.<sup>151</sup>

---

<sup>151</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA II/A/1.004. Rundschreiben Nr. 4 der Sozialdemokratischen Landesgruppe Sachsen vom 24. Oktober 1945.

Das Rundschreiben führt dazu aus, dass in Großstädten Ausschüsse maximal 25 Mitglieder, in den Landkreisen nicht mehr als 20, in den kreiszugehörigen Städten bis zu 15 und in den Gemeinden 10 Mitglieder mitarbeiten sollten. In kleineren Gemeinden waren es 7 Mitglieder.

Vor Inkraftsetzung dieser von der sächsischen Landesregierung, unter Federführung des 1. Vizepräsidenten Kurt Fischer ausgearbeiteten Verordnung musste sie jedoch der SMAS zur Genehmigung vorgelegt werden. Noch im Februar 1946 rechneten die Vertreter der Landesregierung fest mit der Zusage sowjetischer Behörden. Zu diesem Zeitpunkt verschickte sie Rundschreiben an die Bezirksverwaltungen, die die Bildung dieser Stadtausschüsse anordneten. Die Arbeit der Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüsse wurde bis zum Inkrafttreten eines neuen Gemeindegesetzes beschränkt. Das Rundschreiben führt Bezug nehmend auf bestehende Gremien aus: „Bereits bestehende Ausschüsse und Organisationen, die bisher der antifaschistischen Bevölkerung Gelegenheit zur beratenden Mitarbeit in den das Gemeinwohl betreffenden Fragen und den Behördenleitern die Möglichkeit gegeben haben, die wichtigsten Probleme der Gegenwart den Vertretern der antifaschistischen Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, sind entsprechend umzubilden und umzubenennen.“<sup>152</sup> Diese Formulierung legt den Schluss nahe, dass antifa-ähnliche Gremien auch nach dem Sommer 1945 existierten bzw., dass die neu geschaffenen Verwaltungsausschüsse weiterhin im Sinne der Antifa, also hauptsächlich in Kontroll- und beratenden Funktionen, tätig waren.

Ein Dresdner Stadtbezirk bekundete sein Unverständnis darüber, *noch* einen Ausschuss zu bilden, da doch bereits seit Mitte November 1945 ein sogenannter Antifa-Aktionsausschuss und ein Arbeitsausschuss bestanden, die „die das Gemeinwohl für die Bevölkerung betreffenden Fragen bearbeiten.“<sup>153</sup> Dem Antifa-Aktionsausschuss gehörten vier Sozialdemokraten, drei Kommunisten, zwei Liberale und ein Mitglied der CDU an, wobei sich die Zusammensetzung vermutlich an der Mitgliederstärke dieses Stadtbezirks orientierte. Die Mitglieder übten beratende Tätigkeiten aus und fertigten Beurteilungen über sogenannte „aktive“ und „nominelle“ Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen an. In dem Zusammenhang entschied er auch über Wohnungsfragen ehemaliger NSDAP-Mitglieder, zumal die Wohnraumlentung z.T. ebenfalls in den Händen dieser Ausschüsse lag. Zusätzlich wurden Listen ausgetauscht, die die Namen von Personen enthielten, die einen

---

<sup>152</sup> StA Dresden, Oberbürgermeister 652.

<sup>153</sup> StA Dresden, Oberbürgermeister 652.

Aufnahmeantrag für die KPD, die SPD, die LDP oder die CDU gestellt hatten.<sup>154</sup> Damit erledigten sie noch im November 1945 einige der ursprünglich wahrgenommenen Aufgaben der Antifa.

Im April und Mai 1946 musste die Landesregierung diese Verordnung wieder zurücknehmen, weil die sowjetischen Besatzungsbehörden diesem Vorhaben nicht zugestimmt hatten.

### 3.1.5 Resümee

Hinweise auf die Arbeit der sowjetischen Offiziere, die mit den Besatzungs-aufgaben in Dresden betraut wurden, wie sie uns aus Berlin vorliegen, fanden sich für die sächsische Landeshauptstadt nicht. Bei der Auflösung der Dresdner Antifa traten sie kaum in Erscheinung. Diese Aufgabe blieb den Mitgliedern der Ackermann-Gruppe sowie der neu eingerichteten Stadtverwaltung vorbehalten. Letztere fungierte im Mai 1945 infolge der Auflösung nationalsozialistischer Regierungs- und Verwaltungsstrukturen zunächst als oberste Kommunalbehörde, die kein Nebeneinander verschiedener Institutionen wie der Antifa-Ausschüsse duldete, um das ohnehin vorherrschende Chaos nicht zusätzlich zu vergrößern.

Hinsichtlich der Auflösung der Antifa kam es zu Implikationen zwischen den Interessen der Ackermann-Gruppe und denen der Stadtverwaltung, zumal die vier für die Arbeit in Dresden bestimmten Exil-Kommunisten innerhalb der neuen Stadtverwaltung tätig wurden. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Dresdens verbot die Antifa-Komitees, die parallel zur Stadtverwaltung tätig wurden. Matern und Fischer orientierten diese Antifa-Gruppen auf die Arbeit in den „Kommunalen Hilfsstellen“, in den Bezirksämtern, Wohnungsämtern sowie innerhalb der Polizei. Obwohl die lokalen Antifa-Gruppen diese Angebote annahmen, gelang es ihnen, Selbständigkeit und Selbstbewusstsein zu demonstrieren. Auch die Überführung der „Kommunalen Hilfsstellen“ in die neu errichteten Bezirksverwaltungen, die die Stadtteile zusammenfassten, änderte daran nichts. Erst

---

<sup>154</sup> Das Rundschreiben erbat Angaben über die Art und die Ziele der bestehenden Ausschüsse, Komitees und Organe, über deren zahlenmäßige und politische Zusammensetzung, die Adressen der Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder. Ebenda.

nachdem der renommierte Antifaschist und Lokalpolitiker Walter Weidauer in leitende Funktionen der Stadtverwaltung geholt und „umerzogen“ worden war, konnte er aufgrund seiner Autorität die früheren Antifa-Leute von der Notwendigkeit einheitlichen Handelns überzeugen. Gleichzeitig stellte die Berufung Weidauers zum Ersten Bürgermeister ein Zugeständnis an die lokalen Antifa-Gruppen Dresdens dar, womit ihre Tätigkeit anerkannt wurde. Weidauer setzte sich für eine fortschreitende Integration ein, indem er für eine finanzielle Entschädigung der Antifa eintrat, um ihre Ansprüche auf Anerkennung auf diese Weise zu befriedigen.

Die Dresdner Stadtverwaltung griff aufgrund des latenten Personalmangels bei der Besetzung der Bezirksämter fast ausnahmslos auf das Personal der Antifa zurück. Außerdem zeigte sich, dass diese Praxis sehr erfolgversprechend war. Denn, nachdem sich die zunächst zum Teil sehr widerspenstigen Antifa-Mitglieder integriert hatten und sich sowohl der Verwaltungs- als auch der Parteidisziplin unterordneten, vertraten sie vor der lokalen Öffentlichkeit sämtliche zentralen Anweisungen. Somit stellten sie die Verbindung zwischen den übergeordneten Behörden und Institutionen und der Basis dar und fungierten als Puffer nach beiden Seiten. Weil sie während der ersten Nachkriegswochen aufgrund ihres Engagements Autorität unter der Bevölkerung gewonnen hatten, konnten sie auch weniger populäre Anweisungen ohne größere Ansehensverluste an der Basis durchsetzen. Letzterer erschienen sie der Garant für einen tatsächlichen Neuaufbau zu sein. So konnten die aktuellen Tagesprobleme miteinander gelöst werden, Friktionen wurden kaum vermerkt.

Dem von zurückgekehrten Häftlingen nationalsozialistischer Konzentrations-lager und Zuchthäuser angemeldeten Führungsanspruch begegneten die „Moskauer“, indem sie ihnen Funktionen in der mittleren Verwaltungsebene übertrugen und ihnen bewährte Genossen des NKFD zur Seite stellten. Die NKFD-Mitglieder kontrollierten somit nicht nur die Antifa, sondern auch die ehemaligen Häftlinge und übernahmen die Schulungsarbeit, um ihnen die offizielle KPD-Linie nahe zu bringen. Das Wichtigste, was die Inlandskommunisten lernen mussten, war das Lavieren zwischen den eigenen Interessen, vornehmlich denen der Exil-Kommunisten und denen der Besatzungsmacht.

Wie in Berlin wurden jedoch nicht nur die Antifa-Gruppen aufgelöst, die parallel zur Stadtverwaltung tätig waren, sondern auch diejenigen, die sich als organisatorische

Vorläufer von Parteigruppen verstanden. Letztere beugten sich weitgehend widerspruchslos dem Hauptargument der „Moskauer“, Parteien könnten ein Unterschlupf für Nationalsozialisten und andere Feinde sein.

Über programmatische Anschauungen der Antifa-Gruppen fanden sich keine Hinweise, doch es darf als gesichert gelten, dass einige von ihnen in einer noch nicht näher untersuchten Weise Kontakte mit anderen Widerstandszentren wie beispielsweise der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe in Berlin gehabt hatten und über deren Ansichten unterrichtet waren. Aber auch die Mitglieder dieser Gruppe fügten sich offensichtlich reibungslos in die formalen Strukturen der Exil-KPD ein. Matern musste immer wieder in Parteiversammlungen darauf hinweisen, dass der Aufbau eines Sowjetdeutschlands *noch* nicht, bei korrekter Erfüllung sowjetischer Vorgaben jedoch als eine Art Belohnung möglich wäre. Im September 1945 sah sich die sächsische KPD-Führung veranlasst, auf einer Parteiversammlung die Arbeit der Antifa offiziell zu würdigen und deren ehemaligen Mitgliedern erneut das Gefühl zu vermitteln, am Neuaufbau aktiv beteiligt gewesen zu sein und in Zukunft beteiligt zu werden, auch wenn die Antifa nicht mehr als Hilfsfunktionen wahrgenommen hatte.

Damit konnten die Exil-KPD ihre eigene Position zu den Besatzungstruppen gegenüber der Parteibasis verbergen. Während ihrer Tätigkeit als Hilfsorgane der Roten Armee, die die geschickte Integration der Antifa einschloss, hatten die Funktionäre der Exil-KPD erfahren, dass sie viel weitreichendere Aufgaben als nur Hilfstätigkeiten erfüllten. Das hatte sich sowohl aus ihrer Stellung zwischen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung ergeben, als auch aus dem Umstand, dass sie aufgrund ihrer Sprachkenntnisse die Ansprechpartner für die sowjetischen Besatzungsoffiziere und für die deutsche Bevölkerung waren.

Für die Dresdner Bevölkerung bedeutete die Integration der Antifa in die teilweise bekannten Verwaltungsstrukturen und in die neuen gesellschaftlichen Organisationen Kontinuität an der Basis und somit eine Reduzierung von Unsicherheitsfaktoren. Die Beibehaltung öffentlicher Veranstaltungen wie Gottesdienste, Varieté-, Theater- und Filmvorführungen sollten ebenfalls den Eindruck von Normalität vermitteln.

Auch in Dresden wurde der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der vermutlich die letzten noch arbeitenden Antifa-Gruppen in die kommunistische Bündnispolitik integrierte, von oben gegründet. Als für die gesamte Stadt zuständiger



Block fungierte er ebenfalls als ein Quasi-Parlament, der sich mit ungeklärten Fragen des Nachkriegslebens beschäftigte, während sich seine Suborganisationen in den einzelnen Stadtteilen ähnlich basalen und konkreten Aufgaben widmeten wie die bisherigen Antifa-Ausschüsse. Die Block-Arbeit in den Stadtteilen unterschied sich offenbar kaum von der Arbeit der Antifa, deren Mitglieder nun lediglich ihre Parteizugehörigkeit angaben.

### 3.2 Die Antifa in der Provinz

Im Folgenden werden einzelne sächsische Kleinstädte einander gegenüber gestellt, in denen Mitarbeiter der Ackermann-Gruppe und dann später der KPD-Bezirksleitung Dresden ihre Tätigkeit aufnahmen. Sofern es die Aktenlage erlaubt, soll das Spannungsverhältnis zwischen der Besatzungsmacht, den Ackermann-Gesandten und der Antifa dargestellt werden.

Görlitz war eine der Städte, durch die Ackermann auf seinem Weg nach Dresden kam. Diese Stadt war infolge der neuen Grenzregelung<sup>155</sup> mit Flüchtlings- und Versorgungsproblemen überfordert. Für unzählige Flüchtlinge aus dem Osten wurde die Kleinstadt zum Durchgangslager, während die in die Sowjetunion und nach Polen heimkehrenden Überlebenden aus deutschen Konzentrations- und Zwangsarbeiterlagern auf ihre Repatriierung warteten.

In anderen sächsischen Städten wurden die Instrukteure Ackermanns zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt als die NKFD-Mitglieder Artur Hofmann und Herbert Oehlers in Görlitz.<sup>156</sup> Galt es in Görlitz hauptsächlich Probleme der

---

<sup>155</sup> Infolge der sowjetischen Grenzplanungen zwischen Deutschland und Polen fielen die östlichen Stadtteile dieser Kleinstadt unter polnische Verwaltung, während das eigentliche Stadtzentrum und die westlichen Stadtgebiete unter deutscher Verwaltung blieben. Da auch Schlesien mit dem Kriegsende Polen zufiel, wurde die Stadt Görlitz und der dazugehörige Landkreis der sächsischen Landesverwaltung angegliedert. Karlsch 1998, S. 90.

<sup>156</sup> Hofmann und Oehler legten einen umfassenden Bericht über ihre Arbeit in Görlitz und Umgebung vor, der ihre Tätigkeit zwischen dem 13. Mai und Anfang August 1945 schildert. Während Ackermanns Darstellungen der unmittelbaren Nachkriegszeit ca. fünfzehn bis zwanzig Jahre später niedergeschrieben wurden und bestimmte mit der Nachkriegssituation zusammenhängende Probleme völlig ausklammerten, weist der Bericht Hofmanns und Oehlers eine hohe Authentizität auf, da sich die erwähnten Erfolge und Niederlagen ihrer Arbeit nahezu

Lebensmittelversorgung zu lösen, sollten die „Moskauer“ bzw. die Mitarbeiter der Dresdner KPD-Bezirksleitung in Pirna, Schmiedeberg und Meißen die Antifa-Komitees auflösen. Gemeinsam ist ihnen ihre unmittelbare Nähe zur sächsischen Landeshauptstadt, in der die Mitglieder der Ackermann-Gruppe, wie bereits dargestellt, große Anstrengungen unternahmen, jegliche Antifa-Aktionen von Anbeginn an zu kanalisieren. Das lässt vermuten, dass aufgrund fehlender bzw. nicht mehr funktionierender Kommunikationsmittel die aus Moskau kommenden kommunistischen Funktionärsgruppen während der ersten zwei Nachkriegswochen in ihrer Tätigkeit auf bestimmte Regionen beschränkt waren und ihre Anweisungen nicht a priori Verbindlichkeiten für die Lokalfunktionäre vor Ort darstellten.

---

ausgleichen und auch in der DDR später tabuisierte Probleme wie Plünderungen und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten festgehalten wurden. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler.

### 3.2.1 Görlitz und die „Vertreter der Freiheitsbewegung von General Seydlitz“<sup>157</sup>

#### *Die Besatzungsmacht*

Zu den wichtigsten Maßnahmen der Görlitzer Stadtkommandantur gehörte es, nachdem die Stadt am 8. Mai 1945 gegen 4.00 Uhr morgens besetzt worden war<sup>158</sup>, unbelastete Görlitzer Bürger mit den Geschäften der Stadtverwaltung zu betrauen und somit die Grundlagen für eine rasche Normalisierung des Nachkriegslebens zu schaffen. Bei der Besetzung der Stadtverwaltung griff der sowjetische Kommandant, Oberst Nesterow, partiell auf die Vorschläge der sich in den letzten Kriegstagen gebildeten kommunistischen Gruppe zurück, die in den Morgenstunden des 8. Mai 1945 Verbindung zur Roten Armee aufgenommen haben soll.<sup>159</sup> Zwei Tage später wurde ein neuer Stadtrat eingesetzt. Ihm stand als Oberbürgermeister ein Parteiloser vor, ein Mitglied der kommunistischen Gruppe wurde Bürgermeister<sup>160</sup>. Ferner gehörten dem neuen Stadtrat vier Bürgerliche und fünf Vertreter der Arbeiterparteien an. Insgesamt arbeiteten vier ehemalige Kommunisten und zwei Sozialdemokraten in der Stadtverwaltung mit.<sup>161</sup>

---

<sup>157</sup> Ratsarchiv Görlitz, Eberhard W. Giese: Görlitzer Tagebuch, Bd. 6, April bis Juli 1945, Notiz vom 14.5.45.

<sup>158</sup> Görlitz war in den letzten Kriegsmonaten zur Frontstadt erklärt, jedoch nur mäßig zerstört worden. Wehrmacht und Volkssturm sprengten in den letzten Kriegstagen alle wichtigen Brücken. Von den ursprünglich 96 000 Einwohnern blieben nur ca. 20 000 in der Stadt, die anderen waren entweder vor der heranrückenden Roten Armee geflohen oder wurden zwangsevakuert. Nach der Kapitulation kehrten evakuierte und geflohene Görlitzer zurück, während aus dem Osten endlose Flüchtlingsströme kamen. So registrierte man Mitte Mai 1945 ca. 55 000 Flüchtlinge. Die Ernährungslage spitzte sich täglich zu, so schrumpften die wöchentlichen Brotzuteilungen auf 250 Gramm. Zusätzlich erschwerte die Situation in der Stadt durch die erwähnte Teilung, befanden sich doch im nun polnisch verwalteten Ostteil der Stadt nahezu sämtliche städtische Versorgungsbetriebe. Vgl. Donth 1995, S. 33; Wenzel 1990, S. 53; Überschauer o.J., S. 5.

<sup>159</sup> Ratsarchiv Görlitz, Peter Wenzel: „Der Russe ante portas!“ Die Görlitzer Operation der 52. Sowjetarmee im Mai 1945; ders.: Die Stadt während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und in der Epoche des Sozialismus, S. 2.

<sup>160</sup> Kurt Prenzel (geb. 1900), Metallschleifer, 1923 KPD, 1931/32 Leninschule der Komintern in Moskau, Mai 1945 Bürgermeister, 1946 Oberbürgermeister, 1950-1961 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, 1951-1953 Leiter der Regierungskommission zur Markierung der Oder-Neiße-Linie, Vgl. 1933-1945 Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten...

<sup>161</sup> Die KPD stellten neben dem Bürgermeister noch die Stadträte für Gewerbe, Industrie sowie Wirtschaft und Ernährung. Sozialdemokraten übernahmen die Ressorts Stadtwerke und das Arbeitsamt bzw. das Ressort Arbeitseinsatz, während den Bürgerlichen die Abteilungen Finanz- und Steuerwesen, Gesundheitswesen, Schule und Kultur sowie Wohlfahrt übertragen wurden. Vgl. Überschauer o.J., S. 5.

Auf ihrer ersten Zusammenkunft informierte Oberst Nesterow den neuen Magistrat über die sowjetischen Vorstellungen hinsichtlich der Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die in erster Linie der Herstellung von Normalität dienten. Den Verwaltungen wurde allgemein aufgetragen, fachspezifisch und operativ zu arbeiten und das normale Leben der Stadt zu organisieren. Es galt, die Arbeitsfähigkeit der verbliebenen städtischen Betriebe wieder herzustellen, Transportfragen zu klären sowie den Handel anzuregen und Einzelhandelsgeschäfte wieder zu eröffnen. Hinzu kamen die Straßenreinigung, die Unterbringung der Ausgebombten und eine Bevölkerungszählung, die das Einwohnermeldeamt vornehmen sollte. Ferner ordnete der Kommandant an, Schauspieler für Straßentheater zu werben, um die Bevölkerung bis zur Wiedereröffnung von Theater und Kino zu unterhalten. Auch die Pfarrer sollten weiter arbeiten und Gottesdienste durchführen.

Abschließend forderte der Kommandant die Wahl von Bezirksvorstehern, um die Arbeit der Stadtverwaltung in den Stadtteilen zu sichern. Oberst Nesterow verbat es sich, mit allen Belangen und Nöten der Bevölkerung konfrontiert zu werden. Die auftretenden Probleme sollten von den zuständigen Stadtrechtsorten eigenständig gelöst werden, wofür weitere bürgerliche Fachkräfte heranzuziehen waren. Danach verkündete der kommunistische Bürgermeister noch einmal die bereits signalisierte Bereitschaft seiner Genossen, sich aktiv für die Belange der Stadt einzusetzen.<sup>162</sup>

Die Arbeit des sowjetischen Stadtkommandanten entsprach im Wesentlichen den sowjetischen Vorgaben. So besetzte er den Görlitzer Stadtrat nach pluralistischen und demokratischen Maßstäben, einem Konglomerat aus westlichen und sowjetischen Demokratievorstellungen. Dabei fiel das leichte Übergewicht der KPD gar nicht auf, auch dann nicht, als die Vertreter des NKFD und der Ackermann-Gruppe ihre Tätigkeit aufnahmen. Ferner wurde der Landrat für den Görlitzer Landkreis bestellt und ein deutscher Ordnungsdienst eingesetzt.

Doch der Bericht Hofmanns und Oehlers vermittelt den Eindruck, dass dem sowjetischen Kommandanten die weiteren Belange „seiner“ Stadt gleichgültig waren. Von der immer prekärer werdenden Versorgungssituation und den gewalttätigen

---

<sup>162</sup> Ratsarchiv Görlitz, Oberbürgermeister, Nr. 468.

Übergriffen des Militärs auf die Zivilbevölkerung zeigte er sich unbeeindruckt.<sup>163</sup> Die Stimmung unter der Bevölkerung gegenüber der Roten Armee beschrieben die NKFD-Mitglieder mit anfänglichem Wohlwollen, das sich „jedoch (...) durch täglich vorkommende Fälle von Plünderungen und Vergewaltigungen durch kriminelle Elemente der Roten Armee“ in „allgemeine Niedergeschlagenheit“ gewandelt hatte.<sup>164</sup>

### *Die Instruktoren Ackermanns*

Artur Hofmann<sup>165</sup> und Herbert Oehler trafen am 13. Mai 1945 in Görlitz ein, einen Tag später begann ihre Tätigkeit in der Stadt und der umliegenden Region. Zu ihrem Empfang hatte der Kommandant neben seinem Stellvertreter für Zivilfragen den Görlitzer Oberbürgermeister, den Bürgermeister und den Leiter des Arbeitsamtes eingeladen, womit also sowohl die Bürgerlichen, die Kommunisten als auch die Sozialdemokraten vertreten waren.<sup>166</sup> Ihnen wurden die Ackermann-Gesandten als „Vertreter der Freiheitsbewegung von General Seydlitz“ vorgestellt, die die Stadtverwaltung bei ihrer Tätigkeit unterstützen wollten.<sup>167</sup> Deshalb begann Oehler, die städtische Polizei aufzubauen, während Hofmann als Vertreter für

---

<sup>163</sup> Lebensmittelbestände, die die Rote Armee nicht mehr benötigte, wurden der Görlitzer Bevölkerung trotz Zusagen nicht zur Verfügung gestellt.

Hofmann und Oehler ließen fünfzehn Beschwerdestellen in den Görlitzer Stadtteilen einrichten, um sowjetische Übergriffe zu registrieren. Hier wurden täglich bis zu 50 Beschwerden der Einwohner aufgenommen, obwohl am 17. Mai die Anweisung erging, nur wirklich schwerwiegende Fälle wie Erschießungen, Selbstmord, tätliche Bedrohung, Raub und Vergewaltigungen aufzunehmen. Vgl. Ratsarchiv Görlitz, Eberhard W. Giese: Görlitzer Tagebuch, Bd. 6, April bis Juli 1945, Notiz vom 17.5.1945; Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler, S. 3.

<sup>164</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler.

<sup>165</sup> Arthur Hofmann (1907-1987), Schlosser, 1931 KPD, arbeitslos 1931 als Brigadier in ein Hüttenwerk nach Nadeschinsk/Ural, 1938 elf Monate U-Haft in Moskau, 1943/44 Lehrgang an der KPD-Schule, 1944 Propagandist in einem Kriegsgefangenenlager, sechs Monate Partisan in Schlesien und Polen, Hinweise, wie und warum er in die Gruppe Ackermann aufgenommen wurde, fanden sich nicht.

Im August 1945 wurde er nach Dresden berufen, um dort den Polizeiapparat aufzubauen. Später war er im Ministerium für Staatssicherheit tätig. Es ist nicht auszuschließen, dass er diese Aufgaben nach 1945 übernahm, weil er während seines Aufenthalts in der Sowjetunion eine militärische Schulung bei der Komintern oder einer anderen russischen Spionageabteilung absolviert hatte.

Vgl. Welsh 1989, S. 39; Hartewig 1997, S. 257; Müller-Enbergs 2000, S. 370.

<sup>166</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler.

<sup>167</sup> Ratsarchiv Görlitz, Eberhard W. Giese: Görlitzer Tagebuch, Bd. 6, April bis Juli 1945, Notiz vom 14.5.45.

Stadtangelegenheiten die Verbindung zur Kommandantur hielt.<sup>168</sup> Sie nahmen nicht nur an den Ratssitzungen und den Besprechungen in der Kommandantur teil, sondern registrierten Lebensmittel-lager, Fabriken und Betriebe, die für die Herstellung und Beschaffung von Lebensmitteln in Frage kamen, im Zuge der Besetzung allerdings von den sowjetischen Truppen beschlagnahmt waren. In solchen Fällen verhandelten sie mit dem Kommandanten über die Rückgabe der betreffenden Fleischereien, Bäckereien und Molkereien. Nach ca. einer Woche suchten sie die Gemeinden des Landkreises auf, um geeignete Gemeindevertreter einzusetzen, und Polizeistreifen auf dem Lande zu organisieren.<sup>169</sup> Eine zusätzliche Aufgabe bestand in der Bekämpfung der Übergriffe der Besatzungstruppen, wobei sie kaum Erfolge hatten, da ihnen der Stadtkommandant die notwendige Unterstützung versagte.

Ein weiterer Teil ihrer Tätigkeit umfasste die Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung und damit deren Integration. So referierte Hofmann auf dem Kinderfest zum Pfingstsonntag „über die allgemeine Lage und die Aufgaben unserer Kinder und Jugend im neuen Deutschland“. Für den 6. Juni 1945 wurden die Görlitzer Intelligenz und Bürgerschaft zu einer öffentlichen Veranstaltung geladen. Am gleichen Tag gab es einen Empfang für die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald. Ihnen zu Ehren und zur allgemeinen Aufklärung fand am 24. Juni eine öffentliche Buchenwald-Kundgebung statt. Schon im Mai hatten Hofmann und Oehler eine Ausstellung über die „Kriegs- und Hitlerverbrechen in allen Ländern Europas“ vorbereitet, die bis zum 17. Juni 1945 bereits 44 000 Besucher registrierte.<sup>170</sup>

---

<sup>168</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 128, d. 40, list 74.

<sup>169</sup> Setzten sich Oehler und Hofmann in Görlitz für die Rückgabe beschlagnahmter Betriebe ein, so verhandelten sie für die Bauern die Rückgabe von Viehbeständen. Außerdem mussten sie ebenso wie in Görlitz zahlreiche Beschwerden und Anzeigen der Landbevölkerung aufnehmen, mit denen sich diese gegen Plünderungen und Vergewaltigungen sowjetischer und polnischer Soldaten schützen wollten.

Bis Anfang Juni hatten die Mitarbeiter Ackermanns 31 Gemeindeverwaltungen personell neu bestellt. Am 16. Juni 1945 erfolgte die Bestätigung des ehemaligen Landrats Hans Ciorek in seinem Amt, Hofmann übernahm als stellvertretender Landrat das Personalamt für den Görlitzer Landkreis. Die Ackermann-Gesandten bereisten den Landkreis nun seltener, hauptsächlich dann, wenn sich größere Schwierigkeiten auftauchen. Ab Juli fanden regelmäßige Zusammenkünfte der Bürgermeister, des Landrates und der Stadträte beim Kommandanten statt. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler.

<sup>170</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler; Ratsarchiv Görlitz, Chronik 1945-1947; Bericht Hofmann und Oehler 27.6.1945.

Hofmann und Oehler standen nicht nur mit dem Stadtkommandanten in Verbindung, sondern verfassten auch für Ackermann, Matern, Ulbricht und Marschall Shukow Arbeitsberichte. Außerdem fuhren sie anfangs in unterschiedlichen Abständen, ab Mitte Juni dann wöchentlich nach Dresden oder Berlin, dort die dringendsten Probleme – Flüchtlingsströme und Ernährungsnotlage – vortragend.<sup>171</sup>

In Görlitz nahmen sie eine Mittlerfunktion zwischen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung ein. Der Kommandant, der während des Untersuchungszeitraumes die Besatzungsaufgaben wahrnahm, ließ beide immer wieder spüren, dass sie sich ihm gegenüber in einem Unterstellungsverhältnis befanden, deshalb gab er ihren Vorschlägen nur selten nach.<sup>172</sup>

Den Lokalfunktionären beider Arbeiterparteien mussten sie vor allem ab Anfang Juni 1945 die allgemeine politische Richtung vermitteln. Von da an verschob sich der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit, der bis dahin in der Kommunal- und Aufklärungsarbeit gelegen hatte, in Richtung Parteiarbeit.

### *Die Lokalfunktionäre*

Aus der in den letzten Kriegstagen gebildeten kommunistischen Widerstandsgruppe, die der sowjetischen Kommandantur ihre Mitarbeit angeboten hatte, entstand kein Antifa-Komitee, das wie in anderen deutschen Kleinstädten die Geschäfte der Stadtverwaltung übernahm oder parteipolitisch tätig wurde. Das lag entweder daran, dass der Organisationsgrad der Görlitzer Arbeiterfunktionäre nur gering ausgeprägt war oder ihnen mögliche Orientierungen für ihre parteipolitische Tätigkeit fehlten. Außerdem arbeitete ein Großteil von ihnen in der neuen Görlitzer Stadtverwaltung mit.

---

<sup>171</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler; Löscher 1976, S. 8, S. 39.

<sup>172</sup> Der Kommandant hatte beispielsweise am 17. Mai 1945 den Bäckereien 50 Tonnen Mehl zugesagt, sie ihnen aber nicht zugeführt. Der Stadtrat für Ernährung, Arthur Trabs, war hierfür zwei Tage unterwegs gewesen. Die Mitglieder der Stadtverwaltung zeigten sich nach solchen Vorfällen häufig verunsichert, waren sie doch von der Willkür der Besatzungsmacht abhängig. Vgl. Ratsarchiv Görlitz, Eberhard W. Giese, Tagebuch, Bd. 6, April bis Juni 1945, Notiz 19.5.1945. In zahlreichen Gesprächen Hofmanns und Oehlers mit der Kommandantur verwies der Politoffizier immer wieder darauf, dass allein der Kommandant berechtigt sei, Entscheidungen zu treffen. Es wurde jedoch nicht eindeutig klar, ob der Kommandant hierzu von höheren militärischen Stellen legitimiert worden war oder ob er sich dieses Recht willkürlich genommen hatte. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler.

Obwohl die Mitglieder der Ackermann-Gruppe seit dem 13. Mai 1945 in der Stadt weilten und Hofmann sowohl für die Exil-KPD als auch für das NKFD tätig war, fand eine erste Zusammenkunft der Görlitzer Kommunisten erst am 18. Mai 1945 statt. Nur einen Tag später erläuterte der sowjetische Politoffizier den Lokalkommunisten die zukünftigen Aufgaben der KPD. Diese sehr frühe Instruktion durch die Besatzungsmacht erfolgte, um langsam einsetzende parteipolitische Sammlungsbestrebungen von Anfang an zu kanalisieren oder um ihnen vorzubeugen. Die organisierte Registrierung von KPD-Mitgliedern begann dann auch erst Ende Mai, nachdem Hofmann von einer Dienstreise aus Dresden zurückgekehrt war, wo er offensichtlich entsprechende Anweisungen erhalten hatte. Zunächst führte er mit den Görlitzer Genossen wöchentlich Politschulungen durch. Thematisch ging es hierbei um die erfolgreiche Agitation der Bevölkerung, die Arbeit und die Notwendigkeit der Auflösung der Komintern bzw. um die Anforderungen der KPD an ihre Mitglieder.<sup>173</sup>

Kurz nachdem die Görlitzer Kommunisten begonnen hatten, die eigenen Mitglieder lose zu organisieren, um bei der Parteizulassung geschlossen auftreten zu können, trafen sich der Lokalfunktionär Prenzel und Hofmann am 2. Juni mit führenden Görlitzer Sozialdemokraten, um eine künftige Zusammenarbeit zu sichern.<sup>174</sup> An einer zweiten Besprechung nahm außerdem der Politoffizier der Kommandantur teil. Eigene Ansichten zur Parteiarbeit der KPD sind nicht überliefert, was auf die relativ frühe Instruktion durch die Kommandantur zurückgeführt werden könnte. Die Sozialdemokraten hingegen äußerten ihre Vorstellungen über die Gründung neuer politischer Parteien. Ihnen schwebte *eine* auf dem Kommunistischen Manifest basierende „sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei“ vor. Die anwesenden deutschen Genossen stimmten dem zu und diskutierten in den folgenden Tagen die Namensgebung. Schließlich einigten sie sich auf den Namen „Vereinte sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei“, für die ein paritätisch besetzter Initiativausschuss

---

<sup>173</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler, S. 5.

<sup>174</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler, S. 4.



gebildet wurde.<sup>175</sup> Den Vorstellungen der Görlitzer Sozialdemokraten traten auf der erwähnten Zusammenkunft weder der stellvertretende Kommandant noch Arthur Hofmann als Mitglied der Ackermann-Gruppe entgegen. War das dem Umstand geschuldet, dass sie über die in den nächsten Tagen anstehenden Veränderungen nicht informiert waren? Waren deshalb die Orientierungen, die den Sozialdemokraten bei dieser Zusammenkunft gegeben wurden, so relativ allgemein und unverbindlich? Waren die parteipolitischen Absichten der Moskauer KPD von den Ackermann-Mitarbeitern „richtig“ verstanden worden? Oder waren sich sowohl die sowjetische Kommandantur als auch Hofmann und Oehler sicher, die Görlitzer Antifaschisten allmählich auf den vorgegebenen Kurs einschwören zu können?

Als die Parteibasis über die Bildung und die Namensgebung der neuen Partei entscheiden sollte, wurde sie von Shukows Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 überrascht. Auf dieser Funktionärsversammlung, an der ca. 80 bis 100 Genossen beider Parteien teilnahmen, überbrachte Hofmann den zentralen Beschluss zur Bildung zweier Arbeiterparteien.<sup>176</sup> Trotz sozialdemokratischer Intervention<sup>177</sup> gründete sich auf dieser Veranstaltung die KPD-Ortsgruppe Görlitz planmäßig.<sup>178</sup> Die anwesenden Sozialdemokraten waren davon so überrascht, dass immerhin etwa 18 Genossen der früheren SPD der zentral vorgegebenen KPD beitraten.<sup>179</sup>

Die neue kommunistische Parteileitung bildeten nicht etwa die Genossen, die während des Krieges in der Stadt gelebt und, wie eben dargestellt, auch die Vorstellungen der Sozialdemokraten geteilt hatten. Leiter der Ortsgruppe wurde der

---

<sup>175</sup> Ratsarchiv Görlitz, Peter Wenzel, Die Stadt während..., S. 9. Aus den Unterlagen ging nicht hervor, ob es sich bei den „Genossen“ um Personen handelte, die vor 1933 der SAP, der KPO, der KAPD oder dem Leninbund angehörten.

<sup>176</sup> Ratsarchiv Görlitz, Chronik 1945-1947., Blatt 36.

<sup>177</sup> Die SPD trat noch einmal für eine „Arbeiterpartei“ ein und sprach sich statt eines Antifa-Blocks für einen „Volksblock“ aus, wobei der Bericht inhaltliche Erläuterungen zum „Volksblock“ nicht anführt. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler, S. 6.

<sup>178</sup> Zumindest erwähnen Oehler und Hofmann kein anderes Gründungsdatum in ihrem Arbeitsbericht. Vgl. GARF f. 7212, op. 1, d. 9, 0233.

Peter Wenzel datierte die Konstituierung der KPD in den Zeitraum zwischen 10. und 15. Juni 1945. Da er aber eine „Große Konferenz“ für den 13. Juni 1945 anführt, auf der die anwesenden Funktionäre beider Arbeiterparteien sich enttäuscht zeigten über den zentralen Beschluss zur Bildung zweier Arbeiterparteien, muss die KPD Görlitz bereits vorher gegründet worden sein. Vgl. Ratsarchiv Görlitz, Peter Wenzel, Die Stadt während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

<sup>179</sup> Ratsarchiv Görlitz, Chronik 1945-1947., Blatt 38.

aus dem Konzentrationslager Buchenwald zurückgekehrte Arthur Ullrich<sup>180</sup> und Arthur Hofmann von der Exil-KPD und dem NKFD dessen Stellvertreter. Ferner gehörten der Leitung ein weiterer ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Sachsenhausen und ein Görlitzer an.<sup>181</sup> Das mag darauf zurückzuführen sein, dass die einheimischen Kommunisten bereits wichtige Ämter in der Stadtverwaltung wahrnahmen. Es spiegelte das Anliegen der „Moskauer“ wider, auf diese Weise ehemalige politische Häftlinge von Konzentrationslagern und Zuchthäusern in die Partei und das Nachkriegsleben zu integrieren und sie gleichzeitig an sich zu binden. Das war jedoch nur möglich, indem die aus Moskau remigrierten KPD-Führer wie in Görlitz den Überlebenden von KZ und Zuchthaus scheinbar wichtige Funktionen innerhalb der Partei freihielten und so deren aus der Haft- und Lagererfahrung abgeleiteten Führungsanspruch nachkamen. In den meisten Fällen aber wurde diesen Funktionären ein bewährter Genosse aus dem sowjetischen Exil oder ein Absolvent einer Antifa-Schule zur Seite gestellt. Das dritte Argument, den überlebenden politischen Häftlingen die Parteileitung zu übertragen, lieferte der Umstand, dass sich die einheimischen Kommunisten trotz Schulungen zunächst für eine Einheitspartei mit den Sozialdemokraten ausgesprochen hatten. Da die „KZler“ die wichtigste Parteiarbeit leisteten, wurden die sektiererischen Ansichten der Lokalkommunisten ins Abseits gedrängt.<sup>182</sup>

Nach einer erneuten Aussprache zwischen den Görlitzer Sozialdemokraten und Hofmann am 16. Juni erfolgte am 23. Juni die Gründung der sozialdemokratischen

---

<sup>180</sup> Arthur Ullrich (1894-1969), Elektromechaniker, 1918 Vorsitzender des Soldatenrates, USPD, Gewerkschaft, 1920 Vereinigung mit KPD, 1921-1929 Leiter des KPD-Unterbezirks Görlitz/Niesky, 1922-1924 Mitglied der Bezirksleitung Cottbus, 1925-1933 Mitglied der Bezirksleitung Dresden, 1931/32 Besuch der Leninschule der Komintern in Moskau, ab 1933 Reichstagsmitglied, zwischen 1933 und 1934 verschiedene Konzentrationslager, ab 1937 Konzentrationslager Buchenwald, nach 1945: 1945-1946 Vorsitzender der KPD-Kreisorganisation Görlitz, nach Weggang Hofmanns Personalamt der Stadt Görlitz, 1946-1952 Mitglied der SED-Landesleitung Sachsen, 1949-1952 Vorsitzender der Landes-Parteikontroll-Kommission, 1952-1960 Mitglied der Bezirksleitung der SED, 1958-1960 Bezirks-Revisionskommission, Vgl. 1933-1945 Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten o.J.; Görlitz im antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau (Hg. Städtische Kunstsammlung Görlitz), 2. Auflage, Görlitz 1971, S. 2.

<sup>181</sup> Paul Schwerin, (1893-1970), Kellner, 1919 SPD, 1929 KPD und RFB, 1937 Konzentrationslager Sachsenhausen, dort Blockältester. Vgl., 1933-1945 Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten; Vgl. Ratsarchiv Görlitz, Peter Wenzel, Die Stadt während der ...

<sup>182</sup> Zehn Tage nach Parteigründung richtete die KPD eine Kommission ein, der es oblag, die Anträge auf Mitgliedschaft zu prüfen. Arthur Hofmann und Arthur Ullrich, die dieser Kommission angehörten, gaben von den 600 eingegangenen Anträgen nur 200 statt. GARF, f. 7212, op. 1, d. 9, 0233; Ratsarchiv Görlitz, Chronik 1945-1947, Blatt 38.

Ortsgruppe<sup>183</sup>, der Ende Juli bereits 250 Mitglieder angehörten.<sup>184</sup> An der Gründungsveranstaltung nahmen auch 16 Genossen der KPD, unter ihnen Arthur Hofmann, teil. Die Anwesenheit der Kommunisten diente der Kontrolle, ob die Sozialdemokraten die offiziell vorgegebenen parteipolitischen Richtlinien berücksichtigten, und signalisierte ihre Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit beider Parteien.

Gegenüber dem Block demokratischer Parteien, der bereits ab dem 11. Juli 1945 gearbeitet haben soll, verhielten sich die Lokalfunktionäre von KPD und SPD abwartend.<sup>185</sup> Anfang August luden der Kommandant und ein Vertreter der GlawPURKKA Partei- und Gewerkschaftsvertreter<sup>186</sup> ein, um ihnen Anregungen zur „Entfaltung der antifaschistischen Massenarbeit“ zu geben.<sup>187</sup>

Kurz vor seiner Abreise musste Hofmann die Görlitzer Funktionäre beider Arbeiterparteien von der Notwendigkeit bevorstehender Personaländerungen überzeugen. Diese bezogen sich nicht auf kleinere und mittlerer Angestellte, sondern konkret auf den amtierenden Oberbürgermeister und den Landrat, obwohl letzterer von den „Moskauern“ selbst ins Amt gebracht worden war.<sup>188</sup> Unklar blieb, ob die Anfang August geplante personelle Neubesetzung der Oberbürgermeister- und Landratsposten zentral von der sächsischen Landesregierung angeordnet wurde oder auf Dissonanzen zwischen der Stadtverwaltung und der Kommandantur zurückzuführen war. Den letzten Anweisungen Hofmanns gemäß schlug die Görlitzer Stadtverwaltung ein Mitglied der KPD als neuen Oberbürgermeister und einen

---

<sup>183</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>184</sup> GARF, f. 7212, op.1, d. 9, 0233.

<sup>185</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler.

<sup>186</sup> Die Görlitzer CDU konstituierte sich Ende Juni und die Liberaldemokraten am 9. Juli 1945. Ein vom 30. Juni 1945 datierter Aufruf des Antifa-Blocks erschien jedoch nur im Namen der KPD, SPD und der Antifa-Jugend. (Vgl. GARF, f. 7212, op. 1, d. 9, list 0233.)

Parallel zur Parteienbildung hatte Hofmann auch den Einsatz von Vertrauensleuten in Hausgemeinschaften sowie öffentlichen und privaten Unternehmen angeregt. Organisatorische Vorbereitungen zu den Gewerkschaften begannen jedoch erst, als die Konstituierung der KPD-Gruppe Görlitz weitgehend abgeschlossen war. (Vgl. Ratsarchiv Görlitz, Chronik 1945-1947, S. 8, S. 12; Löscher 1976, S. 39.)

<sup>187</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/038, Tätigkeitsbericht der Genossen Artur Hofmann und Herbert Oehler, S. 13.

<sup>188</sup> Ebenda.

Sozialdemokraten als neuen Landrat vor, die beide in der Stadt als Lokalfunktionäre bekannt waren.<sup>189</sup>

Der Oberbürgermeister musste im August 1945 aufgrund des Ablebens des bisherigen tatsächlich neu besetzt werden. Nur zwei Tage später übernahm Walter Oehme<sup>190</sup> aus Dresden kommissarisch die Geschäfte als Görlitzer Oberbürgermeister, wofür sich Otto Buchwitz in Dresden verwendet hatte. Nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt ließ er die Stadt und den Landkreis zum Notstandsgebiet erklären und sicherte die seit Kriegsende im Argen liegende Lebensmittelversorgung. Obwohl Oehme in Görlitz sehr erfolgreich arbeitete, bestanden die dortigen Lokalfunktionäre von KPD und SPD auf die vorher mit dem Ackermann-Mitarbeiter Hofmann getroffenen Vereinbarungen. Zwar lagen schon seit dem 4. September die von der sächsischen Landesregierung unterzeichneten Bestallungsurkunden für die Görlitzer Lokalfunktionäre vor, doch Oehme konnte sich bis Ende November 1945 im Amt behaupten. Um die eigenen Genossen im Amt zu sehen, intrigierten die Lokalfunktionäre offensichtlich gegen den „Neuen“, der bis dahin nicht nur von der Görlitzer Wirtschaftskammer<sup>191</sup>, sondern auch von der sächsischen Landesverwaltung protegert worden war. So kam es Ende November 1945 zu einer Hausdurchsuchung bei Oehme, bei der die Görlitzer Polizei, deren Chef noch immer Oehler als ehemaliges Mitglied der Ackermann-Gruppe war, angeblich mehrere zuvor beschlagnahmte Flaschen Alkohol fanden, wurde er verhaftet und den zuständigen sowjetischen Behörden übergeben.<sup>192</sup>

---

<sup>189</sup> Ratsarchiv Görlitz, Oberbürgermeister, Nr. 708.

<sup>190</sup> Walter Oehme (geb. 1892), 1912 SPD, USPD, Liga für Menschenrechte, bis 1933 Chefredakteur des „Zwölf Uhr Mittagsblatt“, nach 1933 Auslandskorrespondent, im Frühjahr 1945 nach Dresden, nach dem 8. Mai 1945: Wirtschaftskommissar in Dresden-Laubegast, seit Anfang Juni 1945 Chef des Nachrichtenamtes bei der Landesverwaltung Sachsen, vorher Chef des städtischen Nachrichtenamtes. Vgl. Ratsarchiv Görlitz, Oberbürgermeister, Nr. 708; HStA Dresden, SED-BPA, II/A/I.002/1.

<sup>191</sup> Ratsarchiv Görlitz, Oberbürgermeister, Nr. 708; HStA Dresden, SED-BPA, II/A/I.002/1.

<sup>192</sup> Am 7.12.1945 verurteilte ihn das Sowjetische Militärtribunal Potsdam-Karlshorst zu 25 Jahren Arbeitslager. Zwischen 1950 und 1956 war Oehme im Zuchthaus Bautzen inhaftiert und wurde danach rehabilitiert. Die Jahre von Dezember 1945 bis 1950 verbrachte Oehme entweder in einem der sowjetischen Internierungslager oder in Sibirien. Nach seiner Rehabilitierung 1956 muss Oehme zumindest zeitweise nach Görlitz zurückgekehrt sein, denn im Ratsarchiv fanden sich zwei recht umfangreiche Akten, in denen er den Görlitzer Widerstandskampf zwischen 1933 und 1945 aufarbeitete.

Vgl. Sächsische Zeitung, 8.6.1994, S. 11, Ratsarchiv Görlitz, Stichwort Oberbürgermeister.

Auch wenn sich die Lokalfunktionäre mit dieser Intrige gegen die Entscheidung der sächsischen Landesregierung durchsetzen konnten, ließ diese wiederum ihre Macht spielen, indem nicht der bisherige Oberbürgermeisterkandidat ins Amt kam, sondern Kurt Prenzel, der bislang als Bürgermeister fungierte.

### *Zusammenfassung*

Die Mitglieder der Ackermann-Gruppe übernahmen in Görlitz die Aufgaben, die in anderen Städten meist die antifaschistischen Ausschüsse und Komitees erledigten. Für Hofmann und Oehler erwies es sich als vorteilhaft, dass sich die in Görlitz bestehende Widerstandsgruppe nicht zu einer starken antifaschistischen Nachkriegsgruppe entwickelt hat, was damit zusammenhing, dass der sowjetische Kommandant die Mitglieder dieser Gruppe an der neuen Kommunalverwaltung beteiligte, und sie schon Mitte Mai 1945 über die zentrale KPD-Linie instruierte. Das Beispiel des Initiativausschusses verdeutlicht, dass die Görlitzer Kommunisten zwar die gleichen Auffassungen wie ihre sozialdemokratischen Mitstreiter vertraten, sich jedoch der aus der Vorkriegszeit bekannten Parteidisziplin beugten. Die aus den Konzentrations-lagern zurückgekehrten KPD-Funktionäre, die aufgrund der Hafterfahrungen einen Führungsanspruch besaßen, sollten nach sowjetischen Maßgaben in das Nachkriegsleben integriert werden. Hofmann nutzte ihre Autorität bei der personellen Besetzung der KPD-Ortsgruppenleitung und konnte so sämtliche lokalen Basisbestrebungen nach einer Einheitspartei unterdrücken.

Nach dem gescheiterten Versuch, *eine* Arbeiterpartei zu konstituieren – die Initiative hierfür hatte zum Großteil bei den Görlitzer Sozialdemokraten gelegen, - versuchten die Lokalfunktionäre mit der inszenierten Verhaftung des „auswärtigen“ Oberbürgermeisters noch einmal Eigenständigkeit zu demonstrieren. Die Dresdner Landesregierung musste einen Kompromiss eingehen, da sie sich nicht mehr für Oehme, der den sowjetischen Sicherheitsbehörden übergeben worden war, verwenden konnte. Um erneute Auseinandersetzungen mit den Lokalfunktionären zu vermeiden, ließ sie den bisherigen Bürgermeister als neues Stadtoberhaupt einsetzen und versicherte sich sowohl dessen Loyalität als auch die der Görlitzer Einwohner und Parteigänger.

### 3.2.2 „Rot Front!“ in Pirna

#### *Die Besatzungsmacht*

Pirna wurde wie Görlitz am 8. Mai 1945 von sowjetischen Truppen besetzt. Im Gegensatz zu anderen Städten, in denen sich die Kommandanten gleich in den ersten Nachkriegstagen an die örtliche Bevölkerung wandten, teilte der Pirnaer Kommandant erst am 14. Mai 1945 in der neuen, vom Ortskomitee herausgegebenen Lokalzeitung „Neue Zeit“, den Pirnaern seine Anweisungen mit.<sup>193</sup> Wann der Kommandant die Mitglieder des städtischen Antifa-Komitees erstmals empfing, konnte nicht rekonstruiert werden. Bei der personellen Besetzung der Kommunalverwaltung griff er auf die bereits vom Ordnungskomitee getroffene Ressortverteilung zurück. Die zentralen Befehle seiner Armee berücksichtigend, unterstellte er das Personal der Antifa einfach einem bürgerlichen Oberbürgermeister. An der Arbeit der Stadtverwaltung zeigte er ebenso wie der Görlitzer Stadtkommandant in der Anfangszeit kaum Interesse. Den Pirnaern präsentierte er sich als „Kriegskommandant“ und erklärte selbstherrlich den Freitag zum neuen gesetzlichen Ruhetag.<sup>194</sup> Weitere Eigenmächtigkeiten bestanden in der Beschlagnahme einiger auf der Elbe verkehrender Schiffe, deren Ladung er, sofern es sich um Lebensmittel handelte, den Pirnaer Einwohnern zuführte. An die Pirnaer Sozialdemokraten erging nach der offiziellen Parteienzulassung die Auflage,

---

<sup>193</sup> Wichtigste Anordnungen waren die Wiederaufnahme der Produktion bzw. die Instandsetzung zerstörter Fabriken. Dem Oberbürgermeister sollten alle Betriebe, deren Produktionsschwerpunkte und deren Personalstärke gemeldet werden. Arbeitsfähige Männer und Frauen, die in keinem Arbeitsverhältnis standen, hatten sich an der Beseitigung der Kriegsschäden zu beteiligen. Sämtliche Fahrräder, Motorräder, Kraftwagen, Radios und Fotoapparate sollten abgegeben werden. Der Gaststättenbetrieb wurde freigegeben, Bäckereien und Fleischer sollten ihre Arbeit aufnehmen. Die Lebensmittelverteilung erfolgte weiterhin nur auf Marken oder Bezugsscheine. Ohne Bezugsscheine erworbene Lebensmittel drohte die Beschlagnahme, die die Rote Armee der Zuständigkeit des Pirnaer Wirtschaftsamt übertrug. Angestellte und Beamte von Behörden sollten am Montag, dem 14. Mai, wieder an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, die behördlichen Geschäftszeiten wurde von 8 bis 18 Uhr festgelegt. Vgl. „Neue Zeit“ vom 14. Mai 1945.

<sup>194</sup> Naimark zufolge sollen die Lokalkommunisten die Verlegung des wöchentlichen Ruhetags von Sonntag auf Freitag veranlasst haben. Eine Quelle führte er jedoch nicht an. Der Lokalzeitung „Neue Zeit“ ist zu entnehmen, dass diese Anordnung vom „Kriegskommandanten“ gegeben wurde. Vgl. Naimark 1997, S. 322 sowie „Neue Zeit“ vom 14. Mai 1945.

mindestens 100 Mitglieder zu organisieren, bevor er deren Zulassungsantrag stattgab.<sup>195</sup>

Derart willkürliche Anweisungen des Kommandanten lagen nicht im Interesse der zentralen sowjetischen Militärbehörden. Deshalb ist davon auszugehen, dass dem Kommandanten entweder die korrekte Durchführung der allgemeinen Anweisungen ausdrücklich nahe gelegt wurde oder dass ihm ein zuverlässiger Politoffizier zur Seite gestellt wurde. Infolgedessen nahmen Vertreter der Kommandantur ab dem 28. Mai 1945 regelmäßig an den Sitzungen der Pirnaer Stadtverwaltung teil.<sup>196</sup>

So fand am 18. Juni 1945 unter seiner Teilnahme und der seines Stellvertreters<sup>197</sup> eine Sitzung der Stadtverwaltung statt, die der Oberbürgermeister Gerke in einer Stadtratsbesprechung am 30. Mai 1945 angeregt hatte, um dem Kommandanten die Probleme der Lebensmittelversorgung vorzutragen.<sup>198</sup> Das Sitzungsprotokoll erinnert jedoch eher an einen Befehlsempfang als an eine Besprechung. Der Stadtkommandant erläuterte, nachdem er sich nahezu sechs Wochen aus den Belangen der Kommunalverwaltung herausgehalten hatte, jedem Stadtrat sein Aufgabenfeld und forderte unbedingte Disziplin und Unterordnung gegenüber dem von ihm eingesetzten Oberbürgermeister Theodor Gerke. Nach Ansicht des Kommandanten kannte letzterer seine Pflichten am besten, weil er jeden Tag in Kontakt mit dem Kommandanten stand.<sup>199</sup> Der Kommandant verwies ausdrücklich darauf, dass dem Oberbürgermeister die Leitung aller Abteilungen obliege und er jeder Veränderung zustimmen müsse. In diesem Zusammenhang kritisierte der Kommandant zwar, dass Gerke als Oberbürgermeister viele Arbeiten selbst erledigt hatte, die eigentlich in die Verantwortung einzelner Stadträte gehörten, sicherte ihm jedoch jegliche Unterstützung zu. Der Umstand, dass der Kommandant allen Anwesenden die Aufgaben ihrer Ressorts en detail nannte, lässt vermuten, dass einige der Komiteemitglieder mit ihrem nach Kriegsende übernommenen Tätigkeitsfeld überfordert waren. Es muss auch zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen

---

<sup>195</sup> Anger/Rieger 1961, S. 20.

<sup>196</sup> StA Pirna, RdSt Pirna, NR. 127, Blatt 7 ff.

<sup>197</sup> Als Stellvertreter des Ortskommandanten werden Kapitän Raykin sowie Major Petschalin genannt, die beide als Politstellvertreter fungierten. Wer wen wann ablöste, war den Unterlagen des Pirnaer Stadtarchivs und auch den sowjetischen Archiven jedoch nicht zu entnehmen. Vgl. StA Pirna, RdSt Pirna, Nr. 127, Blatt 19 und 25.

<sup>198</sup> StA Pirna, RdST. Pirna, Nr. 1339, Blatt 9.

dem Oberbürgermeister Gerke auf der einen und dem Komiteeleiter Emil Schlegel sowie dem Polizeichef auf der anderen Seite gekommen sein. Auf ein konkretes Vorkommnis wurde zwar nicht verwiesen, aber der Stadtkommandant forderte die Stadträte zur Zusammenarbeit und zur gegenseitigen Unterstützung auf.<sup>200</sup> Die beiden führenden Mitglieder des Ortskomitees jedoch entließ er von ihren Posten im Pirnaer Stadtrat.<sup>201</sup>

Obwohl Major Kowaltschuk bis dahin den Vorstellungen der Lokalfunktionäre über den Aufbau eines Sowjet-Deutschlands nachgegeben hatte, schloss er seine Ausführungen mit dem Hinweis: „Alles was vor 1933 war, bleibt bestehen, die Gesetze usw. Ich haben Ihnen Ihre Aufgaben genannt, die Sie haben, ohne aber die Gesetze umzuwerfen, jetzt sind Sie eingesetzt.“<sup>202</sup> Hier wird einmal explizit das Anliegen der sowjetischen Besatzungsmacht erwähnt, dass die neuen deutschen Stadtverwaltungen nach den Gesetzen von vor 1933 arbeiten sollten, um so den status quo ante wiederherzustellen. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich der Pirnaer Stadtkommandant nun auch auf der offiziellen sowjetischen Linie bewegte.

### *Die Lokalfunktionäre*

Die sich in und um Pirna bildenden Ortskomitees, die um den 10. Mai 1945 erstmals an die Öffentlichkeit traten, wurden – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – nach der Volksfrontidee tätig. Sie setzten sich in der Regel aus drei ehemaligen Kommunisten, drei ehemaligen Sozialdemokraten und drei Bürgerlichen<sup>203</sup> zusammen und stellten somit ein breites Bündnis aus Arbeiterfunktionären und Bürgerlichen dar.<sup>204</sup>

---

<sup>199</sup> StA Pirna, RdST. Pirna, Nr. 1339, Blatt 18-22.

<sup>200</sup> Ebenda, Blatt 21.

<sup>201</sup> Siehe unten.

<sup>202</sup> StA Pirna, RdST. Pirna, Nr. 1339, Blatt 22.

<sup>203</sup> Es konnte nicht geklärt werden, ob es sich bei den drei „Bürgerlichen“ um Vertreter früherer bürgerlicher Parteien handelte oder ob allgemein das bürgerliche Milieu gemeint war.

<sup>204</sup> Einige Pirnaer Antifaschisten waren 1944 Gefangene der Fronfeste und hatten dort miteinander in Kontakt gestanden. Im Nachhinein wurden die Treffen der Häftlinge, zu denen die Kommunisten Emil Schlegel, Kurt Schöne, und Hans Kwasny sowie die Sozialdemokraten Oskar Fietsch, Ramm und Sickert gehörten, zur „ersten Fraktionssitzung der vereinten Arbeiterpartei für das künftige Pirnaer Stadtparlament“ stilisiert. Ob und welche Absprachen tatsächlich im Gefängnis getroffen wurden, konnte nicht mehr ermittelt werden. Eine Vereinbarung könnte - entsprechend der NKFD-Propaganda über die Volksausschüsse - gewesen sein, in den einzelnen Ortsteilen der Stadt nach dem Krieg Antifa-Komitees zu bilden. So entstand das Pirnaer Ortskomitee unter Mitwirkung von Schlegel, das in Copitz wurde von Schöne ins Leben gerufen und in Jessen engagierte sich u.a. Sickert hierfür. Vgl. Anger; Rieger 1961, S. 12 f sowie Sächs. HStA Dresden, KR/KT Pirna, Nr. 149.



Das Ortskomitee von Pirna trat mit den für Antifa-Komitees üblichen Ansprüchen an die Öffentlichkeit.<sup>205</sup> Aushänge riefen zu Ruhe und Ordnung auf, die eine Ortswehr garantieren sollte, und teilten den Einwohnern mit, welche Bürger „zur Regelung der notwendigen Lebensfragen ... Verantwortung übernommen“ hatten. Das Ortskomitee, dessen Vorsitzender Emil Schlegel und dessen Stellvertreter der neue Polizeichef Erwin Linné war, gliederte sich am 10. Mai 1945 in Abteilungen für Ernährung, städtische Betriebe, Arbeitsamt und allgemeine Verwaltung.<sup>206</sup> Nur wenige Tage später wurde es um die Abteilungen Verkehr, Wohnungs- und Bauwesen erweitert und zur „beschlußgebenden Körperschaft“ erklärt.<sup>207</sup> Überlegungen zur Neubesetzung des Oberbürgermeisterpostens fanden sich nicht. Das lässt vermuten, dass sich das Ortskomitee nicht als Ersatz für die Stadtverwaltung verstand, sondern parallel zu ihr tätig wurde und Kontrollfunktionen ausübte.

Erst mit der Veröffentlichung der ersten und einzigen Ausgabe der „Neuen Zeit“ vom 14. Mai 1945, die, wie bereits erwähnt, auch die Anweisungen des Ortskommandanten enthielt, übernahm das Ortskomitee offiziell die Funktion der Stadtverwaltung, der, den sowjetischen Maßgaben entsprechend, ein Bürgerlicher als Oberbürgermeister vorstand. Damit erfüllte zwar der Kommandant wesentliche Vorgaben seiner Vorgesetzten, gestattete aber den Lokalfunktionären auch die Einführung der Grußformel „Rot Front!“ und die Anrede „Genosse“ und „Du“. Einen Tag später fand eine öffentliche Versammlung statt, auf der die Pirnaer Antifaschisten noch einmal eigene Vorstellungen proklamierten. So sollte der Oberbürgermeister *gewählt* und die „demokratische kommunistische Linie unbedingt gewahrt“ werden.<sup>208</sup>

Eine eigenständige Parteiarbeit, etwa dahingehend, dass sich Pirnaer Kommunisten und Sozialdemokraten für eine einheitliche Arbeiterpartei aussprachen, wurde

---

<sup>205</sup> Das Komitee proklamierte am 13. Mai 1945 die wichtigsten zu lösenden Aufgaben in der umfassenden Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln, der Herstellung der allgemeinen Ordnung sowie im Schutz der Bevölkerung vor gewalttätigen Übergriffen. Es wurden eine Volksküche eingerichtet und die Energie- und Wasserversorgung in kurzer Zeit sichergestellt. Aufgrund des Geldmangels erklärte sich die Reichsbank bereit, nach vorliegender Genehmigung durch die sowjetische Kommandantur Notgeld zu drucken.

Vgl. StA Pirna, RdSt Pirna, Nr. 1339, Blatt 2 ff.

<sup>206</sup> StA Pirna, RdSt Pirna, Nr. 127, Blatt 10.

<sup>207</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/041; StA Pirna, RdSt Pirna, Nr. 1339, Blatt 2 f.

offensichtlich nicht verfolgt. Das könnte darauf schließen lassen, dass die Lokalfunktionäre alle in der Stadtverwaltung tätig waren und ihre Arbeit dort schon als Parteiarbeit verstanden, zumal sie als Ordnungskomitee geschlossen den leitenden Personalbestand der Verwaltung bildeten. Es könnte aber auch darauf zurückgeführt werden, dass die kommunistischen Lokalfunktionäre Pirnas ebenso wie die Görlitzer sehr früh politische Anweisungen von der Kommandantur erhielten, was aber angesichts des bisher geschilderten Politikstils des Kommandanten als unwahrscheinlich gilt. Vielmehr übernahmen wohl Dresdner Genossen der KPD-Bezirksleitung die parteipolitische Anleitung der lokalen Kommunisten.

### *Der Ackermann-Gesandte*

Über die Zusammenkünfte des Ortskomitees zwischen dem 15. und dem 28. Mai 1945 existieren keine Unterlagen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in diesen zwei Wochen entscheidende Veränderungen innerhalb des Komitees, das bis dahin die Arbeit der Stadtverwaltung leistete, vorgenommen wurden. Wann der Ackermann-Gesandte Reyer seine Arbeit in Pirna aufnahm, konnte nicht ermittelt werden.<sup>209</sup> Nahe liegend ist, dass Reyers erste Aufgaben ebenso wie die der nach Görlitz geschickten Mitglieder der Ackermann-Gruppe in der Kaderauswahl der Gemeindevertreter innerhalb des Landkreises bestand und er so etwas wie der Verbindungsmann zwischen der Stadtverwaltung, dem Landrat und der Kommandantur war. In den Akten der Stadtverwaltung fand sein Name im Mai 1945 keine Erwähnung, was schließen lässt, dass der Kommandant ihn - im Gegensatz zu Görlitz - der Pirnaer Stadtverwaltung nicht offiziell vorstellte.

Ackermann notierte für eine KPD-Versammlung am 21. Mai in Dresden, dass die von den Pirnaer Genossen gemachten Fehler nun korrigiert sind.<sup>210</sup> Diese Korrektur bestand in der Auflösung des Ortskomitees und der Übernahme der sich im Komitee engagierenden Antifaschisten in die Stadtverwaltung. Nach Notwendigkeit, vor

---

<sup>208</sup> StA Pirna, RdST Pirna, Nr. 127, Blatt 11.

<sup>209</sup> Die Pirnaer Antifaschisten teilten der Bevölkerung über die Presse die Ankunft des „politischen Kommissars“ für den 14. Mai 1945 mit. Ob damit der Politoffizier der Kommandantur oder der Ackermann-Mitarbeiter gemeint waren, ist nicht zu rekonstruieren. Geht man davon aus, dass die in Görlitz eingesetzten Mitglieder der Ackermann-Gruppe am 13./14. Mai 1945 ihre Tätigkeit aufnahmen, könnte sich diese Mitteilung auf Reyer beziehen. Vgl. BA Berlin, SAPMO, NY 4109/51, Blatt 14.

allem, wenn sich einzelne Komiteemitglieder nicht in die Ordnungsbestrebungen der „Moskauer“ einfügten, kam es zu personellen Umbesetzungen. So fungierte der Leiter des Ordnungskomitees bereits ab dem 1. Juni 1945 nicht mehr als stellvertretender Bürgermeister und auch der Polizeichef wurde nur 14 Tage später, am 15. Juni 1945, abgesetzt. Neuer stellvertretender Bürgermeister wurde Kurt Grützner, den die Dresdner KPD-Bezirksleitung zusammen mit einem Pirnaer Genossen mit dem Parteaufbau beauftragte.<sup>211</sup> Da der Ackermann-Gesandte und der Mitarbeiter der Dresdner KPD-Bezirksleitung den ehemaligen Leiter des Ordnungskomitees nicht völlig ausgrenzen konnten, um Spannungen innerhalb der Stadt zu vermeiden, sollte Schlegel Anfang Juni zunächst die Abteilung Industrie und Gewerbe übernehmen. Weil diese Ämter jedoch auch mit Fachpersonal und Vertretern aller Bevölkerungsteile besetzt werden mussten, wurde einem Ingenieur diese Abteilung übertragen. Für den einstigen Antifa-Vorsitzenden Schlegel fand sich auch nach dieser Personalentscheidung eine neue Funktion. Der Stadtkommandant bestellte ihn, vermutlich auf Empfehlung des am 1. Juni designierten Landrats Reyer, zum stellvertretenden Landrat für den Landkreis Pirna. Somit stand der ehemalige Leiter des Pirnaer Ortskomitees direkt unter Aufsicht des Ackermann-Gesandten, der Schlegels Tätigkeit in allen Bereichen kontrollieren und wenn nötig korrigieren konnte.<sup>212</sup>

Im Juli erfolgten weitere Personaländerungen innerhalb der Stadtverwaltung. So wurde der bisherige Oberbürgermeister Gerke durch den amtierenden Schulrat abgelöst. Kurt Grützner, der vorübergehend das Amt des Bürgermeisters ausgeübt hatte, obwohl er eigentlich zur Parteiarbeit nach Pirna beordert worden war, übergab sein Amt einem Mitglied der KPD-Unterbezirksleitung Pirna.<sup>213</sup> Damit waren Mitte Juli 1945 alle leitenden Funktionen innerhalb der Stadtverwaltung Pirmas neu besetzt. Der Aufbau der kommunistischen Ortsgruppe wurde ebenfalls von Dresden aus gelenkt. Zwar hatte ein Lokalkommunist bei der sächsischen KPD-Bezirksleitung wegen der Parteigründung angefragt, doch schienen die Dresdner Genossen ihm zu misstrauen, vor allem wegen der Versuche, ein Sowjet-Deutschland in Pirna zu

---

<sup>210</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4109/10.

<sup>211</sup> StA Pirna, RdST. Pirna, Nr. 1339, Blatt 14, 26.

<sup>212</sup> Ebenda, Blatt 12; Sächs. HStA Dresden, KR/KT Pirna, Nr. 149.

etablieren. Er wurde zwar mit der Gründung der KPD im Kreis Pirna beauftragt, die KPD-Bezirksleitung stellte ihm jedoch zwei weitere Genossen aus Dresden zur Unterstützung und ... zur Kontrolle zur Seite. Der Mitarbeiter der Kommunalen Hilfsstellen in Dresden, Erich Glaser, erhielt den Auftrag, am 1. Juli in Pirna über „Das Aktionsprogramm der KPD und unsere Aufgaben“ zu referieren. Im Anschluss daran wurde die KPD-Unterbezirksleitung Pirnas gewählt, der auch einige Antifaschisten angehörten, die 1944 in der Pirnaer Fronfeste eingesperrt waren.<sup>214</sup>

### *Zusammenfassung*

Obwohl das Pirnaer Ortskomitee in den ersten Nachkriegswochen seinen Vorstellungen nach einem Sowjetdeutschland Ausdruck verlieh und darin zunächst auch vom Stadtkommandanten unterstützt wurde, verlor es nach Ankunft des Ackermann-Gesandten zunehmend seinen Einfluss in der Stadt. Ein Großteil der Antifa arbeitete zwar weiterhin in der Stadtverwaltung mit, andere Mitglieder wurden mit Funktionen der Unterbezirksleitung der KPD betraut. Ihre Eigenständigkeit ging jedoch unzweifelhaft verloren, nachdem die beiden prominentesten Mitglieder, der Leiter des Ordnungskomitees und der Polizeichef, ihrer ursprünglichen Ämter enthoben worden waren.

Um die praktizierte Autonomie des Pirnaer Ortskomitees aufzuheben, musste zuerst der Kommandant auf seine Verantwortlichkeiten hinsichtlich der wichtigsten Besatzungsaufgaben verwiesen werden. Es ist anzunehmen, dass vor allem die Mitglieder der Ackermann-Gruppe darauf drangen, indem sie bei ihren sowjetischen Ansprechpartnern, der GlawPURKKA, auf die Situation in Pirna aufmerksam machten. Weiterhin wurde ein „Moskauer“ nach Pirna geschickt, der jedoch vermutlich nur die Aufgaben, die innerhalb der Kommunalverwaltung lagen, lösen konnte, weil er kein Mitglied der KPD war. Deshalb sah sich die KPD-Bezirksleitung veranlasst, zwei weitere Genossen für Parteiarbeit in ihrem Sinne nach Pirna zu entsenden.

---

<sup>213</sup> Amtliches Mitteilungsblatt Nr. 8 vom 21. Juli 1945.

<sup>214</sup> So wurde Kurt Schöne mitverantwortlich für den Bereich „Kommunale Fragen“ und Hans Kwasny Kassierer. Arno Hering, der Anfang Juni die Dresdner KPD-Bezirksleitung aufgesucht hatte, wurde Politischer Leiter und Kurt Grützner, Mitarbeiter der KPD-Bezirksleitung Dresdens,

Kommunistische und sozialdemokratische Lokalpolitiker Pirnas orientierten sich in den Anfangstagen und –wochen kaum an der in der Landeshauptstadt praktizierten Politik. Sie konzentrierten sich auf die Situation in ihrer Stadt und den mit dem Kriegsende und dem Neuanfang einhergehenden Problemen. Größere Auseinandersetzungen zwischen den Antifaschisten und dem Mitglied der Ackermann-Gruppe bzw. den Mitarbeitern der KPD-Bezirksleitung Dresden scheinen nicht stattgefunden zu haben, denn Ackermann vermerkte, wie bereits erwähnt, noch im Mai die Korrektur der Pirnaer Fehler, was nichts anderes bedeutete, als dass das Ordnungskomitee in seiner ursprünglichen Form nicht mehr tätig war.

### 3.2.3 Die „Zivilkommissare“ des „Sozialistischen Komitees“ Schmiedeberg

#### *Die Lokalfunktionäre*

In Schmiedeberg, einem wie Pirna nur 20 Kilometer von der sächsischen Landeshauptstadt entfernt liegenden Städtchen, trat unmittelbar mit Kriegsende das „Sozialistische Komitee“ an die Öffentlichkeit, das sich sofort der Tagesprobleme annahm. Dieses Komitee ging aus zwei Widerstandsgruppen hervor, die während des Krieges in den größeren Betrieben der Region tätig waren und zusammengearbeitet hatten.<sup>215</sup> Die kommunistische Widerstandsgruppe um Rudolf Grimmer stand in Verbindung zur Anton-Saefkow-Gruppe<sup>216</sup> in Berlin sowie zum Chemnitzer Lokalfunktionär Kurt Kretzschmar.<sup>217</sup>

Die geplante Befreiung Thälmanns aus dem Bautzener Zuchthaus wäre wohl die spektakulärste Aktion der Grimmer-Gruppe gewesen.<sup>218</sup> So wie sie sich hinsichtlich ihrer alltäglichen illegalen Tätigkeit bei den Berliner Funktionären rückversicherten, berieten sie sich auch in dieser Angelegenheit mit Saefkow<sup>219</sup>, der dem Vorhaben zustimmte und seine Unterstützung versprach. Allerdings verhinderte die

---

<sup>215</sup> Bis 1933 gehörten nur 35 Schmiedeberger der Kommunistischen Partei an, wohingegen die Sozialdemokraten mit 300 Mitgliedern relativ stark vertreten waren. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten begannen die Funktionäre beider Arbeiterparteien zusammenzuarbeiten. Die seit 1933 tätige kommunistische Widerstandsgruppe wurde zunächst von Rudolf Grimmer geleitet. Weitere Mitglieder waren Karl Böttcher, Richard Braune, Otto Dietrich, Paul Fischer, Erich Grahle, Bruno Löwe, Fritz Löwe, Rudolf Seidel, Helmut Meier und Kurt Zschoche. 1937 gehörten der Leitung dieser Gruppe dann noch Arthur Grimmer, Max Fischer, Erich Grahle und Otto Kobach an. Die Schwerpunkte der illegalen Arbeit lagen in der Rüstungsabotage, der Herstellung und Verteilung von Flugblättern, der Kontaktaufnahme zu bürgerlichen Kreisen und der Schulungsarbeit. Für letzteres stützten sie sich auf das „Kommunistische Manifest“ und die Erstausgabe der Zeitung „Freies Deutschland“, die sie über einen Kurierdienst 1943/44 erhielten. Außerdem sollen sie um eine Bewaffnung der Gruppenmitglieder bemüht gewesen sein.

Die Sozialdemokraten arbeiteten unter der Leitung von Georg Grahle in Glashütte und standen u.a. in Kontakt zu sowjetischen und tschechischen Zwangsarbeitern.

Vgl. hierzu Meumann 1967, S. 24-30; Pathum 1988, S. 4; zu den Biographien von Arthur und Rudolf Grimmer siehe Hochmuth 1998, S. 148.

<sup>216</sup> An den Zusammenkünften mit den Kurierleuten der Saefkow-Gruppe nahmen die Gebrüder Grimmer meist gemeinsam teil. Rudolf Grimmer zufolge bestanden die wichtigsten Aufgaben der Saefkow-Gruppe in der Bildung sogenannter Wehrtrupps, was das Interesse seiner Gruppe an einer Bewaffnung erklärt, in der Kontaktaufnahme zu Kriegsgefangenen und zu bürgerlichen Kreisen sowie in der Sabotage und der Herstellung und Verteilung von Propagandamaterial. Meumann 1967, S. 30.

<sup>217</sup> Siehe Kapitel 3.3.

<sup>218</sup> Im Spätsommer 1943 hatten sie von der Verlegung Ernst Thälmanns ins Bautzener Zuchthaus erfahren und planten deshalb seine Befreiung.

<sup>219</sup> Hochmuth 1998, S. 148.

Verhaftungswelle der Gestapo gegen Saefkow und dessen Berliner Mitstreiter im Juli 1944 die geplante Aktion.<sup>220</sup>

Am 8. Mai 1945 vereinigten sich die Schmiedeberger Grimmer-Gruppe und die Grahle-Gruppe aus Glashütte, die während des Krieges Sozialdemokraten zusammengefasst hatte. Als „Sozialistisches Komitee“ traten nun Kommunisten und Sozialdemokraten an die Öffentlichkeit, die aus den Erfahrungen der Illegalität für eine vereinte Arbeiterpartei plädierten. Neben der Namensgebung „Sozialistisches Komitee“ verdeutlichten auch andere Maßnahmen, dass die Schmiedeberger Antifaschisten nach Ende des Krieges und dem Einmarsch der Roten Armee davon überzeugt waren, dass jetzt der Sozialismus auf der Tagesordnung stand. Dem verliehen sie durch die Einführung der neuen Grußformel „Rot Front!“, den Aufruf, die Städte des Verwaltungsbezirks Dippoldiswalde rot zu flaggen, und die Benutzung von Dienststempeln, in die die sowjetischen Insignien – Hammer und Zirkel im Stern – eingearbeitet worden waren, Nachdruck. Am 9. Mai 1945 übernahm das Komitee die Verwaltungsgeschäfte für Schmiedeberg, die Funktionäre nannten sich ähnlich wie in Meißen „Zivilkommissare“ und trugen rote Armbinden.<sup>221</sup> Den von den Komiteemitgliedern erarbeiteten wirtschaftlichen Plänen für die Region zufolge sollten einzelne Gewerbe nun in Kollektiven zusammenarbeiten.<sup>222</sup>

Zahlreiche Aufrufe und Bekanntmachungen informierten die Bevölkerung über die Tätigkeit und die Maßnahmen des Komitees. Im ersten Aufruf wurde um Ruhe, Disziplin und Verständnis geworben sowie darum, den Anforderungen des „Sozialistischen Komitees“ Folge zu leisten.<sup>223</sup>

Sie gaben jedoch nicht nur eigene Anweisungen an die Bevölkerung heraus, sondern orientierten sich auch an den Bekanntmachungen der sowjetischen Kommandantur in Dippoldiswalde hinsichtlich der Waffenabgabe und der Wiederaufnahme der Arbeit.

---

<sup>220</sup> Meumann 1967, S. 28.

<sup>221</sup> Das Komitee soll Teile der Wehrmacht entwaffnet und die noch bestehende Ortsverwaltung angewiesen haben, den Alliierten Schmiedeberg kampflös zu übergeben. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/009; Pathum 1988, S. 3.

<sup>222</sup> So sollten Kollektive zur Anfertigung und Reparatur landwirtschaftlicher Geräte, für Elektrizität, für die Holzversorgung sowie Kommunale Ein- und Verkaufsgesellschaften für landwirtschaftliche Erzeugnisse entstehen. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/009.

<sup>223</sup> Die Mitglieder des Komitee veranlassten jedoch nicht nur die Einführung des Sozialismus, sondern organisierten auch die reibungslose Auflösung des Dritten Reiches. So erhielten durch die Stadt ziehende Wehrmattsangehörige ein nächtliches Quartier und wenige Tage später

Da in Schmiedeberg selbst keine Kommandantur eingerichtet wurde, wandten sich die Mitglieder nach Dresden, um vom dortigen Stadtkommandanten entsprechende Vollmachten zu erwirken, die ihre Arbeit in und um Schmiedeberg legitimieren sollten.<sup>224</sup> Mit diesem Schreiben fühlten sich die Schmiedeberger Antifaschisten berechtigt, auch in anderen Gemeinden ihrer Umgebung<sup>225</sup> administrative Veränderungen vorzunehmen. So trat Rudolf Grimmer als Zivilkommissar des Kreises Dippoldiswalde auf, als dieser berechtigt, neue Bürgermeister, die sich ebenfalls Zivilkommissare nennen durften, und deren Stellvertreter zu berufen.<sup>226</sup> Neuer Bürgermeister von Schmiedeberg wurde der das „Sozialistische Komitee“ mitleitende Georg Grahle. Die abgesetzten Bürgermeister, die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Folgeorganisationen waren, wurden zu Aufräumungsarbeiten eingesetzt.<sup>227</sup>

Die Antifaschisten von Schmiedeberg und den übrigen Gemeinden des Kreises Dippoldiswalde konnten ungefähr bis Ende Mai 1945 die hier geschilderten Maßnahmen umsetzen. Dann erfolgte ähnlich wie in Pirna die zielstrebige Einbindung in die Nachkriegspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht und der heimgekehrten Exil-KPD.

### *Die Besatzungsmacht*

Die Kommandantur von Dippoldiswalde nahm erst ab Ende Mai 1945 ihre Zuständigkeit für die kommunalpolitische Verwaltung des gesamten Landkreises wahr, indem sie für den 30. Mai 1945 eine Versammlung aller Antifaschisten des

---

wurden die Einwohner aufgefordert, alle Waffen im Gemeindeamt abzugeben. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/012; I/B/013.

<sup>224</sup> Grimmer und Grahle wandten sich vermutlich deshalb an den Dresdner Stadtkommandanten, weil sich weder die vorgesetzten Dienststellen noch der Kommandant von Dippoldiswalde für die Lebensmittelnot und den Schutz der Bevölkerung vor Übergriffen der Roten Armee und heimkehrender ausländischer Zwangsarbeiter zuständig zeigten. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/012.

<sup>225</sup> Das „Sozialistische Komitee“ organisierte das Leben in zwölf weiteren Gemeinden des Landkreises. Konkreteste Aufgabe war die Versorgung von 20-25 000 Einwohnern mit Lebensmitteln.

<sup>226</sup> Nicht nur die Bürgermeister durften sich Zivilkommissare nennen. Die leitenden Mitarbeiter des Landratsamtes, die die NSDAP-Mitglieder nach dem Kriegsende abgelöst hatten, nannten sich ebenfalls so. Sächs. HStA Dresden, KR/KT Dippoldiswalde Nr. 175, sowie Nr. 221.

<sup>227</sup> Auch in den Gemeinden Naundorf, Schönfeld und Quohren wurden neuen Bürgermeister eingesetzt. Vgl. Sächs. HStA Dresden, KR/KT Dippoldiswalde Nr. 250; SED-BPA I/B/015, Pathum 1988, S. 4.



Kreises Dippoldiswalde einberief.<sup>228</sup> Das Sitzungsprotokoll verdeutlicht die inzwischen erfolgte Unterstellung der deutschen Antifaschisten unter die Besatzungsmacht. Nachdem der Kreiskommandant die rasche Normalisierung des Lebens<sup>229</sup> angemahnt hatte, befahl er den Antifaschisten, die getroffenen Maßnahmen zum Aufbau des Sozialismus zurückzunehmen. Unnachgiebig zeigte sich der Kommandant vor allem bei der Benutzung der Dienststempel, die die sowjetischen Insignien enthielten; die Grußformel „Rot Front!“ sollte unterbleiben, sämtliche Aufrufe unterlagen fortan der Vorlagepflicht bei der Besatzungsmacht.

Bei diesen Anordnungen handelte es sich jedoch nicht um rigide Einschränkungen der bisherigen Arbeit des „Sozialistischen Komitees“, vielmehr wurden Kompromisse angeboten. Zwar waren alle roten Fahnen einzuziehen und die roten Armbinden abzulegen, doch die Antifaschisten erhielten dafür entsprechende Ausweise. Das war wesentlich unauffälliger und band die Antifaschisten trotzdem ein. Abschließend verwies der Kommandant darauf, dass die neu eingesetzten Bürgermeister nicht unbedingt Mitglied der KPD sein müssten, demzufolge dieser Partei auch nicht unterstellt waren oder gar in deren Parteiinteresse zu handeln hätten.

Die Sitzung der Bürgermeister vom 6. Juni 1945 diente ebenfalls dazu, die Mitglieder des „Sozialistischen Komitees“, die alle irgendein Amt in den Kommunalverwaltungen ihrer Gemeinden übernommen hatten, auf die offizielle sowjetische Besatzungspolitik einzuschwören. Die sowjetischen Offiziere sicherten „freie Meinungsäußerung und die Bildung von Organisationen“ zu und übertrugen den antifaschistischen Organisationen die Abstrafung von NS-Tätern, denen Verbrechen nachgewiesen werden konnten. Von den demokratischen Parteien erwartete der Kommandant, dass sie für Freiheit und eine freie Volksmeinung eintraten.<sup>230</sup> Aufgrund dieser Unterscheidung betrachteten die Sowjets die Antifa-Komitees als diejenigen Organisationen, die sich mit der Bewältigung der nationalsozialistischen

---

<sup>228</sup> Warum das erst nach ca. vier Wochen Besatzungszeit geschah, war nicht zu rekonstruieren. Denkbar wäre, dass der Verwaltungsbezirk Dippoldiswalde von mehreren unterschiedlich kommandierten Truppenteilen der Roten Armee befreit worden war und sich der Dippoldiswalder Kommandant demzufolge nicht zuständig fühlte. Vielleicht erging von sowjetischer Seite erst im Laufe des Monats die Anweisung, die übrigen zum Verwaltungskreis gehörenden Städte und Gemeinden mit zu verwalten.  
Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/008.

<sup>229</sup> Darunter wurde zunächst die Bestellung der Felder, die Wiederaufnahme der Arbeit und die Waffenabgabe verstanden.

Vergangenheit beschäftigen sollten. Dass diese Antifa-Komitees jedoch auch Fragen des Neuaufbaus aufgriffen, wurde von der Besatzungsmacht entweder nicht wahrgenommen oder in der Folge unterbunden, weil Zukunftsaufgaben von den demokratischen Parteien zu lösen waren. Für das „Sozialistische Komitee“ Schmiedeberg, dessen Name ausdrücklich den gestalterischen Willen der Schmiedeberger für die Zukunft unterstrich, bedeutete das, dass es von den Besatzungsbehörden genauso wahrgenommen wurde wie die anderen lokalen Komitees und Ausschüsse: als eine Organisation für Entnazifizierungsaufgaben. Die Unterscheidung zwischen antifaschistischen Organisationen und demokratischen Parteien erweckt den Eindruck, dass die Besatzungsmacht nur die „reinen“ Antifa-Komitees gewähren ließ, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die deutsche Bevölkerung hinsichtlich ihrer Verstrickung in das NS-System zu überprüfen.

Zum Schluss der Versammlung, deren Hauptschwerpunkt die Neuorganisation der Polizei gewesen war, referierte der Kreiskommandant noch einmal über die nächsten politischen Aufgaben, die er in der „Vollendung der bürgerlichen-demokratischen Revolution von 1848“ sah.<sup>231</sup> Damit übermittelte er die offizielle sowjetische Politik und die der aus Moskau remigrierten KPD-Führung erst nach ca. drei bis vier Wochen des Wirkens der Schmiedeberger Antifa-Gruppe.

Zu den weiteren Aufgaben der Kreiskommandantur gehörte es, das Landratsamt personell neu zu besetzen, wofür er auf einige Mitglieder des „Sozialistischen Komitees“ zurückgriff.<sup>232</sup> Nachdem die einzelnen Gemeindeverwaltungen und das Landratsamt ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, ordnete der Kommandant an, dass die deutschen Verwaltungsbeamten und -angestellten den Instanzenweg einhalten und ihn nicht wegen jedem Problem belästigen sollten.<sup>233</sup> Dieser Forderung des Kommandanten musste Landrat Grimmer mehrmals Nachdruck verleihen. Doch auch die drohende Geldstrafe von 200 RM schreckte einzelne Bürgermeister nicht, bei akuten Problemen den direkten Weg zum Kommandanten zu wählen. Noch im

---

<sup>230</sup> Löscher 1976, S. 36.

<sup>231</sup> Löscher 1976, S. 36.

<sup>232</sup> Ein Teil der bisherigen Zivilkommissare im Landratsamt blieben im Amt und nannten sich nun Bezirksräte. Fünf der Bezirksräte kamen aus Dippoldiswalde, drei aus Schmiedeberg und je einer aus Glashütte und Oelsa. Landrat wurde Rudolf Grimmer, sein Bruder übernahm das Kultur- und Schulamt. Vgl. Sächs. HStA Dresden, KR/KT Dippoldiswalde Nr. 175, Nr. 221.

<sup>233</sup> Sächs. HStA Dresden, KR/KT Dippoldiswalde Nr. 175.

September 1945 mahnte der Landrat die Bürgermeister, den Instanzenweg einzuhalten.<sup>234</sup>

Doch weder in dieser Angelegenheit noch in der Auflage, die Stempel mit Hammer und Sichel im Stern nicht mehr zu verwenden, konnte er seiner vorgesetzten Dienststelle sofortige Erfolge mitteilen. Er selbst schien die Umsetzung einzelner sowjetischer Anordnungen vor sich herzuschieben. So nannte er sich bis zu seiner Berufung als Landrat am 21. Juni 1945 Zivilkommissar. Nachdem Rudolf Grimmer von der Besatzungsmacht offiziell als Landrat bestätigt worden war, informierte er die Bürgermeister seines Verwaltungsgebietes über die „Leitsätze für den Wiederaufbau“, die jedoch die Kriterien für die Entlassung von belasteten Funktionsträgern des Dritten Reiches enthielten.<sup>235</sup> Abschließend verwies auch er darauf, die Stempel mit sowjetischen Emblemen nicht mehr zu verwenden. Weil die amtierenden Antifaschisten dem nicht sofort nachkamen, ordnete er am 21. August 1945 kurzerhand die Abgabe sämtlicher Dienstsiegel und –stempel an.<sup>236</sup> Das legt die Vermutung nahe, dass sich die Schmiedeberger Antifaschisten zwar nicht auf öffentlichen Versammlungen in direkte Opposition zu den Anweisungen der Besatzungsmacht stellten, im Alltag jedoch zahlreiche Mittel und Wege fanden, letztere zu umgehen. So wurden noch im August Parteipapiere mit besagten Stempeln versehen und mit „Rot Front!“ begrüßt.

#### *Die KPD im Landkreis Dippoldiswalde*

Während die sowjetischen Besatzungsbehörden die kommunalpolitische Einbindung der Schmiedeberger Antifaschisten betrieben, stand die Exil-KPD vor der Aufgabe, die ehemaligen Parteifreunde von ihrem Politikkurs zu überzeugen. Das gestaltete sich aufgrund fehlenden Personals recht schwierig, weshalb zunächst kein Mitarbeiter der Ackermann-Gruppe abkömmlich schien. Hinzu kam, dass die einzelnen kommunistischen Gruppen von Dippoldiswalde und Schmiedeberg um den Sitz der

---

<sup>234</sup> Ebenda.

<sup>235</sup> Ebenda. Diesen Leitsätzen zufolge waren aus den Gemeindeverwaltungen zu entlassen: 1. Personen, die vor dem 30.1.1933 der NSDAP angehört hatten; 2. Angehörige der SS, gleichgültig wann eingesetzt; 3. Angehörige der SA, besonders die SA-Mitglieder zwischen 1932 und 1934; 4. Alle Mitglieder des NSKK und NSFK, vor dem 30.1.1933 und aktive Funktionäre in späterer Zeit; 5. Denunzianten der Gestapo oder der NSDAP; 6. Besonders aktive Funktionäre des NSDAP und ihrer Gliederungen.

neuen Unterbezirksleitung und um ihre Zusammensetzung konkurrierten. Während sich in Dippoldiswalde mit Bekanntwerden des Shukow-Befehls Nr. 2 bereits am 10. Juni 1945 eine kommunistische Ortsgruppe konstituierte<sup>237</sup>, ist für Schmiedeberg ein entsprechender Vorgang nicht verzeichnet. Denkbar ist, dass die Schmiedeberger Kommunisten dies für überflüssig hielten, waren sie doch im „Sozialistischen Komitee“ organisiert. Parteiunterlagen unterzeichneten im Mai/Juni 1945 immer vier Schmiedeberger.<sup>238</sup>

Hauptstreitpunkt bildete zunächst der Sitz der künftigen KPD-Unterbezirksleitung für den Landkreis Dippoldiswalde. Die Schmiedeberger Kommunisten gingen aufgrund ihres Engagements während des Krieges und nach dessen Beendigung sowie wegen der geographischen Mitte Schmiedebergs ganz selbstverständlich davon aus, dass die UBL von hier aus tätig werde. Diesen am 4. Juli 1945 gefassten Beschluss ließen sie sich am 6. Juli 1945 in Anwesenheit der Dippoldiswalder Genossen vom Unterbezirksleiter der KPD Freital bestätigen.<sup>239</sup> Der Freitaler Genosse teilte ihnen gleichzeitig mit, dass die Frage der Diktatur des Proletariats derzeit nicht stünde, sondern Demokratie zu üben und die nationale Einheit zu erhalten seien. Die sich in Kürze bildenden anderen Parteien sollten nicht als Gegner, sondern als Mitstreiter betrachtet werden. Im Anschluss an diese Ausführungen wurde festgelegt, dass die Schmiedeberger Ortsgruppe in ständigen Kontakt mit der Freitaler KPD treten und die politische Arbeit für den gesamten Landkreis koordinieren.<sup>240</sup>

---

<sup>236</sup> Ebenda.

<sup>237</sup> Der Ortsgruppe von Dippoldiswalde gehörten zunächst nur vier Mitglieder an. Es waren Max Rothe, Kurt Trubing, Max Bahndorf und Josef Reinisch. Vgl. Pathum 1988, S. 4.

<sup>238</sup> Das waren Rudolf Grimmer, Hans Diener, Max Hofmann und Martin Löwe.

<sup>239</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/009.

<sup>240</sup> Ebenda.

Warum sich die Schmiedeberger Kommunisten nach Freital wandten, war nicht zu rekonstruieren. Vielleicht weil sie vom Dresdner Stadtkommandanten keine Antwort erhalten hatten? Vielleicht weil sich die Kontaktaufnahme nach Freital einfacher gestaltete, weil sie einige Funktionäre dort kannten? Letzteres scheint nicht ausgeschlossen, zumal die Funktionäre beider Arbeiterparteien in beiden Städten von einer vereinten sozialistischen Partei ausgingen. Die Freitaler Kommunisten hatten sich relativ zeitig um Verbindungen zur Dresdner KPD-Bezirksleitung bemüht, nachdem der Freitaler Kommandant ihre personellen Vorstellungen für eine post-faschistische Stadtverwaltung nicht berücksichtigt hatte. Deshalb holten sie sich die Unterstützung Hermann Materns. Der Freitaler Stadtkommandant hatte entsprechend der Moskauer Weisung, die kommunalpolitischen Verhältnisse der Weimarer Republik wiederherzustellen, sowohl den bis 1933 amtierenden Oberbürgermeister als auch dessen Stellvertreter wieder ins Amt gebracht. Die Freitaler Kommunisten konnten erst nach einer entsprechenden Intervention Materns ins Stadtparlament einziehen. Die kommunistische Ortsgruppe der KPD-Freital konstituierte sich, vermutlich ebenfalls nach Rücksprache mit der

Vom Kreiskommandanten angewiesen, schickte der Landrat einen Genossen nach Dresden, um sich dort genauere Instruktionen für den Parteaufbau zu holen. Am 11. Juli 1945 erhielten die Schmiedeberger und Dippoldiswalder Kommunisten die zentrale Anweisung aus Dresden, die Unterbezirksleitung in Dippoldiswalde zu bilden und dem Kommandanten binnen 24 Stunden die Zusammensetzung mitzuteilen.<sup>241</sup> Aufgrund ihres Selbstverständnisses und der Vereinbarung mit der UBL Freital regte sich bei den Schmiedeberger Kommunisten sofort Widerspruch. Sie beschlossen, noch einmal in Dresden vorzusprechen und erklärten: „Sollte trotz allem die Bezirksleitung nach Dippoldiswalde verlegt werden, so sieht sich die Ortsgruppe Schmiedeberg mit aller Zustimmung genötigt, keinerlei Kräfte mehr nach Dippoldiswalde abzugeben.“<sup>242</sup>

Da dem Kommandanten die personelle Zusammensetzung der KPD-Leitung mitzuteilen war und die Schmiedeberger eine weitere Einmischung von außerhalb fürchteten, ernannten sie auf dieser Zusammenkunft Arthur Grimmer zum Politleiter und Hans Diener zum Organisationsleiter ihrer Ortsgruppe.<sup>243</sup> Am 17. Juli 1945 teilten sie dem Kommandanten die Gründung ihrer Ortsgruppe mit.<sup>244</sup>

Nachdem drei Schmiedeberger und ein Dippoldiswalder Genosse am 13. Juli 1945 erneut bei Matern vorgesprochen hatten, beraumte dieser eine Funktionärssitzung für den 22. Juli 1945 an.<sup>245</sup> Im Ergebnis dieser Zusammenkunft wählten die Lokalfunktionäre des Landkreises Dippoldiswalde eine neue UBL gewählt, die von Dippoldiswalde aus tätig wurde. Der Kompromiss mit den Schmiedebergern bestand darin, dass die Mitglieder ihrer Ortsgruppe faktisch alle Funktionen innerhalb der

---

Ackermann-Gruppe in Dresden, am 17. Juni 1945. Sie musste vor allem den sozialdemokratischen Bestrebungen entgegenwirken, eine große sozialistische Einheitspartei zu gründen. Vgl. Walter u.a. 1993, S. 121 ff.

<sup>241</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/009.

<sup>242</sup> Ebenda.

<sup>243</sup> Ebenda.

<sup>244</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/013.

<sup>245</sup> Obwohl Matern ursprünglich selbst vor den Genossen in Dippoldiswalde referieren wollte, schickte er einen Vertreter zu dieser Funktionärskonferenz, der über die Geschichte der KPD sprach. Der Kommandant übernahm es, die allgemeinen Aufgaben der KPD zu erklären, während Landrat Rudolf Grimmer sich zu organisatorischen Fragen der Verwaltung äußerte. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/009.

Donth zufolge soll es Hermann Matern gewesen sein, der die Macht Arthur Grimms als Unterbezirksleiter in Dippoldiswalde einschränken wollte. Meine Nachforschungen ergaben jedoch, dass Matern in diesem Zeitraum weder Dippoldiswalde noch Schmiedeberg bereist hat, sondern Richard Leppi hinschickte. Dass dieser in Materns Interesse handelte, soll jedoch nicht ausgeschlossen werden. Vgl. Donth 1995.

UBL übernahmen.<sup>246</sup> Doch schon wenige Wochen später versuchten die Dresdner Genossen den gefundenen Kompromiss zu revidieren, indem sie für den 5. August 1945 eine erneute Leitungswahl ansetzten. Nun mussten sich die Schmiedeberger den UBL-Vorstand mit Dippoldiswalder Genossen teilen, wenn auch Arthur Grimmer in seiner Funktion bestätigt wurde. Zusätzlich übernahmen zwei Genossen, die die KPD-Bezirksleitung Dresden zur Parteiarbeit in dieser Region bestimmt hatte, die wichtigen Funktionen der Organisations- und Kaderarbeit sowie das Ressort „Agitation und Propaganda“. Obwohl Arthur Grimmer nun von zwei Dresdner Genossen kontrolliert wurde, stellte er noch lange einen Unsicherheitsfaktor für die offizielle KPD-Politik dar. Deshalb erhielt er im Dezember 1945 eine Delegation zur Parteschule, womit er endgültig und umfassend auf Parteilinie gebracht werden sollte. Vielleicht wurde erwogen, ihn auf diese Weise als Leiter des KPD-Unterbezirks Dippoldiswalde abzusetzen. Die Bezirkskaderabteilung in Dresden plante in diesem Zusammenhang, den beiden in den Landkreis Dippoldiswalde „importierten“ Genossen die Funktion Grimms zu übertragen.<sup>247</sup> Diese Pläne wurden jedoch wieder fallengelassen; Grimmer unterzeichnete auch im Januar und den Folgemonaten als Unterbezirksleiter für seinen Kreis. Die Bezirksleitung Dresden beließ ihn deshalb in dieser Funktion, um künftig größere Friktionen mit dem teilweise recht widerspenstigen Parteibeirk zu vermeiden. Außerdem stellten Arthur Grimmer und sein als Landrat Integrationsfiguren für den Widerstandskampf und für den Neuanfang dar.

### *Zusammenfassung*

So wie die Pirnaer Antifaschisten für einen Neuanfang nach sowjetischem Vorbild eintraten, propagierten auch die Schmiederberger Antifaschisten des „Sozialistischen Komitees“, wie die Namensgebung verriet, die Einführung des Sozialismus. Viele ihrer Mitglieder hatten schon während der Illegalität intensiv zusammengearbeitet und überregional in Kontakt zur 1943/44 wichtigsten innerdeutschen Widerstandsgruppe um Saefkow gestanden. Die sowjetischen Besatzungsbehörden

---

<sup>246</sup> So wurde Arthur Grimmer Politleiter der UBL Dippoldiswalde, Martin Löwe Organisationsleiter, Hans Diener übernahm die Aufgaben für Agitation und Propaganda und Max Hofmann die des Kassierers. Vgl. Ebenda.

und die zentralen Parteinstanzen der Exil-KPD wurden auf den „Schmiedeberger Sozialismus“ erst aufmerksam, nachdem sich die Lokalfunktionäre an den Dresdner Stadtkommandanten gewandt hatten.

Daraufhin machten die sowjetischen Militärbehörden den Kreiskommandanten von Dippoldiswalde auf seine Zuständigkeiten für das gesamte Verwaltungsgebiet aufmerksam. Obwohl er anordnete, sämtliche den Sozialismus in der Region repräsentierenden Maßnahmen der Schmiedeberger Antifaschisten rückgängig zu machen, erwies sich dies als ein - im Vergleich zu Pirna – verhältnismäßig langer Prozess. Erst nachdem einer der führenden Lokalfunktionäre als offizieller Landrat eingesetzt wurde, konnte sich der Kommandant auf dessen Loyalität hinsichtlich seiner Anordnungen verlassen.

Die Funktionäre der Dresdner KPD-Bezirksleitung mussten, nachdem ein Teil des „Sozialistischen Komitees“ verwaltungsmäßig integriert war, die politische Einbindung der Schmiedeberger Revolutionäre leisten. Dabei versicherte sich die Bezirksleitung der KPD auf der ersten offiziellen KPD-Funktionärskonferenz der Autorität der Besatzungsmacht, indem der Kommandant und nicht sie die Aufgaben der KPD erläuterte. Nachdem die ersten Integrationsangebote der Exil-KPD, die in der Aufklärungsarbeit über die KPD und den Wiederaufbau bestanden, ergebnislos blieben, wurden personelle Veränderungen vorgenommen. So wechselte die Zusammensetzung der KPD-Unterbezirksleitung Dippoldiswalde mehrmals, wobei die Präsenz der Schmiedeberger sukzessiv eingeschränkt wurde. Zunächst erhielten führende Funktionäre aus Dippoldiswalde Ämter, um sich so deren Loyalität für zentrale Parteientscheidungen zu sichern. Dann wurden zwei Genossen der Dresdner Bezirksleitung in die UBL integriert, die vor allem Kontroll- und Transmissionsfunktionen wahrnehmen sollten. Um jedoch die Früchte der lokalen KPD-Arbeit, die sich in einem relativ großen Mitgliederzulauf widerspiegelte, nicht zu gefährden, wurden die Lokalfunktionäre nach Parteischulungen an der Basis belassen.

---

<sup>247</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/B/013.

### 3.2.4 Die Kommunistische Stadt-Partei Meißen

#### *Die Kommunistische Partei Meißen*

Die Lokalfunktionäre von Meißen traten nur wenige Tage nach Kriegsende als Kommunistische Stadt-Partei an die Öffentlichkeit. Nachdem die Rote Armee am 7. und 8. Mai 1945 in Meißen<sup>248</sup> eingezogen war, bildeten ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten eine „Verhandlungskommission“, die mit dem neuen Stadtkommandanten in Verbindung trat. Am 9. Mai 1945 sprachen sechs Meißner Bürger, von denen einer nachweisbar der KPD und zwei der SPD angehört hatten<sup>249</sup>, bei der sowjetischen Kommandantur vor. Im Resultat dieser Zusammenkunft ernannte der russische Kommandant den Kommunisten Albert Mücke<sup>250</sup> zum Bürgermeister und den Sozialdemokraten Willy Anker<sup>251</sup> zu dessen Stellvertreter.

Noch in den Nachmittagsstunden des 9. Mai tagte die neue Stadtverwaltung unter Anwesenheit von 41 Meißner Bürgern.<sup>252</sup> Bürgermeister Mücke teilte nach einer

---

<sup>248</sup> Das in den 20er Jahren sozialdemokratisch regierte Meißen zählte in diesen Jahren ungefähr 41 600 Einwohner. Noch 1932 wurde die SPD in Meißen stärkste Partei, gefolgt von der NSDAP und der KPD, die im Vergleich zu den Sozialdemokraten jedoch nur knapp ein Drittel der Stimmen erringen konnte.

Während des Krieges wurde die Bistums- und Porzellanstadt kaum durch alliierte Bombenangriffe zerstört. Im Februar 1945 musste Meißen 18 000 Dresdner Bombenopfer aufnehmen, sodass die Einwohnerzahl auf ca. 60 000 anwuchs.

Im April 1945 hatte der Festungskommandant die partielle Sprengung von Elbbrücken befohlen, wodurch ca. 3 900 Wohnungen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Vgl. Naumann 1993, S. 181, S. 190, S. 200.

<sup>249</sup> Der Kommission gehörten Albert Mücke (KPD), Willy Anker (SPD), Willy Eichler, Hermann Lorenz, Willy Vogel (SPD) und (Felix) Richter an. Vgl. StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 41.

<sup>250</sup> Albert Mücke, geb. 1894, seit 1923 Lehrer in Meißen, vermutlich ab 1933 Verhaftungen und andere Maßregelungen. Vgl. StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 44.

<sup>251</sup> Willy Anker, geb. 1885, Drechsler, 1907 SPD, 1923-1933 Vorsitzender der Meißner SPD, ab 1933 Verhaftungen, Polizeiaufsicht, Konzentrationslager, Arbeit als kaufmännischer Angestellter, 1944 erneute Verhaftung im Zusammenhang mit dem Hitlerattentat am 20. Juli 1944. Als am 6. Mai 1945 der Meißner Stadtrat noch einmal tagte, um die Bevölkerung anschließend zum Verlassen der Stadt aufzufordern, erschien Anker als „bevollmächtigter Vertreter der Bevölkerung Meißen“ zu dieser Beratung. Nach deren Ende forderte der Wehrmachtskommandant das vor dem Rathaus versammelte Volk auf, die Stadt unverzüglich zu verlassen. Dem trat Anker trotz drohender sofortiger Erschießung entgegen. Er rief dazu auf, diesem Befehl nicht nachzukommen, den Widerstand gegen die Rote Armee einzustellen und deren Einmarsch ruhig abzuwarten. Warum aufgrund dieses Auftritts Mücke und nicht Anker zum Bürgermeister berufen wurde, war weder den Akten des Stadtarchivs noch denen russischer Archive zu entnehmen. Vgl. StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 41, B44; Naumann 1993, S. 200.

<sup>252</sup> Ob außer Sozialdemokraten und Kommunisten auch Vertreter anderer politischer Gruppen der Versammlung beiwohnten, wurde im Protokoll nicht vermerkt, ebenso wenig die Anzahl



kurzen Eröffnung den Versammelten die Bildung der provisorischen Stadtverwaltung mit und gab die Zusammensetzung der Dezernate bekannt, die sich überwiegend an den alten Verwaltungsstrukturen orientierten.<sup>253</sup>

Einen Tag später „revolutionierte“ sich die neue Stadtverwaltung selbst. Die Stadträte nannten sich fortan - ähnlich wie in Schmiedeberg - „Kommissare“ und die Stadtverwaltung wurde zur „Zentrale der Stadtverwaltung“. Ab dem 11. Mai sollten sich die Meißner mit „Rot Front!“ begrüßen. Ferner wurde die rote Beflaggung öffentlicher Gebäude angeordnet. Hierfür sollten die Fahnen nach Möglichkeit mit dem sowjetischen Emblem, Hammer und Sichel, versehen sein. Außerdem erfolgte die Umbenennung zahlreicher Straßen.<sup>254</sup>

Diese zweite Zusammenkunft der neuen Meißner Stadtverwaltung kann auch als *das* Gründungsdatum der Kommunistischen Partei Meißens verstanden werden. Die anwesenden „Kommissare“ beschlossen in diesem Zusammenhang, die Arbeit der Kirchen so lange zu tolerieren, wie diese sich nicht politisch betätigten. Dazu wurde vermerkt: „Die Partei will tolerant sein und nicht aufgrund ihrer politischen Macht gegen Andersdenkende vorgehen.“<sup>255</sup> Die Antifaschisten Meißens unterschieden nicht zwischen den Aufgaben einer Stadtverwaltung und denen einer Partei, vielmehr nahmen sie das später in der SBZ/DDR praktizierte Modell der Staats- bzw. Stadtpartei vorweg. Deshalb wurden sämtliche Dokumente mit zwei Stempeln versehen, mit dem des Bürgermeisters der Stadt und mit dem der KPD Meißens. Auch die Stempel wiesen ein sowjettypisches Emblem auf, sie schmückte ein „fünfzackiger Stern“<sup>256</sup>. Die Meißner Antifaschisten waren fest davon überzeugt, dass es nach Kriegsende gar nicht anders sein könnte, als dass ein Räte- bzw.

---

ehemaliger Sozialdemokraten und Kommunisten. Letzteres festzuhalten war in den Augen der Antifaschisten wohl nicht unbedingt nötig, weil die Sozialdemokraten geschlossen der KPD beitraten. Vgl. StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 9.

<sup>253</sup> Franz Lorenz wurde Stadtrat für Ernährung und Heizstoffbeschaffung, Stadtschulrat Lang übernahm das Schulamt, Hans Hackebeil die Abteilung Gesundheitswesen. Mücke führte einen Herrn Knoch als Stadtrat für Städtisches Bauwesen und Städtische Betriebe ins Amt ein. Felix Richter wurde die Leitung des Arbeitsamtes übertragen. Vgl. StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 9.

<sup>254</sup> „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißens“ Nr. 1 vom 11. Mai 1945; RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 321 sowie d. 392; Bericht Statutows an Semjonow, Anfang Juni 1945, abgedruckt in Kynin/Laufer 2000, S 150ff.

<sup>255</sup> StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 9.

<sup>256</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 321 sowie d. 392.

Sowjetdeutschland aufgebaut würde.<sup>257</sup> Der Kommunistischen Partei Meißen traten auch ehemalige Sozialdemokraten bei, die das als einen konsequenten Schritt aus der Vergangenheit verstanden.<sup>258</sup> Über das Ausmaß ihrer Veränderungen waren sie sich durchaus bewusst. Neben dem „Aufruf an die Bevölkerung“, der in der ersten Ausgabe der „Volksstimme“ am 11. Mai 1945 veröffentlicht wurde, platzierten sie ihr revolutionäres Motto:

„Wir sind rücksichtslos,  
Wir verlangen keine Rücksicht von Euch,  
Wenn die Reihe an uns kommt,  
Wir werden den Terrorismus nicht beschönigen.  
(Karl Marx, letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung,  
18. Mai 1849)“<sup>259</sup>

Die eingetretenen Veränderungen, sei es nun allgemein das Kriegsende und speziell die neue Situation innerhalb der Stadt, wurden in der gleichen Ausgabe der „Volksstimme“ als „restlos vollzogene Umwälzung“ dargestellt.

In den folgenden Ausgaben der von der KP Meißen herausgegebenen „Volksstimme“ plädierten führende Vertreter der neuen Stadt-Partei für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands. Diese Aufgabe war vor allem der kommunistischen Partei vorbehalten, die jedoch auf die Mithilfe aufbauwilliger demokratischer Kräfte angewiesen war. Die Argumentation entsprach in ihren Grundzügen den Volksfrontkonzepten, die Anfang der dreißiger Jahre von der KPD propagiert wurden.<sup>260</sup> Ein zweiter nicht unwesentlicher Aspekt war das Schuldbekenntnis und die daraus erwachsende Bereitschaft zu dessen Tilgung bzw. zur Wiedergutmachung.<sup>261</sup>

---

<sup>257</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4109/5, „Über meine Erlebnisse und Erfahrungen in Meißen im Mai 1945“, Blatt 117.

Die Mitarbeiter des Außenministeriums, die im Mai 1945 durch Sachsen reisten, berichteten, wie der Bericht Statutows an Semjonow Anfang Juni 1945 zeigte, von ähnlichen Tendenzen. Vgl. Kynin/Lauffer 2000, S. 150 ff.

<sup>258</sup> StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 29.

<sup>259</sup> „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißens“ Nr. 1 vom 11. Mai 1945.

<sup>260</sup> Die Meißener Antifaschisten sahen das künftige Deutschland unter der Herrschaft der Werktätigen, die im allgemeinen Volksinteresse agieren sollten.

<sup>261</sup> Vgl. Hans Lämmer, „Stalin oder Hitler!“ in: „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißens“ Nr. 2 vom 12. Mai 1945; Hermann Lorenz, „Ein 1918 kommt nicht wieder!“ in: „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt

Trotz der „revolutionären Umwälzung“ mussten die Einwohner der Stadt, die seit dem 4. Mai 1945 keine öffentlichen Informationen erhielten, zunächst einmal beruhigt werden: „Für das erste kann kurz gesagt werden, daß alles mögliche getan wird, um alle Einwohner vor weiteren Schäden zu bewahren. Selbst die eigene Polizei wird in wenigen Stunden die Tätigkeit aufnehmen und im Einvernehmen mit der russischen Polizei die Straßenzüge unter Kontrolle nehmen.“<sup>262</sup>

Aber nicht nur die Stadtverwaltung erfuhr Veränderungen. Dem Leiter des Arbeitsamtes wurde die Aufgabe übertragen, für herrenlos gewordene Betriebe sogenannte Betriebskommissare zu ernennen. Kurz danach setzte nicht der Leiter des Arbeitsamtes, sondern der „Industrie-Kommissar“, Ingenieur Gerhard Ziller<sup>263</sup>, die Betriebskommissare ein. Für die Meißner bedeutete das „eine neue Form der Arbeit in den Betrieben“. Die Aufgaben eines Betriebskommissars wurden wie folgt definiert: „Er (Der Betriebskommissar – J.M.) ist in vollem Umfang für das Wohlergehen seiner Betriebsarbeiter verantwortlich, und er hat die Umstellung des Betriebes auf Friedensproduktion zu organisieren.“<sup>264</sup> Diese Form der Betriebsführung muss relativ erfolgreich gewesen sein. Den Meißner Antifaschisten gelang es immerhin, sowohl die Einwohner der Stadt als auch die Flüchtlinge und Durchreisende ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen.<sup>265</sup>

Obwohl den Meißner Antifaschisten, wie noch dargestellt wird, von außen immer wieder Despotismus unterstellt wurde, plädierten sie selbst für Kontrollen von unten

Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißen“ Nr. 3 vom 14. Mai 1945; „Wo stehen die Feinde des deutschen Volkes?“ in: „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißen“ Nr. 5 vom 16. Mai 1945.

<sup>262</sup> „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißen“ Nr. 1 vom 11. Mai 1945.

<sup>263</sup> Gerhard Ziller (1912-1957), 1930 Elektromonteur und technischer Zeichner, Abendschule zum Maschinenbauingenieur, 1927 KJVD und DMV, 1930 KPD und RGO, 1931 Studienreisen in die Schweiz, nach Italien, Frankreich, Spanien und Belgien, 1930-1933 Redakteur der KPD-Zeitung „Arbeiterstimme“, 1934/35 Zuchthaus Waldheim, Mitglied der Widerstandsgruppe Anton Saefkow, 1944/45 KZ Sachsenhausen, Gefängnis Leipzig

1945 Stadtrat für Wirtschaft in Meißen, 1945/46 Ministerialrat und Leiter der Abteilung Kohle, Treibstoff, Energie im Ressort Wirtschaft und Arbeit der LV Sachsen, 1946 SED, 1950-1953 Minister für Maschinenbau der DDR, 1953 Mitglied und Sekretär für Wirtschaft im ZK der SED, 1953-1957 Abgeordneter der Volkskammer, 1957 Selbstmord nach einer Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik und Kritik an Walter Ulbricht, Kontakte zu Karl Schirdewan und Ernst Wollweber. Vgl. Müller-Enbergs 2000, S. 952; Schirdewan 1994.

<sup>264</sup> „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißen“ Nr. 5 vom 16. Mai 1945 und Nr. 6 vom 17. Mai 1945.

<sup>265</sup> Berichte wie aus Görlitz, wo der Kommandant zuerst Abhilfe bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln versprach, die dann nicht einsetzte, existieren für Meißen nicht.

und proklamierten Maßnahmen zur demokratischen Selbsthilfe. Diese Aufgaben sollten Komitees und andere Selbsthilfeorganisationen übernehmen, denen aufgrund ihrer Strukturen zugetraut und aufgetragen wurde, unverzüglich wirtschaftliche und politische Sofortmaßnahmen einzuleiten. Der notwendigen politischen Massenbasis wollten sich die Meißner Antifaschisten durch Gründungen von Gewerkschaften, kommunistischen Zellen und kommunistischen Jugendgruppen versichern.<sup>266</sup>

### *Die Besatzungsmacht*

Seit dem 7. Mai 1945 stand Meißen unter sowjetischer Besatzung, deren Soldaten die Stadt zwei Tage lang plünderten.<sup>267</sup> Nach Abzug der Fronttruppen begann die Einheit, die mit den Besatzungsaufgaben in Meißen betraut war, mit dem Aufbau der Stadtverwaltung. Dem neuen Kommandanten, der sich wahrscheinlich seit dem 8. oder 9. Mai in der Stadt aufhielt, war die „Kommission“ Meißner Bürger willkommen, um sie mit den Geschäften der Stadtverwaltung zu beauftragen<sup>268</sup>. Über die vorherige Einweisung des Kommandanten in sein künftiges Arbeitsgebiet kann nur spekuliert werden. Entgegen allen bisherigen Praktiken in anderen sächsischen Städten, die von der 1. Ukrainischen Front besetzt wurde, berief er einen ehemaligen Kommunisten als Bürgermeister und einen Sozialdemokraten als Stellvertreter.<sup>269</sup> Das legt den Schluss nahe, dass sich der Kommandant bei der Ämterverteilung eher von früherer Parteimitgliedschaft leiten ließ als von ersten antifaschistischen Aktivitäten oder gar von politischen Traditionen der Weimarer Republik.

In den ersten vier Wochen seiner Amtszeit billigte Kommandant Bominow nicht nur die Herausgabe der „Volksstimme“, die Bildung und Bewaffnung einer Polizei, die sich in der Folge „Sicherheitsdienst“ nannte, die Enteignung von Häusern und die Festnahme „aktiver Nazis“, sondern auch die Aktivitäten der Kommunisten, die

---

<sup>266</sup> „Wo stehen die Feinde des deutschen Volkes?“ in: „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißens“ Nr. 5. Vom 16. Mai 1945. Vgl. Bericht Statutowits an Semjonow Anfang Juni 1945, wo der Inhalt zweier Flugblätter abgedruckt wurde. Kynin/Laufer 2000, S. 150 ff.

<sup>267</sup> Naumann 1993, S. 200 f.

<sup>268</sup> StA Meißen, Rep I/Soz., Abt. Bürgermeister, B 9, B 41, B 44, „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber: Kommunistische Partei Meißens“, Nr.1 vom 11. Mai 1945.

<sup>269</sup> Ob die Mitglieder der Kommission erwähnt haben, dass es Willy Anker war, der am 6. Mai die Bevölkerung von der Flucht abgehalten hat, ist unbekannt.

Stadtverwaltung nach sowjetischem Vorbild der zwanziger und dreißiger Jahre zu transformieren.<sup>270</sup>

Er erfüllte jedoch auch Anweisungen seiner Vorgesetzten, indem er zur Wiederaufnahme der Produktion und zur Abgabe aller Waffen aufrief. Die Willkür seiner Truppe hinsichtlich ausufernder Beschlagnahmen beschränkte er mit Ausweisen.<sup>271</sup> Für den 18. Mai 1945 hatte sich sein Stellvertreter und Politoffizier, Major Gutschenko, bereit erklärt, auf einer Versammlung „zum antifaschistischen Teil der Bevölkerung“ zu sprechen.<sup>272</sup> Der „Volksstimme“ vom 19. Mai 1945 war zu entnehmen, dass Major Gutschenko und Major Bominow – in dieser Reihenfolge – zur Kundgebung geladen hatten, was den Eindruck erweckt, dass Gutschenko der eigentliche Stadtkommandant war<sup>273</sup>, was noch durch die Rede Gutschenkos verstärkt wurde. Er wandte sich an die „Deutschen Frauen und Männer, Arbeiter, Bauern und Vertreter anderer demokratischer Parteien“<sup>274</sup> und wies darauf hin, dass Deutschland nur so lange unter ihrer Kontrolle stünde, bis der Faschismus völlig ausgerottet sei. In einer weiteren Versammlung unterstrich der Politoffizier, den Deutschen keine sowjetischen Ansichten aufdrängen zu wollen.<sup>275</sup> Dies geschah ungefähr drei Wochen nach der Besatzungsübernahme, zu einem Zeitpunkt, als sowohl die GlawPURKKA als auch die Vertreter des Außenministeriums auf das „Rote Meißen“ aufmerksam wurden.<sup>276</sup>

Ackermann, selbst Mitarbeiter der GlawPURKKA, konstatierte, dass der Kommandant stolz auf das örtliche „Sowjetorgan“ und auf die als einzig zugelassene und aktive „revolutionäre Partei“ war.<sup>277</sup> Ackermann kritisierte, „daß es sich hierbei

<sup>270</sup> Vgl. hierzu auch Naimark 1997 S. 335 ff.

<sup>271</sup> Hinweise darüber, ob die Willkür seiner Truppe damit tatsächlich eingeschränkt wurde, fanden sich jedoch nicht.

<sup>272</sup> StA Meißen, Rep. I/Soz., Abt. Bürgermeister, B 9.

<sup>273</sup> In einem anderen Protokoll wurde Gutschenko jedoch als „Polit-Kommissar“ erwähnt, der Gespräche mit Meißener Sozialdemokraten führte, damit diese eine eigene Partei gründeten. StA Meißen, Rep. I/Soz., Abt. Bürgermeister B 29.

<sup>274</sup> Sonderausgabe zur „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißens“ Nr. 8 vom 19. Mai 1945.

<sup>275</sup> „Die Rote Armee will euch nicht die Meinung Rußlands aufzwingen! Wir sollten ein demokratisches Deutschland wieder erstehen lassen und dass alle Nationalitäten ein und dasselbe Recht haben.“ Vgl. „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißens“ Nr. 9 vom 22. Mai 1945.

<sup>276</sup> Vgl. Naimark 1997, S. 335ff; Kynin/Laufer 2000, S. 150 ff.

<sup>277</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4109/5, „Über meine Erlebnisse und Erfahrungen in Meißen im Mai 1945“, Blatt 115.

um einen ernsten Verstoß gegen die Befehle und Weisungen des sowjetischen Oberkommandos und um einen Ausnahmefall handelte.(...) Es konnte mit sowjetischen Kommandanten und Politoffizieren einzelne Meinungsverschiedenheiten über die personelle Zusammensetzung des örtlichen Organs oder über die Eignung einzelner Einwohner für ihr Amt geben, aber – außer dem Fall in Meißen – nie über die politische Grundorientierung.<sup>278</sup> Ackermanns erste Bemühungen, die Zusammensetzung der Stadtverwaltung nach den zentralen Vorgaben zu revidieren und die KPD-Parteigruppe aufzulösen, ließen den Meißner Stadtkommandanten offensichtlich unberührt. Deshalb mussten Militärangehörige der GlawPURKKA den Kommandanten auf die sich aus den Zugeständnissen an die deutschen Kommunisten ergebenden Probleme aufmerksam machen.<sup>279</sup> Auch die nach Deutschland geschickten Mitarbeiter des Außenministeriums kontrollierten die Kommandanturen. In Meißen sprachen sie mit dem stellvertretenden Kommandanten, der sich bis dahin nicht für die Inhalte der Aushänge und Flugblätter interessierte hatte, die von der Kommunistischen Stadtpartei publiziert wurden. Angeblich waren der Kommandantur auch die Unterzeichner der Aushänge und Flugblätter nicht bekannt.<sup>280</sup>

Danach wurden Anfang Juni 1945 die Partei- und Jugendorganisation der Meißner Kommunisten aufgelöst, die Herausgabe der Zeitung eingestellt und die kommunale Selbstverwaltung nach dem für das Besatzungsgebiet üblichen Prinzip aufgebaut.<sup>281</sup> Das alles gestaltete sich keineswegs so einfach, wie es die Berichte des Stellvertreters der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee vermitteln.<sup>282</sup>

---

<sup>278</sup> Ebenda, Blatt 115f.

<sup>279</sup> Naimark 1997, S. 336.

<sup>280</sup> Bericht Statutows an Semjonow Anfang Juni 1945. Vgl. Kynin/Laufer 2000, S. 150ff.

<sup>281</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 321.

<sup>282</sup> Lediglich der Bericht Statutows an Semjonow, Anfang Juni 1945, verweist auf die Probleme in Meißen. Obwohl Ackermann bereits in der Stadt gewesen war und sich zwei Stunden lang mit den Kommunisten auseinandergesetzt hatte, nannte sich die Abteilung für Industrie beim Bürgermeister beispielsweise noch immer „Industriekommissariat“, trotz der ergangenen „Instruktionen über die Struktur der Bürgeradministration“. Vgl. Kynin/Laufer 2000, S. 150 ff.

*Die Eingliederung Meißen in die politischen Nachkriegsstrukturen der SBZ*

Obwohl Meißen nur 25 Kilometer nordwestlich der sächsischen Landeshauptstadt Dresden liegt, kam Ackermann erst in der zweiten Maihälfte<sup>283</sup> in das Elbestädtchen. Er rechtfertigte das damit, dass „aus dieser Stadt nicht ähnlich alarmierende Nachrichten über die Lebensmittelversorgung vorlagen wie aus einer Reihe von anderen Orten.“<sup>284</sup>

Bürgermeister Mücke vermerkte auf der Stadtratssitzung vom 24. Mai die Anwesenheit zweier sowjetischer Offiziere und Zivilisten, die aller Wahrscheinlichkeit nach Vertreter des Außenministeriums waren.<sup>285</sup> Nur zwei Tage später erfolgte auf Anweisung des Kommandanten die Neugliederung der Stadtverwaltung. Sie entsprach nun dem zentral vorgegebenen Verwaltungsaufbau, was jedoch keine gravierenden personellen Veränderungen zur Folge hatte. Mücke und Anker nannten sich fortan Erster und Zweiter Bürgermeister, ihnen folgten neben dem Sicherheitsdienst statt der „Kommissare“ nun Abteilungsleiter. Lediglich zwei Dezernate, das für Finanzen und das Verwaltungs- und Personalamt, wurden mit Vertretern ehemaliger bürgerlicher Parteien neu besetzt.<sup>286</sup> Das bedeutete, dass die Offiziere der GlawPURKKA und Ackermann in der bis dato bestehenden Meißner Stadtverwaltung ihre Grundstrukturen, die u.a. in den KPD-Richtlinien vom 5. April 1945 festgeschrieben waren, durchsetzten, die personelle Zusammensetzung – vorerst - jedoch billigten. Dieser Kompromiss resultierte wahrscheinlich aus dem Bemühen, größere Unruhen und Missstimmungen in der Stadt zu vermeiden.

Grundlegende Personalveränderungen zog die Abberufung des Industriekommissars Ziller nach sich, der in die Wirtschaftsabteilung der neuen sächsischen

---

<sup>283</sup> Es ist zu vermuten, dass sich Ackermann erstmals am 17. Mai 1945 in Meißen aufhielt, erwähnte er doch in seinem Bericht an die Glaw-PURKKA sechs Ausgaben der Meißner „Volksstimme“, deren sechste Ausgabe am 17. Mai 1945 erschienen war. Dass er erst am 23. und 24. Mai nach Meißen kam und nur auf sechs Ausgaben aufmerksam wurde, scheint mir unwahrscheinlich. Zumal er Vorkenntnisse benötigte, um in Meißen zu den gewünschten Ergebnissen zu kommen. Vgl. RZChilDNI, f. 17, op. 125, d. 392.

<sup>284</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4109/5, „Über meine Erlebnisse und Erfahrungen in Meißen im Mai 1945“, Blatt 114.

<sup>285</sup> Statutow berichtete Semjonow, dass er gemeinsam mit den Vertretern der Kommandantur am Abend seines Besuchs in Meißen „ins Gebäude des Bürgermeisters der Stadt (ging), wo wir acht Personen der örtlichen Kommunisten antrafen, die angeregt irgendein Problem besprachen. Uns wurde die Frage gestellt: ‚Warum verbietet Ackermann die Arbeit der kommunistischen Organisation? Wir haben lange Jahre die Illegalität durchlebt und die Rote Armee erwartet.‘“ Bericht Statutow an Semjonow, Anfang Juni 1945, Vgl. Kynin/Laufer 2000, S. 150 ff.

<sup>286</sup> Vgl. StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 9, Sitzung vom 26.5.1945.

Landesregierung beordert wurde. Dem im Zuge des Aufbaus der Sowjetischen Militäradministration Sachsens neu eingesetzten Politoffizier war es vorbehalten, den Nachfolger Zillers, einen Ortsfremden, im August 1945 in sein Amt einzuführen.<sup>287</sup> Kurze Zeit später stellte der Politoffizier einen zweiten „Personalimport“ vor: Er „ist vom Zentralkomitee der KPD zu uns geschickt worden, um uns in allen Sachen zu helfen. Er ist ein Industriefachmann, ein Wirtschaftsfachmann und solche Leute brauchen wir (...) Auf Befehl des Stadtkommandanten wird (er) bei uns als Wirtschaftsberater beim Oberbürgermeister tätig sein.“<sup>288</sup> Somit wurden zwei Ortsfremde in die Meißner Stadtverwaltung eingesetzt, die scheinbar „nur“ für Wirtschaftsfragen zuständig waren. Der Genosse vom ZK der KPD Berlin sowie seine Beratertätigkeit für Oberbürgermeister Mücke sollten die Unterordnung der Meißner Antifaschisten unter die politischen Gegebenheiten in der SBZ garantieren, zumal sich die Meißner Antifaschisten sehr erfinderisch zeigten, um zentrale Anweisungen zu umgehen.

Großes Interesse hatten die Meißner Antifaschisten an ihrer „Volksstimme“. Um diese wieder erscheinen zu lassen, sprachen sie beim Stadtkommandanten, bei den Redakteuren der Dresdner Tageszeitung und sogar in Berlin vor. Schon unmittelbar nach dem Verbot der „Volksstimme“ erhielten die Meißner die „Amtlichen Anzeigen der Behörden in Meißen Stadt und Land“.<sup>289</sup> Darin wurden jedoch nur Besatzungsangelegenheiten und allgemeine Bekanntmachungen publiziert. Inserate waren noch im Juni 1945 strengstens untersagt. Ab Anfang August 1945 sollten auch amtliche Berichte veröffentlicht werden. Es ist auf die Initiative der beiden Herausgeber der „Amtlichen Anzeigen“, die auch schon die „Volksstimme“ publiziert hatten, zurückzuführen, dass in der Zeit von 15. August bis zum 14. September 1945 im Titel des Anzeigenblattes das Label „Volksstimme“ zu finden war. Aber schon im Spätsommer des Jahres 1945 duldeten übergeordnete Instanzen derartige Eigenmächtigkeiten nicht mehr. In der Stadtratssitzung vom 17. September 1945

---

<sup>287</sup> Der Politoffizier versicherte den Mitgliedern der Stadtverwaltung, dass Herr Frank nun in der Stadt bliebe. Über seine Herkunft und sein Unterstellungsverhältnis waren keine Angaben zu finden. Vgl. StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 9, Blatt 76.

<sup>288</sup> Ebenda.

<sup>289</sup> StA Meißen, Rep. I/Soz, Abt. Bürgermeister B 9. Die erste Ausgabe dieses Amtsblattes erschien bereits am 24. Mai 1945.



wurde bekannt gegeben, dass das Anzeigenblatt sein Erscheinen ersatzlos einstellen musste.<sup>290</sup>

Die Kommunistische Stadt-Partei Meißen agierte in den Stadtteilen über die vier so genannten Kreisparteiorganisationen und vier kommunistischen Jugendgruppen.<sup>291</sup>

Geht man davon aus, dass Ackermann am 17. oder 18. Mai in der Stadt weilte und erste Anweisungen gegeben hat, so zeigten sich die Meißner von seinem Besuch unbeeindruckt. Stattdessen gründeten sie am 18. Mai 1945 die Bezirksleitung der kommunistischen Partei. Der Bezirksleiter referierte über „das Ende der faschistischen Herrschaftsform und die Aufgaben der Partei“ und der Bürgermeister über die Bildung der Stadtverwaltung. Anschließend wurde die Bezirksleitung gewählt.<sup>292</sup> Schon einen Tag nach ihrer Wahl forderte die Bezirksleitung Namens- und Adressenlisten von den Parteiorganisationen der Region an. Für den 20. Mai 1945 luden sie zu einer Großkundgebung. Ackermanns Instruktionen fanden ihren Niederschlag vermutlich im öffentlichen Hinweis auf die Notwendigkeit allgemeiner parteipolitischer Schulungstätigkeit: „Antifaschisten Meißen! Neben all der wichtigen Arbeit zum Wiederaufbau der Verwaltung und der Wirtschaft, besonders der Ernährungswirtschaft, dürfen wir die Parteiarbeit nicht vergessen. All unsere Arbeit muß auf das Ziel ausgerichtet werden, ein demokratisches Deutschland zu schaffen. Um diesen Weg unbeirrt und gradlinig zu gehen, müssen wir mit der politischen Schulung beginnen, die 12 Jahre unterbrochen war.“<sup>293</sup>

Völlig unbeeindruckt zeigten sich die Meißner Antifaschisten von den demokratischen Losungen der Exil-Kommunisten, die vor allem Mücke abtat als

---

<sup>290</sup> Ebenda.

<sup>291</sup> Naimark hingegen führt hierzu aus: „Unter Leitung eines älteren KPD-Veteranen namens Mücke, hatten die örtlichen Kommunisten bis zum Tag der Befreiung vier Parteiorganisationen und vier kommunistische Jugendorganisationen in der Region auf die Beine gestellt.“ Dies erweckt den Eindruck, dass Mücke zwar der Hauptinitiator der KP-Meißen war, die vier Parteiorganisationen jedoch selbständig tätig waren. Möglicherweise ist diese Ungenauigkeit auf einen Übersetzungsfehler zurückzuführen, denn sowohl der Bericht des Stellvertreters der GlawPURKKA Schikin an den Leiter der Verwaltung Agitation und Propaganda beim ZK der WKP(B) vom 1. Juni 1945 (RZChiIDNI, f 17, op. 125, d. 3231) als auch Ackermanns Bericht von der Tätigkeit der KPD in Meißen vom Juni 1945 (RZChiIDNI, f.17, op. 125, d. 392) erwähnen jeweils nur *eine* Parteiorganisation. Vgl. Naimark 1997, S. 335.

<sup>292</sup> Hans Lämmer übernahm die Leitung der KP Meißen, der Landrat wurde Organisationsleiter. Ferner wurden ein Parteileiter der Stadt, ein Verantwortlicher für Agitation und Propaganda sowie der Leiter des KJVD gewählt. Vgl. „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen, Herausgeber Kommunistische Partei Meißen“ Nr. 7 vom 18. Mai 1945.

<sup>293</sup> Vgl. „Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber Kommunistische Partei Meißen“ Nr. 9 vom 22. Mai 1945.

„eine taktische Zweckmäßigkeit (...), für deren Beibehaltung nach dem Einmarsch der Roten Armee keine Notwendigkeit mehr bestünde“.<sup>294</sup>

Am 27. Mai 1945 versuchte Ackermann erneut die Meißner Kommunisten entsprechend der vorgegebenen Linie der Exil-KPD zu beeinflussen. Gegenüber seinen vorgesetzten Dienststellen wies er das als gemeinsam getroffene Entscheidungen aus. KPD und Magistrat sollten unabhängig voneinander arbeiten, um weitere Maßnahmen, die der offiziellen Besatzungspolitik der Roten Armee und der KPD-Gruppe Ackermanns widersprachen, zu unterbinden. Sowjettypische Symbole sollten entfernt werden und die Bezeichnung „Kommissar“ unterbleiben. „Es wird kein Stadtorgan außer dem Magistrat existieren. Wie in den übrigen Städten werden, wenn es notwendig ist, für den Magistrat aus allen Schichten der Bevölkerung Nichtnazis, die das Vertrauen verdienen, zur Arbeit eingesetzt. Die Kandidaten sind vom Militärkommandanten zu bestätigen.“<sup>295</sup>

Dann erfolgte die Anordnung, dass die kommunistischen Organisationen und Komitees ihre Tätigkeit beenden sollten. Ackermann verglich also die Meißner Stadt-Partei mit den ihm bekannten Antifa-Gruppen. Während Ulbricht im Mai 1945 zu der Erkenntnis kam, dass nur Parteien und Massenorganisationen das politische Potential der Bevölkerung kanalisieren können, folgerte Ackermann: „Die Lage in Meißen zeugt noch einmal von der Notwendigkeit, keinerlei Parteien und Organisationen zuzulassen, solange die politische Atmosphäre dafür nicht gegeben ist“.<sup>296</sup>

Im August berichtete der im Zuge der Konstituierung der SMAS neu eingesetzte Kommandant über „verschiedene Ansichten“ der Meißner Kommunisten, „die noch nach alten Ideen leben, sie sind zurückgeblieben, haben die Verbindung zur Wirklichkeit verloren und verstehen die aktuellen Ereignisse nicht.“<sup>297</sup> Die Meißner KPD-Leitung bestand noch. Zu Funktionärskonferenzen erschienen regelmäßig

---

<sup>294</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4109/5, „Über meine Erlebnisse und Erfahrungen in Meißen im Mai 1945“, Blatt 118.

<sup>295</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 392.

<sup>296</sup> Ebenda.

<sup>297</sup> Ein KPD-Mitglied hatte bei ihm angefragt, warum die Sowjetunion Deutschland nicht nach den selben Kriterien wie die Ukraine aufnahm. Vgl. GARF, f. 7212, op. 1, d. 9.

Vertreter der sächsischen KPD-Bezirksleitung, um die politischen Ansichten der Lokalkommunisten zu kontrollieren und, wenn notwendig, zu korrigieren.<sup>298</sup>

Obwohl Ende Mai Parteien noch nicht erlaubt waren, traf sich der Politoffizier mit exponierten Sozialdemokraten, die der Kommunistischen Stadt-Partei beigetreten waren, sie von der Notwendigkeit überzeugend, wenn, dann eine eigene Partei zu gründen. Die sozialdemokratischen Lokalfunktionäre argumentierten vergeblich für eine einheitliche Arbeiterpartei. Der Politoffizier ließ keinen Zweifel daran, dass diese unerwünscht sei. Wenn überhaupt, würde eine Fusion beider Parteien „von oben zentral organisiert werden.“<sup>299</sup> Um sich der Bevölkerung zu versichern, legte er den Meißner Sozialdemokraten nahe, auf freundschaftlicher Basis mit den Lokalkommunisten zusammenzuarbeiten, gemeinsam die Mitgliederliste und die politische Arbeit zu überprüfen, um notwendige Ergänzungen vornehmen und Mängel korrigieren zu können. „Im Rahmen der früheren Organisation der S.P.D. kann weiter gearbeitet werden. Die Aufnahme neuer Mitglieder hat aber vorläufig zu unterbleiben.“ Der künftige deutsche Staat sollte „nach dem Muster der Weimarer Republik neu aufgebaut werden“, und es war die Aufgabe der Parteien, diesen Neuaufbau zu unterstützen.

Obwohl die Stadtkommandantur sich noch im Mai für eine eigenständige sozialdemokratische Ortsgruppe ausgesprochen hatte, zeigte sich die durch die SMAS neu eingerichtete Kommandantur über den vergleichsweise zur KPD größeren Mitgliederzulauf zur SPD beunruhigt. Gegenüber den übergeordneten sowjetischen Behörden wurde diese Tatsache aber sofort wieder relativiert, indem die Organisation als „verschwommen“ charakterisiert wurde. Bei weiteren Problemen mit den Meißner Sozialdemokraten wollte sich der Kommandant an die KPD-Bezirksleitung Sachsen wenden.<sup>300</sup>

### *Zusammenfassung*

Es wurde deutlich, dass sich die Meißner Antifaschisten nicht so schnell wie anderswo in die von der Besatzungsmacht und von der KPD-Gruppe um

---

<sup>298</sup> Ebenda.

<sup>299</sup> Hierfür und im Folgenden: StA Meißen, I/Soz, Abt. Bürgermeister B 29, Blatt 83ff.

<sup>300</sup> GARF, f. 7212, op. 1, d. 9.

Ackermann avisierten Strukturen einpassen wollten und sich diese Bemühungen letztlich bis August/September 1945 hinzogen.

Der erste Stadtkommandant, der längere Zeit die Besatzungsgeschäfte in Meißen wahrnehmen musste, war entweder auf diese Aufgaben nicht genügend vorbereitet oder vertrat die Ansicht, mit den ihm übertragenen Machtbefugnissen eigenständig handeln zu können. Offiziere, die ihn im Juli/August 1945 im Namen der SMAS ablösten, bemühten sich, ihr Besatzungsgebiet so rasch wie möglich an die vorgegebenen Strukturen anzupassen, um Maßregelungen von sowjetischen Institutionen vorzubeugen.<sup>301</sup>

Außerdem wurde erkennbar, dass die Offiziere der GlawPURKKA über wesentlich bessere Verbindungen zur deutschen Bevölkerung verfügten, weil sie als Politoffiziere ständig mit dieser Kontakt hatten. So entstand bei den Deutschen nicht selten der Eindruck, dass die Politoffiziere die eigentlichen Stadtkommandanten seien.

Die Eingliederung der Meißner Nachkriegsverwaltung und der Lokalparteien erfolgte auf ähnliche Weise wie in Pirna oder Schmiedeberg. Ackermann brachte ihm geeignet erscheinende Mitstreiter des NKFD oder aus dem Moskauer Exil heimgekehrte Kommunisten in jeweils verantwortliche Positionen innerhalb der Kommunalverwaltung und/oder der Leitungen der KPD. Da sich die Sozialdemokraten in Meißen relativ lange gegen eine eigene Partei wehrten, wurde ihre Gründung beharrlich von außen angeregt, jedoch nicht wie am Beispiel der Dresdner SPD durch Kommunisten, sondern durch den Politoffizier der Kommandantur.

---

<sup>301</sup> GARF, f. 7212, op. 1, d. 9.

### 3.2.5 Resümee

Die untersuchten sächsischen Kleinstädte belegen die lokale Tätigkeit der Antifa. Alle Ausschüsse und Komitees wurden im Zusammenspiel von sowjetischer Besatzungsmacht und der Ackermann-Gruppe aufgelöst. Görlitz stand stellvertretend für die sächsischen Städte, in denen Ackermann seine Mitarbeiter einsetzte.

Obwohl sich kaum Hinweise über die Arbeit der Kommandanturen fanden, entstand der Eindruck, dass die sowjetischen Kommandanten, die ihnen zur Verwaltung unterstellte Stadt als ihren Stadtstaat verstanden, in der sie uneingeschränkte Weisungsmacht hatten. Zwar gab es Anweisungen zur Besatzung, doch diese ließen aufgrund ihrer Allgemeinheit genügend Raum für Eigenmacht und Willkür der Kommandanten. Die Anweisungen des Militärs bezogen sich in der Regel auf den Neuaufbau der deutschen Auftragsverwaltungen.<sup>302</sup> Es muss jedoch auch zentrale Instruktionen für die Umsetzung der Jaltaer Beschlüsse gegeben haben. So ordneten die Kommandanten die Auflösung der NSDAP und ihrer Nachfolgegliederungen sowie die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetzgebung an. An deren Stelle sollten wieder die Gesetze der Weimarer Republik treten, die um wichtige Anweisungen der Besatzungsmacht ergänzt wurden. Weil sich die Alliierten in Jalta auf keine Regierungsform für das besetzte Deutschland einigen konnten, waren auch in der sowjetischen Besatzungszone politische Aktivitäten zunächst unerwünscht, wie Görlitz unterstreicht. Dass es in den anderen aufgeführten Städten trotzdem zur Antifa-Arbeit kam, hing mit dem Selbstverständnis der sowjetischen Offiziere zusammen. Der Auflösung der lokalen Antifa-Gruppen ging immer eine Disziplinierung der Kommandanturen voran. Die Stadtkommandanten erhielten den Befehl, die Arbeit der Stadtverwaltungen zu kontrollieren, unliebsame Antifa-Aktivitäten zu untersagen und Eigenmächtigkeiten künftig zu unterlassen. Das Verbot antifaschistischer Ausschüsse überbrachte fast immer der gerade eingesetzte Stellvertreter des Kommandanten für Zivilangelegenheiten. Dieser unterstand wie die Ackermann-Mitglieder der GlawPURKKA, die die Disziplinierung letztlich vornahm.

---

<sup>302</sup> Siehe Kapitel 1.

Auffällig war, dass die ersten Stadtkommandanten für die sächsischen Städte in der Regel bis zum Aufbau der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen diese Funktion ausübten. Sie waren also ca. sechs bis acht Wochen vor Ort, ehe sie von den Mitarbeitern der SMA abgelöst wurden. Für die deutschen Antifaschisten und die Bevölkerung bedeutete dieser Umstand ein Mindestmaß an Kontinuität in der Besetzung, sodass wichtige Probleme gelöst werden konnten.

Die aufgeführten Beispiele von Antifa-Gruppen zeigten, dass keine von ihnen einer ausschließlichen parteipolitischen Tätigkeit nachging, sondern sie übernahmen gewöhnlich Verwaltungsarbeiten im Namen der Antifa. Politische Forderungen kreisten entweder um die Einführung des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild und/oder um die sich aus der Vergangenheit ableitende notwendige Einheit der beiden Arbeiterparteien. Vom Kommandanten vor Ort wurde ihre Tätigkeit im Rahmen der Stadtverwaltung geduldet. Die den Kommandanten übergeordneten militärischen Institutionen wurden dann auf die lokalen Besonderheiten aufmerksam, wenn die Antifa sich um überregionale Kontakte oder gar um eine Legitimation ihrer Tätigkeit wie in Schmiedeberg bemühte. Obwohl die Besatzungsmacht gemeinsam mit den Vertretern der Exil-KPD ab Mitte/Ende Mai 1945 den Eigenständigkeitsbestrebungen der lokalen Antifa Einhalt gebot, waren erst im August/September 1945 alle Dienststempel mit sowjettypischen Emblemen eingezogen und die Herausgabe der Meißner Volkszeitung für immer eingestellt.

Die Mitglieder der Ackermann-Gruppe kamen erst in der dritten Mai-Woche in die „Antifa-Städte“, die um die Landeshauptstadt lagen und aufgrund geringerer Industrieansiedlung und fehlenden Personals von Ackermann zunächst unberücksichtigt blieben. Die Arbeit von Hofmann und Oehler belegt, dass die KPD-Gruppen aus Moskau die Arbeiten übernahmen, die in anderen Städten die Antifa erledigte. Vergewenigt man sich die KPD-Programmatik aus dem Jahre 1944 um die antifaschistischen Volksausschüsse, die zum Sturz Hitlers beitragen und danach die Übergangszeit gestalten sollten, so hatte die Exil-KPD lediglich den propagandistischen Aufhänger „Volksausschüsse“ fallen gelassen. Diese Aufgaben mussten von den Exilkommunisten übernommen werden. Weil jedoch nicht genügend in der Sowjetunion geschultes kommunistisches Personal zur Verfügung stand,

fürten in einem Großteil der Städte der SBZ die lokalen Antifa-Ausschüsse diese Tätigkeiten aus.

Als Ackermann und die sowjetischen Behörden auf die lokalen Antifa-Komitees aufmerksam wurden, ließen sie nichts unversucht, ihre Funktionäre mit wichtigen Ämtern innerhalb der Verwaltung zu betrauen oder beim Parteaufbau in diesen Städte einzusetzen. Diese „Personal-Importe“ überprüften die seit Kriegsende vorgenommene Personalauswahl und ordneten Neubesetzungen an. Hierfür griffen sie auf Kommunisten zurück, die nationalsozialistische Konzentrationslager und Zuchthäuser überlebt hatten, oder stellten die Lokalfunktionäre unter ihre direkte Kontrolle.

Die Integration der Antifa erfolgte über Kompromisse. So erhielten die Lokalfunktionäre Ausweise statt der Armbinden. Ferner wurden sie entweder in die Verwaltungen oder in die Parteileitungen einbezogen. Politische Schulungen sollten ihnen die aktuelle KPD-Politik vermitteln.

### 3.3 Die Antifaschistische Front Chemnitz

Die Auflösung der Antifa in den sächsischen Kleinstädten fiel wie die in Berlin und in der Provinz Brandenburg zeitlich mit der Verhaftung der Dönitz-Regierung zusammen. Einzig in Chemnitz erlebte die sächsische Antifa noch einmal eine Blütezeit. Chemnitz war neben Dresden und Leipzig die dritte wichtige Industriestadt Sachsens. Während Dresden sowjetisch verwaltet wurde, stand Leipzig unter amerikanischer Besatzung. Chemnitz hingegen bildete eine „Grenzstadt“: Die Amerikaner kontrollierten die westlichen Stadtteile, während die Rote Armee am 6. Mai 1945 ins Rathaus einzog. Ackermann selbst übernahm es, die Verwaltung und politische Situation in der „Grenzstadt“ zu steuern. Als er und Ulbricht am 21. Mai 1945 die Auflösung der Antifa für das übrige Besatzungsgebiet vermeldeten, konstituierte sich nur wenige Tage später, am 27. Mai 1945, das Präsidium der Antifaschistischen Front Chemnitz. Im Folgenden soll untersucht werden, auf welcher Basis dieses Antifa-Komitee tätig war und weshalb es zu diesem Zeitpunkt noch geduldet wurde.

#### 3.3.1 Chemnitz zwischen amerikanischer und sowjetischer Besatzung

Der Stadtkern der als Handels- und Industriestadt bekannten Stadt Chemnitz wurde am 5. März 1945 durch zwei Bombenangriffe angloamerikanischer Luftstreitkräfte<sup>303</sup> zerstört. Nur 3 200 der 10 000 Gebäude blieben erhalten. „Von 110 000 Wohnungen wurden 27 000 total zerstört und 45 000 beschädigt.“ Neben 167 Fabriken (Maschinenbau und Textilindustrie) fielen 16 Schulen und mehrere Krankenhäuser den Bomben zum Opfer. Die entstandene Notlage verschärfte sich dadurch, dass nur ca. 8,2 Kilometer der ursprünglich über 41 Kilometer Straßenbahngleise befahrbar und von den 163 Triebwagen nur 30 betriebsfähig waren. Versorgungsleitungen für Wasser, Gas und Energie, Straßen und Plätze waren ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Versorgungs- und

---

<sup>303</sup> Bombenangriffe auf Chemnitz hatte es bereits 1940, 1944 und zwischen dem 6. Februar bis 3. März 1945 gegeben. Dabei starben knapp 1500 Menschen, und zahlreiche Gebäude wurden



Transportlage war Ende März 1945 kaum noch überschaubar, sodass sich auch die Ernährungslage zunehmend verschlechterte. Die Mengen für Lebensmittelrationen wurden nur noch über „Aufrufe“ bekannt gegeben und die Zuteilungsperioden für die 235 000 Chemnitzer Einwohner willkürlich verlängert.<sup>304</sup>

Ende April besetzten amerikanische Truppen westliche Stadtteile, die Rote Armee zog am 6. Mai 1945 ins Rathaus, über ihre Arbeit ist jedoch nicht viel bekannt.<sup>305</sup>

Der Oberst der 1. Gardekavalleriedivision der 1. Ukrainischen Front befehligte die in Chemnitz einziehenden Truppen und stand in der Folge der Kommandantur vor. Zu einer seiner ersten Amtshandlungen gehörte, wie später dargestellt wird, aller Wahrscheinlichkeit nach die Zulassung des Chemnitzer Antifa-Komitees, das zum Empfang der Roten Armee eine Kundgebung vorbereitet hatte.<sup>306</sup>

Die Vorstellungen der sowjetischen Besatzungstruppen über die Arbeitsweise der künftigen Stadtverwaltung war den „Chemnitzer Nachrichten“ vom 12./13. Mai 1945 zu entnehmen. Danach sollte sie „in freier Verwaltung unter dem Schutz und den etwa erforderlichen Anweisungen des Stadtkommandanten an alle Aufbauarbeiten für die Stadt zur Erreichung geordneter und friedensmäßiger Bedingungen herangehen“.<sup>307</sup> Diese Formulierung legt den Schluss nahe, dass die Vergabe der Verwaltungsposten den deutschen Antifaschisten obliegen würde. Der Hinweis auf den Schutz und die eventuell notwendig werdenden Anweisungen des Stadtkommandanten beschränkte jedoch diese Freiheit. Gleichzeitig legitimierte der Kommandant nur die Arbeit der Stadtverwaltung. Konnte der Oberbürgermeister Vorschläge für weitere leitende Verwaltungsangestellte unterbreiten, wurden beispielsweise die Vorschläge der Antifa zur Besetzung des Oberbürgermeisterpostens vom Kommandanten ignoriert. Dem Intervenieren der Antifa, frühere NSDAP-Mitglieder nicht mit führenden Verwaltungsposten zu betrauen, gab die sowjetische Besatzungsmacht, wie das Beispiel von Dr. Fritz Gleibe zeigen wird, jedoch nach.

---

zerstört. Beim Bombardement am 5.3. 1945 kamen ca. 2100 Menschen ums Leben. Brauer/Richter (Hg.)1988, S.194.

<sup>304</sup> Ebenda, S.194 f. Ende Juli 1945 lebten ca. 250 000 Menschen in der Stadt. Vgl. GARF, f. 7212, op.1, d. 9.

<sup>305</sup> Während in anderen Städten, so z.B. in Gotha, Unterlagen zur Arbeit der Besatzungsmacht erhalten blieben, waren für Chemnitz ähnliche Akten nicht aufzufinden.

<sup>306</sup> Siehe unten.

Obwohl die Kommandantur die Arbeit der Antifaschistischen Front Chemnitz duldete, erhielt der Informationsdienst der städtischen Hauptverwaltung am 21. Mai 1945 den Hinweis, dass der sowjetische Stadtkommandant keine politisch tendenziösen Artikeln wünschte. Vielmehr sollte das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, „über die Inangriffnahme und den Fortgang städtischer Arbeiten“ zu unterrichten.<sup>308</sup> Eine Analyse der Vergangenheit sollte zugunsten neuer Erfolgsmeldungen, z. B. über den Aufbau der Versorgungsnetze und der Wiederinbetriebnahme der Straßenbahnen, unterbleiben. Diese Anweisung fiel zeitlich mit dem allgemeinen Antifa-Verbot in den anderen sächsischen Städten zusammen.<sup>309</sup> Die Kommandantur schätzte die Situation im Juli 1945 wie folgt ein: „Das Verhalten der Parteien gegenüber der von der SMA durchgeführten Maßnahmen ist normal. Alle Forderungen und Hinweise der Kommandantur werden widerspruchslos unterstützt und verwirklicht.“<sup>310</sup>

Ob und in welcher Weise die amerikanischen Besatzungsbehörden mit denen der Roten Armee in Kontakt standen, konnte nicht ermittelt werden. Nahe liegend ist, dass Dr. Ring, der nach Kriegsende erster Oberbürgermeister von Chemnitz war, im Einverständnis zwischen sowjetischer und amerikanischer Besatzungsmacht eingesetzt wurde.<sup>311</sup> Während die sowjetische Kommandantur die Arbeit der Antifaschistischen Front tolerierte, überprüfte eine amerikanische Abordnung Ende Mai 1945 die Mitglieder und Räumlichkeiten der „Antifa- Front“, die in der früheren Industrie- und Handelskammer auf der Bahnhofsstraße ihren Sitz hatte. Die Amerikaner vermuteten, dass nur Kommunisten in der Antifa agierten.<sup>312</sup> Außerdem wandten sich amerikanische Offiziere an die sowjetische Kommandantur und an die Erfassungsstelle für die Opfer des Faschismus, um Aufenthaltsorte von ehemaligen politischen Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald zu ermitteln, denen

---

<sup>307</sup> Chemnitzer Nachrichten vom 12./13.5.1945, zit. nach Brauer/Richter (Hg.) 1988, S. 198.

<sup>308</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Oberbürgermeister 1945-1990, Nr. 8413, Hauptverwaltung – Infodienst 21.5.45, Pressemitteilung.

<sup>309</sup> Gemeint ist hier der Umstand, dass sowohl Ulbricht als auch Ackermann am 21. Mai 1945 vor unterschiedlichen Gremien (Ulbricht in einem Telegramm an Dimitroff, Ackermann vor einer KPD-Versammlung) die abgeschlossene Auflösung der Antifa meldeten.

<sup>310</sup> GARF, f. 7212, op. 1, d. 9.

<sup>311</sup> Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, FB Oberbürgermeister 219. Hier war der Hinweis zu finden: „1. Bürgermeister (von alliierter Militärkommission eingesetzt) Dr. Ring.“

<sup>312</sup> Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/126.

aufgrund ihrer Funktionen innerhalb des Lagers Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen wurden.<sup>313</sup>

### 3.3.2 Zeit der „Doppelherrschaft“

Elf Tage nach dem schwersten Bombenangriff auf Chemnitz wurde Fritz Krenkel<sup>314</sup> am 16. März 1945 mit dem Fallschirm in der Nähe der Stadt abgesetzt.<sup>315</sup> Als NKFD-Bevollmächtigter unterstand er der GlawPURKKA, von der er komplexe Aufträge erhalten hatte. Aus Zeitgründen konnte er jedoch nur Kontakt zu ihm bekannten KPD-Mitgliedern aufnehmen.<sup>316</sup>

---

<sup>313</sup> Diese Nachforschungen betrafen Helmut Thiemann (1914-1995) KJVD, RFB, 1931 über Litauen, Lettland nach Petersburg, Arbeit in der deutschen Sektion der Kommunisten Jugendinternationale, Arbeit in Swerdlowsk, Komsomol, Mitglied der WKP(B), 1933/34 Schulung durch Militär-Apparat der Komintern (Spionage), 1934 Rückkehr nach Berlin, Dezember 1934 Verhaftung, 3 ½ Jahre Zuchthaus, 1938 Konzentrationslager Buchenwald, dort bis 1945 Pfleger im Krankenbau; nach Befreiung des Lagers im April 1945 Aufbau der Weimarer Polizei, Mai bis Ende August 1945 Leiter der Personalabteilung im Polizeipräsidium Chemnitz, September 1945 bis Februar 1946 Kaderleiter der KPD-Kreisleitung Bautzen, ab 1946 Leiter der Personalabteilung beim Chef der Sächsischen Polizei, ab 1949 Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit Berlin. Vgl. Niethammer u.a. (Hg.) 1994; Hartewig 1997.

<sup>314</sup> Über Fritz Krenkel, einen gelernten Steinmetz, ist aus seiner politischen Vorkriegstätigkeit nur bekannt, dass er im Zuchthaus Zwickau inhaftiert war. Im Frühjahr 1944 wurde die Bewährungseinheit 999, für die Krenkel eingeteilt wurde, zum Befestigungsbau an der Ostfront eingesetzt. Zusammen mit 34 anderen Genossen gelang es ihm, zur Roten Armee überzulaufen. In der Kriegsgefangenschaft besuchte er ab Mai 1944 die Antifa-Schule. Nach deren Beendigung im September des gleichen Jahres erfolgte die Entlassung Krenkels nach Moskau. Dort absolvierte er die von Hermann Matern geleitete Parteischule. Vgl. Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/126; Wendekamm 1975; „den faschisten werden wir nicht weichen“ Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Stollberg 1933-1945, Teil 1, S. 84 ff; Unsere Fahne ist rot! Heimatgeschichtliches Lesebuch, Teil 1, S. 63f.

<sup>315</sup> Bereits am 3. Februar 1945 war Hans Hermsdorf in der Nähe von Chemnitz gelandet. Vgl. Hierzu; Donth 1995, S. 30, Bouvier 1976, S. 456.

Während Krenkel südlich von Chemnitz gelandet war, hatte Hermsdorf nördlich der Stadt in die politischen Geschehnisse eingreifen können. Vor seiner Bestellung als 3. Bürgermeister der Stadt Chemnitz war er Bürgermeister von Oberlichtenau. Vgl. StA Chemnitz, Oberbürgermeister 1945-1990, Nr. 8413, Mitteilungsblatt für den inneren Dienstgebrauch 14.11.1945.

<sup>316</sup> Ursprünglich sollte er Kontakt zu ihm bekannten KPD-Mitgliedern aufnehmen, die er während seiner Zwickauer Haft kennengelernt hatte, um nach den Vorgaben der Moskauer KPD-Führung eine Parteigruppe zu gründen. Ferner sollten bestehende bzw. von ihm angeregte Widerstandsgruppen die Rüstungsindustrie sabotieren und für eine kampflose Übergabe der Stadt an die Rote Armee eintreten. Es stellte sich aber heraus, dass diese Genossen in keiner Widerstandsgruppe aktiv waren. Vgl. Hierzu: Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/126, Aufzeichnung über Aussprache mit Gen. F. Krenkel 20.5.63 in Dresden.

In Chemnitz selbst bestanden kurz vor Kriegsende zwei illegale, von einander unabhängige, kommunistisch orientierte Widerstandsgruppen<sup>317</sup>: Eine aus zehn Personen bestehende Gruppe traf sich bei einer Cousine Krenkels. Ein Mitglied dieser Gruppe stand in Verbindung mit einer aus ehemaligen Genossen der KPO gebildeten Gruppe, die sich ebenfalls Gedanken darüber machte, welche Aufgaben nach dem Einmarsch der Besatzungstruppen stehen würden. Direkte Kontakte hatte der aus Moskau kommende Krenkel nur zu drei bis vier Lokalkommunisten.<sup>318</sup> Mit ihrer Hilfe versuchte er nach Kriegsende die zwei illegal bestehenden Widerstandsgruppen kommunistischer Prägung zusammenzuführen und deren Aktionen zu koordinieren.

Um zu verhindern, dass Chemnitz zur Festung erklärt wird, wandten sich Krenkel und ein kurz vor Kriegsende desertierter Wehrmachtsangehöriger mit einem Schreiben an den Obersten der Wehrmacht in Chemnitz. Inwieweit dieser sich von dem mit „Vaterländische Front von Chemnitz“ signierten Schriftstück beeindruckt zeigte, ist nicht bekannt. Nahe liegend ist, dass die Truppen der Wehrmacht, als die Amerikaner vom westlichen Stadtrand aus die Stadt beschossen, über die südlichen Stadtgebiete Richtung Stollberg flohen.<sup>319</sup>

Die Namensgebung „Vaterländische Front“ verrät die Handschrift Krenkels, der in Anlehnung an die Sowjetpropaganda um den „Großen Vaterländischen Krieg“ diese Bezeichnung empfohlen haben könnte. Die Chemnitzer Kommunisten anerkannten seine Autorität, denn er fungierte außerdem als kommissarischer KPD-Vorsitzender.<sup>320</sup>

---

<sup>317</sup> Zwischen 1941 und 1945 bestanden in Chemnitz ca. vier bis fünf Widerstandsgruppen, die teilweise untereinander und teilweise mit auswärtigen Widerstandsgruppen Kontakt hatten. Ein KPD-Bericht vom März 1946, der die Entstehung der KPD in Chemnitz im Juni 1945 beinhaltet, erwähnt, dass Chemnitzer Genossen bereits in den Sommermonaten des Jahres 1944 mit dem baldigen Zusammenbruch des Naziregimes rechneten. Sie bemühten sich um organisatorischen Zusammenhalt, wurden aber durch drei Verhaftungswellen, denen 120 Personen zum Opfer fielen, zerschlagen. Noch im März 1945 wurden sechs Mitglieder einer betrieblichen Widerstandsgruppe verhaftet und drei von ihnen umgebracht. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038; Brauer/Richter (HG)1988, S. 190.

<sup>318</sup> Das waren Arno Schreiber, Fritz Lange, Otto Schulz und Arthur Hoyer. Letzterer wusste von der illegalen KPO-Gruppe.

<sup>319</sup> Die zurückgedrängten Truppen der Wehrmacht nutzten mit aller Wahrscheinlichkeit die sich ihnen bietende Möglichkeit, über das „Niemandland“ zu fliehen, einem Landstrich südlich von Chemnitz, der weder von amerikanischen noch von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Vgl. Groß 1961 sowie Kapitel 4.1.

<sup>320</sup> So wurde er in den Erinnerungsberichten bezeichnet.

Die in der Moskauer Emigration lebenden KPD-Führer hatten ihre Beauftragten instruiert, dass nach dem Zusammenbruch vor 1933 bekannte, in Deutschland gebliebene und somit integer erscheinende Kommunisten im Sinne der Exil-KPD an die deutsche Öffentlichkeit treten. Damit sollte dem Vorurteil, im Interesse der sowjetischen Besatzungsmacht zu handeln, begegnet und gleichzeitig um Vertrauen unter den Deutschen geworben werden. Der zum damaligen Zeitpunkt offenbar bekannteste Vertreter der KPD im Chemnitzer Raum war Kurt Kretschmar<sup>321</sup>, der frühere Leiter des KPD-Unterbezirks Limbach. Nach seiner Rückkehr aus dem Zuchthaus Waldheim hatten ihn die illegalen Kommunisten beauftragt, sich mit den Chemnitzer Sozialdemokraten über mögliche Formen einer künftigen Zusammenarbeit zu verständigen. Er begrüßte die Rote Armee auf der Kundgebung von 100 bis 150 Anwesenden. Die Kundgebung war auf Krenkels Vorschlag hin von Mitgliedern der bereits erwähnten Gruppen organisiert worden, um so den sowjetischen Truppen aktive Mitarbeit für die Lösung der wichtigsten Probleme anzubieten.<sup>322</sup>

Durch die Vermittlung Krenkels konnten nach der Kundgebung drei ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei beim neuen Stadtkommandanten vorsprechen und die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit noch einmal unterstreichen. Der Kommandant beauftragte sie, „alle Antifaschisten in der Stadt zusammenzufassen.“<sup>323</sup>

---

<sup>321</sup> Kurt Kretschmar wurde 1904 geboren. Zwischen 1928 und 1933 war der gelernte Zimmermann erwerbslos. Politisch engagierte er sich bereits ab 1923 im KJVD. Außerdem wurde er Mitglied der Roten Jungfront, einer Unterorganisation des RFB, und trat 1927 der KPD Chemnitz-Süd bei, die dem KPD-Führer Brandler nahe stand. 1928 wurde er Organisationsleiter dieser Parteigruppe und ein Jahr später deren Politischer Leiter. 1932 wurde er Organisationsleiter im Bezirkskomitee der RGO Sachsen in Leipzig. 1934 wurde er zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt und war zwischen 1935 und 1937 im KZ Sachsenburg inhaftiert. Über seine politischen Aktivitäten in der Zeit zwischen 1937 und 1945 ist dem 1969 verfassten Lebenslauf nichts zu entnehmen. Aus anderen Quellen ist zu erfahren, dass er am 5. März 1945 mit seiner Frau aus dem Zuchthaus Waldheim geflohen war und sie sich bis zum Kriegsende illegal in Chemnitz aufhielten. Vgl. Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/126.

<sup>322</sup> Die Zahlenangaben schwanken: Glier (1984) geht von ca. 100 Teilnehmern an dieser Veranstaltung aus. Bei Strauß (1966) waren es noch 150. Diese Zahl bezieht Strauß aus dem Erinnerungsbericht von Kurt Kretschmar (Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, SED-BPA Chemnitz, V/5/126), führt aber in seiner Publikation die Quelle nicht an. Vgl. Strauß 1966, S. 5.

<sup>323</sup> Strauß 1966, S. 5.

Das erste Zusammentreffen früherer Kommunisten fand am Nachmittag des 6. Mai 1945 im ehemaligen Parteilokal der KPD „Zur Bleibe“ statt. Drei Tage später, am 9. Mai 1945, berieten sich die Chemnitzer Kommunisten erneut, als ein sowjetischer Offizier erschien. Nachdem er erfahren hatte, dass sich in dem Parteilokal zunächst nur Kommunisten trafen, beorderte er Karl Winter und Max Müller, ehemalige Häftlinge des Zuchthauses Waldheim, auf die Kommandantur. Vermutlich ein der 7. Abteilung der PUR unterstellter Offizier wies darauf hin, dass die KPD noch nicht zugelassen sei. „Er stellte die Frage, ob wir [Winter und Müller- J.M.] als Kommunisten allein imstande wären, das Chaos zu überwinden oder ob es nicht richtig sei, Sozialdemokraten und fortschrittliche bürgerliche Kräfte einzubeziehen. Er forderte uns auf, zurückzugehen und das noch einmal zu durchdenken.“<sup>324</sup> Daraufhin luden die Kommunisten bekannte Sozialdemokraten<sup>325</sup> und Parteilose zu einer in den Nachmittagsstunden stattfindenden gemeinsamen Beratung. Als Sekretäre des Antifa-Komitees wurden Karl Winter<sup>326</sup> (KPD) und August Friedel (SPD) und für die Gewerkschaften Paul Rossner (KPD) und Fritz Buchwald (SPD) nominiert.<sup>327</sup> Die Teilnehmer der Zusammenkunft beschlossen, als „Antifaschistische Front“ an die Öffentlichkeit zu treten, was sie der Chemnitzer Bevölkerung über ein Flugblatt bekannt gaben.<sup>328</sup> Darin verwiesen sie auf das Ende des Dritten Reiches und dessen Hinterlassenschaften, bestehend aus „Massengräbern, Krüppeln, Konzentrationslagern und einer Hungerkatastrophe“, sowie darauf, dass die Rote Armee die Stadt besetzt hielt<sup>329</sup>. Über sich selbst teilten sie der Bevölkerung mit, dass sie „das deutsche Volk vor dieser durch Hitler geschaffenen Katastrophe

<sup>324</sup> Emmrich 1974, Anm. 9 S. 18f. Gespräch J. Emmrichs mit Max Müller, 31.5.73.

<sup>325</sup> So u.a. die Sozialdemokraten Albert Jentzsch, Josef Siegnoth und August Friedel, dem späteren Vorsitzenden der Chemnitzer SPD.

<sup>326</sup> Karl Winter (geb. 1897), Metallarbeiter, 1919 SPD, 1922 KPD, Mitglied des Thälmannschen ZK, Frühsommer 1944 Konzentrationslager Sachsenhausen, Anfang 1945 Zuchthaus Waldheim, im Mai/Juni 1945 Mitglied der Antifaschistischen Front Chemnitz, nach KPD-Gründung in Chemnitz deren Vorsitzender, April 1946 Sekretär für Wirtschaftspolitik im Landesvorstand der SED, 1950 Vorsitzender der Landeskommission für staatliche Kontrolle Sachsen. Vgl. Außenstelle des Sächs. HStA Chemnitz, BPA Chemnitz V/5/306.

<sup>327</sup> Erinnerungsbericht von Kurt Kretzschmar (Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, SED-BPA Chemnitz, V/5/126) Rossner gehörte laut Angaben Kretzschmars auch zu den Genossen, die zusammen mit Krenkel am 6.5.45 beim sowjetischen Kommandanten vorgeschlagen hatten. Diesbezügliche Aussagen Kretzschmars schwanken jedoch. So war angeblich auch Werner Türpe beim Kommandanten, der aber sich zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht in Chemnitz aufhielt.

<sup>328</sup> Flugblatt abgedruckt bei Strauß 1966.

<sup>329</sup> Zit. nach Strauß 1966, S. 9; Bouvier 1976, S. 456 f.

bewahren wollten“, deshalb unter Verfolgung zu leiden hatten, sich nun aber bereit erklärten, „mit allen aufbauwilligen, verantwortungsbewußten Kräften der Bevölkerung“ zusammenzuwirken, um die Not zu lindern.

Die von der Antifaschistischen Front erhobenen Forderungen bezogen sich zunächst darauf, Ruhe und Disziplin zu wahren, den Anweisungen der Besatzungstruppen und der neuen Stadtverwaltung zu folgen, Plünderungen zu vermeiden und Plünderungsgut zurückzugeben. Dann wurde an alle Antifaschisten appelliert, sich unabhängig von früherer Parteizugehörigkeit zusammenzuschließen. Die im Dritten Reich wegen ihrer politischen Einstellung entlassenen Arbeiter, Angestellten und Beamten aus Verwaltung, Polizei und öffentlichen Betrieben sollten sich zur Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bereithalten. Unternehmer und Gewerbetreibende hätten um ihr Privateigentum nicht zu fürchten und sollten die Betriebe nach Möglichkeit weiterführen. Weitere Anweisungen würden über die Tagespresse bekannt gegeben. Um einen überregionalen Eindruck zu erwecken und das eigene Handeln zu legitimieren, nannten sich die Herausgeber des Flugblattes „Antifaschistische Front/Ortskomitee Chemnitz“. Dieser Titel implizierte, dass bereits mehrere antifaschistische Ortskomitees und ein diese Komitees zusammenfassendes Stadt- bzw. Regionalkomitee bestünden. Tatsächlich bildeten sich in den einzelnen Stadtbezirken erst in der Folge weitere Komitees der Antifaschistischen Front.

Fünf Lokalkommunisten, unter ihnen drei ehemalige Häftlinge des Zuchthauses Waldheim und ein früherer Gewerkschaftsfunktionär<sup>330</sup>, koordinierten zunächst die Arbeit der Antifaschistischen Front. Karl Winter als einer der Leiter der Antifaschistischen Front fungierte gleichzeitig als Verbindungsmann zwischen Stadtkommandantur und Kommunalverwaltung. Über das zahlenmäßige Verhältnis von Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen in den ersten Tagen existieren keine Hinweise ebenso wenig über die Arbeit der Antifaschistischen Front in den ersten beiden Nachkriegswochen. Das ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass dieses erste Chemnitzer Antifa-Komitee weitgehend die Kommunalverwaltung übernommen hatte und ihre eigene Tätigkeit deshalb nicht zusätzlich dokumentierte.

---

<sup>330</sup> Kurt Kretschmar, Karl Winter und Max Müller waren ehemalige Häftlinge des Zuchthauses Waldheim, während Rossner Gewerkschafter war.

Als sich die Besatzungstruppen dem Chemnitzer Stadtrand näherten, überlegten die Antifaschisten um Krenkel, wer erster Nachkriegsoberbürgermeister werden sollte. Obwohl sich die Amerikaner nur am westlichen Stadtrand aufhielten, müssen sie erste verwaltungsorganisatorische Maßnahmen getroffen haben, denn sie beauftragten den Parteilosen Dr. Ring mit der Ausübung der Oberbürgermeistergeschäfte.<sup>331</sup> Nachdem die Rote Armee am 6. Mai 1945 ins Rathaus einzogen war, unterstützte auch die Antifa diese Besetzung, zumal Dr. Ring als städtischer Beamter bereits Erfahrungen auf dem Verwaltungsgebiet vorweisen konnte. Am 9. Mai stellten sich Dr. Ring mit Billigung der Kommandantur auf einer Sitzung im Rathaus offiziell als Oberbürgermeister und Dr. Fritz Gleibe, ebenfalls früherer Verwaltungsbeamter, als Bürgermeister vor.<sup>332</sup>

Parallel dazu fanden sich Hinweise, dass sich die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens in der Anfangszeit der Besetzung keineswegs so klar gestaltete. Während einer Sitzung des Stadtplanungsamtes traten Max Müller<sup>333</sup> (KPD) als Oberbürgermeister und Paul Grimm (SPD) als 1. Bürgermeister auf. Beide waren auf diesen Posten auch im Dezernatsverteilungsplan vom 14. Mai 1945 verzeichnet.<sup>334</sup>

Nachdem bekannt wurde, dass sich Dr. Ring für die Vernichtung faschistischer Verwaltungsunterlagen eingesetzt hatte, erfolgte am 15. Mai 1945 eine Neukonstituierung des Stadtrates. Während die Vertreter der KPD einen Arbeiter, d.h. genauer einen Kommunisten, mit dem Amt des Oberbürgermeisters betrauen wollten, favorisierte der sowjetische Militärkommandant nach wie vor einen

---

<sup>331</sup> Die Schlussfolgerung, dass Dr. Ring bereits vor dem Einmarsch der Roten Armee als Oberbürgermeister fungierte, resultierte aus einem vom 5. Mai 1945 datierten Schreiben eines Helmut Börmer an den Oberbürgermeister, in dem er ihn bittet, einen an die Chemnitzer Bevölkerung gerichteten Aufruf zu veröffentlichen. Vgl. StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Oberbürgermeister 1945-1990, Nr. 456, Helmut Börmer an Oberbürgermeister Dr. Ring, 5. Mai 1945.

<sup>332</sup> StA Chemnitz, RdSt Chemnitz Oberbürgermeister 1945-1990, Nr. 445, 9.5.45 Sitzungsprotokoll Rathaus.

<sup>333</sup> Max Müller, (geb. 1899) 1913 SAJ, 1918 Mitglied des Chemnitzer Soldatenrates, 1919 KPD, 1929 RGO, 1930 Betriebsratsvorsitzender der Astra-Werke Chemnitz, 1945 Heimkehr aus dem Zuchthaus Waldheim, seit Mai 1945 in Chemnitzer Stadtverwaltung als 1. Bürgermeister oder 2. Bürgermeister tätig, vom 1.11.1945 bis 1952 Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz, 1952-1960 Vorsitzender des Rates des Bezirkes Chemnitz. Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/170.

<sup>334</sup> Vgl. StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Oberbürgermeister 1945-1990, Nr. 7979, Besprechung im Stadtplanungsamt vom 6. Mai 1945 sowie Oberbürgermeister 1945-1990, Nr. 6653, Dezernatsverteilungsplan vom 14. Mai 1945.



Bürgerlichen, um so an die Mehrheitsverhältnisse aus der Weimarer Republik anzuknüpfen<sup>335</sup> und Verwaltungsspezialisten im Amt zu wissen. Am 15. Mai 1945 wurde deshalb Dr. Fritz Gleibe mit dem Amt des Oberbürgermeisters betraut und so der status quo ante scheinbar wieder hergestellt. Als Erster Bürgermeister wurden Max Müller (KPD) und als Zweiter Bürgermeister Albert Jentsch (SPD) benannt. Je drei Vertreter von SPD und KPD fungierten nun als Stadträte.<sup>336</sup> Mit dieser Integration namhafter Antifa-Mitglieder in die offizielle Stadtverwaltung endete wie in anderen Städten der SBZ auch die Zeit der „Doppelherrschaft“ von Stadtverwaltung und Antifa in Chemnitz. Fritz Krenkel wurde mit einer anderen Tätigkeit beauftragt.

<sup>337</sup>

Kurt Kretschmar beschrieb 1948 rückblickend die Aufgaben dieser „ersten“ Antifaschistischen Front. Im Mittelpunkt standen, wie teilweise dargestellt, die Besetzung der städtischen Verwaltung, des Rathauses, der Ortskrankenkasse, des Arbeitsamtes, des Landratsamtes und des Polizeipräsidenten mit zuverlässigen Antifaschisten.<sup>338</sup> Ein zweiter Schwerpunkt, zu dem sich keinerlei Hinweise fanden,

---

<sup>335</sup> Bei den letzten demokratischen Wahlen vor der nationalsozialistischen Machtübernahme im Jahre 1929 hatte die „Gruppe der 31“ die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat errungen und die Posten des Oberbürgermeisters und des Ersten Bürgermeisters übernommen. Vgl. Brauer/Richter (Hg.) 1988, S. 165.

<sup>336</sup> Für die SPD wurden August Friedel, der spätere Chemnitzer SPD-Vorsitzende, Fritz Uhle und Paul Grimm als Stadträte benannt und für die KPD Willy Taubner, Philipp Günther und Bruno Graupner. Die drei KPD-Vertreter wurden Mitte Juni 1945 durch befähigtere KPD-Mitglieder abgelöst. Vgl. Emmerich 1974, S. 57.

<sup>337</sup> Über Krenkel finden sich nach der Gründung der Antifaschistischen Front keine Hinweise mehr. Der Name Krenkel ist lediglich in der Liste des vorbereitenden Ausschusses für den Aufbau Freier Gewerkschaften, Ortsausschuss Chemnitz zu finden. Ob es sich allerdings um diesen Fritz Krenkel handelte und ob er eine Funktion im Chemnitzer FDGB ausübte, konnte nicht geklärt werden. (Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Fünfer-Ausschuss, 70) Krenkels Name findet sich noch einmal als einer der zwei Vorsitzenden des der Gewerkschaft angehörenden Verbands der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen. (Vgl. Sächs. HStA Dresden, KT/KR Chemnitz 142.) Wahrscheinlich wurde er von der aus Moskau zurückgekehrten KPD aus Chemnitz abberufen wurde, um eine Aufgabe in einer anderen Stadt oder bei der Landesverwaltung zu übernehmen. Krenkel selbst resümierte im Mai 1963, dass er „den von den führenden Genossen der KPD gestellten Auftrag nicht voll erfüllen konnte. Die Genossen waren noch zu ängstlich und (...) durch die letzten Verhaftungen [waren] große Lücken in den Gruppen gerissen worden.“ Vgl. Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/126, Aufzeichnung über Aussprache mit Gen. F. Krenkel 20.5.63 in Dresden.

<sup>338</sup> Auch wenn über Zusammensetzung und Tätigkeit der Chemnitzer Polizei nicht viel bekannt ist, so muss parallel zur Entstehung der antifaschistischen Ausschüsse und Komitees in Chemnitz eine politische, allerdings der Stadtverwaltung unterstellten Polizei gebildet worden sein. In der Rathaussitzung vom 9. Mai 1945, in der Dr. Ring als Oberbürgermeister wurde, wurde zunächst Major Voigt die Führung der Schutzpolizei übertragen. Im Dezernatsverteilungsplan vom 14. Mai 1945 ist der Name Fred Ritschers als Polizeipräsident vermerkt.

umfasste die Auflösung des faschistischen Hausvertrauensapparates und, damit verbunden, der Aufbau neuer ähnlicher Strukturen, um die Versorgung der Chemnitzer Bevölkerung zu organisieren.<sup>339</sup>

### 3.3.3 Die Antifaschistische Front Chemnitz

#### *Die Gründung der Antifaschistischen Front Chemnitz*

Mitte Mai 1945 kehrten die aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreiten Chemnitzer Kommunisten in ihre Heimatstadt zurück<sup>340</sup> und reaktivierten die Antifaschistische Front Chemnitz. Zuerst wandten sie sich am 25. Mai 1945 jedoch an den Oberbürgermeister, damit er im Namen der Stadt Chemnitz die ehemaligen Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager und Zuchthäuser im Ratsherrensaal empfing. Dieser Empfang sollte am 28. Mai 1945 – einen Tag nach der erneuten Konstituierung der Antifaschistischen Front - nach einem von den „Buchenwaldern“ selbst inszenierten Ablauf stattfinden.<sup>341</sup>

Weil die Lokalfunktionäre in die städtische Verwaltung integriert waren, übernahmen nun die „Heimkehrer“ die Organisation der Antifa, weshalb viele Mitglieder des Buchenwalder KPD-Parteibezirk Erzgebirge/Vogtland im Präsidium der

---

<sup>339</sup> Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, SED-BPA Chemnitz, V/5/126, Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, Erinnerungsbericht von Kurt Kretzschmar I/A/038.

<sup>340</sup> Nachdem das KZ Buchenwald am 11. April 1945 von amerikanischen Truppen befreit worden war, bildete sich im Lager eine Kommunistische Partei Deutschlands. Zur Erfassung aller Kommunisten wurden in Buchenwald entsprechend den einzelnen Regionen KPD-Parteibezirke gebildet, deren Aufgaben darin bestanden, die Repatriierung der Überlebenden vorzubereiten. Zu diesem Zweck reisten beispielsweise Werner Türpes als Vertreter des KPD-Parteibezirks Erzgebirge/Vogtland und Stefan Heymann als Vertreter der Thüringischen KPD nach Chemnitz, um die dortige Situation in Augenschein zu nehmen. Die Rückkehr der ehemaligen Häftlinge des KZ Buchenwald müsste Mitte Mai erfolgt sein.

Archiv der Gedenkstätte Buchenwald BA 31/620-17. Hierbei handelt es sich um eine Befragung Herbert Morgensterns durch Pachaly am 4.7.78. Morgenstern nennt kein Datum für die Reise Werner Türpes und Heymanns nach Chemnitz.

<sup>341</sup> Während die Antifaschistische Front sowohl die ehemaligen Häftlinge und deren Angehörige als auch eigene Vertreter einzuladen beabsichtigte, sollte der Oberbürgermeister die Vertreter der Stadt und der Presse einladen. Außerdem sollte er den Überlebenden eine Grußadresse mit folgendem Wortlaut überreichen: „Die Stadt gedenkt Eurer als die ersten Antifaschisten. Sie ist sich Eurer Opfer bewusst und hofft, dass Ihr bei der bevorstehenden schweren Arbeit Eure reichen Erfahrungen und Eure bewährte Kraft zur Verfügung stellt. Es gibt vieles zu bereinigen, wozu Eure Erfahrungen benötigt werden. Ihr kommt nicht als Bettler, sondern als vollwertige Mitglieder Eurer Gemeinde.“ StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, OB 1945-1990, Nr. 5337, Heckert und Winter an Oberbürgermeister, 25. Mai 1945.

Antifaschistischen Front mitarbeiteten. So wurde Otto Heckert<sup>342</sup> zum Leiter gewählt, während Werner Türpe das Sekretariat übernahm. In ihrer Arbeit orientierten sich die „Heimkehrer“ offensichtlich an der am 22. April 1945 in Buchenwald verabschiedeten „Entschließung der Delegierten-Konferenz des Parteiaktivs der KP-Buchenwald“<sup>343</sup>. Darin hatten die Kommunisten des Konzentrationslagers Buchenwald die Sowjetunion als Führerin aller Antifaschisten anerkannt und eingeräumt, dass sich die „Frage der Diktatur des Proletariats“ derzeit noch nicht stelle.<sup>344</sup> Vielmehr sollte zuerst das Volk nach den Vorgaben des NKFD mobilisiert werden. Neben der Freilassung aller politischen Gefangenen wurde die Bildung von Volksausschüssen proklamiert, in denen alle Bevölkerungsschichten mitarbeiten und die von der Besatzungsmacht anerkannt werden sollten. Nach Auffassung der Buchenwalder sollten die Volksausschüsse „die neuen Parlamente, die neuen Machtorgane des antinazistischen Deutschlands werden“<sup>345</sup>. Die Buchenwalder befürworteten die Einführung demokratischer Rechte für alle Antifaschisten, den Aufbau „antinazistischer“ Schutz- und Sicherheitsorgane sowie „antinazistische“ Massenorganisationen. Ferner sollten Entnazifizierungsmaßnahmen eingeleitet und für ein enges Bündnis zur Sowjetunion geworben werden. Obwohl die Buchenwalder die Forderungen nach der Diktatur des Proletariats entsprechend der KPD-Politik der 30er Jahre und der ihnen bekannten NKFD-Politik zurückgestellt hatten, gaben sie die „Soziale Revolution“ nicht verloren.<sup>346</sup>

Am 27. Mai 1945, zu einem Zeitpunkt, als in den anderen aufgezeigten sächsischen Städten jegliche Antifa-Bewegung stillgelegt worden war bzw. kontrolliert wurde, erfolgte die erneute offizielle Konstituierung der Antifaschistischen Front. Heckert wurde zum Ersten Vorsitzenden gewählt, der Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär Gerhard Börner zum Zweiten Vorsitzenden und Alfred Hübsch, ein Vertreter der Bürgerlichen, zum Dritten Vorsitzenden. Die namentlich

---

<sup>342</sup> Otto Heckert, Bruder Fritz Heckerts, KL Buchenwald, Ende Mai 1945 Vorsitzender der Antifaschistischen Front Chemnitz, im November 1945 nach Berlin zur Mitarbeit im KPD-Apparat.

<sup>343</sup> Archiv der Gedenkstätte Buchenwald, Sign. 77-2-6.

<sup>344</sup> Ebenda, Unterstreichung im Original.

<sup>345</sup> Archiv der Gedenkstätte Buchenwald, Sign. 77-2-5.

<sup>346</sup> Die Entschließung endete „Es lebe ein freies d e m o k r a t i s c h e s Deutschland als erste Etappe auf unserem Weg zur Organisierung der sozialen Revolution.“ Ebenda, Unterstreichung im Original.

aufgeführten weiteren Mitglieder des Präsidiums der Antifaschistischen Front waren vorwiegend ehemalige Häftlinge aus Konzentrationslagern oder Zuchthäusern, die der KPD angehörten, aber auch ehemalige KPO-Mitglieder. Neun Präsidiumsvertreter ordneten sich der ehemaligen SPD zu und sieben waren bürgerlicher Herkunft.

Der körperschaftlichen Zusammensetzung nach engagierten sich von den zum Präsidium der Antifaschistischen Front gehörenden Mitgliedern sieben gleichzeitig in der Gewerkschaft. Die Stadtverwaltung vertraten der Oberbürgermeister und seine drei nach paritätischen Gesichtspunkten benannten Stellvertreter. Zwei weitere Präsidiumsmitglieder kamen aus der Industrie- und Handelskammer.<sup>347</sup>

Neben dem Präsidium der Antifaschistischen Front sollte ein Plenum tagen, das sich aus Delegierten der Betriebsausschüsse, der Ärztekammer, der Lehrkörper, der Berufs- und Handelskammer, der städtischen Körperschaften und anderen, nicht weiter aufgelisteten Einrichtungen sowie aus Vertretungen der Antifaschistischen Front der jeweiligen Stadtbezirke zusammensetzen sollte. Damit sollten offensichtlich die Aufgaben des fehlenden Stadtparlaments übernommen werden. Auch die Unterabteilungen der politischen Kommission der Antifaschistischen Front entsprachen weitgehend dem Aufbau der Stadtverwaltung Chemnitz.<sup>348</sup> Da von diesen Unterabteilungen keine Akten existieren, ist nicht auszuschließen, dass zahlreiche Mitarbeiter der Unterausschüsse der Antifaschistischen Front innerhalb der Stadtverwaltung tätig waren bzw. deren Aufgaben erfüllten.<sup>349</sup>

Von den Räumlichkeiten der früheren Industrie- und Handelskammer aus wurden die Antifa in den Stadtteilen, der Neuaufbau der Verwaltung, der Gewerkschaften und der Polizei organisiert.<sup>350</sup>

Das mit der Konstituierung der Antifaschistischen Front herausgegebene Mitteilungsblatt richtete sich an Antifaschisten und Chemnitzer, um dem Anliegen

---

<sup>347</sup> StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, FB Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifaschistische Front, Nr. 85, Das erste Präsidium der Antifaschistischen Front Chemnitz.

<sup>348</sup> So sollten Unterabteilungen zum Kulturamt, für Frauen, Jugend, Information, Presse, Agitation, ein Ausschuss für Ernährungsfragen, ein Ausschuss für Wohnen und Bauen und ein Ausschuss Arbeit - Betrieb – Gewerkschaft innerhalb der Antifaschistischen Front Chemnitz tätig werden. Ebenda.

<sup>349</sup> Zumindest finden sich in den Tagungsberichten der Antifaschistischen Front Mitteilungen einzelner Abteilungen zum Stand der gegenwärtigen Situation. Ebenda.

Nachdruck zu verleihen, für die anstehenden Aufgaben alle Kräfte zu aktivieren. Die Adressatenformel „Antifaschisten und Chemnitzer“ scheint die Unsicherheit hinsichtlich des eigenen Selbstverständnisses und Anliegens widerzuspiegeln. Die ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald dominierten diese neue Antifaschistische Front zahlenmäßig. Sie verstanden sich selbst als *die* Antifaschisten, denn sie hatten Jahre nationalsozialistischer Haft verbüßt, die übrige Chemnitzer Bevölkerung sollte jedoch auch angesprochen werden.

Inhaltlich folgt das Mitteilungsblatt zwar im Wesentlichen dem Aufruf vom 9. Mai 1945, doch auch politische Konzepte aus den 30er Jahren wurden wieder aufgegriffen.<sup>351</sup> Es wurde also nicht nur auf die Ursachen des nun bestehenden Chaos, sondern auch auf die Mitverantwortung aller Deutschen am Krieg und dessen Folgen verwiesen. Die Besatzungsmacht garantiere die Voraussetzungen „zum Frieden, zur Freiheit und zum Wiederaufbau“. Vehement agitierten die „Mitteilungen“ gegen „Gerüchtemacher, Störenfriede und Feinde der Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten“ und prangerten die Passivität der Chemnitzer Bevölkerung an. Es galt, die gegenwärtige Situation schonungslos zu kennzeichnen und „Schuld zu bekennen“. Da viele Bürger bereit seien, Antifaschisten zu werden, wollten die Mitglieder der Antifaschistischen Front ihnen den Weg weisen. Das neu zu schaffende Deutschland konnte nur ein antifaschistisches sein. Deshalb erfolgte zum Schluss der „Mitteilungen“ die auf bürgerliche Tugenden zurückgreifende Begriffsklärung :

„Antifaschismus, das heißt eine Lösung aller politischen, ökonomischen und sozialen Probleme auf freier, demokratischer Grundlage.

Das heißt, Wiederherstellung demokratischer Freiheiten für alle Menschen, außer den Nazis.

Dass heißt: Gewissensfreiheit, Gesinnungsfreiheit, Religionsfreiheit.

---

<sup>350</sup> Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/126.Bericht Kretzschmars vom 21.6.65.

<sup>351</sup> Ab Mitte 1936 waren allgemeine Gesichtspunkte in den Mittelpunkt kommunistischer Volksfrontkonzepte gerückt wie „Demokratisierung“, „Selbstverwaltung“, „Säuberung“ und „Ordnung“ Vgl. Sywottek 1971, S. 99 sowie Kapitel 2.

Das heißt: politische Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Kampf gegen Korruption!<sup>352</sup>

Waren die ersten Abschnitte der „Mitteilungen“ ziemlich allgemein und parteienübergreifend gestaltet, so wurde hier erstmals versucht, den Begriff „Antifaschismus“ als ein neues politisches System zu definieren. Da sich die ehemaligen Buchenwalder Häftlinge in der Antifaschistischen Front nach dem Volksfrontmodell aus der Vorkriegszeit zu organisieren suchten, stellte dieses Flugblatt einen Kompromiss dar, den Ackermann gefunden zu haben schien. Er tolerierte dieses Antifa-Komitee, solange es sich freiwillig seinen politischen Ansichten unterordnete. Dass die vorliegende Antifaschismus-Definition den ehemaligen KZ-Häftlingen zugeschrieben werden könnte, ist auszuschließen, da Heckert in der Präsidiumssitzung vom 7. Juni 1945 erklärte, Antifaschismus sei eher eine Herzens- als eine Verstandessache.<sup>353</sup>

Die heimgekehrten KZ-Häftlinge rangen um eigene Positionen in den Präsidiumssitzungen der Antifaschistischen Front. Hatte sich das erste Chemnitzer Antifa-Komitee als Ersatzverwaltung verstanden, so grenzte sich Heckert davon bewusst ab und beschwor am 7. Juni 1945 als Hauptaufgabe die Umerziehung der Massen. Das konnte nur die Antifaschistische Front, die sich als politische Kampfform definierte, leisten, um so die Rote Armee, die „Garanten der Ordnung“ zu unterstützen.<sup>354</sup> Es sollte in Chemnitz keine „Doppelmacht (...), sondern nur eine einheitlich ausgerichtete Front“ geben<sup>355</sup>, und die Antifaschistische Front sollte die Stadtverwaltung nicht kontrollieren.

Vertreter der SPD forderten eine öffentliche Erklärung, dass sich die Antifaschistische Front nicht als eine „einzelne Partei, die hier in Chemnitz eine Organisation aufziehen will“, verstand. Für noch Abwartende sollte deutlich werden, dass die Antifaschistische Front keine ausschließlich kommunistische Organisation sei.<sup>356</sup>

---

<sup>352</sup> Zit. nach Strauß 1966, S. 11.

<sup>353</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 85, Protokoll der Sitzung des Antifa-Präsidiums am 7.6.45.

<sup>354</sup> Ebenda.

<sup>355</sup> Ebenda.

<sup>356</sup> Ebenda.

Die die früheren Demokraten vertretenden Mitglieder des Präsidiums schlugen einen Ausschuss vor, der sich mit dem Aufbau der Antifaschistischen Front, mit der Ausarbeitung von Richtlinien und der Arbeits- und Aufgabenverteilung sowie mit Arbeitsschwerpunkten der Ortsgruppen beschäftigen und einheitliche Formulare herausgeben sollte. Die Vorschläge dieses Ausschusses sollten vom Präsidium legitimiert werden. Dies alles sei notwendig, um künftige Übergriffe und Willkürakte der Bezirksbüros zu vermeiden. Auch die Demokraten verstanden die Antifaschistische Front als überparteiliche Organisation. Als allgemeines Ziel wurde der bevorstehende notwendige politische und wirtschaftliche Wiederaufbau formuliert.

Die Kommunisten hoben in der Diskussion hervor, dass die Antifaschistische Front eine Bewegung und keine Organisation sei, um das ganze Volk zu erfassen. Parteipolitische Ambitionen von Antifaschisten und auch politische Grundsatzdiskussionen sollten keine Rolle spielen. Neu aufgenommene Mitglieder waren vielmehr nach der Art und dem Umfang ihrer praktischen antifaschistischen Arbeit zu beurteilen. Die Antifaschistische Front sei die Verbindung zwischen der kommunistischen, der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Partei, weil viele zwar zur Mitarbeit in der Antifaschistischen Front, aber nicht zum Eintritt in eine der Parteien bereit waren.<sup>357</sup>

Die Anwesenden beschlossen, einen Organisationsausschuss aus drei KPD-Mitgliedern und je zwei Vertretern der SPD und der Bürgerlichen zu bilden.<sup>358</sup> Am 8. Juni 1945 erhielten diese Mitglieder eine Einladung zur ersten Besprechung des Organisationsausschusses für den 11. Juni 1945. Aufgabe des Ausschusses war die Ausarbeitung von Richtlinien für die Antifaschistische Front.<sup>359</sup>

Nicht auszuschließen ist allerdings, dass dieser Organisationsausschuss bereits einen Tag früher zusammentrat. Am 10. Juni 1945 fand nämlich eine Tagung der Antifa statt, auf der Otto Heckert wiederum zur politischen Lage und daraus folgernd über das Wesen und die Aufgaben der Antifaschistischen Front referierte. Die politische

---

<sup>357</sup> Ebenda.

<sup>358</sup> Die KPD vertraten Heckert, Türpe und Wenzel, die SPD Friedel und Börner, und die Demokraten/Bürgerlichen wurden durch Hoschek und Hübsch repräsentiert.

Situation sei durch die antifaschistische Leitung der städtischen Behörden gekennzeichnet, was auf die Verdienste der (ersten) Antifaschistischen Front zurückgeführt wurde. Noch einmal unterstrich er, dass es keine Doppelmacht geben sollte. „Macht haben nur noch unsere antifaschistischen Behörden, unsere Bürgermeister, unsere Landräte usw. Nicht wir führen aus, sie führen in unserem Auftrag aus und damit schaffen wir auch wieder Sicherheit und Ordnung.“<sup>360</sup> Die Antifaschistische Front verstand sich nicht als Kontrollorgan der Behörden, sondern als deren Legitimations-grundlage, damit die Behörden überhaupt ihre Tätigkeiten aufnehmen konnten, und als Elite-Organisation, in der sich die „Besten des Volkes“ zusammenfinden sollten.<sup>361</sup>

Als Ziele der Antifaschistischen Front nannte Heckert die nationale Einheit Deutschlands, die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung, die Bereitschaft, die Kriegslasten und auch die Kriegsschuld zu tragen, zur Völkerverständigung beizutragen und gegen Rassentheorien aufzutreten. Außerdem setzte er entsprechend seinem Politikverständnis, das sich in den dreißiger Jahren manifestiert hatte, Antifaschismus mit Antiimperialismus gleich.

Daran anschließend rief er dazu auf, allorts Antifa-Komitees zu bilden, „weil sie und niemand anders die Garantie geben, unsere antifaschistischen Behörden politisch zu unterstützen, weil sie die Garantie geben, das Volk aufzuklären und politisch zu formen. Wir werden an allen Orten antifaschistische Komitees schaffen, auf der Basis der Gleichberechtigung aller Antifaschisten, auf der Basis dieses ehrlichen Bündnisses. Jeder, der als Antifaschist (...) gekämpft hat, muss das Recht haben, ganz gleich welcher politischen Bewegung er angehörte, als Gleichberechtigter in unseren Reihen zu kämpfen.“<sup>362</sup> Hier konnte nicht eindeutig geklärt werden, ob Heckert mit der Forderung nach weiteren Antifa-Komitees die im Lager Buchenwald

---

<sup>359</sup> Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 85. Entsprechende Niederschriften oder Protokolle sind für diesen Ausschuss jedoch nicht erhalten.

<sup>360</sup> Ebenda, Tagung des Antifa-Komitee 10.6.45.

<sup>361</sup> Ebenda. An anderer Stelle finden sich die Hinweise, dass sich alle „bewußten“ Antifaschisten in der Antifaschistischen Front organisierten, in der „Einzel- und Kollektivmitgliedschaften“ möglich waren. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 9.

<sup>362</sup> Ebenda, Blatt 21.



verabschiedeten Volksfrontideen<sup>363</sup> umsetzen wollte. Es soll nicht ausgeschlossen werden, dass Ackermann, nach den Erfahrungen mit der Antifa in anderen Städten seines „Königreichs“, die Ausschüsse billigte, um auf diese Weise das Antifa-Potential innerhalb der deutschen Bevölkerung aufzufangen und zu kanalisieren. Die Tolerierung des Chemnitzer Antifa-Modells erfolgte zeitgleich mit der Fürsprache sowjetischer Offiziere in Moskau, den Deutschen eine antifaschistische Organisation zu geben, für die sich auch schon Ulbricht eingesetzt hatte. Dieses Antifa-Modell, wie es in Chemnitz von den ehemaligen „Buchenwaldern“ mit Wissen Ackermanns praktiziert wurde, ist offensichtlich ein Kompromiss. Denn die zweite Chemnitzer Antifaschistische Front war zunächst nicht als neues Parlament für die Stadt konzipiert, sie beschränkte sich darauf, politische Aufklärungs- und Entnazifizierungsaufgaben wahrzunehmen

An der Tagung der Antifaschistischen Front vom 10. Juni 1945 nahmen 89 Vertreter der 18 Chemnitzer Stadtbezirke und 87 Mitglieder der 39 antifaschistischen Ortsgruppen teil. Politisch dominierte die kommunistische Partei mit 122 ehemaligen Mitgliedern, 29 Vertreter gehörten der SPD an, während frühere Jugend-, Gewerkschafts- oder Splitterorganisationen der Arbeiterparteien kaum vertreten waren.<sup>364</sup>

*Zur Arbeit der Antifaschistischen Front Chemnitz - Der Ortsausschuss der Freien Gewerkschaften zu Chemnitz*

Der „Ortsausschuss der Freien Gewerkschaften zu Chemnitz“ lehnte sich eng an die Arbeit der Antifaschistischen Front an. Schon die „erste“ Antifa hatte einen Gewerkschaftsausschuss, der paritätisch von KPD und SPD geleitet wurde. In der Folge konstituierte sich ein sogenannter „Fünfer-Ausschuss“. Dieser war aus je zwei

---

<sup>363</sup> Am 22. April 1945 hatten die Kommunisten, die die nationalsozialistische Haftzeit im Konzentrationslager Buchenwald überlebt hatten, eine Entschliebung verabschiedet. Darin formulierten sie die in ihren Augen dringendsten Aufgaben. So auch die Bildung antifaschistischer und breite Bevölkerungskreise integrierende Volksausschüsse, die von der Besatzungsmacht als „neue Parlamente“ und „Machtorgane“ anerkannt werden sollten. Vgl. Archiv der Gedenkstätte Buchenwald BuA 772-5 Entschliebung der Mitglieder des Parteiaktivs der KPD Buchenwald Bezirk Magdeburg-Anhalt; 772-6 Entschliebung der Delegierten-Konferenz des Parteiaktivs der KP-Buchenwald 22.4.1945.

<sup>364</sup> So waren nur drei der Anwesenden Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), ein Vertreter des KJVD, der SAJ und der RGO. Vgl. StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 85.

Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und einem „Christlich-Sozialen“ nach „demokratischen Gesichtspunkten (entsprechend) dem damaligen Charakter der Gewerkschaftsbewegung von vor 1933“ gebildet worden.<sup>365</sup> Die vier Gewerkschafter der beiden Arbeiterparteien gehörten gleichzeitig zum Präsidium der Antifaschistischen Front.<sup>366</sup> Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Präsidium der Antifaschistischen Front und dem Gewerkschaftsausschuss spiegelte sich vor allem im Aufruf der Gewerkschaften wider, Betriebsausschüsse analog zu den Antifa-Ausschüssen in den Chemnitzer Stadtteilen zu bilden.<sup>367</sup> Später erfolgte die direkte Unterstellung unter die Antifaschistische Front, indem die Mitglieder des Ortsausschusses nun als Abteilung „Betrieb und Gewerkschaft“ tätig wurden.

Diese Betriebsausschüsse, denen nur Antifaschisten angehören sollten, hatten vorrangig Entnazifizierungsmaßnahmen zu übernehmen. Deren Bestimmungen arbeiteten nicht wie in Dresden die Stadtverwaltung, sondern das Präsidium der Antifaschistischen Front und der Gewerkschaftsausschuss aus.<sup>368</sup> Für notwendige Neueinstellungen in die Verwaltungen kamen Personen in Frage, die wegen ihrer antifaschistischen Einstellung zur NS-Zeit gemäßregelt worden waren, ehemalige Häftlinge aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern sowie diejenigen, für die die Entlassungskriterien nicht zutrafen.

---

<sup>365</sup> Mitglieder des Fünfer-Ausschusses waren Fritz Buchwald und Otto Schulze für die SPD, Paul Hähnel und Paul Rossner für die KPD, Achermann für die CDU. Vgl. Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/074, „Erinnerungen an den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und die Bildung antifaschistischer Körperschaften in Chemnitz 1945/46.“

<sup>366</sup> Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 85, Das erste Präsidium der Antifaschistischen Front Chemnitz.

<sup>367</sup> Schon einen Tag nach der Konstituierung der Antifaschistischen Front, am 28. Mai 1945, versandte der Ortsausschuss der Gewerkschaften das Rundschreiben Nr. 1/45. Darin wurde dazu aufgefordert, Betriebsausschüsse auf „rein demokratischer Grundlage“ zu bilden. Für die Größe der Betriebsausschüsse erstellte man einen Schlüssel. In Kleinbetrieben bis zu 20 Beschäftigten sollte es einen Obmann und einen Stellvertreter geben, in Betrieben bis zu 50 beschäftigten 3 Obmänner, bis zu 100 Beschäftigten 5 Obmänner und über 100 Beschäftigte 9 Obmänner. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 26, Rundschreiben 1/45 des Antifaschistischen Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften zu Chemnitz, 28. Mai 1945.

<sup>368</sup> Das Rundschreiben Nr. 1/45 legte fest, dass Personen, die mit nationalsozialistischen Orden geehrt worden waren, Angehörige der SS und der SA, die von der NSDAP eingesetzten Vertrauensmänner, NSDAP-Mitglieder, die bereits vor dem 1. Mai 1933 beigetreten waren sowie Jugendliche, die eine Funktion beim BDM bzw. in der HJ bekleidet hatten, sofern noch nicht geschehen, unverzüglich entlassen werden sollten. In Zweifelsfällen behielt es sich der Ortsausschuss vor, selbst über die Entlassung zu entscheiden.

Weitere Aufgaben der Betriebsausschüsse bestanden in der Zusammenarbeit mit den Betriebsführern zur Wiederaufnahme der Produktion, im Kampf um den Acht-Stunden-Tag sowie in der umfassenden Berichterstattung an den Ortsausschuss.<sup>369</sup>

Zu den Aufgaben des Gewerkschaftsausschusses gehörten die Kontrolle der einzelnen Verbände und deren Leitungen, die Ausarbeitung und Herausgabe von Rundschreiben an die Betriebe, die Mitwirkung an allen Beschlüssen der Antifaschistischen Front bzw. des Antifaschistisch-demokratischen Blocks und in den Arbeitsgemeinschaften der beiden Parteien. Aber auch Versorgungsmaßnahmen wie die Beschaffung von Heizmaterial, Kartoffeln und Lebensmitteln wurden getroffen.<sup>370</sup>

Auf alte gewerkschaftliche Organisationsformen sollte nicht zurückgegriffen werden, stattdessen sollte jeder Betrieb einem Verband angehören.<sup>371</sup> Einer der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die im Ortsausschuss mitarbeiteten, sah in der Säuberung der Betriebe von faschistischen Mitarbeitern und Angestellten und der Wiedereingangsetzung der Wirtschaft die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Außerdem sollten die Arbeitsbedingungen verbessert, Schulungsarbeit wahrgenommen und die betriebliche Einheit sichergestellt werden.<sup>372</sup>

#### *Die Stadtteil- und Ortsausschüsse der Antifaschistischen Front Chemnitz*

Mit dem Rundschreiben 4/45 vom 14. Juni 1945 wollte sich das Sekretariat der Antifaschistischen Front einen Überblick über die in den Stadtteilen und umliegenden Dörfern tätigen Antifa-Ausschüsse verschaffen. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als sowohl in Berlin als auch in Dresden und in sächsischen Kleinstädten nicht nur alle

---

Einige Kriterien zur Entlassung „faschistischer Elemente“ wurden nachfolgend noch einmal konkretisiert und teilweise revidiert. Dies betraf vor allem die Entlassung der sogenannten „Alten Kämpfer“ und der Jugendlichen. Ebenda.

<sup>369</sup> Dieser wollte hauptsächlich über den Stand der Entnazifizierung unterrichtet werden, über die Möglichkeiten einer Friedensproduktion und über die Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung. Vgl. Ebenda.

<sup>370</sup> Dieser Bericht entstammt nicht der unmittelbaren Arbeit des Gewerkschaftsausschusses. Die Datierung kann für ungefähr Mitte Oktober 1945, nach dem Befehl Nr. 124 der SMA vorgenommen werden. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 70.

<sup>371</sup> Der Kommandant berichte im Juli 1945, dass „in der Stadt 16 Gewerkschaftsgruppen (nach Berufszweigen) und eine Gesellschaft für Handwerker und Gewerbetreibende organisiert“ waren. Vgl. GARF f. 7212, op. 1, d. 9.

<sup>372</sup> Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/074, „Erinnerungen an den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und die Bildung antifaschistischer Körperschaften in Chemnitz 1945/46“, allerdings ist unklar, ob diese Broschüre publiziert wurde.

Antifa-Komitees aufgelöst waren, sondern auch die Parteigründungen im Mittelpunkt jeglichen Organisationseifers der „Exil-Kommunisten“ standen. Unklar blieb, ob Ackermann, der - eigenen Angaben zufolge – selbst häufig in der Stadt weilte, dieses Rundschreiben tolerierte oder gar angeregt hatte.

Das Schreiben intendierte durch „organisierte Berichterstattung“ die Vereinheitlichung der antifaschistischen Arbeit.<sup>373</sup> Ein detaillierter Fragenkatalog erfasste die Anschriften der Komitees und deren Ersten und Zweiten Vorsitzenden, die politische und körperschaftliche Zusammensetzung der Komitees, die Qualität der Zusammenarbeit mit den Behörden, mit dem Bürgermeister - ob dieser neu eingesetzt - und die Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden, die Arbeitsweise, die Legitimierung der Antifa durch die Bevölkerung und die Anzahl eingeschriebener Mitglieder. Ferner sollte über Arbeitseinsätze, die Bestellung der Felder, über etablierte Gewerkschaften und Betriebsausschüsse sowie über vorgenommene Beschlagnahmen berichtet werden.

Das Sekretariats der Antifaschistischen Front erhielt 27 Antwortschreiben, die sich auf dieses Rundschreiben bezogen. Die meisten der Antworten waren undatiert, nur wenige gingen kurze Zeit nach Verschickung des Rundschreibens im Sekretariat der Antifaschistischen Front ein.<sup>374</sup> 20 Berichts- und Antwortschreiben stammten aus den umliegenden Dörfern, sechs davon aus der unbesetzten Zone südlich von Chemnitz<sup>375</sup> und sieben aus den einzelnen Stadtteilen. Der Organisationsgrad war unterschiedlich. Während in den meisten Komitees KPD-Vertreter die Mehrzahl der Mitglieder bildeten, waren SPD- dominierte oder bürgerliche Komitees eher die Ausnahme. Den Zahlenangaben zufolge registrierten die Ausschüsse 130 aktive KPD-Mitglieder, 59 Mitglieder der SPD und ca. 89 Parteilose<sup>376</sup>. Die Zusammenarbeit mit den Behörden, mit den Bürgermeistern und den Besatzern wurde in der Mehrheit positiv bewertet, nur drei Antworten berichteten von einem „leidlichen“ bis „mangelhaften“ Auskommen mit den Kommandanturen. Die meisten antifaschistischen Ausschüsse und Komitees gliederten sich in diverse Unterausschüsse. Die wichtigsten waren die

---

<sup>373</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 26, Rundschreiben 4/45 des Antifaschistischen Komitee Chemnitz, 14.6.1945.

<sup>374</sup> Ein Schreiben kam bereits am 14.6., zwei folgten am 16.6., je eins am 18.6. und am 19.6., drei Schreiben sind vom Monatsende datiert (26.6.; 27.6. und 28.6.1945)

<sup>375</sup> Siehe Kapitel 4.1.

für Ernährung und Wohnen, für Sport und Kultur/Schule sowie für Gewerkschaften, obwohl letztere auch getrennt von den übrigen Unterausschüssen erwähnt wurden.<sup>377</sup>

In den antifaschistischen Ausschüssen der sieben Chemnitzer Stadtteile, die auf das Rundschreiben 4/45 reagierten, engagierten sich ca. 46 Mitglieder der KPD, 16 der SPD und 19 Bürgerliche sowie 10 Frauen. Es muss allerdings von einer wesentlich höheren Mitgliederzahl ausgegangen werden, da fünf Stadtbezirke keine entsprechenden Angaben machten.

Die Zahl der insgesamt eingetragenen Mitglieder in der Antifaschistischen Front betrug ca. 1260.<sup>378</sup> Nur in einem Ausschuss arbeiteten fast ausschließlich ehemalige KPD-Mitglieder.<sup>379</sup>

Die Namensgebung der einzelnen Ausschüsse verrät, dass die Ausschüsse meist schon vor der Wiederbelebung der Antifaschistischen Front Chemnitz existierten. So nannte sich die Antifa in den Stadtteilen Rottluff und Kappel<sup>380</sup> schlicht „Ortskomitee“, in Hilbersdorf und Siegmarschönau „Antifaschistische Front“, Altchemnitz verstand sich als „Unterausschuss“, eine Antwort kam vom „Antifa-Komitee“ Chemnitz, und Hilbersdorf verzichtete völlig auf einen entsprechenden Namen. Aber die Namensgebung der Antifa wandelte sich auch: so hieß die in Rottluff erst „Ortskomitee“, nannte sich dann aber „Antifaschistische Front“.

Auffällig ist, dass nur ein Komitee einen Sicherheitsausschuss mit zehn Mitarbeitern verzeichnete. 23 frühere KPD- und SPD-Mitglieder sowie „Genossen der Arbeiterbewegung“ hatten die „Antifaschistische Front“ Chemnitz- Rottluff bereits

<sup>376</sup> Unter Parteilosen sind Bauern, Unternehmer, Ärzte, Lehrer u.a. zusammengefasst.

<sup>377</sup> So existierte in jedem Stadtteil ein Unterausschuss für Wohnen und Bauen, in vier Stadtgebieten ein Ernährungsausschuss sowie in dem einen oder anderen Ausschüsse für Sport, Jugend und/oder Frauen. Die Frage der Gewerkschaften war trotz des Rundschreibens des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften unklar. In einigen Stadtteilen arbeiteten Unterausschüsse für Betriebe und Gewerkschaften. Andere gaben die Anzahl von Betriebsausschüssen in den Firmen an.

In den Dörfern wurde der Einrichtung diverser Unterausschüsse weniger Bedeutung beigemessen, was möglicherweise an der relativen Überschaubarkeit der Probleme lag. Wenn Unterausschüsse gebildet wurden, betraf dies hauptsächlich Wohnungs- und Ernährungsausschüsse. Gewerkschaftsausschüsse fanden sich, wenn überhaupt, allenfalls in Vorbereitung.

<sup>378</sup> Diese Zahl ergibt sich durch das Zusammenzählen der in den Berichten angegebenen Mitgliederzahlen.

<sup>379</sup> In der Antifaschistischen Front Hilbersdorf hatten sich 13 KPD-Mitglieder und ein Parteiloser zur antifaschistischen Arbeit zusammengefunden. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 26.

am 14. Mai 1945 gegründet.<sup>381</sup> Die Räumlichkeiten einer Turnhalle wurden als „Versammlungs-, Beratungs- und Abfertigungszimmer“ genutzt. Am 10. Juni 1945 fand - offenbar Bezug nehmend auf die Arbeit der Antifaschistischen Front - eine Umstrukturierung im Komitee statt. Das Komitee konstituierte sich nun „nach den Gesichtspunkten der Bewährung und der politischen Arbeitsleistung der Mitglieder in der illegalen und früheren Zeit“.<sup>382</sup> Die unmittelbaren Aufgaben lagen in der Sicherstellung einer funktionierenden Gemeindegewirtschaft. Diese war in den Augen des Ersten Vorsitzenden der „Unterbau“ für die politische Arbeit. Erst Anfang Juli 1945 ging die Exil-KPD daran, die Chemnitzer Antifa-Ausschüsse zu schulen, indem auf den öffentlichen Versammlungen der Antifa Referate gehalten wurden, die sich am KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 orientierten. Als Referenten traten in der Regel bewährte Genossen auf.<sup>383</sup>

Im Stadtteil Kappel konkurrierten zwei Antifa-Komitees miteinander. Der unter dem Namen „Antifa“ Kappel tagende Ausschuss verfügte über die besseren Verbindungen zur Zentrale der Antifaschistischen Front Chemnitz, sodass die „Antifa-Richter“ aufgelöst wurde. Deshalb richtete sich am 30. Mai 1945 ein Antifa-Büro ein, dessen etwas später gebildeter Arbeitsausschuss vom Sekretariat der Antifaschistischen Front anerkannt und mit der Leitung der Antifa-Arbeit betraut wurde. Dieser Arbeitsausschuss wollte für das weitere Auftreten der Antifa-Richter keine Verantwortung mehr übernehmen. So soll die „Antifa-Richter“ Spenden u.a. von Nazis entgegengenommen, Mitgliedsausweise ausgestellt und eine Versammlung für den 31. Mai 1945 einberufen haben. Ferner hatte die „Antifa-Richter“ mit Hilfe der Antifa-Polizei Lebensmittel beschlagnahmt und diese an Mitarbeiter der Stadtteilleitung - gemeint sind wohl Mitarbeiter der Stadtbezirksverwaltung - verteilt.

---

<sup>380</sup> Der Ortsteil Kappel galt vor 1933 als ausgesprochener Industrievorort, in dem sich zahlreiche Gewerkschaftsverbände organisiert hatten. Brauer/Richter (Hg.) 1988, S. 134.

<sup>381</sup> Der Bericht führte nicht nur die Anzahl der Mitglieder auf, sondern enthielt auch eine parteipolitische Zusammensetzung. So gehörten nur drei Mitglieder der KPD und drei der SPD an. Die anderen waren entweder parteilos oder, da sie als „Genossen der Arbeiterbewegung“ bezeichnet worden waren, frühere Mitglieder der KPO, des RFB, des KJVD etc. Zudem spiegelt sich in der Art der Berichterstattung bereits die Existenz des Befehls Nr. 2 auf Parteilassung wider. Denn nach Bekanntgabe des Shukow-Befehls gaben die Ausschüsse in der Regel auch die Parteizugehörigkeit ihrer Mitarbeiter an.

<sup>382</sup> StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 26, Bericht zum Rundschreiben 4/45 vom 19.6.45.

<sup>383</sup> StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 43. Versammlungs-Bericht der Antifa-Rottluff vom 3.7.45.

Die Mitarbeiter des Antifa-Büros zeigten außerdem weitere willkürliche Beschlagnahmen der Antifa-Polizei an, die der vom 30. Mai 1945 erlassenen Richtlinie des Sekretariats der Antifaschistischen Front, keine weiteren Beschlagnahmen durchzuführen, zuwiderliefen. Das entsprechende Anschreiben an die Zentrale der Antifaschistischen Front endete: „Wir erwarten sofortige Klärung, und setzen bis dahin die Verantwortung für unsere Tätigkeit aus.“<sup>384</sup>

Obwohl nur das Ortskomitee des Stadtteils Rottluff einen antifaschistischen Sicherheitsausschuss als Unterausschuss angab, ist davon auszugehen, dass die Frage der Polizeigewalt in den einzelnen Stadtteilen keineswegs eindeutig war. Auch im Stadtteil Kappel gab es, wie bereits dargestellt, eine Antifa-Polizei. Im Stadtteil Chemnitz-Furth war der Sicherheitsdienst wahrscheinlich nicht direkt der bestehenden Antifa unterstellt, doch Beschwerden über deren Vorgehensweisen wurden an die Antifa gerichtet, was auf die enge Verbundenheit zwischen neuer Stadtbezirksverwaltung und Antifa hinweist. Am 23. Mai 1945 erhob der Vorsitzende der Antifa Chemnitz-Furth gegenüber der Stadtleitung der Antifaschistischen Front Einspruch gegen die Verhaftung des Leiters des Sicherheitsdienstes. Ihm wurde vorgeworfen, Berichte über Vergewaltigungen, Plünderungen und ähnliche Gewaltakte nicht weitergeleitet und eigenmächtige Beschlagnahmen vorgenommen zu haben.

Die Bevölkerung von Chemnitz-Furth sprach sich während einer öffentlichen Demonstration gegen das Vorgehen der Antifa-Polizei<sup>385</sup>, gegen Bestrebungen, einen „Sowjetstaat“ in Furth zu bilden, und für die Auflösung der Antifa aus. Der Vorsitzende der Antifa versuchte, die Reaktionen der Bevölkerung abzuwehren, indem er einen Großteil der Demonstranten als ehemalige Nationalsozialisten bezeichnete, die auf Gleichberechtigung, auf die Rückgängigmachung aller Polizeiaktionen und das Entfernen und Auflösen der Antifa-Polizei bestanden. Obwohl der Antifa-Vorsitzende keine Ausführungen über die eigentliche Tätigkeit des von ihm geleiteten Komitees machte, waren der Bevölkerung einige

---

<sup>384</sup> Ebenda.

<sup>385</sup> Darin wurde sie sogar vom Polizeipräsidenten der Stadt unterstützt. StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 43.

Polizeiaktionen offensichtlich unverständlich, zumal die Mitglieder des Antifa-Komitees sich selbst bevorteilten.<sup>386</sup>

### *Die Einbeziehung sozialdemokratischer Gruppen*

Am 20. Mai 1945 konstituierte sich der Sozialdemokratische Bezirksverein Chemnitz-Schloss, der eine Zwischenform zwischen Antifa und Parteiorganisation war. Der Bezirksverein, der eine Sozialdemokratische Partei wiederaufbauen wollte und sich als deren Interessenvertretung verstand, war über die Arbeit in den Aktionsausschüssen und die Zusammenarbeit mit den Kommunisten unterrichtet. Nur drei Tage nach seiner Gründung wurde am 23. Mai 1945 der Vorstand des SPD-Bezirks Chemnitz-Schloss eingesetzt.<sup>387</sup>

Zur ersten Versammlung im Juni 1945 begrüßte der sozialdemokratische Vorsitzende einen ehemaligen Buchenwald-Häftling, der vor 1933 ebenfalls der SPD angehört hatte, und zwei Vertreter der Antifaschistischen Front. Letztere agitierten die Sozialdemokraten, sich der Antifa anzuschließen, indem sie Zweck, Ziele und die Organisation der Antifaschistischen Front vorstellten und beteuerten, dass die Kommunisten dieses Gremium nicht dominierten. Mit dem Beitritt zur Antifaschistischen Front solle vielmehr der Welt bewiesen werden, „dass der große Teil des deutschen Volkes dann doch antifaschistisch eingestellt ist.“ Die Sozialdemokraten von Chemnitz-Schloss befürworteten in der Folge die Zusammenarbeit von Vertretern beider Arbeiterparteien in der Antifaschistischen Front, die sie als „die große Dachorganisation sozialistischer Auffassungen“ verstanden.<sup>388</sup> Deshalb sollte fortan der Eintritt in die Antifaschistische Front bei der Parteiaufnahme in die SPD und in den entsprechenden Ausweisen vermerkt werden. Obwohl die Antifaschistische Front um eine Einbindung dieser offenbar sehr starken SPD-Gruppe bemüht war – es nahmen immer ein bis zwei Vertreter der Antifaschistischen Front an den Versammlungen der SPD in Chemnitz-Schloss teil, was natürlich nicht nur der Einbindung, sondern auch der angestrebten Kontrolle

---

<sup>386</sup> Ebenda. Das genaue Datum der Verhaftung des Antifa-Polizeichefs konnte nicht ermittelt werden.

<sup>387</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 86, Protokoll der konstituierenden Versammlung Sozialdemokratischer Bezirksverein Chemnitz-Schloß, 20. 5.45.



über diese Gruppe geschuldet war - , bauten sie auch sozialdemokratischen Selbstständigkeitsbestrebungen vor. Der ehemalige Buchenwald-Häftling hatte beispielsweise die Herausgabe einer eigenen Zeitung vorgeschlagen. Die Antifaschistische Front reagierte darauf sofort mit dem Vorwurf „Eigenbröteleien“, die beide Parteien künftig unterlassen und in der Pressefrage lieber eine gemeinsame Zeitung herausgeben sollten.<sup>389</sup>

Das Verhältnis zur KPD verschlechterte sich, nachdem im Juli 1945 bekannt wurde, dass die Kommunisten die Räumlichkeiten der aufgelösten Antifa übernahmen. Um die Sozialdemokraten mit der neuen Situation vertraut zu machen, die Antifaschistische Front war in den Block überführt worden, referierte am 17. Juli 1945 erstmals ein Mitglied des Chemnitzer SPD-Vorstands, der vorher im Präsidium der Antifaschistischen Front mitgearbeitet hatte. Inhaltlich beschäftigte sich dessen Rede mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD und mit den Vorteilen der sowjetischen Besetzung, unter der politische und gewerkschaftliche Arbeit wieder möglich war, die Kommunisten hätten sich auf den Boden der Demokratie gestellt, eine Einheitspartei sollte von unten entstehen.<sup>390</sup>

#### *Weitere Aufgaben der Antifaschistischen Front Chemnitz*

Die Mitglieder der neuen Antifaschistischen Front sahen sich bald veranlasst, in die Personalentscheidungen der Kommunalverwaltung einzugreifen. Sie setzten offenbar alle Hebel in Bewegung, um Dr. Fritz Gleibe<sup>391</sup>, der erst seit dem 15. Mai 1945 mit den Geschäften des Oberbürgermeisters betraut worden war, abzusetzen. Die Mitglieder der Antifaschistischen Front störten sich vor allem an der früheren NSDAP-Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters. Knapp vier Wochen später wurde deshalb Dr. Kurt Wuthenau, ebenfalls ein Bürgerlicher, zum neuen Oberbürgermeister berufen.

Die Antifaschistische Front Chemnitz koordinierte nicht nur die Arbeit der einzelnen Stadtteilausschüsse, sondern war auch die Anlaufstelle für aus Zuchthäusern und

---

<sup>388</sup> Ebenda, Protokoll der konstituierenden Versammlung Sozialdemokratischer Bezirksverein Chemnitz-Schloß 10.6.45.

<sup>389</sup> Ebenda, Vorstandssitzung vom 18.6.45.

<sup>390</sup> Ebenda, SPD-Mitgliederversammlung vom 17.7.45.

Konzentrationslagern heimkehrende ehemalige Häftlinge; im Gegensatz zu Dresden, wo die Kommunalen Hilfsstellen diese Aufgabe wahrnahmen. In Chemnitz ergab sich das offenbar von selbst, waren doch zahlreiche Mitglieder des Präsidiums der Antifaschistischen Front selbst ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald.<sup>392</sup>

Hatten in Dresden die Kommunalen Hilfsstellen die Vergabe der Lebensmittelkarten übernommen, so lag sie in Chemnitz in den Händen der Antifa.<sup>393</sup>

Im Mai 1945 organisierten die Antifa-Komitees zahlreiche Arbeitseinsätze<sup>394</sup>, an denen sich vorwiegend ehemalige Mitglieder der NSDAP als eine Art Straf- oder Wiedergutmachungsmaßnahme beteiligen mussten. Derartige Aktionen wurden im Juni 1945 vom Präsidium der Antifaschistischen Front untersagt. Gleichzeitig verbot auch der Chemnitzer Polizeipräsident diese Form der Arbeitseinsätze aus politischen Gründen.<sup>395</sup> Stattdessen teilte das Sekretariat der Antifaschistischen Front Ende Juni 1945 dem Stadtteil Kaßberg beispielsweise mit, dass nun vor allem an Samstagen und Sonntagen Arbeitseinsätze als breit angelegte Massenaktionen stattfinden sollten. „Die Bevölkerung soll dazu nicht gezwungen werden, sondern aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus diese Arbeiten freiwillig durchführen.“<sup>396</sup> Der Oberbürgermeister und die Stadträte sollten beispielgebend vorgehen. Die Antifa-Komitees hatten dafür Sorge zu tragen, dass sich trotzdem bekannte Nationalsozialisten wie bisher an den Aufräumungsarbeiten beteiligten. An diesen

---

<sup>391</sup> Dr. Fritz Gleibe hatte schon vor Kriegsende als Stadtkämmerer und Ratsmitglied in der Stadtverwaltung gearbeitet. Vgl. Welsh 1989, S. 35

<sup>392</sup> So wandte sich die Chemnitzer Antifa beispielsweise Anfang Juni 1945 mit der Bitte an den Bürgermeister des Ortes Plaue bei Flöha, der Ort möge sich um die ehemaligen Häftlinge aus Buchenwald kümmern. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 24.

<sup>393</sup> Um Fehler bei der Ausgabe zu vermeiden, überprüften die Chemnitzer Antifa-Komitees die vom Ernährungsamt erhaltenen Listen in den einzelnen Stadtteilen noch einmal. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block. Schriftwechsel mit Antifa-Stellen, Nr. 43, Antifa-Komitee Chemnitz Nord an Stadtkommandanten, 19.6.1945.

<sup>394</sup> In diesen Arbeitseinsätzen ging es darum, Straßen von Bauschutt zu beräumen, Wasser- und Gasrohrbrüche freizulegen, Bombenrichter aufzufüllen, Ziegel abzuputzen. Dadurch konnten in relativ kurzer Zeit ca. 25 000 Wohnungen behelfsmäßig hergerichtet werden. Vgl. Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/038.

<sup>395</sup> Die politischen Gründe, die zur Abschaffung der Arbeitseinsätze führten, nannte der Polizeipräsident allerdings nicht.

<sup>396</sup> Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Schriftwechsel mit Antifa-Stellen, Nr. 43, Blatt 270.

„freiwilligen Arbeitseinsätzen“, wie sie im Nachhinein bezeichnet wurden, beteiligten sich angeblich mehrere 10 000 Menschen.<sup>397</sup>

### 3.3.4 Die Rolle der Exil-Kommunisten

Im Gegensatz zu Dresden und zahlreichen anderen Städten Sachsens setzte Ackermann keinen seiner Instrukteure in Chemnitz ein, war es ihm auf seiner Fahrt nach Dresden doch nicht möglich, diese Stadt zu besuchen. Außerdem war Chemnitz eine Art „Grenz-Stadt“ zwischen den amerikanischen und sowjetischen Truppen. Vielleicht behielt er es sich deshalb vor, selbst in die Geschicke der Stadt einzugreifen.<sup>398</sup> Der Einfluss Ackermanns, der in den öffentlichen Versammlungen in Chemnitz nie in Erscheinung trat, ist vor allem in der erneuten Umbesetzung der Chemnitzer Stadtverwaltung im Juli 1945 erkennbar und an der Ende Juni 1945 erfolgten Blockgründung.

Bei der Besetzung der Stadtverwaltung operierte Ackermann nach altbewährten Praktiken.<sup>399</sup> So wurde Dr. Kurt Wuthenau am 10. Juli 1945 zum neuen Oberbürgermeister berufen, nachdem Dr. Gleibe wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP nicht mehr zu halten war. Zum Ersten Bürgermeister, der gleichzeitig als ständiger Vertreter des Oberbürgermeisters auftrat, wurde das Mitglied des NKFD Heinrich Engelke<sup>400</sup> ernannt, der gleichzeitig das Informations- und Presseamt, das Statistische Amt, das Personalstands- und das Standesamt übernahm. Max Müller (KPD) erhielt das Amt des Zweiten Bürgermeisters, zuständig für Verwaltung und Personal, Verkehr und Straßenbahnen. Der Sozialdemokrat Kurt Grimm leitete als Dritter Bürgermeister die Bereiche Handwerk und Industrie. Polizeipräsident wurde

---

<sup>397</sup> Erinnerungsbericht von Kurt Kretzschmar (Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, SED-BPA Chemnitz, V/5/126), Sächs. HStA Dresden, SED-BPA, I/A/038.

<sup>398</sup> Eigenen Angaben zufolge war er regelmäßig in der Stadt, konkrete Termine waren aber nicht rekonstruierbar.

<sup>399</sup> StA Chemnitz, Oberbürgermeister 1945-1990, 8413, Mitteilungsblatt für den internen Dienstgebrauch der Stadtverwaltung vom 27.7.45; GARF f. 7212, op.1, d. 9.

<sup>400</sup> Heinrich Engelke, geboren 1910, 1942 Wehrmacht, 1943 russische Kriegsgefangenschaft, Besuch einer Antifa-Schule, Mitglied der Roten Armee, Teilnahme am Kampf um Breslau, von der SMA der 1. Ukrainischen Front nach Chemnitz geschickt . Vg. GARF f. 7212, op.1,d.9.

Ernst Wabra<sup>401</sup>, ähnlich wie in Dresden ein Häftling eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers.

Die erneute Ernennung eines „Bürgerlichen“ als Oberbürgermeister und die Einführung eines Mitglieds des NKFD als Ersten Bürgermeister, der in dieser Position nicht nur alle anleiten, sondern sie auch kontrollieren konnte, ist bereits aus den anderen sächsischen Städten bekannt. Da zahlreiche Mitglieder der Antifaschistischen Front<sup>402</sup> ebenfalls in der Stadtverwaltung arbeiteten, erfolgte so deren Integration.

Wie die Darstellung der Tätigkeiten der „ersten“ und „zweiten“ Antifaschistischen Front belegen, duldeten nicht nur die sowjetische Besatzungsmacht, sondern auch Ackermann als Vertreter der Exil-KPD die Chemnitzer Antifa. So konnte sich die von den „Buchenwaldern“ initiierte Antifa zu einem Zeitpunkt gründen, als in den bisher aufgeführten Städten diese Bewegung unterbunden wurde. Mit der Überführung der Antifaschistischen Front in den „Demokratischen Block“ probte Ackermann in Chemnitz die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz des Bündniskonzeptes. Nur 14 Tage, nachdem Marschall Shukow in Berlin die Zulassung von antifaschistischen Parteien bekannt gegeben hatte, gründeten die bisherigen Mitglieder des Präsidiums der Antifaschistischen Front am 26. Juni 1945 im Sitzungssaal des Chemnitzer Rathauses den „Antifaschistisch-Demokratischen Block“, Vorsitzender wurde Heckert.

Die zugelassenen Parteien<sup>403</sup> waren mit fünf Mitgliedern vertreten. Jeweils zwei Kommunisten und Sozialdemokraten repräsentierten gleichzeitig die Gewerkschaften.

---

<sup>401</sup> Ernst Wabra (geb. 1907), Eisenhobler, 1923 KJVD, 1935-1945 Zuchthaus Waldheim, 6.6.45-31.12.45 Polizeipräsident von Chemnitz, auf Materns Vorschlag hin zum verantwortlichen Sekretär der Agit-Prop-Abteilung zur Bezirksleitung der KPD Sachsen berufen, ab April/Mai 1946 stellvertretender Leiter der Organisationsabteilung des Landesvorstandes Sachsen der SED. Außenstelle des Sächs. Hauptstaatsarchivs Chemnitz, BPA Chemnitz, V/5/374, GARF, f.7212, op.1, d. 9.

<sup>402</sup> Das waren Max Müller(KPD) als Zweiter Bürgermeister, Ernst Wabra(KPD) als Polizeipräsident, Konrad Mally (KPD) als Leiter der Wohnungsamtes und Josef Siegnoth (SPD) als Mitarbeiter des Arbeitsamtes.

<sup>403</sup> Die Chemnitzer Ortsgruppe der KPD soll sich am 13. Juni 1945 gegründet haben, Unterlagen hierzu fanden sich jedoch nicht. Auf der Gründungssitzung des Blocks wurde die KPD von Karl Winter, Kurt Kretzschmar, Otto Heckert, Paul Hähnel und Kurt Rossner vertreten. Die SPD konstituierte sich am 18. Juni 1945. Zur Blockgründung erschienen August Friedel, Gerhard Börner, Alfred Grimm, Fritz Buchwald und Otto Schulze. Hähnel, Rossner, Buchwald und Schulze repräsentierten gleichzeitig die Gewerkschaften.

Ferner waren der Präsident der Handelskammer sowie drei Mitglieder der künftigen Demokratischen Partei vertreten.<sup>404</sup>

Die rasche Zulassung der CDU war offensichtlich Bedingung für die im Vergleich zu den anderen Teilen der SBZ zeitige Blockgründung. Denn es konnte schlechterdings ein Block aus KPD und SPD gebildet werden, weil sich beide Parteien ohnehin schon auf eine Bündnispolitik in gemeinsamen Aktionsausschüssen geeinigt hatten.

Die Chemnitzer Parteien sprachen sich einmütig für den Beitritt zum Block aus und forderten einander zur Mitarbeit auf.<sup>405</sup> Das Protokoll vermerkte: „Nachdem die Parteien ihr Einverständnis zum Bündnis des demokratischen Blockes erklärt haben, wurden die Vertreter der einzelnen Parteien, die künftig in gemeinsamer Arbeit alle Fragen des politischen und öffentlichen Lebens besprechen und beraten werden, durch Zurufe bekannt gegeben.“<sup>406</sup>

Am 30. Juni 1945, nur vier Tage nach der Konstituierung des antifaschistisch-demokratischen Blocks in Chemnitz, erging an alle Stadtteile die Mitteilung über die Auflösung der Antifaschistischen Front; die politischen Parteien bzw. der antifaschistische Block „mit seinen Ausschüssen“ übernahmen nun die Funktionen der Antifaschistischen Front. Fortan waren Einzelmitgliedschaften nicht mehr erwünscht, weshalb sich die in der Antifaschistischen Front tätigen Mitglieder und Mitarbeiter den zugelassenen politischen Parteien anschließen sollten. Die Antifa-Büros in den einzelnen Stadtteilen wurden bis zu ihrer formellen Auflösung als Abwicklungsstelle

---

Für die CDU waren Herr Böttrich, Herr Kirsch, Herr Dr. Rode, Herr Hoschek und Herr Bach anwesend. Sie hatten offenbar extra für die Blockgründung ihre Lizenz erhalten. Vgl. Strauß 1966, S. 19; S. 29.

Ende Juli 1945 informierte die Chemnitzer Kommandantur ihre vorgesetzte Dienststelle über die in der Stadt bestehenden Parteien und deren Mitgliederzahlen. Die KPD hatte demnach 1500 Mitglieder, die SPD über 800 und die „Katholische Partei“ 500. Die Demokratische Partei konstituierte sich gerade und verzeichnete ca. 1000 Mitglieder. Vgl. GARF f. 7212, op.1, d. 9.

<sup>404</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifa-Front, Nr. 85, Gründungsprotokoll des Demokratischen Blocks, 26.6.45.

Die Gründung der LDP erfolgte erst am 11. Juli 1945.

<sup>405</sup> Das Hauptreferat, in dem die Notwendigkeit der Blockbildung begründet wurde, hielt Karl Winter von der KPD.

<sup>406</sup> Aufgrund der fehlenden Teilnehmer- bzw. Anwesenheitsliste ist nicht bekannt, ob noch weitere als die bereits genannten Personen bei der Gründungsveranstaltung zum Block zugegen waren. Davon kann jedoch ausgegangen werden. Ein Sozialdemokrat berichtete beispielsweise auf der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Bezirksvereins Chemnitz-Schloss über die Konstituierung des Blocks. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, SPD, Nr. 86, SPD-Mitgliederversammlung vom 26.6.45; Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifa-Front, Nr. 85, Gründungsprotokoll des Demokratischen Blocks, 26.6.45.

genutzt, während die bestehenden Wohnungs- und Lebensmittelausschüsse den städtischen Behörden unterstellt wurden. In der letzten Sitzung aller Stadtteileiter der Antifa sollten weitere Auflösungsmodalitäten bekannt gegeben und über die Verwendung der restlichen Gelder verhandelt werden. Ausweise und Stempel waren einzuziehen und abzuliefern. Werner Türpe unterzeichnete diese Mitteilung zwar noch im Auftrag des Sekretariats, allerdings war die kämpferische Intention der „Antifaschistischen Front“ der im Vergleich dazu weniger bedeutungsvollen Bezeichnung „Antifaschistisches Komitee“ gewichen.<sup>407</sup>

Am 6. Juli 1945 fand die letzte Versammlung der Antifaschistischen Front Chemnitz statt. Das Präsidium der Antifaschistischen Front ging ohne größere Schwierigkeiten in den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien über. Für die Mitglieder hatte sich lediglich der Name der Organisation geändert. Der Stellvertretende Oberbürgermeister Engelke, der hier als „Moskauer“ auftrat, „dankte im Namen der Stadt der Antifa und hoffte auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem antifaschistisch-demokratischen Block.“<sup>408</sup>

Das letzte Rundschreiben 5/45 des Sekretariats der Antifaschistischen Front vom 13. Juli 1945 wies noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Zulassung politischer Parteien die Antifaschistische Front „in der bisherigen Form“ überflüssig mache. Über die erfolgte Blockbildung wurde mitgeteilt: „In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der KPD, SPD, Demokraten und christlich-demokratischen Partei ist nach einem Referat des Vertreters der KPD, Gen[ossen] Winter, auf der Grundlage der 10 Punkte der KPD beschlossen worden, ein Komitee des Blocks der demokratischen Parteien zu bilden, in das jede Partei eine gleiche Anzahl Vertreter entsandt hat.“

Wir fordern Euch auf, auch in Eurem Ort in der gleichen Weise zu arbeiten.“<sup>409</sup> Noch einmal wurde angeordnet, die antifaschistischen Komitees aufzulösen und in die sich bildenden Parteien einzutreten. Vorhandene Gelder konnten nach eigenem Ermessen

---

<sup>407</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Rundschreiben, Geschäftsordnung des Blockes, Nr. 26, Antifaschistisches Komitee Chemnitz, An alle Stadtteile vom 30.6.45.

<sup>408</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifa-Front, Nr. 85, Letzte Sitzung der Antifaschistischen Front Chemnitz, 6.7.45.

eingesetzt werden, wobei empfohlen wurde, die Gelder dem Block im Stadtteil zu übergeben. Proklamatorisch endet das Rundschreiben:

„Die Antifaschistische Front ist tot! -

Es lebe der gemeinsame Kampf der antifaschistischen Parteien und Organisationen!

Schafft überall Blocks der antifaschistisch- demokratischen Parteien.“<sup>410</sup>

### 3.3.5 Die Profilierung des Antifaschistisch-demokratischen Blocks Chemnitz

Hatten die „Buchenwalder“ dem Ansinnen Ackermanns, die Antifaschistische Front in einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu überführen, zugestimmt, so gingen sie nun daran, ihre Macht innerhalb dieses Bündnisses zu halten und durch die Integration möglichst vieler ihrer Mitglieder in die Stadtverwaltung auszubauen. Deshalb wurde in den ersten Blocksitzungen die Integration der Antifa in den Stadtteilen erörtert. Die Leitung des neuen Blocks beschloss ganz allgemein, geeignete Antifaschisten in die Stadtverwaltung einzubeziehen.<sup>411</sup> Die Sozialdemokraten setzten sich für fachliche und berufliche Qualifikationen als *die* Einstellungskriterien ein. Eine weitere Voraussetzung war die antifaschistische Gesinnung der Bewerber. Gleichzeitig intervenierte die SPD gegen die bisher von der KPD vorgenommene Besetzung der Ämter, nach der die Kommunisten acht Ämter, die Sozialdemokraten sieben und die Vertreter der anderen Parteien vier Ämter erhalten hatten. Stattdessen plädierten SPD und CDU für die paritätische Besetzung der Ämter, nach dem Schlüssel sechs – sechs -

---

<sup>409</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block. Rundschreiben, Geschäftsordnung des Blocks, Nr. 26, Rundschreiben 5/45 des Antifaschistischen Komitees Chemnitz vom 13.7.45.

<sup>410</sup> Ebenda.

<sup>411</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifa-Front, Nr. 85, Blocksitzung vom 18.7.1945.

Konkret sah das bei der Besetzung der im Juli neugebildeten Bezirksämter so aus, dass von den insgesamt 19 Bezirksvorstehern neun der KPD, sechs der SPD, und je zwei der LDP und der CDU angehörten. Auch in den Unterabteilungen dominierte die KPD. Das betraf vor allem die Bezirksämter für Handel und Versorgung, die Jugendämter und die Sozialämter. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Verkehr mit den Bezirksstellen, Nr. 46.

sechs<sup>412</sup>, zumal noch keine Wahlen stattgefunden hatten bzw. in nächster Zeit auch nicht erwartet wurden. Die KPD versuchte sich den Vorwürfen zu entziehen, indem sie auf Anweisungen des Kommandanten verwies, der darauf bestanden habe, dass nur die legalisierten Parteien öffentliche Ämter besetzten.<sup>413</sup> Das waren bis zum 26. Mai 1945 nur KPD und SPD<sup>414</sup>, die hauptsächlich die Leitung der Jugend-, Schul- und Kulturämter in den Stadtteilen beanspruchten. CDU und LDP erhielten zwanzig Stellen in der öffentlichen Verwaltung. Die in den Augen der Christdemokraten und Liberalen noch immer ungerechte Verteilung wurde damit begründet, dass dieser Schlüssel „der politischen Struktur in den einzelnen Stadtteilen“ entspräche.<sup>415</sup>

Heckert meldete als Blockvorsitzender auch die Ansprüche ehemaliger Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager und Zuchthäuser an, wichtige Funktionen innerhalb der Stadtverwaltung als eine Art der Wiedergutmachung zu erhalten. Insgesamt bedauerte er die entstandenen personellen Streitigkeiten und wertete sie als unklug. Diese Auseinandersetzungen führten zum Autoritätsverlust des neuen Blocks, da die Verwaltungen der Stadtteile mit den alten Antifa-Büros bisher gut zusammengearbeitet haben und deren politischen Willen respektiert hätten.<sup>416</sup>

Die Unstimmigkeiten hinsichtlich der personellen Besetzung öffentlicher Ämter traten erst nach der Bildung des antifaschistisch-demokratischen Blockes auf. Aus den Unterlagen der Präsidiumssitzungen und Tagungen der Antifaschistischen Front sind sie nicht ersichtlich, auch wenn das Präsidium der Antifaschistischen Front durchaus kommunistisch dominiert wurde. Das könnte damit zusammenhängen, dass mit der Konstituierung des Blocks die Zugehörigkeit zu politischen Parteien zwingend wurde, während man der parteipolitischen Zusammensetzung im Antifa-Präsidium weniger

---

<sup>412</sup> Gemeint ist hierbei, dass sechs Ämter der KPD, sechs der SPD und je drei der Christlich-Demokratische Union und drei der Demokratischen Partei zufallen sollten.

<sup>413</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifa-Front, Nr. 85, Blocksitzung vom 18.7.45

<sup>414</sup> In der zweiten Sitzung verwies Heckert - nun Block-Vorsitzender- darauf, dass die in der ersten Sitzung kritisierte Ämterverteilung in den Stadtteilen damit zusammenhing, dass die dort eingeladenen Vertreter von CDU und LDP nicht erschienen waren. Vgl. StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nachlass Horst Nendel, Nr. 88, Bericht über die Block-Sitzung 25.7.45.

<sup>415</sup> Wobei nicht genau gesagt werden kann, ob es sich hier um eine KPD-eigene oder um eine von der KPD im Namen der sowjetischen Kommandantur vorgetragene handelte. Vgl. Ebenda.

<sup>416</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifa-Front, Nr. 85, Blocksitzung 25.7.45.



Bedeutung beimaß, kam es doch zunächst darauf an, das allgemeine Selbstverständnis zu definieren und Tagesaufgaben zu lösen.

Ein weiteres Problem war die Frage der Mitgliedschaft im Block. Zahlreiche Antifaschisten lehnten es ab, Aufnahmeanträge für die KPD, für die SPD, die Demokratische oder die Christlich-Demokratische Union zu stellen. Die „Buchenwalder“ brachten diesem Verhalten Verständnis entgegen und befürworteten das Recht der Interessenvertretung der Parteilosen, um deren Ausgrenzung aus dem Block zu vermeiden.<sup>417</sup>

Im Oktober 1945 beantragte Otto Heckert die Absetzung Dr. Kurt Wuthenaus. Heckert zufolge vernachlässige Wuthenau seine Funktion als Oberbürgermeister, diskreditiere die Zusammenarbeit mit den Block-Parteien und trete mit pessimistischen Einschätzungen an die Bevölkerung heran.<sup>418</sup> Die Ablösung Wuthenaus am 29. Oktober 1945 erfolgte im Namen von KPD und SPD, sanktioniert durch die Sächsische Landesverwaltung.<sup>419</sup>

Neuer Oberbürgermeister wurde Max Müller, den die „erste“ Antifa schon im Mai 1945 für dieses Amt vorgeschlagen hatte. Erster Bürgermeister sollte nach Auffassung der Sächsischen Landesverwaltung Hans Hermsdorf werden, der im Februar/März 1945 ebenso wie Krenkel im Auftrag der GlawPURKKA als NKFD-Beauftragter in der Nähe von Chemnitz gelandet war. Auch hier bestand der Demokratische Block in Chemnitz auf ein Mitbestimmungsrecht. Auf der 8.

---

<sup>417</sup> StA Chemnitz, RdSt. Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Antifa-Front, Nr. 85, Blocksitzung vom 18.7.45.

<sup>418</sup> Wuthenau selbst äußerte in dem Gespräch vom 22.10.1945 mit Dr. Friedrichs, dem Präsidenten der Landesverwaltung, seine Befürchtungen, dass die Chemnitzer Parteien seine Amtsenthebung betrieben, der sowjetische Stadtkommandant hingegen mit Wuthenaus Arbeit durchaus zufrieden war und dementsprechend „günstig an die SMA in Dresden“ berichte. Dem Präsidenten der Landesverwaltung gegenüber räumte der Chemnitzer Oberbürgermeister ein, der Zusammenarbeit mit den Parteien weniger Bedeutung beigemessen zu haben. Dr. Friedrichs sicherte Dr. Fritz Wuthenau zu, sich um die Angelegenheiten zu kümmern, aber verwies auch darauf, dass, sollten die Chemnitzer Blockparteien und der Stadtkommandant einen Oberbürgermeister-Wechsel wünschen, er diesem nachkommen werde. Vgl. Sächs. HStA Dresden LRS Mdl, Nr. 1292.

<sup>419</sup> Kurt Fischer, 1. Vizepräsident der LVW Sachsen begründete am 25.10.45 die Personaländerung damit, dass Dr. Wuthenau auf eigenen Wunsch aus dem Amt scheidet, um sich dem Aufbau seiner Anwaltspraxis widmen zu können. Vgl. Sächs. HStA Dresden LRS Mdl, Nr. 1292.

Bei der Ablösung des bis dahin amtierenden Oberbürgermeisters handelte es sich offenbar um eine der letzten Maßnahmen, die Otto Heckert als Vorsitzender des Antifa-Blocks in Chemnitz durchsetzte. Ab Oktober fungierte er dann als Stellvertretender Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda beim Sekretariat der KPD in Berlin. Vgl. Kubina 1998, S. 109.

Blocksitzung vom 16. Oktober 1945 hatte die Antifaschistische Front beschlossen, dass Max Müller Oberbürgermeister, Paul Grimm Erster Bürgermeister, Richard Hähnel Zweiter Bürgermeister und Hans Hermsdorf Dritter Bürgermeister werden sollten. Wie dem Chemnitzer Mitteilungsblatt vom 14. November 1945 zu entnehmen war, berücksichtigte die Dresdner Landesregierung diesen Beschluss: „Auf Vorschlag des Sekretariats des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu Chemnitz hat die Landesverwaltung Sachsen eingesetzt und ernannt: den bisherigen 2. Bürgermeister Max Müller als Oberbürgermeister, 3. Bürgermeister Paul Grimm als 1. Bürgermeister, Stadtrat Richard Hähnel als 2. Bürgermeister, Bürgermeister von Oberlichtenau Hans Hermsdorf als 3. Bürgermeister.“<sup>420</sup>

Emmrich interpretierte die von der sowjetischen Besatzungsmacht akzeptierte Neubesetzung des Oberbürgermeisters vom Oktober 1945 als sowjetischen Vertrauensbeweis gegenüber den deutschen Antifaschisten.<sup>421</sup> Die sowjetischen Offiziere verhielten sich in Chemnitz also ähnlich wie die der Dresdner Stadtkommandantur. Ob es sich um einen Vertrauensbeweis der Sowjets gegenüber den deutschen Antifaschisten handelte, sei dahingestellt. Vielmehr zogen sich die sowjetischen Besatzungsoffiziere im Herbst 1945 aus den lästigen Personalentscheidungen der Kommunalverwaltungen zurück, da die Landesregierung seit Juli 1945 arbeitete. Dieser Schritt, der auch in den amerikanisch und britisch besetzten Zonen Deutschlands verzeichnet wurde<sup>422</sup>, öffnete in der SBZ für die in der Regel mit Personalfragen betrauten „Moskauer“ Tür und Tor, eigene Interessen an der Basis umzusetzen. In Großstädten wurde dem Drang der Lokalkommunisten nachgegeben, einen der ihren als Oberbürgermeister einzusetzen, wie die Städte Dresden und Chemnitz belegen.<sup>423</sup>

---

<sup>420</sup> StA Chemnitz, Oberbürgermeister 1945-1990, Nr. 8413, Mitteilungsblatt vom 14.11.45.

<sup>421</sup> Emmrich 1974, S. 57.

<sup>422</sup> Vgl. Niethammer u.a. 1976.

<sup>423</sup> Auch in den sächsischen Landkreisen wurden zunehmend mehr Kommunisten als Bürgermeister eingesetzt. Außerdem wurden die Landkreise im September 1945 aufgefordert, die politische Zusammensetzung der Bürgermeister in den Gemeinden zu registrieren. Die Zusammensetzung sah wie folgt aus:

Landkreis Pirna : 44 KPD; 28 SPD; 28 parteilos; 19 Stellen unbesetzt.

Landkreis Dippoldswalde: 33 KPD; 18 SPD; 27 parteilos.

Landkreis Meißen: 62 KPD; 29 SPD; 1 Antifa; 21 parteilos.

Landkreis Annaberg: 19 KPD; 11 SPD; 1 LPD; 8 parteilos.

Landkreis Görlitz: 13 KPD, 4 SPD; 27 parteilos.

Landkreis Chemnitz: 21 KPD; 10 SPD; 2 parteilos.

Die Tätigkeit des Chemnitzer Stadtausschusses des antifaschistisch-demokratischen Blocks umfasste von seiner Gründung bis zum Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD im April 1946 die personelle Besetzung des Rates der Stadt, so auch die Stelle des Oberbürgermeisters, die Bildung der Bezirksstellen des Stadtrates, die Durchführung der SMAD-Befehle, die „Verwirklichung der demokratischen Schulreform“ sowie das Rekrutieren Werktätiger zu Arbeitseinsätzen. Außerdem wurde dem Stadtausschuss der Blockparteien Erfolge in der Lebensmittelversorgung, der Überwindung der Wohnungsnot und der Verhinderung von Seuchen zugeschrieben. Die angestrebte Einheitlichkeit der Beschlussfassung, mit der jede Sitzung des antifaschistisch-demokratischen Blocks enden sollte, wurde durch eine Zusammenkunft zwischen KPD- und SPD-Vertretern vorbereitet, in der gemeinsame Positionen erarbeitet wurden.<sup>424</sup>

---

Landkreis Döbeln: 51 KPD, 13 SPD; 9 Antifa, 33 parteilos

Landkreis Dresden: 48 KPD; 15 SPD; 13 parteilos

Landkreis Freiberg: 37 KPD; 19 SPD, 9 parteilos.

Landkreis Grimma: 56 KPD; 10 SPD, 9 Antifa, 1 Demokrat, 63 parteilos.

Landkreis Hoyerswerda: 25 KPD; 17 SPD; 1 Antifa; 35 parteilos.

(Sächs. HStA Dresden, LRS Mdl, 1291, Teil 1), (Sächs. HStA Dresden, LRS Mdl, 1291, Teil 2)

<sup>424</sup> Am 18.7.1945 hatten die anwesenden jeweiligen Parteivertreter den Modus der Zusammenarbeit innerhalb des Blocks festgelegt: „Alle Fragen, ganz gleich welcher Art, werden im Block gelöst. Entstehende Differenzen im politischen und wirtschaftlichen Leben, die von Bedeutung für die gemeinsame gedeihliche Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien sind, werden gemeinsam geklärt und beseitigt, ohne sie zu öffentlichen Auseinandersetzungen zu benutzen.“ Emmerich 1974, S. 45 f.

### 3.3.6 Resümee

In Chemnitz etablierten sich zwei Antifa-Gruppen, die im Vergleich zu den bisher dargestellten Städten Sachsens relativ lange arbeiten konnten. Die „erste“ Antifa wurde auf Initiative des NKFD-Frontbevollmächtigten gegründet, der sich namhafte KPD-Funktionäre mit nationalsozialistischen Hafterfahrungen und einfache KPD-Mitglieder anschlossen. Ihrem Selbstverständnis nach übernahmen sie in den ersten Nachkriegswochen wichtige Aufgaben der Stadtverwaltung, die weitgehend funktionsfähig war, wodurch eine „Doppelherrschaft“ von Stadtverwaltung und Antifa entstand. Diese wurde aufgehoben, indem den bekanntesten Vertretern der Antifa führende Posten innerhalb der Stadtverwaltung übertragen wurden.

Waren die meisten kommunistischen und sozialdemokratischen Lokalfunktionäre bereits in der Stadtverwaltung integriert, so initiierten nun vor allem die Mitte Mai 1945 heimkehrenden „Buchenwalder“ die Antifaschistische Front. Die offizielle Gründungsveranstaltung fand am 27. Mai 1945 statt, zu einem Zeitpunkt, als in anderen sächsischen Städten jegliche Antifa-Aktivitäten von Ackermann und seinen Mitarbeitern bereits unterbunden wurden. Mit der Tolerierung der Antifaschistischen Front kanalisierte Ackermann das Potential antifaschistischer Betätigung innerhalb der Bevölkerung. Da die Arbeit der Antifaschistischen Front Chemnitz infolge der Rundschreiben auch auf die umliegenden Regionen in einem Kreis von 20 bis 25 Kilometern ausstrahlte, hatte Ackermann offenbar aus den Ereignissen um Dresden eine andere Schlussfolgerung gezogen, als er sie für Pirna oder den sowjetischen Genossen gegenüber vertrat, die weder mündlich noch schriftlich formuliert wurde.<sup>425</sup>

Vor allem war die Antifaschistische Front ein Zugeständnis an die „Buchenwalder“, die aufgrund ihrer Lagererfahrung während des Nationalsozialismus einen nicht unerheblichen Machtanspruch einforderten. Zudem trafen sich in der Antifaschistischen Front sowohl die im Lager Buchenwald vertretenen Ansichten zur Volksfront als auch das nur wenig später praktizierte Blockbündnis der antifaschistisch-demokratischen Parteien. So probierte Ackermann in Chemnitz die Überführung der Antifa in den Block und testete damit dessen Akzeptanz unter den

---

<sup>425</sup> Es war ohnehin auffällig, dass sich Ackermann nie zur Chemnitzer Antifa äußerte.

Antifa-Mitgliedern und der Bevölkerung. Zwar fanden Auseinandersetzungen innerhalb des Blocks statt, doch aufgrund des Beschlusses, nach außen hin Einheitlichkeit zu demonstrieren, und durch die Beibehaltung des Personalbestandes wurden größere Friktionen vermieden. Erst nachdem erkennbar war, dass dieses Organisationsexperiment gelingt, konstituierte sich am 14. Juli 1945, drei Wochen nach der Gründung des Demokratischen Blocks Chemnitz, auch in Berlin ein entsprechender Block.<sup>426</sup>

Hinsichtlich der in seinen Augen erforderlichen Kontrolle der Stadtverwaltung verfuhr Ackermann nach aus anderen sächsischen Städten bekanntem Muster. Er ließ den ehemaligen Kriegsgefangenen, der dem NKFD angehörte, als Ersten Bürgermeister einsetzen, der die Stadtverwaltung von da an indirekt anleitete und kontrollierte.

Das Personalkarussell für das Chemnitzer Oberbürgermeister-Amt drehte sich ebenfalls wie in Dresden bis zum Jahresende 1945 mehrmals. Hatte die sowjetische Besatzungsmacht bis Ende August 1945 darüber gewacht, dass mit der Bestellung von Bürgerlichen als Oberbürgermeister auch die Ansprüche dieser Klientel befriedigt wurden, so konnte die KPD ab da ihre Interessen durchsetzen, damit ihre Favoriten in Amt und Würden bringen und ihre Macht ausbauen.

---

<sup>426</sup> Sattler führte die aus Chemnitzer Sicht spät anmutende Gründung des Berliner Blocks auf die in der Hauptstadt hinausgezögerte Zulassung der Christlich-Sozialen Partei und dem relativ späteren Zustandekommen der von der KPD protegierten Liberaldemokratischen Partei zurück.(Sattler 1998, S. 137)

## 4 Die Antifa im Niemandsland und in der „westlichen Besatzungszone“ der SBZ

### 4.1 Das Niemandsland

Südlich von Chemnitz erstreckt sich ein territorialer Korridor bis zur tschechischen Grenze, der im Mai/Juni 1945 unbesetzt blieb. Die amerikanischen Truppen stoppten ihren Vormarsch an der Mulde, während die Rote Armee nur bis Annaberg-Buchholz vordrang. In der Folge bildeten die Landkreise Stollberg und Schwarzenberg sowie die Städte Aue und Schneeberg mit ca. 500 000 Einwohnern das „Niemandsland“, wie die Bewohner diesen Zustand bereits Ende Mai 1945 selbst beschrieben.<sup>1</sup> Auch für dieses Gebiet soll nach den „Aktivisten der ersten Stunde“, den Entwicklungsmöglichkeiten für die Antifa sowie den Formen der Zusammenarbeit mit den alten und neuen Verwaltungen gefragt werden.<sup>2</sup>

#### 4.1.1 Stollberg

##### *Stollberg im Mai/Juni 1945*

Anfang April 1945 entstanden in Stollberg zunächst unabhängig voneinander zwei Gruppen, die sich Gedanken über die Zeit nach dem Krieg machten. Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose<sup>3</sup> gruppierten sich um den ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär und Sozialdemokraten Heinrich Bley,

---

<sup>1</sup> Erstmals wurde der Begriff „Niemandsland“ von Otto Brandt, einem Mitglied des Beratenden Ausschusses Aue im „Erzgebirgschen Volksfreund“ Nr. 117, 26./27.5.1945 verwendet.

<sup>2</sup> Lutz Niethammer untersuchte anhand des Niemandslandes die Handlungsmöglichkeiten der bürgerlichen Eliten nach dem Krieg. Vgl. Niethammer 1999, S. 18-35.

<sup>3</sup> Zur Bley-Gruppe gehörten Walter Riedel(KPD), der Gastwirt Fritz Dittmann, Ernst Jacob, Albin Scheffer, Karl Stammer, Gustav Junghans sowie die Parteilosen Alfred Gränz und Fritz Reuther.

Die Ausführungen stützen sich auf folgende Archivalien: Kreisarchiv Stollberg, RdSt Stollberg 145/2; 3342; 2989; 1153, Stollberger Anzeiger, Oelsnitzer Volksbote, Lugauer Zeitung, Thalheimer Zeitung, „den faschisten werden wir nicht weichen“ Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Stollberg 1933-1945, Teil 1, (HG. Kreisleitung Stollberg der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung), Stollberg 1982, S. 87; Unsere Fahne ist rot! Heimatgeschichtliches Lesebuch, Teil 1. (HG. Kreisleitung Stollberg der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung), Stollberg 1984, S. 65 f.; „Brüder in eins nun die Hände...“, Der Kampf für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung und um die Einheit der Arbeiterklasse im Kreis Stollberg (1945-1946), hrsg. Kreisleitung Stollberg der SED, Stollberg o.J.; Glier 1984.

während sich der Stollberger Mittelstand beim Hotelbesitzer Röhner traf.<sup>4</sup> Am 15. April 1945 wurden per Flugzeug Flugblätter des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ abgeworfen, die vermutlich für die kampflose Übergabe der Städte warben. Infolgedessen nahmen die Vertreter beider Gruppen, denen insgesamt 70 bis 80 Personen angehört haben sollen<sup>5</sup>, Kontakt zueinander auf. Als am 21. April 1945 die ersten Gerüchte eines unmittelbar bevorstehenden Einmarsches der US-Truppen in der Stadt kursierten, forderten die Mitglieder beider Gruppen vom Bürgermeister eine weiße Beflaggung, was dieser jedoch ablehnte.<sup>6</sup> Zwei Mitglieder der Röhner-Gruppe und ein Mitglied der Bley-Gruppe, alle drei Vertreter des Mittelstandes, begaben sich zu den in Gersdorf stationierten amerikanischen Truppen. Diese sicherten den Stollbergern die Besetzung der Stadt zu, nahmen jedoch davon Abstand, als sie auf dem Weg in die Stadt vom Volkssturm und der SS angegriffen wurden. Die Stollberger Verhandlungsgruppe kehrte in die Stadt zurück, sprach vor den ca. 1000 auf dem Markt versammelten Bürgern und forderte erneut eine weiße Beflaggung zum Empfang der Amerikaner. Der Bürgermeister legte den drei Unterhändlern nahe, die Stadt zu verlassen, um nicht von der SS verhaftet zu werden.<sup>7</sup> Daraufhin befanden sich die drei Unterhändler bis zum 8. Mai 1945 auf der Flucht, traten immer wieder mit amerikanischen Truppen in Verbindung, um eine Besetzung ihrer Stadt zu arrangieren.

Am 6. Mai 1945 hielten sich erstmals amerikanische Offiziere in der Stadt auf, eine offizielle Besetzung erfolgte jedoch nicht. Ebenso wurden weder personelle Veränderungen in den noch nationalsozialistisch legitimierten Verwaltungen des Landkreises vorgenommen, noch die Auflösung des Volkssturms gefordert. Der „alte“ Landrat reagierte seinerseits sofort, indem er am 10. Mai 1945 anordnete, die Gemeindeverwaltungen entsprechend den politischen Mehrheitsverhältnissen von vor 1933 zu besetzen.

---

<sup>4</sup> Bei Walter Röhner trafen sich Heinz Rimbach, Kurt Hermann, Dr. Jüngensmann und Dr. Engelmann, Max Hummel und Hauptmann Glatt.

<sup>5</sup> 1933-1945, Teil 1, (HG. Kreisleitung Stollberg der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung), Stollberg 1982, S. 87. Die Zahlen konnten durch die Akten der Stadt Stollberg nicht bestätigt werden.

<sup>6</sup> Unsere Fahne ist rot, Heimatgeschichtliches Lesebuch, Teil 1, SED-Kreisleitung Stollberg, 1984, S. 65.

<sup>7</sup> Der Stollberger Bürgermeister schloss sich in den Nachmittagsstunden des 21. Aprils der Forderung der beiden Gruppen an, weiße Fahnen zur Begrüßung der amerikanischen Truppen zu hissen und die Stadt kampflos den Amerikanern zu übergeben. Nachts erzwangen SS-Männer die Abnahme der weißen Fahnen und erschossen ihn.

Zwei Tage später forderten die Mitglieder der Bley-Gruppe von den erneut anwesenden Amerikanern die Absetzung des bisherigen Landrates.<sup>8</sup> Daraufhin bestätigten die amerikanischen Offiziere zwei Mitglieder der Röhner-Gruppe und vier der Bley-Gruppe als Mitglieder einer Kommission, die berechtigt war, „die politische und polizeiliche Gewalt im Landkreis Stollberg bzw. der Stadt Stollberg zu übernehmen.“<sup>9</sup> Heinrich Bley wurde zum Landrat und Walter Röhner zum Bürgermeister ernannt.

Bley begann als Landrat mit den in den Dörfern entstandenen Notgemeinschaften<sup>10</sup> zusammenzuarbeiten. Er verbot deren Tätigkeit nicht, sondern bezog sie in die wichtigsten Aufgaben ein, indem er Arthur Schreiber zum Leiter der Notgemeinschaft des Landkreises Stollberg berief. Bley zufolge sollte die Notgemeinschaft Funktionen der Kreisverwaltung übernehmen und deren Arbeitsfähigkeit garantieren. Der Landrat sah sich mit funktionsuntüchtigen kommissarischen Verwaltungskommissionen konfrontiert, die sich mit parteipolitischen und persönlichen Diskrepanzen selbst behinderten. Deshalb sollte der Leiter der Notgemeinschaft die Gemeinden „auf eine einheitliche Verwaltungslinie“ bringen.<sup>11</sup>

### *Stollberg unter sowjetischer Besatzung*

Nach der Besatzungsübernahme des Niemandslandes durch die Rote Armee war der Chemnitzer Stadtkommandant für die Stadt und den Landkreis Stollberg zuständig. Dieser ordnete am 23. Juni 1945 an, dass die bestehenden Aktionsausschüsse und Stadtvertretungen die Pflicht hätten, „die Bürgermeister in ihren Geschäften zu unterstützen“ und die Durchführung der

---

<sup>8</sup> „Brüder in eins nun die Hände...“, S. 6.

<sup>9</sup> Ernannt wurden der Hotelbesitzer Walter Röhner und der Kaufmann Heinz Rimbach, der Gastwirt Fritz Dittmann und der Sozialdemokrat Heinrich Bley sowie die beiden Parteilosen Alfred Gränz und Fritz Reuther. Mit Röhner, Rimbach und Dittmann waren auch die drei Unterhändler in diese Kommission integriert. Kreisarchiv Stollberg, RdSt Stollberg 3342.

<sup>10</sup> So hatten beispielsweise Oelsnitzer Bergarbeiter eine Notgemeinschaft zur Sicherheit der Gruben gebildet. Als Ziele wurden „1. Rücksichtlose Überwindung der fasch[istischen] Periode, 2. Politische Umerziehung zum Antifaschismus, 3. Mobilisierung der Arbeit und des Wiederaufbaus, Lösung des Ernährungs- und Wohnungsproblems nach faschistischen Gesichtspunkten.“ festgeschrieben. Vgl. „Brüder in eins nun die Hände...“, S. 8.

<sup>11</sup> Ein dem Oelsnitzer Aufruf entsprechendes Dokument, das Angaben über die Aufgaben und Ziele der Notgemeinschaft umriss, liegt nicht vor. Nur den Ausführungen Bleys sind Arbeitsschwerpunkte der Notgemeinschaft zu entnehmen. Vgl. Kreisarchiv Stollberg, RdSt Stollberg 145/2, Der Landrat zu Stollberg an die Herren kommissarischen Bürgermeister des Kreises Stollberg, 25.5.45.



Anordnungen zu sichern.<sup>12</sup> Der Kommandant forderte also zunächst nicht die sofortige Auflösung aller Antifa-Gruppen<sup>13</sup>. Nur die politische Polizei sollte ihren Dienst einstellen.

Wenige Tage nach der Besetzung des Niemandslandes wurden in den örtlichen Zeitungen Stellen für die Kreis- und Gemeindeverwaltungen ausgeschrieben. Bezug nehmend auf die Verfügung der Besatzungsbehörden, alle Nationalsozialisten zu entlassen, appellierten Landrat Bley und die Notgemeinschaft an die Antifaschisten, entsprechende Bewerbungsschreiben und Lebensläufe bis Monatsende einzureichen. Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung waren Eignungsnachweise für bestimmte Verwaltungsfächer und die Bescheinigung über die Mitgliedschaft in der Notgemeinschaft.<sup>14</sup>

Die Aufgaben der Notgemeinschaft umfassten die Übernahme der Selbstverwaltungen und wichtiger städtischer Funktionen. Obwohl die Notgemeinschaft im September 1945 aufgelöst worden sein soll<sup>15</sup>, ist davon auszugehen, dass die ihr unterstehenden Aktionskomitees, die die Gemeinde- und Landräte berieten, unter einer anderen Bezeichnung bis zum Frühjahr 1946 existierten. Im April 1946 empfahl die sächsische Landesregierung den Gemeinden die Arbeit von Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüssen, die wie die bisherigen Antifa- und Aktions-Ausschüsse die Behörden beraten und die Bevölkerung aufklären sollten.<sup>16</sup> So wurde im Nachhinein die Arbeit der Antifa-Ausschüsse legitimiert. Es ist anzunehmen, dass die einstigen Mitglieder der Antifa in den Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüssen mitarbeiteten. Im Mai 1946 teilte der Stollberger Landrat<sup>17</sup> seinem Chemnitzer Kollegen mit, „dass im Kreis Stollberg die Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüsse seit dem 15. April d.J. gebildet worden sind und überall

---

<sup>12</sup> Kreisarchiv Stollberg, RdSt Stollberg 1153, Der Landrat zu Stollberg 23.6.45.

<sup>13</sup> Antifa-Ausschüsse bestanden beispielsweise in Leukersdorf, in Oberlungwitz, in Kemtau, in Güna. Vgl. StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 24.

<sup>14</sup> Amtlicher Teil Stollberger Anzeiger, Oeslnitzer Volksbote, Lugauer Zeitung und Thalheimer Zeitung, 25.6.1945.

<sup>15</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A7041.

<sup>16</sup> Sächs. HStA Dresden, KR/KT Chemnitz Nr. 14, Entwurf zu einer Verordnung über die Bestellung von Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüssen vom 2. Oktober 1945.

<sup>17</sup> Mit der Berufung von Regierungsrat Röhnsch zum Stollberger Landrat hatte sich der 1. Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, Kurt Fischer, durchgesetzt. Sächs. HStA Dresden, LRS Mdl, Nr. 1292.

bereits in Funktion sind. Mit der Einrichtung der Ausschüsse haben die bisherigen Aktionsausschüsse aufgehört zu existieren.“<sup>18</sup>

Die Auflösung der Notgemeinschaft und der ihr untergeordneten Aktionsausschüsse wurde zwingend, da sich die Einwohner Stollbergs und des Landkreises nur sehr langsam den seit dem 10. Juni 1945 zugelassenen Parteien anschlossen, fühlten sie sich in ihren bisherigen Organisationsformen gut aufgehoben, die sie selbst als „Sammelbecken derer (bezeichneten), die mit dem Nazismus nichts mehr zu tun haben wollten“.<sup>19</sup>

#### 4.1.2 Der Bezirksausschuss des Landkreises Aue-Schwarzenberg

„Die Wirtschaft des Bezirkes liegt durch die Politik der Nazis am Boden. Die Fabriken stehen. Die Arbeiter sind arbeitslos. Das Verkehrswesen ist zerrüttet. Handel und Wandel ruhen. Die angrenzenden Bezirke schließen sich wirtschaftlich von unserem Bezirk ab, lassen nur wenige Nahrungsmittel und Rohstoffe zu uns herein und auch diese nur gegen Austausch von Fertigwaren. Es besteht die Gefahr, daß sich Schieber der Fertigfabrikate und Rohstoffe, die im Bezirk sind, bemächtigen und der Bezirk jeder Austauschmöglichkeit beraubt wird.

Die Ernährung ist nur für wenige Tage und auch nur kümmerlich gesichert...“<sup>20</sup>

Mit diesen Worten beschrieben die Mitglieder der Aktionsausschüsse im Juni 1945 die allgemeine Lage im Niemandsland.

Der Landkreis Aue-Schwarzenberg war zwar noch im April 1945 vom Oberbefehlshaber der Deutschen Wehrmacht zur Kampfzone erklärt worden, direkte Kampfhandlungen hatten jedoch nicht stattgefunden. Nach dem 8. Mai 1945 hielten sich vereinzelt amerikanische und sowjetische Truppenteile im unbesetzten Gebiet um Aue und Schwarzenberg auf. Neuordnungsmaßnahmen wie in ihren Zonen nahmen weder Amerikaner noch Russen vor. In Aue wurde lediglich die Polizei entwaffnet, und alle im Landkreis Schwarzenberg aufzufindenden Waffen waren beim Annaberger

---

<sup>18</sup> Sächs. HStA Dresden, KR/KT Chemnitz, Nr.14.

<sup>19</sup> Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/041.

<sup>20</sup> KrA Beierfeld, RdST. Schwarzenberg, Nr. 370, Blatt 83.

Kommandanten abzugeben.<sup>21</sup> Die Amerikaner und die Sowjets verwiesen bei Problemen und Anfragen von Vertretern des Niemandslandes auf die Jaltaer Beschlüsse und die daraus resultierende Nichtzuständigkeit für dieses Gebiet. Folglich legitimierten auch die Aktionsausschüsse, die sich spontan in zahlreichen Kleinstädten und Gemeinden bildeten<sup>22</sup>, ihr Handeln mit dem Verweis auf die Jaltaer Konferenz. Ihre Tätigkeit koordinierte ab 26. Mai 1945 der „Bezirksausschuss“, der wie die Stollberger Notgemeinschaft den Landrat in Fragen der Lebensmittelversorgung und Wirtschaft unterstützte. Der Sozialdemokrat und Herausgeber der „Schwarzenberger Zeitung“ Oskar Schieck führte den Vorsitz.<sup>23</sup> Am 5. Juni 1945 wurde in einer Versammlung des Bezirksausschusses ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er allen anderen lokalen Ausschüssen übergeordnet sei. Der Ausschuss selbst sollte diverse Unterausschüsse bilden. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Wirtschaftsabteilung gewidmet, die gemeinsam mit den Betriebsräten die Produktion in Gang bringen sollte, weshalb sie dem Landrat unterstellt wurde.<sup>24</sup> Die Aktionsausschüsse ersetzten die früheren Bezirks- und Kreis Ausschüsse und wurden damit Träger der öffentlichen Gewalt, wie der Schwarzenberger Zeitung am 2. Juni 1945 zu entnehmen war.<sup>25</sup>

Die lokalen Aktionsausschüsse erhielten das Recht der Ab- und Neuwahl des Bezirksausschusses und das Recht Ergänzungsvorschläge einzubringen. Als Gegenleistung sollten die Aktionsausschüsse die vom Bezirksausschuss verabschiedeten Beschlüsse vor Ort umsetzen. Bei Sabotage oder Behinderung der Arbeit drohte der Bezirksausschuss schwerste Strafen an.

---

<sup>21</sup> Groß 1961, S. 48.

<sup>22</sup> In den Gemeinden Bermsgrün und Erla und in der kreisfreien Stadt Aue konstituierten sich bereits am 9. Mai 1945 Aktionsausschüsse, in Schwarzenberg trat ein aus 15 Personen bestehender Ausschuss am 12. Mai mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Auch in Affalter und Lauter hatten sich Antifa-Ausschüsse gebildet, die dann einen Vertreter in den Bezirksausschuss entsandten.

Allgemeine Einschätzung zu Schwarzenberg in Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/041, Groß 1961, S. 37 und S. 99.

<sup>23</sup> Zunächst hatten nur sechs Personen den Bezirksausschuss gebildet. Am 5. Juni 1945 wurde er auf zehn Mitglieder erweitert. Vgl. Groß 1961, S. 39 und S. 99.

Der Sozialdemokrat Oskar Schieck war zwar Herausgeber der Schwarzenberger Zeitung, doch er kümmerte sich vorwiegend um die technischen Bedingungen für das Erscheinen der Zeitung. Redaktionell war der Sozialdemokrat Alfred Fellisch für die Zeitung verantwortlich, der im Februar 1945 in Dresden ausgebombt und nach dem Einzug der Roten Armee in seinen Evakuierungsort ins unbesetzte Erzgebirge ging. Vgl. Schmeitzner 2000, S. 427 ff.

<sup>24</sup> Aufgabe der Wirtschaftsabteilung war die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, die Lenkung und Beschlagnahme von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten, von Maschinen und Gebäuden.

<sup>25</sup> Vgl. Cerny 1997, S. 301.

Die Bevölkerung sollte über die ernste Lage informiert und zur Mitarbeit aufgefordert werden.<sup>26</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen Landrat und Bezirksausschuss bezog sich auf die Stabilisierung der Lebensmittelversorgung und die Organisation des Zuzugs und der Durchwanderung von Evakuierten.<sup>27</sup> Gemeinsam verhandelten sie mit dem Aktionsausschuss in Aue und mit Vertretern des Stollberger Landkreises über eine für das gesamte unbesetzte Gebiet verantwortliche Regierungsform. Die in der Presse veröffentlichten Bekanntmachungen waren vom Landrat und vom Vorsitzenden des Bezirksausschusses unterzeichnet.

Die Aufgaben der lokalen Aktionsausschüsse umfassten die Absetzung der nationalsozialistischen Bürgermeister und die Benennung von neuen, die offiziell vom Schwarzenberger Landrat bestellt wurden.<sup>28</sup> Die Aktionsausschüsse berieten die Gemeindeverwaltungen, wobei sie diese ersetzten und die Gemeindemitglieder, die der NSDAP angehörten, ablösten.

Der Bezirksausschuss regte die Bildung von Industrie-Ausschüssen sowie einer antifaschistischen Bewegung in den Gemeinden an.<sup>29</sup> Die Einwohner wurden aufgefordert in die Antifa einzutreten, um so ihrer Abkehr vom Nationalsozialismus Ausdruck zu verleihen.

---

<sup>26</sup> KrA Beierfeld, RdSt Schwarzenberg, Nr. 370, Blatt 83.

<sup>27</sup> So fand am 23. Mai 1945 in Aue eine Besprechung mit dem Schwarzenberger Landrat und den für Ernährungsfragen zuständigen Stadtvertretern statt. Nachdem beispielsweise Schneeberg nicht besetzt worden war, wandten sich deren Bürger nach Aue, um gemeinsam eine Regelung der Flüchtlings- und Durchzugsfrage zu verhandeln. Vgl. StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 79.

<sup>28</sup> Siehe Ausführungen zu Schneeberg. Auch in Eibenstock, Grüna und Griesbach bestellte der Schwarzenberger Landrat neue Bürgermeister, die zuvor von den jeweiligen Antifa-Ausschüssen eingesetzt worden waren. Vgl. Sächs. HStA Dresden, KR/KT Aue, Nr.214, Nr. 215.

In Annaberg, das sowjetisch verwaltet wurde, akzeptierte der sozialdemokratische Landrat den neuen Bürgermeister, einen Kommunisten, zunächst nicht. Dieser wollte den „Sozialismus“ in der Stadt einführen. Vgl. Thür. HStA Weimar, BPA der SED Erfurt V/6/14/003, Bericht an die BL der KPD Sachsen; Sächs. HStA Dresden, KR/KT Annaberg 202; Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Bericht über die Entwicklung der Kommunistischen Partei des Kreises Annaberg.

<sup>29</sup> Vgl. Ausführungen zur Antifaschistischen Front Aue. Auch in Schneeberg wurde eine Antifa gegründet. Die Initiative ging hier jedoch weniger von den Schneebergern aus als vielmehr vom Bezirksausschuss Schwarzenberg und dem neuen Schwarzenberger Landrat. Dieser hielt am 6. Juni 1945 ein Referat zur Gründung der Antifa. Weitere Veranstaltungen folgten bis zum 16. Juni in den verschiedenen Schneeberger Stadtteilen, deren Termine im „Erzgebirgschen Volksfreund“ bekannt gegeben wurden. Über die Presse erging auch die Aufforderung, der antifaschistischen Gesinnung künftig durch das Hissen roter Fahnen Ausdruck zu verleihen. Unsicherheiten bestanden bei den Schneebergern vor allem im Selbstverständnis. So riefen sie zum Beitritt in den „Antifaschistischen Bund“ bzw. traten als „Antifaschistische Kampffront (Antifa) Stadt Schneeberg“ an die Öffentlichkeit. Vgl. Wehner/Gräfe 1975, S. 36; „Erzgebirgscher Volksfreund“ Nr. 131 vom 12. Juni 1945.

Im Juni 1945 verschickte der Bezirksausschuss ein Rundschreiben, das die wichtigsten Aufgaben benannte. Es sollten sich weitere Aktionsausschüsse konstituieren, eine „straffe Organisation der antif[aschistischen] Bewegung“ sowie Jugend- und Frauengruppen entstehen. Während die Jugend zu schulen und antifaschistisch zu erziehen war, sollten die Frauengruppen über die Ernährungslage und ähnliche Tagesaufgaben informiert werden. Abschließend wurde zur Bildung von Betriebsräten und Gewerkschaften aufgerufen.<sup>30</sup> Dieses Rundschreiben orientierte sich an dem Rundschreiben 1/45 des Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften zu Chemnitz. Außerdem hatte Anfang Juni 1945 ein Wechsel im Landratsamt stattgefunden. Neuer Landrat war nun der frühere KPD-Landtagsabgeordnete Ernst Scheffler, der gerade aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen zurückgekehrt war. Es ist nicht auszuschließen, dass Scheffler in diesem Rundschreiben die in Sachsenhausen von Kommunisten verabschiedeten Beschlüsse umzusetzen versuchte.

Nach der Besetzung des Niemandslandes Mitte Juni 1945 musste der Landrat, der zuvor sämtliche Ausschussgründungen unterstützt hatte, diese auflösen. Die Besetzungsaufgaben für den Landkreis Aue-Schwarzenberg hatte der Annaberger Stadtkommandant übernommen.<sup>31</sup> In einer Zusammenkunft mit den Bürgermeistern erklärte er am 22. Juni 1945 die Notwendigkeit der Auflösung der Aktionsausschüsse. Doch er gab sich kompromissbereit, indem die Ausschüsse die Bürgermeister weiterhin beraten durften. Beschlussgebende Funktionen sollten die Aktionsausschüsse nicht mehr ausüben, weil die Verantwortung nun bei den Bürgermeistern läge.<sup>32</sup>

---

<sup>30</sup> KrA Beierfeld, RdSt Schwarzenberg, Nr. 370.

<sup>31</sup> In Annaberg konnte der Landrat die Bildung von Aktionsausschüssen zwar nicht verhindern, er weigerte sich jedoch mit ihnen zusammenzuarbeiten. Der Annaberger Kommandant ließ die Kommunisten in Annaberg gewähren. Diese stellten den neuen Bürgermeister, ein mit ihnen sympathisierender Sozialdemokrat wurde Stellvertretender Bürgermeister. Zuerst wurde eine Kommunistische Partei gebildet, die am 16. Mai 1945 ein Antifa-Komitee konstituierte. Ähnlich wie in Meißen propagierte diese KP den „sozialistischen Aufbau“, führte den „Rot-Front!-Gruß ein und benannte Straßen und Häuser nach kommunistischen Funktionären. Vgl. StA Annaberg-Buchholz, Bestand Sozialistische Zeit, Nr. 3; Annaberger Tageblatt, Osterzgebirgische Zeitung Nr. 112 vom 15.5.1945, Nr. 114 vom 17. Mai 1945; Sächs. HStA Dresden, SED-BPA I/A/038, Bericht über die Entwicklung der Kommunistischen Partei des Kreises Annaberg (undatiert).

<sup>32</sup> Entsprechende Mitteilungen verschickte der Landrat am 24. Juni 1945 an die Bürgermeister seines Landkreises. Vgl. Teucher 1966, S. 27 f.; StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 66.

#### 4.1.3 Der Schneeberger Drei-Männer-Ausschuss

Die Stadt Schneeberg gehörte wie Aue zum Landkreis Schwarzenberg. Nachdem für die Einwohner feststand, dass ihre Stadt nicht von den Amerikanern besetzt würde, begannen 14 Schneeberger unterschiedlicher politischer Herkunft die Stadtverwaltung bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Ein „alter“ Stadtrat fungierte als Bürgermeister und nahm die ihm angebotene Hilfe an, galt es doch „bei den breiten Schichten der Bevölkerung Verständnis für die Maßnahmen der Stadt in der gegenwärtigen schweren Notzeit“ zu wecken.<sup>33</sup> Um Ansprüchen, etwa denen der 14 Schneeberger, zuvorzukommen, hob er in einer Besprechung vom 11. Mai 1945 hervor, dass die Verantwortung für die städtischen Angelegenheiten noch immer beim Bürgermeister und den Abteilungsleitern lag. Zwar erwartete der Stadtrat seine baldige Ablösung als Bürgermeister, unterstrich aber, dass er nur auf Anweisungen der benachbarten amerikanischen Besatzungsmacht oder des Landrates zurücktreten werde.<sup>34</sup>

Auch in Schneeberg gründeten sich zwei Gremien, die die Geschicke der Stadt lenken wollten. Die bereits erwähnten 14 Schneeberger bildeten ähnlich wie in Aue einen „Beratenden Ausschuss“. Dieser arbeitete in den Abteilungen der Stadtverwaltung mit.<sup>35</sup> Der dem Ausschuss angehörende Fabrikant Walter Lehm verhandelte am 16. Mai 1945 erneut mit der amerikanischen MR in Wilkau um eine Besetzung der Stadt. Die Gespräche verliefen ergebnislos, sodass der „Beratende Ausschuss“ konstatierte, dass auch Schneeberg zum „Niemandland“ gehöre.

Die zweite Gruppe bildeten vorrangig Kommunisten, die bereits am 8. Mai 1945 den amtierenden Bürgermeister drängten, im Ordnungsdienst der städtischen Polizei mitzuarbeiten.<sup>36</sup> Nach dem 11. Mai 1945 wurde ihre Mitarbeit in der Stadtverwaltung akzeptiert.

---

<sup>33</sup> StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 79; Bukvic 1997, S. ff.

<sup>34</sup> StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 79.

<sup>35</sup> Neben Otto Schürer und Paul Günther, die bei der Polizei mitarbeiteten, gehörten zu den „neuen“ Schneebergern Walter Lehm und Georg Müller (Forstamt), Max Wanner und Kurt Kircheis (Wasserwerk), Oskar Mehlhorn, Schwarz und Matthes (Ernährungsamt), Bruno Jan und Josef Müller (Bauwesen) sowie Kurt Fritzsch, Ernst Theisinger und Max Schönfelder (Schlachthof). Vgl. StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 79.

<sup>36</sup> Cerny 1997.

Schneeberg gehörte als kreisfreie Stadt zum Landkreis Schwarzenberg. Der Landrat, der eng mit dem Bezirksausschuss zusammenarbeitete, entließ den amtierenden Bürgermeister, einen ehemaligen Stadtrat. Ein „Drei-Männer-Ausschuss“ übernahm die Funktion des körperschaftlichen Stadtrates. Die Mitglieder des „Beratenden Ausschusses“ bestimmten Walter Lehm, Ernst Wagner und Otto Schürer, die fortan gleichberechtigt der Stadtverwaltung vorstanden.<sup>37</sup> Gleichzeitig wurden auch die Vorsitzenden der Unterausschüsse der Stadtverwaltung eingesetzt, die ihre Mitarbeiter selbst aussuchten.<sup>38</sup> Auf der Dienstbesprechung der Abteilungsleiter vom 17. Mai 1945 informierte Walter Lehm die städtischen Beamten und Angestellten über die Veränderungen, die nach wie vor der Gewährleistung von Ruhe und Ordnung dienten. Er erwartete von ihnen, dass sie wie bisher ihrer Arbeit nachkamen.<sup>39</sup> Obwohl Paul Günther als Vorsitzender des Polizeiausschusses in der Stadtverwaltung mitarbeitete, handelten die Mitglieder der Polizei oft unabhängig von der Behörde. Sie verhafteten, ohne den Drei-Männer-Ausschuss darüber in Kenntnis zu setzen, den bis vor kurzem als Bürgermeister tätigen Stadtrat und einige seiner Kollegen. Im Namen des Drei-Männer-Ausschusses forderte Walter Lehm die sofortige Freilassung der ehemaligen Stadträte, was zahlreiche Mitglieder des Polizeiausschusses und des „Beratenden Ausschusses“ jedoch ablehnten.<sup>40</sup> Es wurde vereinbart, dass der Polizeiausschuss nur noch bei kriminellen Straftaten Verhaftungen vornehmen sollte.

Ab 23. Mai 1945 nannte sich der Beratende Ausschuss „Antifa-Aktionsausschuss“, was auf einen Schriftwechsel oder eine Anweisung des Schwarzenberger Bezirksausschusses zurückzuführen sein könnte. Otto Schürer beantragte, dass nur noch die Mitglieder<sup>41</sup> an den Ausschusssitzungen teilnehmen, um die Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Nachdem noch einmal

---

<sup>37</sup> StA Schneeberg 1922-1952, Nr. 79; Außerdem „Erzgebirgscher Volksfreund“ Nr. 112 vom 19./20./21. Mai 1945.

<sup>38</sup> Oskar Mehlhorn übernahm beispielsweise den Ernährungsausschuss, Paul Günther den Polizeiausschuss, Kurt Kircheis den Schulausschuss und Richard Friedrich den Wohlfahrtsausschuss. Insgesamt wurden zehn Unterausschüsse eingerichtet. Vgl. StA Schneeberg 1922-1952, Nr. 79.

<sup>39</sup> Ebenda, Blatt 3.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Namentlich wurden vier Arbeiter, zwei Handwerksmeister, zwei Händler, ein Gastwirt, ein Fabrikdirektor und ein Beamter als Mitglieder der Antifa aufgelistet. Ebenda.

wichtige Unterausschüsse neu besetzt wurden<sup>42</sup>, hob Lehm hervor, dass der Antifa-Ausschuss dem Drei-Männer-Gremium untergeordnet sei und körperschaftliche Funktionen zu erfüllen habe.

Am Beispiel des Schneeberger Drei-Männer-Ausschusses werden die Bestrebungen der Machtsicherung übergeordneter Aufsichtsbehörden erkennbar. Der Schwarzenberger Landrat kritisierte im Mai 1945 mehrfach, dass der Drei-Männer-Ausschuss der Stadtverwaltung vorstand und damit von der Regel abwicke, was zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit sich brächte.<sup>43</sup> Deshalb forderte er, ein Mitglied des Drei-Männer-Ausschusses als kommissarischen Bürgermeister vorzuschlagen und die beiden anderen als seine Stellvertreter zu bestimmen. In diesem Zusammenhang wies der Landrat noch darauf hin, dass die Bürgermeister bis zur endgültigen Entscheidung der Besatzungsmacht kommissarisch amtieren.<sup>44</sup> Am 28. Juni 1945 erfolgte im Einvernehmen zwischen Landrat und sowjetischer Besatzungsmacht die offizielle Ernennung von Walter Lehm als Bürgermeister. Ernst Wagner, Otto Schürer, Oskar Mehlhorn und Paul Günther<sup>45</sup> wurden zu Stadträten berufen.<sup>46</sup> Die Schneeberger nahmen das entsprechende Schreiben des Landrats zwar zur Kenntnis, ernannten aber Wagner und Schürer eigenmächtig als Stellvertreter des Bürgermeisters.<sup>47</sup>

Zeitgleich damit wurde den Schneebergern am 26. Juni 1945 die Auflösung der Aktionsausschüsse mitgeteilt. Der Landrat erläuterte, dass die Bürgermeister wieder allein die Verantwortung für ihre Verwaltungen

---

<sup>42</sup> Lehm stand nun dem Finanz- und Forst-Ausschuss vor, Ernst Wagner dem Wohnungsausschuss, Oskar Mehlhorn als Kaufmann dem Ernährungs- und dem Ausschuss für Gaststätten und Beherbergungswesen, Paul Günther nach wie vor dem Polizei-Ausschuss, Otto Schürer dem Schulausschuss und Friedrich dem Wohlfahrtsausschuss. Ebenda.

<sup>43</sup> StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 66.

<sup>44</sup> Dieses Schreiben datierte zwar vom 5. Juni 1945, ging aber erst am 26. Juni 1945 im Schneeberger Rathaus ein, was möglicherweise mit der im Juni erfolgten Besatzungsübernahme durch sowjetische Truppen zusammenhing.

<sup>45</sup> Paul Günther trat als Stadtrat bald zurück. Als Polizeichef von Schneeberg wurde er im September 1945 beurlaubt und reichte am 27. Oktober 1945 sein Rücktrittsgesuch ein.

<sup>46</sup> StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 66.

<sup>47</sup> Bürgermeister Lehm und seine beiden Stellvertreter wurden zusammen mit Oskar Mehlhorn Anfang April 1946 von der sowjetischen Kommandantur verhaftet und im Speziallager Sachsenhausen interniert. Ein Mitarbeiter der Stadtkämmerei hatte die Schwarzgeldkasse der Stadt angezeigt. Diese wurde im Einverständnis mit dem Aktionsausschuss vom Drei-Männer-Ausschuss eingerichtet, nachdem Lagerbestände der Wehrmacht verkauft worden waren, um Lebensmittel für die Stadt zu kaufen. Auch die sowjetische Besatzungsmacht hatte in diese Kasse eingezahlt, wenn sie aus dem ehemaligen Wehrmachtbestand etwas benötigte. Nur Oskar Mehlhorn überlebte die Haftzeit. (Gespräch mit dem Sohn von Oskar Mehlhorn im November 1997.)



übernehmen müssten. Er überließ es ihnen jedoch, „die bisherigen Mitglieder der Aktionsausschüsse bei Entscheidungen von großer Tragweite und Bedeutung“ zu hören. Vom Kommandanten wurden Bürgermeister und Ausschuss-Mitglieder dazu verpflichtet, weiterhin konsequent gegen Faschismus und Militarismus aufzutreten, den Wiederaufbau zu befördern und die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.<sup>48</sup>

Die beratende Rolle der ehemaligen Aktionsausschüsse war den Stadtverwaltungen lange Zeit unklar. Am 25. Januar 1946 sah sich der Schwarzenberger Landrat noch einmal veranlasst, den Bürgermeistern seines Landkreises zu erläutern, dass die Mitglieder der ehemaligen Ausschüsse nur beratende, jedoch keine beschlussgebenden Funktionen in Stadt- und Gemeindeangelegenheiten ausüben könnten.<sup>49</sup> Daraufhin forderten die Schneeberger Sozialdemokraten entsprechend der Blockarbeit zwei Ratssitze. Ein gleiches Ansinnen der Schneeberger CDU lehnte der Landrat jedoch ohne Begründung ab. Bürgermeister Lehm fand eine Lösung, indem er Anfang Februar 1946 zwei Mitglieder der CDU zu Beratern der Stadtverwaltung berief.<sup>50</sup>

#### 4.1.4 Der Beratende Bürgerausschuss der Stadt Aue

##### *Vom Bürger-Ausschuss zur Stadtverwaltung*

Als sich die Amerikaner am 7. Mai 1945 am Stadtrand von Aue aufhielten, rief der von den Nationalsozialisten legitimierte Oberbürgermeister, sich auf einen Befehl von Großadmiral Dönitz stützend, die Einwohner dazu auf, den Kampf gegen die „Westmächte“ einzustellen, der „Kampf gegen den Bolschewismus“ ginge jedoch weiter. Sollte die Stadt von den US-Amerikanern besetzt werden, gelte es, „Ruhe, Ordnung und Haltung“ zu wahren, wofür nach wie vor Polizei und Volkssturm zuständig waren.<sup>51</sup>

---

<sup>48</sup> StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 79.

<sup>49</sup> StA Schneeberg, 1922-1952, Nr. 68.

<sup>50</sup> Ebenda.

<sup>51</sup> Groß 1961, S. 29 f.; Walter 1985, S. 3.

Eine offizielle amerikanische Besetzung erfolgte jedoch nicht. Offiziere der US-army hielten sich tage- und stundenweise in der Stadt auf.<sup>52</sup> Ähnlich wie in Stollberg beließen sie den Oberbürgermeister von Aue vorerst im Amt, entwaffneten aber die Polizei.

Am 9. Mai 1945 trafen sich fünfzehn ehemalige Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose und bildeten einen „Beratenden Ausschuss“<sup>53</sup>, der die Arbeit des Oberbürgermeisters zu unterstützen und zu kontrollieren beabsichtigte. Zuvor hatte eine Dreier-Abordnung mit dem Oberbürgermeister über diese Maßnahmen verhandelt. Eine „Machtübernahme“, wie es in der DDR-Historiographie dargestellt wurde, fand nicht statt<sup>54</sup>. Vielmehr wollte der Ausschuss zusammen mit dem „alten“ Bürgermeister und der sich zur Verfügung stellenden Beamtenschaft eine funktionierende Verwaltungstätigkeit gewährleisten.<sup>55</sup>

In der Zeit zwischen 9. und 24. Mai 1945 nannte sich der Bürgerausschuss auch Antifa-Ausschuss. In dieser Zeit bildete er eine Polizeitruppe<sup>56</sup>, eine

---

<sup>52</sup> Der Oberbürgermeister und einer seiner Stadträte hatten am 8. Mai 1945 die Amerikaner erstmals in die Stadt geholt. Für den 9., den 12. und den 13. Mai waren weitere Besuche der Amerikaner in Aue geplant. Die Auer benötigten vor allem Bescheinigungen für Lebensmitteltransporte nach Zwickau.

Ende Mai 1945 teilte der „alte“ Oberbürgermeister seinem Nachfolger mit, dass sich die Amerikaner insgesamt wenig zugänglich verhalten und unzählige „Geschenke“ in Form von Uhren und Fotoapparaten von den Auer Bürgern gefordert hätten.“ KrA Aue, RdSt Aue, S 57, Schreiben Geipels an Oberbürgermeister Max Ziegler.

Vgl. auch Bukvic 1997, S. 96ff

<sup>53</sup> Mitglieder des Ausschusses waren Kurt Baumann, Rudolf Hänel, Kurt Teubner, Georg Müller, Otto Brandt, Walter Becher, Reinhard Schlosser, Max Georgi, Hans Schaal, Johannes Koch, Albert Wiegler.

<sup>54</sup> Walter (1985, S. 3.) schrieb über das Treffen der Dreier-Abordnung mit dem Oberbürgermeister : „Dem Oberbürgermeister gaben sie unmissverständlich zu verstehen, dass die antifaschistischen Kräfte die Geschicke der Stadt übernehmen.“

<sup>55</sup> Dass der Antifa-Ausschuss zunächst nicht an eine Machtübernahme dachte, war auch dem „Erzgebirgschen Volksfreund“ zu entnehmen. Hauptproblem für die Antifa war vielmehr die Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung. Deshalb versuchten zahlreiche Mitglieder durch Zeitungsartikel über menschliche Grundwerte wie Freiheit und Solidarität Wege aus der um sich greifenden Lethargie aufzuzeigen. Über den „Erzgebirgschen Volksfreund“ wurde außerdem dazu aufgefordert, Radiosendungen der Alliierten zu verfolgen, um sich eine eigene Meinung zu bilden und entsprechend tätig zu werden. Heftig wehrten sich die Mitglieder dagegen, von der Bevölkerung für die herrschenden chaotischen Zustände verantwortlich gemacht zu werden, indem sie ein hartes Vorgehen gegen die „Nörgler“ ankündigten, die den Aufbauwillen untergruben. Vgl. Erzgebirgscher Volksfreund, Nr. 106 vom 12/13. Mai 1945, Nr. 108 vom 15.5.1945; Nr. 114 vom 23. 5.1945.

<sup>56</sup> Der sogenannte Polizei-Ausschuss wurde bereits am Nachmittag des 9. Mai 1945 konstituiert und stand unter der Leitung eines Kommunisten. Zu den Aufgaben dieser neuen Polizei gehörte es, die von den Amerikanern angeordnete Auflösung der „alten“ Polizei durchzuführen, den Post- und Bahnverkehr zu kontrollieren sowie die in der Stadt vorhandenen Lebensmittellager zu überwachen. Ferner führten die Mitglieder des Polizei-Ausschusses Verhaftungen unter ehemaligen NSDAP-Mitgliedern durch, die in einem Lager

NSDAP-Abwicklungsstelle<sup>57</sup>, eine Stelle, die die Rückführung der Evakuierten organisierte, und einen Industrie-Ausschuss.

Am 22. Mai setzten die Mitglieder des beratenden Ausschusses den „alten“ Oberbürgermeister ab und führten den Sozialdemokraten Max Ziegler als neuen Oberbürgermeister ein. Dieser leitete ab 24. Mai 1945 die Sitzungen des Ausschusses und ließ Protokoll führen. Es ist davon auszugehen, dass das beratende Antifa-Komitee nun die Funktionen des Stadtbeirates innerhalb der Stadtverwaltung übernahm<sup>58</sup>, zumal sich das Antifa-Komitee in der Folgezeit „Bürger-Ausschuss“<sup>59</sup> nannte und zahlreiche Mitglieder Funktionen innerhalb der Stadtverwaltung antraten. Außerdem beschloss der Bürger-Ausschuss bis auf weiteres als eine gesetzliche Vertretung zu fungieren.<sup>60</sup> Deshalb sollten künftig die Ausschuss-Mitglieder, die bis dahin ehrenamtlich gearbeitet hatten, mit Lebensmittelzulagekarten entschädigt werden. Um die prekäre Versorgungslage zu bewältigen, befürwortete der Ausschuss, einen Notverband mit den Kreisen Stollberg und Schwarzenberg zu schließen. Mit der Übernahme des Stadtbeirates durch den „Bürger-Ausschuss“ beabsichtigten einige Antifa-Mitglieder eine „antifaschistische Organisation“ nach den KPD-Volksfrontkonzepten der 30er Jahre aufzubauen.<sup>61</sup> Diese

in Gewahrsam genommen wurden. Nach Übernahme der Stadtverwaltung durch den Bürgerausschuss erfolgte die Legitimierung dieser Polizei. Aue 1973, S. 37.

<sup>57</sup> Zu den Aufgaben der NSDAP-Abwicklungsstelle gehörte die Besichtigung und Schließung sämtlicher nationalsozialistischer Dienststellen. So wurden im Haus der NSDAP verschiedene Kommissionen, wie die zur Erfassung der NSDAP-Mitglieder und ihrer Gliederungen, die der Registrierung der Evakuierten und die Dienststelle der Flüchtlingsbewegung untergebracht. Ein Hauptanliegen der Abwicklungsstelle war die zügige Räumung vieler Dienstzimmer, um zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge zu schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen der Abwicklungsstelle und den ihr zugeteilten Hilfskräften, vorwiegend Sozialdemokraten und Kommunisten, gestaltete sich oft recht schwierig, da letztere sich Sonderrechte anmaßen. Diese Schwierigkeiten wurden erst beendet, nachdem der Bürger-Ausschuss dem Leiter der Abwicklungsstelle eine entsprechende Vollmacht zur Legitimierung seiner Arbeit ausgestellt hatte. KrA Aue, RdSt. Aue, Nr. 14.

<sup>58</sup> Mit der Übernahme der Geschäfte der Stadtverwaltung erfolgte über die Presse ein erneuter Aufruf zur Mitarbeit in der Antifa. Erzgebirgscher Volksfreund Nr. 114 vom 23.5.1945.

<sup>59</sup> Die Bezeichnung „Bürger-Ausschuss“ wurde gewählt, als sich die Auer am 28. Mai 1945 an die benachbarte amerikanische MR wandten und um die Besetzung des Niemandslandes sowie um die Erleichterungen im Reiseverkehr baten, da sich die Versorgungsprobleme mit Lebensmitteln zuspitzte.

Auch Vorwürfe von parteipolitischer Dominanz der Kommunisten sollten wohl mit der Namensgebung überwunden werden. Diese arbeiteten immerhin mit 17 Mitgliedern im Ausschuss mit, während die Sozialdemokraten und die „Bürgerlichen“ nur mit je zehn Personen vertreten waren. KrA Aue, RdSt. Aue, Nr. 14; Nr. 15 sowie S 57.

<sup>60</sup> KrA Aue, RdSt. Aue, Nr. 15.

<sup>61</sup> So hieß es in dem im „Erzgebirgschen Volksfreund“ abgedruckten Aufruf der antifaschistischen Organisation: „Jeder soll Mitkämpfer werden, ganz gleich, ob er einen geistigen Beruf ausübt, Arbeiter, Angestellter oder Handwerker, ob er christlich-religiös oder konfessionslos ist, nur ehrlichen Willens muß er sein. Mit dem Beitritt legt ihr das Bekenntnis

Anregung wurde von den aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern heimkehrenden Häftlingen mitgebracht. Der bekannteste von ihnen war zweifellos der neue Schwarzenberger Landrat Scheffler. Doch dem Aufruf zum Beitritt in die Antifa war weder etwas über ihre Ziele noch über ihre Vorstellungen zu entnehmen. Die Vermutung, dass diese Idee von außen nach Aue getragen worden war, verstärkt sich durch die wenig später in der Presse ausgetragene Diskussion über die künftige Organisationsform der neuen Antifa, die zwischen „Organisation“ und „Bund“ schwankte. Nur in dem äußerst allgemein gehaltenen Anliegen, dem Wiederaufkommen des Nationalsozialismus entgegenzuarbeiten, herrschte Einigkeit.<sup>62</sup>

#### *Der Industrie-Ausschuss*

Nachdem der Bürger-Ausschuss von Aue die Funktion eines Stadtbeirates übernommen hatte, gründeten am 28. Mai 1945 15 Firmenvertreter den Industrie-Ausschuss, der bereits seit dem 11. Mai 1945 vorbereitet wurde.<sup>63</sup> Die Anwesenden, unter ihnen auch der kommunistische Bürgermeister, wählten einstimmig Dr. Richard Altenhain, Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Hiltmann und Lorenz AG, zum Vorsitzenden des neuen Ausschusses. Als Arbeitsschwerpunkte formulierte der Industrie-Ausschuss die Steuerung der Produktion und des Rohstoffeinsatzes, die Unterstützung der einheimischen Industrie, die Beschaffung von Lebensmitteln sowie vorbeugende Maßnahmen gegen den Schwarzhandel.<sup>64</sup> Dem im Landkreis Schwarzenberg eingeführten Notgeld stand der Industrie-Ausschuss skeptisch gegenüber und sprach sich stattdessen für ein stadteigenes Notgeld aus, bis eine zentrale Regierung für das Niemandsland tätig würde. Außerdem regten sie ein erneutes Gespräch mit den Alliierten an, um die Lebensmittelnotlage abzuwenden.<sup>65</sup>

---

ab, dass es euch wirklich ernst ist um den gesunden Wiederaufbau unseres freien Vaterlandes.“ Vgl. „Erzgebirgscher Volksfreund“ Nr. 114 vom 23.5.1945.

<sup>62</sup> Hierzu war dem „Erzgebirgschen Volksfreund“ zu entnehmen: „Der Bund lehnt es ab, sich der üblen Gestapomethoden zu bedienen, wird aber jeden Versuch einer Wiederaufrichtung des Nazismus im Keime ersticken.“ „Erzgebirgscher Volksfreund“ Nr. 116 vom 25.5.1945.

<sup>63</sup> So hatte der „alte“ Oberbürgermeister die Konstituierung schon am 11. Mai 1945 begrüßt. Dabei handelte es sich offenbar um Pläne des Bürger-Ausschusses einen solchen Industrie-Ausschuss zu initiieren. Führende Firmenvertreter boten daraufhin dem „alten“ Oberbürgermeister ihre Mitarbeit und die einiger ihrer Angestellten an. Vgl. KrA Aue, RdSt. Aue, S 57.

<sup>64</sup> Teucher 1966, S. 25 f.

<sup>65</sup> KrA Aue, RdSt. Aue S 57.

Die Mitglieder des Industrie-Ausschusses demonstrierten dem beratenden Bürger-Ausschuss gegenüber Autonomie, indem sie sich dafür aussprachen, „das beratende Gremium der Stadtverwaltung nach Sachgesichtspunkten auszuweiten oder umzusetzen, um die Enge der parteipolitischen Betrachtung zu überwinden. Auch muß die städtische Exekutive entsprechend auch im äußeren Auftreten neutralisiert werden, wie es in der Stadtverwaltung auch (...) angestrebt wird.“<sup>66</sup>

*Der Bürger-Ausschuss und der Industrie-Ausschuss nach der sowjetischen Besetzung*

Nur 14 Tage nach der Übernahme des Niemandslandes durch die sowjetische Besatzungsmacht wurde die Fusion von Stadtverwaltung und Bürger-Ausschuss wieder aufgehoben. In der Folgezeit fungierte der Bürger-Ausschuss ähnlich wie die Antifaschistische Front Chemnitz als eine Vorform des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien, zumal sich der Kommandant für eine Zusammenarbeit aller Parteien<sup>67</sup> innerhalb des Bürger-Ausschusses aussprach. Die Mitglieder wurden jetzt mit ihrer Parteizugehörigkeit registriert und die bis dahin bestehende kommunistische Dominanz aufgehoben. Damit reagierten die Exil-KPD und die Besatzungsmacht auf die Auer Besonderheiten, verprellten aber durch die erneuten Angebote zur Mitarbeit die Mitglieder des Bürger-Ausschusses nicht.

Die Demokraten sprachen sich trotz der Trennung von Stadtverwaltung und Bürger-Ausschuss dafür aus, dass letzterer nach wie vor die Beschlüsse der Stadtverwaltung annehmen müsse, so wie es die Sächsische Gemeindeordnung vom 1. August 1923 vorgesehen habe.

Der in Aue eingesetzte Vertreter der Exil-KPD überbrachte im Namen der Besatzungsmacht in den Sitzungen des Bürger-Ausschusses die Personalveränderungen in der Kommunalverwaltung. So sollte ab dem 24.

---

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Am 5. Juli 1945 hatten die Sozialdemokraten dem Oberbürgermeister die Gründung des Sozialdemokratischen Vereins Aue/Sa. angezeigt. Albin Pollmer stellte den 1. Vorsitzenden und Walter Escher seinen Stellvertreter, der auch im Bürgerausschuss saß und als Betriebsrat tätig war. Am 18.7.1945 zeigte Paul Seltmann die Gründung der Demokratischen Partei Aue/Sa. an, dessen Vorsitzender er war. Erster Stellvertreter wurde der Bauingenieur Robert Baumann und Zweiter Stellvertreter der Bäckermeister Albert Wiegleb. Vgl. Kreisarchiv Aue, RdST Aue, Nr. S 15; S. 46. Zur KPD siehe unten.

Juli 1945, entsprechend der sowjetischen Besatzungspraxis in Sachsen, Dr. Fritz Lange als Vertreter der „Bürgerlichen“ neuer Oberbürgermeister werden, während der bisherige sozialdemokratische Oberbürgermeister<sup>68</sup> mit einer untergeordneteren Funktion innerhalb der Stadtverwaltung weiter beschäftigt wurde.

Die Veränderungen, die den Industrie-Ausschuss nach der Besetzung des Niemandslandes betrafen, waren weitreichender. Zunächst konnte der sozialdemokratische Oberbürgermeister ihm noch eigenständiges Handeln garantieren. Er setzte sich außerdem für einen Wirtschafts-Ausschuss für die Stadt Aue und den Landkreis Schwarzenberg ein, der dann dem Schwarzenberger Bezirksausschuss zuarbeitete.<sup>69</sup>

Doch nachdem er durch einen „Bürgerlichen“ ersetzt wurde, erfolgte die Eingliederung des Industrie-Ausschusses als Wirtschaftsausschuss in die Stadtverwaltung. Außerdem änderte sich die Zusammensetzung der Mitglieder dieses Ausschusses dahingehend, dass die Firmenvertreter, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren, durch Mitglieder der Antifaschistischen Front Aue ersetzt wurden. Lediglich in den dem Wirtschaftsbeirat zuarbeitenden Fachabteilungen spielte die Mitgliedschaft in der NSDAP eine marginale Rolle. Hier zählte vielmehr die „fachliche und charakterliche Eignung“.<sup>70</sup>

Alle Organisationen gleichermaßen traf die Anordnung des Kommandanten, den „Erzgebirgschen Volksfreund“ nicht mehr zu drucken.

### *Die Antifaschistische Front Aue*

Nachdem der Bürger-Ausschuss Ende Mai 1945 die Funktionen eines Stadtbeirates übernommen hatte, wurde von außen die Bildung einer

---

<sup>68</sup> Oberbürgermeister Ziegler war Anfang Juni 1945 vermutlich aus Altersgründen zurückgetreten. Sein Nachfolger wurde der Sozialdemokrat Hermann Graf.

<sup>69</sup> Diesem Wirtschafts-Ausschuss gehörten neben den Vertretern des Auer Industrie-Ausschusses je zwei Bürger aus Beierfeld und Lauter und je ein Vertreter aus Lössnitz und Schönheide an. Sächs. HStA Dresden KR/KT Aue, 412/1.

In einer Publikation zu Aue hieß es: „Am 17. Juni konstituiert sich ein Industrieausschuß der *Antifa*. Seine Aufgabe besteht darin, die Produktion nach lebensnotwendigen Gesichtspunkten zu steuern, die Rohstoffe gerecht zu verteilen und die Beschaffung von Lebensmitteln zu organisieren.“ (Aue 1973, S. 38) Zu diesem Zeitpunkt bestand der Industrie-Ausschuss der Stadt Aue jedoch schon. Deshalb handelte es sich wohl um den Wirtschaftsausschuss des Bezirksausschusses.

<sup>70</sup> Sächs. HStA Dresden KR/KT Aue, 412/1.

antifaschistischen Bewegung angeregt. Diese war bis Anfang November 1945 der Ersatz für eine kommunistische Ortsgruppe. Zwar hatte bereits am 20. Mai 1945 eine KPD-Versammlung in Aue stattgefunden, über ihre weitere Arbeit wurde jedoch nichts dokumentiert.<sup>71</sup> Die Gründung einer Ortsgruppe der KPD schien den Auer Kommunisten nach Konstituierung der SPD und der Liberalen Partei<sup>72</sup> offensichtlich nicht mehr notwendig, waren sie doch in der Antifaschistischen Front „unter sich“.

Mit der Gründung der Antifaschistischen Front Aue, die Ende Mai 1945 nach ähnlichen Kriterien wie die Antifaschistische Front Chemnitz tätig werden wollte, wurde der Kommunist Rudolf Hänel beauftragt. Auf der ersten Zusammenkunft am 31. Mai 1945 wählten ihn die Antifaschisten zum Vorsitzenden. Die Gemeinsamkeiten mit der Antifaschistischen Front Chemnitz beziehen sich auf die Organisationsform und die Umerziehungs- bzw. Aufklärungsabsichten über den Nationalsozialismus. Zwischen dem 7. und 13. Juni fanden dann elf Veranstaltungen in den verschiedenen Stadtteilen statt, auf denen die Aufgaben der Antifa erläutert wurden. Diese sollte sich auf die Wahrnehmung administrativer, politischer und propagandistischer Maßnahmen konzentrieren und vor allem die neu eingesetzten Straßenobleute unterstützen. Mitglieder der Stadtverwaltung erstatteten der Antifa Bericht, und heimgekehrte Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager und Zuchthäuser referierten ebenfalls. In der öffentlichen Rechenschaftslegung der Stadtverwaltung sah die Antifa eine Möglichkeit der politischen Umerziehung.<sup>73</sup>

Konkrete Maßnahmen der Antifaschistischen Front Aue bestanden in der Registrierung der NSDAP-Mitglieder, der Bildung eines Jugendbundes und mehrerer Frauenausschüsse.<sup>74</sup>

Der „Beratende Ausschuss“ und die Antifaschistische Front arbeiteten gemeinsam im Rathaus. Nach der Bildung der Freien Gewerkschaften zog die Antifaschistische Front in das Gewerkschaftshaus.<sup>75</sup> In der ersten Junidekade

---

<sup>71</sup> KrA Aue, RdSt. Aue S 44.

<sup>72</sup> Die Auer Sozialdemokraten gründeten am 5. Juli eine Ortsgruppe und die Liberalen am 18. Juli 1945. Vgl. Ebenda.

<sup>73</sup> Auch die Schwarzenberger Einwohner wurden zu solchen Stadtteil-Versammlungen der Antifa geladen. Vgl. Groß 1966, S. 27.

<sup>74</sup> Aue 1973, S. 38.

<sup>75</sup> Bereits am 23. Mai 1945 wurde im „Erzgebirgschen Volksfreund“ ein Aufruf zur Bildung Freier Gewerkschaften geschaltet, die Gewerkschaftsbüros einrichten sollten.

gelang es dem Leiter der Antifa, Kontakt mit dem Annaberger Kommandanten aufzunehmen, der am 10. Juni in der Stadt weilte und an einer Veranstaltung der Antifa teilnahm.<sup>76</sup>

Nach der Übernahme der Stadt durch die sowjetische Besatzungsmacht begann sich die Antifa an der Zusammensetzung des Industrierates, der fast zeitgleich zur eigenen Organisation entstanden war, zu stören, wobei die Einwände des Annaberger Kommandanten berücksichtigt wurden. Die Auer Antifa forderte, dass der Industrierat die Mitglieder, die zuvor der NSDAP angehört hatten, durch politisch unbelastete Antifaschisten ersetze.

Die Auer Antifa musste sich mit Vorwürfen der persönlichen Bereicherung auseinandersetzen. Da sie sich nicht mehr über den „Erzgebirgschen Volksfreund“ an die Öffentlichkeit wenden konnte, verfasste sie ein entsprechendes Flugblatt, in dem noch einmal die Maßnahmen der Beschlagnahme von Lebensmitteln gerechtfertigt wurden.<sup>77</sup>

Über die weitere Tätigkeit der Antifa ist nichts Näheres bekannt. Sie bestand offensichtlich bis Oktober 1945. Da erst danach die Ortsgruppe der KPD in Aue gebildet wurde, ist davon auszugehen, dass die Auer Kommunisten die Antifa als ihren Parteiersatz verstanden.

Natürlich stellt sich hier die Frage, warum die Exil-KPD diese Form der Antifa bis zum Oktober 1945 bestehen ließ. Denkbar ist auch hier, dass die Kommunisten in dieser Organisation die Mehrheit bildeten, zumal sich bereits die sozialdemokratische und die liberaldemokratische Partei gegründet hatten. Die der Antifa beigetretenen Parteilosen wurden als potentiell neue KPD-Mitglieder betrachtet, die mit einer sofortigen Auflösung der Antifa nicht verprellt werden sollten. Außerdem vertraten führende Vertreter der Exil-KPD die Auffassung, dass der Name der Organisation nebensächlich sei, solange die offiziellen Vorgaben berücksichtigt würden.

---

<sup>76</sup> Aue 1973, S. 39.

<sup>77</sup> KrA Aue, RdSt. Aue 14.



#### 4.1.5 Resümee

Alle Städte des Niemandslandes, die betrachtet wurden, versuchten zuerst zur amerikanischen Besatzungsmacht Kontakt aufzunehmen. Die kam dem Ansinnen der Bürger des Niemandslandes zwar nicht nach, doch hielt sie sich tage- und stundenweise in den Städten auf, um dringende Probleme zu lösen. Sie nahm unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen keine Veränderungen in der noch nationalsozialistisch legitimierten Stadtverwaltung vor. Lediglich Polizei und Volkssturm wurden entwaffnet.

Die beratenden Ausschüsse, die sich in allen Städten des Niemandslandes der Verwaltung zur Verfügung stellten, arbeiteten zunächst mit der „alten“ Stadtverwaltung zusammen. Zwei Wochen nach Kriegsende sahen sie sich jedoch veranlasst, die Repräsentanten des „alten“ Systems abzusetzen, was in Stollberg mit Billigung der Amerikaner erfolgte. In Schneeberg trug der Landrat die Entscheidung, die er selbst angeregt hatte.

Die zahlreichen ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten arbeiteten in den beratenden Ausschüssen mit und übernahmen oftmals Funktionen in den neuen Polizei-Ausschüssen. Während die beratenden Ausschüsse die Repräsentanten der NS-Zeit „nur“ von ihren Posten entbanden, wurden sie dann wenige Tage später vom Polizeiausschuss verhaftet und interniert. Die beratenden Ausschüsse duldeten dieses Vorgehen, entweder weil sich der Polizeiausschuss verselbständigt hatte oder weil sie mit dessen Maßnahmen einverstanden waren. Die „Lager“ und die Arbeit der Polizeiausschüsse wurden erst auf Anordnung der Alliierten unterbunden bzw. eingeschränkt.

Die beratenden Ausschüsse regten, wie in Aue und dem Landkreis Schwarzenberg deutlich wurde, nicht nur die Bildung zahlreicher Unterausschüsse an, sondern befürworteten einen von der Stadtverwaltung unabhängigen Industrie-Ausschuss, der die wirtschaftlichen Belange regeln sollte. Nachdem die beratenden Ausschüsse Funktionen innerhalb der Stadtverwaltung wahrnahmen, wurden zusätzliche Ausschüsse zur Aufklärung über den Nationalsozialismus initiiert, wobei zu vermuten ist, dass der Impuls dazu von dem aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen zurückgekehrten Ernst Scheffler ausging. Während diese Organisationsform in Schneeberg

kaum Fuß fassen konnte, existierte sie in Aue als Ersatz für eine kommunistische Ortsgruppe bis Oktober 1945.

Der Stollberger und der Schwarzenberger Landrat waren als oberste Aufsichtsbehörde noch vor der Besetzung des Niemandslandes daran interessiert, überschaubare Verwaltungsstrukturen zu erhalten bzw. im Einvernehmen mit der Antifa zu schaffen. So drängte der Schwarzenberger Landrat beispielsweise den Schneeberger Drei-Männer-Ausschuss, sich dem im Kreis üblichen Verwaltungsaufbau anzupassen. Die Antifa arbeitete unter den Landräten und nahm sowohl die Funktion der Exekutive als auch der Beratung wahr. Dafür erhielt sie ein Vorschlagsrecht bei der personellen Neubesetzung der Bürgermeisterämter. Landrat und Aktionsausschüsse galten als „die Staatsgewalt“ im Kreis Schwarzenberg.<sup>78</sup>

Die sowjetische Besatzungsmacht wurde nach ihrem Einzug ins Niemandsland von den Kommandanturen der Städte Chemnitz und Annaberg vertreten. Die KPD-Bezirksleitung Dresden entsandte ihre Mitarbeiter in die Städte und Gemeinden des Niemandslandes, um die ortsansässigen Kommunisten mit ihrer Politik vertraut zu machen. Sowohl Besatzungsmacht als auch Exil-KPD gingen äußerst vorsichtig mit den Bürgerinitiativen um und unterbreiteten Integrationsangebote. Zwar nahmen sie wieder eine Trennung zwischen Verwaltung und beratenden Ausschüssen vor, doch konnten letztere meistens weiter arbeiten. Erst allmählich wurde der Beratende Bürgerausschuss von Aue dem Organisationsmuster des antifaschistisch-demokratischen Blocks angepasst. Auch der Industrie-Ausschuss wurde nicht aufgelöst, sondern der Verwaltung unterstellt. Repressiv wirkte der Ausschluss der Mitglieder des Industrie-Ausschusses, die der NSDAP angehört hatten, doch waren diese Maßnahmen unmittelbar nach Kriegsende den meisten Beteiligten verständlich.

Bei der Besetzung der Bürgermeisterstellen gingen die Exil-Kommunisten wesentlich diplomatischer vor als in den sächsischen Städten und Landkreisen, die bereits seit dem 8. Mai 1945 unter sowjetischer Besatzung standen. Sie beließen die von den Aktionsausschüssen eingesetzten und vom Schwarzenberger Landrat legitimierten Bürgermeister im Amt und drängten

---

<sup>78</sup> Cerny 1997, S. 303.

auch parteilose Bürgermeister nicht in eine der antifaschistisch-demokratischen Parteien.<sup>79</sup>

Ähnlich wie in Chemnitz die Antifaschistische Front allen Antifa-Ausschüssen in den Stadtteilen vorstand, diese kontrollierte und deren Arbeit koordinierte, blieben auch die antifaschistischen Aktionsausschüsse, die im Mai und Juni 1945 in den Städten und Gemeinden des Niemandslandes gebildet wurden, mindestens bis zum Oktober 1945 bestehen, ihre beratenden Funktionen konnten sie oftmals sogar bis zum Frühjahr 1946 ausüben.

#### 4.2 Antifaschistische Bürgerinitiativen in Magdeburg

Am Beispiel Magdeburg sollen antifaschistische Bürgerinitiativen einer Stadt untersucht werden, die bis zum 30. Juni 1945 unter amerikanischer und britischer Besatzung stand<sup>80</sup>. Magdeburg war wie Berlin und Chemnitz unmittelbar nach Kriegsende „Grenzstadt“ zwischen den amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen. Während Berlin erst Anfang Juli 1945 zur Vier-Sektoren-Stadt wurde, begegneten sich die alliierten Truppen schon Ende April/Anfang Mai 1945 in Chemnitz und Magdeburg. Eine Teilung dieser beiden Städte war von den Alliierten jedoch nicht vereinbart worden. Sie resultierte vielmehr aus den Kampfhandlungen, bei denen die Elbe in Magdeburg wie in Torgau<sup>81</sup> die Demarkationslinie bildete. Der westlich vom

---

<sup>79</sup> Im Landkreis Schwarzenberg gehörten 24 der KPD, zwei der SPD, vier der Antifa, zwei der LDPD, einer der CDU an. Fünf waren keiner Partei beigetreten, zwei Bürgermeister waren ehemalige NSDAP-Mitglieder und einer war parteilos.

Im Landkreis Stollberg waren 11 KPD-Mitglieder, 10 SPD-Mitglieder und drei Parteilose Bürgermeister. Im Landkreis Oelsnitz standen sich als Bürgermeister 12 Kommunisten, drei Sozialdemokraten und 72 Parteilose gegenüber. Sächs HStA Dresden, LRS Mdl, 1291, Teil 1 und 2

<sup>80</sup> Die Stadt Leipzig wurde bewusst nicht in den Mittelpunkt der Untersuchungen zur Antifa gestellt, da zum Leipziger Nationalkomitee Freies Deutschland schon zahlreiche Studien vorliegen. Vgl. Dorn 1973, S. 34 ff; Schmollinger 1976; Henke 1995, S. 700-714; Tubessing 1996; Rudloff 1998.

Weitere Städte, die bis zum 30. Juni 1945 amerikanisch und britisch besetzt und in denen ebenfalls Antifa-Ausschüsse tätig waren, sind beispielsweise Gotha, Weimar und Gera in Thüringen, Dessau und Eisleben in Sachsen-Anhalt.

Raschke 1966; Wahl 1976, ders. 1997; Vereint auf dem Weg zum Sozialismus, Geschichte der Landesparteiorganisation Sachsen-Anhalt der SED, 1945-1952, Hg. BL Halle und Magdeburg der SED, Halle-Magdeburg 1986.

<sup>81</sup> Unweit von Torgau begegneten sich die amerikanischen und sowjetischen Truppen das erste Mal an der Elbe. Henke 1995, S. 657 ff.

Fluss gelegene Stadtteil mit dem eigentlichen Stadtkern unterstand zunächst der amerikanischen und ab Ende Mai/Anfang Juni 1945 der britischen Besatzung. Die Vororte östlich der Elbe kontrollierten sowjetische Truppen, im Gegensatz zu Chemnitz: Dort waren die Truppen der Roten Armee ins Rathaus eingezogen und die amerikanischen Truppen besetzten einige westliche Vororte.<sup>82</sup> Es soll nun erörtert werden, ob die Alliierten der Antifa in den geteilten Städten gewisse Zugeständnisse hinsichtlich ihrer Existenz und ihrer Tätigkeit machten, befanden sich doch die Koalitionspartner in unmittelbarer Nähe. Außerdem trafen in beiden Städten relativ viele deutsche Widerstandskämpfer mit NS-Hafterfahrungen zusammen, die während der NS-Zeit mit anderen Widerstandszentren in Verbindung gestanden und sich programmatische Gedanken über die Nachkriegszeit gemacht hatten. Sie bildeten die Zentren der lokalen Antifa.

Die beratenden Ausschüsse im Niemandsland sprachen sich sowohl für Wirtschafts- bzw. Industrieausschüsse als auch für antifaschistische Organisationen zur antifaschistischen Aufklärung aus und hielten so die politischen Potenziale im Gleichgewicht. Ähnliches ist für die von den Amerikanern besetzten Chemnitzer Stadtteile und an Chemnitz angrenzenden Ortschaften bekannt. Dort hatten sich, obwohl es kleinere und mittlere Gemeinden oder Städte waren, fast immer zwei Ausschüsse – ein Bürgerrat und ein Antifa-Komitee gebildet.<sup>83</sup> Da auch in Leipzig mehrere Bürgerinitiativen existierten, die in der einen oder anderen Form zusammenarbeiteten<sup>84</sup>, ist nach der diesbezüglichen Besatzungspolitik der Amerikaner und Briten zu fragen und zu untersuchen, wie diese

---

Auch Eilenburg bildete eine „Grenzstadt“. Hier war die Mulde die Demarkationslinie zwischen amerikanischen und sowjetischen Truppen. Vgl. Chronik des Kreises Eilenburg 1969; Schache o.J.; Zenker 1985; Hoffmann 1988; StA Eilenburg, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt unpaginiert 1991.

<sup>82</sup> Vgl. Kapitel 3.3.

Da die amerikanische Militärregierung ihre Besatzungsunterlagen beim Verlassen der Chemnitzer Vororte mit sich nahm, musste auf Aussagen über deren Verwaltungstätigkeit in den ersten Nachkriegswochen in Chemnitz verzichtet werden.

<sup>83</sup> StA Chemnitz, RdSt Chemnitz, Antifaschistisch-demokratischer Block, Nr. 26, diverse Antwortschreiben auf das Rundschreiben 4/45 des Antifaschistischen Komitees Chemnitz vom 14.6.1945.

<sup>84</sup> Als Alternative zum NKFD sprachen sich in Leipzig frühere Sozialdemokraten für einen bei der Stadtverwaltung tätigen „Sozialpolitischen Ausschuss“ aus, „der eine Art Arbeitsgemeinschaft von Unternehmern und sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern darstellte.“ Ferner hatte der Leipziger Oberbürgermeister einen beratenden Ausschuss ins Leben gerufen, „in dem die Vertreter der großen Leipziger Handelshäuser dominierten“. Vgl. Dorn 1973, S. 35.

Bürgerinitiativen von der sowjetischen Besatzungsmacht und den Vertretern der Exil-KPD nach dem Besatzungswechsel integriert wurden.

#### 4.2.1 Magdeburg unter westalliiertes Besatzung

##### 4.2.1.1 Allgemeiner Gewerkschaftsbund und Industrierat

Amerikanische Truppen besetzten am 18. April 1945 die Stadtteile westlich der Elbe einschließlich der Stadtmitte. Die nationalsozialistische Stadtverwaltung stellte ihren Dienst ein, und die Betriebe hörten auf zu produzieren.<sup>85</sup> Über die Geschehnisse unmittelbar nach der amerikanischen Besetzung ist nicht viel dokumentiert.<sup>86</sup>

Die ersten amerikanischen Truppen ernannten am 19. April 1945 Otto Baer zum Chef der gesamten Zivilverwaltung für den Raum Magdeburg. Seine am 3. Mai erfolgte Berufung zum Oberbürgermeister gab die amerikanische Militärbehörde am 4. Mai 1945 im „Amtlichen Mitteilungsblatt“ bekannt. Baer selbst teilte den Dienststellen der Stadtverwaltung am gleichen Tag seine Berufung zum Oberbürgermeister sowie seines Stellvertreters, eines Kaufmanns, mit.<sup>87</sup> Der Sozialdemokrat Baer entsprach dem organisationspolitischen Muster der amerikanischen Militärregierung in Deutschland: Er war bereits zwischen 1919 und 1933 Magdeburger Stadtverordneter und ab 1920 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung und verfügte über umfangreiche Erfahrungen in der Verwaltung und deren Organisation. Ferner hatte ihn die Gestapo zwischen 1933 und 1944 mehrmals verhaftet und entweder unter Polizeiaufsicht gestellt oder in ein Konzentrationslager eingewiesen.<sup>88</sup>

---

<sup>85</sup> Hatten die Magdeburger bis zum Jahresanfang 1945 außer der zunehmenden Verknappung der Lebensmittel vom Krieg nur wenig zu spüren bekommen, so zerstörte ein anglo-amerikanischer Bombenangriff am 16. Januar drei Stadtteile nahezu vollständig. Etwa die Hälfte aller Wohnungen war nicht mehr bewohnbar, unzählige Läden, Handwerksbetriebe, Fabriken, Schulen, Kirchen, Krankenhäuser und der Bahnhof waren zerstört. Etwa 224 400 Einwohner lebten in der Stadt. Vgl. Statistisches Taschenbuch Kreis Magdeburg/Stadt 1956; Asmus 1977, S. 323 ff; Gericke 1979, S. 5 f.

<sup>86</sup> Offenbar nahmen die Amerikaner ihrer Verwaltungsunterlagen mit, nachdem sie die Stadt dem britischen Bündnispartner übergeben hatten.

<sup>87</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 4.

<sup>88</sup> Baer (1881-1966), Weißgerber, 1898 Gewerkschaftsmitglied, 1900 SPD; im Magdeburger Stadtrat für Wohnungs- und Schulwesen zuständig. Vgl. StA Magdeburg, Bürgermeisterkartei Otto Baer.

Mitte Juni 1945 kam es zu einem kurzen Interregnum in der Stadtverwaltung. Der britische Stadtkommandant beurlaubte am 14. Juni 1945 Oberbürgermeister Baer, dessen Stellvertreter Höhne und den Leiter der Polizeiverwaltung.<sup>89</sup> Im Gegenzug wurde Dr. Gerhard Lehfeldt mit den Geschäften des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung betraut. Schon neun Tage später revidierte Major Gibson seine Entscheidung und setzte die frühere Leitung erneut ein.<sup>90</sup>

In den einzelnen Stadtteilen, vor allem in den etwas abgelegeneren, übernahmen Bezirksbürgermeistereien, die vielfach gleichzeitig antifaschistische Ausschüsse waren, die Verwaltungsgeschäfte. Mitte Mai teilte Oberbürgermeister Baer diesen Provisorien ihre Auflösung mit, „nachdem der Verkehr mit diesen Vororten frei geworden (...) und die städtischen Behörden wieder arbeitsfähig“ waren.<sup>91</sup>

Bereits sechs Tage nach der Besetzung, am 23. April, rief die amerikanische Militärbehörde die Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Produktion auf. Trotz des Verbots der politischen Betätigung durch die Amerikaner ergaben sich damit für kommunistisch und sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter Möglichkeiten, ihrem politischen Willen in der Wahl neuer Betriebsvertretungen und Vertrauensleute Ausdruck zu verleihen.<sup>92</sup>

Die amerikanische und danach die britische Besatzungsbehörde bewilligten die sich abzeichnende Gewerkschaftsarbeit nur unter dem Vorbehalt, dass sie ausschließlich wirtschaftliche und unpolitische Interessen verfolgte und sich am früheren ADGB orientierte. Zur Kontrolle der Gewerkschaftsarbeit wurde ein wöchentlicher Tätigkeits- und Kassenbericht verlangt.<sup>93</sup>

---

Auch in Solingen, Duisburg, Köln, Hannover und Stuttgart wurden Personen mit den Aufgaben des Oberbürgermeisters betraut, die über Verwaltungserfahrungen aus der Weimarer Republik verfügten, während des NS teilweise Repressionen ausgesetzt und bürgerlicher oder sozialdemokratischer Herkunft waren. Vgl. Niethammer u.a.(Hg.) 1976.

<sup>89</sup> Die Gründe für diese Beurlaubung sind unbekannt.

<sup>90</sup> Amtliches Mitteilungsblatt, Nr. 2 vom 14. Juni 1945, StA Magdeburg, Rep. 41, O-C-111, Rep. 41, O-C 4.

<sup>91</sup> Solche Bezirksbürgermeistereien bestanden in den Stadtteilen Diesdorf, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen und Rothensee. Vgl. StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 20, Pressemitteilung „Bürgermeistereien“ 18. Mai 1945.

<sup>92</sup> Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 14f; Gericke 1979, Jahre, S. 7.

<sup>93</sup> StA Magdeburg, Rep. 41 O-C 4; Vereint auf dem Weg zum Sozialismus, Geschichte der Landesparteiorganisation Sachsen-Anhalt der SED, 1945-1952, hg. von Bezirksleitung Halle

In Vorbereitung der Gewerkschaftszulassung konstituierten je sechs ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten einen Zwölferausschuss<sup>94</sup>, der von den Betriebsräten am 2. Mai 1945 als Gewerkschaftsleitung bestätigt wurde.<sup>95</sup> Zwei Sozialdemokraten und ein Kommunist bildeten den Vorstand des „Zwölferausschusses“ und traten als Bevollmächtigte gegenüber der Militärregierung, der Stadtverwaltung, der Wirtschaftskammer und den Unternehmern auf. Die Mitglieder waren sich darüber einig, dass es keine Zersplitterung der Gewerkschaften wie in der Weimarer Republik geben sollte. Sie beabsichtigten eine zentrale Organisation mit beruflichen Sparten zu gründen.<sup>96</sup> Nach der Bestätigung des Zwölferausschusses durch die einzelnen Betriebsräte fungierte dieser als vorläufig leitendes Organ der Magdeburger Gewerkschaften. Die offizielle Gründung der Magdeburger Gewerkschaft erfolgte am 11. Mai 1945. Entsprechend den Weisungen der Militärregierung wurde die Wahrnehmung bzw. Umsetzung parteipolitischer Bestrebungen verneint.

Trotzdem schätzten KPD-Mitglieder im Herbst 1945 ein: „Viele unserer besten Parteigenossen hatten nun als Gewerkschaftsfunktionäre eine legale Betätigungsmöglichkeit bekommen, welche noch stärker in Erscheinung trat, als Mitte Mai die Gewerkschaften ihr Büro in einigen Zimmern des Polizeipräsidiums eröffnen konnten.“<sup>97</sup> Die erste Betriebsrätekonferenz tagte hier, und so galt das ehemalige Polizeipräsidium als offizielle Geschäftsstelle der Gewerkschaft.<sup>98</sup>

---

und Magdeburg der SED, Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Halle-Magdeburg, 1986, S. 51.

In Gotha hingegen wurde die Zulassung der Gewerkschaftsarbeit von der amerikanischen MR bis kurz vor ihrem Abmarsch aus Thüringen hinausgezögert. Der Gothaer Oberbürgermeister brachte die Gewerkschaftsgründung bei zahlreichen Besprechungen mit den Kommandanten wiederholt zur Sprache, so am 24. Mai, am 12. Juni und am 21. Juni. Die Gothaer MR verwies auf die noch ausstehende Entscheidung übergeordneter Militärbehörden. Vgl. KrA Gotha 2A/345, Kommandanturbesprechungen.

<sup>94</sup> Vertreter der KPD waren Ernst Brandt, Jakob Draisbach, Albert Wildt, Erich Eichholz, Paul Brandt und Otto Grosse. Von der SPD kamen Paul Schrader, Otto Wolf, Ernst Brenecke, Kurt Otte, Richard Magdanz sowie Franz Bühnemann hinzu. Vgl. Matthias 1985, S. 22.

<sup>95</sup> Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 15f; Gericke 1979, S. 8.

<sup>96</sup> Landesarchiv Magdeburg – LHA-, Bezirksarchiv FDGB, Reg.-Nr. 88.

<sup>97</sup> Dieser im Herbst 1945 verfasste Bericht hob immer wieder die „herausragenden“ Leistungen der Kommunisten hervor sowie die Tatsache, dass die Kommunisten bei sämtlichen Aktivitäten die Initiative ergriffen hätten. Der Bericht kam jedoch nicht umhin festzuhalten, dass bei der Bahn, bei den Städtischen Betrieben und in den Konsum-Genossenschaften die Betriebsratswahlen sozialdemokratische Mehrheiten verzeichneten. Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 16; Gericke 1979, S. 8.

<sup>98</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73. Mitteilungen der Industriekommission, undatiert.

Der Zwölferausschuss rang der Besatzungsmacht das Zugeständnis ab, betriebliche Entlassungen und Personalveränderungen nur im Einvernehmen mit den Betriebsvertretungen vorzunehmen. In einer Bekanntmachung wurden alle bisher ausgesprochenen Kündigungen und Beurlaubungen, die ohne Bewilligung der Betriebsvertretungen ausgesprochen worden waren, für ungültig erklärt.<sup>99</sup>

Ähnlich wie 1918/19, als sich in Magdeburg ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hatte, in dessen Folge sich kurze Zeit später ein sogenannter Bürgerrat als eine Art Gegeninstitution konstituierte<sup>100</sup>, kam es im Mai 1945 zu einer Vereinigung von ca. 20 Industriellen und Betriebsleitern in der „Industriekommission“. Die Initiative zur Gründung der Industriekommission ging von der amerikanischen Militärregierung aus, die ein in Wirtschaftsfragen kompetentes, beratendes Gremium und gleichzeitig ein Pendant zur sich etablierenden Gewerkschaft benötigte.<sup>101</sup>

Die Industriekommission interessierte sich vor allem für die gesetzliche Grundlage, nach der die Magdeburger Gewerkschaft zu arbeiten beabsichtigte. Davon, ob die Gewerkschaft nach dem Arbeits-Ordnungs-Gesetz oder dem Betriebsrätegesetz arbeitete, hingen die Vollmachten bei Einstellungen und Entlassungen ab.<sup>102</sup> Vermutlich hofften die Vertreter der Industriekommission, die ebenso wenig wie die amerikanische Besatzungsmacht an spontanen Aktionen interessiert waren, dass sich der Zwölferausschuss und die daraus resultierende Gewerkschaft am relativ unternehmerfreundlichen Betriebsrats-Gesetz von 1922 orientierte.<sup>103</sup>

Somit standen sich wie während der Weimarer Republik wieder Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände gegenüber. Obwohl sich beide Institutionen darüber einig waren, dass Gegensätze zwischen den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerinteressen künftig vermieden werden sollten,

---

<sup>99</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73. Bekanntmachung der Betriebsvertretung, 12. Mai 1945.

<sup>100</sup> Vermutlich als Weiterführung des ehemaligen Bürgerrates vereinigten sich die Unternehmer des Industriestandorts während der Weimarer Republik im Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller sowie im Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für Magdeburg und Umgebung. Beide Organisationen waren gesamtdeutschen Arbeitgeberverbänden angeschlossen und wollten vor allem gemeinsame Berufsinteressen durchsetzen. Vgl. Asmus 1977, S. 260 ff.

<sup>101</sup> Gericke 1979, S. 9f. Vgl. ähnliche Maßnahmen in Leipzig bei Dorn 1973, S. 35.

<sup>102</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73. Industriekommission am 22. Mai 1945.

<sup>103</sup> Suckut 1982, S. 136.



befürwortete die Industriekommission einen zusätzlichen Schlichtungsausschuss, dem vor allem Sonderfälle übergeben werden sollten.<sup>104</sup> Dieser wurde nötig, als die Gewerkschaftsfunktionäre den Wunsch äußerten, intern mit den Vertretern der Industrie über soziale Fragen zu beraten. Der Oberbürgermeister sollte sich bei der MR für die Genehmigung eines Schlichtungsausschusses verwenden.<sup>105</sup>

In der Folge hob die Industriekommission vielmehr hervor, gemeinsam mit den Gewerkschaften Fragen des Arbeitseinsatzes, der Arbeitsbedingungen und andere „im beiderseitigen Einvernehmen auf Grundlage sachlicher Behandlung mit sozialem Verständnis und bester Möglichkeit wirtschaftlicher Gegebenheiten“ zu behandeln.<sup>106</sup>

Unter dem Vorsitz Otto Kleins, Betriebsführer des Magdeburger Manometerwerks, kam die Industriekommission zweimal monatlich zusammen. An ihren Beratungen nahmen sowohl Gewerkschaftsfunktionäre als auch Mitglieder der Stadtverwaltung teil.

Inhaltlich beschäftigte sich die Industriekommission mit den Problemen der Inflation und der Arbeitslosigkeit. Der Inflation wurde auf Anordnung der amerikanischen MR zunächst dadurch Einhalt geboten, indem die Reichsmark weiterhin als alleiniges Zahlungsmittel galt und die Preisbindungen aufrechterhalten wurden. Um die Arbeitslosigkeit und damit eventuell drohende Unruhen unter der Arbeiterschaft zu vermeiden, sollten Arbeitslose in andere Industriezweige gelenkt werden. Diesbezüglich wurde eine Zusammenarbeit zwischen der Industriekommission, der Gewerkschaft und dem Arbeitsamt angestrebt. Weitere konkrete Aufgaben umfasste die Organisation von Arbeitseinsätzen, der Straßenreinigung und Ascheabfuhr. Um Plünderungen zuvorzukommen wurden Schutzwehren gebildet.<sup>107</sup>

Nur zwei Wochen nach der Konstituierung der Industriekommission kam es zu einer Veränderung. Handelte es sich zunächst um eine Vertretung der wichtigsten Wirtschaftszweige, so gehörten dem Industrierat, wie er sich

---

<sup>104</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73. Ähnliche Aufgaben sollte vermutlich auch der „Sozialpolitische Ausschuss“ in Leipzig und der Sozialausschuss in Brandenburg ausüben. Vgl. Dorn 1973, S. 35.

<sup>105</sup> Dieser Gedanke wurde jedoch in keinen weiteren Sitzungen der Industriekommission wieder aufgegriffen, was im Zusammenhang mit einer möglichen Absage durch die Militärregierung stehen könnte.

<sup>106</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73, Mitteilungen der Industriekommission, undatiert.

<sup>107</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73, Bekanntmachung der Industriekommission vom 2. Mai 1945; Niederschrift über die Sitzung des Industrierates am 14.5.1945.

nannte, ab dem 14. Mai 1945 auch Mitglieder der städtischen Behörden und der Gewerkschaft an. Das bedeutete, dass der Industrierat zunehmend die Funktionen eines Stadtrates wahrnahm, dem die Industrievertreter, die städtischen Behörden und die Gewerkschaft zuarbeiteten, damit der Industrierat seiner Hauptaufgabe, der Beratung des Oberbürgermeisters, nachkommen konnte. Die Industriekommission als solche bestand jedoch weiter.<sup>108</sup>

Während in Dresden die Entnazifizierungskriterien von der Stadtverwaltung und in Chemnitz von den Gewerkschaften bzw. der Antifaschistischen Front erarbeitet wurden, legten sie in Magdeburg die Industriekommission und die Gewerkschaften intern fest. Beide Seiten waren sich darüber einig, „daß der Weiterbeschäftigung oder auch der Einstellung sonst nicht belasteter Parteigenossen keine Bedenken entgegenstehen“ sollten<sup>109</sup>. Ferner waren alle vorzunehmenden Entlassungen genau zu überprüfen, um erneutes Unrecht zu vermeiden.<sup>110</sup> Vor allem bei Entlassungen von Personen, die ein höheres politisches Amt bekleidet hatten, wurde auf Richtlinien der Militärregierung verwiesen. Streitpunkt bildete die Festlegung „Im Einzelfall ist das tatsächliche Verhalten der Person und ihr Wert für den Betrieb in Rücksicht zu ziehen.“<sup>111</sup> Nach Intervention der Gewerkschaft, dass damit andere Vereinbarungen außer Kraft gesetzt würden, sollte der Wert für den Betrieb zwar berücksichtigt werden, jedoch nicht ausschlaggebend sein. Grundsätzliche Einigkeit herrschte darüber, dass alle Arbeitswilligen so schnell wie möglich eingesetzt werden sollten.

Obwohl die Gewerkschaftsvertreter und die der Industriekommission in der Entlassungsfrage gemeinsame Standpunkte erarbeiteten, verwies der Leiter der Industriekommission, Direktor Dr. Klein, in der nächsten Sitzung darauf, dass die Fragen der Entlassung im Verantwortungsbereich der Geschäftsführer stünden. So versuchte er, dem Vorstoß der Betriebsvertretungen zu begegnen, die bei den Geschäftsleitungen die Entlassung bestimmter Personen forcierten,

---

<sup>108</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73, Niederschrift über die Sitzung des Industrierates am 14.5.1945.

<sup>109</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73, Industriekommission, 22. Mai, Betr. Besprechung mit der Gewerkschaft 19. Mai 1945.

<sup>110</sup> Zu entlassen waren in der nun folgenden Auflistung Denunzianten, Terroristen, parteipolitisch stark ambitionierte Personen, Parteimitglieder, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP politische und berufliche Karriere gemacht hatten bzw. vor dem 1. April 1933 in die Partei eingetreten waren sowie Personen, die Ausländer misshandelt hatten.

<sup>111</sup> Ebenda.

um „alte Rechnungen unter der Belegschaft“ zu begleichen. Zur Legitimierung ihrer Absichten verwiesen die Betriebsräte darauf, dass die „Militärregierung die Entfernung von Nationalsozialisten in gewissem Umfange vorgeschrieben“<sup>112</sup> hätte. Um derartigen Praktiken entgegenzuwirken, stellte die Industriekommission die mit der Gewerkschaft erarbeiteten Entlassungsrichtlinien in der Sitzung vom 15. Mai 1945 zur Diskussion.

Der Oberbürgermeister war ähnlich wie die Landräte im Niemandsland bemüht, die antifaschistischen Ausschüsse Magdeburgs<sup>113</sup> zu kontrollieren. So hatten im Magdeburger Stadtteil Diesdorf zehn ehemalige Sozialdemokraten, sieben Kommunisten und eine nicht mehr zu ermittelnde Zahl Parteiloser den Antifa-Ausschuss Diesdorf gebildet. Seine wichtigsten Aufgaben lagen in der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln, der Organisation von Entrümmerungs- und Aufräumungsarbeiten sowie in der Einrichtung eines Kindergartens und einer Nähstube. Der von den westlichen Besatzungstruppen eingesetzte Magistrat wollte diese spontanen Organisationen, die auch politische Forderungen anmeldeten,<sup>114</sup> unterbinden. Deshalb ordnete er Ende April 1945 an, in jedem Stadtteil einen so genannten Wirtschaftsausschuss – vermutlich analog zur Industriekommission – aufzubauen. Dieser sollte die wirtschaftlichen Belange der Einwohner vor dem Magistrat vertreten. Doch die Transformation des ursprünglichen Antifa-Ausschusses Diesdorf in einen Wirtschaftsausschuss schien nicht so ohne weiteres realisierbar. Anfang Mai sprach ein ehemaliger sozialdemokratischer Diesdorfer Stadtverordneter beim Oberbürgermeister vor, um die Genehmigung eines „Kleinen Bürgerausschusses“ zu erwirken, der (auch) wirtschaftliche Fragen sowie Fragen zur Arbeitsbeschaffung dem Magistrat vorzutragen beabsichtigte. Baer machte den Vertreter des Antifa-Ausschusses Magdeburg-Diesdorf darauf aufmerksam, dass der Bürgerausschuss nur von

---

<sup>112</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 73, Niederschrift des Industrierates am 25. Mai 1945.

<sup>113</sup> Über die Ausschüsse in den Stadtteilen liegen nur spärliche Informationen vor. Vgl. im folgenden Matthias 1985, S. 17ff. Der Autor verweist darauf, dass die in dieser Arbeit von ihm gemachten Angaben auf persönliche Befragungen des Autors basierten.

<sup>114</sup> Für das Diesdorfer Antifa-Komitee wurden keine politische Forderungen angegeben. Matthias wertete die Arbeit dieses Komitees jedoch als politische und antifaschistische Tätigkeit, die vom „reaktionär-konservativen Verwaltungsapparat“ nicht geduldet wurde, Vgl. Matthias 1985, S. 17.

der amerikanischen Militärregierung bewilligt werden könne, was aller Wahrscheinlichkeit nach erst erfolgen würde, wenn „dieser Bürgerausschuß alle Schichten der Bürgerschaft“ umfasse.<sup>115</sup>

Der Magdeburger Magistrat erweiterte, sicher mit Genehmigung der Besatzungsmacht, die Zuständigkeiten der Stadtteilausschüsse, indem er Ende Mai 1945 die Arbeit von Bürgerausschüssen gestattete. Einer Bekanntmachung vom 1. Juni 1945 war zu entnehmen: „Im hiesigen Ortsteil Diesdorf ist auf Anregung des Herrn Oberbürgermeister ein Bürgerausschuß gebildet worden. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, den Herrn Oberbürgermeister durch geeignete Vorschläge und Eingaben auf Schwierigkeiten in Wirtschaft, sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen in seiner schweren und verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen.“<sup>116</sup> Den Vorsitz in diesem Bürgerausschuss übernahm ein ehemaliger Sozialdemokrat, der bereits dem ersten Antifa-Ausschuss angehört hatte. Den übrigen Mitgliedern des ersten Ausschusses wurde kaum Verantwortung für die nachgeordneten Ressorts übertragen.

#### 4.2.1.2 Politische Aktivitäten in und um Magdeburg – der Magdeburger Volksfrontausschuss

Mit der Besetzung der Stadt wurden die im Magdeburger Gefängnis inhaftierten und z.T. zum Tode verurteilten Strafgefangenen, unter ihnen zahlreiche ehemalige Kommunisten<sup>117</sup>, befreit. Zwei ehemalige anhaltische

---

<sup>115</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O-C 20, Betr. Bürgerausschuß Magdeburg-Diesdorf, 7.5.1945.

<sup>116</sup> Matthias 1985, S. 18.

<sup>117</sup> Nach der Reichsgründung 1870/71 hatte sich Magdeburg zu einem Industriezentrum - basierend auf Maschinenbau, Kalibergbau und Metallbetrieben - entwickelt, nach dem Ersten Weltkrieg kam die chemische Industrie hinzu. Infolge der Konzentration wichtiger Industrien wurden zahlreiche Vororte eingemeindet, deren Arbeiterschaft erstmals sozialdemokratische Stadtverordnete wählte. Zu den 1919 durchgeführten Wahlen erhielten die Sozialdemokraten gemeinsam mit der USPD über 60 % der Stimmen, womit sie die Mehrheit im Stadtparlament innehatten. Bis 1931 stellte die SPD Magdeburgs den Oberbürgermeister der Stadt. Zwischen 1928 und 1931 verlor sie jedoch zu den Reichstagswahlen nahezu 20% ihrer Wählerschaft. Aufgrund der sozialdemokratischen Dominanz spielte die KPD Magdeburgs eine untergeordnete Rolle.

Auch die Gewerkschaften, wie der ADGB, und diverse Massenorganisationen, wie die Arbeiterwohlfahrt, waren sozialdemokratisch geprägt. 1924 gründeten Magdeburger Sozialdemokraten und Parteilose den Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, der sich als überparteiliche Organisation verstand und sowohl die Republik als auch deren Verfassung schützen wollte. Der Reichsbanner genoss in der Stadt großes Ansehen, zumal hier seine

Abgeordnete<sup>118</sup> sprachen nach ihrer Entlassung beim amerikanischen Kommandanten zwecks Gründung einer kommunistischen Partei vor. Die Militärregierung lehnte dieses Ansinnen als verfrüht ab.<sup>119</sup> Daraufhin sollen sich die Kommunisten mit dem Sozialdemokraten Otto Baer in Verbindung gesetzt haben, um den Neuaufbau ihrer Parteien, Fragen der Ernährung sowie über Hilfeleistungen für aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreite Häftlinge zu regeln.<sup>120</sup>

Vom politischen Betätigungsverbot zeigten sich die Magdeburger Antifaschisten kaum beeindruckt. In einzelnen Stadtteilen sollen illegale Beratungen ehemaliger Kommunisten unter der Führung der aus dem Gefängnis entlassenen Häftlinge stattgefunden haben, die für sich Führungspositionen in den weiterhin illegalen Organisationen beanspruchten und Kontakte zu verschiedenen Ortschaften im Magdeburger Umland hielten. Unmittelbar nach Kriegsende favorisierten sie den raschen Aufbau „einer starken und politisch einheitlich ausgerichteten Partei“. Ende April sollen in allen Stadtteilen Zellen mit einigen hundert Mitgliedern bestanden haben, wobei der hier zitierte Bericht unerwähnt lässt, ob er sich auf das gesamte Stadtgebiet bezog.<sup>121</sup> Am 23. Juni 1945 trafen sich ehemalige Kommunisten der Stadt und aus den umliegenden größeren Städten im Magdeburger

Bundesleitung residierte und der Magdeburger Sozialdemokrat Otto Hörsing das Amt des Oberpräsidenten innehatte. Trotz der propagierten Überparteilichkeit konnten und wollten die Kommunisten diesem Verband nicht beitreten. Sie gründeten stattdessen im Sommer desselben Jahres den Roten Frontkämpferbund (RFB) als kommunistische Wehrorganisation.

Magdeburg war also während der Weimarer Republik eine so genannte sozialdemokratische Hochburg, in der die KPD nur schwer Fuß fassen konnte. Vgl. Asmus 1977.

<sup>118</sup> Ernst Brandt (1896-1956), Schlosser, 1920 USPD/KPD, 1928-1931 Sekretär der

Bezirksleitung der KPD Magdeburg-Anhalt, 1931/33 Sekretär der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), 1932/33 Mitglied der Regierung, 1933-1945 illegale Arbeit, Zuchthaus, Konzentrationslager, 1945/46 Leiter der KPD Bezirk Magdeburg, 1946-1948

Landesvorstand der SED Sachsen-Anhalt, bis Januar 1947 Vorsitzender des Bezirksvorstands der SED Magdeburg, September 1947-Juli 1948 Sekretär des Landesvorstandes der SED

Sachsen-Anhalt, 1948-1950 Minister für Land- und Forstwirtschaft Sachsen-Anhalt, 1949/50 Mitglied der Volkskammer, Juli 1951 Verhaftung, 1952-1956 Werkleiter im VEB

Maschinenfabrik Halle. Vgl. Malycha 1996, S. 41.

Der zweite ehemalige Abgeordnete war Erich Besser.

<sup>119</sup> Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 14.

Auch in Gotha hatten die Kommunisten, unter ihnen Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, die Zulassung ihrer Partei beantragt. Die amerikanischen Besatzungsbehörden gaben zunächst ihre Zustimmung, verhafteten aber Tage später einige Leitungsmitglieder, weil sich in der kommunistischen Ortsgruppe mehr als fünf Mitglieder gleichzeitig getroffen hatten. Vgl. Raschke 1966, S. 54; Leuthold u.a. (Hg.) 1979, S. 126.

<sup>120</sup> Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 14; Geschichte der Stadt Magdeburg, a.a.O., S. 334.

<sup>121</sup> Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 14f; Geschichte der Stadt Magdeburg, a.a.O., S. 334.

Gewerkschaftsbüro. Ernst Brandt referierte zum Thema „Einheitsfront oder Einheitspartei“, wobei er sich für eine Einheitsfront mit der SPD und für einheitliche Gewerkschaften aussprach. Die in Köthen gebildete Einheitspartei lehnte er jedoch ab. Inwieweit er sich dabei auf den KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 stützte, ist nicht bekannt. Die Delegierten der Funktionärskonferenz griffen auf Organisationsstrukturen der Weimarer Zeit<sup>122</sup> zurück, deshalb ist es nahe liegend, dass sie sich an der ihnen bekannten KPD-Politik der 30er Jahre orientierten. Im Hinblick auf die Legalität wurde Brandt für das Amt des Politischen Leiters nominiert, während Erich Besser und zwei andere Kommunisten das Sekretariat vertreten sollten.<sup>123</sup>

Der designierte Organisationsleiter besuchte ab Anfang Mai nicht nur die nächstliegenden Gemeinden, sondern auch größere Städte des Regierungsbezirks Magdeburg und der Provinz Anhalt. Er instruierte die dortigen Genossen, weitere Parteigruppen im ehemaligen Zuständigkeitsbereich des KPD-Unterbezirks Magdeburg zu konstituieren<sup>124</sup>, um KPD-Gruppen nach dem Schneeballprinzip aufzubauen.

Aufgrund des politischen Betätigungsverbots konzentrierte sich die Arbeit der Magdeburger Kommunisten auf die Gewerkschaftsgruppen und die Betriebsräte. Ehemalige Kommunisten und andere Antifaschisten, die Anweisungen für ihre Arbeit in den einzelnen Kommunen benötigten, liefen deshalb hauptsächlich die Büroräume der Magdeburger Gewerkschaft an.<sup>125</sup>

Bereits in den letzten Tagen der britischen Besetzung hatten vermehrt Gründungen von KPD-Gruppen stattgefunden. Mitte Mai 1945 kehrten aus dem Konzentrationslager Buchenwald überlebende Kommunisten nach Magdeburg zurück. Sie brachten eine „Entschließung der Mitglieder des Parteiaktivs der K[ommunistischen] P[artei] Buchenwald, Bezirk Magdeburg/Anhalt“ mit, die ein 13-Punkte-Programm enthielt.<sup>126</sup> Diese Entschließung stimmte inhaltlich vollkommen mit der am 22. April in

---

<sup>122</sup> Sie legten fest, sich weiterhin in Zellen zu organisieren, Mitglieder allgemein zu registrieren und freiwillige Beiträge zu kassieren. Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 14 f.

<sup>123</sup> Vereint auf dem Weg zum Sozialismus, 1986, S. 52.

<sup>124</sup> Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 16.

<sup>125</sup> Ebenda.

Somit ist nicht auszuschließen, dass die Magdeburger Kommunisten sich einen ähnlichen Aktionsradius aufbauten, wie beispielsweise die Mitglieder der Antifaschistischen Liga in Gotha und die der Antifaschistischen Front in Chemnitz. Zur Antifaschistischen Liga in Gotha vgl. Raschke 1966, Leuthold u.a. (Hg.) 1979.

<sup>126</sup> Vereint auf dem Weg zum Sozialismus, 1986, S. 50; Buchenwald-Archiv, Sign. 77-2-5.

Buchenwald verabschiedeten „Entschließung der Delegierten-Konferenz des Parteiaktivs der KP-Buchenwald“ und der in Chemnitz praktizierten Politik der Antifaschistischen Front überein.<sup>127</sup> Da die Buchenwalder Kommunisten weder in der Magdeburger KPD noch im Volksfrontausschuss vertreten waren, ist davon auszugehen, dass sie ihren Einfluss in Magdeburg-West kaum geltend machen konnten. Dort dominierten die aus dem Magdeburger Gefängnis entlassenen Kommunisten, die zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt ihre Arbeit in der Stadt aufgenommen hatten und ebenfalls den Status „Politischer Häftling“ besaßen, sowohl den Gewerkschaftsausschuss als auch die kommunistische Ortsgruppe und den Volksfrontausschuss. Anders als in Chemnitz wurden sie von der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht nicht zur Mitarbeit in der Stadtverwaltung herangezogen.<sup>128</sup> Die SPD soll schon unter dem britischen Militärkommandanten ihre Zulassung erhalten haben, während ein entsprechender KPD-Antrag abgelehnt wurde.<sup>129</sup> Inwieweit diese Zulassung mit der Rückkehr von Häftlingen aus dem Konzentrationslager Buchenwald, unter ihnen befand sich der Sozialdemokrat Ernst Thape<sup>130</sup>, zusammenhing, war nicht zu rekonstruieren.<sup>131</sup>

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des KPD-Aufrufs in der sowjetischen Besatzungszone sprachen Ernst Brandt und Ernst Thape über die

---

<sup>127</sup> Buchenwald-Archiv, Sign. 77-2-6.

<sup>128</sup> Auch in Gotha standen die Kommunisten trotz ihrer Zulassung zunächst abseits. Weil ihnen kaum Möglichkeiten zur Mitarbeit offen standen und die Gewerkschaften nicht zugelassen wurden, gründeten sie Ende April 1945 die Antifaschistische Liga. Von Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald dazu angeregt, orientierten sich die Mitglieder der Antifaschistischen Liga an der „Entschließung der Delegiertenkonferenz des Parteiaktivs der KP-Buchenwald“. In der Folge nannte sich die Liga ab 3. Mai 1945 Antifaschistisches Komitee. War die Antifaschistische Liga bis dahin anerkannt worden, so lehnte der Kommandant die im Namen des Antifaschistischen Komitees überbrachten Forderungen nach Entlassung von NSDAP-Mitgliedern aus der Verwaltung am 4. Mai 1945 ab. Daraufhin traten die Antifaschisten wieder als Antifa-Liga an die Öffentlichkeit und konnten ihre Personalvorstellungen für die Posten des Oberbürgermeisters, seines Stellvertreters und des neuen Landrates verwirklichen. Vgl. Raschke 1966, S. 52 und S. 60.

<sup>129</sup> Asmus 1977, S. 335; Vereint auf dem Weg zum Sozialismus, 1986, S. 51.

<sup>130</sup> Ernst Thape, SPD, 1922-1933 Redakteur der „Volksstimme“ in Magdeburg, 1933-1945 illegale Arbeit, Konzentrationslager Buchenwald, Juli 1945 Vizepräsident der Provinzialverwaltung Sachsen, Dezember 1946 Minister für Volksbildung in Sachsen-Anhalt, Juli 1945 Bezirksvorstand der SPD Magdeburg, August 1945 SPD-Vorstand der Provinz Sachsen, April 1946 Landesvorstand der SED Sachsen-Anhalt, November 1948 Flucht nach Westberlin, Hannover. Vgl. Malycha 1996, S. 41.

<sup>131</sup> Thape erwähnte nur, dass die SPD in Magdeburg, lange bevor die Rote Armee die gesamte Stadt besetzte, über einen arbeitsfähigen Funktionsapparat verfügte. Thape 1969, S. 208.

Zusammenarbeit in einem Volksfrontausschuss.<sup>132</sup> Der Gedanke des Volksfrontausschusses wurde von ehemaligen Buchenwald-Häftlingen nach Magdeburg getragen, von denen Thape offenbar die größte Autorität besaß. Während einer Zusammenkunft trafen Brandt und Thape als Bevollmächtigte ihrer Parteigruppe folgende Vereinbarungen, aus denen jedoch nicht hervorgeht, ob sie den KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 kannten. Nahe liegender scheint es, dass vor allem Übereinkünfte der Buchenwalder Häftlinge um Hermann Brill, der in Thüringen nach der Befreiung des Lagers Buchenwald den Bund der Sozialisten ins Leben rief und noch im Lager gemeinsam mit anderen Sozialdemokraten, unter ihnen Thape, ein entsprechendes Programm erarbeitet hatte, als Vorlage dienten.<sup>133</sup> Bezogen auf die Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien im Volksfrontausschuss konstatierten Brandt und Thape, dass die Magdeburger Gewerkschaft aufgrund ihrer übrigen Aufgaben keine politische Arbeit leisten konnte. Im zweiten Punkt wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpartei hervorgehoben, waren sie sich doch darüber einig, dass zuerst „grundsätzliche Fragen“ hinsichtlich einer parteipolitischen Zusammenarbeit und Einheitspartei geklärt werden müssten.<sup>134</sup> Das war nicht nur für das Zusammengehen beider Arbeiterparteien erforderlich, sondern auch für die umfassende Bekämpfung der NS-Ideologie. Weiterhin schrieben Brandt und Thape ihren Anspruch auf Einflussnahme bei personalpolitischen Entscheidungen in der Verwaltung fest. Der fünfte Punkt erwähnt kurz und knapp „Die Bildung eines Antifaschistischen Komitees ist notwendig.“<sup>135</sup> Das zweite Gespräch zwischen je fünf Mitgliedern beider Parteien fand am 17. Juni 1945 statt.<sup>136</sup> Der Geschäftsordnung zufolge sollte der Volksfrontausschuss von zwei gleichberechtigten Vorsitzenden geleitet

---

<sup>132</sup> Landesarchiv Magdeburg - LHA, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 48; Vereint auf dem Weg zum Sozialismus, 1986, S. 51f; Asmus 1977, S. 344. Die DDR-Historiker schrieben die Initiative für den Volksfrontausschuss ausschließlich der Magdeburger KPD zu. Ebenso soll auf ihre Veranlassung der Beschluss gefasst worden sein, Antifa-Komitees zu bilden. Da die Namensgebung und die Zuschreibung der Aufgaben für das Antifa-Komitee analogen Gründungen in Thüringen und Halle entsprach, ist jedoch davon auszugehen, dass die Sozialdemokraten unter Thapes Leitung wichtige Vorschläge unterbreiteten.

<sup>133</sup> Zu Brill vgl. Overesch 1992; Ders. 1993.

<sup>134</sup> Vgl. auch Thape 1969, S. 211.

<sup>135</sup> Landesarchiv Magdeburg - LHA, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 48.

<sup>136</sup> Von der KPD waren Ernst Brandt, Albert Wildt, Erich Besser, Walther Bobe und Hahn anwesend. Die SPD wurde durch Ernst Thape, Otto Wolf, Walter Schrader, Gustav Schmidt und Hermann Mielius vertreten. Vgl. Malycha 1996, S. 42.



werden, die sich mit der Versammlungsleitung von Sitzung zu Sitzung abwechselten. Als Vorsitzende wurden Ernst Brandt und Ernst Thape bestimmt, über eine entsprechende Wahl der beiden ist nichts bekannt.

Im Anschluss an die Klärung organisatorischer Fragen<sup>137</sup> wurden Bildung und Aufgaben des antifaschistischen Komitees behandelt. Zuerst einigten sich die Anwesenden auf den Namen „Anti-Nazi-Komitee“, womit sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Vorschlag Thapes durchsetzte.<sup>138</sup> Dem Komitee wurden vor allem aufklärerische und erzieherische Funktionen übertragen.<sup>139</sup> Alle bisherigen Ausschüsse waren im Anti-Nazi-Komitee zusammenzufassen und deren Aktivitäten zu koordinieren, indem die bestehenden Ausschüsse dem Anti-Nazi-Komitee unterstellt wurden. Exekutivgewalt erhielt das Komitee jedoch nicht. Die Zusammensetzung dieses Komitees, ihm sollten je drei Vertreter der KPD, der SPD und drei Bürgerliche angehören, entsprach dem Volksfrontgedanken des NKFD.<sup>140</sup> Ob und wann es zur Gründung dieses Anti-Nazi-Komitees kam, war den vorliegenden Akten nicht zu entnehmen. Seine Existenz ist jedoch nicht auszuschließen, da der Bezirksvorsitzende der

---

<sup>137</sup> Es wurde festgelegt, dass zu jeder Sitzung andere Mitglieder jeder Partei delegiert werden könnten und ebenfalls entscheidungsberechtigt seien. Alle im Ausschuss getroffenen Beschlüsse sollten für beide Parteien verbindlich sein. Auswärtigen Genossen wurde die Möglichkeit eingeräumt, an den Versammlungen des Volksfrontausschusses teilzunehmen, jedoch sollte die Zahl der Zuhörer nicht die der Mitglieder überschreiten. Außerdem waren die „Zuhörer“ von jeglicher Entscheidungsfindung ausgeschlossen.

Als „Zuhörer“ wurden offenbar die Mitglieder der antifaschistischen Organisationen aus anderen anhaltischen Städten und Gemeinden erwartet. Diese Ausschüsse sollen nach Kriegsende alle Antifaschisten „ganz gleicher welcher politischen Richtung“ aufgenommen haben. In einigen Städten arbeiteten Kommunisten und Sozialdemokraten unabhängig voneinander in zwei antifaschistischen Ausschüssen. In Calbe und Köthen verzichteten ehemalige Sozialdemokraten jedoch darauf, eine eigene Partei zu gründen und traten stattdessen in die KPD ein. Die Köthener Parteigruppe nannte sich beispielsweise „Sozialistische Arbeiterpartei“ (SAP). Landesarchiv Magdeburg -LHA-, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 17; Malycha 1996, S. 44f

<sup>138</sup> In Städten, in die ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald zurückkehrten, nannten sich nahezu alle antifaschistischen Ausschüsse so, vor allem dann, wenn die ehemaligen Buchenwalder die Mehrheit in diesen Ausschüssen bildeten bzw. dann, wenn von ihnen die Initiative für die Konstituierung des Ausschusses ausgegangen war. Vgl. Thür HStA Weimar, KL Buchenwald, Nr. 45; Buchenwalder Nachrichten, Nr. 8 vom 25. April 1945; Konzentrationslager Buchenwald, Nr. 50, Bericht Georg Krauss an die BL Thüringen in Buchenwald, an die Leitung der KPD in Buchenwald vom 20. April 1945.

Ausnahmen bildeten die Antifaschistische Front Chemnitz und die Antifaschistische Liga in Gotha. Dort wurden die bereits bestehenden Namen beibehalten, zumal die ehemaligen KZ-Häftlinge erst später in diesen antifaschistischen Komitees mitarbeiteten. Die Mitglieder des Buchenwalder Volksfrontkomitees und dessen Nachfolgeorgane hatten beschlossen, dass die Namen der Antifa-Komitees beizubehalten waren, wenn die Komitees schon bestanden, bevor die Instrukteure aus Buchenwald in die Orte kamen. Vgl. Ebenda.

<sup>139</sup> Das Anti-Nazi-Komitee sollte über den Nationalsozialismus aufklären, eine öffentliche Meinung schaffen und diese „im antifaschistischen Sinne“ lenken.

<sup>140</sup> Malycha 1996, S. 42.

SPD Magdeburg in einem Schreiben an den KPD-Bezirkssekretär Brandt im September 1945 Unterausschüsse des antifaschistischen Blocks erwähnte. Ein sich an den Berliner Vorgaben orientierender Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien soll bis Juli/August in Magdeburg nicht existiert haben.<sup>141</sup> In den Gebieten der SBZ, die die sowjetische Besatzungsmacht erst im Juli 1945 besetzte, wurden die bestehenden Antifa-Ausschüsse personell in den Block antifaschistischer Parteien überführt. Auf die zentral vorgegebene Bezeichnung legten die Moskauer KPD-Funktionäre und auch die Polit-Offiziere der Besatzungsmacht, wenn alle übrigen Anweisungen eingehalten wurden, zunächst keinen Wert.<sup>142</sup>

Dem Volksfront- oder auch Zehner-Ausschuss, wie er genannt wurde, war die Einflussnahme auf die politischen Verwaltungsstellen des Bezirks Magdeburg übertragen worden, und er stellte die Ersatzvereinigung „für die noch nicht vorhandene Sozialistische Einheitspartei“ dar.<sup>143</sup> Sprachrohr des Zehner-Ausschusses war, da politische Organisationen noch immer nicht zugelassen waren, die Gewerkschaft.<sup>144</sup> Sie sollte dem Oberbürgermeister im Namen des Zehner-Ausschusses am 18. Juni 1945 ihre Vorstellungen über die Zusammensetzung der Körperschaft, die dem früheren Magistrat entsprach, unterbreiten. Danach sollten sich die acht Dezernate wie folgt gliedern: Oberbürgermeister; Bürgermeister; Stadtbaurat, Wirtschaft/Ernährung/Arbeitsamt/Statistik; Schulrat; Soziale Fürsorge und Gesundheitsamt; Wohnungsbau/ Wohnungsamt/Liegenschaften; Städtische Betriebe/ Straßenbahn/ Garten- und Friedhofsverwaltung/ Straßenreinigung.<sup>145</sup> Auch die parteipolitische Besetzung dieser Ämter hatte der Zehner-Ausschuss schon vorgenommen. Die Bürgerlichen erhielten das Amt des Oberbürgermeister und des Stadtbaurates zugewiesen, während die KPD Anspruch auf die Ämter

---

<sup>141</sup> Ebenda, S. 49.

<sup>142</sup> Vgl. Ausführungen zur Antifaschistischen Front Chemnitz. Auch in Gotha wurde die Antifaschistische Liga im August/September 1945 in den Block der Antifaschistisch-demokratischen Parteien überführt. Raschke 1966, S. 64.

<sup>143</sup> Malycha 1996, S. 42.

<sup>144</sup> Thape zufolge war Brandt beauftragt worden, Paul Schrader vom Gewerkschaftsausschuss zu beraten. Die britische Besatzungsmacht hatte Schrader ermächtigt, im Namen der Gewerkschaften mit dem Oberbürgermeister zu verhandeln. Vgl. Thape 1969, S. 210.

<sup>145</sup> Auch in Magdeburg orientierte sich die Gliederung des städtischen Magistrats in seinen Grundzügen am während der Weimarer Republik üblichen Verwaltungsaufbau. Bis auf einige Umverteilungen der Ressorts schien die Ausgliederung der Polizei aus der Zuständigkeit des Magistrats die einzige Ausnahme zu sein. Vgl. Zeitschrift für Kommunalwirtschaft, 17. Jg, Nr. 12 vom 25. Juni 1927, S. 678-688.

Soziale Fürsorge und Städtische Betriebe erhob. Die Stelle des Bürgermeister sollte, sofern diese Funktion eingerichtet würde, ein Kommunist übernehmen. Die Sozialdemokraten erhielten die Verantwortung für die Ressorts Wirtschaft und Wohnungsbau. Außerdem stand ihnen das Amt des Schulrates zu, über dessen Besetzung jedoch noch verhandelt wurde.<sup>146</sup> Diese Strukturen, die, ohne davon Kenntnis zu besitzen, den kommunalpolitischen Vorgaben der KPD-Richtlinie vom 15. April 1945 glichen, verdeutlichen, dass sich auch die „Aktivisten der ersten Stunde“ an den bekannten Organisationsstrukturen der Weimarer Zeit orientierten.

Zusätzlich zum Magistrat erwog der Zehner-Ausschusses einen „Stadt-Ausschuß“ für alle politischen Parteien mit Ausnahme der NSDAP. Dieser sollte als Stadtverordnetenversammlung fungieren, zunächst jedoch nur beratende Aufgaben wahrnehmen.<sup>147</sup> Nach den Vorstellungen der Kommunalverwaltung sollte die Körperschaft der früheren Stadtverordnetenversammlung ein Bürgerausschuss sein. Seine Zulassung und die des Anti-Nazi-Komitees mussten erst bei der Militärregierung beantragt werden, die den Stadtausschuss nicht gestattete. Der Oberbürgermeister legte bezüglich der Gründung des Anti-Nazi-Komitees fest, dass vorher alle bestehenden Komitees aufzulösen seien. Die von den Antifa-Komitees wahrgenommenen Aufgaben sollte dann das Anti-Nazi-Komitee übernehmen bzw. vom Bürgermeister noch näher bestimmt werden.<sup>148</sup>

Der Zehner-Ausschuss erfuhr vom Oberbürgermeister Magdeburgs kaum Unterstützung<sup>149</sup>, möglicherweise, weil dieser eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten verweigerte. Das äußerte sich auch in der von ihm vorgenommenen Besetzung der Stadtverwaltung, in der sich als Abteilungsleiter ein Kommunist und fünf Sozialdemokraten gegenüberstanden. Die Auswahl des kommunistischen Abteilungsleiters war ohne Rücksprache mit der Magdeburger KP getroffen worden. Brandt bestand ausdrücklich darauf, dass die Personalauswahl Parteiangelegenheit sei: „Die ganze Angelegenheit ist eine starke Belastungsprobe. Wir (die KPD – J.M.) erkennen an dieser Sache, ob das ehrliche Zusammenarbeiten möglich ist oder

---

<sup>146</sup> Malycha 1996, S. 43.

<sup>147</sup> Ebenda; vgl. Kapitel 2.2.3.

<sup>148</sup> Landesarchiv Magdeburg - LHA, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 52.

<sup>149</sup> Thape 1969, S. 210 f.

nicht. So, wie die Dinge jetzt zurecht gemacht werden, sind sie für uns untragbar. Wenn die SP[D] auf Baer nicht einen entsprechenden Einfluss ausüben kann oder will, dann müssen wir au[f] die ganze Zusammenarbeit verzichten.“<sup>150</sup> Die SPD verwahrte sich gegen die von der KPD geforderte Parteidisziplin mit der Begründung, dass Oberbürgermeister Baer für eine nicht gewählte Körperschaft verantwortlich und nicht von der SPD, sondern von der Besatzungsmacht eingesetzt war. Aus Personalfragen sollten keine „Kardinalfragen“ erwachsen, stattdessen stünden die anwesenden Vertreter der SPD nach wie vor zu den am 17. Juni getroffenen Vereinbarungen. Die Besprechung endete mit der Zusage der SPD, sich beim Oberbürgermeister für die Personalplanungen der KPD zu verwenden.

#### 4.2.1.3 Resümee

Die mit den Besetzungsaufgaben betrauten Alliierten sahen es in beiden Stadtteilen<sup>151</sup> als eine der wichtigsten Aufgaben an, die Stadtverwaltung personell neu zu besetzen. In den westlichen Stadtteilen, die zunächst von den Amerikanern und dann von den Briten verwaltet wurden, kam es zu ähnlichen Maßnahmen wie in den ursprünglich von der Roten Armee besetzten deutschen Städten: Jeder neu eingesetzte Kommandant überprüfte die Person des Oberbürgermeisters oder Bürgermeisters einer Stadt und ersetzte ihn gegebenenfalls.<sup>152</sup>

Für beide Stadtteile galt, obwohl sie von verschiedenen alliierten Truppenteilen besetzt wurden, unmittelbar nach Kriegsende ein politisches Betätigungsverbot.

---

<sup>150</sup> Landesarchiv Magdeburg - LHA, KPD-Unterbezirk Magdeburg I/2, Blatt 52.

<sup>151</sup> Über den Beginn der sowjetischen Besetzung in der „Oststadt“ ist kaum etwas bekannt. Der sowjetische Stadtkommandant, vermutlich ein Offizier der 1. Belorussischen Front, hatte, ähnlich wie viele andere Stadtkommandanten der Provinz Brandenburg und Sachsens das Amt des Bürgermeisters kommissarisch in die Hände eines Parteiloosen gelegt. Ebenfalls dem sowjetischen Organisationsmuster für die deutschen Auftragsverwaltungen entsprach die personelle Besetzung des Stellvertretenden Bürgermeisters, der Mitglied der KPD und Leiter der Hilfspolizei war. Die übrigen Dezernate der Bezirksverwaltung wurden an weitere Antifaschisten verteilt, über deren frühere Parteizugehörigkeit nichts bekannt ist. Offenbar waren die Antifaschisten der „Oststadt“ genauso wie die der „Weststadt“ nur lose organisiert und hatten dem Kommandanten möglicherweise ihre Mitarbeit angeboten.

Vgl. Landesarchiv Magdeburg, LHA, Rep. K3, Mdi PA Nr. B 330, Bd.1: Asmus 1977, S. 336.

<sup>152</sup> Jens Fügner konstatierte den häufigen Wechsel der amerikanischen Besatzungstruppen am Beispiel der Stadt Jena. Vgl. Fügner 2000, S. 36.

In den westlichen Stadtteilen Magdeburgs tolerierten die amerikanische und dann die britische Militärregierung antifaschistische Aktivitäten zunächst nur in Form der Gewerkschaftsarbeit. Sie verlangten jedoch, dass eine Gegeninstitution - die Industriekommission - ihre Arbeit aufnahm, die allmählich den noch nicht berufenen Magistrat ersetzte und für öffentliche Sicherheit sorgte. Auch der Oberbürgermeister hatte aus verwaltungspraktischen Gründen kein Interesse an spontanen Antifa-Aktivitäten und ließ die sich in den Stadtteilen konstituierenden Antifa-Komitees auflösen und statt ihrer Bürgerausschüsse einrichten.

Die Magdeburger Antifa-Bewegung erhielt, ähnlich wie es bei der Antifaschistischen Front Chemnitz zu beobachten war, nach der Rückkehr zahlreicher ehemaliger KZ-Häftlinge, Anfang Juni 1945, neuen Auftrieb. So gründeten sich ein Volksfrontausschuss und ein Anti-Nazi-Komitee, in denen vermutlich dieselben Mitglieder tätig waren. Das Anti-Nazi-Komitee, das erziehend und aufklärend zu wirken beabsichtigte, wurde sowohl von der Stadtverwaltung als auch von den Alliierten akzeptiert. Zu seinen ersten Aufgaben gehörte die Kontrolle der lokalen Antifa-Gruppen, die von den Bürgerausschüssen des Oberbürgermeisters nicht erfasst waren. Die Vorstöße der Antifa, den Magistrat offiziell zu besetzen, so die Macht der Industriekommission einschränkend, wurden zu einer Zeit unternommen, als für die Briten kein unmittelbarer Handlungsbedarf mehr bestand, da ihre Besatzung endete. Der Magdeburger Oberbürgermeister tolerierte diese Vorschläge nur, solange sie nicht seine Entscheidungsbefugnis einschränkten.

Aufgrund der Aktenlage und der DDR-Historiographie zu Magdeburg entsteht der Eindruck, dass die alliierten Besatzungstruppen unterschiedliche Schwerpunkte in der Bewältigung des Kriegsendes setzten. Während die westlichen Besatzungstruppen ihr Hauptaugenmerk auf eine funktionierende Wirtschaft richteten, die die Industriekommission und später der Industrierat ankurbeln sollten, standen im sowjetisch besetzten Teil der Stadt vor allem Maßnahmen auf der Tagesordnung, die für die Gesamtbevölkerung sofort spürbar waren, wie die Einrichtung von Kindergärten und Schulen, die Wiedereröffnung eines Theaters sowie die Trümmerbeseitigung.<sup>153</sup> Somit scheinen in der Weststadt wirtschaftliche Maßnahmen und in der Oststadt

---

<sup>153</sup> Vgl. Asmus 1977, S. 331 ff.

kulturelle, bildungs- und ordnungspolitische Maßnahmen Priorität genossen zu haben. Dieser Eindruck konnte aufgrund der ungenügenden Aktenlage nicht überprüft werden. Doch es soll nicht ausgeschlossen werden, dass die DDR-Historiker die oben erwähnten Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht bewusst in den Mittelpunkt stellten, um die Abgrenzung zu den Westalliierten zu unterstreichen.

#### 4.2.2 Magdeburg nach dem Besatzungswechsel

##### 4.2.2.1 „Verordnung über die Ausübung der öffentlichen Gewalt im Gebiet der Provinz Sachsen“ vom 25. August 1945

Am 1. Juli 1945 erfolgte entsprechend den Jaltaer Verträgen der Besatzungswechsel: Die Briten räumten die Westteile der Stadt und die Rote Armee übernahm die Besatzungsaufgaben für ganz Magdeburg.

Die von den Amerikanern und Briten eingesetzte Stadtverwaltung blieb bis auf wenige Ausnahmen im Amt. Otto Baer wurde als Oberbürgermeister bestätigt, am 11. Juli 1945 ernannte ihn Major Gussew zusätzlich zum Präsidenten des Bezirkes Magdeburg.<sup>154</sup> Sein Stellvertreter wurde der Kommunist Walter Kaßner<sup>155</sup>, vermutlich ein ehemaliger politischer Häftling oder ein Mitglied des NKFD. So gelang der sowjetischen Besatzungsmacht, Kontinuität in der Verwaltung und der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Gleichzeitig wurden eigene Vorgaben erfüllt: Ein Kommunist, der die offizielle Politik der Exil-KPD vertrat, erhielt das Personalamt. Diese Entscheidung wurde schon vor dem Besatzungswechsel vom Zehner-Ausschuss angestrebt, Friktionen gab es kaum.

Der im Westteil der Stadt bestehenden Verwaltung oblag es, die in den östlichen Stadtteilen notdürftig eingerichteten Bezirksbürgermeistereien in

<sup>154</sup> Die sowjetische Kommandantur orientierte sich offensichtlich an den von den Amerikanern getroffenen Entscheidungen. Diese Ernennung wurde notwendig, weil der bisherige preußische Regierungsbezirk Magdeburg in dieser Form zwar nicht mehr bestand, es jedoch auch noch keine Neuregelungen gab. Über das Aufgabengebiet dieses Amtes ist nichts bekannt. Vgl. StA Magdeburg, Kartei Oberbürgermeister; Vgl. Benz 1999, S. 418 ff.

<sup>155</sup> Walter Kaßner war während der Weimarer Republik Mitglied der Bezirksleitung der KPD Magdeburg-Anhalt, 1926 Vorsitzender des Einheitsfrontkomitees und Gauleiter des RFB Magdeburg, spätestens 1932 Bekanntschaft mit Wilhelm Pieck auf einer Kundgebung. Vgl. Asmus 1977, S. 284 und S. 292.

ihre Strukturen einzufügen. Deshalb verwies der Oberbürgermeister am 30. Juli 1945 in einer Dezernatsbesprechung darauf, ohne die dafür notwendigen Modalitäten zu klären, dass die noch immer tätigen Bezirksbürgermeistereien übernommen bzw. aufgelöst würden. Doch die Übernahme bzw. Integration dieser Ämter zog sich wie schon zuvor die der Bürgerinitiativen in der „Weststadt“ hin.

War es im Juli 1945 noch ein stadtinternes Anliegen, die Bezirksbürgermeistereien der Oststadt, über deren Befugnisse keine Aussagen gemacht werden können, aufzulösen, konnte sich Baer einen Monat später auf ein Schreiben der Provinzialverwaltung Sachsen stützen. Von übergeordneter Behörde legitimiert, unterstrich er am 30. August vor den Dezernenten noch einmal, dass illegale „Behörden und Einrichtungen, die örtlich entstanden sind, (...) als solche nicht bestehen bleiben“ dürfen.<sup>156</sup>

Die Provinzialverwaltung Sachsen hatte am 24. August 1945 die „Verordnung über die Ausübung der öffentlichen Gewalt im Gebiet der Provinz Sachsen“ erlassen.<sup>157</sup> Darin wurde die Arbeit der „energischen Persönlichkeiten antifaschistischer Gruppen“, die „aus eigener Initiative die verwaisten Verwaltungen übernommen (hatten), um einen völligen Zusammenbruch aller Ordnung und vor allem der Ernährungswirtschaft zu verhüten“, als neutrales Faktum konstatiert. Jedoch war es für „das Wohl der Bevölkerung (...) unbedingt nötig“, „Amtspersonen aller Art“ ab- und auf Vorschlag der antifaschistischen Parteien und im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht neu einzusetzen. Um künftig eine einheitliche Verwaltung zu gewährleisten, wurde das Ernennungsrecht wieder in die Hände der zivilen Provinzial- und Bezirksverwaltung gelegt.<sup>158</sup> Den Landräten wurde das Vorschlagsrecht bei der Bestellung von Bürgermeistern zwar eingeräumt, die entsprechende Ernennung jedoch blieb dem Präsidenten vorbehalten. Der Einsatz von Abteilungsleitern in der Verwaltung sollte im Einvernehmen zwischen den lokalen Block-Ausschüssen und den Kommandanten erfolgen.<sup>159</sup> Ob die Provinzialregierung in dieser Entscheidung auf entsprechende Vorschläge der

---

<sup>156</sup> StA Magdeburg, Rep. 18.4, Ra2, Dezernenten-Besprechungen.

<sup>157</sup> Ebenda.

<sup>158</sup> Die Verordnung schrieb gleichzeitig fest, dass Landräte und Oberbürgermeister aus diesem Grund zukünftig ausschließlich vom Präsidenten der Provinzialregierung ab- und eingesetzt würden.

<sup>159</sup> Ebenda.

Exil-KPD reagierte oder die Integration der Antifa von sich aus anordnete, konnte nicht rekonstruiert werden.<sup>160</sup> Jedoch dürfte die Auflösung der Antifa durchaus auch eigenen Interessen des Machterhalts und der Sorge um die öffentliche Ruhe und Ordnung geschuldet gewesen sein, denn an einer nur schwer kontrollierbaren Doppelmacht in den Städten war auch der Provinzialregierung nicht gelegen.

Baer interpretierte diese Verordnung so, dass den Antifa-Ausschüssen nach Standpunkt der Provinzialregierung auch *dann* keine verwaltungsmäßigen Befugnisse zustünden, wenn ihnen dieses Recht zuvor von den örtlichen Militärkommandanten eingeräumt worden war. Die Antifa-Ausschüsse waren aufzulösen und ihr Personal bei entsprechender Eignung in die regulären Verwaltungen zu integrieren. War sich Baer einen Monat zuvor noch nicht im Klaren darüber, was mit dem Antifa-Personal geschehen sollte, übernahm er nun die Position der Provinzialregierung. Der Magdeburger Oberbürgermeister forderte seine Dezenten zur Wachsamkeit darüber auf, „dass die bestehenden Ausschüsse im Rahmen ihres Auftrags bleiben und nicht in die Befugnisse der Stadtverwaltung eingreifen.“<sup>161</sup> Außerdem verwies er auf die Möglichkeiten zur Mitarbeit in den Verwaltungsausschüssen, die die Mitglieder der antifaschistisch-demokratischen Parteien als Repräsentanten des Volkes hätten.

Für die Industriekommission galt die genannte Verordnung vom 24. August 1945 nicht, weil sie keine Organisationsform der Antifa darstellte. Nach der Übernahme der gesamten Stadt durch die sowjetische Besatzungsmacht bestand sie zunächst weiter, obwohl innerhalb der Stadtverwaltung die

---

<sup>160</sup> Es sei aber darauf verwiesen, dass es dem Liberaldemokraten Erhard Hübener als Präsident der neu gebildeten Provinz Sachsen gelang, seinen Einfluss auf den Aufbau der Verwaltungen zu behalten, während in anderen Ländern der SBZ die Präsidenten diese Machtposition an die von der KPD eingesetzten Ersten Vizepräsidenten abgeben mussten. Das hing möglicherweise damit zusammen, dass die Provinz Sachsen aus der bisherigen preußischen Provinz Sachsen mit den Regierungsbezirken Halle-Merseburg und Magdeburg und dem bisherigen Land Anhalt hervorging und somit im Gegensatz zu den anderen Ländern der SBZ etwas Neues darstellte. Des Weiteren waren in der Provinzialregierung nur wenige Remigranten aus der Sowjetunion eingesetzt, stattdessen übernahmen Liberale wie Erhard Hübener und Professor Hülse und ehemalige Häftlinge von Konzentrationslagern wie Robert Siewert und Ernst Thape die Regierungsgeschäfte. Hübener war bereits von den Amerikanern mit der Bildung einer Verwaltung für die preußische Provinz Sachsen beauftragt worden, war er doch zwischen 1924 und 1933 deren Landeshauptmann.

Außerdem muss erwähnt werden, dass die Provinzialregierung von Sachsen-Anhalt nicht wie beispielsweise die Landesregierungen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern auf gemeinsame Erfahrungen in der Arbeit innerhalb einer Stadtverwaltung zurückblicken konnte. Vgl. zur Regierungsbildung Thape 1969, S. 225 ff; Benz 1999, S. 418ff.

<sup>161</sup> StA Magdeburg, Rep. 18.4, Ra2, Dezenten-Besprechungen.



Abteilung Handel, Handwerk und Gewerbe eingerichtet wurde. Die Mitglieder der Industriekommission arbeiteten deshalb in verschiedenen Arbeitskreisen, z.B. in der Arbeitsgruppe „Magdeburger Versorgungsbetriebe“ oder „Metallindustrie“ der städtischen Wirtschaftsabteilung mit<sup>162</sup>, um dem Kommandanten ihre Bereitschaft zur Mitwirkung am Wiederaufbau zu signalisieren. Ferner erhofften sie davon eine Belebung der Magdeburger Industrie. Deshalb beschlossen sie, indem sie ein Papier zur reibungslosen Ingangsetzung und Effektivität der Wirtschaft<sup>163</sup> beim Oberbürgermeister einreichten, sich dem Kommandanten als eigenständige Organisation vorzustellen. Die Besatzungsmacht ignorierte jedoch das Angebot der Industriekommission, was darauf zurückzuführen ist, dass die Industriekommission von den westlichen Alliierten ins Leben gerufen worden war bzw. weil sie dem Angebot der lokalen Industrie misstrauten.

Die sowjetische Besatzungsmacht und die Stadtverwaltung brauchten trotzdem eine Körperschaft, die wirtschaftlichen Fragen nachging. Zwei Monate nach der Besatzungsübernahme, am 1. September, teilte der Oberbürgermeister dem Vorsitzenden der Industriekommission deshalb mit: „Die Abteilung der Wirtschaftskammer Magdeburg hat sich in ihrer Besetzung mit den Obleuten der einzelnen Industriezweige nunmehr endgültig konstituiert. Aus diesem Grunde müssen die Aufgaben, die für eine Übergangszeit von der Industrie-Kommission übernommen worden waren, im Interesse einer einheitlichen Planung und Lenkung in die genannte Körperschaft der Wirtschaftskammer Magdeburg überführt werden.“<sup>164</sup> Gleichzeitig bat Baer den Vorsitzenden der Industriekommission, die Auflösung den übrigen Mitgliedern mitzuteilen und dankte ihm für die bisher geleistete Tätigkeit.

---

<sup>162</sup> StA Magdeburg, Rep. 41, O.C 73.

<sup>163</sup> In diesem Schreiben forderte die Kommission u.a. eine einheitliche Durchführung sämtlicher behördlicher Bestimmungen, die von der Besatzungsmacht und der Provinzialregierung erlassen werden, die Sicherheit der Person und des Eigentums, die eine einzurichtende deutsche Polizei gewährleisten sollte, die Herausgabe einer Zeitung für öffentliche Bekanntmachungen mit einem Anzeigenteil, ferner die Wiederaufnahme des Post- und Reiseverkehrs, die ausreichende Belieferung mit Wasser, Strom und Gas, im Notfall auch unter Zurückstellung der Versorgung der Zivilbevölkerung. Außerdem wurden Rohstoffe und Fertigerzeugnisse, Maschinen und vor allem Geldmittel benötigt, um die zerstörte Magdeburger Wirtschaft wiederzubeleben. Abschließend begrüßte die Industriekommission das Interesse der Besatzungsmacht am Wiederaufbau der Fabrik der Braunkohle-Benzin-Aktiengesellschaft (Brabag). Vgl. StA Magdeburg, Rep. 41, O.C 73, Industriekommission an Oberbürgermeister Baer am 15.Juli 1945.

<sup>164</sup> Vgl. hierzu und im Folgenden StA Magdeburg, Rep. 41, O.C 73.

Direktor Dr. Klein unterrichtete am 5. September 1945 als Vorsitzender die Mitglieder der Industriekommission davon, dass die Kommission aufgrund des Schreibens des Oberbürgermeister ihre Tätigkeit einstellt. Er dankte für die Mitarbeit und verwendete sich gleichzeitig dafür, die Arbeit der Wirtschaftskammer künftig zu unterstützen.<sup>165</sup>

#### 4.2.2.2 KPD und SPD

Kommunisten und Sozialdemokraten der Magdeburger Weststadt hatten zwar unmittelbar nach dem Besatzungswechsel Anträge auf die Zulassung ihrer Parteien gestellt, doch eine Bewilligung erfolgte erst 14 Tage später.<sup>166</sup> In diesem Zeitraum fand erstmals eine Art politische Überprüfung statt<sup>167</sup>, die Bernhard Koenen<sup>168</sup> als Vertreter des ZK der KPD durchführte. Dabei handelte es sich sowohl um eine Überprüfung als auch um eine der üblichen und aus Dresden oder Chemnitz bereits bekannten Instruktionen durch die offizielle KPD. Der bereits erwähnte KPD-Bericht vom Herbst 1945 vermerkte, wenn auch im Duktus der Einsicht in die Notwendigkeit: „Die politische Vertrauenswürdigkeit der führenden Genossen unseres Bezirkes mußte erst durch einen Vertreter des Zentralkomitees der Roten Armee gegenüber zum Ausdruck gebracht werden. Dies geschah, als wenige Tage nach Abschluß der Truppenbewegungen bereits die Verhandlungen für die Schaffung der Provinz- und gleich darauf der Bezirksverwaltungen begannen, durch den Genossen Koenen.“<sup>169</sup>

Wie in den anderen Ländern und Provinzen der SBZ berief Koenen Mitte Juli in Köthen eine Bezirksparteikonferenz für den Bezirk Magdeburg ein. Diese war zwar kurzfristig anberaumt worden, doch „die wichtigsten Orte (waren)

---

<sup>165</sup> Ebenda, An die Mitglieder der Industriekommission, Magdeburg 5.9.1945.

<sup>166</sup> LHA Magdeburg, Landeshauptarchiv, KPD-Unterbezirk I/2, Blatt 18.

<sup>167</sup> Nach welchem Modus diese Überprüfung durchgeführt wurde, war nicht zu ermitteln.

<sup>168</sup> Bernhard Koenen (1889-1964) Maschinenschlosser, 1906 DMV, 1907 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD, Leunaer Arbeiterrat, 1921-1933 Redakteur der KPD-Zeitung „Klassenkampf“, Sekretär der KPD-BL Halle-Merseburg, Stadtverordneter von Merseburg, Märzrevolution in Mitteldeutschland, 1922-1933 Landtag der Provinz Sachsen, 1924-1929 Preußischer Staatsrat, Mai 1933 Emigration in die Sowjetunion, Mitglied des EK der MOPR, Teilnahme am VII. Weltkongress der Komintern, 1937 und 1939 NKWD-Haft, 1941-1945 Deutscher Volkssender, NKFD, Lehrer für Antifa-Kurse, 1943 Mitglied des ZK der KPD

Juni 1945 1. Sekretär der KPD-BL Sachsen-Anhalt, Müller-Enbergs 2000, S. 449.

<sup>169</sup> LHA Magdeburg, Landeshauptarchiv, KPD-Unterbezirk I/2, Blatt 18.

hier vertreten.<sup>170</sup> Der aus der Hauptstadt kommende Instrukteur der Exil-KPD teilte den Versammelten inhaltlich das mit, was die Magdeburger Genossen bereits einige Tage zuvor erfahren hatten. Die wichtigste Feststellung war; „daß es nämlich keinen selbständigen Parteibezirk Magdeburg-Anhalt mehr gibt.“ Stattdessen existierte nur noch ein Parteibezirk der Provinz Sachsen, dessen Bezirksleitung in Halle saß. In Auswertung der „Köthener Konferenz“ hielten die Kommunisten in den darauffolgenden Wochen in allen Unterbezirken entsprechende Kreiskonferenzen ab, um die Basis über die Veränderungen zu informieren.<sup>171</sup>

Dass diese Tagung ausgerechnet in Köthen stattfand, hing mit der Arbeitsweise der aus Moskau remigrierten KPD-Instrukteure bzw. der in ihren Dienst gestellten Lokalkommunisten zusammen, derartige Konferenzen immer in parteipolitisch schwierigen Städten, d.h. in Städten, in denen Parteimitglieder mit separaten Bestrebungen auftraten bzw. sektiererische Ansichten äußerten, zu organisieren. Es wurde bereits erwähnt, dass sich in Köthen eine sogenannte Sozialistische Arbeiterpartei(SAP) gegründet hatte, deren ehemalige kommunistische und sozialdemokratische Mitglieder sich für die sofortige Konstituierung einer Einheitspartei ausgesprochen hatten.<sup>172</sup> Um dem Anliegen der Exil-KPD Nachdruck zu verleihen und die Köthener Genossen von der Fehlerhaftigkeit ihres Entschlusses zu überzeugen, wurden kurzerhand Delegierte aller KPD-Ortsgruppen des Magdeburger Umlandes in die Stadt eingeladen.<sup>173</sup>

Hatten sich vor allem Magdeburger Sozialdemokraten unmittelbar nach Kriegsende für eine Zusammenarbeit mit der KPD ausgesprochen, so kritisierten sie in den Folgemonaten vor allem die Nichteinhaltung der im Zehner-Ausschuss vereinbarten paritätischen Ämterverteilung. Immer wieder monierte die SPD, dass Bürgermeister einzelner Städte und Gemeinden ohne

---

<sup>170</sup> Ebenda, Blatt 19.

<sup>171</sup> Ebenda.

<sup>172</sup> Ebenda, S. 17; Vgl. Malycha 1996, S.44/45. Hier ist ein „Bericht über die Gründung von KPD und SPD in Köthen in den Monaten April, Mai, Juni und Juli 1945“ abgedruckt. Diesem ist zu entnehmen, dass sich die SAP zunächst unter den Bedingungen der Illegalität gründete und vorwiegend sozialdemokratisch dominiert war. Nach Abzug der amerikanischen Truppen und dem Bekanntwerden des KPD-Aufrufes vom 11.Juni 1945 sollen ehemalige Kommunisten am 14.7.1945 versucht haben, die SAP in eine Ortsgruppe der KPD zu transformieren. Als Reaktion darauf gründeten die überrumpelten Sozialdemokraten drei Tage später eine SPD-Ortsgruppe Köthen.

<sup>173</sup> Ähnliche Veranstaltungen fanden auch in Dippoldiswalde und Schmiedeberg statt. Vgl. Kapitel 4.2.3.

entsprechende Rückfrage durch Kommunisten be- und auch ersetzt würden.<sup>174</sup> Die Sozialdemokraten hofften, dass sich diese u.ä. Fragen im Zehner-Ausschuss beider Parteien klären ließen, da dieser die gemeinsame Arbeit und Entscheidungsfindung postuliert hatte. Die Akten jedoch erwecken den Eindruck, dass sich die neue Magdeburger KPD den Berliner Vorgaben beugte und sich nicht mehr an die im Volksfrontausschuss vom Juni 1945 festgelegte Zusammenarbeit gebunden fühlte. Vielmehr schien dieser Zehner-Ausschuss allmählich zu dem auch in anderen Städten üblichen Aktionsausschuss von KPD und SPD zu mutieren, der die Fragen der Vereinigung beider Arbeiterparteien vorbereitend klären sollte. Diese Tendenz wurde noch dadurch verstärkt, dass die Magdeburger Sozialdemokraten ab September ihre Parteiveranstaltungen und Funktionärssitzungen „zwecks Kontrolle“ bei der KPD anmelden sollten.<sup>175</sup> Die KPD hatte diese Forderung mit dem Hinweis begründet, „sie seien den russischen Militärbehörden für die antifaschistische Ausrichtung der Bevölkerung verantwortlich“. Ferner warfen die Magdeburger Kommunisten den Sozialdemokraten nun vor, „vor 1933 zur Genüge bewiesen zu habe(n), daß wir (die SPD –J.M.) keine Antifaschisten seien und nur sie ihren Antifaschismus unter Beweis gestellt hätten.“<sup>176</sup> Trotz anfänglich guter Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien traten schon bald nach der Übernahme der Besatzung durch die Rote Armee die alten Differenzen zwischen ihnen wieder hervor. Das könnte zum einen damit zusammenhängen, dass die Lokalpolitiker der KPD, die eine Zusammenarbeit mit der SPD befürworteten, in anderen Positionen ihrer Partei eingesetzt wurden, und auch an einer Zusammenarbeit mit der KPD interessierte Sozialdemokraten wie Ernst Thape nach dem Besatzungswechsel überregionale Funktionen wahrnahmen. Zum anderen wurde, wie bereits erwähnt, schon in der zweiten Sitzung des Volksfrontausschusses hinsichtlich der Berufung des Verwaltungspersonals deutlich, dass die KPD die seit 1918 traditionell stärkere Sozialdemokratie fürchtete und nicht gewillt war, sich ihr unterzuordnen.

---

<sup>174</sup> Malycha 1996, S. 48f.

<sup>175</sup> Vgl. „Bericht des Bezirksvorstandes der SPD Magdeburg an den Zentralkomitee der SPD über das Verhältnis zur Kommunistischen Partei vom 15. September 1945“, abgedruckt in Malycha 1996, S. 50.

<sup>176</sup> Ebenda.

Die Magdeburger Gewerkschaft musste ebenfalls auf die zentralen Vorgaben der Gewerkschaftsarbeit orientiert werden. Dies übernahm kein Geringerer als Hermann Matern, der 1927 Gewerkschaftssekretär und zwischen 1928 und 1931 Politischer Sekretär der Bezirksleitung der KPD Magdeburg-Anhalt gewesen war.<sup>177</sup> Der aus Burg stammende Matern sprach am 1. September 1945 vor den Magdeburger Betriebsräten. Das Hauptproblem schienen in Magdeburg diejenigen Gewerkschaftsmitglieder zu sein, „die in ihrem Denken bei 1932 stehen geblieben sind, die möchten dort wieder anknüpfen und fortsetzen, wo damals aufgehört wurde ... Wir müssen alle umlernen und insbesondere die Menschen, die zwölf Jahre lang von der geschichtlichen Entwicklung abgeschnitten waren.“<sup>178</sup> Die Mitglieder der Arbeiterparteien sollten sich in erster Linie für die Einheit der Arbeiter und somit für „den demokratischen Staat unter Führung der Arbeiterklasse“ einsetzen.

#### 4.2.2.3 Resümee

Mit der Übernahme der Besatzungsgeschäfte für ganz Magdeburg durch die Rote Armee begannen nur allmähliche Veränderungen. Um der Bevölkerung Kontinuität und Sicherheit zu vermitteln, blieb die Stadtverwaltung personell weitgehend bestehen. Auf die Realisierung eigener Vorgaben, wie die Besetzung des Stellvertretenden Bürgermeisters mit einem Kommunisten, musste aufgrund der zuvor im Magdeburger Zehner-Ausschuss getroffenen Vereinbarung nicht verzichtet werden.

Während, wie an den Beispielen in Brandenburg und Sachsen gezeigt, die Auflösung der Antifa sowohl von der sowjetischen Besatzungsmacht als auch von den Vertretern der Exil-KPD vorangetrieben wurde, mussten sie sich nach dem Besatzungswechsel im Juli 1945 darum nicht mehr offiziell kümmern, weil auch untergeordnete deutsche Behörden, die nach dem 1. Juli 1945 eingesetzt wurden, daran interessiert waren. So sprach sich nicht mehr nur der Magdeburger Oberbürgermeister gegen die Antifa aus. Ab Mitte August 1945 erhielt er darin durch die erwähnte Verordnung der Provinzialregierung Sachsens Unterstützung.

---

<sup>177</sup> Asmus 1977, S. 284 f sowie S. 344.

<sup>178</sup> Ebenda, S. 344.

Obwohl einige Mitglieder der Industriekommission in den Arbeitsausschüssen der Stadtverwaltung mitarbeiteten, wurde ihre Körperschaft als solche von der Besatzungsmacht weitgehend ignoriert. Die sowjetische Kommandantur fürchtete eine zu starke Interessenäußerung der Unternehmer, weshalb sie im September 1945 eine eigene „Wirtschaftskammer“ ins Leben rief, die die Industriekommission offiziell ablöste. Die Wiedereinsetzung der Wirtschaftskammer durch die sowjetische Besatzungsmacht war offenbar als Integrationsangebot an die Industrie gerichtet.

Das sich in den Parteien sammelnde Antifa-Potential wurde nach der Besatzungsübernahme durch eine allgemeine Überprüfung und Instruierung mit der offiziellen KPD-Linie neutralisiert. Das Anti-Nazi-Komitee und die lokal sehr starke Gewerkschaft verloren mit dem Aufbau der Parteien und der zentralen Gewerkschaft zunehmend an Eigenständigkeit. Auch wenn sich keine konkreten Hinweise dafür fanden, ob das Anti-Nazi-Komitee in den Block demokratischer Parteien übergang, kann dies nicht ausgeschlossen werden.<sup>179</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD, die in den ersten Nachkriegsmonaten relativ gut funktioniert hatte, gestaltete sich nach dem Besatzungswechsel zunehmend schwieriger, was zum einen damit zusammenhing, dass die Protagonisten der Zusammenarbeit andere, z.T. überregionale Funktionen übernahmen und sich zum anderen die SPD immer öfter bei der Ämterbesetzung von den Kommunisten übergangen fühlte.

---

<sup>179</sup> Belegbar sind derartige Überführungen für die Antifaschistische Front Chemnitz und die Antifaschistische Liga Gothas.

## 5 Gruppe Sobottka

### 5.1 Die Gruppe Sobottka und die sowjetische Besatzungsmacht in Mecklenburg-Vorpommern

#### 5.1.1 Die Arbeit der Exil-KPD

Gustav Sobottka<sup>1</sup> war der Leiter der dritten KPD-Gruppe, die aus dem sowjetischen Exil kommend, die Rote Armee unterstützen sollte. Im Vergleich zu den Gruppen Ulbrichts und Ackermanns, die bereits seit Ende April/Anfang Mai in Deutschland waren, begann diese Gruppe ihre Tätigkeit bei der 2. Belorussischen Armee erst am 6. Mai 1945. Vor ihrem Abflug nach Stettin sollen Georgi Dimitroff und Wilhelm Pieck die Gruppe, der Karl Raab, Bruno Schramm, Rudolf Herrnstadt, Willi Bredel, Gottfried Grünberg, Herbert Hentschke, Anton Switalla, Oskar Stephan und Georg Kahmann angehörten, noch einmal über ihre Aufgaben instruiert haben.<sup>2</sup> Einen Tag nach Ankunft in ihrem ersten Arbeitsquartier empfing der Leiter der Politabteilung der 7. Abteilung der Roten Armee die Gruppe zu einer erneuten Schulung. Über die inhaltlichen Schwerpunkte der Unterweisung kann nur gemutmaßt werden, dass es sich um die KPD-Richtlinie vom 5. April 1945 und um die Verordnungen für die Truppen der Roten Armee handelte. Infolge neuer Kampfhandlungen verzögerte sich die Fertigstellung der Dokumente, die die Mitglieder der Sobottka-Gruppe berechtigten, sich innerhalb des sowjetisch besetzten Gebietes Deutschlands frei zu bewegen. Fünf Instrukteure<sup>3</sup> begannen ihre Tätigkeit ab dem 12. Mai 1945 in den jeweiligen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns.<sup>4</sup> Karl Raab wurde beauftragt, die Herausgabe einer deutschen

---

<sup>1</sup> Gustav Sobottka (1886-1953); 1909 Mitglied des Bergarbeiterverbandes, 1910 SPD, 1918 USPD, 1921-1932 Abgeordneter der KPD im preußischen Landtag, internationale Gewerkschaftsarbeit, 1933 Emigration nach Frankreich, 1935 Moskau, Journalist und Lehrer in Kriegsgefangenenlagern, 1943 Mitglied des NKFD; Juli 1945 1. Sekretär der Landesleitung der KPD Mecklenburg-Vorpommern, 1945 (Vize)präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie, 1949-1951 Leiter der Hauptverwaltung Kohle der DWK bzw. im Ministerium für Schwerindustrie der DDR. Vgl. Melis 1999, S. 20.

<sup>2</sup> BA Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1233; Voßke 1966, S. 426.

<sup>3</sup> Voßke 1966, S. 428.

<sup>4</sup> Die ausgewerteten Tätigkeitsberichte der KPD-Instrukteure datierten in der Regel ab dem 14. bzw. 15. Mai 1945. Somit nahmen sie etwa zeitgleich wie ihre Kollegen in Sachsen und Brandenburg ihr Arbeit in den Mittel- und Kleinstädten der SBZ auf. Willi Bredel begab sich nach Rostock, Gottfried Grünberg und Anton Switalla nach Greifswald und auf die Insel Rügen, Georg Kahmann und Herbert Hentschke in den Kreis Parchim, nach Perleberg und Fürstenberg. Es ist von einem Wechsel unter den KPD-Mitgliedern auszugehen, da Fritz Kahmann auch für den Kreis Waren verantwortlich gewesen sein soll. Herbert Hentschke war außerdem Instrukteur für die Kreise Malchin und Demmin, Anton Switalla für die Kreise

Zeitung vorzubereiten.<sup>5</sup> Ende Mai vergrößerte sich die Gruppe um die zusätzlich von Sobottka angeforderten Exil-Kommunisten. Kurt Bürger übernahm die stellvertretende Leitung der KPD-Gruppe, Lore Pieck Redaktionsaufgaben und Änne Kundermann wurde Sekretär der „Initiativgruppe“. Die übrigen, unter ihnen Willi Keller und Adam Scharrer, reisten ebenfalls als „Instruktoren“ durch die Landkreise Mecklenburgs und Vorpommerns.

In Stettin-Warsow stieß die frühere Landtagsabgeordnete Herta Geffke<sup>6</sup> zu der Gruppe der Exil-KPD, in deren Arbeit sie kurz danach einbezogen wurde. Sobottka übertrug ihr die Leitung der Antifa-Schule des Frontstabes<sup>7</sup>, in der die Mitglieder der Exil-KPD gemeinsam mit den Frontbevollmächtigten des NKFD Kriegsgefangene unterrichteten, die für die spätere Übernahme von Verwaltungsposten und anderen Funktionen geeignet schienen. Die ca. 100 Antifa-Schüler waren „vorwiegend ehemalige Mitglieder der KPD und der SPD oder Söhne kommunistischer und sozialdemokratischer Eltern“.<sup>8</sup> Die Offiziere der Roten Armee und die Mitglieder der Exil-KPD schulten die Antifaschisten, damit sie wie die Kriegsgefangenen, die bereits die Antifa-Schulen der Kriegsgefangenenlager absolviert hatten, Funktionen als Gemeindevorsteher, Bürgermeister, Stadt- oder Landräte übernehmen konnten.<sup>9</sup>

Anfang Juni 1945, nach knapp drei Wochen Arbeit, reiste die Sobottka-Gruppe von Stettin aus nach Rüdersdorf bei Berlin. Dorthin hatte Walter Ulbricht, der über die Arbeit der Gruppe aus den Tätigkeitsberichten informiert war, zu

---

Neustrelitz und Neubrandenburg, während Oskar Stephan die Kreise Randow und Ücker münde betreut haben soll. Diese Zuordnung erfolgte aufgrund vorliegender Tätigkeitsberichte. Vgl. Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD, Bezirk Neubrandenburg, Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der SED, Hg. von der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Neubrandenburg 1976, S. 13; BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629.

<sup>5</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/1, I/5; Voßke 1966, S. 428.

<sup>6</sup> Herta Geffke (1893-1974) 1912 SPD, 1919 KPD, 1920-1924 Abgeordnete des Preußischen Landtags, 1929-1933 Sekretär der KPD-BL Ruhrgebiet, zwischen 1933 und 1936 mehrmals inhaftiert, 1937-1945 Ausbildung und Arbeit als Schneiderin in Stettin; 1945 Mitglied des Stettiner Antifa-Komitees, Mitglied der Gruppe Sobottka, den sie schon aus der Zeit vor 1933 kannte, Juli 1945 Frauenverantwortliche der KPD-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern, Juni 1945 – März 1946 Leiterin des Landesjugendamtes Mecklenburg-Vorpommern, 1949-1958 Mitglied der ZPKK der SED, zusammen mit Hermann Matern an den Parteisäuberungen beteiligt. BA Berlin, SAPMO, NL 4036/629; SgY 30, EA 0257; Voßke 1966, S. 427 f; Vgl. Müller-Enbergs 2000, S. 244.

<sup>7</sup> BA Berlin, NY 4036/629.

<sup>8</sup> Voßke 1966, S. 430.

<sup>9</sup> Kornow 1984, S. 30.



einem „Erfahrungsaustausch“ geladen.<sup>10</sup> Er war mit einer „Schulung“ verbunden, auf der wahrscheinlich die in Kürze bevorstehende Wiederzulassung von Parteien und die damit verbundenen neuen Aufgaben bekannt gegeben wurden. Im Anschluss daran verlegte die Gruppe Sobottka ihren Sitz nach Waren. Von der nahezu in der geographischen Mitte Mecklenburgs gelegenen Kleinstadt aus konnte die Verbindung zur Gruppe Ulbricht besser gehalten werden. Möglicherweise spielte bei der neuen Standortwahl auch der Umstand eine Rolle, dass in Waren ein Antifa- Komitee rege arbeitete.

Nach dem Rückzug der amerikanischen und britischen Besatzungstruppen auf das in Jalta festgelegte Besatzungsgebiet, Ende Juni/Anfang Juli 1945, nahm die Sobottka-Gruppe ihren Hauptsitz in der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns, in Schwerin. Ihre dritte Unterkunft befand sich wie die der Gruppe Ackermann in Dresden in unmittelbarer Nähe zur Politabteilung der 2. Belorussischen Front.

Wichtigste Aufgabe der Sobottka-Gruppe wie auch der Ulbricht- und Ackermann-Gruppe war die Unterstützung der Roten Armee bei deren Bemühungen, das Nachkriegsleben im Besatzungsgebiet rasch zu normalisieren und die Wirtschaft zu beleben. Es galt, geeignetes Personal für die Führungs- funktionen in den Verwaltungen zu finden. Das war kein leichtes Unterfangen, da die meisten Mitglieder der Gruppe Sobottka, im Gegensatz zu den Mitgliedern der Ulbricht- und Ackermann-Gruppe, ihr Einsatzgebiet nicht kannten.<sup>11</sup> Außerdem war diese Region von jeher vorwiegend landwirtschaftlich geprägt. 50% aller Erwerbstätigen arbeiteten in der Land- und Forstwirtschaft. Daran änderte sich auch nicht viel, als nach dem Machtantritt Hitlers einige Rüstungsbetriebe an der Ostseeküste ihre Produktion aufnahmen.

Während Ackermann in Sachsen teilweise über den Einsatz der ihm zugeteilten NKFD-Angehörigen befinden konnte, unterstanden sie in Mecklenburg-Vorpommern direkt den Truppen der Roten Armee. In den größeren Städten und Gemeinden der Region setzten die sowjetischen Besatzungsoffiziere unabhängig von der Sobottka-Gruppe die deutschen NKFD-Mitglieder meist

---

<sup>10</sup> Voßke 1966, S. 433. Ulbricht hatte u.a. von Willi Bredel, Georg Kahmann, Anton Switalla und Gottfried Grünberg Berichte erhalten. Vgl. MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a.

<sup>11</sup> Voßke 1966, S. 426; Bouvier 1976, S. 438.

als Bürgermeister ein, womit diese schon ca. zehn bis vierzehn Tage das lokale Nachkriegsleben ihrer Stadt bestimmten, bevor die Instrukteure Sobottkas eintrafen. Als Gemeindevorsteher, Bürgermeister, Stadt- oder Landräte wurden zuerst ehemalige Kriegsgefangene und Schüler der Antifa-Schulen, dann heimkehrende Häftlinge aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern und später Umsiedler aus Stettin und Schlesien rekrutiert.<sup>12</sup>

Sobottkas Tätigkeit umfasste neben seinen Auftritten auf Einwohnerversammlungen auch die Inspektion wichtiger Betriebe und Firmen. Er besuchte am 18. Mai 1945 gemeinsam mit drei sowjetischen Offizieren das Elektrizitätswerk der Stadt Rostock, von dessen Betriebsrat, der sich am 16. Mai konstituiert hatte, er eine gesicherte Energieversorgung und die Unterbindung eventueller Sabotageakte forderte.<sup>13</sup>

Die Arbeit der Sobottka-Gruppe gestaltete sich nicht nur aus Unkenntnis über lokale Besonderheiten der Region als schwierig, sondern auch, weil ihre Mobilität in den ersten Wochen stark eingeschränkt war. Sobottka beklagte sich Mitte Juni<sup>14</sup>, dass „die Arbeit noch nicht so klappt, weil wir bis heute noch keine Transportmittel haben, obwohl wegen der Wagen schon telefoniert und auch telegraphiert wurde.“<sup>15</sup> Zwar funktionierte der Zeitungsvertrieb von Waren aus, doch fehlten der Sobottka-Gruppe Plakate und Flugblätter, um den KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 der Bevölkerung nahe zu bringen. Sobottka benötigte also entweder die zugesagten Plakate oder eine Druckausrüstung und eine entsprechende Druckgenehmigung.

Sobottka musste aber nicht nur technische Probleme lösen, vor allem benötigte er weiteres Personal. Ulbricht sollte ihm die zwölf Genossen schicken, die Anfang Juni in Rüdersdorf geblieben waren. Auch Hermann Matern hatte Sobottka einige Mitarbeiter zugesichert, um den in Mecklenburg herrschenden Missständen abzuhelfen. Sobottka machte Ulbricht nachdrücklich auf die

---

<sup>12</sup> Auf diese Weise wurden auch Mitglieder der Antifa-Transporte aus tschechischen Gebieten integriert. Gegen Jahresende 1945 kehrten weitere Kommunisten aus der skandinavischen Emigration zurück und wurden ebenfalls mit diesen Aufgaben betraut. Kornow 1984, S. 30.

<sup>13</sup> Bohl u.a. 1995, S. 222.

<sup>14</sup> Der Brief Sobottkas an Walter Ulbricht ist undatiert, lediglich der Verweis auf die fehlenden Plakate zum KPD-Aufruf vom 11.6.1945 lassen die zeitlich Einordnung von Mitte Juni 1945 zu. Außerdem befindet sich im Brief an Ulbricht eine vom 19.6.1945 datierte Anmerkung zum Zeitungsvertrieb. Vgl. MHLA Schwerin SED-BPA I/1, Blatt 140.

<sup>15</sup> So begründete Sobottka den Umstand, dass die Parteigründungen in den Dörfern nur schleppend stattfanden, mit den fehlenden Transportmitteln. Denn in den größeren Orten bestanden schon Mitte Juni 1945 16 Parteiorganisationen, die „unter unserer Kontrolle ... mit verantwortlichen Leitungen“ tätig waren. MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 139.

Schwierigkeiten aufmerksam: „Ich brauche aber hier dringend weitere Leute, da eine gründliche Reorganisation der Stadtverwaltungen notwendig ist. Es geschehen hier Dinge, die einfach nicht zu beschreiben sind und die die K[ommunistische] P[artei] und die S[owjet] U[nion] sehr diskreditieren. Die Fragen sind zum Teil sehr schwierig zu lösen und geeignete Kräfte fehlen.“<sup>16</sup>

Bis zum Umzug der KPD-Gruppe am 4. Juli 1945 nach Schwerin wurden Sobottka 40 Absolventen von Antifa-Schulen zugewiesen. Damit traten neue Probleme auf: Es fehlten ihnen notwendige Dokumente, die sie zur „antifaschistischen“ Arbeit legitimierten und zum Erhalt von Lebensmitteln aus den Beständen der Roten Armee berechtigten. Sobottka blieb nichts anderes übrig, als die Verpflegung dieser Absolventen der Warener Stadtverwaltung zu übertragen.<sup>17</sup> Da die von Berlin überstellten PKW mit einer Ausnahme alle fahruntüchtig waren, konnten die Absolventen nicht in ihre Einsatzorte gebracht werden. Sobottka schickte sie deshalb kurzerhand in fünf Gruppen „zur Erntearbeit auf die umliegenden Gutshöfe“.<sup>18</sup>

Ein ebenso großes Problem wie die Lebensmittelversorgung der Instrukteure war die Kraftstoffbeschaffung. Die zuständigen Behörden der Roten Armee verwiesen Sobottka gegenüber immer wieder auf fehlende schriftliche Anweisungen, die die KPD-Instrukteure zum Empfang von Kraftstoff berechtigten. Zwar erhielt Sobottka letztlich alle notwendigen Dinge, musste aber jedes Mal erneut beim zuständigen Armeegeneral vorstellig werden. Die in Moskau von den sowjetischen Behörden ausgestellten Papiere reichten in Waren offensichtlich nicht aus, denn Sobottka beschwerte sich, dass er bei jedem Besuch im Frontstab erst einen Ausweis benötige, „um überhaupt durchgelassen zu werden.“<sup>19</sup> Es stellt sich die Frage, ob die Schwerfälligkeit der sowjetischen Militärbehörden auf persönliche Animositäten zwischen den Generälen der Roten Armee und Sobottka zurückzuführen oder ob der sowjetischen Seite die Arbeit der deutschen Kommunisten in Mecklenburg-Vorpommern gleichgültig war, verfügte sie doch durch die Mitglieder des NKFD über einen verhältnismäßig großen Kaderbestand. Hinweise darüber,

---

<sup>16</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 140.

<sup>17</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/5, Blatt 21.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/5, Blatt 20.

dass sich in Mecklenburg-Vorpommern die sowjetische Besatzungsmacht wie in Berlin<sup>20</sup> hilfesuchend an die Sobottka-Gruppe wandte, fanden sich nicht.

Die Arbeit der Instruktore in Mecklenburg gestaltete sich wesentlich schwieriger als die der Ulbricht- und der Ackermann-Gruppe. In Sachsen hatte es Anton Ackermann übernommen, die einzelnen Städte und Kleinstädte zu bereisen, in denen die ständige Anwesenheit seiner Mitarbeiter nicht unbedingt nötig war. Sobottkas Instruktore waren meistens für mehrere Ortschaften zuständig. So besuchte Georg Kahmann in der Zeit vom 14. Mai bis zum 4. Juni nicht weniger als 13 Kleinstädte und Landgemeinden<sup>21</sup>, um dort sowohl Massenversammlungen und Zusammenkünfte mit ehemaligen Kommunisten zu bestreiten als auch Informationsgespräche in den Magistraten und Bürgermeistereien zu führen. Zusätzlich sah er sich veranlasst, stets Berichte über die einzelnen Städte und die dort auftretenden Probleme zu schreiben, die er an seinen freien Tagen anfertigte. Als er am 14. Mai 1945 an seinem Bestimmungsort ankam, wurde er noch einmal von einem sowjetischen Offizier, vermutlich dem Politoffizier, „geschult“, indem beide Kahmanns Referat besprachen. Eine Aufgabe Kahmanns bestand darin, die Perleberger Kommunisten von der Notwendigkeit der Auflösung ihrer erst gegründeten Parteigruppe zu überzeugen. Davon waren auch die lokale Gruppe des KJVD und die Gewerkschaft von Perleberg betroffen. Am 18. Mai sprach Kahmann dann eigenen Angaben zufolge vor 8000 Einwohnern der Stadt.<sup>22</sup> Abschließend klärte er „organisatorische Fragen“ und „örtliche Angelegenheiten“ mit dem Bürgermeister.

In Vorbereitung der Versammlungen stand Kahmann vor der Aufgabe, zusätzliche Redner aus der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen. Diese mussten ihr Referat schriftlich niederlegen, „der Inhalt ist vor ihrem Auftreten mit Major Eisin und mir (Kahmann - J.M.) durchgesprochen worden. Im Resultat dieser Besprechung wurden formale Änderungen und Erweiterungen

---

<sup>20</sup> Ulbricht hatte Pieck am 17. Mai 1945 mitgeteilt: „Jetzt ist es schon so, dass die Kommandanten in verschiedenen Stadtteilen, wenn komplizierte Fragen sind, sich telefonisch an uns wenden und einen Instrukteur anfordern, der hilft, die Fragen zu klären und den Verwaltungsapparat richtig aufzubauen.“ Vgl. BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629, Blatt 5 ff.

<sup>21</sup> Zu den von Kahmann betreuten Städten und Gemeinden gehörten Perleberg, Putlitz, Parchim, Lübz, Plau, Fürstenberg, Lychen, Templin und die Gemeinden Werder und Beenz. MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 41f.

<sup>22</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 41.

vorgenommen.<sup>23</sup> Zur Kontrolle erhielt der sowjetische Oberstleutnant, der Kahmann am 15. und 16. Mai in seine Arbeit eingewiesen hatte, jeweils eine Abschrift der Reden und Kahmanns Versammlungsbericht.

Kahmann regte die Bürgermeister an, verschiedene Abteilungen für die Magistrate und die Landratsämter einzurichten. Vergleicht man die Abteilungen mit denen der KPD-Richtlinie vom 5. April 1945, so wurde diese Richtlinie offenbar den lokalen Besonderheiten Mecklenburg-Vorpommerns angepasst, wie der Magistratsaufbau der übrigen untersuchten Städte bestätigt.<sup>24</sup>

Kahmann erwähnte in seinem Bericht vom 5. Juni 1945 die in jedem Ort mit den ehemaligen Kommunisten geführten Gespräche, in denen er erklärte, dass Parteien „in der jetzigen Periode nicht ins Leben gerufen werden.“ Diejenigen, die sich politisch und gesellschaftlich engagieren wollten, sollten in den „Antifaschistischen Aktiven“ mitarbeiten, die den Bürgermeistern beratend zur Seite standen. Die „Antifaschistischen Aktive“ sollten früheren Kommunisten, Sozialdemokraten und „parteilosen Gewerkschaftsmitgliedern“ einbinden.<sup>25</sup> Auch hier ist zu fragen, warum in Mecklenburg-Vorpommern „Antifaschistische Aktive“ gegründet wurden, während die Gruppen von Ackermann und Ulbricht deren Auflösung vorantrieben. Wurden diese Antifa-Aktive in Mecklenburg-Vorpommern deshalb geduldet, weil sie eine von den „Moskauern“ initiierte Institution darstellten oder hatten die Instrukteure der Sobottka-Gruppe die zentralen KPD-Anweisungen und Anordnungen der Besatzungsmacht wiederum den lokalen Besonderheiten angepasst? Versprach ihnen die Arbeit der nach ihren Vorstellungen tätigen „Antifa“ im landwirtschaftlich geprägten Norden der SBZ Vorteile für die Mobilisierung von Arbeitern? Nicht auszuschließen ist jedoch, dass Kahmann mit den antifaschistischen Aktiven nichts anderes als die früheren Stadt- bzw. Gemeinderäte meinte, denn er hob immer wieder die Pflicht eines jeden

<sup>23</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 42.

<sup>24</sup> Die „Richtlinie für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“, die am 5. April 1945 von der KPD verabschiedet wurde, nannte folgende bei den Verwaltungen zu gründende Abteilungen: Ernährung, Wohnung, Städtische Betriebe, Gewerbe-Handel-Handwerk, Gesundheitswesen, Volksbildung und Finanzen. Kahmann hingegen baute in Mecklenburg-Vorpommern folgende Abteilungen auf: „Industrielle Angelegenheiten“, Landwirtschaftliche Abteilung, Abteilung für Wegebau, Abteilung für kommunale Angelegenheiten, Abteilung für Handel und Finanzen, Schulangelegenheiten, Gesundheitswesen und ein Sekretariat. Vgl. AHR 2.1.0/81, „Merkblatt für Bürgermeister“.

<sup>25</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 44.

Bürgermeisters hervor, „sich in allen Fragen mit seinem antifaschistischen Aktiv zu beraten“.<sup>26</sup>

Zu den das Leben normalisierenden Aufgaben gehörte die Beibehaltung bzw. Wiederaufnahme von Gottesdiensten. „Jedoch ist der Pfarrer zu verpflichten, den Wortlaut seiner sonntäglichen Predigten am Freitag einer jeden Woche dem Bürgermeister zur Kenntnisnahme vorzulegen. Auf die Notwendigkeit einer Kontrolle durch persönliche Teilnahme am Gottesdienst wurde in gleicher Weise hingewiesen, um die Ausschaltung der Politik aus der Kirche sicherzustellen.“<sup>27</sup>

Herbert Hentschke war ebenfalls in der Zeit vom 18. Mai bis 3. Juni 1945 in Mecklenburg tätig. Außer in den größeren Städten Schwedt und Angermünde arbeitete er auch in einigen Kleinstädte und Gemeinden, die Kahmann betreut hatte.<sup>28</sup> Ob es sich hierbei um eine Form gegenseitiger Kontrolle handelte oder ob die Instrukteure je nach Dringlichkeit die einzelnen Städte aufsuchten, war nicht ersichtlich. Hentschke musste sich in Perleberg mit der KPD- Gruppe, dem kommunistischem Jugendverband und der Gewerkschaftsgruppe auseinandersetzen.<sup>29</sup>

Sein Bericht betonte die Richtigkeit ihrer Vorgehensweise: „Zur Arbeitsmethode sei kurz angeführt, dass die gemachten Erfahrungen voll und ganz die Richtigkeit der diesbezüglichen Moskauer Direktiven bestätigen, die empfahlen, alles zu vermeiden, was uns in den Augen der Selbstverwaltung und der Bevölkerung als *Agenten Moskaus*, Angestellte oder Verbindungsleute der betreffenden russischen Militärkommandanturen erscheinen ließe. Davon hängt der wirkliche Erfolg unserer Arbeit in der gegenwärtigen Periode und auch in der Zukunft ab.“<sup>30</sup> Wenn ein Großteil der Sobottka-Leute dieser Instruktion folgte, bleibt zu fragen, wie sie sich der Bevölkerung gegenüber überhaupt auswiesen, um ihr Handeln und damit verbunden ihre Ansichten und Forderungen zu legitimieren?<sup>31</sup> Es verdeutlicht außerdem, dass sich die KPD-

<sup>26</sup> BA Berlin, SAPMO, SyG 30, EA 1327/3, Blatt 359.

<sup>27</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 43.

<sup>28</sup> Dies waren die Städte Templin, Fürstenberg, Lychen und Perleberg. Zu den anderen von Hentschke besuchten Orten gehörten Pritzwald, Wittstock, Mayenburg, Freienstein und 15 nicht näher angeführte Dörfer. MHLA Schwerin, SED -BPA I/1, Blatt 51.

<sup>29</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 53.

<sup>30</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 51.

<sup>31</sup> Auch die sowjetischen Quellen geben auf diese Frage keine eindeutige Antwort, jedoch erkannten die Politoffiziere der 7. Abteilung die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten. Sie verwiesen beispielsweise darauf, dass die Sozialdemokraten als ursprüngliche

Instrukteure aus Moskau tatsächlich zwischen allen Seiten bewegten. Zum einen konnten sie sich unmöglich den Anweisungen der Politoffiziere der Roten Armee entziehen, zum anderen wollten und mussten sie den per se festgelegten Machtanspruch ihrer Partei realisieren. Das war jedoch nur möglich, wenn ihr Auftreten unter der Bevölkerung Vertrauen erzeugen konnte. Weil die Vorurteile der Bevölkerung gegenüber der Roten Armee und den Kommunisten bekannt waren, blieb nur die Gratwanderung, sich zwar als Kommunisten, aber von Moskau scheinbar unabhängig, zu präsentieren. Es sollte nicht ausgeschlossen werden, dass die aus Moskau kommenden KPD-Gruppen um Ulbricht, Ackermann und Sobottka tatsächlich ein großes Unabhängigkeitsverlangen der offiziellen sowjetischen Seite gegenüber mitbrachten. Die Situation in Deutschland erforderte es dann allerdings, dass sowohl die Moskauer Exil-Kommunisten mit den Kommandanturen als auch die Kommandanturen mit den deutschen KPD-Instrukteuren zusammenarbeiteten, um ihre Belange und Interessen erfolgreich durchzusetzen.

Trat Hentschke tatsächlich nicht als „Agent Moskaus“ auf, lassen sich die Schwierigkeiten, die es beim Neuaufbau der Selbstverwaltungen gab, erklären. So berichtete er über die von ihm oder der Besatzungsmacht eingesetzten Bürgermeister und deren Stellvertreter, die den alten erfahrenen Beamten nicht gewachsen waren.<sup>32</sup> Außerdem wird deutlich, dass die kommunistische Praxis, nationalsozialistische Funktionsträger in leitenden Positionen einfach durch ehemalige Kommunisten, Kriegsgefangene oder Sozialdemokraten und Bürgerliche zu ersetzen, nicht unbedingt ad hoc den erwünschten Erfolg mit sich brachte.

Die Tätigkeit der Sobottka-Gruppe endete Anfang Juli 1945 mit dem Umzug von Waren nach Schwerin. Wenige Tage nach dem Abzug der amerikanischen und britischen Truppen aus dem westlichen Teil Mecklenburgs erfolgte am 4. Juli 1945 die Konstituierung der Landesregierung Mecklenburg-

---

Lokalfunktionäre nicht nur die Besonderheiten der Region, sondern auch die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns kannten. Im Gegensatz dazu wurde der Mehrheit der KPD-Remigranten und der ehemaligen kriegsgefangenen Antifaschisten mit „feindseligem und argwöhnischem Verhalten“ von Bevölkerungsseite begegnet. Ursachen hierfür waren die Fremdheit in der Region und die unter der Bevölkerung kursierende Annahme, dass die KPD-Mitarbeiter aus der UdSSR „exportiert“ wurden und „Agenten Moskaus“ seien. Vgl. GARF, f. 7103, op. 7, d. 1, Blatt 36.

<sup>32</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/1, Blatt 52.

Vorpommerns.<sup>33</sup> Hierfür wurde zum überwiegenden Teil auf das Personal der Güstrower Stadtverwaltung zurückgegriffen. Bereits am 27. Juni 1945 hatte eine Besprechung zwischen Gustav Sobottka und Gottfried Grünberg<sup>34</sup>, als Vertreter der Exil-KPD auf der einen Seite, und Wilhelm Höcker<sup>35</sup> (SPD), Johannes Warnke<sup>36</sup> (KPD) und dem Parteilosen Otto Möller<sup>37</sup>, Vertreter der Güstrower Stadtverwaltung auf der anderen Seite, stattgefunden.<sup>38</sup> Dem waren Gespräche in Rostock mit Bürgermeister Dr. Heydemann und einem Rechtsanwalt vorausgegangen, die ebenfalls ihnen bekannte Persönlichkeiten für die Mitarbeit in der Landesverwaltung vorschlugen. So wurden auch Personen namentlich genannt, die in den einzelnen Städten Mecklenburg-Vorpommerns aktiv in den Verwaltungen tätig waren.<sup>40</sup> Sobottka griff wie

---

<sup>33</sup> Foitzik 1995, S. 35.

<sup>34</sup> Gottfried Grünberg (1899-1985), ab 1912 Arbeiter in einer Klemmplattenfabrik, im Bergbau, 1914-1918 Soldat, ab 1918 Bergmann im Ruhrgebiet, Verhaftungen wegen prosovjeterischer Aktivitäten, 1928 KPD, Mitarbeit beim Aufbau der Kohleindustrie im Donbass (UdSSR), 1933 Studium in Moskau, 1936 Spanienkämpfer, nach Rückkehr in SU als Industrie-Instrukteur tätig, 1941 Soldat der Roten Armee, ab 1942 Lehrer in Antifa-Schulen der Kriegsgefangenenlager, 1943 Gründungsmitglied des NKFD, 1945 Mitglied der Gruppe Sobottka, Juni 1945 Stadtrat in Waren, Juli 1945 Vizepräsident der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns, später NVA und Militärattaché in Moskau. Vgl. Melis 1999, S. 20; Müller-Enbergs 2000, S. 285.

<sup>35</sup> Wilhelm Höcker (1886-1955), Kaufmann, 1911 SPD, 1914-1918 Soldat, 1920-1932 Amtshauptmann des Kreises Güstrow, Mitglied und zeitweise Präsident des Schweriner Landtags, 1933-1945 Tabakwarenhändler, Mai 1945 Bürgermeister von Güstrow, Juli 1945 Präsident der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns, bis 1951 Ministerpräsident des Landes Mecklenburg; 1945-1946 Landesvorstand der SPD, 1954 Mitglied der DDR-Länderkammer. Vgl. Melis 1999, S. 20.

<sup>36</sup> Johannes Warnke (1896-1984), Dachdecker, 1914 SPD, 1918 USPD, 1919 wahrscheinlich Übertritt zur KPD und Umzug nach Güstrow, 1924-1926 Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Landtagsabgeordneter in Schwerin, seit 1926 Fraktionsvorsitzender der KPD im Schweriner Landtag, hauptamtlicher Politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Rostock, 1933-1935 Zuchthaus, danach unter Polizeiaufsicht, zwischendurch im Konzentrationslager Sachsenhausen, Mai 1945 Oberbürgermeister des erweiterten Landkreises Güstrow, Juli 1945 Erster Vizepräsident und Abteilungsleiter für Innere Verwaltung der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Oktober 1949- 1952 Staatssekretär im DDR- Innenministerium, 1952-1959 Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock, zur weiteren Biografie und seiner Tätigkeit 1945 in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns Vgl. Melis 1999, S. 19 ff; Müller-Enbergs 2000, S. 891.

<sup>37</sup> Otto Möller (1892-1978), Agrartechniker, Mitglied der Demokratischen Partei, Juli 1945 Vizepräsident der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns, 1945 CDU, 1948 NDPD, 1948-1950 Professor für Kulturtechnik an der Universität Rostock . Vgl. Melis 1999, S. 20.

<sup>38</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/8.

<sup>40</sup> Für die Stadt Rostock betraf das Wilhelm Hörning, der von Rostocker Kommunisten vorgeschlagen wurde, des Weiteren die Sozialdemokraten Otto Kuphal und Albert Schulz sowie der Gewerkschafter Martin Müller. (Vgl. Kapitel 5.2) Aus Greifswald wurde Dr. Lachmund vorgeschlagen, für den sich Dr. Heydemann aus Rostock, Wilhelm Höcker und Johannes Warnke verwandten. (Vgl. Kapitel 5.3) Die übrigen genannten Personen waren frühere Staatsminister, Ministerialräte oder Rechtsanwälte. Vgl. MHLA Schwerin, SED-BPA I/8.



Ackermann auf das Gros einer bereits funktionierenden Stadtverwaltung zurück, um sich Personal für die aufzubauende Landesregierung zu sichern.<sup>41</sup>

In Güstrow hatten der Kommunist Johannes Warnke und der Sozialdemokrat Wilhelm Höcker in den ersten Nachkriegswochen einträchtig die Verwaltungsarbeit für die Stadt und den erweiterten Landkreis bewältigt. Beide waren bis 1933 Mitglieder des Mecklenburger Landtags und hatten während des Krieges verschiedene Haftstrafen verbüßt. Mit der Auswahl dieser beiden Lokalfunktionäre für führende Positionen in der Landesregierung konnten die Besatzungsmacht und die Sobottka-Gruppe auf gestandene Landespolitiker zurückgreifen, die über umfangreiche Erfahrungen und Kenntnisse ihres Landes und der Kreise verfügten.<sup>42</sup> Unterstützt wurden die beiden, die nun die Positionen in der Landesregierung tauschten – in Güstrow hatte Warnke als Oberbürgermeister<sup>43</sup> und Höcker als dessen Stellvertreter fungiert – von Grünberg, einem Mitglied der Sobottka-Gruppe, und von Otto Möller, ehemaliges Mitglied der DDP.<sup>44</sup> Wieder wurde die Repräsentationsfunktion einem Nichtkommunisten übertragen, während Warnke als Erster Vizepräsident die Abteilung Inneres und damit die Personalabteilung übernahm. Die Berufung Möllers als einen der Vizepräsidenten entsprach möglicherweise dem Wählerverhalten von vor 1932, in dessen Resultat die mecklenburgische Landesregierung aus Sozialdemokraten und Deutsch-Nationalen gebildet worden war.<sup>45</sup> Denkbar ist aber auch, dass Sobottka mit dieser Personalentscheidung die angestrebte Zusammensetzung des Antifa-Blocks bereits vorwegnahm. Grünbergs Ernennung zu einem der Vizepräsidenten sollte das Mitspracherecht der Moskauer Politremigranten und die allgemeine Kontrolltätigkeit sichern.

Dass in Mecklenburg-Vorpommern bei der Regierungsbildung auf die Verwaltung zurückgegriffen wurde, hing vermutlich damit zusammen, dass der Landkreis Güstrow der größte in der Region war, zumal auch die Gemeinden

---

<sup>41</sup> Vgl. 3.1.

<sup>42</sup> Melis 1999, S. 20.

<sup>43</sup> In den Augen der sowjetischen Behörden hatte sich Warnke deshalb für die Kommunal- und später dann für die Parteiarbeit legitimiert, weil er während der Illegalität die Arbeiterfahne und die Fahne, die Moskauer Arbeiter vor 1933 den Güstrower Genossen geschickt hatten, aufbewahrte. Außerdem soll er über eine Art Bibliothek mit Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin und einigen Artikeln und Reden von Thälmann verfügt haben. Vgl. RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 321.

<sup>44</sup> Vgl. GARF, f. 7103, op. 7, d. 1, Blatt 37 f.

<sup>45</sup> Melis 1999, S. 35.

zeitweise eingegliedert wurden, die ursprünglich zu Verwaltungsbezirken gehörten, die im Westen des Landes von den Amerikanern und Briten besetzt waren. Aufgrund der straffen Organisation Warnkes funktionierte in diesem Landkreis ein Großteil der Kommunalverwaltungen.

Die Mitglieder der Sobottka-Gruppe übernahmen nicht nur Funktionen innerhalb der Mecklenburg-vorpommerischen Landesregierung, sondern bildeten nach der Zulassung politischer Parteien durch die sowjetische Besatzungsmacht gemeinsam mit Kommunisten, die während des Krieges in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren, die provisorische Leitung der KPD.

### 5.1.2 Die sowjetische Besatzungsmacht

Die Arbeit der sowjetischen Besatzungstruppen gestaltete sich in Mecklenburg-Vorpommern wesentlich schwieriger als in der übrigen sowjetischen Zone. Es ist nicht auszuschließen, dass das dargestellte schlechte Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und den Mitgliedern der Sobottka-Gruppe aus den schwierigeren Arbeitsbedingungen der Besatzungstruppen resultierte. Auffällig für dieses Besatzungsgebiet war vor allem der häufige Personalwechsel innerhalb der Kommandanturen. So wechselten in Stralsund zwischen dem 2. und dem 6. Mai 1945 dreimal der zuständige Kommandant und mit ihm die Mitarbeiterstäbe. Für die neu aufzubauende Stralsunder Stadtverwaltung bedeutete dies, dass jeder neue Kommandant einen neuen Bürgermeister ernannte, sodass innerhalb der deutschen Auftragsverwaltung der Bürgermeister ebenfalls dreimal wechselte.<sup>46</sup>

---

<sup>46</sup> In Stralsund hatten zwei zuvor unabhängige Gruppen am 1. Mai 1945 eine Verhandlungskommission gebildet, die die Stadt der Roten Armee übergeben sollte. Dafür begab sich der Sozialdemokrat Otto Kortüm zu den sowjetischen Truppen, die ihm sofort die Aufstellung einer Hilfspolizei zusicherten.

Nach Ankunft des ersten Kommandanten wurde Kortüm am 2. Mai 1945 mit dem Befehl Nr. 1 zum Bürgermeister der Stadt berufen. Am 4. Mai 1945 wurde der erste Kommandant bereits wieder abgelöst und mit ihm der Bürgermeister. Sein Nachfolger wurde Emil Forst als Mitglied des NKFD. Der zweite Kommandant ließ Kortüm unter Sabotagevorwürfen kurzzeitig verhaften. Schon am 6. Mai 1945 revidierte der dritte Kommandant die Personalentscheidungen seines Vorgängers und brachte Kortüm wieder als Bürgermeister ins Amt. Der NKFD-Abgeordnete wurde Stellvertretender Bürgermeister.

Am 13. Juli 1945 fand dann möglicherweise im Zusammenhang mit der Errichtung der Sowjetischen Militäradministraturen ein vierter Kommandantenwechsel statt, dem sechs

Trotz der problematischen Zusammenarbeit zwischen Mai und Juli 1945 würdigte die Besatzungsbehörde in ihren Berichten die Unterstützung ihrer Truppen durch die Exil-KPD: „Die Emigranten und Antifaschisten erweisen eine bedeutende Hilfe für die Politorgane der Roten Armee und der Militärkommandantur.“<sup>47</sup> Die deutschen Politremigranten leisteten sowjetischen Angaben zufolge vor allem politische Arbeit, womit die rege Versammlungstätigkeit der Sobottka-Instrukteure gemeint war, und kümmerten sich um die personelle Neubesetzung der Kommunalverwaltungen, in denen sie z.T. selbst einige Posten wahrnahmen, für die sie aber auch „bekannte einflussreiche Bürger“ auswählten.<sup>48</sup> Die Besatzungsbehörden konstatierten, dass in einem Großteil der Gemeinden ehemalige Kommunisten als Bürgermeister, als deren Stellvertreter oder als Berater eingesetzt wurden. Ob es sich hierbei um einheimische Kommunisten handelte oder um „geschulte“ antifaschistische Kriegsgefangene und Mitglieder des NKFD, ist dem Bericht nicht zu entnehmen. Vielfach waren die sowjetischen Behörden auf die Mitarbeit ehemaliger Sozialdemokraten angewiesen, denen sie notgedrungen Funktionen als Bürgermeister, als Landräte oder als Abteilungsleiter übertrugen.<sup>49</sup> Der Aufbau der lokalen Selbstverwaltung, der Polizei und Justiz erfolgte in „Übereinstimmung mit der Direktive der politischen Organe“ der Truppen der Roten Armee, also der Politabteilung.<sup>50</sup> Trotz dieser Erfolge sah sich der Stellvertreter der SMAM für Zivilangelegenheiten veranlasst, im August 1945 auf einige Missetände in der Arbeit der Bürgermeister und Landräte hinzuweisen. Er kritisierte, dass sie keinerlei Eigeninitiativen ergriffen, sondern nur die Aufgaben der Stadt- und Kreiskommandanturen

---

Wochen später ein Wechsel im Bürgermeisteramt folgte. Nun war wieder der NKFD-Abgeordnete der erste Mann in Stralsund.

(Vgl. StA Stralsund, Rep. 50, Nr. 18, Tätigkeitsbericht der städtischen Verwaltung für die Zeit vom 1.5. 1945 bis 29.6.1945; Rep. 50, Nr. 550; Pl. I/1a, Befehl des Militärkommandanten der Stadt Stralsund, 2.5.1945; PL. I/5b, Befehl Nr. 5 des Militärkommandanten der Stadt und des Stadtkreises Stralsund, 23.5.1945; Pl. I/9, Befehl

Nr. 6 von Oberst Sidorow am 1.9.1945; Eggert 1967; Ewe 1984.)

<sup>47</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 321.

<sup>48</sup> Ebenda, Blatt 109.

<sup>49</sup> „Ein Teil der Bürgermeister und Landräte (...) und ein bedeutender Teil der Stellvertreter und Abteilungsleiter wurde aus ehemaligen vor 1933 sozialdemokratischen Funktionären ernannt, die in den Jahren des Nazismus in den Kleinhandel und in verschiedene Einrichtungen gegangen sind, und in der Anfangsperiode der Besatzung als `Kämpfer´ und `Opfer des Faschismus´ an die Oberfläche krochen. Die Mehrzahl von ihnen sind die `Tätigen´ der Organe der Selbstverwaltungen vor 1933, ehemalige Abgeordnete der Kreis- und Landräte usw., die sich mit ihren `Verdiensten´ und ihrer `Erfahrung´ brüsten“, GARF, f. 7103, op. 7, d. 1, Blatt 35.

<sup>50</sup> Ebenda; Blatt 108; GARF, f. 7103, op. 7, d. 1, Blatt 230-235.

erfüllten. Zudem arbeiteten sie nach den alten bürokratischen Methoden und unterließen Kontrolle und Unterweisungen ihrer Mitarbeiter. Ein Großteil von ihnen verfügte über keinerlei Erfahrungen in der Leitungstätigkeit.<sup>51</sup>

Im August 1945 berichtete der Stellvertreter für Zivilangelegenheiten der SMAM über zwei grundlegende Verhaltensweisen unter der deutschen Bevölkerung. Die „Abwartenden“ begegneten den Besatzungstruppen mit Misstrauen, schauten „hoffnungsfroh gen Westen“ und gingen Kontakten mit der Roten Armee aus dem Weg.<sup>52</sup> Die zweite Gruppe, der vor allem Überlebende der Konzentrationslager und Zuchthäuser angehörten, brächte den Truppen der Roten Armee die „bekannte Sympathie“ entgegen. „Diese demokratischen Schichten der Bevölkerung sind bereit, für die Demokratie in Deutschland zu kämpfen.“ Sie hatten zudem gegenüber der Besatzungsmacht ihre Bereitschaft bekundet, bei der notwendigen Entnazifizierung zu helfen, Sabotageakte anzuzeigen, wirtschaftliche Maßnahmen zum Wiederaufbau zu ergreifen und agitatorische Massenerarbeit unter der Bevölkerung zu leisten. Letztere erfolgte über Appelle an die Bevölkerung, bei der Wiederbelebung von Industrie und Landwirtschaft mitzuwirken und mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten.<sup>53</sup> Die Politoffiziere mussten so genannten sektiererischen Tendenzen begegnen, die von den Kommunisten ausgingen, die die nationalsozialistischen Konzentrationslager überlebt hatten. „Die Mehrzahl örtlicher kommunistischer Organisationen ist nicht mit den Massen verbunden, führt keine breite politische Arbeit unter der Bevölkerung durch und wiederholt dem Wesen nach in Wahrheit die alten sektiererischen Fehler der alten deutschen kommunistischen Partei.“<sup>54</sup>

Das Sektierertum und andere politische, von der Besatzungsmacht nicht gern gesehene Maßnahmen deutscher Lokalfunktionäre der Arbeiterbewegung äußerten sich darin, dass sich Stadträte Kommissare nannten, Einwohner rote Fahnen heraushängen mussten und Straßennamen nach deutschen Kommunisten umbenannt wurden.<sup>55</sup>

---

<sup>51</sup> GARF, f. 7103, op. 1, d. 5, Blatt 150.

<sup>52</sup> GARF, f. 7103, op. 1, d. 5, Blatt 231.

<sup>53</sup> GARF, f. 7103, op. 1, d. 5, Blatt 232.

<sup>54</sup> GARF, f. 7103, op. 1, d. 5, Blatt 233.

<sup>55</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 125, D. 321, Blatt 109.

### 5.1.3 Die Antifa

Erst 1984 wurden von DDR-Historikern spontane Aktionen deutscher Antifaschisten in Mecklenburg-Vorpommern untersucht.<sup>56</sup> Die Studien ergaben, dass von den 73 von der Roten Armee besetzten Städten Mecklenburg-Vorpommerns 57 kampflos den Besatzungstruppen übergeben worden waren. „In 18 Fällen ist eine antifaschistische Gruppe zu erkennen, in weiteren Fällen zu vermuten.“<sup>57</sup> Natürlich kann nicht auf alle 18 bekannte antifaschistische Ausschüsse und Komitees eingegangen werden. Doch beispielhaft werden diejenigen angeführt, die mit bereits dargestellten Antifa-Komitees der übrigen sowjetischen Besatzungszone verglichen werden können. Auf die Perleberger kommunistische Ortsgruppe, den KJVD und den Gewerkschaftsausschuss wurde bereits hingewiesen.

In der 6000 Einwohner zählenden Stadt Loitz soll ein Antifa-Komitee bestanden haben, das sich jedoch nicht an der kampflosen Übergabe der Stadt in den ersten Maitagen an die Rote Armee beteiligt hat. Unbekannt blieb, ob dieser antifaschistische Ausschuss bereits vor der sowjetischen Besatzung existiert hatte oder sich erst mit bzw. nach dem Einzug sowjetischer Truppen konstituierte.<sup>58</sup> Bei diesem Antifa-Komitee handelte es sich um eine kommunistische Ortsgruppe, die am 8. Mai eine erste Versammlung durchführte.<sup>59</sup> 41 namentlich aufgeführte ehemalige Genossen wählten den „Ortssowjet der Stadt Loitz“. Entweder fanden keine Instruktionen durch die Exil-KPD statt oder die Loitzer Antifaschisten ignorierten sie. Statt nach der Parteilassung und dem KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 eine kommunistische Parteigruppe aufzubauen, nannte sich der Ortssowjet am 19. Juni „Arbeiterrat“, der von sechs Mitgliedern geleitet wurde.<sup>60</sup> Auch wenn keine Kenntnisse über die inhaltliche Arbeit des Loitzer Ortssowjets vorliegen, so sind gewisse Parallelen mit den Meißner Volkskommissaren nicht zu übersehen. Die Antifaschisten beider Orte glaubten, dass nach dem Krieg ein sozialistisches Sowjetdeutschland aufgebaut würde, zumal die Rote Armee im

---

<sup>56</sup> Kornow 1984.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 46 .

<sup>59</sup> Loitz besaß zwar schon vor 1933 eine relativ starke kommunistische Partei, deren Mitglieder sich jedoch auf keine einheitlichen Positionen einigen konnten. Ebenda.

<sup>60</sup> Ebenda.

Lande stand. Auch in Loitz bildeten die Antifaschisten vermutlich ähnlich wie in Meißen sowohl die kommunistische Ortsgruppe als auch den Ortssowjet. Deshalb reagierten die Instrukteure der Moskauer KPD-Gruppen ähnlich. Weder das Meißner Volkskommissariat noch der Loitzer Ortssowjet wurden sofort aufgelöst, vielmehr integrierte die Moskauer Exil-KPD deren Personal in die aufzubauenden Stadtverwaltungen.<sup>61</sup>

In Anklam existierte ebenfalls ein antifaschistischer Ausschuss. Die Stadt war zwischen 1943 und 1945 dreimal von den Amerikanern bombardiert worden, offenbar weil sich hier ein Außenwerk der Arado-Flugzeugwerke befand. Die Rote Armee besetzte am 29. April 1945 die Stadt, und der Frontkommandant betraute zunächst den schon pensionierten Stadtkämmerer mit der Leitung der Stadtverwaltung. Nach ca. sechs Tagen wechselte das Personal der Kommandantur. Damit erreichte ein Frontbeauftragter des NKFD die Stadt und wurde zum neuen Bürgermeister ernannt<sup>62</sup>, der auch für das Kreisgebiet zuständig war. Bei seiner Ankunft arbeiteten das Wirtschafts-, das Bau- sowie das Melde- und Arbeitsamt. Parallel dazu existierte ein aus fünf Antifaschisten bestehender Arbeiterrat, der zunächst den Verwaltungsapparat kontrollierte. Diesem Arbeiterrat gehörten drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten an. Der NKFD-Bürgermeister löste diesen „Rat“ auf, indem er die Mitglieder in den Stadtrat überführte.<sup>63</sup>

Eine Integration der lokalen Antifaschisten in die Stadtverwaltung erfolgte auch in anderen mecklenburg-vorpommerischen Kleinstädten, in denen antifaschistische Ausschüsse oder Komitees existierten. Da die Besatzungstruppen und die Instrukteure der Sobottka-Gruppe ihnen keine eigenständige Arbeit zutrauten und ähnliche Abweichungen wie die dargestellten befürchteten, gingen sie dazu über, das aus dem NKFD frei werdende Personal in den lokalen Stadtverwaltungen in führende Positionen einzusetzen. So wurden nicht nur in Anklam und, wie noch dargestellt, in Rostock und

---

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Heribert Hövelmann, geb. 1918, Bauzeichner, 1943 sowjetische Kriegsgefangenschaft und Antifa-Schule im Kriegsgefangenenlager nahe Moskaus, März 1944 bis Kriegsende Frontbeauftragter des NKFD bei der 2. Belorussischen Front, ab 5.5. im Alter von 27 Jahren Bürgermeister Anklams. Schreiben des Anklamer Ortschronisten an Verfasserin vom 3.2.1996; Kornow 1984, S. 47.

<sup>63</sup> Erster Tätigkeitsbericht Hövelmanns für die vom 6. Mai bis 16. Juli 1945 an Landesregierung in Schwerin, Schreiben des Anklamer Ortschronisten an Verfasserin vom 3.2.1996; Kornow 1984, S. 47.

Greifswald, NKFD-Mitglieder protegiert, sondern auch in Stralsund, Güstrow, Torgelow, Prenzlau, Neubrandenburg, Demmin, Altentreptow und Lychen.

Es entstanden nicht nur antifaschistische Ausschüsse, die parallel oder anstelle der Stadtverwaltungen tätig waren und sie zu kontrollieren beabsichtigten. In Randow, Pasewalk, Neustrelitz, Ückeründe und Güstrow konstituierten sich kommunistische Ortsgruppen, denen ehemalige Sozialdemokraten zuströmten.<sup>64</sup> Diesen Erscheinungen mussten die KPD-Instrukteure Sobottkas begegnen. In Gnoiien gründete sich nach Kriegsende die „Antifaschistische Marxistische Vereinigung der Werktätigen zu Gnoiien (Meckl.)“ Sie setzte sich als Ziel, Faschismus und Militarismus auszurotten und mittels der marxischen Lehren zur Einigung der Werktätigen beizutragen, „damit eine nochmalige Zersplitterung der deutschen politischen Arbeiterbewegung, die eine der Gründe für das Aufblühen des Faschismus gewesen ist, für alle Zeiten unmöglich zu machen.“<sup>65</sup> Da jedoch noch keine zentrale Arbeiterpartei bestand, wurde auch die Gnoiener Programmgestaltung für die avisierte Einheitspartei vertagt. Die beiden Hauptziele – Ausrottung des Faschismus und Gründung einer Einheitspartei – sollten mit der „Rückführung der breiten Masse zu den Prinzipien der Demokratie“ und der Volkserziehung zum „selbständigen politischen Denken“ erreicht werden. Dafür wurden freie Diskussionen und Vorträge geplant, sollte die kommunale Arbeit wieder aufgenommen werden, waren freie Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen der Werktätigen zu gründen und Jugendarbeit zu leisten.

Die Gnoiener „Antifaschistisch-Marxistische Vereinigung“ gab der Bevölkerung nach dem 10. Juni 1945 ihre Konstituierung bekannt. Der Stadtkommandant genehmigte die Gründung, und die „Antifaschistisch-Marxistische Vereinigung“ ließ sich als Partei bei der Stadtverwaltung registrieren. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, „am wirtschaftlichen und politischen Aufbau eines neuen, freien demokratischen Deutschlands als Grundlage eines zukünftigen wirklichen Sozialstaates mitzuhelfen.“<sup>66</sup> Nach der Zulassung durch den sowjetischen Kommandanten hatte diese Vereinigung ein

---

<sup>64</sup> BA Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 0257.

<sup>65</sup> Hierzu und im Folgenden MHLA Schwerin, SED-BPA I/13a, Blatt 45.

<sup>66</sup> MHLA Schwerin, SED-BPA I/13a, Blatt 46.

Statut erlassen, das die Bedingungen für die Aufnahme, den Ausschluss und die zu zahlenden Beiträge regelte.<sup>67</sup>

Im Folgenden soll die Nachkriegssituation in zwei größeren Städten und einer Kleinstadt Mecklenburg-Vorpommerns untersucht werden.<sup>68</sup> Über die Situation in Rostock, Stralsund und Greifswald berichtete der Leiter der dritten KPD-Gruppe Dimitroff: „... diese Städte haben fast überhaupt nicht gelitten, das Leben darin ist fast normal“<sup>69</sup>, auch wenn Rostock und Stralsund teilweise durch englische und amerikanische Angriffe zerstört waren. „Solch eine verhältnismäßige Unversehrtheit dieser Städte erklärt sich erstens durch den sehr schnellen Vormarsch der Roten Armee und andererseits durch das Vorhandensein militanter Komitees antifaschistischer Organisationen in diesen Städten, die in einer Reihe von Fällen SS-Leute und andere, die versuchten, die Städte zu zerstören, gezwungen haben, ohne Zerstörungen abzuziehen, und die Städte an die Rote Armee so, verhältnismäßig heil, übergeben haben.“<sup>70</sup> Da Sobottka, im Gegensatz zu Ackermann und Ulbricht, die Tätigkeit von Widerstands- und Antifa-Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern indirekt lobte, sollen am Beispiel dieser Gruppen in Rostock, Greifswald und Waren das Verhältnis von Besatzungsmacht und Exil-KPD zu den antifaschistischen Ausschüssen dargestellt werden. Außerdem soll geprüft werden, ob den Mitgliedern der Sobottka-Gruppe tatsächlich nur parteipolitische Arbeit zukam, wie das die Autoren der „Arbeiterinitiative“ annahmen.<sup>71</sup> Der Greifswalder Gruppe, der vergleichsweise viele Bürgerliche angehörten, kommt dabei besonderes Gewicht zu, war ihre Konstituierung schon 1944 nach den Richtlinien des in der Sowjetunion initiierten Nationalkomitees „Freies Deutschland“ erfolgt.

---

<sup>67</sup> Über ihre Integration in die Strukturen der Exil-KPD war dem Schweriner Parteiarchiv der SED nichts zu entnehmen.

<sup>68</sup> Sobottka wies in seinen Ausführungen vor Dimitroff am 7. Juni 1945 darauf hin, dass lediglich Stettin im Gebiet der 2. Belorussischen Front als Großstadt anzusehen sei. Diese Stadt, die von den Amerikanern stark bombardiert worden war, befand sich mit dem Kriegsende und dem neuen deutsch-polnischen Grenzverlauf im polnischen Grenzgebiet und war damit der Arbeit der Sobottka-Gruppe entzogen. Vgl. Laufer 1996, S. 368.

<sup>69</sup> Ebenda.

<sup>70</sup> Laufer 1996.

<sup>71</sup> Niethammer u.a. (Hg.) 1976.



## 5.2 Das Rostocker Ordnungskomitee

Die Ereignisse in Rostock sollen näher betrachtet werden, weil das Ordnungskomitee relativ lange wirken konnte, wenn auch nicht unter dieser Bezeichnung. Dabei scheint es, dass die der Roten Armee unterstellten Deutschen bei der Normalisierung des Nachkriegslebens arbeitsteilig vorgehen. So übernahmen die Frontbevollmächtigten des NKFD den Aufbau der Kommunalverwaltungen und die Exil-Kommunisten sondierten die politische Lage unter der Bevölkerung und leisteten Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus. Dabei offenbarten sich Diskrepanzen zwischen den Mitarbeitern der Sobottka-Gruppe und denen des NKFD, die sich hauptsächlich bei der Besetzung der Kommunalverwaltungen entstanden.

### 5.2.1 Die Stadtkommandantur

Das Kriegsende für die Stadt Rostock fiel auf den 1. Mai 1945. An diesem Tag fanden die letzten Kampfhandlungen statt, flohen leitende Beamte der Stadtverwaltung, marschierte die 65. Armee der 2. Belorussischen Front unter Gardekapitän S. Dmitrewski ein.<sup>72</sup> Kommandant der Stadt wurde zunächst der Frontkommandant Major Grommow, der das Rostocker Ordnungskomitee tolerierte und mit ihm zusammenarbeitete.

Nach fünf Tagen lösten Oberst Prjadko und dessen Stellvertreter Kiritschenko die provisorische Stadtkommandantur im Hotel Rostocker Hof ab<sup>73</sup>. Er erließ den Befehl Nr. 1<sup>74</sup>, worin er die nach dem 30. Januar 1933 erlassenen Gesetze für aufgehoben und den sofortigen Amtsantritt von Christoph Seitz als neuen Oberbürgermeister erklärte, einem der Roten Armee unterstellten Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“.<sup>75</sup> Weiterhin verfügte er die Auflösung der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie die Registrierung ihrer Mitglieder bei der Stadtkommandantur.<sup>76</sup> Das Eigentum der genannten Parteien und Behörden wurde beschlagnahmt. In einem zweiten Teil wurde die Gesetzeskraft seiner Anordnungen und die Wiederaufnahme der Arbeit bekannt gegeben. Die Lebensmittelversorgung und die entsprechende Zuteilung legte er in die Hände der neuen Stadtverwaltung. Oberst Prjadko unterzeichnete als „Wehrmachtskommandant der Seestadt Rostock“. Möglich, dass sich Prjadko über seine Position selbst nicht im Klaren war und die deutsche Bezeichnung deshalb übernahm, weil er sich auf deutschem Territorium befand.

Am 21. Mai 1945 erklärte der Kommandant dem Oberbürgermeister, dass die Vergabe freistehender Wohnungen und Drucksachen seiner Genehmigung bedurften.<sup>77</sup> Kurz darauf untersagte er sämtliche Versammlungen in

---

<sup>72</sup> Hein 1983, S. 3; Bohl u.a. 1995, S. 208 ff.

<sup>73</sup> Hein 1983, S. 4; Bohl u.a. 1995, S. 216 f.; Elsner 1980, S. 139 f.

<sup>74</sup> Bohl u.a. 1995, S. 212.

<sup>75</sup> AHR 2.1.0.1, Befehl des Wehrmachtskommandanten Nr.1.; Seestadt Rostock 5.5.1945.

<sup>76</sup> Gleiches galt für alle „Angehörigen, Angestellten und Beamte der SS, Gestapo, SD, Feldgendarmerie und alle Gliederungen der Polizei“. Unterlassungen drohte er „als eine gegen die Rote Armee feindlich gerichtete Handlung“ zu ahnden, „die gleichbedeutend mit Spionage und Sabotage“ war. Ebenda.

<sup>77</sup> AHR 2.1.0.7; Anordnung des Kommandanten vom 21.5.1945.

Privatwohnungen und öffentliche Versammlungen wurden ebenfalls genehmigungspflichtig.<sup>78</sup>

Es ist anzunehmen, dass der Frontkommandant Grommow über die konkreten Besetzungsaufgaben zunächst keine Kenntnisse hatte, außer dass das Leben innerhalb der Stadt so rasch wie möglich normalisiert werden sollte. Über Aktivitäten seinerseits, eine antifaschistische Stadtverwaltung aufzubauen, fanden sich keine konkreten Hinweise. Erst mit seinem Nachfolger, Oberst Prjadko, kamen die Mitarbeiter einer längerfristigen Kommandantur, die über die wichtigsten Nachkriegsmaßnahmen informiert waren. Die in vielen Orten konstatierte Wiedereinführung des Status quo ante erfolgte in Rostock zunächst nur im Hinblick auf den Rückgriff auf Weimarer Recht.

### 5.2.2 Die Kommunalverwaltung Rostocks

Nach der Übernahme der Besetzungsaufgaben durch Oberst Prjadko am 5. Mai bestellte dieser noch am gleichen Tag den Vorsitzenden des Ordnungskomitees, Mahncke, zu sich, um die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens und die Verteilung von Lebensmitteln zu besprechen. In beiden Punkten konnte keine Einigkeit erreicht werden, da der Stellvertretende Kommandant für Zivilangelegenheiten vorher abberufen wurde.<sup>79</sup>

Am 9. Mai präsentierte der Stadtkommandant der Rostocker Bevölkerung den bereits am 5. Mai angekündigten neuen Oberbürgermeister.<sup>80</sup> Für diese Personalentscheidung griff die Besatzungsmacht auf das Kaderreservoir der Frontbeauftragten des Nationalkomitees "Freies Deutschland" zurück. So wurde der 31jährige Münchner Metallarbeiter Christoph Seitz<sup>81</sup> am 9. Mai

<sup>78</sup> AHR 2.1.0.1548, Aktennotiz vom 31. Mai 1945.

<sup>79</sup> Für das Amt des Oberbürgermeisters hatte das Ordnungskomitee den früheren Oberbürgermeister Grabow favorisiert. Diese Pläne wurden jedoch wegen dessen Suizid hinfällig. Auch die Fragen der Sicherstellung der Versorgung blieben ungelöst, da Transportmittel fehlten und keine Mühlen arbeiteten, die das Korn hätten mahlen können. Bohl u.a. 1995, S. 217.

<sup>80</sup> Hein 1983, S. 4.

<sup>81</sup> Die SMAM urteilte im Herbst 1945 über Seitz: „Im Kreis Rostock arbeitet auf dem Posten des Oberbürgermeisters der Antifaschist Seitz, der drei Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft war und die Antifa- und Frontschulen besucht hat. Er arbeitete unter

Oberbürgermeister von Rostock. Zu dessen Stellvertreter bestimmte die sowjetische Kommandantur Dr. Heinrich Heydemann<sup>82</sup>, der 1932 die DNVP im mecklenburgischen Landtag vertreten hatte.<sup>83</sup> Mahncke sicherte dem neuen Oberbürgermeister als Leiter des Ordnungskomitees seine volle Unterstützung zu.

Einen Tag später wurden alle in den Räumen des Ordnungskomitees Anwesenden verhaftet und auf der Kommandantur von einem „höheren Stab“ mehrere Stunden lang verhört. Ihre Freilassung erfolgte schließlich, nachdem der frühere Frontkommandant Major Grommow erschienen war und sich für die Integrität der Mitglieder des Antifa-Komitees verbürgte.<sup>84</sup>

Nach diesem Zwischenfall begann die zügige Eingliederung der Ordnungskomitee-Mitglieder in Funktionen der Stadtverwaltung, die im Juni 1945 für abgeschlossen erklärt wurde: Mahncke übernahm die Leitung des Arbeitsamtes, Schares wurde „Beauftragter für die richtige Auswahl der Kader für wichtige Verwaltungsfunktionen“, und auch andere Komiteemitglieder erhielten einen Posten in der Stadtverwaltung und deren Untergliederungen.<sup>85</sup>

komplizierten Bedingungen an vorderster Front bei der Aufklärung der Soldaten des Gegners und war dann Bevollmächtigter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ bei der Politabteilung der 3. Armee und erwies sich uns bei dieser Arbeit als aktiver und energischer Arbeiter und konsequenter Antifaschist. Vgl. GARF f. 7184, op. 47, d. 1.

<sup>82</sup> Dr. Heinrich Heydemann(1881-?); Jurist, 1911-1919 Senator der Stadtverwaltung Güstrow, 1919-1935 Bürgermeister der Stadt Güstrow, 1936-1945 Syndikus bei Mahn & Ohlerich BAG Rostock, 18. Mai 1945 bis 10. Juli 1945 Bürgermeister der Stadt Rostock, 11. Juli bis 10.8.1945 Leiter der Finanzabteilung der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, 10.8.-31.10.1945 Inhaftierung, nach Inhaftierung und Ausscheiden aus der Landesverwaltung bis zum 10.12. 1945 Stadtsyndikus in Rostock, 17.12.1945 - März 1947 Leiter des Rechtsdezernats der Stadt Rostock, erneute kurzzeitige Verhaftung durch Staatsanwalt der SMA; 31.5.1947 Ausscheiden aus dem Rechtsdezernat, ab Juli 1947 bis 31.1.1949 Angestellter des Rostocker Rechtsdezernats der Stadt, wo er die anstehenden Aufgaben, die er auch als amtlicher Leiter vorher innehatte, laut Vertrag lösen sollte. Vgl. AHR 2.1.0.675, Bohl u.a. 1995, S. 219; Elsner 1980, S. 140; RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 392, Blatt 10.

<sup>83</sup> Gustav Sobottka und Willi Bredel erwähnten Ende Juni 1945 in ihrem Bericht an die sowjetischen Parteibehörden, dass sie am 18. Mai 1945 in Rostock mit der Stadtverwaltung zusammengetroffen waren. „Während dieses Gesprächs und unserer Arbeit erfuhren wir, dass Bürgermeister Heydemann Hitlergegner war und dass er in der Eigenschaft als Bürgermeister einen energischen und tätigen Menschen darstellt, der sich in kommunalen Fragen auskennt. Aber infolge seines Alters ist er wenig beweglich. Neue Aufgaben kann er nur bei guter Unterstützung lösen. Deshalb wurde ihm der Antifaschist Seitz zur Seite gestellt, der ihm aktive Unterstützung geben soll.“ Vgl. RZChiIDNI f. 17, op. 125, d. 317.

<sup>84</sup> In den übrigen Akten des Archivs der Hansestadt Rostock fanden sich keine weiteren Hinweise zu dieser Verhaftung, die Hans Mahncke in seinen Erinnerungen erwähnte. AHR 2.1.0.1396, Bohl u.a. 1995, S. 217.

<sup>85</sup> Kaufmann Eggers wurde Leiter des Ernährungsamtes, Egon Bachtaler leitete das Wirtschaftsamt, Otto Kuphal die Fahrbereitschaft, Martin Müller war zuständig für das Gas- und Wasserwerk und Hörning für die Straßenbahn. Erwin Kruse wurde Stellvertreter des Landrates, August Stemme zunächst Friedhofsverwalter und Bobsin war Sonderbeauftragter der Wirtschaft. Vgl. RZChiIDNI f. 17, op. 125, d. 317; Rackow 1966, S. 94.

Die personelle Zusammensetzung der Rostocker Stadtverwaltung änderte sich bis Anfang 1946 noch öfter: Nach der Berufung Dr. Heydemanns als Ministerialdirektor für Finanzen in die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns am 9. Juli 1945 übernahm der Sozialdemokrat Otto Kuphal, bisher Leiter des Wohnungsamtes, dessen Position und wurde nach dem Wechsel von Seitz<sup>180</sup> nach Schwerin Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock. Nach dem Tode Kuphals im Januar 1946 übernahm wieder ein Sozialdemokrat die Geschäfte des Oberbürgermeisters. Albert Schulz<sup>181</sup> legte für dieses Amt den Parteivorsitz der sozialdemokratischen Ortsgruppe Rostocks nieder. Ab Dezember 1945 fungierte der Kommunist Walter Petschow als Bürgermeister. Sowohl Kuphal als auch Petschow waren Mitglieder des ehemaligen Ordnungskomitees.

Die Besetzung des Oberbürgermeistersamtes mit einem Sozialdemokraten entsprach den Mehrheitsverhältnissen der Weimarer Republik.<sup>182</sup> Damit versuchte die Besatzungsmacht nicht nur mit der Aufhebung aller nach dem 30. Januar 1933 erlassenen Gesetze, sondern auch mit Personalentscheidungen, die den politischen Verhältnissen der zwanziger und dreißiger Jahre entsprachen, den status quo ante wieder herzustellen.

---

<sup>180</sup> Seitz wurde Ende November 1945 gemeinsam mit dem Leiter des Rostocker Personalamtes nach Schwerin beordert, um dort die Geschäfte des Oberbürgermeister zu übernehmen. Vgl. Rackow 1966, S. 97.

<sup>181</sup> Albert Schulz (1895-?), Maschinenbauer, 1919-1926 Angestellter und später Abteilungsleiter der Ortskrankenkasse Rostock, 1926-1935 Redakteur der Mecklenburgischen Volkszeitung, 1933-1945 Zigarrenhändler, 1913 SPD, 1914 SAJ, 1920 stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe der SPD Rostock, 1929 deren Vorsitzender, 1921-1933 Landtagsabgeordneter, 1924-1933 Gauführer des Reichsbanners, 1932 Reichstagsabgeordneter, August 1945 - 31.1.1946 Parteivorsitz der Rostocker SPD, ab Februar 1945 bis 1.8.1949 Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock, dann Übersiedlung in die BRD. Vgl. AHR 2.1.0.716, Rackow 1966, S. 56.

<sup>182</sup> Bei den Wahlen zum Stadtparlament 1918 hatte die SPD 31 Sitze und die USPD 2 Sitze erhalten. Ihnen standen 23 Sitze der DDP und 10 Sitze der DVP gegenüber. Auch noch 1930 war die Sitzverteilung zugunsten der Sozialdemokraten, die 26 Sitze errangen, die KPD kam auf fünf Sitze. Ihnen standen damals 16 Sitze der NSDAP gegenüber. Vgl. Elsner 1980, S. 107 und S. 127.

### 5.2.3 Das Ordnungskomitee der Stadt Rostock und seine Nachfolgeorganisationen

#### *Das Ordnungskomitee*

Einen Tag nach dem Einmarsch der Roten Armee hatte sich das Ordnungskomitee gebildet, in dem sich hauptsächlich die Rostocker zusammenfanden, die bereits während der Kriegsjahre untereinander Kontakte gepflegt und in den letzten Kriegstagen die Zerstörung wichtiger Produktionsanlagen und Verkehrswege wie Brücken verhindert hatten.<sup>183</sup> Sieben Kommunisten, drei Sozialdemokraten und vier Parteilose bildeten die Komiteeleitung. Sechs von ihnen waren Arbeiter der Neptunwerft und Mitglieder des Deutschen-Metallarbeiter-Verbands, zwei von ihnen Kaufleute und einer Ingenieur.<sup>184</sup> Zwei Kommunisten und ein Sozialdemokrat<sup>185</sup> suchten am gleichen Tag als Vertreter des Komitees den Frontkommandanten Major Grommow auf. Dieser sicherte ihnen Unterstützung hinsichtlich der Bewachung städtischer Lebensmittellager zu, wofür er 60 Soldaten abkommandierte. Zusätzlich gestattete er den Antifaschisten, eine eigene 100 Mann starke Sicherheitswache mit roten Armbinden aufzustellen.<sup>186</sup> Anlaufpunkt für die Antifaschisten wurde ein Raum im sogenannten Palais, den der Frontkommandant dem Ordnungskomitee zuteilte.

---

<sup>183</sup> AHR 2.008.1396, Die Ereignisse nach dem 1. Mai 1945 in Rostock, Abschrift; Jahnke u.a. 1963, S. 63f; Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952 (Hg. Bezirksleitung des SED Neubrandenburg, Rostock, Schwerin), Rostock 1986, S. 64.

<sup>184</sup> Mitglieder des Komitees waren die Kommunisten Hans Mahncke, Josef Schares, Erwin Kruse, August Stemme, Walter Petschow, Wilhelm Meyer und Anton Zdansky, die Sozialdemokraten Wilhelm Hörning, Martin Müller und Otto Kuphal sowie die Kaufleute Wilhelm Eggers und Johannes Bonsin und der Ingenieur Egon Bachtaler. Vgl. AHR 2.1.0.157, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt, Ordnungskomitee; Rackow 1966; Elsner 1980, S. 134 und 138.

<sup>185</sup> Josef Schares (1887-1970), Klempner, 1918 Soldatenrat, 1920 KPD, 1921 -1924 2. Vorsitzender des Betriebsrates der Neptunwerft, 1925-1933 Organisationsleiter des RFB Mecklenburg, 1929-1933 Stadtverordneter, 1935 Hochverratsprozess sowie diverse andere Haftstrafen; AHR 2.1.0.157, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt, Ordnungskomitee.

Hans Mahncke (1894-1967), Schmied, KPD, 1930 Stadtverordneter, 1934 Hochverratsprozess, 1940 Entlassung aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen, dort Bekanntschaft mit Ernst Schneller, Max Reimann, Willi Schröder und Hans Warnke, bildete illegale Gruppe mit Sozialdemokraten. Elsner 1980, S. 34 und S. 38.

Wilhelm Hörning (1890-1968), Dreher, 1907 Deutscher Metallarbeiter Verband, 1908 SPD, 1920 Gewerkschaftssekretär, 1928-1933 Stadtverordneter in Görlitz, Bekanntschaft mit Otto Buchwitz; AHR 2.1.0.157, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt, Ordnungskomitee.

<sup>186</sup> Ebenda; AHR 2.1.0.1396, Die Ereignisse nach dem 1. Mai 1945 in Rostock, Abschrift; Elsner 1980, S. 139; Geschichte der Landesparteiorganisation, S. 71.

Die Namensgebung „Ordnungskomitee“ lässt sich auf das allgemeine Chaos in den ersten Maitagen zurückführen. NSDAP-Funktionäre hatten Rostock zur „offenen Stadt“ erklärt, was unzählige Plünderungen nach sich zog.<sup>187</sup> Dem wollten die Antifaschisten mit der Bekanntmachung vom 3. Mai 1945<sup>188</sup> entgegenwirken; ferner wurde die Bevölkerung so über die Zusammenkunft mit Major Grommow informiert. Damit schien die Tätigkeit des Ordnungskomitees legitimiert. Das Flugblatt des Ordnungskomitees unterrichtete über die mit Grommow getroffenen Vereinbarungen und gab die Anweisung zur Wiederaufnahme der Produktion. Das Elektrizitätswerk, das Wasserwerk und die Müllabfuhr sollten ab dem 4. Mai wieder arbeiten und die Lebensmittelgeschäfte wieder öffnen, wobei die Versorgung mit Lebensmitteln noch ungeklärt war.

Die Verfasser des Flugblatts<sup>189</sup> kündigten harte Strafen für weitere Plünderungen an und forderten die Bevölkerung auf, sich beim Ordnungskomitee zur Beseitigung der Straßensperren zu melden. Dieses Flugblatt unterzeichneten zwei Vertreter der ehemaligen KPD, ein Parteiloser und ein Sozialdemokrat<sup>190</sup>. Das lag in sowjetischem Interesse, bei allen Maßnahmen zur Normalisierung des Nachkriegslebens die breite Bevölkerung anzusprechen. Unklar ist allerdings, ob diese Demonstration der Volksfront vom Frontkommandanten gefordert wurde oder dem Selbstverständnis der Mitglieder des Ordnungskomitees entsprach. Es ist nicht auszuschließen, dass Grommow die neutrale Namensgebung beim ersten Treffen mit dem Komitee anregte, waren doch die Sowjets nicht an einem kommunistisch initiierten

---

<sup>187</sup> Rostock zählte 1942 ca. 136 000 Einwohner. Im Vergleich dazu lebten 1919 nur ca. 67 000 Bürger in Rostock, 1933 waren es 89 900. Ursache für das Ansteigen der Bevölkerung waren zahlreiche Eingemeindungen und der Ausbau der Rüstungsindustrie in den Jahren zwischen 1933 und 1942. Hauptarbeitgeber waren die Neptunwerft und die Heinkelwerke, die Waffen, Munition, Panzer und Flugzeugmotoren fertigten. Als die Stadt infolge eines Bombenangriffes 1942 stark zerstört wurde, waren 40 % des vorhandenen Wohnraumes nicht mehr nutzbar und ein Großteil der Bevölkerung verließ deshalb die Stadt. Mitte Mai 1945 wurden ca. 66 000 Bürger gezählt, Ende Juni 74 564.

AHR 2.1.0.1396, Die Ereignisse nach dem 1. Mai 1945 in Rostock, Abschrift; AHR 2.1.0.58; Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt, Vgl. Elsner 1980, S. 86, 128; Rackow 1969.

<sup>188</sup> Hein 1983, S. 3.

<sup>189</sup> Hans Mahncke nannte in seinen nicht datierten Erinnerungen „Die Ereignisse nach dem 1. Mai 1945 in Rostock“ Major Grommow, sich selbst, Schares und einen Dolmetscher als die Verfasser der zitierten Bekanntmachung. Allerdings datierte Mahncke die entsprechende Zusammenkunft für den 4. Mai, das Flugblatt ist allerdings auf den 3. Mai 1945 datiert. Vermutlich verwechselte Mahncke die Abfolge der Ereignisse. Vgl. AHR 2.1.0.1396, Die Ereignisse nach dem 1. Mai 1945 in Rostock, Abschrift.

<sup>190</sup> Zu ihnen gehörten Schares und Mahncke, beide KPD, der Parteilose Bobsin und der Sozialdemokrat Hörning. Bohl u.a. 1995, S. 213.

Ausschuss interessiert. Die von den Rostockern avisierte Hilfspolizei zu tolerieren, fiel dem Kommandanten angesichts seiner Hauptaufgabe, das Leben rasch zu normalisieren und Plünderungen und andere Übergriffe zu unterdrücken, nicht schwer.

In den ersten Tagen kümmerte sich das Komitee um die Beseitigung von Panzersperren. Außerdem führten die Mitglieder Gespräche mit der Ärztevereinigung, um gemeinsam den Ausbruch von Seuchen zu verhindern.<sup>191</sup>

### *Beratungsstelle der arbeitenden Bevölkerung Rostocks*

Als Vorsitzender des Ordnungskomitees sicherte Hans Mahncke dem Bürgermeister umfassende Unterstützung zu<sup>192</sup>. Dazu siedelte das Ordnungskomitee noch am gleichen Tag ins Rathaus über und nannte sich fortan „Beratungsstelle der arbeitenden Bevölkerung“<sup>193</sup>. Nach der bereits erwähnten Verhaftung der Mitglieder des Ordnungskomitees wurden viele von ihnen in die Stadtverwaltung integriert. Das Personalamt teilte dem Oberbürgermeister am 25. Juni 1945 mit: „Die Mitglieder der bisherigen Beratungsstelle haben durchweg Arbeiten von Wichtigkeit zugewiesen erhalten; sie sind an den ihnen zugewiesenen Arbeitsplätzen unentbehrlich. Damit hat die Beratungsstelle praktisch aufgehört zu existieren.“<sup>194</sup>

Das Ordnungskomitee fungierte personell bis Ende Mai 1945 als sogenannte „Beratungsstelle der arbeitenden Bevölkerung Rostocks“. Am 28. Mai 1945 teilte das Personalamt den einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung mit: „Nach Rücksprache mit dem Herrn Oberbürgermeister ist das frühere Komitee

<sup>191</sup> Ebenda, S. 216, 218.

<sup>192</sup> Bredel beschrieb die Situation in seinem Roman „Ein neues Kapitel“ (Bredel 1959, S. 35ff.) Bredel zufolge hätten die Mitglieder des Antifa-Komitees sowohl um „Beistand und Hilfe“ als auch um „Anweisungen und Ratschläge“ (S. 38) gebeten. Als der Kommandant erwähnte, dass er eine neue Stadtverwaltung einzusetzen plane, wurde in der Antwort der Antifaschisten deutlich, daß eigentlich sie sich als diese verstanden. (S. 39) Bredel lässt den Stadtkommandanten hierauf erwidern: „Ihr Antifaschistisches Komitee hat eine nützliche Vorarbeit geleistet, und die Kommandantur dankt Ihnen dafür; nun müssen Sie diese Arbeit auf einer neuen, höheren Ebene fortsetzen.“(S. 39) Im Folgenden soll der Kommandant dem Ordnungskomitee die nächsten notwendigen Aufgaben erklärt und darauf verwiesen haben, dass der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats noch nicht dazu gehörten. Der Sprecher des Antifa-Komitees soll daraufhin festgestellt haben, dass die Ausführungen des Kommandanten praktisch die Auflösung des Komitees bedeute. Hierauf beschwichtigte der Kommandant, indem er alle Anwesenden aufforderte, Personalangaben und Lebensläufe einzureichen, um in die neue Stadtverwaltung eingegliedert zu werden.(S. 40) Diese Darstellung entspricht allen offiziellen Darstellungen in der DDR. Die Arbeit der antifaschistischen Ausschüsse und Komitees wurde darin immer zuerst gelobt, um dann die Notwendigkeit der Auflösung hervorzuheben, ohne sie jedoch explizit zu begründen.

<sup>193</sup> Elsner 1980 , S. 140.

<sup>194</sup> AHR 2.1.0.160, Personalamt an Oberbürgermeister 25. Juni 1945.



als Beratungsstelle nach wie vor in Kraft.<sup>195</sup> Daraus ist auf Unklarheiten über die weitere Existenz des Komitees zu schließen. Ob diese Unklarheiten mit der Anwesenheit des KPD-Instruktors Willi Bredel zusammenhängen, konnte nicht geklärt werden. Auszuschließen ist es jedoch nicht, zumal Sobottka am 20. Mai mit Bredel verschiedene Versammlungen in Rostock bestritt.<sup>196</sup> Der Leiter des Personalamtes teilte dem Oberbürgermeister erst zum 25. Juni 1945 mit, dass die Beratungsstelle ihre Tätigkeit eingestellt hat.<sup>197</sup>

Die Beratungsstelle wurde paritätisch von einem Kommunisten und einem Sozialdemokraten geleitet.<sup>198</sup> Ihr Tätigkeitsgebiet – sie beschäftigte sich u.a. mit der Überwachung der Preise und der Registrierung von Flüchtlingen – ist teilweise mit den von den Exil-Kommunisten in Dresden eingerichteten „Kommunalen Hilfsstellen“ vergleichbar, die auch die Funktionen der Stadtteilverwaltungen übernommen hatten.

#### *Die Bezirksältesten*

Die Beratungsstelle diente als Übergangslösung, bis die ab dem 15. Mai arbeitenden Büros der Revier- bzw. Bezirksältesten voll funktionstüchtig waren. Denn zahlreiche Mitarbeiter des Ordnungskomitees bzw. der Beratungsstelle wurden Bezirksälteste. Diesen Bezirksältesten, die in den nach dem Krieg eingerichteten 26 Stadtbezirken fungierten, wurden ab Juli 1945 Obmänner und Hausvertrauensmänner unterstellt.<sup>199</sup> Die Bezirksältesten rekrutierten sich aus 18 ehemaligen Mitgliedern der KPD und 8 ehemaligen Sozialdemokraten, womit diese Einrichtung eindeutig kommunistisch dominiert war.

Ursprünglich plante der Leiter des Personalamtes, vermutlich ebenfalls ein ehemaliger Frontbeauftragter des NKFD oder ein Absolvent der Antifa-Schulen, die Bezirksältesten seiner Abteilung zu unterstellen.<sup>200</sup> Doch die Kontaktaufnahme zu den Rostockern gestaltete sich schwieriger als angenommen. Dem Oberbürgermeister gegenüber begründete er die Schaffung

---

<sup>195</sup> AHR 2.1.0.157, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt, Ordnungskomitee.

<sup>196</sup> AHR 2.1.0.1548, Bekanntmachung der Revierältesten vom 19. Mai 1945.

<sup>197</sup> AHR 2.1.0.160, Personalamt an Oberbürgermeister, 25. Juni 1945.

<sup>198</sup> AHR 2.1.0.1548.

<sup>199</sup> AHR 2.1.0.160, Anordnung der Hauptverwaltung (Oberbürgermeister, Personalamt) über Einsetzung von Block- und Hausobmännern, Personalamt an Bürgermeister, 7.8.1945.

<sup>200</sup> Dr. Hermann Spreche leitete die Bezirksältesten vom 20. bis 25. Juni 1945 an. AHR 2.1.0.160. Personalamt an Oberbürgermeister, 25. Juni 1945.

einer Führungsposition für die Bezirksältesten: „In den 5 Tagen, in denen ich die Betreuung (der Bezirksältesten -J.M.) übernommen hatte, habe ich festgestellt, daß die Bezirksältesten einer einheitlichen Führung notwendigerweise bedürfen, und zwar schon allein aus dem Grund, um für eine einheitliche Handhabung der Geschäfte der Bezirksältesten Sorge zu tragen.“ Dafür besaß er als Nicht-Rostocker nicht genügend Autorität. Deshalb berief der Leiter des Personalamtes am 25. Juni 1945 einen Rostocker zum Leiter der Bezirksältesten.<sup>201</sup> August Stemme trat am 6. Juli 1945 erstmals in dieser Funktion auf. Weil den während des Nationalsozialismus im Lande gebliebenen Kommunisten nicht zu „trauen“ war, erhielt Stemme einen Mitarbeiter, der offenbar ebenfalls aus dem Kaderreservoir des NKFD rekrutiert wurde. Dieser erklärte auf der Versammlung: „...es müsse in Zukunft so werden, daß alle Bezirke einheitlich ausgerichtet sind.“<sup>202</sup>

Bis zu Stemmes Amtsantritt erteilten die Vertreter der Stadtverwaltung und des Arbeitsamtes den Bezirksältesten Anweisungen zum Arbeitseinsatz.<sup>203</sup> Danach regelten Stemmes Rundschreiben die Arbeit der Bezirksältesten. Fortan gehörte es zu den Aufgaben der Bezirksältesten, Arbeitseinsätze in ihrem Stadtgebiet zu koordinieren, Lebensmittelkarten auszuteilen, ehemalige Parteimitglieder der NSDAP zu registrieren und Haussuchungen bei ihnen vorzunehmen. Des Weiteren sollte der Revierälteste für die politische Zuverlässigkeit der von ihm eingesetzten Personen bürgen.<sup>204</sup> Außerdem sollten sie als Mittler zwischen den Bürgern und der Stadtverwaltung fungieren, indem sie dem Magistrat Bürgeranliegen überbrachten und gleichzeitig für die Umsetzung städtischer Anweisungen sorgten.<sup>205</sup> Weitere Aufgaben waren Wohnraumlenkung und ab August 1945 die Sicherung pünktlicher Mietzahlung. Die Büros der Bezirksältesten dienten als Anlauf- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und für ehemalige Häftlinge von Konzentrationslagern und Zuchthäusern. Die Ausgabe von Ausweisen an die Opfer des Faschismus durch die Bezirksältesten wertete die Stadtverwaltung

---

<sup>201</sup> August Stemme, der aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft im Ordnungskomitee und in der Beratungsstelle mit den Geschäften der Bezirksältesten vertraut war, wurde von diesen vermutlich bereitwilliger akzeptiert als der NKFD-„Import“. AHR 2.1.0.160, Personalamt an Oberbürgermeister, 25. Juni 1945.

<sup>202</sup> LA Greifswald, Rep. 296 Hans Mahncke.

<sup>203</sup> LA Greifswald, Rep. 296 Hans Mahncke.

<sup>204</sup> AHR 2.10.160; Bohl u.a. 1995, S. 232, 234.

<sup>205</sup> Rackow 1969, S. 49f.

als Kompetenzüberschreitung, denn dazu war nur der entsprechende offizielle Ausschuss berechtigt. Zudem führten die Bezirksältesten Spendensammlungen für die Opfer des Faschismus durch. Die Stadtverwaltung befürchtete, dass in den Bezirken von der Stadtverwaltung unabhängige Kassen entstünden, weshalb deren Auflösung im September 1945 angeordnet wurde.<sup>206</sup>

Ab Juli und August 1945 mehrten sich Zwischenfälle von konkreten Kompetenzüberschreitungen einzelner Bezirksältester.<sup>207</sup> Ende August kritisierte Stemme: „Es kommen immer wieder Beschwerden, dass die Herren Bezirksältesten zu sehr selbständig arbeiten und Beschlagnahmen vornehmen ohne Einverständnis der Stadtverwaltung und der Polizei“. Stemme drohte bei weiteren ähnlichen Vorfällen mit Amtsenthebung und Übergabe dieser Angelegenheiten an das Gericht.<sup>208</sup>

Nachdrücklich wies Stemme die Bezirksältesten darauf hin, dass die im Zusammenhang mit der Konstituierung der Stadtverwaltung vorgenommene Einteilung der Stadt in 26 Stadtbezirke nicht „der politischen Einteilung, wie die Nazis es vorgenommen hatten“, entspräche. „Es ist somit keine politische, sondern eine rein verwaltungsmäßige Einteilung unserer Stadt. Die Bezirke sind somit Dienststellen der Stadtverwaltung und die Bezirksältesten und ihre Mitarbeiter Angestellte der Stadtverwaltung.“ Abschließend unterstrich er noch einmal die Verwaltungsfunktion seiner Angestellten.<sup>209</sup> Der Umstand, dass Stemme faktisch dreimal in einem Schreiben hervorhob, dass die Bezirksältesten Verwaltungs- und nicht politische Arbeit zu leisten hätten, lässt auf Unklarheiten bei den Bezirksältesten hinsichtlich ihres Aufgabenfeldes und auf ihr nur schwer kontrollierbares Eigenleben schließen.

Ab August sah sich Stemme gezwungen, Bezirksälteste zu entlassen oder zu verwarnen, um dem allgemeinen Ansehen dieser Einrichtung unter der Rostocker Bevölkerung nicht zu schaden.<sup>210</sup>

Am 16. Mai konnte die Rostocker Stadtverwaltung nach ergangener Genehmigung durch den Stadtkommandanten beginnen, eine offizielle Polizei

<sup>206</sup> AHR 2.1.0.160, Hauptverwaltung an den Leiter der Bezirksältesten, 24.09.1945.

<sup>207</sup> Einer von ihnen forderte den Vorgesetzten Stemme auf, Haussuchungen bei allen Bezirksältesten vorzunehmen, kursierten doch in Rostock Gerüchte, dass sich Bezirksälteste und Vertrauensmänner „Möbel, Lebensmittel und andere Sachen angeeignet haben.“ Die Haussuchungen sollten diejenigen entlasten, die sich korrekt verhielten. AHR 2.1.0.160, Schreiben eines Rostocker Bürgers an den Leiter der Bezirksältesten, 19.7.1945

<sup>208</sup> AHR 2.1.0.1548, Leiter der Bezirksältesten, Stemme, an Bezirksälteste, 30.08.1945.

<sup>209</sup> AHR 2.1.0.1548, Ebenda.

<sup>210</sup> AHR 2.1.0.1548, Ebenda.

einzurichten. Zum Chef der Polizei wurde Wilhelm Meyer, Mitglied des Ordnungskomitees, berufen.<sup>211</sup> Nur zwei Tage später begannen bereits fünf Polizeireviere eng mit den Bezirksältesten zusammenzuarbeiten. Zu den wichtigsten Aufgaben gehörten „die Namhaftmachung und Aufspürung der ehemaligen Nazifunktionäre“, die Durchführung der Beschlagnahme von Waffen, Munition, Rundfunkgeräten und geplünderten Lebensmittelbeständen sowie „Auskunftserteilung der ratsuchenden Bevölkerung“. Am 31. Mai 1945 fand ein Empfang beim Stadtkommandanten statt, auf dem er die neuen Polizeibeamten bestätigte, ihnen ihre Dienstausweise aushändigte und weitere Richtlinien für die Polizeiarbeit bekannt gab.<sup>212</sup>

#### *Die „Vertretung der Bevölkerung“*

Die Vertreter von KPD und SPD erwogen in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 22. Juli 1945, dem Oberbürgermeister eine aus elf Kommunisten und elf Sozialdemokraten bestehende „Vertretung der Bevölkerung“ vorzuschlagen. Dem Oberbürgermeister wurde das Recht eingeräumt, ebenfalls elf Mitglieder zu benennen, die, aus der Stadtverwaltung kommend, Handel, Wirtschaft, Wissenschaften u.ä. repräsentieren sollten.<sup>213</sup> Am 9. August 1945, nach der dritten Sitzung, äußerte sich der gemeinsame Arbeitsausschuss von KPD und SPD dem Oberbürgermeister gegenüber in einem Schreiben über das Selbstverständnis dieser Bevölkerungsvertretung: „Die Vertretung soll die Aufgabe haben, den Herrn Oberbürgermeister bei der Führung seines hohen Amtes zu unterstützen.“<sup>214</sup> Im August 1945 sprachen sich die Mitglieder des Arbeitsausschusses von KPD und SPD für eine so genannte „vorläufige Vertretung der Rostocker Einwohnerschaft“ aus<sup>215</sup>, die als eine Nachfolgekörperschaft der „Vertretung der arbeitenden Bevölkerung“ verstanden werden könnte.

Einen Monat später verschickte die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns eine Verfügung, die inhaltlich die Bildung eines

<sup>211</sup> AHR 2.1.0.58, Tätigkeitsbericht der Rostocker Polizei, 29.06.1945; 2.1.0.1396, Die Ereignisse nach dem 8. Mai 1945 in Rostock, Abschrift.

<sup>212</sup> AHR 2.1.0.58, Tätigkeitsbericht der Rostocker Polizei, 29.06.1945.

<sup>213</sup> Die Reaktionen des Oberbürgermeisters hierauf sind nicht bekannt, ebenso wenig die der Kommandantur. AHR, 2.1.0.34, Niederschrift der 2. Sitzung des gemeinsamen Arbeitsausschusses.

<sup>214</sup> AHR 2.1.0.34, Niederschrift über die 3. Sitzung des gemeinsamen Arbeitsausschusses der KPD und SPD am 9.8.1945.

<sup>215</sup> Rackow 1969, S. 51.

Stadtausschusses anordnete, der jedoch nur aus je zwei Personen der antifaschistischen Parteien bestehen und die politische Beratung des Oberbürgermeister übernehmen sollte.<sup>216</sup> Ferner wurde leitenden Mitgliedern der Stadtverwaltung die Bezeichnung „Stadtrat“ übertragen.<sup>217</sup>

Im September 1945 kritisierte die SPD in einer Sitzung des Antifa-Blocks diese Form der Reorganisation der Stadtverwaltung, da die dafür notwendigen politischen Entscheidungen in Form von Wahlen fehlten und Stadträte nicht einfach ernannt werden könnten. Deshalb plädierten die Sozialdemokraten für die Wiedereinführung eines ausschließlich politisch wirkenden „Rates der Stadt“ im Sinne der früheren Gemeindeordnung.<sup>218</sup> Seitz als Rostocker Oberbürgermeister entgegnete darauf, dass diese Verordnung lediglich eine Dienstbezeichnung für leitende Angestellte der Stadtverwaltung sowie die Teilung von politisch und fachlich beratenden Funktionen einführe.<sup>219</sup> Damit wird deutlich, dass die „Moskauer“ zwar auf demokratische Spielregeln verwiesen, jedoch nicht in der Lage waren, sich selbst daran zu halten. Außerdem ist es fraglich, ob der sehr junge Oberbürgermeister vor dem Krieg demokratische Erfahrungen hatte sammeln können.

Das vom ersten Kommandanten der Stadt tolerierte Ordnungskomitee wurde nach dem bereits erwähnten Wechsel innerhalb der Besatzungstruppen und dem Amtsantritt von Seitz zunächst in eine allgemeine Beratungsstelle für die Bevölkerung umgewandelt, um so den im Namen „Ordnungskomitee“ zum Ausdruck gebrachten Kontrollanspruch über die Verwaltung aufzuheben. Später übernahmen die Bezirksältesten neben kontrollierenden Maßnahmen unter der Bevölkerung auch die Funktionen der Beratungsstelle, die dadurch als aufgelöst betrachtet wurde. Die Protagonisten der Auflösung dieser Institutionen, die Mitarbeiter des NKFD, die mit der Roten Armee in die Stadt gekommen waren und von dieser legitimiert wurden, mussten sich jedoch mit den Mitgliedern des Ordnungskomitees arrangieren, um die Kontakte zur

---

<sup>216</sup> Diese Verordnung der Landesregierung wurde offensichtlich noch einige Male novelliert. Erst am 18. Februar 1946 konstituierte sich ein „Stadtausschuss“ bestehend aus je drei Vertretern der zugelassenen Parteien. Den Vorsitz führten Hans Mahncke (KPD), Alfred Starossen (SPD), Dr. Witte (CDU) und Dr. Scheffler (LDPD). Rackow 1969, S. 51.

<sup>217</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/22b, Blatt 124.

<sup>218</sup> AHR 2.1.0.34, Oberbürgermeister an Vorsitzenden der SPD, Albert Schulz am 3.10.1945.

<sup>219</sup> Seitz informierte daraufhin den Vizepräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Innere Verwaltung, Johannes Warnke, über diese Auseinandersetzung. Den Sozialdemokraten empfahl er, sich selbst eine Interpretation dieser Verordnung von der Landesregierung einzuholen. Ebenda.

Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Deshalb griffen sie auf das Personal des Ordnungskomitees und der späteren Beratungsstelle zurück, um so den Personalmangel auszugleichen und gemeinsam mit den lokalen Autoritäten die offizielle Besatzungspolitik erfolgsversprechend zu gestalten. Die Rostocker ließen sich vom Kontrollanspruch des NKFD nicht beeindrucken. Die von außen angebotenen Integrationsformen genügten ihnen nicht, weshalb sie dem Oberbürgermeister ein aus je elf Kommunisten, Sozialdemokraten und Beamten bestehendes Gremium vorschlugen, dass die Aufgaben der früheren Stadtverordnetenversammlung wahrnehmen sollte.

#### 5.2.4 Der „Gemeinsame Arbeitsausschuss zwischen KPD und SPD Rostock“

Gustav Sobottka hatte den Schriftsteller Willi Bredel für die KPD-Arbeit in der Stadt und im Umkreis von Rostock bestimmt. Wann dieser seine Tätigkeit als Instrukteur der Sobottka-Gruppe aufnahm, war nicht zu ermitteln. Zwischen dem 18. und dem 20. Mai 1945 bestritt er jedoch gemeinsam mit Sobottka Versammlungen in der Stadt. Es ist nicht auszuschließen, dass Bredel Sobottka bei dessen Rundreise durch das von der Roten Armee besetzte Mecklenburg-Vorpommern begleitete.<sup>220</sup>

Obwohl Bredel und die anderen Mitglieder der Sobottka-Gruppe vor ihrer Abreise aus Moskau und nach ihrer Ankunft in der Nähe Stettins noch einmal über die von ihnen erwarteten Aufgaben unterrichtet worden waren, beschwerte er sich in einem Schreiben an Sobottka vom 16. Juli 1945, ohne zentrale Anweisungen auskommen zu müssen, da er weder von ihm, seinem Gruppenleiter, noch von Walter Ulbricht, dem er ebenfalls Berichte zusandte, Antworten erhielt.<sup>221</sup> Über die Zusammenarbeit mit dem Rostocker Stadtkommandanten oder dem Politstellvertreter berichtete Bredel nichts. Die Briefe an Sobottka und Ulbricht lassen eher auf eine gewisse Isolation Bredels in der Stadt schließen.

Hinweise darauf, dass sich die Mitglieder des Ordnungskomitees als eine kommunistische oder sozialistische Parteigruppe verstanden, liegen nicht vor. Politische Aktivitäten überparteilichen Charakters wurden erst ab dem 20. Mai

<sup>220</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 317.

<sup>221</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a, Blatt 6.

1945 verzeichnet, als Gustav Sobottka und Willi Bredel vor der zahlreich erschienenen Rostocker Bevölkerung im Stadttheater und im Ufa-Palast referierten.<sup>222</sup> Adressaten dieser Versammlungen waren Intellektuelle und Jugendliche.

Vier Wochen später, am 19. Juni 1945, erläuterten Bredel und zwei ehemalige Mitglieder des Ordnungskomitees auf der ersten öffentlichen Kundgebung, die gleichzeitig die Gründungsversammlung der Rostocker KPD war, das „Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands“.<sup>223</sup> Am 30. Juni trafen sich 80 Genossen zu einer ersten offiziellen Funktionärsversammlung der Rostocker KPD. Bredel hielt das Hauptreferat zur „internationalen Lage, (zur) Lage in Deutschland und (zu) unseren nächsten Aufgaben.“<sup>224</sup> Im Anschluss daran sprach der Chef des Personalamtes im Magistrat über die „Demokratisierung“ der Stadtverwaltung.<sup>225</sup> Um alle organisatorischen Fragen für den Aufbau der Parteigruppe zu koordinieren, wurde ein „Aktionsausschuss“ gebildet, der den Aufbau der KPD in den Stadtbezirken und in den Betrieben, die Arbeit unter der Jugend, unter den Frauen und die Gründung Freier Gewerkschaften regeln sollte.<sup>226</sup>

Die Parteimitglieder wählten Josef Schares als Unterbezirksleiter, ihn unterstützten bewährte Genossen des ehemaligen Ordnungskomitees.<sup>227</sup>

Der Umstand, dass Josef Schares und Max Pagel in die KPD-Landesleitung integriert wurden, hängt damit zusammen, dass die Mitglieder der Sobottka-Gruppe sich immer wieder der Unterstützung der Einheimischen versichern mussten, da sie zu manchen Veranstaltungen als „Nicht - Einheimische“ nicht geladen wurden.<sup>228</sup>

Über sektiererische Ansichten der Rostocker Kommunisten berichtete Willi Bredel nichts. Immerhin kritisierten sie am SPD-Statut, dass der Passus über

---

<sup>222</sup> Rackow 1969, S. 36; Bredel 1959, S. 88-96.

<sup>223</sup> Bei Rackow wird diese KPD-Versammlung auf den 13. Juni 1945 zurückdatiert (Rackow 1969, S. 39). Die in den DDR-Publikationen abgedruckte Einladung zur „Ersten öffentlichen Kundgebung der Kommunistischen Partei Deutschlands Ortsgruppe Rostock“ weist allerdings den 19. Juni 1945 aus. (Vgl. Elsner 1980, S. 142.) Bredel vermied in seinem Bericht an Sobottka eine entsprechende Datumsangabe. MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a.

<sup>224</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a, Blatt 10.

<sup>225</sup> Ebenda.

<sup>226</sup> Ebenda.

<sup>227</sup> Rackow 1969, S. 39; MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a, Blatt 43 nennt Schares als Unterbezirksleiter. Schares wurde von Walter Petschow, Erwin Kruse, Max Pagel und Hans Mahncke unterstützt.

<sup>228</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a, Blatt 8.

die „Notwendigkeit der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse“ fehle.<sup>229</sup> Im Herbst 1945 beschäftigte die Lokalkommunisten trotzdem die Frage, warum kein „Sowjet-Deutschland“ gebildet wurde. Hans Warnke, der 1. Vizepräsident der Landesregierung Mecklenburg/Vorpommerns, der an der KPD-Versammlung in Rostock teilnahm, auf der Christoph Seitz in die Partei aufgenommen wurde<sup>230</sup>, antwortete hierauf: „Wir haben auch früher erklärt: Das Sowjet-Deutschland wollen wir und unsere russischen Freunde nicht mit den Bajonetten der Roten Armee erobern, das wollen wir Deutschen uns selber bauen.“ Warnke hob hervor, dass das kein grundsätzlicher Verzicht sei; ein Sowjet-Deutschland würde dann möglich, wenn die „Zeit herangereift“ sei<sup>231</sup>, doch noch fehlten jegliche Voraussetzungen dafür.

Die SPD war vor 1933 im Rostocker Stadtparlament eine relativ starke Partei. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus arbeiteten die Sozialdemokraten mit den Rostocker Kommunisten im Ordnungskomitee und dann in der Stadtverwaltung zusammen, um die Tagesprobleme zu lösen. Auch bei ihnen wurden in den ersten Nachkriegswochen keine parteipolitischen Ambitionen verzeichnet. Am 29. Juni 1945 gab es ein Gespräch zwischen dem Stadtkommandanten, dem „Moskauer“ Willi Bredel, dem Lokalkommunisten Josef Schares und dem Sozialdemokraten Martin Müller. Es ist davon auszugehen, dass die Sozialdemokraten auf dieser Besprechung die Anweisung erhielten, eine sozialdemokratische Ortsgruppe zu gründen.<sup>232</sup> Eine Woche später, am 5. Juli 1945, lag das Statut der Ortsgruppe Rostock der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor, in dem die lokalen sozialdemokratischen Funktionäre ihrer Bereitschaft zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit mit allen Parteien und Organisationen“ Ausdruck verliehen.<sup>233</sup> Zwar verstand sich die Rostocker SPD als Teil der „für ganz

---

<sup>229</sup> Rackow 1969, S. 41.

<sup>230</sup> LA Greifswald, Rep. 296 Hans Warnke, Notiz ist undatiert. Bei Rackow war nachzulesen, dass die Aufnahme des Rostocker Oberbürgermeisters Seitz in den Herbst 1945 fiel. Vgl.

Rackow 1966, S. 94.

<sup>231</sup> LA Greifswald, Rep. 296 Hans Warnke.

<sup>232</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a, Blatt 10.

<sup>233</sup> Die von der Rostocker SPD aufgestellten Forderungen umfassten die Auflösung der nationalsozialistischen Gesetzgebung, Rechtssprechung und Verwaltung, die Sicherstellung der Ernährung und des täglichen Bedarfs der Bevölkerung. Ferner sollte die „Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften“ aufgebaut werden,



Deutschland aufzubauenden einheitlichen Sozialdemokratischen Partei“, bis zur Einberufung eines Bezirksparteitages für Mecklenburg plante Albert Schulz jedoch, die Geschäfte des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes zu führen und meldete damit den Führungsanspruch für die Mecklenburger Sozialdemokraten an.<sup>234</sup>

Albert Schulz wurde Kreisleiter und Alfred Starossen sein Stellvertreter, beide waren später Mitglieder des mecklenburgischen Landesvorstandes der SPD.<sup>235</sup>

Die Ansichten über die Zusammenarbeit mit der KPD differierten zunehmend unter den Rostocker Sozialdemokraten. Als „rechter Sozialdemokrat“ sprach sich Kreisleiter Schulz für eine größere Distanz und Unabhängigkeit zwischen SPD und KPD aus. Ihm standen „linke“ und damit angeblich „fortschrittliche“ SPD-Mitglieder gegenüber, die einen raschen Zusammenschluss mit den Rostocker Kommunisten propagierten, hatten doch viele von ihnen bereits während der Illegalität Kontakt zueinander gehalten und mit den Kommunisten im Ordnungskomitee zusammengearbeitet.<sup>236</sup>

Der Einfluss von Albert Schulz auf die sozialdemokratische Ortsgruppe verringerte sich schließlich, als er seine Funktion als Kreisleiter der SPD niederlegen musste, um im Januar 1946 das Amt des Oberbürgermeisters zu übernehmen.

Am 19. Juli 1945 wurde wie überall in der sowjetischen Besatzungszone ein „Gemeinsamer Arbeitsausschuss KPD - SPD“ gegründet. Die beiden Parteien, die jeweils drei Mitglieder entsandten<sup>237</sup>, vereinbarten, sich zweimal wöchentlich unter wechselndem Vorsitz zu treffen. „Der Arbeitsausschuss soll nicht die politische Arbeit der Parteien ersetzen, sondern sie wirkungsvoller und durchschlagender gestalten. Die organisatorische und politische

---

Sozial- und Arbeitsrechte waren neu zu regeln sowie Banken, Versicherungen und Bodenschätze zu verstaatlichen. Abschließend sprachen sich die Rostocker Sozialdemokraten für grundlegende Menschenrechte wie Schutz der Person, freie Meinungsäußerung, Presse, Religions- und Gesinnungsfreiheit aus. AHR 2.1.0.34, Oberbürgermeister an Vorsitzenden der SPD, Albert Schulz, 3.10.1945.

<sup>234</sup> AHR 2.1.0.34.

<sup>235</sup> Elsner 1980, S. 142.

<sup>236</sup> Zu ihnen gehörten Wilhelm Hörning, Walter Schultz, Paul Schwanke, Alfred Starossen und Paul Traede. Vgl. Rackow 1969, S. 40 ff.

<sup>237</sup> Für die KPD nahmen Schares als KPD-Leiter sowie Bredel und der Chef des Personalamts, also zwei „Moskauer“, teil. Die SPD wurde durch Albert Schulz, Alfred Starossen und Walter Schulz vertreten. MLHA Schwerin, SED-BPA I/22a, Blatt 8.

Selbständigkeit bleibt erhalten.<sup>238</sup> Folgende Aufgaben sollten bewältigt werden: Ausschluss von „Nazis und Kriegsverbrechern aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens“, Aufbau einer Stadtverwaltung auf demokratisch-parlamentarischer Basis, einer Interessenvertretung des schaffenden Volkes und gegenseitige Unterstützung bei der Parteiarbeit, Aufnahme und Überprüfung neuer Mitglieder, die Sicherstellung der Ernährung, Aufbau freier Gewerkschaften sowie „gemeinsame Parteiveranstaltungen“.<sup>239</sup>

Auf ihrer zweiten Zusammenkunft am 22. Juli 1945 drängten die Mitglieder dieses Arbeitsausschusses, dem Kommandanten vorgestellt zu werden, um ihr Handeln zu legitimieren.<sup>240</sup> Allgemeine Forderungen umfassten Maßnahmen zur Entnazifizierung und zur Demokratisierung, die mit entsprechenden Aktivitäten der Stadtverwaltung in Einklang gebracht werden sollten. Allerdings wurde davor gewarnt, „in eine Kritik der Stadtverwaltung zu verfallen“, da die Hauptaufgabe des Ausschusses in der Behandlung der „großen politischen Fragen“ bestünde. Obwohl in der ersten Zusammenkunft jeder im Ausschuss vertretenen Partei politische Unabhängigkeit zugestanden worden war, rückte nun die „Einheit des Ausschusses und der von dem Ausschuss vertretenen Parteien in den Vordergrund“.<sup>241</sup>

In der Sitzung vom 9. August 1945 einigten sich die Mitglieder, dass jeweils einer der beiden Parteivorsitzenden die Ausschusssitzungen leiten sollte. Bei der Stadtverwaltung wurde der Aufbau eines Ausschusses der „Opfer des Faschismus“ beantragt. Hierfür planten die SPD- und KPD-Vertreter eine Stelle, „die die Betreuung der Opfer des Faschismus übernimmt und auch die Prüfung der Opfer auf ihre Bedürftigkeit und ihre Berechtigung auf Ansprüche.“<sup>242</sup> In diesem Zusammenhang sicherten sie der Stadtverwaltung Unterstützung bei der Betreuung Verwundeter zu. Abschließend erging an die Landesverwaltung die Bitte, „die Briefe der zugelassenen politischen Parteien nicht als *private* Briefe im Sinne der Veröffentlichung der Volkszeitung vom

---

<sup>238</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA III/1.

<sup>239</sup> So umschrieb Rackow den letzten Punkt der Maßnahmen, die der Arbeitsausschuss in Angriff nehmen wollte. (Rackow 1969, S. 41) Im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin fand sich das von Rackow zitierte Dokument, dass als letzte Aufgabe die Formel enthielt „Pflege des kameradschaftlichen Geistes“ Vgl. MLHA Schwerin, SED-BPA III/1.

<sup>240</sup> AHR 2.1.0.34, Niederschrift über 1. Sitzung des gemeinsamen Arbeitsausschusses von SPD und KPD, 19.7.1945

<sup>241</sup> AHR, 2.1.034, Niederschrift über die 3. Sitzung des gemeinsamen Arbeitsausschusses der KPD und SPD am 9.8.1945.

<sup>242</sup> Ebenda.

4.8. anzusehen, so daß die Briefe nicht geöffnet ausgeliefert zu werden brauchen.<sup>243</sup>

### 5.2.5 Resümee

Während der erste Kommandant der Hansestadt Rostock die Mitglieder des Ordnungskomitees gewähren ließ, bemühte sich sein Nachfolger um eine sofortige Subordination der ortsansässigen Antifaschisten. Der Aufbau der neuen Stadtverwaltung war erfolgreich, verfügte er mit den NKFD-Mitgliedern doch über eigene deutsche Kader, die er in die entsprechenden Funktionen brachte.<sup>244</sup>

Nur in Rostock hatte es offenbar eine so klare Trennung zwischen verwaltungstechnischen und parteipolitischen Aufgaben unter den „Moskauern“ gegeben. Dem der Roten Armee direkt unterstellten Mitglied des NKFD oblag es, die kommunalen Verwaltungsaufgaben in Rostock zu koordinieren. Darin wurde er durch einen erfahrenen Verwaltungsfachmann unterstützt. Die Mitglieder des Ordnungskomitees, die sich bereitwillig zur Zusammenarbeit verpflichtet hatten, wurden wie in anderen Städten der SBZ geschickt in die Verwaltung integriert. Willi Bredel nahm als Mitglied der Sobottka-Gruppe seine Arbeit in Rostock relativ spät auf, als die Kommunalverwaltung bereits nach sowjetischen Vorstellungen tätig war. Ihm blieb es überlassen, die parteipolitische Arbeit vor Ort anzuregen, zumal die Rostocker Kommunisten kein eigenständiges, klar formuliertes Programm aufgestellt hatten. Die Herbst-Versammlung mit Warnke verdeutlichte, dass der Aufbau eines Sowjet-, d.h., eines Rätedeutschlands erwartet worden war. Gingen die Mitglieder des Ordnungskomitees deshalb nicht radikaler vor, weil sie auf entsprechende Initiativen der Besatzungsmacht vertrauten? Außerdem wurden sie zügig in die Verwaltungsarbeit eingebunden, bevor sie eigene Aktivitäten hinsichtlich eines Sowjet-Deutschlands entfalten konnten.

---

<sup>243</sup> Ebenda, Hervorhebung im Original.

<sup>244</sup> So ist davon auszugehen, dass nicht nur der Rostocker Oberbürgermeister dem NKFD angehörte, sondern auch der Chef des Personalamts im Magistrat und der Mitarbeiter, der den Leiter der Bezirksältesten unterstützen sollte. Möglich ist aber auch, dass diese beiden, über deren Mitgliedschaft im NKFD keine expliziten Hinweise vorliegen, Teilnehmer der Antifa-Schulen waren, die im Mai/Juni 1945 hinter der Front bei Stettin geschult und dann den Truppen der Roten Armee zugeteilt worden waren.

Die sozialdemokratischen Funktionäre hingegen besaßen genügend Selbstbewusstsein, in ihrem Statut eigene Ansichten festzuschreiben und ihren Führungsanspruch für Mecklenburg-Vorpommern anzumelden. Unbequeme Politiker wie Albert Schulz wurden später weggelobt, indem ihnen scheinbar bedeutende Posten wie das Amt des Oberbürgermeisters übertragen wurden. Damit waren sie umfassend in die Verwaltungsarbeit eingebunden, sodass ihnen wenig Zeit für Parteiarbeit blieb.

Das Rostocker Ordnungskomitee und die darauf aufbauende „Beratungsstelle der arbeitenden Bevölkerung Rostocks“ stellten Übergangsgremien dar. Die Besatzungsmacht und die Sobottka-Gruppe bzw. die Mitglieder des NKFD reagierten behutsam darauf, um größere Friktionen zu vermeiden, indem sie ihnen Integrationsangebote unterbreiteten. Auf die parteipolitische Arbeit nach der offiziellen Parteizulassung hatte das Komitee, das zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelöst war, keinen Einfluss.

Mit der Bildung des Gemeinsamen Arbeitsausschusses zwischen KPD und SPD erfüllte Bredel als Mitglied der Sobottka-Gruppe vorbildlich die zentralen Anweisungen der Exil-KPD. Trotz des eindeutigen Übergewichts der „Moskauer“ belegt die Forderung nach Einhaltung des Briefgeheimnisses Bemühungen um Unabhängigkeit der Lokalfunktionäre.

### 5.3 Das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in Greifswald

Im Gegensatz zu Rostock war die alte Universitätsstadt Greifswald weder durch alliierte Bombardements noch durch Kampfhandlungen in den letzten Kriegstagen zerstört worden. Ende April/Anfang Mai 1945 hielten sich ca. 60.000 Menschen in der Stadt auf, die Hälfte von ihnen waren Flüchtlinge.<sup>245</sup>

Das Greifswalder Nationalkomitee „Freies Deutschland“ war ein für Mecklenburg-Vorpommern und die SBZ einmaliges Beispiel.<sup>246</sup> Es soll beschrieben werden, wie sich Anhänger unterschiedlicher Widerstandsgruppen unter der in der Sowjetunion gegründeten Organisation NKFD

<sup>245</sup> StA Greifswald, MS, Nr. 128, S. 23.

<sup>246</sup> Zwar hatten Leipziger Antifaschisten ebenfalls in der Illegalität ein NKFD gegründet, doch es war fast ausschließlich kommunistisch dominiert.

zusammenfanden und gemeinsame Projekte realisierten. Die Ereignisse der ersten zwei Nachkriegsmonate offenbaren das Verhältnis zwischen den Mitgliedern des der Roten Armee unterstellten NKFD und den Instruktoren der Sobottka-Gruppe und deren Werben um Akzeptanz bei der Besatzungsmacht und bei der Bevölkerung.

### 5.3.1 Das NKFD Gruppe Greifswald und die Übergabe der Stadt

In Greifswald existierten in den letzten Kriegsjahren vermutlich drei voneinander unabhängige Gruppen, die ab Juni 1944 lose zusammengeführt wurden. Initiatoren waren Bürger der Stadt, die während des Krieges aufgrund ihrer politischen Einstellung mit dem Dritten Reich in Konflikt geraten und nach Greifswald gezogen waren, entweder weil sie aus beruflichen und politischen Gründen dorthin versetzt wurden oder weil sie in Greifswald politischen Unterschlupf fanden.

Der kaufmännische Angestellte Hugo Peiffer seit 1929 Mitglied der KPD, arbeitete ab 1942 als Stabsschreiber auf einem Fliegerhorst bei Greifswald. Nachdem die Gestapo herausgefunden hatte, dass Pfeiffer mit einer Jüdin verheiratet war, wurde er aus der Wehrmacht entlassen und im September 1944 für die Rüstungsbauorganisation Todt zwangsverpflichtet. Im März 1945 floh er aus dem Straflager und hielt sich bis Kriegsende illegal in den Dörfern um Greifswald auf.<sup>247</sup> Über seine Frau lernte Pfeiffer den Rechtsanwalt Lachmund und den Pastor Gottfried Holtz kennen<sup>248</sup>, der 1933 von Schwerin aus versucht hatte, die Bekennende Kirche aufzubauen und deshalb von einem Sondergericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Nach seiner vorzeitigen Entlassung wurde Holtz nach Greifswald strafversetzt.<sup>249</sup>

Dr. Hans Lachmund war zwischen 1924 und 1933 Mitglied des Landesvorstands der DDP in Mecklenburg und ab 1929 als Oberjustizrat im Landesjustizministerium Mecklenburgs tätig. 1933 wurde er von der NS-

---

<sup>247</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945; OZ vom 15.4.1995.

<sup>248</sup> Holtz und Lachmund unterstützten vor allem in der Zeit Frau Pfeiffer, als sich ihr Mann illegal in der Umgebung Greifswalds aufhielt.

<sup>249</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945. OZ vom 19.4.1995

Landesregierung des Amtes enthoben. Daraufhin war er zunächst in Warin und Anklam und ab 1940 in Greifswald als Amtsrichter tätig. Im Januar 1944 soll er von der Gauleitung als Magazinarbeiter im Heeresbetrieb eingesetzt worden sein. Für die Jahre 1931 oder 1932 wird sein Übertritt zur SPD angegeben. Er war mit dem Ehepaar Kuckhoff von der Roten Kapelle befreundet und hatte ab 1934 Verbindungen zur Robinson-Strassmann-Gruppe, der einzigen reichsweit wirksamen liberaldemokratischen Widerstandsgruppe, die bis zur Verhaftung Strassmanns 1942 tätig war.<sup>250</sup> Außerdem unterhielt er verschiedene Kontakte zu westeuropäischen Freimaurerlogen.<sup>251</sup> Obwohl Lachmund auch in Greifswald Verbindung zu liberal gesinnten Bürgern pflegte, griff er im Juni 1944 die Idee Pfeiffers auf, gemeinsam ein Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zu gründen. Pfeiffer, Lachmund und Holtz konnten ihre politischen Auffassungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen und einigten sich auf Folgendes: Zur politischen Orientierung trafen sie sich zweimal wöchentlich, um sich mit dem Anliegen des Nationalkomitees vertraut zu machen und um verschiedene ausländische Radiosender abzuhören. Zusätzliche Materialien und Informationen erhielt Pfeiffer über einen Mittelsmann der in Berlin tätigen Saefkow-Gruppe.<sup>252</sup> Durch Mund-zu-Mund-Propaganda versuchte die Gruppe die Bevölkerung aufzuklären und sie „nach Osten zu orientieren, also nicht an die angelsächsischen Nationen (...), sondern nach Rußland.“<sup>253</sup> Als dritter wichtiger Schwerpunkt für das Greifswalder Nationalkomitee wurde die Initiierung weiterer so genannter Spezial-Gruppen genannt. Hiermit waren eine „Landgruppe“ und eine Jugendgruppe“ gemeint. Die Landgruppe hatte vor allem Pfeiffer ins Leben gerufen.<sup>254</sup>

---

<sup>250</sup> Benz/Pehle 1994, S. 306-308.

<sup>251</sup> StA Greifswald, Rep. 59 O; Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945.

<sup>252</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945; MLHA Schwerin, SED-BPA I/11, Blatt 47; Krüger 1966, hier S. 67; Hochmuth 1998.

<sup>253</sup> Inwieweit die Gruppe tatsächlich derartige Propaganda betrieb, ist nicht rekonstruierbar. Da der Bericht vom 3. Mai 1945 datierte und von den sowjetischen Besatzungskommandanten angefordert wurde, ist nicht auszuschließen, dass Pfeiffer, der diesen Bericht offenbar autorisierte, die Ostorientierung explizit erwähnte, um als „Freund der Sowjetunion“ von den Besatzungsbehörden mit wichtigen Funktionen in der Stadtverwaltung betraut zu werden. Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945.

<sup>254</sup> Ob diese Gruppe jemals zu einer Beratung oder zu gemeinsamen Aktionen zusammentrat, ist unwahrscheinlich, da deren Mitglieder, die Pfeiffer in dem Bericht vom 3. Mai 1945 namentlich anführte, in den umliegenden Dörfern von Greifswald wohnten. Nachdem Pfeiffer im März 1945 aus dem ihm zugewiesenen Straflager geflohen war, hielt er sich bei einzelnen

Als Pfeiffer 1944 aus der Wehrmacht entlassen und in ein Straflager eingewiesen wurde, zogen Holtz und Lachmund den Rechtsanwalt Walter Graul nach, mit dem Lachmund bereits seit 1941 im liberalen Widerstand zusammenarbeitete,<sup>255</sup> um die Arbeit in Dreiergruppen fortführen zu können. Nach Pfeiffers Rückkehr bildeten er, Lachmund und Graul das so genannte Exekutivkomitee der Gruppe, da Holtz infolge seines Wiecker Wohnorts gebunden war.<sup>256</sup>

Lachmund gelang es, im Februar 1945 Kontakte zur Greifswalder Arbeiterschaft aufzunehmen. Ansprechpartner waren zunächst der Segelmacher Julius Schröder<sup>257</sup> und der Hilfspfleger Hermann Lindgreen<sup>258</sup>. Schröder wiederum hielt Verbindung zu einer 1944 gegründeten Gruppe von vier KPD-Mitgliedern und zum Sozialdemokraten Walter Freese, mit dem er sich einmal in der Woche traf. Die vier Arbeiter der KPD-Gruppe erörterten im Drei-Wochen-Rhythmus die politischen Ereignisse. Außerdem hörten sie ausländische Rundfunksendungen und knüpften Kontakte zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Zwei von ihnen kannten wiederum einige Sozialdemokraten, mit denen sie in regelmäßiger oder loser Verbindung standen.<sup>259</sup>

Direkten Kontakt zum Exekutivkomitee des Greifswalder Nationalkomitees hatten nur Schröder, Lindgreen und der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär Karl Rossow, der in einem Betrieb der Wehrmacht „eine Zellenbildung einleitete“<sup>260</sup>.

Pastor Holtz gelang es, Verbindung zu einflussreichen Fischern aufzunehmen, während Graul innerhalb der Wehrmacht antifaschistische Propaganda betrieb.

Mitgliedern der Landgruppe bis zum Kriegsende versteckt. Er hatte bei diesen Bauern vor allem darum geworben, Lebensmittelkarten zu sammeln, die er dann über den besagten Verbindungsmann nach Berlin weitergegeben haben soll.

<sup>255</sup> Graul war Verleger der Greifswalder Zeitung, hatte aber keinen Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung. 1944 verlor er das Notariatsrecht und wurde zur Wehrmacht einberufen. Dank einiger Kontakte gelang es ihm, in der Nähe seiner Stadt stationiert zu werden. OZ vom 28.4.1995.

<sup>256</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945; OZ vom 28.4.1995.

<sup>257</sup> Schröder gehörte zunächst der Sozialdemokratie an, wandte sich aber nach einer Reise in die Sowjetunion der KPD zu, da er wegen der Reise in Konflikte mit seiner Partei geriet.

<sup>258</sup> Hermann Lindgreen (1890-1965), 1926 KPD, RFB, 1929-1933 Mitglied im Greifswalder Stadtparlament, 18.7.1945 Polizeiinspektor, August 1945 2. Kreissekretär der KPD Greifswald, 1945/46 Antifa-Block, Vgl. StA Greifswald, Ehrenbürgerkartei.

<sup>259</sup> OZ vom 13.4.1995.

<sup>260</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945.

Hans Lachmund nutzte seine Kontakte zur Universität und zur Beamtenschaft. Im Mittelpunkt der Agitation standen Ursachen und Verlauf des Krieges und die Aufklärung über die nationalsozialistische Propaganda.

Das Greifswalder NKFD arbeitete aus Sicherheitsgründen in Dreiergruppen. Einen Tag nach der Übergabe ihrer Stadt an die Truppen der Roten Armee wurden alle bekannten Mitglieder zusammengeführt. Die dem Bericht beigelegte Namensliste enthielt 52 Mitglieder, von denen elf der Landgruppe angehörten. Von den übrigen waren je acht Kommunisten, parteilos und Mitglieder der NSDAP, drei hatten der SPD angehört, vier der DNVP, zwei der DDP, einer der DVP, außerdem waren ein Gewerkschaftsfunktionär und vier Jugendliche eingebunden. Die Instrukteure der Sobottka-Gruppe sprachen Mitte Mai 1945 von 30 ehemaligen KPD-Mitgliedern und 20 ehemaligen SPD-Mitgliedern, die dem NKFD angehört haben sollen.<sup>261</sup>

In dem Bericht vom 3. Mai 1945 wird darauf verwiesen, den Gedanken unter der Greifswalder Bevölkerung verbreitet zu haben, die Stadt zur offenen Lazarettstadt zu erklären. Tatsächlich sollen sich am 27. oder 28. April in Lachmunds Wohnung Pfeiffer, der Stadtrat Remertz, Professor Lohmeyer und andere getroffen haben, die sich darüber einigten, mit einer „repräsentativen Delegation“ den Kampfkommandanten aufzufordern, Greifswald zur offenen Lazarettstadt zu erklären. Für diese Delegation versuchte Lohmeyer, den Rektor der Universität und den Direktor der medizinischen Kliniken zu gewinnen. Ersterer lehnte ab<sup>262</sup>, da er bereits am 25. April aus eigenem Entschluss bei Oberst Petershagen vorgesprochen hatte. Bei dieser Begegnung war aber der NSDAP-Kreisleiter anwesend, sodass Petershagen dieses Anliegen nicht positiv entscheiden konnte.<sup>263</sup> Doch - eigenen Aussagen zufolge – war Petershagen Ende April 1945 ebenfalls entschlossen, die Anweisungen zur Verteidigung der Stadt die von übergeordneten Dienststellen ergangen waren, zu missachten und Greifswald kampflos der Roten Armee zu

---

<sup>261</sup> Da diese Zahlen in Bezug auf ihre Zusammensetzung denen des Berichts vom 3. Mai 1945 widersprechen, ist davon auszugehen, dass den „Moskauern“ spätere Daten vorlagen, oder sie die vorliegenden Zahlen auf KPD und SPD verteilten, wobei der KPD ein Übergewicht zugeschoben wurde. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich die Mitglieder der NSDAP nach der Kapitulation möglicherweise anderen Parteien zugehörig fühlten.

MLHA Schwerin, SED-BPA I/5, Blatt 9; Biederstedt u.a. 1973, S. 121.

<sup>262</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945. OZ vom 6. Mai 1995 und vom 9. Mai 1995

<sup>263</sup> OZ vom 9. Mai 1995.



übergeben.<sup>264</sup> Dafür gewann er den Rektor der Universität und den Direktor der Kliniken als Parlamentäre<sup>265</sup>, die sich gemeinsam mit seinem Stellvertreter am 30. April 1945 nach Anklam zu den sowjetischen Truppen begaben, um die Übergabebedingungen zu verhandeln.<sup>266</sup> Vorher untersagte Petershagen die Mobilisierung des Volkssturms sowie die Zerstörung von Lebensmittelspeichern und lebenswichtigen Betrieben.

Die im Bericht vom 3. Mai 1945 enthaltene Passage der entscheidenden Beeinflussung Oberst Petershagens durch das Greifswalder NKFD ist dem Umstand geschuldet, dass sich die Antifa auf diese Art eine von der sowjetischen Seite sanktionierte Handlungslegitimation sichern wollte. Aus anderen Unterlagen und Einschätzungen geht hervor, dass Petershagen von der Existenz des NKFD in seiner Stadt nichts wusste.<sup>267</sup> Eine die Übergabe unterstützende Aktion war das Hissen weißer Fahnen auf den Kirchtürmen von Greifswald und Greifswald-Wieck, das vom NKFD initiiert wurde.<sup>268</sup>

In der Nacht des 30. April 1945 verhandelten die Greifswalder Parlamentäre mit einem Generalmajor, der dem Befehlshaber der 2. Stoßarmee unterstand, die Übergabe der Stadt. „Es werden Einstellung der Kampfhandlungen, Entwaffnung und Konzentration der Soldaten, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie die weitere Tätigkeit von Läden, Schulen und der Universität vereinbart.“<sup>269</sup> In der Zwischenzeit ließ Petershagen einen von ihm unterzeichneten Aufruf in der Stadt plakatieren, der die Bevölkerung über die Übergabeverhandlungen mit der Roten Armee unterrichtete. Der vom 30. April datierte Aufruf enthielt neben den Übergabebedingungen Zusicherungen, die Petershagen von den Übergabegesprächen erwartete.<sup>270</sup> Der Jurist Dr. Siegfried Remertz, seit 1927

---

<sup>264</sup> Petershagen 1958, S. 35-78; Jahnke u.a. 1963, S. 89.

<sup>265</sup> Weitere Parlamentäre waren der Kriegsgefangene Boris Matussow, der als Dolmetscher fungieren sollte, und Emil Cieslik, ein Patient der Medizinischen Kliniken. Vgl. Biederstedt u.a. 1973, S. 117.

<sup>266</sup> Mai 1995, S. 25f.

<sup>267</sup> Vgl. Petershagen 1958, S. 78; StA Greifswald, Rep. MS, Nr. 118 (Sylvia Grawe, Die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung der Stadtverwaltung Greifswald, 1945-1949, Diplomarbeit MS, Greifswald 1985, S. 2.

<sup>268</sup> StA Greifswald, Rep. MS, Nr. 118, S. 2; Auch Lachmund erwähnte in seinem Tagebuch die „weiße Aktion“, die sich über die ganze Stadt ausgebreitet habe. Den Tagebucheinträgen zufolge wurden diese Fahnen aber erst nach Einzug der Roten Armee gehisst. StA Greifswald, Rep. 59 O.

<sup>269</sup> Mai 1965, S. 57f; ders. 1995, S. 26.

<sup>270</sup> Inwieweit diese Zusicherungen von russischer Seite akzeptiert wurden, ist nicht bekannt. Doch sowjetische Zugeständnisse der Art „Die Stadt erhält keine russische Besatzung.“ oder

Greifswalder Stadtrat, unterzeichnete im Namen der Stadtverwaltung den Petershagen-Aufruf an die Bevölkerung und forderte, den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten und Plünderungen zu unterlassen. Alle an einer Stadtwacht Interessierten sollten sich im Rathaus melden.<sup>271</sup>

Die offizielle Übergabe der Stadt erfolgte gegen 11 Uhr des 30. April 1945 an Generalmajor Ljaschtschenko.<sup>272</sup> Bevor sich Petershagen in Gefangenschaft begab, versuchte er telefonisch, den Stralsunder Wehrmachtskommandanten ebenfalls von einer kampflosen Übergabe der Stadt zu überzeugen.<sup>273</sup>

Die Greifswalder Besatzungsgeschäfte übernahm zunächst Oberst P. Sineoki. Sein Stellvertreter wurde der Politoffizier Oberstleutnant Ponomarjow.<sup>274</sup> Aus den „Amtlichen Mitteilungen Nr. 15“ ist zu erfahren, dass am 1. Mai 1945 ein Kollegium gebildet worden war, die Stadt zu verwalten. Die Stadtverwaltung sollte, unterstützt durch Antifaschisten, weiterarbeiten.<sup>275</sup>

Es wurde deutlich, dass das Greifswalder NKFD ein breites Spektrum antifaschistischer Ansichten zusammenführte, deren prominente Akteure der ehemaligen KPD und dem liberalen Lager entstammten und die lokale Sozialdemokratie lose einbanden. Das NKFD verfügte über einen im Vergleich zu anderen illegalen Gruppen hohen Organisationsgrad, und die Mitglieder verstanden es, parteipolitische Diskrepanzen in der konkreten Widerstandsarbeit zu tolerieren. Die Kompromissbereitschaft der Liberalen und des Kommunisten Pfeiffer könnte aus den Erfahrungen während des Dritten Reiches resultieren, zumal alle drei Ortsfremde in der Hansestadt waren.

### 5.3.2. Der Greifswalder Stadtrat

#### *Der Greifswalder Stadtrat in den ersten Nachkriegstagen*

---

„Die staatlichen und städtischen Forstbeamten behalten ihre Jagdwaffen. Die Polizei trägt im Dienst die blanke Waffe.“ entsprachen wohl eher den Wunschvorstellungen der Greifswalder als den tatsächlichen Kapitulationsbedingungen. Vgl. Petershagen 1958.

<sup>271</sup> StA Greifswald, Rep. 59 O.

<sup>272</sup> Ebenda; Mai 1995, S. 27f.

<sup>273</sup> Petershagen 1958, S. 78.; Mai 1965, S. 59.

<sup>274</sup> Mai 1995, S. 28 f.

<sup>275</sup> StA Greifswald, MS NR. 118, S. 4.

Da sich die Parlamentäre, die die Stadt übergeben hatten, z.T. in Kriegsgefangenschaft begeben mussten, und andere, wie der Rektor der Universität, vor der Lösung eigener Aufgaben standen, konnte die Kommandantur bei der Besetzung der Stadtverwaltung nicht auf sie zurückgreifen.

Bei der Übergabe der Stadt sollen sich einige Mitglieder der Greifswalder NKFD-Gruppe im Hintergrund gehalten haben. Die DDR-Historiographie führte in diesem Zusammenhang stets zuerst die Namen einiger Kommunisten und Sozialdemokraten<sup>276</sup> an, gefolgt von denen der Rechtsanwälte Graul und Lachmund. Pastor Holtz wurde in Greifswald Wiek zum Bürgermeister bestellt.<sup>277</sup> Der sowjetische Stadtkommandant ernannte die Kommunisten zu hauptamtlichen Beratern der Stadtverwaltung, während Graul und Lachmund ehrenamtliche Funktionen zugewiesen wurden.<sup>278</sup> Nicht auszuschließen ist, dass mit einer derartigen Bevorzugung der Kommunisten, die von Lachmund und Graul ins Komitee hinein getragenen liberalen Ideen und Ansichten abgeschwächt werden sollten.

Möglich ist aber auch, dass Graul und Lachmund nun intensiver im legalisierten NKFD-Komitee arbeiteten, und deshalb nur ehrenamtliche Funktionen wahrnehmen konnten. Von einer bewussten Zurücksetzung ist den Tagebuchnotizen Lachmunds nichts zu entnehmen. Er hielt lediglich fest, dass die Gruppe bei der Übergabe der Stadt das erste Mal als Komitee auftrat „und (...) vom General mit der politischen Leitung betraut (wurde) neben der autonomen Stadtverwaltung“.<sup>279</sup> Das bedeutete, dass das lokale NKFD parallel zur Stadtverwaltung mit Billigung des Stadtkommandanten weiter existierte.

Einen Tag nach der Übergabe der Stadt begann das Komitee vom Rathaus aus zu arbeiten. Lachmund, der keine konkreten Aufgaben notierte, beschrieb ihre Tätigkeit wie folgt: „Zum größten Teil *Warten*, um an die russischen Stellen ranzukommen, u[nd] ihnen Wünsche zu übermitteln, (...) abzuhelfen, zu trösten, zu raten und dergleichen (...). Unsere Funktionen sind noch immer

---

<sup>276</sup> Von den Kommunisten waren Hugo Pfeiffer, Julius Schröder und Hermann Lindgreen anwesend, die Sozialdemokraten waren mit Bunning, Karl Warnke, Krüger und Walter Freese vertreten. Mit Lindgreen, Freese und Warnke hatten sich außerdem drei 1929 ins Stadtparlament gewählte Stadtverordnete eingefunden. Vgl. Schroeder 1963, S. 77.

<sup>277</sup> Krüger 1965, S. 5.

<sup>278</sup> Biederstedt u.a. 1973, S. 123; Mai 1965, S. 70. Mai zufolge wurden die genannten Kommunisten sogar zum Berater des Kommandanten bestellt, jedoch fungierten sie lediglich als Berater des Bürgermeisters.

<sup>279</sup> StA Greifswald, Rep. 59 O.

ganz unbestimmt.<sup>280</sup> Obwohl sich die Mitglieder des NKFD Greifswald bemühten, die sowjetischen Weisungen durchzuführen, Ruhe und Ordnung in der Stadt zu gewährleisten und die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, herrschten katastrophale Zustände. Um Abhilfe zu schaffen, kündigten die sowjetischen Behörden einen „regionalen Verbindungsmann der Seidlitz-Armee ... (an), um endlich den Dingen Gestalt zu geben.“<sup>281</sup> Wilhelm Bieg traf am 5. Mai 1945 in Greifswald ein und wurde einen Tag später der Stadt als neuer Oberbürgermeister präsentiert.

Bis zu diesem Zeitpunkt arbeitete das Greifswalder NKFD im Rathaus. Nach mehrfachem Kommandantenwechsel in den ersten Maitagen forderten am 3. Mai zwei Besatzungsoffiziere den bereits erwähnten Bericht über die Entstehung des Komitees, dessen Arbeit und den Entwicklungsstand. Darin artikulierten die Autoren ihre Vorstellungen und Ziele. Sie proklamierten die „Vernichtung des Faschismus in Stadt und Land durch Aufklärung der Bevölkerung über die Ursachen des Kriegsausbruchs, des Kriegsverlaufs“. Damit sollte die „Säuberung des staatlichen, kommunalen und sozialen Apparates von allen faschistischen Elementen (und) die Verhinderung neuer faschistischer Umtriebe“ einhergehen. Weitere Aufgaben wurden in der Unterstützung der „Behörden in Stadt und Land bei ihrer Umstellung auf die neuen Grundlagen des Gemeinwesens und bei ihrem Neuaufbau“ und in der Propagierung der Ostanlehnung gesehen.<sup>282</sup>

Welchen Abteilungen der Roten Armee dieser Bericht zugeführt wurde, ist nicht bekannt. Nach einem erneuten Kommandantenwechsel am 5. Mai 1945 musste das Komitee das Rathaus verlassen. Der Frontbevollmächtigte Bieg sah sich veranlasst, die Mitglieder des Greifswalder NKFD über die Entstehung des Nationalkomitees in der Sowjetunion und über die Schwerpunkte der antifaschistischen Arbeit aufzuklären.<sup>283</sup> Für den 8. Mai ordneten die sowjetischen Behörden die Konstituierung einer neuen Stadtverwaltung an, in der Pfeiffer als Vertreter des Oberbürgermeisters und Graul und Lachmund als Beigeordnete vorgesehen waren. Lachmund notierte: „Nat[ional]komitee

---

<sup>280</sup> Ebenda, Hervorhebung J.M.

<sup>281</sup> Ebenda.

<sup>282</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945.

<sup>283</sup> StA Greifswald, Rep. 59 O.

stillgelegt<sup>284</sup>. Die Auflösung des Komitees ist auf besatzungsbehördliche Anweisungen erfolgt, weil die sowjetischen Kommandanten den Komitee-Mitgliedern die Arbeit im Rathaus untersagten. Mit der Integration der Antifa in die neue Stadtverwaltung verschmolzen praktisch die zuvor eingeführte Trennung von verwaltungsmäßiger und politischer Administration. Mit letzterer war das Greifswalder NKFD in den ersten Maitagen betraut worden.

Dem neuen Oberbürgermeister, Wilhelm Bieg<sup>285</sup>, stand die gesamte Führungsspitze des örtlichen NKFD zur Seite: Hugo Pfeiffer (KPD) als Bürgermeister, die hauptamtlichen Beigeordneten Julius Schröder (KPD) und Walter Hoppach sowie die ehrenamtlichen Beigeordneten Walter Graul, Hans Lachmund und Gottfried Holtz.<sup>286</sup> Die übrige Stadtverwaltung setzte sich zunächst relativ gleichmäßig aus Mitgliedern ehemaliger demokratischer Parteien, der Sozialdemokratie und aus Kommunisten zusammen.

Einem Tätigkeitsbericht des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters an den Stadtkommandanten ist zu entnehmen, dass die neue Stadtverwaltung mit der Beseitigung ephemerer Elemente des alten Regimes, mit der Entlassung „politisch nicht tragbarer Bediensteter“, mit der Erhebung eines Stellenplanes für die neue Stadtverwaltung sowie mit der Sicherung der Versorgung beschäftigt war. Der Bürgermeister war für die Reorganisation von Polizei und Feuerwehr und nicht zuletzt des Gesundheitswesens verantwortlich. Auch die Flüchtlinge mussten versorgt, die Bevölkerung beraten und Kirchenangelegenheiten geklärt werden.<sup>287</sup> Am 14. Juli 1945 wurde die Stadtwacht in die Polizeibehörde umgewandelt und Hermann Lindgreen vier Tage später zum Polizeiinspektor ernannt.

Der erste Stadtkommandant war an einer funktionierenden Kommunalverwaltung und an der politischen Arbeit interessiert war. Er besetzte mit Ausnahme des Postens des Oberbürgermeisters den Greifswalder Magistrat mit Kommunisten und Sozialdemokraten neu, ohne die Zusammensetzung des Greifswalder Stadtparlaments während der Weimarer

---

<sup>284</sup> Ebenda.

<sup>285</sup> Der DDR-Historiographie zufolge wurde Bieg auf einer ersten Einwohnerversammlung der Bevölkerung als neuer Oberbürgermeister vorgestellt. Eine entsprechende Eintragung, die dies bestätigen könnte, ist dem Tagebuch Lachmunds nicht zu entnehmen. MLHA Schwerin, SED-BPA I/5, Blatt 10; Biederstedt u.a. 1973, S. 123; Kornow 1984, S. 47.

<sup>286</sup> MLHA Schwerin, BPA Schwerin I/5, Blatt 10, StA Greifswald, Rep. 7.2.1 Nr. 1-40, Mai 1965, S. 72.

<sup>287</sup> StA Greifswald, Rep. 6 Ia, Nr. 113.

Republik zu berücksichtigen. Für die politische Arbeit, die in keiner Weise konkretisiert wurde, griff er auf das lokale Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zurück.

Die Auflösung des NKFD erfolgte wie in Rostock nach einem erneuten Kommandantenwechsel. Mit dem neuen Kommandanten kam auch dessen Stellvertreter für politische Angelegenheiten, der den ihm unterstellten Bieg als Mitglied des „offiziellen“ NKFD ins Amt des Oberbürgermeisters einführte. Da eigenständige politische Arbeit unter der deutschen Bevölkerung verboten war, musste auch das lokale NKFD von Greifswald seine Tätigkeit einstellen. Die kommunistischen Mitglieder dieses Komitees waren ohnehin mit kommunaler Verwaltungsarbeit beschäftigt, während die liberalen Vertreter Graul und Lachmund die Hauptarbeit innerhalb des Komitees leisteten.

Durch den Kommandantenwechsel erfolgte außerdem eine Umbesetzung der Stadtverwaltung, sodass durch die Einbeziehung bürgerlicher Vertreter zumindest teilweise die Mehrheitsverhältnisse der Weimarer Republik Berücksichtigung fanden.<sup>288</sup>

#### *Die Mitglieder der Sobottka-Gruppe und die Greifswalder Stadtverwaltung*

Am 12. Mai 1945 berichtete Sobottka, der selbst erst am 28. Mai infolge seiner Versammlungsrundreise die Stadt besuchte, Wilhelm Pieck von einer Greifswalder (Partei)Gruppe, „die schon ein Komitee *Freies Deutschland* gegründet hat und als die Rote Armee ins Rathaus kam, prangte an der Tür ein Schild *Nationalkomitee Freies Deutschland*. Die Hauptrolle sollen hier jedoch die Intellektuellen spielen.“<sup>289</sup>

Der Mitteilung ist zu entnehmen, dass Sobottka den Bericht des Greifswalder NKFD vom 3. Mai kannte, der einige Anmerkungen zum Aufbau einer KPD-Gruppe enthält.<sup>290</sup> Mit dem von Sobottka erwähnten Einzug der Roten Armee ist nicht die offizielle Übergabe der Stadt am 30. April 1945 gemeint, sondern der Kommandantenwechsel am 5. Mai, da erst in den Folgetagen von der

---

<sup>288</sup> Zu den Bürgerschaftswahlen 1929 hatten die Deutschnationalen Greifswalds immerhin 12 Sitze errungen, die Sozialdemokraten sieben, der Wirtschaftliche Mittelstand fünf, die Kommunisten drei und die NSDAP zwei Sitze. Vgl. Schroeder 1963, S. 75.

<sup>289</sup> BA Berlin, NY 4036/629.

<sup>290</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945. Siehe auch Abschnitt zur KPD Greifswald.

neuen Kommandantur angeordnet wurde, dass das NKFD seine Arbeit im Rathaus einzustellen habe.

Auch Lachmund notierte häufige Wechsel der „Generale“ für die Tage nach der Übergabe der Stadt, sodass davon auszugehen ist, dass das Personal der nachfolgenden Truppen der Roten Armee bereits Instruktionen über den Umgang mit spontan entstandenen lokalen Gruppen erhalten haben musste.

Am 16. Mai 1945 begann den Ausführungen Lachmunds zufolge eine „Versammlungsschwemme“, auf der die Mitglieder der Sobottka-Gruppe, Switalla und Grünberg, zunächst vor den Professoren der Greifswalder Universität, vor Geistlichen und dann am 19. Mai vor Studenten referierten. Während die Gespräche mit den Professoren und den Geistlichen, die im Zimmer des Oberbürgermeisters stattfanden, ohne Zwischenfälle verliefen, musste Lachmund den Studenten „die moralische Seite der (Veranstaltung) ins Gewissen schieben.“<sup>291</sup> Die beiden „Redner aus Rußland“, die in der Zeit vom 15. Mai bis zum 1. Juni 1945 für Greifswald und die Insel Rügen zuständig waren<sup>292</sup>, beschrieb Lachmund als schlicht und klug. Gleichzeitig bewunderte er den „Idealismus und die Tatkraft des jungen Oberbürgermeisters“.

Als die Sobottka-Mitglieder nach Greifswald kamen, müssen neue Personalentscheidungen notwendig geworden sein. Bieg schien der Situation innerhalb der Stadtverwaltung nicht gewachsen zu sein<sup>293</sup>, weshalb die Neubesetzung des Oberbürgermeisteramtes in Erwägung gezogen wurde. Ob es sich hierbei um einen Vorschlag des ehemaligen lokalen NKFD handelte oder ob das Ansinnen von der sowjetischen Kommandantur ausging, konnte nicht geklärt werden. Als neuer Oberbürgermeister wurde Lachmund favorisiert. Im Vorfeld der personellen Umstrukturierung der Stadtverwaltung wurden die bisherigen Mitarbeiter vom NKWD überprüft. Es kam zu einer

---

<sup>291</sup> StA Greifswald, Rep. 59;

Sobottka berichtete Dimitroff noch Anfang Juni 1945 über die Zustände an der „bekanntesten und reaktionärsten“ Universität Deutschlands, an der die Vorlesungen weitergingen, „als ob nichts gewesen wär.“ Sobottka veranlasste daraufhin am 29. Mai die Einstellung des Lehrbetriebs. Vgl. Laufer 1996, S. 368.

<sup>292</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/5, Tätigkeitsbericht über Greifswald und Rügen zwischen 15.5. und 1.6.1945 von Grünberg und Kahmann. Unklar ist, ob es sich bei Kahmanns Namen um eine Verwechslung handelte, da auch nach Lachmunds Tagebuch eigentlich Switalla zusammen mit Grünberg nach Greifswald kam. Vielleicht weilte aber auch Kahmann in dem erwähnten Zeitraum in der Stadt, und der Tätigkeitsbericht ist eine Zusammenfassung sowohl von Grünbergs als auch von Kahmanns Erfahrungen.

<sup>293</sup> Sobottka zufolge hatte Bieg die Fortführung des Universitätsbetriebs nicht unterbunden, weil er keine Gemeinsamkeiten zwischen Philosophie und nationalsozialistischer Ideologie erkennen konnte. Ebenda, S. 369.

Verhaftungswelle, der auch Hans Lachmund zum Opfer fiel. Die ehemaligen NKFD-Mitglieder Professor Lohmeyer und Dr. Siegfried Remertz – letzterer hatte den Aufruf Petershagens für die Stadtverwaltung unterzeichnet - wurden ebenfalls vom NKWD verhaftet<sup>294</sup>, ebenso der Rektor der Universität, der neben seinem Kollegen, Professor Gerhardt Katsch, einer der Greifswalder Parlamentäre war, die mit den sowjetischen Truppen die Übergabebedingungen für ihre Stadt ausgehandelt hatten.<sup>295</sup> Auffällig ist, dass ausschließlich Intellektuelle von der Verhaftungswelle betroffen waren. Dass ein Großteil von ihnen im lokalen NKFD mitgewirkt hatte, schien eher Zufall zu sein und die Mitarbeiter des NKWD nicht zu interessieren. Daran wird deutlich, dass das NKWD eigenständig und an den Interessen der Besatzungstruppen vorbei agierte. Die Greifswalder Kommandantur hatte geplant, Lachmund als Oberbürgermeister einzusetzen; Sobottka wollte, dass er in der mecklenburg-vorpommerische Landesregierung mitarbeitet.

Switalla und Grünberg waren mit der Arbeit der Greifswalder Nachkriegsstadtverwaltung unzufrieden. In ihrem Tätigkeitsbericht schätzten sie ein, dass die Greifswalder den neuen Oberbürgermeister Bieg „beherrschten“, dessen Arbeit planlos sei und die Stadtverwaltung lediglich „zwangsläufig auftretende Fragen“ kläre.<sup>296</sup> Die Missstände führten die beiden „Moskauer“ auf die fehlende „politische Grundlinie“ zurück. Drei von vier Mitgliedern der Stadtverwaltung schenken sie kein Vertrauen, Lachmund wurde in der Zwischenzeit verhaftet, der ehemalige Frontbeauftragte des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ wenig später abgesetzt. Gegen Bieg sprach vor allem, dass er sich von den lokalen Antifaschisten beeinflussen ließ, den KPD-Instrukteuren keinen umfassenden Bericht über die Situation in der

---

<sup>294</sup> Bereits am 19. Mai 1945 war Lohmeyer verhaftet worden. Remertz wurde vermutlich wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft seit 1937 verhaftet. In der Nacht vom 27. zum 28. Mai 1945 wurde Lachmund aufgrund „internationaler Freimaurerverbindungen“ verhaftet, da bei der Haussuchung Belege von Auslandskontakten von vor 1933 gefunden wurden. Lachmund hatte sie jedoch vorher in Fragebögen angegeben. Sobottka und Warnke hatten Ende Mai erwogen, Lachmund für die neu zu bildende Landesregierung zu gewinnen (LA Greifswald, Rep. 296 Hans Warnke). Trotzdem wurde er als „internationaler Agent“ verhaftet und war bis 1950 in den sowjetischen Speziallagern Alt-Strelitz, Fünfeichen und Buchenwald interniert. Am 9. Mai 1950 wurde er in Waldheim zu 25 Jahren Zuchthaus und Vermögensverlust verurteilt. Seine Frau bemühte sich um eine Revision des Urteils. Hierfür reichte sie 1951 25 Zeugnisse von Greifswalder Antifaschisten ein. Am 15.4.1954 erfolgte über den Gnadenweg die Entlassung Lachmunds. Vgl. StA Greifswald, Rep. 59 O; OZ vom 16.10.1990; OZ vom 23.10.1990; OZ vom 4.5.1995.

<sup>295</sup> Laufer 1996, S. 369.

<sup>296</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/5, Blatt 10.



Stadt liefern konnte, den Aufgaben nicht gewachsen war und es wagte, Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht zu kritisieren.<sup>297</sup>

Als neuer Oberbürgermeister wurde Dr. Rust<sup>298</sup> gewonnen, dessen Amtseinführung am 21. Mai 1945 stattfand. Die Ernennung Rusts „zum Oberbürgermeister wurde von den bisherigen Mitgliedern der Stadtverwaltung ablehnend aufgenommen und man versuchte, ihn von vornherein zu diskreditieren.“<sup>299</sup> Obwohl auch die Mitglieder der Sobottka-Gruppe einräumten, Dr. Rust kaum zu kennen, bescheinigten sie ihm Selbstsicherheit und energisches Auftreten, was ihn befähige, die Belange der Stadt zu vertreten.<sup>300</sup> Mit der Entscheidung, den bis dahin politisch nicht aktiven Rechtsanwalt Rust zum Oberbürgermeister zu bestimmen, wurde ein Muster kopiert, was auch für andere sowjetisch besetzte Städte Anwendung fand: Um den Status quo ante formal wiederherzustellen, setzten die aus Moskau kommenden KPD-Funktionäre, sanktioniert durch die sowjetische Besatzungsmacht, einen „Bürgerlichen“ als Repräsentanten der Stadt ein, während ihre Funktionäre bewusst in die zweite Reihe gestellt wurden.

Bieg fungierte noch eine Zeit lang zusammen mit Pfeiffer als Rusts Stellvertreter, bis er am 12. Juni 1945 zum stellvertretenden Landrat ernannt wurde.<sup>301</sup> Der Umstand, dass Switalla und Grünberg Bieg einstweilen als stellvertretenden Bürgermeister im Amt beließen, könnte darauf hindeuten, dass beide unsicher waren, wie die sowjetischen Behörden auf ihre personelle Umsetzung reagierten. Vielleicht sollte Bieg auf diesem Posten den direkten Kontakt zur Kommandantur halten, wie es beispielsweise auch in Stralsund oder in Görlitz gehandhabt wurde.<sup>302</sup>

---

<sup>297</sup> Ebenda, Vgl. BA Berlin SAPMO, SgY 30, EA 1324, Blatt 3 f.

<sup>298</sup> Dr. Ewald Rust (1894-1966), Rechtsanwalt, SPD, ab 21.5.1945 Oberbürgermeister, 18.7.1945-16.8.1946 Stadtrat in Greifswald. StA Greifswald, Bürgermeisterkartei. In den Akten der Stadtverwaltung wurde Rust als Sozialdemokrat geführt, wobei nicht ersichtlich ist, ob er schon vor 1933 der SPD angehörte oder erst nach Kriegsende in diese Partei eintrat. Vgl. StA Greifswald, Rep. 7.2.1, Nr. 1-40.

<sup>299</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/5, Blatt 11.

<sup>300</sup> RZChiIDNI, f. 17, op. 125, d. 317. In seinen Erinnerungen führte Gottfried Grünberg aus, dass die Ernennung von Dr. Rust auf Veranlassung des sowjetischen Kommandanten erfolgt war, der selbst bemerkt hatte, „daß die Zusammensetzung der Verwaltung nicht den Erfordernissen entsprach(...) Aber auch [Dr. Rust – J.M.] war den Aufgaben eines Oberbürgermeisters nicht gewachsen.“ Vgl. BA Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1324, Blatt 3 f.

<sup>301</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/11, Blatt 93; StA Greifswald, Rep. 7.2.1, Nr. 1-40, Bürgermeisterkartei; BA Berlin, SAPMO, SgY 30 EA 1324 Blatt 4.

<sup>302</sup> In Stralsund wurden die NKFD-Beauftragten Forst und Salinger zu Stellvertretern des Bürgermeisters bestimmt, um die Verbindung zwischen Kommandantur und Stadtverwaltung

Switalla und Grünberg waren bis zum 1. Juni 1945 für die Stadt Greifswald und die Insel Rügen zuständig. Ihre Nachfolger waren Lore Pieck und Wilhelm Keller, wobei das exakte Datum ihres Aufenthalts in Greifswald nicht bekannt ist. Beide Instrukteure waren mit der Arbeit der Greifswalder Stadtverwaltung und mit der von ihren Vorgängern getroffenen personellen Auswahl nicht einverstanden. Am 26. Juni 1945 berichtete Lore Pieck von einer erneut bevorstehenden Umbesetzung der Stadtverwaltung, die vor allem der Entlassung Dr. Rusts diene, der den Weisungen der Kommandantur nur selten nachkam. Am 5. Juli 1945 schlug der Antifaschistische Aktionsausschuss Paul Hoffmann<sup>303</sup> als neuen Oberbürgermeister vor. Walter Graul, der im Antifaschistischen Aktionsausschuss mitarbeitete, hatte während des Krieges Kontakte zu Hoffmann aufgebaut. Hoffmann, ehemaliger Schulrat, war 1944 als Feldwebel in einem Kriegsgefangenen-Stammlager eingesetzt und hatte mit sowjetischen Kriegsgefangenen zusammengearbeitet.<sup>304</sup> Wahrscheinlich schlugen die Mitglieder des Aktionsausschusses, der eine Variante des antifaschistisch-demokratischen Blocks darstellte und in dem einige Mitglieder des ehemaligen Greifswalder NKFD tätig waren<sup>305</sup>, Hoffmann als neuen Oberbürgermeister vor.

Die Notwendigkeit, für das Personalamt und das Arbeitsamt einen versierten Exil-Kommunisten anzufordern, verweist auf die Schwierigkeiten, die die Exil-Kommunisten in Greifswald hatten.<sup>306</sup> Die von Lore Pieck avisierte Absetzung des Mitglieds des ehemaligen lokalen NKFD, Hugo Pfeiffers, zog sich jedoch noch bis Mitte September hin. Am 25. September 1945 konnte Heinrich

---

aufrechtzuerhalten. Vgl. StA Stralsund, Pl. I/5b, Befehl Nr. 5 des Militärkommandanten der Stadt und des Stadtkreises Stralsund, 23.5.1945; RZChiIDNI f. 17, op. 125, d. 317.

<sup>303</sup> Professor Paul Hoffmann (1887-1975), DDP, Lehrer, 1928-1933 Schulrat in Greifswald, 25.5.-16.7.1945 wieder Schulrat, bis 1.8.1945 Oberbürgermeister, dann als Ministerialdirektor ins Ministerium für Volksbildung bei der Landesregierung Mecklenburg/Vorpommern. Vgl. StA Greifswald, Bürgermeisterkartei.

<sup>304</sup> OZ vom 6. Mai 1995.

<sup>305</sup> So war neben Graul auch Hermann Lindgren Mitglied im Antifaschistischen Aktionsausschuss. Vgl. StA Greifswald, 7.2.1, Nr. 1-40.

<sup>306</sup> Lore Pieck hatte für diese Ämter Herbert Hentschke angefordert, der auch von der Stadtkommandantur gebilligt wurde. Doch Hentschke wurde für die neue Landesregierung bzw. die Landesleitung der KPD Mecklenburg-Vorpommerns benötigt. MLHA Schwerin, SED-BPA I/11, Blatt 93.

Rau<sup>307</sup>, aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen zurückgekehrt, als Greifswalder Bürgermeister eingeführt werden.

Eine Neuverteilung der Dezernate und die Neuberufung des Oberbürgermeisters erfolgten am 18. Juli. Dezernenten wurden drei Kommunisten, drei Sozialdemokraten und ein Parteiloser, die alle außer Oberbürgermeister Bieg und Stadtrat Rust der Greifswalder Gruppe des NKFD angehört hatten.<sup>308</sup>

Walter Graul schied Mitte August als Stadtrat aus, nahm jedoch als Vertreter des Antifaschistischen Aktionsausschusses und ab 19. Oktober als Mitglied des Stadtausschusses weiterhin an den Beratungen der Stadtverwaltung teil.<sup>309</sup>

Bis zum 12. Oktober 1945 war es dem Antifa-Aktionsausschuss gestattet, bei den Beratungen der Stadtverwaltung anwesend zu sein, wobei unklar ist, welche Rechte er hier wahrnahm. Eine Woche später hatte sich ein Stadtausschuss konstituiert, der den Mitgliedern des bisherigen Antifaschistischen Aktionsausschusses die Möglichkeit bot, weiter an den Beratungen der Stadt teilzunehmen.<sup>310</sup> Ab Oktober 1945 wurden die bisherigen Antifaschistischen Aktionsausschüsse offiziell als Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien bezeichnet.

### 5.3.3 Das „Politbüro der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion Greifswald“

Hugo Pfeiffer, Julius Schröder und der Gewerkschafter Karl Rossow sollen eine sogenannte Arbeitergruppe innerhalb ihres NKFD gegründet haben. Rossow erhielt den Auftrag, eine „Zelle im Wehrmachtsbetrieb Dust“ aufzubauen. Da jedoch Pfeiffer und vermutlich auch Rossow Anfang Januar 1945 in einen anderen Betrieb oder in ein Lager versetzt wurden, konnte dieser Plan nicht realisiert werden.<sup>311</sup>

---

<sup>307</sup> Heinrich Rau (1879-1963), 1918 KPD, 1944-45 Konzentrationslager Sachsenhausen, 25.9.1945 Bürgermeister der Stadt Greifswald, 11.8.1947-1.12.1947 Oberbürgermeister, 1.12.1947-31.12.1949 Landrat, Vgl. StA Greifswald, Bürgermeisterkartei.

<sup>308</sup> Vgl. StA Greifswald, Rep.7.2.1, Nr. 1-40.

<sup>309</sup> Ebenda.

<sup>310</sup> Ebenda.

<sup>311</sup> Museum der Hansestadt Greifswald, Bericht des Nationalkomitees Freies Deutschland in Greifswald, 3.5.1945.

In Pfeiffers Abwesenheit sammelte Schröder einige KPD-Mitglieder um sich, die nach Pfeiffers Rückkehr im März 1945 „eine neue Ortsgruppe der KP“ konstituierten. Die Gruppe traf sich ebenso wie das ihr übergeordnete NKFD in sogenannten Dreiergruppen, wobei Pfeiffer, Schröder und Lindgren die Leitung bildeten.

Wird aus Pfeiffers Bericht vom 3. Mai 1945 deutlich, dass die Arbeitergruppe innerhalb des NKFD existierte, teilte Sobottka Pieck am 12. Mai 1945 mit, dass diese Parteigruppe „schon ein Komitee *Freies Deutschland*“ gegründet habe<sup>312</sup>, da im Selbstverständnis der Moskauer KPD-Emigranten, die Initiative für Komiteegründungen immer von Kommunisten ausging. Nur in Greifswald hatte sich ein Kommunist liberale Mitstreiter gesucht, da er als Ortsfremder zunächst nicht in Kontakt mit einheimischen Kommunisten kam. Nachdem die Liberalen Greifswalds Verbindungen zu ihnen bekannten Arbeiterfunktionären hergestellt hatten, konnte auch Pfeiffer in der Stadt Fuß fassen und die oben beschriebenen Vorgänge einleiten.

Über die Parteiarbeit in den ersten Nachkriegswochen ist nichts bekannt, außer dass eine Gruppe von Kommunisten und eine sozialdemokratische Gruppe existierten. „Einzelne Genossen dieser Gruppen hatten schon im NKFD zusammengearbeitet, waren auch jetzt schon wiederholt zusammengekommen, hatten die Funktionen der Verwaltung aufgeteilt, aber zu einer regelrechten Zusammenarbeit beider Gruppen war es noch nicht gekommen.“<sup>313</sup> Am 11. Juni 1945 teilte die Greifswalder Ortsgruppe der KPD dem sowjetischen Stadtkommandanten ihre Gründung mit. Zu den Unterzeichnern des „provisorischen Exekutivkomitees des UB (Unterbezirks) Greifswald“ gehörten die kommunistischen Mitglieder des lokalen NKFD.<sup>314</sup> Mit der Bitte um Zulassung ihrer Partei reichten sie organisatorische Richtlinien ein, die den Aufbau der KPD in Greifswald voranbringen sollten. Die ersten Gliederungspunkte lassen zunächst vermuten, dass den Greifswalder Genossen der Inhalt des offiziellen Aufrufes des ZK der KPD nicht bekannt war, sie konzentrierten sich auf konkrete organisatorische Maßnahmen. Oberstes Gebot waren „demokratischer Zentralismus“ sowie unbedingte Unterordnung unter

---

<sup>312</sup> BA Berlin, SAPMO, NY 4036/629.

<sup>313</sup> BA Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1324, Blatt 4.

<sup>314</sup> Das waren neben Hugo Pfeiffer, der sich ja als Gründer des NKFD verstand, Hoppach, Schröder und Lindgren. Weitere Unterzeichner waren Paula und Harriet Pfeiffer. MLHA Schwerin, SED-BPA I/11, Blatt 79.

einmal gefasste Parteibeschlüsse, wobei jede höhere Instanz, wie das ZK, anerkannt werden sollten. Bei der Formulierung des „Nahziels“ wird deutlich, dass die Greifswalder den Berliner Aufruf zwar kannten, mit dessen Allgemeinheit jedoch nichts anzufangen wussten. Diszipliniert übernahmen sie die allgemeinen Forderungen nach „Vernichtung der vorhandenen Überreste des Faschismus und Militarismus und (der) Erziehung des deutschen Volkes zum freien demokratischen Denken und Handeln“, was sie wiederum mit der „restlosen Zusammenarbeit mit den Organen der Besatzungsbehörden ... am schnellsten zu erreichen“ glaubten.<sup>315</sup>

Das erste Parteibüro der Greifswalder Kommunisten befand sich in einem leeren Laden, der zur Wohnung Hugo Pfeiffers gehörte. Als Folge der Parteizulassung erhielt die KPD vom Kommandanten das Gebäude der Reichsbank als neues Parteihaus, zwei Schreibmaschinen und Radioapparate; einen PKW wollte die Kommandantur in Kürze zur Verfügung stellen.<sup>316</sup> Der Kommandant bestimmte außerdem „zwei vertrauenswürdige Polizisten“, die das neue Parteihaus zu bewachen hatten.<sup>317</sup>

Auf der ersten Mitgliederversammlung der KPD am 11. Juli 1945 präsentierte sich die Stadtleitung. Über eine eventuelle Wahl der KPD-Stadtleitung ist nichts überliefert. Die politische Leitung übernahm das ehemalige Mitglied des NKFD, Hermann Lindgren, während sich die übrige Leitung aus Personen zusammensetzte, die dem Greifswalder NKFD nicht angehört hatten.

Hugo Pfeiffer akzeptierte die zentralen Parteianweisungen nicht widerspruchlos, zumal er vermutlich auf Intervention Lore Piecks, die auch seine Entlassung aus der Stadtverwaltung betrieb, nicht in die KPD-Parteileitung aufgenommen worden war. Eigenmächtig hängte er im ehemaligen „Parteiladen“ ein Schild aus, das auf den Sitz des „Politbüros der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion Greifswald“ verwies. Lore Pieck, die am 26. Juni 1945 von dem Zwischenfall berichtete, erfuhr erst mit Pfeiffers Aktion von der Existenz des früheren KPD-Büros. Gemeinsam mit dem sowjetischen Stadtkommandanten beschlagnahmten die Moskauer Instrukteure das Plakat und verhörten Hugo Pfeiffer, welcher erklärte: „Vor zirka 8 Tagen seien in dem Zimmer zirka 10 Genossen gewesen und hätten ihn

---

<sup>315</sup> Ebenda, Blatt 78f.

<sup>316</sup> MLHA Schwerin, BPA Schwerin I/11, Blatt 94.

<sup>317</sup> Ebenda.

gebeten, ein solches Plakat machen zu lassen, der Text sei ihm diktiert worden. Persönlich habe er sich nichts dabei gedacht. Er sei ja nun nicht mehr in der Leitung und habe gedacht, dass es einen solchen Beschluss gäbe. Er habe dann ein solches Plakat in einer ihm bekannten Plakatmalerei malen lassen und auf die Frage der Genossen erklärt, dass man es am besten in diesem Laden aufhängen sollte. Auf die Frage, wer ihm diesen absolut nicht deutschen Text diktiert habe, erklärte er, dass er sich absolut nicht mehr, auch nicht an einen einzigen Genossen besinnen könnte...<sup>318</sup>

Hätten andere kommunistische Mitstreiter des NKFD von dieser Aktion gewusst, lägen parteiinterne Auswertungen zu Pfeiffers Protest vor. Für ihn, der während des Krieges mit der Sæfkow-Gruppe in Verbindung gestanden hatte, endete dieser Zwischenfall mit einer Selbstkritik vor der Greifswalder Parteigruppe, wo er „indirekt zu(gab), dass er diese Sache trotz besseren Wissens aus Protest gemacht habe, weil er nicht in die Leitung gewählt worden war.“<sup>319</sup>

#### 5.3.4 Resümee

Auch in Greifswald wechselten die Offiziere der Besatzungstruppen in den ersten Nachkriegstagen häufig. Dem Greifswalder NKFD übertrugen sie zunächst die politische Leitung, ohne deren Aufgabenfeld festzulegen. Zusätzlich wurden führende Vertreter des NKFD in die Stadtverwaltung integriert. Die Sympathie der Besatzungsmacht für die kommunistischen Mitglieder der Organisation zeigte sich darin, dass sie für ihre Mitarbeit in der Kommunalverwaltung bezahlt wurden, während die Bürgerlichen ehrenamtlich tätig waren. Mit der Ankunft des NKFD-Beauftragten wurde die Trennung zwischen politischer und administrativer Leitung der Stadt wieder aufgehoben und die Arbeit des lokalen Nationalkomitees eingestellt.

Die Instrukteure Sobottkas nahmen in Greifswald mehrfach Umstrukturierungen der Stadtverwaltung vor. Sie setzten den NKFD-Beauftragten als Oberbürgermeister ab. Alle Verwaltungsmitglieder wurden durch das NKWD politisch überprüft, und die bürgerlichen Vertreter des NKFD wurden verhaftet. Ursache für diese Verhaftungen waren jedoch nicht

---

<sup>318</sup> Ebenda.

<sup>319</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/11, Blatt 95.

ihre Tätigkeit und ihre Sympathie für das lokale NKFD, sondern Verbindungen ins westliche Ausland aus der Vorkriegszeit.

Die Mitarbeiter Sobottkas konnten anders als in Rostock mit der Amtsenthebung des Oberbürgermeister ihre Macht dem sowjetischen NKFD gegenüber demonstrieren. Ihre Grenzen wurden ihnen mit der Verhaftung des neuen designierten Oberbürgermeisters aufgezeigt.

Die Ablösung des von der Roten Armee eingesetzten Mitglieds des NKFD Wilhelm Bieg erfolgte nicht nur aufgrund seiner mangelnden Fähigkeiten, sondern zur Etablierung des Einflusses der Exil-KPD, womit das Konfliktpotential zwischen Exil-KPD und NKFD erkennbar wird. Die Unterordnung der Moskauer KPD unter das in der Sowjetunion gegründete Nationalkomitee „Freies Deutschland“ war eine Formalie. Die Exil-Kommunisten gingen davon aus, im unmittelbaren Nachkriegsdeutschland eine Führungsrolle spielen zu können, auch wenn diese nicht explizit formuliert wurde.

#### 5.4 „Besatzungswechsel“ in Waren

Die Ereignisse in der nördlich von Berlin gelegenen Kleinstadt Waren sind teilweise mit denen der sächsischen Städte Schmiedeberg, Pirna und Meißen vergleichbar. Auch hier dominierten die Mitglieder einer kommunistischen Ortsgruppe den Magistrat, arbeitete eine „Rote Miliz“ und erschien eine Lokalzeitung, deren Titel an die Zeit vor 1933 erinnerte. In Waren wechselten nicht die Besatzungstruppen, sondern die Zuständigkeiten der Gruppen der Exil-KPD.

##### *Die Gruppe Ulbricht*

Unmittelbar nach der Übergabe der Stadt setzte die Rote Armee einen Beauftragten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ ein, der dem Frontbevollmächtigten Bechler unterstellt war. Damit wurde Waren in den ersten Nachkriegstagen zunächst von der Gruppe Ulbricht betreut, denn das Mitglied des NKFD Bechler, ein ehemaliger Major der Wehrmacht, gehörte

zur Ulbricht-Gruppe. Zu einem Wechsel der Zuständigkeiten führte der Umzug der Sobottka-Gruppe in die Kleinstadt.

Am 1. oder 2. Mai 1945 teilte der erwähnte NKFD-Beauftragte der Stadtkommandantur entsprechend der bis Februar 1945 gültigen KPD- und NKFD-Politik die Gründung eines städtischen NKFD-Volksausschusses mit.<sup>320</sup>

Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde ein Überlebender des Konzentrationslagers Ravensbrück ernannt, dem sieben weitere ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers und sieben Warener Bürger angehörten.<sup>321</sup>

Der Beauftragte des NKFD händigte den Mitgliedern seines Volksausschusses ein Schreiben aus, das ihre Arbeit legitimierte, indem Papier des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des Bundes Deutscher Offiziere verwendet wurde.<sup>322</sup> Zusätzliche Ausweise und Unterstützung sollte der

Kommandant gewähren. Der NKFD-Beauftragte versicherte der Kommandantur die Bereitschaft des Volksausschusses, eng mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten. Die Mithilfe des Ausschusses sollte sich auf die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Stadt richten und auf die Wiederaufnahme der Produktion. An die Bevölkerung erging die Weisung, unbedingt die Anordnungen dieses Volksausschusses zu befolgen. Der Ausschuss stellte den verlängerten Arm des NKFD-Beauftragten dar.

Über die Tätigkeit dieses Volksausschusses und über seine Mitglieder fanden sich keine Hinweise. Es ist davon auszugehen, dass dieses Komitee - wenn überhaupt - weitgehend von den städtischen Verhältnissen isoliert agierte. Nicht auszuschließen ist, dass die erwähnten Überlebenden des Konzentrationslagers nur wenige Tage in der Stadt weilten. Da die Initiierung derartiger Ausschüsse aber der eigentlichen zentralen Vorgabe des NKFD nicht mehr entsprach, könnte der Ausschuss nach Weggang der ehemaligen KZ-Häftlinge auch von den Politoffizieren der Kommandantur aufgelöst worden sein.

---

<sup>320</sup> Der Umstand, dass der NKFD-Beauftragte im Mai 1945 trotz der bereits seit Mitte Februar 1945 geänderten KPD- und NKFD-Propaganda in Waren einen Volksausschuss gründete, verweist auf den demnach beschränkten Wirkungskreis der deutschen Exil-Kommunisten in der Sowjetunion, die ihre Mitarbeiter, die aus den Reihen des NKFD kamen, offenbar nicht mehr erreichten, wenn diese in den Dienst der Roten Armee traten. Oder die deutschen Exil-Kommunisten erachteten eine entsprechende Mitteilung an die NKFD-Beauftragten nicht für notwendig, weil diese nun der Roten Armee untergeordnet waren und von ihr entsprechend der neuen Direktive geschult werden mussten.

<sup>321</sup> StA Waren, 95/16.

<sup>322</sup> StA Waren, 95/13.



Unabhängig davon fanden Personaländerungen innerhalb der Stadtverwaltung statt. Am 8. Mai datierte ein Geschäftsverteilungsplan für die Verwaltung, deren Mitarbeiter schon seit dem 3. Mai 1945 amtierten.<sup>323</sup> Der neuen Kommunalverwaltung gehörten ausschließlich Warener Bürger an, die nicht im Volksausschuss mitgearbeitet hatten.<sup>324</sup>

Mit dem Befehl Nr. 1 wurde der Bevölkerung am 20. Mai der Kommandantenwechsel mitgeteilt. Er regelte die Auflösung des alten Staats- und Verwaltungsapparates, die Aufhebung aller nach 1933 erlassenen Gesetze, die Auflösung der NSDAP und ihrer Gliederungen, die Registrierung ihrer Mitglieder sowie die Abgabe aller Waffen. Die Vollzugsgewalt befand sich künftig in den Händen der Roten Armee, weshalb die Anordnungen der Ortskommandantur für die Bevölkerung verbindlich sein und Gesetzescharakter haben sollten. Die Deutschen wurden zum Wiederaufbau verpflichtet und die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt, während der Lokalverwaltung wie in Rostock, Greifswald und anderen Städten der SBZ die Sicherstellung der Ernährung übertragen wurde.<sup>325</sup>

Die Mitglieder der Warener Stadtverwaltung wurden vom Kommandanten verpflichtet, ihre Befehle und Anordnungen zur Genehmigung vorzulegen. Um die Sicherheit der Bürger zu erhöhen, sollte der Bürgermeister den Kommandanten bei dessen täglichen Rundfahrten begleiten. Täglich fanden Besprechungen zwischen der Kommandantur und der Stadtverwaltung statt.<sup>326</sup>

Ende Mai/Anfang Juni 1945 erweiterte der Befehl Nr. 3 die Kommunalverwaltung nach den KPD-Richtlinien vom 5. April 1945<sup>327</sup>. Adolf Grimme führte gleichzeitig die Geschäfte des Bürgermeisters und des Landrates, unterstützt von zwei Stellvertretern, die beide dem NKFD angehörten. Außerdem wurden die Leitungsfunktionen der Polizei, des Arbeitsamtes, der Ernährungs-, des Wohnungsamtes und der Stadtwerke besetzt.

---

<sup>323</sup> StA Waren, Nr. 1121, Bürgermeister von Waren an den Landrat von Waren, 9.11.1945.

<sup>324</sup> StA Waren, Nr. 1121, 8.5.1945 Geschäftsverteilungsplan.

Ihm zufolge war Bürgermeister Grimme zuständig für den Kontakt zur Besatzungsmacht, für die Hauptverwaltung, das Personal, die Polizei und für Schule und Kultur. Stadtrat Paga fungierte als stellvertretender Bürgermeister und hielt ebenfalls Kontakte zur Kommandantur. Ferner oblag ihm die Leitung der Stadtwerke, des Schlachthofs und des Ernährungswesens. Stadtrat Schulz übernahm die Verantwortung für die Banken, die Finanzen und die Wohlfahrt.

<sup>325</sup> StA Waren, Nr. 6003.

<sup>326</sup> StA Waren, Nr. 6003.

<sup>327</sup> Vgl. „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Sowjetarmee besetzten deutschen Gebiet“ vom 5.4.1945.

### *Die Gruppe Sobottka*

Nach dem eingangs erwähnten Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern der Ulbricht- und denen der Sobottka-Gruppe verlegte letztere ihren Aufenthaltsort Anfang Juni 1945 nach Waren. Damit wechselte die Zuständigkeit der Moskauer KPD-Gruppen für diese Kleinstadt. Grünberg notierte, dass in Waren zwei Mitglieder des NKFD, beide ehemalige Absolventen der Antifa-Schule, tätig waren, von denen einer als Zweiter Bürgermeister und der andere als stellvertretender Landrat fungierten<sup>328</sup>. Diese Aussage lässt jedoch keine Rückschlüsse zu, ob es sich bei einem von den beiden noch um den besagten Beauftragten des NKFD der Ulbricht-Gruppe handelte oder ob beide NKFD-Mitglieder der Sobottka-Gruppe angehörten und ihre Arbeit erst im Juni/Juli aufnahmen. Allein die Absetzung des stellvertretenden Bürgermeisters zeigt, dass Grünberg auch in Waren die Macht der Exil-KPD gegenüber dem NKFD demonstrieren musste.

Als die Mitglieder der Sobottka-Gruppe in Waren eintrafen, fanden sie trotz der Tätigkeit des „Moskauer“ NKFD eine die Verwaltung dominierende kommunistische Parteigruppe, eine „Rote Miliz“ und eine Lokalzeitung „Die Rote Fahne“ vor. Die „Rote Miliz“ fungierte als politische Polizei, indem sie die Verhaftung lokaler NSDAP-Funktionäre und Beschlagnahmen veranlasste. „Die Rote Fahne. Nachrichtenblatt für die schaffende Bevölkerung Warens“ orientierte sich inhaltlich an den internationalen Nachrichten über die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Heereskräfte und berichtete über die Verhaftung von SS- und Gestapo-Beamten.<sup>329</sup> Die Moskauer Instruktoren störten sich am Titel und dem fünfzackigen Stern, dessen Mitte Hammer und Sichel schmückten. Sektiererische Ansichten wie in Meißen wurden nicht publiziert. Diese Situation, die trotz der Tätigkeit zweier Absolventen der Antifa-Schulen eingetreten war, sollte Gottfried Grünberg den Strukturen in der SBZ anpassen<sup>330</sup>, wozu als erste Maßnahme die erneute Umbesetzung der Stadtverwaltung gehörte. Um die kommunistische Dominanz in der Stadtverwaltung zu kaschieren, schlug Grünberg am 23. Juni 1945 einen

<sup>328</sup> BA, Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1324, Blatt 11.

<sup>329</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA, I/33; BA Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1324, Blatt 11.

<sup>330</sup> BA, Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1324, Blatt 11.

Sozialdemokraten als neuen Bürgermeister der Stadt vor. Er sollte, unterstützt von vier Kommunisten, drei weiteren Mitgliedern der SPD, einem Parteilosen und einem Bürgerlichen, dem Magistrat der Stadt vorstehen. Zwei der vier KPD-Mitglieder kamen aus dem sowjetischen Exil: Grünberg selbst wollte als Stadtrat wirken, während der andere als Vertreter des NKFD die Funktion des stellvertretenden Bürgermeisters übernehmen sollte.<sup>331</sup> Mit den Veränderungen beabsichtigte Grünberg, die bis dato weitgehend von der Mitarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung ausgeschlossenen Sozialdemokraten und Bürgerlichen in die Arbeit einzubeziehen, um so die allgemeinen Vorgaben des breiten antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus umzusetzen. Gleichzeitig sicherte sich die Sobottka-Gruppe mit der Übernahme einer Stadtratsfunktion durch Grünberg das Mitspracherecht in der Warener Verwaltung. Hiervon machten sie Gebrauch, als die 40 Absolventen der Antifa-Schule ohne Papiere eintrafen und deshalb nicht aus den Beständen der Roten Armee versorgt werden konnten.

Gottfried Grünberg konnte bis Ende Juni 1945 nicht alle Vorstellungen über die Besetzung der kommunalen Verwaltungsposten verwirklichen, da auch die bisherige Stadtverwaltung eigene Gedanken entwickelte.<sup>332</sup> Es muss ein Kompromiss zwischen der Stadtverwaltung und dem Instrukteur der Sobottka-Gruppe gefunden worden sein, der auch in den Augen des Kommandanten vertretbar war, dem das „Regieren“ der Lokalkommunisten „eigentlich gefallen hatte“.<sup>333</sup> Mit dem Befehl Nr. 6 vom 4. Juli 1945 gab der Kommandant die erneute Umbesetzung des Warener Magistrats bekannt.<sup>334</sup> Grünberg wurde nun als Stadtrat zugelassen, ohne seine Vorstellungen zu berücksichtigen. Das bedeutete, dass Grimme noch immer Bürgermeister war. Der von Grünberg für dieses Amt favorisierte Sozialdemokrat wurde zum Landrat bestimmt. Grünbergs NKFD-Mitstreiter kam erst mit dem undatierten Befehl Nr. 8 ins Amt des stellvertretenden Bürgermeisters.

Die Rivalitäten zwischen Grünberg und dem Warener Bürgermeister dauerten auch nach dem Kompromiss an. Am 11. Juli beschwerte sich Grimme beim Kommandanten, dass Grünberg aufgrund anderer Aufgaben nicht an den

---

<sup>331</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA, I/33.

<sup>332</sup> StA Waren, Nr. 1121, Aufstellung über die Dezernate und Abteilungsleiter der Stadtverwaltung Waren, 25.6.1945.

<sup>333</sup> BA, Berlin, SAPMO, SgY 30, EA 1324, Blatt 11.

<sup>334</sup> StA Waren, Nr. 6003, Befehl Nr. 6, 4.7.1945.

Warener Magistratssitzungen teilnahm.<sup>335</sup> Mit der Konstituierung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns musste Grünberg das Warener Amt abgeben. Ein anderes Mitglied des NKFD und der Sobottka-Gruppe wurde als Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister berufen.<sup>336</sup>

Grimme musste sich auch nach dem Weggang Grünbergs mit Anfechtungen als Bürgermeister auseinandersetzen, die seine Fähigkeiten in Frage stellten. Ihm wurde vorgeworfen, nicht genügend Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung zu ergreifen.<sup>337</sup> Diese und andere Vorwürfe, die nicht nur vom Magistrat, sondern auch von der Partei erhoben wurden<sup>338</sup>, veranlassten Grimme, am 19. September 1945 bei der mecklenburg-vorpommerschen Landesregierung seinen Rücktritt einzureichen und seinen bisherigen Stellvertreter als neuen Bürgermeister vorzuschlagen.<sup>339</sup> Drei Wochen später wurde dem Ersuchen stattgegeben, und der Kommandant teilte der Bevölkerung mit dem Befehl Nr. 15 vom 3. Oktober 1945 mit, dass wegen „der schlechten Organisation und Untätigkeit in der Erfüllung der Anweisungen hinsichtlich der Staatsablieferungen und der Bekämpfung der Typhusepidemie“ der Bürgermeister von seinem Amt enthoben wurde.<sup>340</sup> Die neue Stadtverwaltung wurde einvernehmlich zwischen Stadtkommandanten, Stadtrat, Antifa-Block und Landrat gebildet.

Aber es galt nicht nur die Stadtverwaltung in Waren neu zu besetzen, auch das Erscheinen der Lokalzeitung und die Tätigkeit der „Roten Miliz“ mussten unterbunden werden. Der Veröffentlichung der „Roten Fahne“ wurde untersagt. Um die Polizeiarbeit in den üblichen Rahmen zu verweisen, bestimmte der Politoffizier am 23. Juni 1945 auf einer KPD-Sitzung: „Die

---

<sup>335</sup> StA Waren, Nr. 1121, Bürgermeister Grimme an Stadtkommandant, 11.7.1945.

<sup>336</sup> StA Waren, Nr. 1121, An den Stadtkommandanten der sowjetrussischen militärischen Administration der Stadt Waren; Nr. 6003, Befehl Nr. 8, undatiert.

<sup>337</sup> StA Waren, Nr. 1121, Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Marcus, undatiert.

<sup>338</sup> In einem undatierten Schreiben machte die Landesleitung der KPD Mecklenburg-Vorpommerns den Warner Stadtkommandanten darauf aufmerksam, dass Bürgermeister Grimme den Beschlüssen seiner Partei und denen des Antifa-Blocks kaum Beachtung beimaß und hinsichtlich seiner Arbeit in der Stadt auch der Unterstützung des Kommandanten sicher sein konnte. Das nicht unterzeichnete Schreiben wurde im Namen eines Mitglieds des ZK der KPD - vermutlich Gottfried Grünberg - verfasst, der vom Kommandanten eine klare Aussage darüber verlangte, ob dieser die Ansichten Grimmes oder die der KPD und des Antifa-Blocks teilte. Zur weiteren Diskreditierung warf Grünberg Grimme die Fortsetzung der „alte(n) faschistische(n) Politik“ vor. MLHA Schwerin, SED-BPA, I/33.

<sup>339</sup> StA Waren, Nr. 1126, Bürgermeister Grimme an den Präsidenten der Landesregierung Mecklenburg/Vorpommerns, 19.9.1945

<sup>340</sup> StA Waren, Nr. 1121, Gardemajor Wasjakins Befehl Nr. 15.

Tätigkeit der Politischen Polizei ist ab sofort einzustellen. Die Polizei steht nicht mehr über dem Bürgermeister, sondern untersteht diesem in jeder Beziehung. Das Überwachen der Tätigkeit des Bürgermeisters soll dadurch nicht unterbleiben, vielmehr sollen alle Kommunisten, die bisher nur bei der Politischen Polizei konzentriert waren, auf die Ämter der Stadtverwaltung verteilt werden. Mit der Besetzung verschiedener Ämter durch die Kommunisten in der Stadtverwaltung ist es möglich, die Tätigkeit der gesamten Behörde genau zu kontrollieren. Der Bürgermeister hat kein Alleinbestimmungsrecht, sondern muß den Stadtrat bzw. seine Mitarbeiter zur Beschlußfassung zusammenrufen. Sind die meisten Ämter in der Stadtverwaltung von Kommunisten besetzt, so wird sich immer eine Stimmenmehrheit zugunsten der Kommunisten ergeben.“<sup>341</sup> Aus den Darlegungen des Politoffiziers der Kommandantur ist zu schließen, dass die von Grünberg erwähnte starke KPD-Gruppe weniger in der Stadtverwaltung tätig war als vielmehr das Personal der Politischen Polizei stellte und zusätzlich zu den Entnazifizierungsmaßnahmen den Bürgermeister und seinen Magistrat kontrollierte. Grimme war ebenfalls Mitglied der KPD, besaß jedoch andere Vorstellungen über die Führung der Amtsgeschäfte als seine Genossen in der „Roten Miliz“.<sup>342</sup> Nachdem die Kontrolltätigkeit der lokalen KPD-Gruppe untersagt worden war, versuchte Grimme - teils erfolgreich - die Kontrollversuche der Sobottka-Gruppe abzuwehren.

Auch in Waren wurden die Mitglieder der KPD wiederholt in verschiedene von der Besatzungsmacht bewilligte Funktionen integriert. Erstmals wurde der Führungsanspruch und das Kontrollrecht der KPD explizit erwähnt: „Konzentrierung aller kommunistischen Kräfte an einer Stelle muss vermieden werden. Durch Verteilung auf verschiedene Ämter ist eine Übersicht über alle Vorgänge in Stadt und Land in die Hand der Kommunisten gegeben.“<sup>343</sup>

---

<sup>341</sup> MLHA Schwerin, SED BPA I/3/14/1, Sitzungsprotokoll über 4. KPD-Sitzung in Waren, 23.6.1945.

<sup>342</sup> Noch im Tätigkeitsbericht des Magistrats vom 18. Dezember 1945 war über die Anfangsaufgaben der Warener Stadtverwaltung konstatiert worden: „Die Stadtverwaltungsorgane wurden in der Grundlage der vornazistischen Gesetze und Bestimmungen wieder aufgebaut und arbeiten hiernach, so weit nicht zeitgemäße Forderungen dem entgegenstehen. (...) Dem Bürgermeister steht ein Stadtrat mit 6 Stadträten zur Seite.“ StA Waren, Nr. 1126, Tätigkeitsbericht des Warener Magistrats vom 18.12.1945.

<sup>343</sup> MLHA Schwerin, SED-BPA I/3/14/1, Sitzungsprotokoll über 4. KPD-Sitzung in Waren, 23.6.1945.

*Zusammenfassung*

Zunächst konnte mit der Gründung eines Volksausschusses durch einen NKFD-Beauftragten wie schon in Chemnitz gezeigt werden, dass es den Exil-Kommunisten in den „eigenen“ Reihen teilweise nicht gelang, die schnellen Politikwechsel zu vermitteln. Waren gehörte zu den Beispielen, die die Konkurrenz zwischen den KPD-Gruppen und den Mitgliedern des NKFD belegen.

Die Existenz einer „Roten Miliz“ und die Herausgabe der „Roten Fahne“ zeigen, dass die Exil-KPD den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die „Großstädte“<sup>344</sup> der SBZ gelegt hatte, während die lokalen Antifaschisten in der Provinz eine Zeit lang ihren sektiererischen Ansichten nachgehen konnten.

---

<sup>344</sup> Die Bezeichnung Großstädte wurde deshalb in Anführungszeichen gesetzt, weil Rostock und Greifswald eigentlich zu den Städten mittlerer bis kleiner Größe gehörten. Sobottka selbst bezeichnete Stettin als Großstadt. (Laufer 1996) Weil Stettin jedoch nach Kriegsende zu Polen gehörte, bildeten Rostock, Stralsund und Greifswald die neuen „Großstädte“ Mecklenburg-Vorpommerns, solange die westlichen Gebiete Mecklenburgs noch unter amerikanischer und britischer Besatzung standen.

## 6 Zusammenfassung

*Die Antifa zwischen Besatzungsmacht und Exil-KPD*

Wie in den westlichen Besatzungszonen waren die Antifa-Ausschüsse in der sowjetisch besetzten Zone spontan entstanden und in ihrem Wirkungskreis lokal begrenzt geblieben. Ihre Mitglieder kamen in Ost wie in West aus den früheren Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Im Weimarer Thüringen-Ausschuss und im Greifswalder NKFD arbeiteten ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten mit Mitgliedern bürgerlicher Parteien und des liberalen Widerstands zusammen. In Greifswald hatte sich wie in Leipzig, beispielnehmend am sowjetischen Vorbild, bereits 1944 ein Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gegründet. In Rostock arbeitete das Ordnungskomitee, im Niemandsland gab es Aktionsausschüsse. In Chemnitz, Magdeburg, Weimar und Gotha gründeten heimkehrende Buchenwaldhäftlinge die Antifaschistische Front, das Volksfrontkomitee, das Thüringen-Komitee bzw. den Thüringen-Ausschuss und die Antifaschistische Liga bzw. übernahmen, legitimiert durch die nationalsozialistische Hafterfahrung, nach ihrer Rückkehr die Initiative in diesen Komitees. In Pirna, Schmiedeberg, Meißen und Waren sollte nach Kriegsende der Sozialismus nach sowjetischem Vorbild eingeführt werden. Die Antifa-Aktivitäten in Berlin und Dresden lassen sich aufgrund ihrer Vielfalt kaum auf ein Ziel oder eine Organisationsform festschreiben. Zahlreiche Antifa-Komitees bildeten sich erst unmittelbar vor und nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht und dem Einzug der Besatzungstruppen, ihre Mitglieder hatten wie in Chemnitz, Görlitz, Meißen, Pirna oder Rostock nur losen Kontakt gehalten, zumal die Mitglieder zahlreicher Widerstandsgruppen 1944 und 1945 von der Gestapo verhaftet wurden.

Ein weiterer Punkt der Übereinstimmung zwischen der Antifa Ost und West ist die Vielfalt der Namensgebungen. Je nach Einflussgebieten gründeten sich Nationalkomitees der Bewegung „Freies Deutschland“, Überlebende nationalsozialistischer Konzentrationslager gründeten Anti-Nazi-Komitees, antifaschistische Fronten oder Volksfrontkomitees. Lokalfunktionäre vor Ort nannten ihre Organisation schlicht Antifa-Ausschuss oder Antifa-Komitee, Aktionsausschuss oder Ordnungskomitee. Immer galt es, eine klare Position

zur unmittelbaren Vergangenheit zu beziehen. Die sowjetische Besatzungsmacht verkürzte diese Organisationsformen nicht wie ihre westlichen Partner auf den Begriff „Antifa“, sondern sprach entweder korrekt von antifaschistischen Ausschüssen und Komitees oder verallgemeinernd von „Antifaschisten“.

Die Aufgaben, die die Antifa-Gruppen im April/Mai 1945 in Ost und West übernahmen, glichen ebenfalls einander. In Schmiedeberg, Pirna, Aue, Rostock und Anklam übernahmen die Mitglieder der Antifa die Arbeit der geflohenen Stadtverwaltungen. Parteiarbeit versuchten vor allem die Antifa-Komitees im mecklenburgischen Gnoien, im sächsischen Meißen und in Annaberg, aber auch in zahlreichen Berliner Stadtteilen zu leisten. In Greifswald und Chemnitz, Magdeburg, Weimar und Gotha, Städte, die zuerst von der amerikanischen und/oder britischen Besatzungsmacht verwaltet wurden, arbeitete die Antifa überparteilich und parallel zu den Stadtverwaltungen. Die letztgenannten Antifa-Komitees wurden vor allem durch die aus den nationalsozialistischen Lagern und Zuchthäusern heimkehrenden politischen Häftlinge noch einmal gestärkt. Sie brachten die in den Lagern wie Buchenwald und Sachsenhausen vorherrschenden politischen Orientierungen und die notwendige Handlungslegitimation mit. Das Tätigkeitsfeld der Ausschüsse lag vorrangig in der Entnazifizierung, in der Aufklärung der Bevölkerung und/oder in gewerkschaftlichen Bereichen. Der Thüringen-Ausschuss, hervorgegangen aus den Thüringen-Komitee, verstand sich als „Kleinstausgabe des Landtages“ und als Dachorganisation zur Koordinierung der antifaschistischen Volksausschüsse in Thüringen.<sup>345</sup> Im besatzungsfreien Niemandsland agierten die Aktionsausschüsse ebenfalls überparteilich und parallel zu den Stadtverwaltungen. Sie verstanden sich als beratende Gremien zur Unterstützung des Landrates.

Eine weitere Gemeinsamkeit mit der Antifa-West ist der unterschiedlich ausgeprägte Organisationsgrad der Antifa-Gruppen. Im Niemandsland regte der Schwarzenberger Bezirksausschuss die Gründung von Aktionsausschüssen für jeden Ort an. In Berlin bemühten sich einige Antifa-Gruppen ihre Strukturen auch in anderen Stadtteilen aufzubauen oder meldeten Führungsansprüche für die Antifa-Gruppen in ihrem Stadtbezirk an. Nach der

---

<sup>345</sup> Wahl 1997.



Konstituierung der Antifaschistischen Front Chemnitz wurden entsprechende Organisationen in den einzelnen Stadtteilen angeregt bzw. bereits bestehende dem Präsidium der Antifaschistischen Front unterstellt. Auch die heimkehrenden Buchenwald-Häftlinge regten in ihren Heimatstädten antifaschistische Volksausschüsse an und versuchten die Aktivitäten der lokalen Antifa zu koordinieren.<sup>346</sup> Im Gegensatz dazu arbeiteten die Antifaschisten in Görlitz zwar in der Stadtverwaltung mit, ein Antifa-Komitee gründeten sie hingegen nicht.

Eine Vielzahl der Antifa-Mitglieder ging im April/Mai 1945 davon aus, dass mit dem Einmarsch der Roten Armee auch das sowjetische Gesellschaftsmodell Einzug halten würde. Es ist nicht auszuschließen, dass sie die Aufrufe des sowjetischen Senders „Freies Deutschland“ zur Bildung von Volksausschüssen dahingehend interpretiert hatten. Aber auch die nach dem Ersten Weltkrieg und während der Weimarer Republik vertretenen Ansichten zur Revolution schienen noch immer das politische Denken der Arbeiterbewegung zu bestimmen. Zwar kam es zu keinen revolutionären Erhebungen, doch es gelang zahlreichen Antifaschisten, ihrem Verständnis Ausdruck zu verleihen. So wurden für das „Sozialistische Komitee“ Schmiedeberg Zivilkommissare tätig. In Meißen arbeiteten Kommissare im Stadtsowjet, wie die Stadtverwaltung nach dem Einmarsch der Roten Armee genannt wurde. „Revolutionäre“ Aktionen beschränkten sich auf die Umbenennung der Straßen nach kommunistischen Leitbildern wie Marx, Luxemburg, Liebknecht oder Thälmann, auf die Verwendung von Dienststempeln mit sowjettypischen Insignien, auf das Hissen roter Fahnen und auf die Einführung der altbekannten Grußformel „Rot Front!“. Damit gingen die Maßnahmen zur „Entnazifizierung“ einher, die in der Registrierung der NSDAP-Mitglieder, in der Beschlagnahme des NSDAP-Eigentums, in der Einteilung namhafter NSDAP-Mitglieder zu Aufräumungsarbeiten als erste Strafmaßnahme bestanden. Die Erwartungen des Greifswalder NKFD waren gedämpfter. Sie hatten sich an der bis 1944 über den Sender „Freies Deutschland“ propagierten Bündnispolitik und an den Weisungen der

---

<sup>346</sup> Erinnert sei an die Antifaschistische Liga in Gotha, an das Anti-Nazi-Komitee in Halle und eine entsprechende Organisation in Leipzig. (Vgl. zu Halle Könnemann 1983.) In Apolda war schon vor Kriegsende eine antifaschistisches Ostkomitee entstanden, dass nach dem 14. April 1945 von ehemaligen Häftlingen Instruktionen der KP-Bezirksleitung Buchenwald erhielt. (Vgl. Stutz 1995.)

Inlandsführung der KPD orientiert. Zwar formulierten sie ihre Sympathie für die Sowjetunion und die Rote Armee, „revolutionäre“ Schritte unterblieben jedoch.

Der Thüringen-Ausschuss entstand auf Anregung von Hermann L. Brill. Der von den amerikanischen Besatzungsbehörden designierte Landespräsident von Thüringen ließ sich von diesem Ausschuss beraten und setzte mit diesem Gremium gleichzeitig eigene Politikvorstellungen durch. Diese lehnten sich nicht am sowjetischen Sozialismus an, beinhalteten jedoch tiefgreifende demokratische Strukturreformen in der Nachkriegsgesellschaft.<sup>347</sup>

Nach dem Einmarsch der Roten Armee bemühten sich die Antifa-Mitglieder um einen Empfang bei den zuständigen Kommandanten, um ihnen ihre Mitarbeit anzubieten. In einigen Städten hatten sie sogar zur Begrüßung der Besatzer eine Kundgebung einberufen wie in Chemnitz, Gera, Erfurt und Leipzig.<sup>348</sup> Die Einwohner des Niemandslandes wandten sich hinsichtlich einer Besetzung zunächst an die amerikanischen Truppen. Nachdem die zuständigen Offiziere der US-Army ablehnten, nahmen die Antifaschisten Kontakt zum Annaberger Kommandanten der Roten Armee auf. Sie bemühten sich, einander in einer Notgemeinschaft beizustehen.

Während die Antifa-Ausschüsse in der sowjetisch besetzten Zone die nationalsozialistisch legitimierten Bürgermeister sofort absetzten, sofern diese nicht geflohen oder freiwillig zurückgetreten waren, wurden die „alten“ Bürgermeister in den Städten und Gemeinden des Niemandslandes erst nach ca. einer Woche vom Dienst suspendiert, ihr Rat wurde, wenn sie erfahrene Verwaltungsbeamte waren, jedoch weiterhin eingeholt.

Auffällig ist, dass nur im Niemandsland und in Magdeburg sowohl Antifa-Ausschüsse als auch Industrieausschüsse und Antifaschistische Fronten entstanden, die die Bevölkerung über die Verbrechen des Nationalsozialismus aufklären wollten. Die Industrie- und „Erziehungs“-Ausschüsse begannen ihre Arbeit wesentlich später als die Aktionsausschüsse. In Magdeburg war die Bildung einer Industriekommission von den westlichen Besatzungsmächten angeregt und unterstützt worden, um einen Gegenpol zu den Gewerkschaften zu schaffen, die unter der Bedingung, keine politischen Absichten zu verfolgen, arbeiten konnten. Im Niemandsland entstanden die

---

<sup>347</sup> Wahl 1997.

<sup>348</sup> GARF f. 9401, op. 2, d. 3497.

Industrieausschüsse aus der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Versorgung und der Wiederaufnahme der Produktion. Für die sowjetische Besatzungszone fanden sich diese Tendenzen nicht. Zwar waren auch die sowjetischen Besatzungsoffiziere an der Wiederaufnahme der Produktion und der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung interessiert, doch entsprechenden unternehmerischen Initiativen misstrauten sie, waren ihnen doch „Kapitalisten“ von Hause aus suspekt.

Die Reaktionen der sowjetischen Besatzungsmacht auf die aus der Illegalität heraustretenden bzw. sich in den letzten Kriegstagen oder unmittelbar mit Kriegsende konstituierenden Antifa-Ausschüsse war von den jeweiligen Kommandanten abhängig. Wenige, wie der Freitaler Stadtkommandant, ignorierten die lokale Antifa, indem sie nicht an der Verwaltungsarbeit beteiligt wurde.<sup>349</sup> Der Kommandant von Dippoldiswalde, der gleichzeitig für das zur Stadt gehörende Kreisgebiet zuständig war, untersagte die Arbeit des Sozialistischen Komitees in Schmiedeberg vermutlich aus allgemeinem Desinteresse nicht. In Pirna hingegen griff der Stadtkommandant bei der personellen Besetzung der Stadtverwaltung auf die Antifa zurück und ernannte – entsprechend den Vorgaben – einen Bürgerlichen als Oberbürgermeister. Von den Mitgliedern der Meißner Verhandlungskommission wurden zwei sofort zum Bürgermeister und dessen Stellvertreter berufen. In den Großstädten gelang es den Antifaschisten meist nur, bei den Bezirkskommandanten oder den Politstellvertretern vorzusprechen. Deshalb konnten sie eventuelle Führungsansprüche für die ganze Stadt auch nicht den zentralen Instanzen der Roten Armee vortragen. Die Stadtkommandanturen von Großstädten waren bei der Besetzung der Kommunalverwaltungen immer auf die Mitarbeit der deutschen Exil-Kommunisten angewiesen. In der Mehrzahl griffen die Truppen der Roten Armee wie ihre amerikanischen Bündnispartner die Vorschläge der Antifa zur Neubesetzung der Kommunalverwaltung, zum Polizeiaufbau und zu ersten Entnazifizierungsmaßnahmen auf, sofern sie mit den eigenen Direktiven übereinstimmten. Sie hatten die Order, die Antifaschisten in die Arbeiten der Stadtverwaltung zu integrieren.

In Berlin kanalisierten die sowjetischen Besatzungstruppen die an die Öffentlichkeit tretenden Antifaschisten in Stadtverwaltungen und Selbsthilfe-

---

<sup>349</sup> Walter 1993.

organisationen. Die Politstellvertreter erzwangen die Auflösung vor allem jener Komitees, die sich ausschließlich der Parteiarbeit widmeten und Führungsansprüche anmeldeten. Über die Reaktion der sowjetischen Kommandanten, die in der Provinz Brandenburg auf Antifa-Komitees trafen, ist wie über die Arbeit der Mitglieder des NKFD, die der Roten Armee unterstanden, wenig bekannt. Vereinzelt gab es Beispiele wie in Waren, wo die Mitglieder des sowjetisch initiierten NKFD vor Ort Antifaschistische Aktive gründen ließen, um Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Es konnte jedoch nicht geklärt werden, ob damit antifaschistisches und prosowjetisch eingestelltes Potential unter der Bevölkerung aktiviert werden sollte, ob die Mitarbeiter der 7. Abteilung der GlawPURKKA die neuesten Bestimmungen, die sich nach der Jaltaer Konferenz geändert hatten, nicht erhalten hatten oder ob sie sich diesen schlichtweg widersetzten. Ähnliche Gründungen von Antifaschistischen Aktiven wurden für Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet, dort jedoch angeregt durch die Mitglieder der Sobottka-Gruppe. In Mecklenburg-Vorpommern trafen die Besatzungstruppen und die Antifa direkt aufeinander. Als die sowjetischen Besatzungstruppen einzogen, die längere Zeit die Besatzungsaufgaben wahrnahmen, wurde die Arbeit der Antifa eingeschränkt. Dann verfügte der jeweilige Kommandant über einen oder mehrere Angehörige des NKFD und über Absolventen der Antifa-Schulen, die zum Teil als Oberbürgermeister und Bürgermeister oder als deren Stellvertreter eingesetzt wurden. In diesen Funktionen waren sie, wie in Rostock und Greifswald, aber auch in Anklam und Stralsund, berechtigt, die Lokalfunktionäre anzuleiten und zu kontrollieren.

In den „westlichen“ Teilen der sowjetischen Besatzungszone lag die Anerkennung oder Duldung der Antifa ebenfalls im Ermessensspielraum der amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden. In Magdeburg und Jena<sup>350</sup> konnte Gewerkschaftsarbeit durchgeführt werden, politische Parteien wurden nicht zugelassen. In Gotha hingegen gestattete die MR sowohl eine kommunistische Partei als auch die Antifaschistische Liga, bewilligte jedoch keine Gewerkschaften. In Erfurt wurde die Arbeit des Antifa-Komitees untersagt, in Weimar geduldet. Der überregional wirkende Thüringen-

---

<sup>350</sup> Während die Amerikaner in Jena die Gewerkschaften bewilligten, versuchten die Mitglieder des Antifa-Komitees vergeblich die Zulassung ihrer Arbeit zu erhalten. Vgl. Fügener 2000, S. 43.

Ausschuss wurde zwar nicht offiziell anerkannt, konnte aber dem Landespräsidenten zuarbeiten.

Die übergeordneten sowjetischen Behörden forderten die Auflösung der Antifa, die nur in den mittleren und Kleinstädten länger – ca. drei Wochen – arbeiten konnten. Über den militärischen Dienstweg erhielten die Politstellvertreter der Kommandanten den Befehl, die notwendigen Maßnahmen zur Auflösung der lokalen Antifa einzuleiten. Repressive Schritte wurden dabei selten angewendet. Das Verbot der Lokalpresse im Niemandsland konnte mit dem allgemeinen Publikationsverbot für ganz Deutschland und der vorübergehenden Schließung aller Druckereien begründet werden. Nur in Meißen wurde die Lokalzeitung trotz hartnäckigem Ringen der ortsansässigen Antifaschisten rigide untersagt. Die Inhaftierungen der Antifa-Mitglieder in Rostock und Greifswald stellten eine Ausnahme dar. Während sich der erste Rostocker Kommandant für die Mitglieder der Ordnungskomitees verwenden konnte, traf die vom NKWD verantwortete Verhaftungswelle in Greifswald die liberal eingestellten Mitglieder des NKFD, die nach dem Ersten Weltkrieg westeuropäische Kontakte gepflegt hatten. Diese Verhaftungen verfolgten weniger den Zweck, das lokale Antifa-Komitee aufzulösen als vielmehr potentielle westliche „Spione“ abzuwehren.

Die übergeordneten sowjetischen Behörden wandten sich wegen der Auflösung der Antifa nicht nur an die für den Kontakt mit der deutschen Zivilbevölkerung zuständigen Politstellvertreter der Stadtkommandanten, sondern auch an die Leiter der drei KPD-Gruppen, die die Rote Armee unterstützen sollten. Die KPD-Gruppen von Anton Ackermann und Walter Ulbricht hatten ihre Arbeit zunächst auf die industriellen Großstädte konzentriert. So gelang es Matern und Fischer in Dresden die Antifa-Gruppen in die Stadtteilverwaltungen zu lenken und für die Übernahme sozialer Dienste zu gewinnen. In Berlin ließ Ulbricht die Parteibüros mit dem Hinweis auf die Parteidisziplin schließen und versuchte, die übrigen Gruppen mit kommunalen Verwaltungsarbeiten zu betrauen.

Von sowjetischen Behörden auf die Probleme in den sächsischen Kleinstädten aufmerksam gemacht, betrieb Ackermann die Einbettung der Antifa-Komitees in die vorgegebenen Strukturen. Während die Antifaschisten in Schmiedeberg und Annaberg über den „Parteiweg“ auf die gegenwärtige politische Linie

gebracht wurden, setzte er in Pirna einen Mitarbeiter des NKFD als Landrat ein. Die Meißner Genossen instruierte er selbst. Später wurde einer der aktivsten Antifaschisten in die sächsische Landesregierung „delegiert“ und durch zwei „Personal-Importe“ ersetzt, um die dortige Lage zu kontrollieren. Der Umgang mit den Antifa-Gruppen war für die deutschen Exil-Funktionäre immer mit der Zulassung politischer Tätigkeit verbunden. Ulbricht bemühte sich um die zügige Auflösung aller Komitees, gleichzeitig wandte er sich mit dem Verweis nach Moskau, dass zur Kanalisierung des antifaschistischen Potentials in der deutschen Bevölkerung dringend die Zulassung antifaschistischer Organisationen erwartet wurde. Ackermann hingegen hatte in den ersten drei Nachkriegswochen die Antifa in der sächsischen Provinz kaum beachtet, entsprechende Aktivitäten in den sächsischen Großstädten wurden von seinen Mitarbeitern reguliert. Nach der Auflösung der Antifa-Ausschüsse in den genannten Kleinstädten begründete er in Berichten an die GlawPURKKA die Richtigkeit des Verbots antifaschistischer Gruppen sowie jeglicher politischer Tätigkeit mit dem für kommunistische Parteien typischen Verweis darauf, dass sowohl die Komitees als auch die Parteien von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und anderen Spionen unterwandert sein könnten. Die Arbeit der Antifaschistischen Front Chemnitz hingegen unterstützte er. Deshalb ist davon auszugehen, dass er einen Tag später von der Entscheidung des Rates der Volkskommissariate erfahren haben muss, politische Parteien in der SBZ zuzulassen, denn das Präsidium der Antifaschistischen Front Chemnitz konstituierte sich am 27. Mai 1945; zu einem Zeitpunkt, als die Antifa-Komitees in den anderen untersuchten Städten der SBZ aufgelöst waren. Die Antifaschistische Front Chemnitz probte das Organisationsmodell des „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ in der Provinz, bevor ein entsprechender zentraler Block in Berlin gegründet wurde.

Sobottkas Mission in Mecklenburg-Vorpommern gestaltete sich wesentlich schwieriger als die von Ackermann und Ulbricht, vor allem weil ein Großteil von Sobottkas Mitarbeitern ortsfremd war. Während Ackermann teilweise über das NKFD-Personal verfügen konnte, war das Verhältnis von Exil-KPD und NKFD in Mecklenburg-Vorpommern von Rivalität gekennzeichnet: Die Mitglieder des NKFD wurden aufgrund ihrer Unterstellung von den

Ortskommandanten in führende Verwaltungsfunktionen eingesetzt und protegiert. Sie waren ca. ein bis zwei Wochen vor den KPD-Instrukteuren Sobottkas vor Ort, die sich erst orientieren und den Kontakt zur Besatzungsmacht herstellen mussten. Sobottka selbst beschwerte sich mehrfach, dass die führenden Besatzungsoffiziere seiner Arbeit kaum Bedeutung beimäßen. In den Städten und Gemeinden Mecklenburgs und Vorpommerns waren wenige Antifa-Komitees von der Auflösung betroffen. Ihr Personal wurde wie in Rostock und Greifswald „gesplittet“: Während ein Teil Aufgaben in der Stadtverwaltung übernahm, wurde der andere Teil mit Aufklärungsarbeiten unter der Bevölkerung wie in Greifswald, mit Beratungsfunktionen für die Bevölkerung wie in Rostock betraut. Gleichzeitig berichteten einige KPD-Instrukteure, dass sich die Anweisungen, Antifaschistische Aktive zu gründen, bewährt habe. Diese Maßnahme korrespondiert damit, dass der in der KPD-Richtlinie vom 5. April 1945 festgelegte Aufbau der Kommunalverwaltungen für Mecklenburg-Vorpommern mit der Landwirtschaftsabteilung ebenfalls leicht modifiziert worden war. Mit der Anpassung der KPD-Richtlinie und der Gründung antifaschistischer Aktive reagierte die sowjetische Besatzungsmacht auf den landwirtschaftlich geprägten Norden ihrer Zone, wo der Anteil von Industriearbeitern und damit verbunden das antifaschistische Potential wesentlich geringer als z.B. in Sachsen waren. Ähnliche Besonderheiten hatten die Sowjets auch in den agrarwirtschaftlich geprägten Staaten Osteuropas berücksichtigt.

Die Auflösung der Antifa-Gruppen verlief weitgehend unspektakulär. Nicht nur der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern auch den Mitgliedern der Exil-KPD war weniger an einer Konfrontations- als vielmehr an einer Integrationspolitik gelegen. Nur so ließen sich eigene Ziele, die für die Sowjets vorrangig im Sympathiegewinn und in der Sicherheit der Besatzungstruppen, für die KPD im Machtauf- und -ausbau lagen, umsetzen und politische Tendenzen innerhalb der deutschen Bevölkerung kanalisieren.

Das erste Integrationsangebot an die Deutschen und an die Antifa war die Mitarbeit in der Kommunalverwaltung. So wurden nach den sowjetischen Demokratie-Vorstellungen alle Bevölkerungsschichten und politischen Lager eingebunden. Obwohl die Sowjets an die Strukturen der Weimarer Republik

anknüpfen wollten, erfolgte eher eine paritätische Besetzung wichtiger Ämter, in den meisten Fällen dominierten die Mitglieder beider Arbeiterparteien. Dieses Übergewicht fiel vor allem dann kaum auf, wenn ein Bürgerlicher oder Sozialdemokrat der Stadt vorstand wie in Pirna, Görlitz oder Dresden.

Die unerwartet frühe Zulassung politischer Parteien beinhaltete das zweite Integrationsangebot, worauf die einzelnen politischen Gruppierungen unterschiedlich reagierten. Für die Antifa-Gruppen, die unmittelbar nach Kriegsende parteipolitisch für die KPD tätig werden wollten, bedeutete die Parteizulassung, dass die Phase der „Halblegalität“, wie es die DDR-Historiographie umschrieben hatte, beendet war. Die Parteigruppen mussten sich in ihrer politischen Tätigkeit den Vorstellungen der Exil-Kommunisten unterordnen. Die Exil-KPD scheute sich nicht, KPD-Ortsgruppen, die sich im Mai und Juni 1945 im Niemandsland oder in den zunächst amerikanisch besetzten Gebieten konstituiert hatten, aufzulösen und nach zentralen Richtlinien neu zu gründen bzw. personell so zu besetzen, damit die offizielle KPD-Linie gesichert war. Vor allem Sozialdemokraten in Berlin favorisierten, begründet aus der Erfahrung der Weimarer Zeit und der Illegalität, unmittelbar nach Kriegsende den Zusammenschluss beider Arbeiterparteien, um dem Faschismus künftig begegnen zu können. In anderen Städten wie in Meißen, Görlitz oder Weißenfels<sup>351</sup> traten die Sozialdemokraten einfach der kommunistischen Ortsgruppe bei. In Dresden und in den Städten, wo sich die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteimitglieder zu einer Gruppe vereinigt hatten, mussten die „Moskauer“, unterstützt durch die Politoffiziere, intensiv agitieren, dass sich eigenständige sozialdemokratische Ortsgruppen konstituierten.

Ein weiteres Integrationsangebot stellte der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ dar. Damit wurde ein Quasi-Parlament auf Länder-, Stadt- und Gemeindeebene angeregt, um dem Drang der Antifaschisten an Mitbeteiligung am gesellschaftlichen Leben nachzugeben. Einige Antifa-Ausschüsse wurden einfach in die Organisationsform des Blocks überführt. Das betraf vor allem jene, die von den aus den nationalsozialistischen Konzentrationslagern heimgekehrten Häftlingen dominiert wurden wie die Antifaschistische Front Chemnitz, das Magdeburger Volksfrontkomitee, der

---

<sup>351</sup> Malycha 1996, S. 40.



Thüringen-Ausschuss in Weimar und die Antifaschistische Liga in Gotha, die sich außerdem in unmittelbarer Nähe zur alliierten Demarkationslinie befanden und (deshalb) insgesamt relativ lange aktiv waren. Die beratende Funktion des Blocks war in seinem Grundsatzprogramm festgeschrieben. Vor Ort verfolgten die Antifaschisten nach wie vor ihre bisherigen Maßnahmen zur Entnazifizierung und Aufklärung. Demokratische Kriterien versprachen der wechselnde Vorsitz der jeweiligen Block-Versammlung, weshalb die Mitarbeit im Block für die wenigsten Antifaschisten eine Unterordnung unter die Vorstellungen der Exil-KPD bedeutete oder als problematisch empfunden wurde. Personell änderte sich in diesen Ausschüssen ohnehin nichts, mit der Ausnahme, dass in den Anwesenheitslisten nun die Parteizugehörigkeit vermerkt wurde.

Im Herbst 1945 erging dann das vierte Integrationsangebot. Die unter kommunistischer Führung arbeitenden Innenministerien erwogen neben den Blockausschüssen die Einrichtung von Stadt- und Gemeindeausschüssen, um an bekannte Organisationsstrukturen der Weimarer Republik anzuknüpfen. In ihrer Zusammensetzung sollten diese Ausschüsse ähnlich strukturiert sein wie die Blockausschüsse und ebenfalls den Oberbürgermeister und seine Dezernate beraten. Die Innenministerien verwiesen auf die notwendigen Mitbestimmungsmöglichkeiten, die die Ausschüsse dem Volk boten.

Zusätzlich zu diesen Integrationsangeboten, die in den ersten beiden Nachkriegsmonaten immer von Kompromissbereitschaft begleitet waren, betrieben die Exil-Kommunisten, unterstützt durch die sowjetische Besatzungsmacht, eine geschickte Personalpolitik. Während sie selbst, die sich immerhin als Avantgarde der Partei verstanden, im ZK, in den Landesvorständen der KPD und in den Landesregierungen die obersten Führungspositionen besetzten, beließen sie die Antifaschisten und die Überlebenden der Konzentrationslager in den unteren und mittleren Funktionsebenen. Eine Vielzahl der Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse und Komitees übernahm im Laufe des Jahres 1945 in den Großstädten Positionen als Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landrat; erinnert sei hierbei an die Oberbürgermeister von Dresden, Chemnitz, Gotha. In diesen Städten genossen sie aufgrund ihres unmittelbaren Nachkriegsengagements die Loyalität der Bevölkerung. Die Funktionäre, die

die nationalsozialistischen Konzentrationslager überlebt hatten, wurden in alle Funktionsebenen eingebunden. Sie fungierten als Bindeglied und Puffer zwischen der Antifa, deren Mitglieder keine oder wesentlich kürzere Hafterfahrungen hatten, und den Exil-Kommunisten aus der Sowjetunion, die keine entsprechenden Hafterfahrungen aufweisen konnten. Gleichgültig, ob die Überlebenden der Konzentrationslager nun als Leiter der KPD-Ortsgruppen, der Unterbezirke, in den Bezirksleitungen der KPD oder im Verwaltungsapparat der Kommunen bzw. der Länder und Provinzen eingesetzt wurden, aufgrund ihrer Lagererfahrungen verkörperten sie den von allen Akteuren propagierten Antifaschismus am glaubwürdigsten. Trotz dieser integrativen Personalpolitik isolierte sich die aus Moskau remigrierte KPD-Führung bereits wenige Wochen nach Kriegsende erneut von ihrer Mitgliederbasis und der Bevölkerung. Sie kompensierte diese Isolation, indem sie sich derer bediente, die Rückhalt in der Bevölkerung genossen.

Nicht nur die sowjetische Besatzungsmacht und die Exil-KPD waren an einer Auflösung der Antifa interessiert. Nach erfolgtem Aufbau der jeweiligen Landes- und Provinzialregierungen im Juli 1945 wiesen auch die Innenministerien die Auflösung der Antifa in der SBZ an. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gingen die Landesregierungen aus einem Teil des Personals der Stadtverwaltungen von Dresden und Güstrow hervor, wo die Zusammenarbeit zwischen den Inlandskommunisten, Sozialdemokraten, Bürgerlichen und Exil-Kommunisten erprobt worden war. Die Repräsentativfunktionen der Landes- und Provinzialpräsidenten nahmen Bürgerliche und Sozialdemokraten ein, während die Innenministerien, die u.a. für die Personalpolitik zuständig waren, von Exil-Kommunisten oder wie in der Provinz Sachsen, von einem ehemaligen KZ-Häftling, der sich der Linie der Exil-KPD unterordnete, geleitet wurden. Damit wurde die Auflösung der Antifa offiziell auch im Interesse der übergeordneten Landesbehörden betrieben, in denen die Exil-Kommunisten mitarbeiteten.

Im Niemandsland zeigte sich, dass der Schwarzenberger Landrat als den Städten und Gemeinden übergeordnete Behörde jedoch nur zu den vorher vereinbarten Konditionen mit den Aktionsausschüssen zusammenarbeitete. An den in Schneeberg tätigen „Drei-Männer-Rat“ erging deshalb die Auflage, den

Aufbau der Stadtverwaltung den gegebenen Verwaltungsstrukturen anzupassen. Dabei fürchtete der Schwarzenberger Landrat keine Doppelherrschaft, sondern war an der Überschaubarkeit der Verwaltungsstrukturen interessiert, die Kontrollmöglichkeit garantierten.

#### *Die Arbeit der KPD-Gruppen*

Als erste begann die Gruppe Ulbricht Anfang Mai 1945 in Berlin ihre Arbeit. Die Mitglieder der Ackermann Gruppe in Sachsen waren wie die der Ulbricht-Gruppe schon in den ersten Maitagen hinter der Front. Diejenigen, die in Dresden tätig wurden, begannen unmittelbar nach dem 8. Mai mit ihrer Tätigkeit, während die von Ackermann für die Provinzstädte bestimmten Instrukteure oft nach dem 14. Mai 1945 in ihren Bestimmungsorten eintrafen wie die Mitarbeiter Sobottkas in Mecklenburg-Vorpommern. Ulbricht hatte alle ihm zugeteilten KPD-Mitglieder in der Hauptstadt eingesetzt und die Mitglieder des NKFD für die Arbeit in der Provinz Brandenburg bestimmt. Es ist anzunehmen, dass sich Ulbricht so der potentiellen Konkurrenz des NKFD entledigte. Dazu fühlte er sich berechtigt, weil die Arbeit des NKFD von sowjetischer Seite ohnehin eingeschränkt werden sollte. Ackermann schien sich um die mögliche Konkurrenz zwischen den KPD-Mitgliedern seiner Gruppe und denen des NKFD nicht zu kümmern. Er setzte sie wie in Dresden, Görlitz und Riesa paritätisch in den von ihm zuvor besuchten sächsischen Städten ein. Dort hielten sie den Kontakt zur Besatzungsmacht, übernahmen Funktionen innerhalb der Stadt- und Gemeindeverwaltung und insgesamt die Aufgaben, die in anderen Städten die Antifa leistete. In Sachsen und Teilen der Provinz Sachsens waren die Mitarbeiter Ackermanns fast zwei Monate kontinuierlich vor Ort, und am Görlitzer Beispiel wurde deutlich, dass sie sich intensiv um die Belange der Stadt mühten, so um die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, aber auch um die Begrenzung der Gewalttätigkeiten der sowjetischen Besatzungstruppen.

Sobottka hingegen konnte nur über die ihm zugeteilten KPD-Mitglieder verfügen, während die Mitglieder des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ den sowjetischen Truppen unterstanden. Ein oder zwei Instrukteure waren für ein bestimmtes Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns und die dort liegenden Städte verantwortlich. Die Zuständigkeiten wechselten, die Gründe dafür

waren nicht erkennbar; es ist nicht auszuschließen, dass sich die Instrukteure auf diese Weise gegenseitig kontrollieren sollten. Weil eine kontinuierliche Arbeit wie in Sachsen nicht erreicht wurde, sollten die so genannten Antifaschistischen Aktive als Ansprechpartner für die Exil-Kommunisten dienen.

So wie sich die Leiter der KPD-Gruppen an den in den KPD-Richtlinien vom 5. April 1945 festgelegten Einsatzkriterien orientierten, nahmen sie auch den Auftrag der Besetzung der Kommunalverwaltungen sehr ernst. Mit der Wiedereinführung der Verwaltungsstrukturen der Weimarer Republik wurden die Selbstverwaltungsinteressen der Städte befriedigt. Den Exil-Kommunisten oblag es, geeignete Mitarbeiter für die Verwaltung auszuwählen und wichtige Positionen, wie das Personalamt selbst oder mit ihnen geeignet erscheinenden Kommunisten zu besetzen. In Mecklenburg-Vorpommern versuchten die Instrukteure Sobottkas außerdem, die Personalentscheidungen der Besatzungsmacht, die NKFD-Mitglieder als Oberbürgermeister und Bürgermeister eingesetzt hatten, zu revidieren.

Die Exil-Kommunisten hatten unmittelbar nach ihrer Ankunft zuerst Kontakt zur gesamten Bevölkerung aufgenommen, bevor sie die ortsansässigen Kommunisten instruierten, sich politisch zurückzuhalten. Öffentliche Veranstaltungen waren an die breite Masse adressiert und dienten der Aufklärung über den Nationalsozialismus und die Ziele der Alliierten.

Trotz der Integrationspolitik und der anfänglichen Kompromissbereitschaft bleibt der Eindruck der rigiden Vorgehensweise bei der Auflösung der Antifa bestehen, der vor allem aus der Ulbrichtschen Berichterstattung im Mai 1945 nach Moskau resultiert. Die Führung der KPD hatte im sowjetischen Exil lange auf die Beibehaltung der Organisationsform der Volksausschüsse insistiert und dieses Anliegen erst nach äußerstem Druck der Sowjets aufgegeben. Es ist nicht auszuschließen, dass sie bei der Auflösung der Antifa-Gruppen in der SBZ diesen Druck zumindest in der Art der Berichterstattung weitergaben. In der politischen Praxis war das aufgrund ihrer besonderen Position nicht möglich, denn, wie bereits erwähnt, benötigten sie sowohl das Personal der Antifa als auch die heimgekehrten Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager als Bindeglied zur deutschen Bevölkerung, die über die größere Autorität

verfügten, weil sich ihre Arbeit durch die NS-Hafterfahrung bzw. durch ihr Engagement vor Ort legitimiert hatte. Die Kommunisten aus dem sowjetischen Exil hingegen galten als Moskauer Agenten. Ferner wurde ihr aufgrund ihrer Sprachkenntnisse kürzerer Draht zur Besatzungsmacht mit Argwohn betrachtet.

Die deutschen Exil-Kommunisten stellten ihrerseits ebenfalls ein Bindeglied dar, das zwischen sowjetischen Besatzungstruppen und der deutschen Bevölkerung. In dieser Funktion sollten sie die Truppen der Roten Armee bei der raschen Normalisierung des Nachkriegslebens unterstützen. Von einer gewissenhaften Pflichterfüllung dieser Aufgaben versprachen sich die Führungsfunktionäre der Exil-KPD eine künftige Regierungsbeteiligung, die in der einen oder anderen Form von allen kommunistischen Parteien Europas jedoch nur zu den vorher vereinbarten Konditionen erreicht worden war. Zwar enthielt der KPD-Aufruf keinen explizit formulierten Führungsanspruch, doch in den Parteiversammlungen wurde die besondere Position der KPD immer wieder hervorgehoben: Sie habe einen konsequenten Antifaschismus vertreten und durch die nationalsozialistische Repressionspolitik die meisten Opfer zu beklagen.

Mit Hilfe ihrer Schlüsselstellungen in den Personalabteilungen jeder Verwaltung war es der Exil-KPD möglich, eigene Machtinteressen durchzusetzen. Dabei wurden sie anfangs durch die Loyalität der sowjetischen Besatzungsmacht, die auf Gegenseitigkeit beruhte, unterstützt. Nachdem die Landes- und Provinzialverwaltungen ihren Dienst aufgenommen hatten, erfolgte wie in den westlichen Besatzungszonen der Rückzug der Besatzungsmacht aus wesentlichen Entscheidungsprozessen, die wieder in deutschen Händen, konkret in denen der Exil-KPD, lagen. In zahlreichen Städten wechselte vor allem ab September 1945 das Führungspersonal der Kommunalverwaltungen, so in Dresden, Chemnitz und zahlreichen Kleinstädten wie Görlitz, Pirna und Waren.

#### *Die sowjetische Besatzungsmacht*

Nach dem Sieg über die deutsche Wehrmacht war der Sowjetunion an der Fortführung der Anti-Hitler-Koalition gelegen, wollte sie doch nicht in eine erneute weltpolitische Isolation geraten. Die Koalitionspartner hatten sich in

Jalta auf einheitliche Maßnahmen zur Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung nach Ende der Kampfhandlungen geeinigt, ohne jedoch dafür konkrete Kriterien festzuschreiben. Es ist nicht ersichtlich, ob dieses Manko auf die politische Unentschlossenheit Roosevelts zurückzuführen ist oder ob die Westalliierten konkrete Maßnahmen zunächst deshalb nicht für nötig hielten, hatte Stalin doch einem Großteil der von den westlichen Koalitionspartnern ausgearbeiteten Maßnahmen zur Besetzung Deutschlands - mit Ausnahme der Aufteilungspläne - zugestimmt.

Die in Jalta vereinbarten Maßnahmen zur Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung wurden von allen Besatzungsmächten auf die allgemeinen Formeln der raschen Normalisierung des täglichen Lebens und der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung minimiert. Die amerikanischen und britischen Militärbehörden überwachten und forderten Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung, über das künftige politische Profil Deutschlands schwiegen sie. Da die sowjetische Besatzungsmacht die antisowjetische Haltung der Deutschen, die aus nationalsozialistischer Propaganda und den gewalttätigen militärischen Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung resultierte, aufbrechen musste, befürwortete sie nach Kriegsende beharrlich die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, angelehnt an Weimar.

Normalisierend sollten der Rückgriff auf die Selbstverwaltungsstrukturen aus der Weimarer Republik, die paritätische Besetzung der Kommunalverwaltungen mit Vertretern aus allen Bevölkerungsschichten und politischen Lagern, die Wiedereröffnung von Lichtspielhäusern und Theatern und die Fortsetzung der Gottesdienste wirken. Diesen Maßnahmen gingen das Verbot der NSDAP und ihrer Gliederungen und der nationalsozialistischen Gesetzgebung voraus. Letztere sollte mit dem Wiederinkrafttreten der Gesetze der Weimarer Republik ersetzt und durch aktuelle Gesetze der sowjetischen Besatzungsmacht ergänzt werden. Diese allgemeinen sowjetischen Anweisungen, die in keiner Direktive zusammenhängend erwähnt sind, ließen den Kommandanten vor Ort genügend Freiräume, da sie unter Berücksichtigung der zentralen Forderungen bis zur Errichtung und vollen Funktionsfähigkeit der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland eine uneingeschränkte Weisungsbefugnis hatten. Somit konnte der Görlitzer

Kommandant Lebensmittel und lebensmittelproduzierende Betriebe zur Versorgung seiner Truppen konfiszieren, während der Kommandant von Pirna zur Stabilisierung der Lebensmittelsituation entsprechende Elbschiffe stoppen und entladen ließ. Im Gegensatz zum Freitaler Kommandanten, der der Antifa vor Ort keinerlei Bedeutung beimaß, war der Kommandant von den Meißner Kommunisten begeistert.

Die Truppen der 1. Ukrainischen, vermutlich auch die der 1. Belorussischen Front und die von diesen Truppen abberufenen Kommandanten führten die Besetzungsaufgaben bis zur Errichtung der SMAD. In Mecklenburg-Vorpommern hingegen fand in den ersten vierzehn Tagen nach Ende der Kampfhandlungen ein häufiger Besatzungswechsel statt, der die avisierte Normalisierung des Nachkriegslebens weitgehend hemmte. Es ist davon auszugehen, dass dieser häufige Wechsel der Kommandanten mit der allgemeinen Truppenbewegung infolge des Kriegsendes zusammenhing. Die anfängliche Vermutung, dass die Sowjets dem landwirtschaftlich geprägten Norden insgesamt weniger Bedeutung beimaßen, bestätigte sich nicht. Vielmehr korrespondierten die Maßnahmen, mit Hilfe Antifaschistischer Aktive das antifaschistische Potential der Einwohner zu stärken und der modifizierte Aufbau der Kommunalverwaltungen, der den wirtschaftlichen Besonderheiten geschuldet war, mit der sowjetischen Osteuropa-Politik. Dort hatten die traditionell schwachen nationalen kommunistischen Parteien im Vergleich zu den traditionell starken besondere Unterstützung erfahren. So wurde in der SBZ das antifaschistische Potential im industriell unterentwickelten und damit zusammenhängend schwachen kommunistischen Organisationsgrad Mecklenburg-Vorpommerns gestärkt, während die Antifa-Ausschüsse in den sächsischen Industriegebieten in und um Dresden, wo die Arbeiterbewegung traditionell stark war, ihre Tätigkeit einstellen mussten. Auch in dieser für die sowjetische Nachkriegspolitik scheinbar unbedeutenden Frage betrieben die Sowjets eine Politik des Ausgleichs.

Die Besatzungspolitik in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands orientierte sich einerseits stark an der westalliierten und war andererseits durch die Kritik an ihr gekennzeichnet. Die sowjetischen Offiziere griffen auf die bekannten Verwaltungsstrukturen zurück, betrieben eine ähnliche Personal-

politik und verboten in der Zeit des Verwaltungsaufbaus jede politische Tätigkeit. Nach dem Aufbau der übergeordneten Verwaltungsbehörden wie der Länder- und Provinzialregierungen zog sich auch die sowjetische Besatzungsmacht von lästigen Personalentscheidungen an der Basis zurück. Wie die Westalliierten planten sie zu diesem Zeitpunkt, Stadtausschüsse innerhalb der Verwaltungen zu bilden, um der deutschen Bevölkerung weitere politische Betätigungsmöglichkeiten anzubieten.

Die Unterschiede zwischen der amerikanischen und britischen Besatzungspolitik auf der einen und der sowjetischen auf der anderen Seite resultierten aus der Kritik an der westalliierten Besatzungspolitik auf Sizilien. Deshalb wurden die Offiziere für Zivilangelegenheiten dem Militär unterstellt. Durch Zulassung öffentlicher Veranstaltungen und die Wiedereröffnung von Kinos und Theatern versuchte die sowjetische Besatzungsmacht, die für Sizilien kritisierte Distanz zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung abzubauen, womit sich auch die zeitweilige Anwesenheit sowjetischer Offiziere an öffentlichen Kundgebungen und Parteiversammlungen nicht nur mit der Wahrnehmung von Kontrollfunktionen erklären lässt. Die unerwartet frühe Parteizulassung und die Integration der Antifa in die Verwaltungen basieren ebenfalls auf der „Sizilienkritik“, wo die Westalliierten zunächst keine politische Tätigkeit zugelassen hatten.

Die Art der Auflösung der Antifa in den westlichen Besatzungszonen und in der sowjetischen Zone macht den wesentlichen Unterschied in der alliierten Besatzungspolitik aus. Die Westalliierten fürchteten vor allem die kommunistische Dominanz, waren doch ehemalige Funktionäre der Arbeiterparteien und frühere Gewerkschaftsfunktionäre die Hauptinitiatoren der Antifa. Vom Pragmatismus geleitet, in Besatzungsfragen auf eine möglichst rasch wieder funktionierende Verwaltung zurückgreifen zu können, wurden Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und leitende Beamte, wenn die Entnazifizierungskriterien es zuließen, zunächst im Amt belassen oder durch ehemalige Beamte sozialdemokratischer oder bürgerlicher Herkunft ersetzt, die ihre Ämter 1933 aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit verloren hatten. Ehemalige Mitglieder der KPD wurden aus leitenden Funktionen weitgehend ferngehalten. Sie erhielten in den jeweiligen Landesregierungen der amerikanischen und britischen Zonen zwar ein



Ministeramt, doch handelte es sich dabei um eine Art Alibibesetzung, damit alle zugelassenen Parteien im neuen Parlament vertreten waren. Und auch die Mitglieder der Antifa-Ausschüsse, in denen sowohl ehemalige Kommunisten als auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter tätig waren, blieben von der Verwaltungsarbeit ausgeschlossen. Eisenhowers Auflage an die Militärregierungen, alle an die Öffentlichkeit tretenden politischen Gruppen vor der Zulassung ihrer Tätigkeit erst zu überprüfen, war als allgemeines politisches Betätigungsverbot interpretiert worden, wovon auch die Antifa betroffen war. Zur rascheren Orientierung vor Ort nutzten die Mitarbeiter der westalliierten Militärregierungen die Antifa-Komitees als Wissensquelle und übertrugen ihren Mitgliedern allenfalls Hilfsarbeiten für die Besatzungsmacht, bevor das grundsätzliche Aus für die Antifa ausgesprochen wurde. Lediglich Antifa-Gruppen, die gewerkschaftlich arbeiteten und vorrangig Arbeitnehmerinteressen vertraten, blieben bestehen. In Magdeburg wurde diesem Antifa-Komitee eine aus Unternehmern bestehende Industrie-Kommission gegenübergestellt, um ein gesellschaftspolitisches Gleichgewicht herzustellen. Die Folge der raschen und weitgehend kompromisslosen Auflösung der Antifa in den westlichen Besatzungszonen war der resignierte Rückzug zahlreicher Antifaschisten aus der politischen Nachkriegsöffentlichkeit. Womit der allgemeinen Tendenz der politischen Lethargie - wie bekannt, ein Charakteristikum dieser Zeit - weiterer Vorschub geleistet wurde. Das zeigte sich vor allem beim Versuch der amerikanischen Besatzungsmacht, im September 1945 die Antifa wiederzubeleben, der auf allgemeines Desinteresse und auf Teilnahmslosigkeit der Deutschen stieß.

Auch die sowjetische Besatzungsmacht war an rasch funktionierenden Verwaltungen interessiert. Deshalb übernahm sie den Vorschlag ihrer westlichen Koalitionspartner, wesentliche deutsche Verwaltungsstrukturen aus der Weimarer Republik im Sinne der beabsichtigten Demokratisierung Deutschlands beizubehalten. In dieser Frage zeigt sich nun das unterschiedliche Demokratieverständnis zwischen den Alliierten. Während die Westalliierten davon ausgingen, dass die Deutschen langsam die demokratischen Spielregeln lernen sollten, ging die sowjetische Führung davon aus, die Demokratie der Bevölkerung in ihrer Zone von oben zu *geben*, indem sie festlegten, was demokratisch sei. Dabei wurden zwar einige Kriterien des westlichen

Demokratieverständnisses berücksichtigt, doch zuerst kam das eigene Verständnis von Demokratie zum Tragen. Das bestand darin, die Funktionen in den Stadtverwaltungen nicht nach alten Mehrheitsverhältnissen aus der Weimarer Republik, sondern nach paritätischen Gesichtspunkten zu besetzen. Deshalb wurden sowohl ehemalige Mitglieder der KPD und der SPD als auch der bürgerlichen Parteien für die Verwaltungsarbeit herangezogen. Der demokratische Kompromiss bestand darin, dass die Repräsentativfunktionen wie Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landrat, mit ehemaligen Liberalen oder Sozialdemokraten besetzt wurden, während die Kommunisten das in ihren Augen strategisch wichtigste Amt der Personalabteilung für sich beanspruchten.<sup>352</sup> Dieser Aspekt ging in der Wahrnehmung durch die Bevölkerung vermutlich unter, weil die Besetzung des Oberbürgermeister-Postens so nicht erwartet worden war.

Die Antifa-Ausschüsse und Komitees wurden im Mai 1945 von den sowjetischen Offizieren nur dann rigide aufgelöst, wenn sie trotz Verbots politisch arbeiteten. Stattdessen verfolgte die sowjetische Besatzungsmacht eine Integrationspolitik, die sich zuerst auf die Mitarbeit in den Verwaltungen, dann auf die kontrollierte Parteizulassung, die Mitarbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und schließlich in den Stadtausschüssen erstreckte.

Vergleicht man die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ mit der von der sowjetischen Führung in West- und Osteuropa praktizierten, so ist sie nicht exakt auf ein politisches Muster festzulegen. Die Auflösung der Antifa-Ausschüsse und Komitees erfolgte nach ähnlichen Maßgaben wie die Auflösung der französischen Befreiungskomitees im Januar 1945. Den Hauptinitiatoren dieser Bewegungen, die oftmals auch die Errichtung sowjetischer Verhältnisse in ihrem Land erwartet und propagiert hatten, wurden Integrationsangebote unterbreitet: sowohl die französischen Befreiungskomitees als auch die Antifa in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurden zur Mitarbeit in den Verwaltungen, in militärischen

---

<sup>352</sup> Erinnert sei hier an die „bürgerlichen“ Oberbürgermeister von Berlin, Dresden, Chemnitz, Görlitz und Pirna, denen im Personalamt Kommunisten zuarbeiteten. In Potsdam und Brandenburg hatten Sozialdemokraten das Oberbürgermeisteramt übernommen. Zu Potsdam vgl. Uhlemann 1996.

Verbänden bzw. der Polizei, in den Parteien und in der SBZ in den „Block antifaschistisch-demokratischer Parteien“ einbezogen.

Da sich die Alliierten auf kein Konzept für eine deutschen Nachkriegsregierung festgelegt hatten, konnte die in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei angewandte sowjetische Politik der Integration der kommunistischen Partei in die von den Westalliierten akzeptierte Regierung nicht greifen. Als die amerikanischen und britischen Besatzungsmächte auch unmittelbar nach Kriegsende keine Anstrengungen für eine deutsche Regierungsbildung unternahmen, ergriff Stalin die Initiative, indem er am 26. Mai 1945 die Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien in der SBZ durch den Rat der Volkskommissariate bewilligen ließ. Damit und mit dem modifizierten Block-Programm der antifaschistischen Parteien, das die Exil-KPD im Herbst 1944 verfasst hatte, sollte wie in Polen, Ungarn und Bulgarien nicht nur die Entwicklung der Parteienlandschaft in das ganze Reich beeinflusst sondern auch eine deutsche Regierungsbildung angeregt werden. Der in den politischen Programmen der Exil-KPD seit Frühjahr 1944 immer wieder formulierte kommunistische Führungsanspruch fehlte im KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 und in den Grundsatzpapieren zur Block-Politik. Der KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 und der Aufruf zur Block-Bildung waren an die deutsche Bevölkerung als Angebot zur politischen Arbeit adressiert und an die alliierten Koalitionspartner als Aufforderung zur Regierungsbildung. Die westlichen Besatzungsmächte nahmen diesen Spielball jedoch nicht sofort auf, vermutlich weil sie auch hier die kommunistische Dominanz in Gestalt der Exil-KPD fürchteten. Die sowjetische Führung konnte und wollte die Zulassung politischer Parteien aber aufgrund der 1943 formulierten „Sizilienkritik“ nicht zurücknehmen, weshalb sie den Aufbau antifaschistischer Parteien in ihrer Zone in einer für die westliche Welt oftmals undemokratischen Weise förderte: Sowjetische Offiziere befahlen in einigen Städten beispielsweise regelrecht den Aufbau von sozialdemokratischen Parteigruppen wie in Dresden, oder machten Personalvorschläge für die Parteivorsitze. Dass diese dann mit Personen besetzt wurden, die positiv gegenüber der Besatzungsmacht eingestellt waren, versteht sich von selbst. Berücksichtigt man die Tatsache, dass die sowjetischen Besatzungsoffiziere aufgrund ihrer mangelhaften Vorbereitung und ihrer grundsätzlichen

Sozialisation kaum Erfahrung im westlichen Demokratie-Verständnis mitbrachten, so ist diese Politik eher dem Verständnis der politischen Machbarkeit geschuldet: Demokratie sollte auch hier von oben, also von der Besatzungsmacht, gegeben werden. Die gesellschaftsverändernden Ansätze, die eine derartige Politik enthielt, waren nirgends formuliert worden. Stattdessen proklamierte der KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 den Aufbau einer bürgerlich-parlamentarischen Ordnung. Und doch nahmen die sowjetischen Besatzungsoffiziere und führende Vertreter der Exil-KPD diese gesellschaftsverändernden Ansätze billigend in Kauf: die SMAD-Offiziere wohl deshalb, weil sie es nicht anders kannten, und die Exil-KPD, weil sie damit ihre Machtambitionen befriedigen konnte.

Die von der Sowjetunion betriebene Besatzungspolitik in der SBZ scheint aufgrund fehlender Entscheidungen der westalliierten Koalitionspartner ein Konglomerat aus der von ihr in West- und Osteuropa praktizierten Politik zu sein, die tatsächlich bis zum Jahresende 1945/46 alle Entwicklungsmöglichkeiten für die SBZ beinhaltet hatte. So urteilte auch der amerikanische Geheimdienst im Dezember 1945, dass die ersten Besatzungsmaßnahmen der Roten Armee/ SMAD einer Demokratisierung und somit den alliierten Vereinbarungen durchaus entsprochen hätten. Diese waren – nach Aussagen des amerikanischen Geheimdienstes - erstens dem Bedürfnis nach umfangreichen Reparationsleistungen und zweitens dem Bedürfnis nach außenpolitischer Sicherheit geschuldet. Wenn noch nach Kriegsende die sowjetische Sicherheitsdoktrin vom Juli 1941 galt, nach der die kommunistischen Parteien der europäischen Länder das Ziel der Weltrevolution aufzugeben und ein nationales Volksfrontbündnis zur Niederschlagung des deutschen Faschismus einzugehen hatten, so ist erklärbar, weshalb die Programme der KPD nach dem 8. Mai 1945 keinen Führungsanspruch enthielten. Dass diese Sicherheitsdoktrin, die sich konkret gegen den deutschen Faschismus gerichtet hatte, auch nach dem 8. Mai 1945 noch Gültigkeit hatte, unterstreicht der ständige Verweis auf den Antifaschismus, der sich allmählich zur Staatsdoktrin der späteren DDR entwickelte, dem sich alle Parteien in der SBZ, somit auch die KPD, unterordnen mussten.

Die von der sowjetischen Führung praktizierte Politik zwischen Mai und Juli 1945 in der sowjetischen Besatzungszone korrespondiert demzufolge mit ihrer Europapolitik. Auch wenn die Auflösung der Antifa bislang immer als sehr rigide dargestellt wurde, so beinhaltete sie eine integrative Komponente, die es zahlreichen Deutschen ermöglichte, sich auf das Nachkriegsleben in der SBZ einzulassen.

*Anhang**Abkürzungsverzeichnis*

BA	Bundesarchiv
BDO	Bund Deutscher Offiziere
BL	Bezirksleitung
BPA	Bezirksparteiarchiv
f	Fond
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GARF	Gossudarstwenny archiw Rossijskoi Federazii = Staatsarchiv der Russischen Föderation
GlawPURKKA	Glawnoje Polititscheskoje Uprawlenije Rabotsche- Krestjanskoi Krasnoj Armii = Politische Hauptverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee
HStA	Hauptstaatsarchiv
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschland
KL	Kreisleitung
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KrA	Kreisarchiv
LHA	Landeshauptarchiv
MLHA	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv
MR	Militärregierung
NKFD	Nationalkomitee „Freies Deutschland“
NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
op.	opis
OZ	Ostseezeitung
RdSt	Rat der Stadt
RZChIDNI	Rossijski Zentr Chranenija i Isutschenija Dokumentow Nowejschei Istorii = Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neueren Geschichte
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SAPMO	Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
StA	Stadtarchiv
WKP(B)	Welikii Kommunistitscheskii Partii (Bolschewiki)

## Archive

Archiv der Hansestadt Rostock  
2.1.0 Oberbürgermeister 1945-1990

Archiv der Gedenkstätte Buchenwald  
BuA 32885-6  
BuA 32/III-2  
BuA 772-6

Außenstelle des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Chemnitz  
SED-BPA

BA Berlin SAPMO  
NY 4036 Pieck  
NY 4076  
NY 4080  
NY 4109 Ackermann  
NY 4182 Ulbricht  
Ry 1/I/371-2/114  
SgY 30, EA 1233  
SgY 30, EA 0257  
SgY 30, EA 1327  
SgY 30, EA 1324

Brandenburg. LHA  
KPD-BL Provinz Brandenburg  
Ld. Br. Rep. 330  
Ld. Br. Rep. 333

GARF  
f. 7077 - SMA Brandenburg  
f. 7103 - SMA Mecklenburg  
f. 7121 - SMA Sachsen  
f. 7133 - SMA Sachsen-Anhalt  
f. 7184 - SMA Thüringen  
f. 940 op. 1 - Sondermappe Stalin

Kreisarchiv Aue  
RdSt Aue, S

Kreisarchiv Beierfeld  
RdSt Schwarzenberg

Kreisarchiv Stollberg  
RdSt Stollberg  
Lugauer Zeitung  
Oelsnitzer Volksbote  
Stollberger Anzeiger  
Thalheimer Zeitung

Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin  
 Ministerpräsident Nr. 947, Nr. 948, Nr. 1309  
 SED-BPA

Museum der Hansestadt Greifswald  
 Ostseezeitung  
 Bestand Arbeiterbewegung

Landesarchiv Berlin  
 Rep. 146  
 KPD-Bezirksleitung

Landesarchiv Greifswald  
 Rep. 296

Landesarchiv Magdeburg - LHA -  
 KPD- Unterbezirksleitung  
 Bezirksarchiv des FDGB

Ratsarchiv Görlitz  
 Oberbürgermeister  
 Eberhard W. Wiese, Görlitzer Tagebuch

RZChIDNI  
 F. 17 - Zentralkomitee der WKP(B)  
     op. 117 - Materialii k protokolam sassedanii orgbjuro i sekretariata  
     ZK WKP(b)  
     op. 125 - Uprawlenije propagandii i agitazii ZK WKP(b)  
     op. 128 - Otdel meschdunarodnoi informazii ZK WKP(b)  
 F. 495 - *Komintern*

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden  
 KR/KT Annaberg  
 KR/KT Aue  
 KR/KT Chemnitz  
 KR/KT Dippoldiswalde  
 KR/KT Pirna  
 LRS, MdI, Nr. 1291, Nr. 1292, Nr. 1294, Nr. 1296  
 LRS, Md Arbeit und Sozialfürsorge Nr. 681, Nr. 683

StA Chemnitz  
 Antifaschistisch-demokratischer Block  
 RdSt. Chemnitz, Oberbürgermeister 1945-1990

*StA Dresden*

*Dezernat Oberbürgermeister*

StA Eilenburg



## Stadtverordnetenversammlung

## StA Greifswald

Bürgermeisterkartei  
 Ehrenbürgerkartei  
 Manuskriptsammlung  
 Rep. 7.2.1 Stadtverordnetenversammlung  
 Rep. 59 0

## StA Magdeburg

Rep. 41 O - C  
 Rep. 18.4, Ra2

## StA Meißen

Rep. I/Soz. Abt. Bürgermeister  
 "Volksstimme. Allgemeines Organ der Stadt Meißen. Herausgeber  
 Kommunistische Partei Meißen"

*StA Pirna*

*RdSt. Pirna*

*StA Schneeberg*

*1922- 1952*  
*"Erzgebirgscher Volksfreund"*

*StA Stralsund*

*Rep. 50*  
*Plakatsammlung*

*StA Waren**Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar*

*Ministerium des Innern*  
*Ministerium für Volksbildung*  
*SED-BPA*  
*Konzentrationslager*

*Buchenwald*

*Literatur*

- Ackermann, Anton (1966): Der neue Weg zur Einheit in: Rossner 1966, S. 65-86.
- Adubekov, T. M.; Schachnuserova, E.N.; Schirinja, (1997): Organisationsstrukturen der Komintern 1919-1943, Moskau.
- Als Dresden neu geboren wurde, Dresden 1967.
- Annweiler, Anne (1961): Nur vereint zwingen wir des Volkes Feind. Zur Geschichte der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in Thüringen, SED-BL Erfurt.
- Dies. (1971): Zur Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen 1945-1946, Erfurt.
- Anger, Herbert; Rieger, Heinz (1961): Hell aus dem dunklen Vergangenen..., Beiträge zur Vereinigung der Arbeiterparteien des Kreises Pirna, Pirna.
- Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, Frankfurt/M., 5. Auflage  
1996.
- Asmus, Helmut (Hg.), (1977): Geschichte der Stadt Magdeburg, 2. Auflage Berlin.
- Aue. Eine Stadt und ihre Bürger (Hg. Rat der Stadt Aue), Aue 1973, künftig zit.  
als: Aue 1973.
- Badstübner, Rolf (Hg.), (1989): Deutsche Geschichte, Bd IX: Die antifaschistische demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands  
und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin (Ost).
- Ders. (1994): Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen in: Loth 1994, S. 102 bis 135.
- Badstübner, Rolf; Loth, Winfried (HG), (1994): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 -1953, Berlin.
- Backes, Uwe; Jesse Eckard (1992): Totalitarismus und Totalitarismusforschung.  
Zur Renaissance einer lange tabuisierten Konzeption, in: dies.(Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn, Berlin.
- Bahr, Thomas (1996): Die amerikanische Besatzungszeit in Apolda, in: Apoldaer Heimat. Die amerikanische Besatzungszeit. (Sonderheft), Apolda.
- Bayerlein, Bernhard H.(1996): Einheit- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus, in: Keller 1996, S. 103-122.  
*Beginn eines neuen Lebens. Eine Auswahl von Erinnerungen an den Beginn des Neuaufbaus in Dresden im Mai 1945, Dresden, künftig zit.als: Beginn 1960.*
- Benser, Günter (1978): Antifa-Ausschüsse- Staatsorgane- Parteiorganisationen. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen

- Bewegung am Ende des zweiten Weltkrieges in: ZfG 9 (1978) 26, S. 785 – 802.
- Ders.; Fiedler, Helene (1980): Forschungen zur Geschichte der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 -1949 in: ZfG Sonderheft Historische Forschungen in der DDR 1970 bis 1980. Analysen und Berichte. Zum XV. Internationalen Historikerkongreß in Bukarest 1980, Berlin (Ost).
- Ders. (1985): Die KPD im Jahr der Befreiung, Berlin (Ost).
- Ders. (1990): Zur Auflösung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1945 in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft H. 10/1990.
- Ders. (1993): 1945 – 1989: Zwei Niederlagen von Basisdemokratie, in: Fromm, Eberhard; Mende, Hans-Jürgen (1993): Vom Beitritt zur Vereinigung.Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte. Akademische Tage des Luisenstädter Bildungsvereins, Berlin.
- Ders. (1995): Das in Moskau erarbeitete Nachkriegskonzept der KPD-Führung in: Kühnl; Spoo (Hg.), (1995): Was aus Deutschland werden sollte, Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten, Heilbronn, S. 103- 126.
- Ders. (1997): Das Zentralkomitee und die Antifa-Ausschüsse, in: Cerny 1997.
- Benz, Wolfgang (1992): Potsdam. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 2. Auflage.
- Ders. (1994): Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München, 3. Auflage.
- Ders.; Pehle, Walter H. (HG), (1994): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt/M..
- Ders.(1999): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 – 1949/55, Berlin.
- Bergander, Götz (1994): Dresden im Luftkrieg. Vorgeschichte-Zerstörung-Folgen, Weimar u.a.
- Bernikow, Nikolaj N. (1995): Die propagandistische Tätigkeit des NKFD und BDO aus Moskauer Sicht in: Ueberschär 1995, S. 104-121.
- Biederstedt, Rudolf; Fritze, Konrad; Mai, Joachim; Wilhelmus, Wolfgang (1973): Greifswald, Rostock.
- Blänsdorf, Agnes (1979): Die Zweite Internationale und der Krieg, Stuttgart.
- Bodensieck, Heinrich (1993): Wilhelm Piecks Moskauer Aufzeichnungen vom „4/6.45“. Ein Schlüsseldokument für Stalins Deutschlandpolitik? in: Fischer (1993), S. 29-55.

*Bohl, Hans-Werner; Keipke, Bodo; Schröder, Karsten (1995):*

*Bomben auf*

*Rostock, Rostock.*

*Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij; Naimark, Norman*

*M.(1994): SVAG*

Upravlenie Propagandy(Informacii) i S.I.Tulpanov 1945-1949.

Dokumente. diess. (1997): Sowjetische Politik in der SBZ. 1945-1949:

Dokumente zur

Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der  
SMAD

unter Sergeij Tjulpanow, Bonn.

Bouvier, Beatrix B. (1976): Antifaschistische Zusammenarbeit,  
Selbständigkeits-

anspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie  
beim

administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen  
Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: Archiv für  
Sozialgeschichte, Bd. XVI, 1976, S. 417 - 468.

Dies., Horst-Peter Schulz (HG), (1991): „... Die SPD aber aufgehört hat zu

existieren“. Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung, Bonn.

Dies. (1996): Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen  
Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn.

Boyer, Christoph (1996): „Die Kader entscheiden alles...“ Kaderpolitik und  
Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der  
frühen DDR, Berichte und Studien Nr. 6, Dresden.

Bramke, Werner; Heß, Ulrich (HG.), (1998): Wirtschaft und Gesellschaft in  
Sachsen im 20. Jahrhundert, Leipzig.

Brandt, Peter (1985): Die Antifaschistischen Ausschüsse, in: Brusis, Ilse (HG),  
(1985): Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8.

Mai

1945, Köln.

Brauer, Helmut; Richter, Gert (1988): Karl-Marx-Stadt. Geschichte in Wort  
und

Bild, Berlin.

Braun, Günter (1999): Konturen, Probleme und Perspektiven der  
Arbeiterbewegung in der SBZ, in: Mehringer u.a. (Hg.) 1991, S. 163-  
187.

*Bredel, Willi (1959): Ein neues Kapitel, Berlin.*

*Broszat, Martin; Weber, Hermann (Hg.)(1990): SBZ-Handbuch.*

*Staatliche*

Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre  
Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands  
1945-

1949, München.

Büchner, Robert; Freundlich Hannelore (1972): Zur Situation in den zeitweilig  
englisch oder amerikanisch besetzten Gebieten der sowjetischen

- Besatzungszone (April bis Anfang Juli 1945), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 14. Jg.(1972)6, S. 992-1006.
- Bukvic, Peter (1997): Antifaschistische Selbsthilfe im Westerzgebirge, in: Cerny 1997, S. 89-111.
- Bülow, Edgar Jürgen (1998): Mecklenburg im Wandel. Nachkriegsgeschichte - kritisch beleuchtet, Berlin.
- Bungert, Heike (1997): Das Nationalkomitee und der Westen: die Reaktionen der Westalliierten auf das NKFD und die freien deutschen Bewegungen 1943-1948, Stuttgart.
- Burgmeier, Joachim (1965): Wißt ihr noch vor zwanzig Jahren ...?, Jena.
- Burzew, Michail Iwanowitsch (1985): Einsichten, Berlin.
- Cerny, Jochen (1997): Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch, Sachsen.
- Chronik des Kreises Eilenburg, Teil 1, hg. von der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung SED-Konzentrationslager Eilenburg, Eilenburg 1969, zit. als Chronik des Kreises Eilenburg 1969.
- Chronik zur Geschichte der Vereinigung der Landesorganisationen Thüringen der KPD und SPD zur SED in Gotha 1945-1946, Gotha o.J.
- Creuzberger, Stefan (1993): Die Liquidation antifaschistischer Organisationen in Berlin. Ein sowjetisches Dokument in: DA26(1993), S. 1266-1278.*
- Ders. (1996): Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar, Köln, Wien.
- „den Faschisten werden wir nicht weichen“ Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Stollberg 1933-1945, Teil 1, (Hg. Kreisleitung Stollberg der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung), Stollberg 1982.
- Deppe, Frank; Fühlberg Georg; Rilling, Rainer (Hg.), (1996): Antifaschismus, Heilbronn.
- Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD, Bezirk Neubrandenburg, Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der SED, Hg. von Bezirksleitung Neubrandenburg der SED, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Neubrandenburg 1976.
- Deuerlein, Ernst (1961): Die Einheit Deutschlands. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen (1941-1949),

- Darstellung und Dokumente, Bd. 1, 2. Auflage, Frankfurt/M..
- Diepenthal, Wolfgang (1974): Drei Volksdemokratien: Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1948, Köln.
- Dietze, Gerhard (1961): Der Kampf um die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Dresden 1945-1946, in: Wenn wir brüderlich uns einen..., Beiträge zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, Heft 8 (Hg. Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung), Dresden.
- Dimitroff, Georgi (2000): Tagebücher 1933-1943, hg. von Bernhard Bayerlein, Berlin.
- Diner, Dan (1999): Das Jahrhundert verstehen: eine universalhistorische Deutung, München.
- Donth, Stefan (1995): Die sächsische KPD 1945/46, Magisterarbeit, Leipzig.
- Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945-1956, Berlin 1965.
- Dorn, Walter L.(1973): Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart.
- Dülffer, Jost (1998): Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München.
- Eckert, Rainer (1991): Wendezeiten – Zeitenwände“: Zur „Entnazifizierung“ und „Entstalinisierung“, Hamburg.
- Eggert, Oskar (1967): Das Ende des Krieges und die Besatzungszeit in Stralsund und Umgebung 1945-1946, Hamburg.
- Elsner, Lothar (1980): Rostock. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin.
- Embersbach, Hans (Hg.), (1987): Gera. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin.
- Emmrich, Joachim (1974): Die Entwicklung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und ihr Kampf um die Sicherung der

- antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Chemnitz vom 8. Mai 1945 bis  
Mitte 1948, Diss. A, MS, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Erler, Peter u.a. (Hg.), (1994): „Nach Hitler kommen wir.“: Dokumente zur Propaganda der Moskauer Exil-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin.
- Ders. (1998): „Moskau-Kader“ der KPD in der SBZ, in: Wilke (HG) 1998, S. 229-292.
- Ewe, Herbert (HG), (1984): Geschichte der Hansestadt Stralsund, Weimar
- Fejtö, Francois (1972): Die Geschichte der Volksdemokratien, Bd. 1: Die Ära Stalin 1945-1953, Graz u.a.
- Fischer, Alexander (1975): Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945, Stuttgart.
- Ders. (1985): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, 3. Auflage Köln.
- Ders. (Hg.), (1993): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin.
- Foitzik, Jan (1995): Inventar der Befehle des Obersten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, Offene Serie, München.
- Ders. (1999): Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD): 1945-1949, Struktur und Funktion, Berlin.
- Förster, Rudolf (Hg.). (1985): Dresden, Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin.
- Foschepoth, Josef (Hg.), (1985): Kalter Krieg und Deutsche Frage: Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952, Göttingen, Zürich.
- Frank, Mario (2001): Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie, Berlin.  
*Fröhlich, Elsa; Gute, Erna (1960): Der erste Händedruck, in: Beginn eines neuen Lebens. Eine Auswahl von Erinnerungen an den Beginn des Neuaufbaus in*
- Dresden im Mai 1945, Dresden.**
- Fröhlich, Jürgen (1994): Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945-1956, Köln.
- Fuchs, Ludwig (1967): Die Besatzungspolitik der USA in Thüringen von April bis Juli 1945, Diss. phil. MS; Leipzig.
- Ders. (1968): Die Besetzung Thüringens durch amerikanische Truppen. Die Behinderung des Kampfes der KPD um die Neuformierung ihrer Reihen und um die Entwicklung einer breiten antifaschistischen Bewegung zur Herstellung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse (April-Juli 1945), in: Beiträge zur Geschichte Thüringens, Erfurt 1968, S. 53-111.
- Fühlbert, Georg (1994): Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten, Köln.
- Fünf Jahre demokratischer Aufbau in Chemnitz, (Hg. Rat der Stadt Chemnitz,

- Dezernat Volksbildung), Chemnitz 1950.
- Fügener, Jens (2000): Amerikanisches Intermezoo. Jena zwischen Drittem Reich und Sowjetischer Besatzungszone (April bis Juli 1945), in: Stutz (2000), S. 25-53.
- Furet, Francois (1998): Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München, Zürich.
- Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952 (Hg. Bezirksleitung des SED Neubrandenburg, Rostock, Schwerin), Rostock 1986.
- Geyer, Dietrich (1985): Deutschlandpolitik als Problem der sowjetischen Europapolitik am Ende des Zweiten Weltkriegs in: Foschepoth (1985), S.50-65.
- Gibiński, Leonid J. (1999): Sowjetisierung Osteuropas - Charakter und Typologie in: Lemke 1999, S. 31-80.
- Gimbel, John (1968): Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt.
- Gill, Ullrich (1989): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Theorie- Geschichte- Organisation- Funktion- Kritik, Opladen.
- Glaeßner, Gert-Joachim (1995): Kommunismus – Totalitarismus – Demokratie. Studien zu einer säkularisierten Auseinandersetzung (Berliner Schriften zur Demokratie-Forschung), Frankfurt/M..
- Glier, Willy (1984): Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Karl-Marx-Stadt der SED (1945-1949), Karl-Marx-Stadt.
- Gries, Rainer (1991): Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster.
- Gross, Werner (1961): Die ersten Schritte. Der Kampf der Schwarzenberger Antifaschisten während der unbesetzten Zeit, Berlin (Ost).
- Ders. (1997): Von den Anfängen der Forschung, in: Cerny 1997, S. 65-72.
- Gutsche, Willibald (1986): Geschichte der Stadt Erfurt, Weimar.
- Hahn, Alfred; Neef, Ernst (1985): Dresden. Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandsaufnahme, Berlin.
- Hanuske, Dieter (1995): Historische Einleitung. Der Magistrat der Stadt Berlin im Jahr 1945, in: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46, Teil I: 1945, Berlin.*
- Haritonow, Alexandr (1995): Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945-1949, Weimar u.a.
- Hartewig, Karin (1997): Helmut Thiemann, Rolf Markert und der Häftlingskrankenbau im Konzentrationslager Buchenwald. Die Geschichte



- einer Legende in der Marxistisch-leninistischen Virtuosengemeinschaft,  
in:  
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, Berlin, S. 255-270.
- Hartmann, Anne; Eggeling, Wolfram (1998): Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945-1953, Berlin.
- Heider, Paul (1993): Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – Antihitlerbündnis oder Koalition für ein demokratisches Deutschland? in: BzG 4/1993, S. 13-30.
- Ders. (1995): Das NKFD und der BDO in der Historiographie der DDR und die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ in: Ueberschär 1995, S. 161-181.
- Hein, Manfred (1983): Chronik der Kreisparteiorganisation Rostock der SED 1945-1952, Rostock.
- Heitzer, Heinz (1980): Die Befreiung durch die Sowjetunion und der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: ZfG 1980, S. 711-729.
- Henke, Klaus-Dietmar (1995): Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München.
- Ders.; Steinbach, Peter, Tuchel, Johannes (1999): Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u.a.
- Herbert, Ulrich; Groehler, Olaf (1992): Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg.
- Herbst, Andreas; Stephan, Gerd-Rüdiger; Winkler, Jürgen (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin.
- Heym, Stefan (1990): Schwarzenberg, Berlin, 1. Auflage.
- Hobsbawm, Eric (1999): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 2. Auflage München.
- Hoffmann, Jürgen (1988): Die Bündnispolitik der revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949), besonders dargestellt am heutigen Kreis Eilenburg, Leipzig, Dissertation.
- Hochmuth, Ursel (1998): Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942-1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein, Teetz.*
- Hurwitz, Harold (1990): Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Teil I: Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln.
- Ders. (1997): Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen.

*Ihlo, Richard; Scholze, Wilfried (1972): Ruhm und Ehre, Die Befreiung der Stadt*

Forst vom Faschismus und die Anfänge des demokratischen Neuaufbaus im

Jahre 1945, Forst.

Jahnke, Karl-Heinz; Awe, Fritz; Höch, Wolfgang; Lamprecht, Werner (Hg.), (1963): Gegen Faschismus und Krieg, Zur Geschichte des antifaschistischen

Widerstandskampfes im Gebiet des heutigen Bezirkes Rostock, Rostock.

Jaraus, Konrad H.; Siegrist, Hannes (1997): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1979, Frankfurt/M.u.a.

Dies. (1997): Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte in: Jaraus/Siegrist (1997), S. 11-48.

Jesse, Eckard (1994): War die DDR totalitär? In: Aus Politik und Zeitgeschichte.

Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B4/40/94, 7. Oktober 1994,

S. 12-23.

John, Jürgen (1995): Thüringen 1945. Vorgeschichte, Rahmenbedingungen, Problemlagen, in: *Zeitbrüche – Lebensbrüche. Frauenalltag in Thüringen 1945*, Erfurt.

Kaden, Albrecht (1990): Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Bonn u.a.

Kaiser, Monika (1997a): Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945-1970 in: Jaraus/Siegrist (1997), S. 111-136.

Dies. (1997b): Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker.

Funktionsmechanismus

der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962-1972, Berlin.

Karlsch, Rainer (1993): Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR

1945-1953, Berlin.

Ders. (1998): Rekonstruktion und Strukturwandel in der sächsischen Industrie von

1945 bis Anfang der sechziger Jahre, in: Bramke; Heß 1998, S. 87- 132.

Keiderling, Gerhard (1993): „Gruppe Ulbricht“ in Berlin. Von April bis Juni 1945,

Berlin.

Ders. (1997): *Wir sind die Staatspartei, Die KPD-*

*Bezirksorganisation Groß-*

Berlin, April 1945 - April 1946, Berlin.

Keller, Claudia (Hg.), (1996): Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon

der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung, Berlin.

Keller, Hans-Jörg (1997): Der VI. Parteitag der Italienischen Partei Italiens,

- Mailand, 4.1.-10.1.1948, Dissertation, Köln.  
*Kleine Dresden Chronik 1945-1949* (Hg. Institut und Museum für  
 Geschichte der  
 Stadt Dresden), Dresden 1971.
- Koch, Sonja (1990): Das Problem der Einheit Deutschlands und seine  
 Widerspiegelung in der Entwicklung und Modifizierung eines  
 deutschlandpolitischen Konzepts durch die SPD-Führung von 1945 bis  
 1949, Diss. B, Pädagogische Hochschule Dresden.
- Kocka, Jürgen (1993): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze  
 und Studien*, Berlin.
- Ders., Jürgen u.a. (1994): *Die DDR als Geschichte. Fragen - Hypothesen-  
 Perspektiven*, Berlin.
- Koenen, Gerd (1998): *Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?*  
 Berlin.
- Könnemann, Erwin (Hg.), (1983): *Halle Geschichte in Wort und Bild*, Berlin.
- Kornow, Johannes (1984): *Arbeiterklasse und Staatsmacht im Prozeß der  
 antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Mecklenburg und  
 Vorpommern von Mai 1945 bis zur Konstituierung der im Herbst  
 gewählten Machtorgane*, Dissertation, Greifswald.
- Krieger, Wolfgang (1987): *General Lucius D. Clay und die amerikanische  
 Deutschlandpolitik 1945-1949*, Stuttgart.
- Krusch, Hans-Joachim (1996), *Irrweg oder Alternative?  
 Vereinigungsbestrebungen  
 der Arbeiterparteien 1945/46 und gesellschaftspolitische Forderungen*,  
 Bonn.
- Krüger, Ernst-Joachim (1965): „Erste Bewährungsprobe der Aktionseinheit  
 nach  
 der Befreiung“ in: *Unsere Universität, Sondernummer zum 20.  
 Jahrestag  
 der Befreiung*.
- Ders. (1966a): *Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit mit der SPD in  
 Greifswald und im Kreis Greifswald von Mai bis Dezember 1945*,  
 Dissertation, Greifswald.
- Ders. (1966b): „Zum Kampf der Greifswalder Antifaschisten in einer  
 Gruppe des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1944/45“ in:  
*Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 6, 1966, S. 67-77*.
- Kubina, Michael (1998): *Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD  
 1945-  
 1946*, in: Wilke (Hg.) 1998, S. 49-118.
- Kuby, Erich (1965): *Die Russen in Berlin*, München u.a.
- Kuhlbrodt, Peter (1995): *Nordhausen unter dem Sternenbanner. Die  
 amerikanische  
 Besatzung der Stadt Nordhausen vom 11. April bis Anfang Juli 1945*,  
 Nordhausen.
- Kühnl, Reinhard; Spoo, Eckart (HG), (1995): *Was aus Deutschland werden  
 sollte,  
 Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten*, Heilbronn.
- Kynin, Georgij P.; Laufer, Jochen (1996): *SSSR i germanskij vopros. 1941-  
 1949*:

- Dokumentui iz Archiva wneschnej Rossiiskoj Federazii – Die UdSSR  
und  
Die Deutsche Frage, 1941-1949: Dokumente aus dem Archiv für  
Außenpolitik der Russischen Föderation: W 2-t: T.1: 22 ijunija 1941 –  
8  
maja 1945, Moskva.
- Dies. (2000): SSSR i germanskij vopros. 1941-1949: Dokumentui iz  
Archiva wneschnej Rossiiskoj Federazii – Die UdSSR und Die  
Deutsche  
Frage, 1941-1949: Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der  
Russischen Föderation: W 2-t: T.2: 9 maja 1945 – 3. oktjabrja 1946,  
Moskva.
- Laschitz, Horst (1969): Kämpferische Demokratie gegen Faschismus, Die  
programmatischen Vorbereitungen auf die antifaschistisch-  
demokratische  
Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin.  
*Laufer, Jochen (1994): Die DDR - ein gewollter Neuanfang? in:  
Kocka (1994), S.  
177 – 180.*
- Ders. (1996): „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht  
und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: Deutschlandarchiv 3/1996, S.  
355-371.
- Latour, Konrad; Vogelsang, Thilo (1973): Okkupation und Wiederaufbau. Die  
Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone  
Deutschlands 1944-1947, Stuttgart.
- Lebedewa, N.S.; Narinskij, M.M. (Hg.), (1997): Komintern i vtorojia mirovaja  
vojna, T. II, Moskva.
- Lemberg, Hans; Delhaes, Karl v. (Hg.), (1991): Sowjetisches Modell und  
nationale  
Prägung. Kontinuität und Wandel in Osteuropa nach dem Zweiten  
Weltkrieg, Marburg.
- Lemke, Michael (1999): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR  
(1945-1953), Köln u.a.
- Leonhard, Wolfgang (1992): Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln.  
*Ders. (1992a): Spurensuche. Vierzig Jahre nach 'Die Revolution  
entläßt ihre  
Kinder', Köln.*
- Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart (Beiträge zur Stadtgeschichte) 8  
Bände, Leipzig 1981 f, Bd. 1, . 79 - 105. Bd. 4, S. 35 -53.  
*Löscher, Walter (1976): Geschichte des Vereinigungsprozesses  
von KPD und  
SPD zur SED im heutigen Bezirk Dresden (1945-1946),  
Dokumentensammlung, (HG. SED-Bezirksleitung Dresden,  
Kommission  
zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung),  
Dresden.*

*Loth, Wilfried (1994a): Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin.*

- Ders. (1994b): Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin.
- Luks, Leonid (1996): Einsichten und Fehleinschätzungen: Faschismusanalyse der Komintern 1921-1928, in: Keller 1996, S. 77-92.
- Mählert, Ulrich (1995): Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. Von den Antifaschistischen Jugendausschüssen zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der sowjetischen Besatzungszone, Paderborn u.a.
- Mai, Gunther (1995): Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit- Deutsche Teilung? München.
- Mai, Joachim (Hg.), (1965): Vom Narew bis an die Elbe. Erinnerungen sowjetischer Kriegsteilnehmer der 2. Belorussischen Front, Berlin.
- Ders. (Hg.), (1995): Greifswald 1945: Neue Dokumente und Materialien, Berlin.
- Malycha, Andreas (1996a): Auf dem Weg zur SED: die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn.
- Ders. (1996b): Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin.
- ders. (2000): Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn u.a.
- Marnitz, Peter (1995): Linke, liberale und rechte Demokratie-Kritik als Kritik an der Weimarer Republik, in: Mende, Hans-Jürgen; Mocek, Reinhard 1995.
- Matern, Hermann (1960): So fing die neue demokratische Verwaltung an, in: Beginn 1960.
- Ders. (1966): Im Mai 1945 begannen wir mit dem Aufbau eines neuen Deutschlands in: Rossner 1966, S. 303-320.
- Matthias, Herbert (1985): Untersuchungen zur Geschichte der Stadtparteiorganisation Magdeburg von der Befreiung des deutschen Volkes bis zur Konsolidierung eines antifaschistisch-demokratischen Stadtparlaments (April 1945-Dezember 1946), Diss. B, Magdeburg.*

- Mehring, Hartmut; Schwarz, Michael; Wentker, Hermann (Hg.), (1999):  
 Erobert  
 oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die  
 sowjetische  
 Besatzungszone (1945/46), Sondernummer Schriftenreihe der  
 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München.
- Meier, Helmut (1995): Zusammenschluß von KPD und SPD 1946:  
 Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis, Berlin.
- Meinicke, Wolfgang (1991): Die Entnazifizierung in der sowjetischen  
 Besatzungszone 1945-1948, in: Eckert u.a. 1991, S. 33-52.
- Meissner, Boris (1993): Die Frage der Einheit Deutschlands auf den alliierten  
 Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1943 bis 1949, in: Die  
 Deutschlandfrage von Jalta und Potsdam bis zur staatlichen Teilung  
 Deutschlands 1949, Studien zur Deutschlandfrage, Bd.12, hg. vom  
 Göttinger Arbeitskreis, Berlin, S. 7-28.
- Melis, Damian v. (1999a): Entnazifizierung in Mecklenburg-  
 Vorpommern:  
 Herrschaft und Verwaltung 1945- 1948, München.*
- Ders. (Hg.), (1999b): Sozialismus auf dem platten Lande: Tradition und  
 Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 –1952,  
 Schwerin.
- Mende, Hans-Jürgen; Mocek, Reinhard (Hg.), (1995): „... undemokratisch wird  
 sich rächen!“ Studien zur Demokratie in der DDR. Erster Teil:  
 Historisch-  
 philosophische Grundlagen der realsozialistischen Demokratie in der  
 DDR,  
 Berlin.
- Merker, Wolfgang; Schreckenbach, Hans-Joachim (Hg.), (1989): Berichte der  
 Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-  
 demokratischen  
 Umwälzung 1945/46, Quellenedition, Berlin(Ost).
- Meumann, Eberhard (1967): Freundschaft in schwerster Stunde. Die  
 Befreiung des  
 Kreises Dippoldiswalde vom Faschismus durch die Rote Armee und  
 die  
 Unterstützung der deutschen Antifaschisten seitens der sowjetischen  
 Besatzungsmacht zu Beginn der antifaschistisch-demokratischen  
 Umwälzung (Hg. Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen  
 Arbeiterbewegung der SED-Kreisleitung Dippoldiswalde),  
 Dippoldiswalde.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum  
 Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989,  
 Frankfurt/M.
- Dies. (1993): Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte  
 der

- DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, Heft 19, 1993, S. 5-14.
- Meyer, Helga; Pech, Karlheinz Pech (1985): Unter Einsatz des Lebens, Antifaschistischer Widerstandskampf in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges, Berlin.
- Michels, Marko (1999): Einheitszwang oder Einheitsdrang?!: Der Vereinigungsprozeß von KPD und SPD zwischen 1945 und 1952 in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.
- Mielke, Henning (1995): Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945-1952, Stuttgart.
- Mocek, Reinhard (1995): „Was gaben Marx und Engels auf den Weg?“ in: Mende, Hans-Jürgen; Mocek, Reinhard 1995, S. 21-47.
- Mohr, Rudolf; Ranglack, Klaus; Riesterer, Christine (1995): Erfurt unterm Sternenbanner. Die amerikanische Besatzungszeit in Aufzeichnungen und Dokumenten, Erfurt.
- Moraw, Frank (1973): Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933-1948, Bonn-Bad Godesberg.
- Mühlfriedel, Wolfgang; Wiegand, Klaus (1979): Die SMAD und die industrielle Entwicklung in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 20 (1979), S. 79-110.*
- Müller-Enbergs, Helmut (1995): Das Manifest des NKFD vom 13. Juli 1945. Initiative, Autoren, Intentionen in: Ueberschär 1995, S. 93-103.
- Ders.; Wielgohs, Jan; Hoffmann, Dieter (2000): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin.
- Müller, Werner (1998): Noch einmal: Stalin und die Demokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin.
- Naimark, Norman M. (1997): Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945-1949, Berlin.
- Naumann, Günter (1993): Meißner Geschichte in Daten, Meißen.
- Neuhof, Hans (1960): Unsere Parole: Dableiben, in: Beginn 1960, S. 63-66.*
- Nettl, J. Peter (1953): Die deutsche Sowjetzone bis heute, Frankfurt.
- Niethammer, Lutz u.a. (Hg.), (1976): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal.

- Ders. (Hg.), (1994): Der gesäuberte Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin.
- Ders.(1999): Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis (Hg. von Ulrich Herbert und Dirk van Laak), Bonn.
- Nohlen, Dieter u.a. (Hg.), (1998): Lexikon der Politik, Bd. 7, Begriffe, München.
- Opitz, Max (1960): Die ersten Schritte im Aufbau der Deutschen Volkspolizei in Dresden, in: Beginn 1960, S. 48-58.*
- Overesch, Manfred (1992): Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn.
- Ders. (1993): Machtergreifung von links. Thüringen 1945/46, Hildesheim.
- Padover, Saul K. (1999): Lügendetektor, Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, Frankfurt/M.
- Pagel, Max (1966): Der Neuaufbau in der Neptunwerft Rostock, in: Befreiung und Neubeginn (Hg. Historisches Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald), Berlin, S. 209 - 216.
- Pathum, Margarethe (1988): Geschichte der Kreisparteiorganisation Dippoldiswalde der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Chronik 1945-1949, HG. SED-Konzentrationslager Dippoldiswalde, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Dippoldiswalde.*
- Petershagen, Rudolf (1958): Gewissen in Aufruhr, Berlin, 4. Auflage.
- Pieck, Wilhelm (1979): Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, 1939-1945, Berlin.
- Podewin, Norbert (1993): Vereinigung oder Vereinnahmung?: Untersuchungen zum Zusammenschluß von KPD und SPD in Friedrichshagen, Berlin.
- Ders. (1995): Walter Ulbricht, Berlin.
- Ders.; Teresiak, Manfred (1996): „Brüder in eins nun die Hände...“. Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin, Berlin.
- Pommerin, Reiner (1998): Zur Einsicht bomben? Die Zerstörung Dresdens in der Luftkriegs-Strategie des Zweiten Weltkrieges, in: ders. (Hg.), (1998): Dresden unterm Hakenkreuz, Köln u.a., S. 227-246.
- Possekel, Ralf (1998): Sowjetische Lagerpolitik in Deutschland in: Mironenko, Sergei u.a.(Hg.), (1998): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd 2, Berlin.
- Rackow, Heinz-Gerd (1966): Zum Kampf um die Veränderung der



- Machtverhältnisse in der Stadt Rostock im ersten Jahr der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (Mai 1945 bis Herbst 1946), Diss. MS Rostock.
- Ders. (1969): Rostock in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949) in: ders./Heyne/Kleinpear (Hg.) 1969, S. 33 - 35.
- Ders.; Heyne, Martin; Kleinpear, Oswald (Hg.), (1969): Rostock 1945 bis zur Gegenwart, Rostock.
- Raschke, Helga (1966): Zwei Beiträge zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Gotha, Beiträge zur Geschichte Gothas, Gotha, S. 49-76.
- Reuter, Elke; Hansel, Detlef (1997): Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin.
- Richter, Christine (1974): Der Aufbau und die Errichtung der Struktur der Stadtverwaltung Dresden von 1945 bis 1952, Dresden.*
- Richter, Michael; Rissmann, Martin (Hg.), (1995): Die OST-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar u.a.*
- Ders.; Schmeitzner, Mike (1999): „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Dresden.*
- Rossner, Fanny (Hg.), (1966): Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin.
- Rubinstein, Roman (1986): Chronik der Geschichte der Kreisparteiorganisation Berlin-Treptow, April 1945-April 1946, Berlin-Treptow.*
- Rudloff, Michael(1998): SED-Gründung in sozialdemokratischer Hochburg. Das Beispiel Leipzig, in: Bramke/Heß 1998, S. 371-413.
- Rößler, Ruth-Kristin (1994): Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien, Goldbach.
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), (1995): Unauslöschlich. Erinnerungen an das Kriegsende 1945. Ein Lesebuch, Dresden.
- Sandvoß, Hans-Rainer (1994): Widerstand in Pankow und Reinickendorf, Berlin.
- Sattler, Friederike (1998): Bündnispolitik als Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Wilke (Hg.) 1998, S. 119- 212.
- Schache, Armin (o.J.): Auf dem Weg zur Einheit. Die Vereinigung der Arbeiterparteien zur SED 1945-1946 in Eilenburg, Hg. Kreisleitung der SED Eilenburg, Eilenburg.
- Scheurig, Bodo (1993): Verräter oder Patrioten. Das Nationalkomitee „Freies

- Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion  
1943-  
1945, Berlin.
- Schirdewan, Karl (1994): Aufstand gegen Ulbricht, Berlin.
- Schmeitzner, Mike (2000): Alfred Fellisch 1884-1974. Eine politische  
Biographie,  
Köln u.a.
- Schmitz, Liane (1995): Flucht-Vertreibung-Neuanfang 1945: 50 Jahre nach  
Kriegsende, Zeitzeugen erinnern sich, Senden.
- Schmollinger, Wolfgang (1976): Das Bezirkskomitee Freies Deutschland in  
Leipzig in: Niethammer 1976; S. 219 - 251.
- Schneider, Dieter Marc (1987): Renaissance und Zerstörung der  
kommunalen  
Selbstverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone, in: VJHZG 3  
(37)1989.*
- Schroeder, Horst-Dieter (1963): Zur Geschichte des Greifswalder  
Stadtparlaments,  
3. Teil: Von der Novemberrevolution bis zur Gegenwart, in:  
Greifswald-  
Stralsunder Jahrbuch, Bd. 3 1963, S. 67-90.
- Schroeder, Klaus (Hg.), (1994): Geschichte und Transformation des SED-  
Staates.  
Beiträge und Analysen, Berlin.
- Schuler, Michael (1973): Die Entwicklung der Kommunistischen  
Partei  
Frankreichs (KPF) in der Periode des Widerstands und  
der Liberation. Ein  
Beitrag zur Geschichte und Problematik  
innerkommunistischer  
Willensbildung, Marburg.*
- Schultz-Naumann, Joachim (1991): Mecklenburg 1945,  
Frankfurt/M.*
- Schulz, Gerhard (1987): Zwischen Demokratie und Diktatur.  
Verfassungspolitik  
und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 1. Die Periode der  
Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen  
Reichsaufbaus 1919-1930, 2. Auflage, Berlin, New York.*
- Schwabe, Klaus (1994): Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947-  
1949, Anmerkungen zur Geschichte einer Region, Schwerin 2. Auflage.
- Ders. (1997): Arroganz der Macht. Herrschaftsgeschichte der KPD und SED in  
Mecklenburg und Vorpommern 1945-1952, Schwerin.
- Schwarz, Hans-Peter Schwarz (1980): Vom Reich zur Bundesrepublik.  
Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den  
Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, 2. Auflage Stuttgart.
- Semirjaga, Michail I. (1995): Wie wir Deutschland regierten, Moskau.

- Semjonow, Sergeij (1995): Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert  
in diplomatischer Mission, Berlin.
- Staffelt, Ditmar (1986): Der Wiederaufbau der Berliner SPD 1945/46 und die Einheitsfrage: Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der unteren und mittleren Organisationsgliederungen der SPD, Frankfurt/M..
- Staritz, Dieter (1976): Sozialismus in einem halben Lande. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der DDR, Berlin.
- Stern, Carola (1963): Ulbricht, Köln/Berlin.
- Strauß, Rudolf (1966): Die Gründung der SED in Chemnitz, Karl-Marx-Stadt.
- Stößel, Frank Thomas (1985): Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945-1954, Köln, Teil 1 und 2.
- Strunk, Peter (1991): Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und ihr politischer Kontrollapparat, in: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. in: Lemberg; Delhaes (1991), S. 143-176.

- Stutz, Rüdiger (1995): „Die Revolution ist zurückgestellt“ - Antifa-Komitees, freie Gewerkschaften und die Bezirksleitung der KP unter der amerikanischen Besatzungsherrschaft in Thüringen (April - Juli 1945), in: Vor 50 Jahren: Thüringen unterm Sternenbanner (Hrsg. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.) Jena, S. 50 - 65.
- Ders. (Hg.), (2000): Macht und Milieu. Jena zwischen Kriegsende und Mauerbau. Rudolstadt und Jena.
- Suckut, Siegfried (1982): Die Betriebsrätebewegung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 1945 - 1948, Zur Entwicklung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt/M.
- Sywottek, Arnold (1971): Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946, Düsseldorf.
- Ders. (1973): Die „fünfte“ Zone. Zur gesellschafts- und außenpolitischen Orientierung und Funktion sozialdemokratischer Politik in Berlin 1945-1948, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 53 - 129.
- Ders. (1993): „Stalinismus“ und „Totalitarismus“ in der DDR-Geschichte, in: Deutsche Studien, 30, 1993, S. 25-38.
- Thape, Ernst (1969): Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover.
- Teheran, Jalta, Potsdam, Konferenzberichte der Sowjetunion, Bd.2: Konferenz von Jalta (Hrsg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Köln 1986.
- Teucher, Egon (1966): Die Gründung der SED im Kreis Aue-Schwarzenberg, Aue.
- Tittmann, Rainer (1980): Die Herausbildung und Entwicklung revolutionär-demokratischer Machtorgane in Dresden von Mai bis Juli 1945, in: Sächsische Heimatblätter 3(26) 1980, S. 136-143.
- Thomas, Siegfried (1967): Entscheidung in Berlin. Zur Entstehung der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, 2. Auflage Berlin.
- Tubbessing, Jürgen(1996): Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – antifaschistischer Block – Einheitspartei: Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig, Beucha.
- Tuchel, Johannes (1998): Über kommunistische Neuordnungsvorstellungen in Berlin-Brandenburg 1943/44, in: Hochmuth 1998.*
- Ueberschär, Gerd R. (Hg.), (1995): Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt.

Überschauer, Hans-Joachim (o.J.): *Görlitz 1945-1946. Ein kleines Dokument in*

*Wort und Bild, o.O.*

Uhlemann, Manfred; Rückert, Otto (1986): Potsdam. Geschichte in Wort und Bild,

Berlin (Ost).

Ders. (1996): Entstehung der SED in Potsdam, Potsdam.

Ulbricht, Walter (1955): Zur Geschichte der neuesten Zeit, I.Halbband, Berlin.

Unsere Fahne ist rot! Heimatgeschichtliches Lesebuch, Teil 1. (Hg.

Kreisleitung

Stollberg der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung), Stollberg 1984.

Urban, Karl (1959): Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung

in der Provinz Brandenburg (Mai 1945-April 1946), in: ZfG 7(1959).

Ders.(1963): Die Geschichte der Vereinigung der KPD und SPD in der Provinz Brandenburg (Veröffentlichung des Heimatmuseums Posdam

Heft

3), Potsdam.

*Vereint auf dem Weg zum Sozialismus, Geschichte der*

*Landesparteiorganisation*

Sachsen-Anhalt der SED, 1945-1952, hg. Bezirksleitung Halle und Magdeburg der SED, Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der

örtlichen Arbeiterbewegung, Halle-Magdeburg 1986.

Volk, Richard (1984): Die französischen Kommunisten und die Befreiung

Frankreichs 1943-1945, Frankfurt/M. u.a.

*Vollnhals, Clemens (Hg.), (1991): Entnazifizierung. Politische Säuberung und*

*Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-49, München.*

Volk, Richard (1984): Die französischen Kommunisten und die Befreiung Frankreichs 1943-1945, Frankfurt/M. u.a.

Voßke, Heinz (1966): Über die Initiativgruppe des ZK der KPD in

438.

Wahl, Volker (1976): Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung

in Thüringen. Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945, Diss. phil. MS Jena.

Ders. (1992): Thüringen unter amerikanischer Besatzung, April bis Juli 1945 (Thüringen. Blätter zur Landeskunde), Erfurt.

Ders. (1997): Der „Thüringen-Ausschuß“ 1945. Dokumente zum Wirken eines vorparlamentarischen Gremiums auf Landesebene während der amerikanischen Besatzungszeit und nach dem Besatzungswechsel

Juni/Juli

1945, Erfurt.

Mec

- Walter, Franz u.a. (Hg.), (1993): Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn.
- Walter, L. (1985): Als die Antifaschisten Macht auszuüben begannen, Aue im Mai  
1945, Stadtgeschichtliche Blätter 2/85 (Hg. Rat der Stadt Aue, Kulturbund der DDR, Ortsgruppe Aue).
- Weber, Hermann (Hg.), (1982): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln.
- Ders.; Mählert, Ulrich (1998): Terror, Stalinistische Säuberungen 1936-1953, Paderborn.
- Wehner, *Helfried* (1974): *Kampfgefährten - Weggenossen, Erinnerungen deutscher*  
und sowjetischer Genossen an die ersten Jahre der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Dresden, Berlin.
- Ders; Gräfe, Karl-Heinz (1975): Die Befreiung unseres Volkes vom Faschismus und der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen, in: Sächsische Heimatblätter 1(21)1975.
- Wehner, Markus (1996): Stalinistischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917-1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37-38/96, S. 15 - 28.
- Weidauer, Walter (1946): 1946. Das erste Jahr des großen Dresdner Aufbauplanes, Dresden.
- Ders.(1961): Kameradschaftliche Zusammenarbeit war oberstes Gesetz, in: Wenn wir brüderlich uns einen, S. 88- 91.
- Welsh, Helga A., (1989): Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945-1948), München.
- Wendekamm, G.(1975): Absprung bei Homersdorf, Berlin.
- Wentker, Hermann (1999): Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46), in: Mehringer u.a. (Hg.) 1999, S. 188-214.
- Wenzel, Cornelia (1990): Die Entstehung eines antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorgans in Görlitz, seine ersten Aufgaben und die Rolle der sowjetischen Kommandantur im Jahr 1945, in: Traditionen des Kampfes der revolutionären Arbeiterbewegung Ostsachsens bzw. des Bezirks Dresden um Demokratie für die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner

- (Hg. PH „Friedrich Wilhelm Wander Dresden“) Dresdner Reihe zur  
Forschung 8/90.
- Werner, Alfred (1960): Wie wir mit dem Neuaufbau begannen, in: Beginn  
1960,  
S. 71-76.
- Wettig, Gerhard (1995): Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die  
politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten  
Weltkrieg, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung, Berlin, S. 151-  
172.
- Ders. (1996): Kontrastprogramm „antifaschistisch-demokratische Ordnung“:  
Sowjetische Ziele und Konzepte, in: Oberreuther, H.; Weber, Jürgen  
(1996): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die  
Demokratiegründung in  
Deutschland, München 1996, S. 101-123.
- Ders. (1999): Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-  
Politik 1945-1955, München.
- Wilde, Manfred (1998): Die SBZ-CDU 1945-1947. Zwischen Kriegsende und  
Kalttem Krieg, München.  
*Wilke, Manfred (Hg.), (1998): Die Anatomie der Parteizentrale.  
Die KPD/SED auf  
dem Weg zur Macht, Berlin.*
- Wille, Manfred (1993): Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone  
Deutschlands 1945-1948, Magdeburg.
- Wolkow, Wladimir K.(2000): Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-  
1945), in: ZfG 48(2000)1, S. 20-49.
- Zenker, Elke (1985): Lebensbilder revolutionärer Arbeiter des Kreises  
Eilenburg,  
Heft 4, Eilenburg.